

Rüstung - Abrüstung - Frieden

Tendenzen, Probleme,
Perspektiven
für eine neue Friedensordnung

Marxistische Studien
Jahrbuch des IMSF 15

Marxistische Studien
Jahrbuch des IMSF 15
1989

Marxistische Studien Jahrbuch des IMSF

Redaktion dieses Bandes:

Heinz Jung, André Leisewitz,
Kaspar Maase, Gerd Matzke,
Jürgen Reusch

Herausgegeben vom Institut für
Marxistische Studien und Forschungen (IMSF)
Frankfurt am Main

Rüstung –

Abrüstung – Frieden

Tendenzen, Probleme, Perspektiven
für eine neue Friedensordnung

Marxistische Studien
Jahrbuch des IMSF 15
1989

CIP-Titelaufnahme der Deutschen Bibliothek

**Rüstung – Abrüstung – Frieden: Tendenzen, Probleme,
Perspektiven für eine neue Friedensordnung /** [hrsg. vom Inst.
für Marxist. Studien u. Forschungen (IMSF), Frankfurt am
Main. Red. dieses Bd.: Heinz Jung ...]. – Frankfurt am Main:
IMSF, 1989

(Marxistische Studien; 15 = 1989,1)

ISBN 3-88807-064-3

NE: Jung, Heinz [Red.]; Institut für Marxistische Studien und
Forschungen <Frankfurt, Main>; GT

© 1989 by Institut für Marxistische Studien und Forschungen e.V. (IMSF),
6000 Frankfurt am Main, Oberlindau 15

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, Vervielfältigung und Speicherung in jeder Form,
auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung des IMSF gestattet.

Umschlaggestaltung: J. Ravens

Gesamtherstellung: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, 4040 Neuss.

ISBN 3-88807-064-3

Inhalt

Vorwort	8
Neues Denken im Nuklearzeitalter — Herausforderungen für die marxistische Theorie	
<i>Jürgen Reusch</i> , Neues Denken und die marxistische Wissenschaft vom Frieden	11
<i>Juri Krassin</i> , Das neue Denken: Der internationale und der innere Aspekt	55
<i>Dieter Klein</i> , Beiträge marxistisch-leninistischer Theorieentwicklung zur Friedenssicherung	70
<i>Jörg Huffschmid</i> , Friedensfähigkeit des Kapitalismus und Imperialis- mustheorie	83
<i>Horst Heininger</i> , Aggressivität und Friedensfähigkeit des heutigen Ka- pitalismus	104
<i>Rainer Falk</i> , Entwicklungsprobleme der Dritten Welt und internatio- nale Solidarität im Zeichen neuen Denkens. Zur Herausbildung eines „neuen Internationalismus“	116
Der militärische Faktor in der Bundesrepublik	
<i>Winfried Schwarz</i> , Strukturwandel und Konzentrationsprozesse im militärisch-industriellen Komplex	133
<i>Ulrich Dolata</i> , Neue Technik — Modernisierungspolitik — Staatsmo- nopolistische Komplexe	157
<i>Rainer Rilling</i> , „Die Wissenschaft als Dienerin des Krieges“	172
<i>Jürgen Wayand</i> , Internationalisierung der Rüstungsproduktion oder wachsender Konkurrenzkampf zwischen den kapitalistischen Rüs- tungszentren?	195
<i>Klaus-Peter Weiner</i> , Die „Europäisierung“ der Sicherheitspolitik — Tendenzen, Probleme, Perspektiven	212
Wege zu Abrüstung und Sicherheit in Europa	
<i>Gerd Matzke</i> , Ende der Eiszeit? Chancen und Probleme für Abrüstung in Europa	224
<i>Max Schmidt/Wolfgang Schwarz</i> , Herausforderungen und Perspekti- ven für Gemeinsame Sicherheit und das gemeinsame Haus Europa	248
<i>Ellen Weber</i> , Vorschläge für ein Friedens-, Abrüstungs- und Sicher- heitskonzept aus marxistischer Sicht	268

<i>Christoph Butterwegge</i> , Die Opposition auf der Suche nach einer friedenspolitischen Konzeption. Sozialdemokratische und grüne Alternativen zur Sicherheitspolitik der Bundesregierung	278
<i>Peter Dietzel/Hans-Jürgen Kawalun</i> , Die Rolle der Bundesregierung im europäischen Abrüstungsprozeß: Handlungsmöglichkeiten der BRD, Ziele und Konzeptionen im Regierungslager	292
<i>Lorenz Knorr</i> , Frieden, Abrüstung und die „deutsche Frage“	305
<i>Berthold Goergens</i> , Die Diskussion über Konversion von Rüstungsproduktion in den Gewerkschaften der Bundesrepublik	316
<i>Hans Jürgen Krysmanski</i> , Einige technologiepolitische Voraussetzungen der Rüstungskonversion	328

Abrüstung in der Bundesrepublik — Politische und ökonomische Aspekte. Beiträge eines Kolloquiums des ZMF

<i>Jürgen Reusch</i> , Hindernisse und Chancen für Abrüstung	339
<i>Georg Grasnick</i> , Chancen der Abrüstung und die politische Realität	345
<i>Wolfgang Bartels</i> , Die NATO rüstet weiter — Atomwaffenprogramme der 90er Jahre	351
<i>Karlheinz Koppe</i> , Zeitalter des Überlebens	355
<i>Bernd Greiner</i> , Für konkrete Analyse, gegen Wunschdenken	357
<i>Peter Brollik</i> , Friedenswissenschaft und Friedensbewegung müssen Neu(es) Denken	360
<i>Klaus-Peter Weiner</i> , Veränderungen im internationalen Beziehungsgeflecht und die Chancen für Abrüstung in Europa	364
<i>Gregor Witt</i> , Den gesellschaftlichen Bewußtseinswandel aufgreifen!	366
<i>Lorenz Knorr</i> , Bedingungsfaktoren der Militär-Doktrinen und deren Transformierbarkeit	368
<i>Fred Schmid</i> , Aufrüstung und Konfrontation sind die Haupttendenz	372
<i>Armin Cullmann</i> , Alternativen entwickeln und die Bewegungen vernetzen	374
<i>Winfried Schwarz</i> , Alternativen zum Jäger-90 hier und jetzt!	376
<i>Jörg Huffschmid</i> , Militarisierung ist nicht das vorrangige Ziel bundesdeutscher Konzernstrategien	378
<i>Heinz Jung</i> , Der subjektive Faktor als Bestandteil der neuen Situation	380
<i>Wolf-Dieter Gudopp</i> , Ein „deutschlandpolitischer“ Aspekt der neuen Raketen-Pläne?	383
<i>Gerd Matzke</i> , Können in den nächsten 5-7 Jahren wirksame Abrüstungsschritte in Europa durchgesetzt werden?	384
<i>Wolfgang Schwarz</i> , Strukturelle Angriffsunfähigkeit — zu Zielstellung und Inhalt von Abrüstung zwischen NATO und Warschauer Vertragsorganisation (WVO) in Europa	388

Friedensforschung in der Bundesrepublik

Ingo Arend, Zur politischen Geschichte der Friedensforschung in der BRD: Bedingungen, Entwicklungen und Perspektiven 396

Corinna Hauswedell, Friedensforschung und Friedenswissenschaft an den Hochschulen. Neue Entwicklungstendenzen und Perspektiven ... 414

Friedensforschungs- Einrichtungen/Projekte stellen sich vor

Margret Johannsen, Das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) 431

Peter Barth, Das Forschungsinstitut für Friedenspolitik in Starnberg. Gegenexperten arbeiten für den Frieden 438

Karlheinz Koppe, Arbeitsstelle Friedensforschung Bonn (AFB) 443

Klaus Benjowski, Friedensforschung in der DDR 445

Jürgen Scheffran, Die „Interdisziplinäre Arbeitsgruppe: Naturwissenschaft, Technik und Sicherheitspolitik (IANUS)“ an der Technischen Hochschule Darmstadt 451

Friedenswissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum. Interview mit *Jürgen Altmann*, Institut für Experimentalphysik der Ruhr-Universität Bochum 456

IMSF 1988. Publikationen, Veranstaltungen, wissenschaftliche Beiräte 459

Autorinnen und Autoren 466

Zusammenfassungen 469

Vorwort

Umbrüche in der Realität erfordern zu ihrer geistigen Bewältigung auch Umbrüche im Denken. Das gilt für die marxistische Wissenschaft vom Frieden ebenso wie für den Marxismus allgemein. Nachdem wir der Umbruchproblematik schon in früheren Bänden der Marxistischen Studien nachgegangen sind (9/1985, 11/1986, 13/1987), stehen im Zentrum des vorliegenden Bandes erstmals ausführlich Fragen, die sich mit den daraus folgenden Konsequenzen für Friedenssicherung und Abrüstung ergeben. Die Krieg-Frieden-Frage hat sich als ein globales Problem in der Umbruchperiode herauskristallisiert, dessen Lösung die Grundvoraussetzung zur Erhaltung unserer Lebensgrundlagen ist. Deshalb ist es nicht die vorrangige Aufgabe, „nur“ eine atomare Katastrophe zu verhindern. Vielmehr gilt es, die weltweite Rüstungsdynamik aufzuhalten und eine Wende zu Abrüstung und kooperativer Koexistenz durchzusetzen.

Im ersten Teil dieses Bandes diskutieren Autoren aus der Sowjetunion, der DDR und der Bundesrepublik einige der theoretischen Herausforderungen, die sich vor allem unter dem Friedensaspekt aus der Analyse der Umbruchprozesse und des Nuklearzeitalters ergeben. Die Sicherung des Friedens ist heute und zukünftig allen Klasseninteressen und dem Antagonismus von Kapitalismus und Sozialismus unbedingt übergeordnet; darin drückt sich ein reales Menschheitsinteresse aus. Damit stellen sich Fragen nach notwendigen Erneuerungen in einer marxistischen Theorie vom Frieden, nach Möglichkeiten, Formen und Inhalten einer revolutionären Transformationsperspektive unter dem Primat von Menschheitsinteressen, nach den Aussichten auf ein die antagonistischen Systeme einschließendes internationales Sicherheitssystem, nach der Friedensfähigkeit des Kapitalismus, nach dem Beitrag des Sozialismus zu einem neuen Denken und Handeln und nach den Aufgaben und Formen internationaler Solidarität unter den heutigen Bedingungen.

Die fünf Beiträge im zweiten Teil analysieren unter verschiedenen Aspekten die Bedeutung des militärischen Faktors in der und für die Bundesrepublik. Dabei steht der Versuch im Mittelpunkt, auf breiterer empirischer Grundlage die rasante Militarisierung von Forschung, Entwicklung und industrieller Produktion im heutigen Kapitalismus hinsichtlich der von ihr ausgehenden Bedrohungen und Gefahren, aber auch hinsichtlich ihrer möglichen Grenzen darzustellen, sie auf der Basis des Begriffs des Militär-Industrie-Komplexes theoretisch zu erfassen, diesen Begriff selbst kritisch zu überprüfen sowie ökonomische und politisch-strategische Interessen in ihrem widersprüchlichen Zusammenhang zu untersuchen. Dabei wurde auch die westeuropäische Dimension, wenngleich noch ungenügend, ins Auge gefaßt.

Einen weiteren Schwerpunkt bilden Fragen nach Alternativkonzeptionen, nach ihren Inhalten und politischen Durchsetzungsmöglichkeiten. Auch hier hat die marxistische Diskussion noch in hohem Maße suchenden Charakter. Das wird besonders deutlich in den Beiträgen der ZMF-Diskussionsrunde „Abrüstung in der Bundesrepublik“, die wir im vierten Teil dokumentieren.

Zwei folgende Artikel geben einen Einblick in Stand und Probleme der bundesdeutschen Friedensforschung, und in sechs weiteren Beiträgen stellen sich Friedensforschungseinrichtungen und -projekte aus der Bundesrepublik und der DDR selbst vor.

Die LeserInnen werden die unterschiedlichen Akzentsetzungen und Positionen beim Vergleich der Beiträge bemerken. Sie widerspiegeln den derzeitigen marxistischen Diskussionsstand zu vielen Fragen und mögen zur weiteren Erforschung der Probleme anregen. Auch die Lücken sind unverkennbar: Nicht alle in der gegenwärtigen Friedensdiskussion relevanten Themen konnten abgedeckt werden. Diese Lücken zu füllen muß späteren Publikationen vorbehalten bleiben.

Band 16 der „Marxistischen Studien“ erscheint im Frühjahr 1990 mit dem Schwerpunkt „Formierungsbedingungen der Arbeiterklasse in der Umbruchperiode“.

Der vorliegende Band wurde im wesentlichen von den Mitarbeitern des Zentrums für Marxistische Friedensforschung (ZMF) beim IMSF konzipiert und realisiert. Ralf Vogel ist für die redaktionelle und technische Mitarbeit bei der Fertigstellung zu danken.

Frankfurt am Main
März 1989

Institut für Marxistische Studien
und Forschungen (IMSF)

Neues Denken und die marxistische Wissenschaft vom Frieden

Jürgen Reusch

1. Umbruchperiode — neue theoretische Fragen — 2. Das Problem von Krieg und Frieden in der Umbruchperiode — 3. Gattungsinteressen — Klasseninteressen — 4. Imperialismus und Friedensfrage — 5. Sozialismus und Frieden — 6. Reform und Revolution als Problem des Friedenskampfes

1. Umbruchperiode — neue theoretische Fragen

Neues Denken — dieser Begriff drückt eine Notwendigkeit aus, die einer in der Geschichte beispiellosen globalen Umbruchsituation entspringt. Es geht um das *Überleben der Menschheit*, und der unbedingte Vorrang dieser Aufgabenstellung ist der *Kern des neuen Denkens*. Die Herausforderung ist groß und erst in Umrissen erkennbar — aber in ihr liegt auch die Chance, die Gestaltungs- und Zukunftsfähigkeit des Marxismus wiederzugewinnen.

An den Maximen des neuen Denkens und Handelns müssen sich alle philosophischen Systeme, alle Gesellschaftstheorien und alle politischen und sozialen Kräfte überprüfen lassen und selbst überprüfen. Das gilt auch für die marxistische Theorie, und darin eingeschlossen auch für die marxistische Wissenschaft vom Frieden.

Umbrüche in der Realität können theoretisch nicht primär unter dem Gesichtspunkt der Kontinuität verarbeitet werden. Sie verlangen auch Umbrüche im Denken. Dieses Erfordernis hat bei fast allen geistigen Strömungen zu tiefer Verunsicherung und einer intensiven Zukunftsdiskussion geführt.¹ Was den Marxismus betrifft, so geht es bei diesen Umbrüchen nicht darum, wie mitunter von MarxistInnen befürchtet wird, allen bewährten theoretischen Bestand über Bord zu werfen. Das Neue geht aus dem Alten hervor, d.h. es geht nicht um Erneuerung schlechthin, sondern um *marxistische* Erneuerung. Dieser Prozeß verläuft nicht voraussetzungslos. Verlangt ist aber die Loslösung von einem statisch-undialektischen Marxismusverständnis, das einen Fundus gültiger, unwiderlegbarer Wahrheiten und Prinzipien zu kennen glaubt, die im Falle ihres Konfligierens mit realen Veränderungen lediglich vervollkommenet und bereichert, äußerstenfalls und in Einzelfällen korrigiert oder angepaßt werden. Stattdessen kommt es darauf an, sich mit der marxistischen Theorie und Methode kompromißlos auf die Wirklichkeit einzulassen.

1 S. Jupp Angenfort/Heinz Jung (Hrsg.), *Streit um die Zukunft. Positionen und Materialien*, Düsseldorf 1988.

Was der marxistischen theoretischen Diskussion (und nicht nur ihr) auf absehbare Zeit bevorsteht, ist eine Suchbewegung, in der auf viele Fragen voraussichtlich nur vorläufige und widersprüchliche Antworten gegeben werden können. Darin liegen auch Risiken; es kann und wird Übertreibungen und Irrtümer geben. Aber auch das Pochen auf traditionelle Wahrheiten hat den Marxismus nicht vor schwerwiegenden Irrtümern bewahrt. Die Chance zur Wiedergewinnung marxistischer Hegemoniefähigkeit kann nur dann genutzt werden, wenn in dieser Diskussion darauf verzichtet wird, Positionen mit dem Etikett des „linken“ oder „rechten“ Abwechlerturns zu versehen. Es handelt sich nicht darum, daß ein im wesentlichen fertiger Marxismus in den Klippen und Strudeln der Umbruch-Diskussionen vor solchen vermeintlichen Abweichungen geschützt werden muß, sondern darum, daß sich in diesem voraussichtlich langwierigen Prozeß erst herauskristallisieren wird, was den Kern eines erneuerten, authentischen Marxismus in der Umbruchperiode ausmacht. In diese Klärung muß der selbstkritische Blick auf die Bremsmechanismen, die längere Zeit die Annäherung an die Realität erschwerten (oder es immer noch tun), stets eingeschlossen sein — auch was den Autor dieses Beitrags selbst betrifft.

Das erfordert auch eine neue Aufarbeitung vieler Strömungen nichtmarxistischen, bürgerlichen Friedensdenkens, in deren Mittelpunkt nicht deren Widerlegung oder Entlarvung stehen kann, auch nicht nur Dialog mit dem Ziel, die eigene, „richtige“ Meinung anderen zu vermitteln, sondern ernsthafte Auseinandersetzung und Prüfung, gegenseitige Lernbereitschaft, gegebenenfalls das Herausschälen des „Richtigen im Falschen“, die Nutzbarmachung dessen, was von dort an Erkenntnissen über die Realitäten der Umbruchperiode angeboten wird — und auf vielen Gebieten sind nichtmarxistische Friedensforscher und -theoretiker hier der marxistischen Friedenswissenschaft ein Stück voraus. Dialog und Kooperation sind auch in diesem Fall vordringlich. Das hat nichts zu tun mit flachen Konvergenzvorstellungen. Aber historische Vernunft kann nicht für die Arbeiterklasse oder den Sozialismus alleine reserviert werden (und auch für keine andere Klasse). Das neue Denken setzt auf das rationale Potential aller Klassen in beiden sozialen Systemen² — insofern muß der Marxismus nicht nur zum Fundus des neuen Denkens beitragen, sondern auch von denen lernen, die ihre Beiträge darin einbringen.

Der Beitrag der MarxistInnen — auch der Bundesrepublik — zur Stärkung und Verbreiterung der Friedensbewegung war in den vergangenen Jahren außerordentlich groß, wirksam und geradezu unentbehrlich. Trotzdem ist nicht zu übersehen, daß der Einfluß des Marxismus als geistige Strömung in diesem Prozeß nicht nennenswert gewachsen ist. Auch die marxistische Wissenschaft vom Frieden ist in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten von Stagnation und Dogmatismus ebensowenig verschont geblieben wie das Gesamtsystem der Theorie, dem sie zugehört. Noch in den siebziger Jahren standen MarxistInnen dem Begriff „Friedensforschung“ reserviert und skeptisch gegenüber — den

² S. dazu den Beitrag von Dieter Klein in diesem Band.

Autor dieses Beitrags eingeschlossen. Der „bürgerlichen Friedensforschung“ wurde zwar konzidiert, für Abrüstung und Entspannung zu sein, sie wurde aber auch als kapitalistische Rechtfertigungs- und Integrationswissenschaft interpretiert, die letztendlich die Entfaltung von systemkritischem Denken verhindern sollte. Diese Einschätzung war verengt, insofern sie eine konkrete Seite der Friedensforschung unzulässig verallgemeinerte und sie hauptsächlich hinsichtlich ihres potentiellen Beitrags zur Überwindung des Kapitalismus beurteilte — in einer Zeit, als die Atomkriegsgefahr als globales Problem schon herangereift war und die Sicherung des Friedens sich objektiv bereits als systemübergreifende Aufgabe stellte! Gleichzeitig mit der Zurückweisung des Begriffs „Friedensforschung“ — auch für sich selbst — beanspruchte die marxistische Wissenschaft aber, in vielen Punkten auch mit Recht, per se eine Wissenschaft des Friedens zu sein. Allerdings lagen darin neben berechtigter Kritik auch Besserwisserei und sogar ein gewisser Monopolanspruch und wurde der dem zugrundeliegende Friedensbegriff lange Zeit zu eng mit sozialistischen gesellschaftspolitischen Zielvorstellungen verknüpft. Solche Positionen können heute als weitgehend überwunden gelten und werden in der marxistischen Wissenschaft, auch in vielen sozialistischen Ländern, schon seit etlichen Jahren nicht mehr vertreten.³

Aber für die marxistische Friedenswissenschaft in der Bundesrepublik bleibt noch viel zu tun — und von ihr ist hier überwiegend die Rede. Wenn Frieden ein Menschheitsinteresse an der Lösung eines globalen Problems bezeichnet und die Notwendigkeit einer kooperativen, positiven Friedensforschung mit den antagonistischen Systemen einschließt, dann stellt Frieden auch einen eigenständigen Gegenstandsbereich dar, der von Wissenschaften unterschiedlicher Disziplinen und weltanschaulicher Richtungen erforscht werden muß.⁴

Friedensforschung ist insofern zu verstehen als integrativer, interdisziplinärer und emanzipatorischer wissenschaftlicher Ansatz, der auf den Gegenstand Frieden gerichtet ist, der nicht nur über, sondern für den Frieden forscht, d.h. an der Schaffung nationaler und internationaler gesellschaftlicher Strukturen ohne Rüstung und Krieg mit wissenschaftlichen Orientierungsbeiträgen mitwirken will und sich selbst auch als Teilelement der entsprechenden gesellschaftsverändernden Praxis begreift. Marxistische Friedensforschung hat die Aufgabe, das Potential der marxistischen Theorie in diese Wissenschaftsrichtung einzubringen. Sie hat ihre eigene Spezifik, indem sie dem realen geschichtlichen Entwicklungsprozeß hin zu Verhältnissen ohne Ausbeutung und Krieg theoretische Impulse geben will, sie kann aber in einem Land wie der BRD nicht für sich genommen existieren und sich entfalten, sondern zusam-

3 Vgl. Jürgen Reusch, *Friedensforschung in der Bundesrepublik. Entwicklung, Positionen, Perspektiven*, IMSP-Informationsbericht 40, Frankfurt/M. 1986, bes. S. 28 ff.

4 S.a. Wolf-Dieter Gudopp, *Friedensbewegung. Theoretische Fragen zum Frieden und zur Friedensbewegung*, in: Hans-Jörg Sandkühler/Hans Heinz Holz/Lars Lambrecht (Hrsg.), *Dialektik. Beiträge zu Philosophie und Wissenschaften*, Bd. 16: *Enzyklopädie und Emanzipation*, Köln 1988, S. 325.

men mit und unter der Voraussetzung der Stärkung und Entfaltung einer breiter angelegten Friedenswissenschaft, die an einer positiven Friedensordnung kooperativer Koexistenz mitarbeitet. Sie muß damit auch zu einem neuen marxistischen Forschungsprofil beitragen, „das durch das Zusammenwirken und die Verknüpfung von Natur-, Technik-, Geistes- und Gesellschaftswissenschaften geprägt sein muß. Diese Interdisziplinarität zwingt sich allerdings nicht nur marxistischen Forschungsintentionen auf, sondern sie ergibt sich aus der Komplexität der Forschungsgegenstände, die mit der wissenschaftlich-technischen Revolution, den Natur-Gesellschaft-Mensch-Beziehungen, der Globalistik usw. auf die Tagesordnung treten.“⁵

Spätestens in den siebziger und frühen achtziger Jahren hörte der Marxismus in der Hauptsache auf, bei der theoretischen Aufarbeitung der herangereiften Umbruchsituation eine überzeugende, nach vorne orientierende und die gesellschaftliche Praxis beflügelnde Rolle zu spielen. Er geriet sogar gegenüber nichtmarxistischen geistigen Strömungen in Rückstand und versagte auf wesentlichen Gebieten, z.B. besonders augenfällig beim Herangehen an die Ökologiefrage. Die Bedeutung der globalen Probleme wurde zu lange unterschätzt, ja, mehr noch: Warnende Stimmen, z.B. des Club of Rome, wurden als bürgerliches Geschwätz abgetan. In diesem Spektrum zweifellos vorhandene Elemente philosophischen Idealismus' und politischen Konservatismus' mußten als Begründung herhalten, die gesamte Konzeption zu verwerfen.

Anziehungskraft, Eingriffs- und Mobilisierungsfähigkeit der marxistischen Theorie gingen insgesamt zurück, analog zur dogmatischen Verhärtung und Erstarrung gesellschaftspolitischer Konzeptionen. Zwar gab es vereinzelte Auflockerungsbemühungen; aber erst die Perestroika in der Sowjetunion ermöglichte etwa seit 1985 einen Neubeginn, der auf die tiefgreifende Überwindung von theoretischen Deformationen und Defiziten, von Stagnation und dogmatischen Verkrustungen abzielt. Damit war ein politisches Signal gegeben, das auch den Weg frei machte für eine intensive und öffentliche wissenschaftliche Diskussion, die auch heute noch sowohl hinsichtlich der Problemanalyse wie auch der strategischen Konsequenzen — trotz in manchen Bereichen wiedergewonnener Initiative — in der Hauptsache nachholenden Charakter hat. Noch immer eilen die realen Probleme ihrer theoretischen Verarbeitung weit voraus. Um welche Probleme geht es hauptsächlich, und wieweit betreffen sie die marxistische Friedenswissenschaft?

Sicherlich ist es notwendig, viele Themen neu aufzunehmen und viele Positionen zu verändern. Mit einem bloßen Hinzuaddieren oder Einzelveränderungen wird man sich aber nicht begnügen können. Es geht in der Hauptsache darum, die „Totalität unserer Welt neu zu durchdenken und zu definieren.“ Dann verändert sich „gegenüber der Vergangenheit das Koordinatensystem, aus dem sich die Ortsbestimmung unseres Denkens und Handelns ergeben muß. ... Der materialistisch-dialektische Ansatz hat sich an neuen Bedingungen zu bewähren.“⁶

⁵ Heinz Jung, Neues Denken und marxistische Kapitalismusanalyse, in: *Konsequent* — Sonderband 7, Westberlin 1989, S. 14.

⁶ Ebd., S. 9.

Etwa seit dem Ende des 2. Weltkrieges kulminierten eine Reihe über lange Zeit herangereifter Probleme immer schneller — eben zu *globalen Problemen* — und erreichten vor allem in den siebziger und achtziger Jahren eine krisenhafte Zuspitzung, die eine weltpolitische *Umbruchsituation* von völlig neuer Qualität beinhaltete.⁷ Noch nie in der Geschichte war die Existenz der Menschheit insgesamt ernsthaft in Frage gestellt gewesen — nun trat in historisch gesehen kürzester Zeit diese Situation ein. Die Katastrophe wurde prognostizierbar — entweder als schnelle Vernichtung oder als schleichende Untergrabung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit.

Die hauptsächliche Triebkraft des Umbruchs ist eine sich drastisch beschleunigende wissenschaftlich-technische Revolution.⁸ Diese Revolutionierung des Produktivkraftsystems hat vor allem seit den siebziger Jahren zu einem tiefen gesellschaftlichen Umbruch sowohl im Kapitalismus als auch im Sozialismus als auch in ihrem wechselseitigen Verhältnis geführt. Vor allem kam es mit dieser Produktivkraftentwicklung auch zu einer Potenzierung von Destruktivkräften. Dies und die damit einhergehende immer dichtere Internationalisierung ökonomischer, sozialer, ökologischer, politischer und kulturell-ideologischer Entwicklungen haben eine ganzheitliche Welt entstehen lassen, deren einzelne Systeme und Subsysteme ungeachtet ihres z.T. antagonistischen sozialen Charakters voneinander abhängig sind und wechselseitig aufeinander einwirken. (Auch die Interdependenzthese wurde zuerst von bürgerlichen Theoretikern aufgestellt und von MarxistInnen bis vor wenigen Jahren abgelehnt und sogar bekämpft.) Es ist eine „Krise der Zivilisation“ entstanden, die in dem Marxschen Hinweis vom möglichen gemeinsamen „Untergang der kämpfenden Klassen“ und Rosa Luxemburgs Wort vom „Rückfall in die Barbarei“⁹ noch nicht erfaßt wird; denn es geht nicht mehr nur um einen kulturellen Rückfall, sondern um Sein oder Nichtsein der ganzen Menschheit. Eine solche Situation war bisher in der marxistischen Theorie noch nicht vorgedacht worden.¹⁰

Das biologische und sozial-kulturelle Überleben der Menschheit kann angesichts dieser Bedrohungssituation nicht in der Bewahrung des Status quo liegen — weder im nationalen Rahmen noch in den internationalen Beziehungen.

7 Aus der Fülle der marxistischen Literatur auch in der Bundesrepublik zu dieser Problematik wird hier verwiesen auf: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF, Frankfurt/M., besonders Bd. 9, „Zukunft der BRD — Linke Alternativen“ (1985), Bd. 11, „Krisentyp der 80er Jahre — Kapitalstrategien, Entwicklungsvarianten, Alternativen“ (1986) und Bd. 13, „Umbrüche“ (1987) sowie auf Jörg Huffschild/Heinz Jung, Reformalternative. Ein marxistisches Plädoyer, IMSF-Arbeitsmaterial 28, Frankfurt/M. 1988, S. weiter: Hermann Bömer, Die drohende Katastrophe. Globale Probleme der Menschheit, Frankfurt/M. 1984, bes. S. 34 ff.; Albert Engelhardt, Bundesrepublik 2000, Köln 1986, bes. S. 31 ff.; sowie die Beiträge von Hans Heinz Holz und Jürgen Reusch in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF, Bde. 9 (a.a.O., S. 46 ff.) und 14 (1988, S. 434 ff.) sowie Jürgen Reusch, Neue Sicherheitspolitik im Nuklearzeitalter, Köln 1988, S. 291 ff.

8 S. Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, Grevén 1987, S. 5 und 18.

9 Karl Marx/Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 4, S. 462; Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin/DDR 1974, S. 62.

10 S. dazu Alexander von Pechmann, Neues Denken — Perestroika des Marxismus, in: Widerspruch, Heft 15, München 1988, S. 15.

„Die Sicherheit muß in der Veränderung der bestehenden Verhältnisse gesucht werden.“¹¹ Mit der Frage, wie diese Veränderungen konkret aussehen sollen und durchgesetzt werden können, stehen auch für die marxistische Theorie und die marxistische Friedenswissenschaft zahlreiche offene Fragen. Als einige besonders wichtige lassen sich (ohne Anspruch auf Vollständigkeit) ausmachen:

Mit den globalen Problemen ist die Frage einer dauerhaften politischen, ökonomischen, ökologischen usw. Weltfriedensordnung mit den Antagonisten angesprochen. Die Entschärfung und Lösung dieser Probleme darf nicht an die Bedingung der revolutionären Überwindung des Kapitalismus geknüpft werden; es geht um umfassende Kooperation der Antagonisten, also auch um die Überwindung und Zurückdrängung der reaktionärsten, aggressivsten Kapitalismusvariante zur Verbesserung der Voraussetzungen für eine Koalition der Vernunft und des Überlebens. Das erfordert eine Überprüfung und Präzisierung des marxistischen Fortschrittsverständnisses und eine Neubestimmung des Charakters unserer Epoche. Es genügt heute nicht mehr, sie als jene des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus zu charakterisieren. Das schließt einen neuen realistischen Blick sowohl auf den heutigen Kapitalismus als auch auf den Sozialismus ein. Es steht die Erarbeitung eines von Illusionen befreiten, eigenständigen realistischen und historischen Sozialismusbildes an und gleichzeitig ein neuer Blick auf den Kapitalismus von heute in seiner Widersprüchlichkeit, seinen historischen Grenzen und seiner Anpassungsfähigkeit und Flexibilität. Die marxistische Friedenswissenschaft muß sich vor allem dem Problem der Friedensfähigkeit des Kapitalismus und den Möglichkeiten und Bedingungen von Abrüstung auch unter kapitalistischen Bedingungen weiter annähern.¹² Insgesamt stellen sich damit neue Anforderungen an die marxistische Kapitalismus- und Imperialismustheorie.

Mit der Entstehung von Menschheitsproblemen und -interessen wird auch die Frage nach den mobilisierbaren sozialen Subjekten einer Überlebensstrategie aufgeworfen — auch nach den Aussichten auf die perspektivische Formierung eines Subjekts Menschheit. Die Herausbildung realer Lebensinteressen der Menschheit stellt auch das Problem des Verhältnisses von Gattungs- und Klasseninteressen.

Auf der globalen Ebene steht in absehbarer Zukunft die Aufgabe der Demokratisierung, Humanisierung, Zivilisierung und Ökologisierung der internationalen Beziehungen im Mittelpunkt. Das wirft Fragen nach Möglichkeiten und Inhalt eines neuen Internationalismus auf.¹³

Für entwickelte kapitalistische Länder wie die Bundesrepublik ergibt sich aus einer ersten Analyse der Umbruchperiode der Vorrang reformorientierter Veränderungen, also das Problem der Durchsetzung einer anderen Entwicklungsrichtung innerhalb des Kapitalismus. Damit stellen sich Fragen nach Inhalt, Reichweite, Grenzen, Dauerhaftigkeit usw. von Reformen und Reform-

11 Brundtland-Bericht, a.a.O., S. 26.

12 S. dazu den Beitrag von Gerd Matzke in diesem Band.

13 S. dazu den Beitrag von Rainer Falk in diesem Band.

kämpfen im Kapitalismus. Das schließt Fragen nach ihrer möglichen systemüberwindenden Dynamik, nach zeitgemäßen Vorstellungen einer revolutionären Transformation und nach dem Inhalt einer für die Bundesrepublik realistischen sozialistischen Perspektive ein.

Die Identität der MarxistInnen heute ergibt sich aus ihrem Eintreten für die Lösung der globalen Probleme, für Frieden, Abrüstung und das Überleben der Menschheit, für die Überwindung der Herrschaft des Kapitalismus und für die Errichtung des Sozialismus-Kommunismus, einer Gesellschaft, in der „die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“.¹⁴ Diese Identität ist aber nichts abstrakt-zeitloses. Gerade auf dem Feld des Kampfes um Frieden zeigt sich, daß sie nur dann real wird, wenn MarxistInnen fähig sind, in einer konkreten Entscheidungssituation mit den bestmöglichen Beiträgen für die weitestgehend möglichen Lösungen zu kämpfen. Dabei ist es nicht von vornherein gesichert, daß die MarxistInnen die besten Antworten auf die Fragen des Überlebens finden werden. Es ist aber ein erstrebenswertes und erreichbares Ziel.

2. Das Problem von Krieg und Frieden in der Umbruchperiode

Im folgenden soll hauptsächlich am Beispiel der Frage von Krieg und Frieden der *qualitativ neue Charakter der globalen Probleme*¹⁵ angedeutet werden. Diese globalen Probleme sind sozusagen der negative Ausdruck der Menschheitsinteressen. Es gibt aber auch eine positive Seite, nämlich das erstmalige Heranreifen der wissenschaftlich-technischen, ökonomischen, materiellen usw. Möglichkeit, diese Menschheitsprobleme zu lösen.¹⁶

In der marxistischen Diskussion wird mitunter die Einschätzung, es handle sich um eine qualitativ neue Problemsituation für die Menschheit, bestritten mit dem Hinweis, so neu sei doch die derzeitige Lage in Wirklichkeit nicht; manchmal wird auch das Neue verbal eingestanden, aber real unterschätzt. Und in der Tat, die Atombombe existiert seit 1945, und 1946 schrieb Einstein, die Atombombe habe „das Wesen der Welt ... zutiefst verändert“.¹⁷ Aber die atomare Bedrohung der Menschheit und sogar der seit den sechziger Jahren bestehende atomare Overkill sind keine konstanten Größen. Die Nuklearrüstung hat vor allem seit den siebziger Jahren eine neue Qualität erreicht, in deren Folge die nuklearstrategische Parität aufgehört hat, ein stabilisierender Faktor zu sein (— der sie zeitweilig war).

Das Neue zeigt sich zum einen in der sprunghaft gestiegenen Zahl der Atomsprenköpfe. Eine Gesamtzahl von 55000 im Jahr 1988¹⁸ ist beeindruckendes

14 Marx/Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, a.a.O., S. 482.

15 Die Begriffe „globale Probleme“ und „Menschheitsprobleme“ werden hier synonym benutzt. Analog dazu wird der Begriff „Menschheitsinteressen“ verwandt.

16 S. Die Menschheit — das unbekannte Wesen. Gespräch mit Erich Hahn, in: Marxistische Blätter, 2/89, S. 49.

17 Albert Einstein, Die Welt muß neu denken lernen, Orig. 20. 9. 1946 in: Aufbau, New York. Nachdruck unter gleichem Titel: Die Friedensliste (Hrsg.), Bonn o.J. (1988), S. 8.

18 Rüstung und Abrüstung, SIPRI-Jahrbuch 1988, Baden-Baden 1988, S. 43.

Indiz dafür. Kennzeichen der neuen Situation sind neben der horizontalen Weiterverbreitung von Atomwaffen (und chemischen und biologischen Massenvernichtungsmitteln) und der drohenden Ausbreitung der Nuklearrüstung auf den Weltraum die Miniaturisierung der Atomsprengköpfe, ihre extreme Treffsicherheit, die Abstufung der Reichweiten, verkürzte Flug- und Vorwarnzeiten, eine Tendenz zur Unverwundbarkeit und Überlebensfähigkeit usw. — alles Faktoren, die die Einsatzschwelle für Atomwaffen stark herabsetzen und Präventiv- und Präemptions„zwänge“ schaffen, die die Gefahr „begrenzter“ Atomkriege oder eines Atomkriegs „aus Versehen“ erhöhen und die Möglichkeiten politischer Kontrolle und Konfliktlösung vermindern. Das alles geschah etwa zeitgleich mit der Verbreitung der Erkenntnis, daß ein Atomkrieg weder begrenzt noch führbar ist und daß schon der regionale Einsatz von ca. 100 kleineren Atomsprengköpfen zu menscheitsbedrohenden Schädigungen der Biosphäre insgesamt („nuklearer Winter“) führen könnte.

Die wichtigste Triebkraft dieser gefährlichen Entwicklung ist die imperialistische Politik der Stärke und insbesondere die Doktrin und Praxis der Abschreckung.¹⁹

Auch die rein quantitative Seite der Rüstung weist neue Aspekte auf. Das Ausmaß der Weltrüstungsausgaben übersteigt heute jedes menschliche Vorstellungsvermögen und ist zu einem Problem für sich geworden. 1960 beliefen sich die Weltrüstungsausgaben noch auf „nur“ 130 Mrd. Dollar, seit etwa 1986 betragen sie jährlich ca. 1 Billion Dollar.²⁰

Allein zwischen 1981 und 1985 verdoppelten sie sich.²¹ 1985 stiegen sie laut ACDA um 3,1 Prozent, 1986 um 2 Prozent.²² Ungeachtet dieser leichten Verlangsamung ist ihr Anstieg bisher ungebrochen.

Auch hier erweisen sich die USA und andere imperialistische Staaten als die treibende Kraft. Das Gesamtergebnis ist niederschmetternd: „Die Aufrüstung geht weiter, verbunden mit Kosten, die die Weltgemeinschaft schmerzen. Ausdruck äußerster Absurdität sind dabei die 3-4 Billionen Dollar, die seit dem 2. Weltkrieg ausgegeben worden sind, um ein atomares Arsenal hervorzubringen, das, falls es eingesetzt würde, globalen Selbstmord bedeuten würde.“²³

Vor allem die achtziger Jahre markieren also einen „historischen Bruch“, d.h. einen qualitativen Sprung in der Entwicklung der Weltrüstungsausgaben.²⁴ Bis in die sechziger Jahre hinein hatte es noch ein paralleles Wachstum von Militär-

19 Zur Kritik der Abschreckung und vor allem der NATO-Strategie der flexible response s. ausführlich Jürgen Reusch, *Friedensforschung in der Bundesrepublik*, a.a.O., S. 193 ff. und ders., *Neue Sicherheitspolitik*, a.a.O., S. 69 ff.

20 S. dazu SIPRI-Rüstungsjahrbuch 5, Reinbek 1985, S. 188, und US-Arms Control and Disarmament Agency (ACDA), *World Military Expenditures and Arms Transfers 1987*, Washington 1988, S. 1; s.a. Rainer Rilling, *SDI — Auswirkungen auf Wirtschaft und Wissenschaft*, in: Gunnar Lindström (Hrsg.), *Bewaffnung des Weltraums*, Hamburg 1986, S. 114.

21 S. ausführlich Jürgen Reusch, *Keine Zukunft ohne Frieden*, in: *Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF*, Bd. 9, a.a.O., S. 81.

22 ACDA 1988, a.a.O., S. 1 f.

23 Ruth Leger Sivard, *Entwicklung der weltweiten Militär- und Sozialausgaben 1985 - 1987*, in: *Frieden und Abrüstung*, Sonderausgabe, Bonn, Jan. 1988, S. 5.

24 S. dazu und zum folgenden Rilling, a.a.O., S. 115 f.

ausgaben, Bruttosozialprodukt und Lebensstandard gegeben; in den siebziger Jahren paßten sich die Militärausgaben immerhin noch den niedrigen Zuwachsraten des Wirtschaftswachstums an. Vor allem seit Beginn der achtziger Jahre, also parallel zur Wirtschaftskrise 1980/82 und der Zeit danach mit ökonomischer Stagnation oder sogar Rückgang, knapper werdenden Ressourcen usw. stiegen die weltweiten Militärausgaben deutlich und beschleunigt an — wohlgernekt im „Frieden“. Das ist die „*signifikante Veränderung im letzten Jahrzehnt*“.²⁵

Man kann daraus schlussfolgern: Der Zeitpunkt ist unwiderruflich überschritten, an dem eine solche Entwicklung akzeptabel erscheinen konnte, solange wenigstens kein (Welt-)Krieg ausbrach. Das hier skizzierte quantitative und qualitative Maß der Rüstung ist längst selbst zu einem menscheitsbedrohenden Faktor von Krise und Destabilisierung geworden.

Insofern ist es heute ein vorrangiges Überlebensproblem für die Menschheit, nicht „nur“ einen Atomkrieg zu verhindern, sondern die weltweite Rüstungsdynamik zu stoppen und eine Wende zu Abrüstung und internationaler Kooperation durchzusetzen.

Die hier skizzierte Gefährdungssituation wird zusätzlich verschärft durch die Verflechtung mit anderen globalen Problemen, die ebenfalls die Existenz der Menschheit berühren und in ihrem Gesamtzusammenhang das Überlebensproblem der Menschheit darstellen. Dies sind vor allem die *ökologische Krise* und die *Unterentwicklung und Verelendung der Dritten Welt*. Die Bezeichnung „*global*“ verdienen sie, weil sie nicht von einer Regierung, einem Land oder einem Staatenbündnis alleine, sondern nur durch weltweite und intersystemare Zusammenarbeit, also durch Anstrengungen der gesamten Menschheit, lösbar sind.²⁶

Der Zusammenhang zwischen Aufrüstung, Kriegsgefahr und anderen globalen Problemen ist mehrfacher Art.²⁷ Zum einen würde ein Atomkrieg das menschliche Leben und seine natürliche Umwelt weitgehend zerstören; insofern ist seine Verhinderung die Grundvoraussetzung zur Lösung aller anderen Probleme.

Zum zweiten sind Aufrüstung und Kriegsgefahr auch Faktoren der Zuspitzung in den anderen Problembereichen. Das Hineinziehen der Dritten Welt in den Strudel der Militarisierung verringert ihre Entwicklungsmöglichkeiten zusätzlich, vergrößert ihre Abhängigkeit von den industriellen Metropolen und verschärft regionale Konflikte, die der Entwicklung abträglich sind. Die hohen Militärausgaben in den (kapitalistischen und sozialistischen) Industrieländern ver-

25 Ebd., 115. Hervorhebung von Rilling.

26 Die Literatur zu den globalen Problemen ist inzwischen kaum noch zu übersehen. Aus der marxistischen Forschung wird hier verwiesen auf: Wadim Sagladin / Iwan T. Frolow, *Globale Probleme der Gegenwart*, Berlin/DDR 1982; Hermann Bömer, *Die drohende Katastrophe*, a.a.O., Iwan T. Frolow (Hrsg.), *Globale Probleme der Zivilisation. Sozialismus und Fortschritt der Menschheit*, Frankfurt/M. 1988. S. auch den Beitrag von Rainer Falk in diesem Band. Vgl. weiter: Lester R. Brown u.a., *Zur Lage der Welt — 88/89. Worldwatch Institute Report*, Frankfurt/M. 1988 und: *Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht*, a.a.O.

27 Vgl. Frolow u.a., *Globale Probleme*, S. 136 ff.

ringern deren objektive Möglichkeiten, zur Entwicklung der Dritten Welt beizutragen. Darüberhinaus sind Rüstung und die Politik militärischer Stärke auch in Zeiten des Nicht-Krieges ein Faktor der Zerstörung der Biosphäre.

Zum dritten binden Aufrüstung und die Politik militärischer Stärke die geistigen und materiellen Potenzen, die zur Erforschung und Entwicklung von Alternativen, zur Entwicklung und Anwendung von Problemlösungen, und sei es auch nur zur Reparatur bestehender Schäden benötigt werden. Etwa ein Viertel bis ein Drittel der Wissenschaftler der Welt steht im Dienst der Rüstung; die Hälfte der weltweiten F- und E-Ausgaben wird für militärische Zwecke getätigt.

Und schließlich verhindern Aufrüstung, Politik militärischer Stärke und Konfrontation jene internationale und intersystemare Kooperation, ohne die die globalen Probleme nicht überwunden werden können.

In allen der genannten Problemgruppen und ihrem Zusammenhang wird ein *übergreifendes Grundproblem sichtbar, nämlich die mangelnde gesellschaftliche Beherrschung der gesamten Produktivkraftentwicklung*, die durch den Schub der wissenschaftlich-technischen Revolution der letzten Jahre eine enorme Beschleunigung erfahren hat. Durch die umfassende Einbeziehung der Wissenschaft in die Produktion erfolgt der Wechsel vom Veralten vorhandener zur Durchsetzung neuer Strukturen sehr viel schneller. Gleichzeitig liegen in vielen heutigen Entscheidungen über Forschungen und Entwicklungen oft Weichenstellungen für zukünftige Produktionsstrukturen von langfristiger Bedeutung und großer Tragweite. Es bildet sich im Kapitalismus wie im Sozialismus ein neuer Produktivkrafttyp heraus, der nach umfassenden Proportionen, neuen Regulierungsmechanismen und mehr Voraussicht und Planung verlangt.²⁸

Die Herausbildung dieses Produktivkrafttyps unter staatsmonopolkapitalistischen Verhältnissen und vor allem die Tatsache, daß dies unter der Hegemonie der neokonservativ-privatmonopolistischen SMK-Variante erfolgt, verstärkt die destruktiven Seiten der Entwicklung beträchtlich. Unter Inkaufnahme längerfristig verheerender Folgen paßt der Neokonservatismus die Produktivkraftentwicklung den Verwertungsbedürfnissen der transnationalen Monopole an.

Aber auch im Sozialismus gibt es ernsthafte Mängel in der kollektiven Beherrschung der Produktivkraftentwicklung. Die bisher bestehenden ökonomischen Regulierungsmechanismen haben sich als nicht geeignet erwiesen, die sozialen Probleme zu lösen und gleichzeitig die Vergeudung von Ressourcen einschneidend einzuschränken. Derzeit kann „der Sozialismus nicht umhin, die Masse der umweltschädigenden Wirkungen der modernen Produktivkräfte zunächst noch erweitert zu reproduzieren, nicht nur, weil er im ökonomischen Wettbewerb mit dem Kapitalismus steht, sondern vor allem, weil auch die kommunistische Formation das ihr adäquate Produktivkraftsystem nur im

28 S. dazu ausführlich Dieter Klein, Chancen für einen friedensfähigen Kapitalismus, Berlin/DDR 1988.

Verlauf eines längeren historischen Prozesses hervorzubringen vermag.“²⁹ Im Zusammenhang damit sind auch Vorausplanung, Einsicht in die Tragweite von Entscheidungen und gesellschaftliche Wirksamkeit von ökonomischen Maßnahmen unzureichend. Die Entfaltung der demokratischen Mitentscheidung der Produktionsmittelbesitzer, die Mobilisierung von know-how, fachlichen und gesellschaftlichen Erkenntnissen, Erfahrungen, von Kritik usw. weisen deutliche Rückstände auf. Dies war gerade das zentrale Anliegen der 19. Parteikonferenz der KPdSU, und deren radikale Selbstkritik³⁰ zeigt, daß sozialistische Verhältnisse zwar die bessere Voraussetzung zur Lösung der genannten Probleme darstellen, daß sie diese Lösung aber nicht automatisch und ein für allemal in sich enthalten. Es bedarf dort radikaler sozialökonomischer Reformen und tiefgreifender Demokratisierung.

Damit besteht Anlaß, eine allzu vereinfachte, sozusagen klassenreduktionistische Sicht auf die Ursachen der globalen Probleme zu problematisieren: Sicher ist der Hinweis richtig, daß die Hauptverantwortung beim Imperialismus liegt. Er ist die entscheidende Triebkraft der Hervorbringung und Zuspitzung der Kriegsgefahr, der Aufrüstung, der ökologischen Krise und der Verelendung der Dritten Welt, und nur die kapitalistischen Produktionsverhältnisse bringen *gesetzmäßig* auch Destruktivkräfte hervor.

Aber was das Wettrüsten betrifft, so waren die sozialistischen Länder, vor allem die UdSSR, über lange Zeit und bis in die jüngste Vergangenheit nicht nur sein Opfer, sondern auch Mit-Akteur. Das waren sie freilich unter Zwang, auf reaktive Weise, mit defensiven, kriegsvermeidenden Absichten.

Der Sozialismus trägt auch — trotz mancher positiv einzuschätzender Bemühungen — zur ökologischen Krise und zur Ressourcenvergeudung bei. Was die Dritte Welt betrifft, so ist ihre chronische Unterentwicklung zwar durch Imperialismus und Neokolonialismus verschuldet, aber die ökonomischen Stagnationserscheinungen in vielen sozialistischen Ländern, eine aus einer extensiven ökonomischen Strategie resultierende falsche Schwerpunktsetzung, die mit zeitweiliger Überschätzung des militärischen Faktors verbunden war, nahm der sozialistischen Entwicklungspolitik einiges von ihrer Wirksamkeit.

Im Herangehen an die Lösung der globalen Probleme und vor allem der Krieg-Frieden-Frage nehmen damit zwar Antikapitalismus und Klassenkampf einen wichtigen Platz ein — aber darauf kann man sich nicht beschränken. Es geht um sozialen Fortschritt in allen (verschiedenen) sozialen Systemen auf die jeweils adäquate Weise. Für die marxistische Linke in der kapitalistischen Bundesrepublik bedeutet das, daß ihr Beitrag zum Kampf um das Überleben der

29 H. Paucke / A. Bauer, Zum Verhältnis von Natur- und Produktionskreisläufen, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 8/1980, S. 912; s.a. André Leisewitz, Wissenschaftlich-technische Revolution und deformierte Produktivkraftentwicklung, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF, 13, a.a.O., S. 25 f.

30 Die Konkretisierung dieser Überlegungen war das zentrale Anliegen der 19. Parteikonferenz der KPdSU vom Juni 1988. In ihren Referaten, Diskussionen und Beschlüssen werden die skizzierten Probleme in hohem Maße konkret. Vgl. Die Zukunft der Sowjetunion. Die Debatte auf der Parteikonferenz der KPdSU, Köln 1988 sowie: Die Zukunft der Sowjetunion. Der Gorbatschow-Bericht, Köln 1988.

Menschheit und die Bewältigung der Probleme der Umbruchperiode darin bestehen muß, um die Zurückdrängung, Abschwächung und schließliche Überwindung der neokonservativen Offensive, der konservativ-privatmonopolistischen Entwicklungsrichtung des Kapitalismus zu kämpfen — und zwar durch eine radikale Reformkonzeption³¹, die sowohl zu den globalen Problemen wie auch zu innergesellschaftlichen Klassenkonflikten eine Alternative anbietet, die auf die Probleme der Umbruchperiode in fortschrittlichem und demokratischem Sinne reagiert.³²

Diese Sicht der Umbruchperiode beeinflusst auch die bisherige marxistische Charakteristik unserer Epoche. Es reicht heute nicht mehr aus, sie als eine des weltweiten Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus zu bezeichnen³³ und gar alle Entwicklungen in der Welt unter diesem Gesichtspunkt zu interpretieren, wie es in den Grundsatzdokumenten der kommunistischen Weltbewegung der Jahre 1957, 1960 und 1969 geschah.³⁴ Die revolutionäre Dynamik hat sich seit den sechziger Jahren deutlich verlangsamt; der Sozialismus entwickelte sich sehr viel widersprüchlicher als zunächst angenommen. Die Dritte Welt blieb ein fester Bestandteil des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems und die kapitalistischen Länder erwiesen sich als viel anpassungsfähiger, flexibler und reformfähiger als anfangs angenommen. Die Arbeiterbewegungen der kapitalistischen Hauptländer — ihr kommunistischer Teil eingeschlossen — blieben entgegen hochgesteckten Erwartungen ein relativ schwacher Faktor.

31 S. dazu: DKP, Bundesrepublik Deutschland 2000. Vorschläge der DKP zu einer friedensorientierten und demokratischen Reformalternative für die 90er Jahre, Düsseldorf, Juni 1988; vgl. Huffschild/Jung, Reformalternative, a.a.O.

32 S. dazu Heinz Jung, Der Name des Fortschritts ist Demokratie, in: Deutsche Volkszeitung/die tat, 23. 12. 1988, S. 21.

33 Hier kann auf eine inzwischen breite, kontroverse innermarxistische Diskussion verwiesen werden. Vgl. etwa German Diligenskij, Revolutionstheorie und die Gegenwart, Orig. in: Weltwirtschaft und internationale Beziehungen, Moskau, 3/1988 (russ.), deutsche Arbeitsübersetzung, S. 1 f.; s.a. den Beitrag von Juri Krassin in diesem Band und ders., Die Arbeiterbewegung auf der Suche nach einer demokratischen Alternative, Orig.: Kommunist, Moskau, 14/1988 (russ.), deutsch in: Blätter für deutsche und internationale Politik 12/88, S. 1453 ff., hier als Sonderdruck Nr. 360, bes. S. 12 f.; s. weiter den von Jörg Huffschild verfaßten Abschnitt: Kritische Punkte marxistischer Theorie und Praxis heute, in: ders./Heinz Jung, Reformalternative, a.a.O., S. 12 ff.; Dieter Klein, Dialog als Chance der Theorieentwicklung, in: Humboldt-Journal zur Friedensforschung, Nr. 4, Berlin/DDR 1988, S. 12; vgl. auch seinen Beitrag in diesem Band; Wolfgang Eichhorn, Neue Probleme der Formationstheorie, in: Aus Arbeit von Plenum und Klassen der AdW der DDR. Informationen für die Leitung der Forschung, hrsg. von der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin/DDR 1988, S. 3.

34 S. Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder, Moskau 1957, und: Erklärung der Beratung von Vertretern der Kommunistischen und Arbeiterparteien, Moskau 1960, in: Fritz Schenk (Hrsg.), Kommunistische Grundsatzzerklärungen, Köln 1972, S. 15 ff. und 86 ff. sowie: Die Aufgaben des Kampfes gegen den Imperialismus in der gegenwärtigen Etappe und die Aktionseinheit der Kommunistischen und Arbeiterparteien, aller antiimperialistischen Kräfte, angenommen von der Internationalen Beratung der Kommunistischen und Arbeiterparteien, Moskau 1969, in: Internationale Beratung der Kommunistischen und Arbeiterparteien, Moskau 1969, Prag 1969, S. 12 ff.; vgl. dazu auch J. Reusch, Krieg-Frieden-Revolution im Nuklearzeitalter, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 14, a.a.O., S. 442 f.

Die bisherige Charakteristik schließt außerdem ein mechanistisches Fortschrittsverständnis ein, das diesen in der Hauptsache als linearen Prozeß des Aufstiegs des Sozialismus und des Niedergangs des Imperialismus auffaßt. Die Welt wird im Sinne einer starren Bipolarität interpretiert, die die wechselseitige Abhängigkeit aller Länder und sozialen Systeme, ihre Interdependenz und wechselseitige Beeinflussung ignoriert. Gerade diese Interdependenz und die Herausbildung von menscheitsbedrohenden Problemen und Menschheitsinteressen sind aber das Charakteristische der heutigen Umbruchperiode.

Die *Definition unserer Epoche als einer des Übergangs zum Sozialismus* behält mithin ihren Sinn — aber „wohlgemerkt nur für die allgemeinste Ebene und mit einem weiten historischen Blick“³⁵

Man sollte also nicht übersehen, daß die zum Sozialismus hinführende soziale Revolution ähnlich wie die dreihundert Jahre dauernde bürgerliche Revolution ein Prozeß ist, der weit über das 20. Jahrhundert hinausreicht.³⁶

Ein Formationswechsel im Sinne eines *Übergangs zum Sozialismus* macht damit *nicht den Hauptinhalt der jetzigen konkreten Entwicklungsperiode* innerhalb der Gesamtepoche aus: in dieser Periode steht in der Tat kooperative Koexistenz im Mittelpunkt.³⁷

Die Auseinandersetzung zwischen den antagonistischen Systemen kann heute und in Zukunft nicht mehr, wie es früher gedacht wurde, als eine Art Nullsummenspiel stattfinden nach dem Grundsatz: was schlecht ist für sie, ist gut für uns. Die Überlebensprobleme der Menschheit und die globale Interdependenz lassen für diese Variante keine Grundlage mehr. Es geht auf absehbare Zeit und als *strategische Zielstellung* darum, daß *beide sozialen Systeme ihre offensichtlich noch längst nicht ausgeschöpften Entwicklungsmöglichkeiten und Potenzen zur Entfaltung bringen müssen*. Es geht um eine Kombination von Wettstreit und Kooperation, in der die Seite der Koexistenz den zentralen Stellenwert einnimmt — im Interesse des Überlebens der Menschheit. Mit dieser Neuformulierung des Charakters der Epoche sind endgültig auch alle Positionen aufzugeben, die friedliche Koexistenz als eine (wünschenswerte) Form des Klassenkampfes interpretieren. Sie ist keine (auch noch so lange) „Atempause“, sie ist keine „Einbahnstraße“ für den Sozialismus und auch kein „Vehikel“ zur Beförderung von revolutionären Fortschritten. Ihr Zweck ist nicht darauf beschränkt, beim revolutionären Übergang zum Sozialismus eine nukleare Katastrophe auszuschließen und den *friedlichen* Triumph des Sozialismus über den Kapitalismus zu ermöglichen.³⁸ Sie kann überhaupt heute nicht mehr adäquat nur als Gestaltungsrahmen für den Verlauf des Systemkonflikts Kapitalismus — Sozialismus begriffen werden. Es geht daher auch nicht mehr nur um Koexistenz von Staaten *unterschiedlicher* Gesellschaftsordnung, sondern um ein System kooperativer Koexistenz zwischen *allen* Staaten. Koexistenz ist

35 Heinz Jung, Neues Denken und marxistische Kapitalismusanalyse, a.a.O., S. 13 (s. Anm. 5).

36 S. den Beitrag von Juri Krassin in diesem Band und Manfred Kossok, 1789 — Versuch einer Positionsbestimmung, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF, 14, a.a.O., S. 42.

37 Jung, Neues Denken ..., a.a.O.

38 S. Reusch, Krieg-Frieden-Revolution im Nuklearzeitalter, a.a.O., bes. S. 444 f. und 449 ff.; A. v. Pechmann, Neues Denken ..., a.a.O., S. 13.

für *alle* sozialen Systeme und Kräfte zur *objektiven Existenzbedingung* geworden, d.h. sie ist als *universelles Prinzip* zu verstehen.³⁹

Die Aufgabe, das Überlebensinteresse der Menschheit unter Bedingungen kooperativer Koexistenz zu sichern, macht allerdings den Sozialismus nicht obsolet. Es handelt sich vielmehr um einen Modus des Systemantagonismus, in welchem der Kampf darum geht, welche Formation „den entscheidenden Beitrag zur Überwindung der kritischen Momente leisten (wird), die in der Entwicklung der Zivilisation entstanden sind.“ Nach marxistischer Auffassung wird das der Sozialismus sein. Er besitzt *potentiell* die Fähigkeit, „der Menschheit den Durchbruch zu einem prinzipiell anderen, sie rettenden Ufer“ zu ermöglichen.⁴⁰ Oder anders ausgedrückt: Eine humanistische und sozial fortschrittliche Zukunftsperspektive für die ganze Menschheit kann nach marxistischer Auffassung am besten unter Bedingungen gesellschaftlicher Beherrschung der Produktivkraftentwicklung, d.h. durch den Sozialismus gesichert werden. Doch in der gegenwärtigen Umbruchperiode muß der Sozialismus erst noch den Beweis antreten, daß er diesem Anspruch genügen kann. Über die Bedingungen der Verwirklichung dieser Aufgabe werden die Antagonisten auch zukünftig kämpfen und streiten. Dabei müssen die Elemente der Kooperation zur Lösung der globalen Probleme in den Vordergrund treten.

3. Gattungsinteressen — Klasseninteressen

Das Überleben der Menschheit ist zum Kerninhalt eines allgemeinen, klassenübergreifenden Menschheitsinteresses geworden — eines keineswegs spekulativen, sondern realen Interesses, das allen Klasseninteressen übergeordnet ist, und zwar nicht nur zeitweilig, sondern heute und in Zukunft. Dies ist eine in der Geschichte präzedenzlose Situation. Es liegt auf der Hand, daß jedes klassenorientierte Denken und Handeln, auch das der Arbeiterklasse, von dieser Tatsache nicht unberührt bleiben kann. Ein Durchdenken des Ver-

39 Ob friedliche Koexistenz ein universelles Prinzip ist oder nicht, ist derzeit auch in der marxistischen Diskussion umstritten. Qualifizierte Plädoyers aus der sowjetischen Diskussion in: Jürgen Reusch (Hrsg.), *Abschied von der Abschreckung. Die sowjetische Diskussion*, Köln 1989 (i.E.); vgl. hier v.a. die Beiträge von Schewardnadse, Primakow, Wereschtschetin/Müllerson u.a. In der bundesdeutschen marxistischen Diskussion gehen z.B. die Überlegungen von H.H. Holz in ähnliche Richtung; vgl. seine Beiträge: *Zur Logik der Koexistenz*, in: ders./H.J. Sandkühler (Hrsg.), *Dialektik. Beiträge zu Philosophie und Wissenschaften*, Bd. 4, Köln 1982, S. 62 ff. und: *Grundsätzliches zur qualitativen Entwicklung der Friedenspolitik heute*, in: *Neues Denken im Nuklearzeitalter*, Frankfurt/M. 1988, ZMF-Diskussionsbeiträge 3, S. 26 ff.

40 Gorbatschow, *Ansprache auf dem Treffen von Parteien und Bewegungen zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution*, in: *Die Revolution geht weiter. Oktoberrevolution und Perestroika. Rede M. Gorbatschows zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution*, Düsseldorf 1987, S. 108.

hältnisses von Gattungs- und Klasseninteressen aus marxistischer Sicht ist daher unabdingbar.⁴¹

Die Klassiker des Marxismus formulierten zu dem genannten Problemkomplex für den Diskussionsstand ihrer Zeit drei zentrale Thesen: *Erstens*: Allgemeine Interessen der Menschheit stehen höher als Klasseninteressen, die nur partikularer Natur sind.⁴² *Zweitens*: Allgemeinmenschliche Interessen werden sozusagen spontan über die Durchsetzung der Klasseninteressen der Arbeiterklasse realisiert, d. h. vor allem durch die Errichtung des Sozialismus und dann der klassenlosen Gesellschaft.⁴³ *Drittens*: Was Klasseninteressen der Arbeiterklasse sind, kann nicht nur aus der konkreten Interessenlage der Arbeiter gegenüber den Kapitalisten erklärt werden, sondern aus ihrer historischen Mission; die Arbeiterklasse kann sich nur selbst befreien, wenn und indem sie die ganze Menschheit befreit. Das schließt auch den internationalen Aspekt ein.⁴⁴

41 Mit Menschheits- oder Gattungsinteressen werden solche Interessen bezeichnet, die nur im gemeinsamen Handeln der ganzen Menschheit oder ihrer Mehrheit zur Sicherung ihres Überlebens und zum Erreichen einer höheren Entwicklungsstufe realisiert werden können. Sie können insofern mit allgemeinmenschlichen Interessen zusammenfallen. Der Begriff allgemeinmenschliche Interessen kennzeichnet aber ein breiteres Spektrum von Interessen, die jeder Mensch unabhängig von seiner Klassenzugehörigkeit auf einer konkreten historischen Entwicklungsstufe objektiv hat. Menschheits- oder Gattungsinteressen werden diese im Zusammenhang mit den globalen Problemen (s. Erich Hahn, Menschheitsentwicklung und Klasseninteressen, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 8/1988, S. 678).

42 W.I. Lenin, Entwurf eines Programms unserer Partei, in: Lenin-Werke, Bd. 4, S. 230, schrieb, daß „vom Standpunkt der Grundideen des Marxismus ... die Interessen der gesellschaftlichen Entwicklung höher (stehen) als die Interessen des Proletariats.“

43 Marx machte „die wirklichen Voraussetzungen für einen allgemeinen Frieden“ von der tiefgreifenden „Veränderung der Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit“ abhängig (MEW, Bd. 16, S. 530), Lenin vertrat die Auffassung, „allein“ die „proletarische (...) Revolution“ sei imstande, „die Kultur, die Menschheit vor dem Untergang zu retten.“ (Brief an die amerikanischen Arbeiter, LW, Bd. 28, S. 62).

44 Marx: „Der Kampf für eine solche auswärtige Politik“ (auf der Basis der „einfachen Gesetze der Moral und des Rechts, welche die Beziehungen von Privatpersonen regeln sollen“ — J.R.) „ist eingeschlossen im allgemeinen Kampf für die Emanzipation der Arbeiterklasse“ (Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation, MEW, Bd. 16, S. 13). Auf dieses Zitat verweist auch Harald Neubert, Menschheitsprobleme und Arbeiterklasse, Berlin/DDR 1988, S. 19, mit gleicher Intention. Auch in den Marx'schen Frühschriften finden sich Hinweise auf eine weitere Fassung des Begriffs Klasseninteressen der Arbeiterklasse. Marx spricht von der Aufgabe des Proletariats, die „Emanzipation der Deutschen zu Menschen“ zu vollziehen. Das Proletariat habe die „völlige Wiedergewinnung des Menschen“ durch die Aufhebung der Klassengesellschaft zu erreichen (Karl Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, in: MEW, Bd. 1, S. 391 und 390). D.I. Rosenberg, die Entwicklung der ökonomischen Lehre von Marx und Engels in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts, Berlin/DDR 1958, interpretiert diese Passage so: „Die allgemein menschliche Revolution vollzieht also die Klasse, die keine speziellen Interessen hat, welche sich von denen der gesamten Gesellschaft unterscheiden, die Klasse, deren Interessen sich mit denen der gesamten Menschheit decken. Diese Klasse ist das Proletariat. Marx behandelt das Proletariat als den einzigen Träger der allgemein menschlichen Revolution ...“ (S. 48).

Vor allem aus dem letzteren ergibt sich eine *weite Definition des Begriffs Klasseninteressen der Arbeiterklasse*. Die Arbeiterklasse kämpft um ihre *klassenspezifischen Ziele* und damit zugleich auch um *allgemeinmenschliche Ziele*, um die Verwirklichung der Interessen der ganzen Menschheit. Die Sicherung einer friedlichen Existenz, die völlige Abschaffung von Ausbeutung und Unterdrückung liegt im Interesse aller Menschen, nicht nur der Arbeiterklasse. Sie kämpft, anders als die Bourgeoisie, nicht um die Verewigung ihrer eigenen Klassenherrschaft, sondern um deren Überwindung und die Überwindung jeder Klassenherrschaft.⁴⁵ Die Berücksichtigung von allgemeinmenschlichen Interessen war also schon immer ein zentraler Aspekt der Formierung der Klasseninteressen der Arbeiterklasse und damit der Herstellung ihrer Hegemoniefähigkeit. Die Partikularinteressen der Arbeiterklasse stimmen in hohem Maße mit den Gattungsinteressen überein, und zwar in höherem Maße als etwa die der Bourgeoisie. Auch frühere Epochen besaßen in den Äußerungen ihrer fortgeschrittensten Köpfe die Idee vom Menschheitsinteresse an einem neuen Weltzustand, aber für dessen Verwirklichung mangelte es noch an materiellen Grundlagen und vor allem einem historischen Subjekt. Dennoch, für die Bourgeoisie der bürgerlichen Revolution galt, was für alle Klassen in Umbruchperioden gilt: eine historisch fortschrittliche, hegemoniale Rolle spielte sie dann, wenn sie die allgemeinmenschlichen Interessen auf dem zu ihrer Zeit fortgeschrittensten Niveau artikulierte. Das trifft auch auf die Arbeiterklasse zu. Mit der sozialistischen Revolution verwirklicht sie auch eine allgemeinmenschliche Revolution, die beginnende Emanzipation der Menschheit.

Welche Schlußfolgerungen lassen sich aus diesen Sachverhalten im Licht der Umbruchperiode und der globalen Probleme ziehen, vor allem hinsichtlich der Friedensfrage⁴⁶? Zunächst ist festzuhalten: Die heute in der marxistischen Debatte schon gängige Formel von der „Erweiterung“ der historischen Mission der Arbeiterklasse ist unpräzise, insofern sie offenbar einen zu engen Begriff des Klasseninteresses zugrundelegt und den Eindruck aufkommen läßt, es würden nun Forderungen und Ziele, z.B. das Ziel einer globalen Friedensordnung zusätzlich aufgenommen, die früher nicht vertreten wurden. Menschheitsinteressen werden hier offenbar als etwas den Klasseninteressen der Arbeiterklasse äußerliches betrachtet. Das ist aber keineswegs der Fall. Vielmehr geht es um eine Schwerpunktverlagerung: Allgemeinmenschliche Interessen waren auch vorher schon in die historische Mission der Arbeiterklasse eingeschlossen. Bei den qualitativ neuen *Menschheitsinteressen* der Umbruchperiode geht es darum, daß sie nicht erst im Ergebnis des erfolgreichen Kampfes um den Sozialismus/Kommunismus verwirklicht werden können, sondern schon *vorher* und unabhängig davon. „Die Sicherung des Weltfriedens wird zu

45 Auf diesen Sachverhalt verweisen Harald Neubert, ebd., S. 19f. und Erich Hahn, in: *Marxistische Blätter*, 2/89, S. 58.

46 An dieser Stelle ist anzumerken, daß das häufig verwendete Begriffspaar „Friedenskampf – Klassenkampf“ den Kern der Sache verfehlt. Der erste Begriff bezeichnet ein Ziel, der zweite die handelnden Subjekte. Tatsächlich sind am Friedenskampf unterschiedliche, sogar antagonistische soziale Subjekte mit verschiedenen Zielen beteiligt. Er schließt ergo klassenbedingte und klassenübergreifende Aspekte ein.

einem *integralen, relativ selbständigen Bestandteil* bei der Verwirklichung der historischen Mission der Arbeiterklasse ...⁴⁷.

Mit dem Entstehen der globalen Probleme müssen die obengenannten drei Grundthesen also modifiziert werden; hier wird vorgeschlagen, das in folgende Richtung zu tun: *Erstens*: Menschheitsinteressen stehen höher als Klasseninteressen. Diese Tatsache bleibt richtig und gewinnt qualitativ neue Bedeutung, weil die allgemeinen Menschheitsinteressen heute, anders als früher, das Überleben der Gattung zum Kerninhalt haben. Alle „Akteure in der internationalen Arena“ müssen daher „ihre Interessen in Übereinstimmung mit den Gegebenheiten und Erfordernissen der Gegenwart definieren bzw. verfolgen ... und nicht gegen diese.“⁴⁸ *Zweitens*: Menschheitsinteressen müssen heute vorrangig, d.h. unabhängig von der Durchsetzung proletarischer (wie auch anderer) Klasseninteressen gesichert werden, dürfen diesen nicht mehr nachgeordnet sein. Damit werden auch für die Arbeiterklasse und ihre Organisationen Gattungsinteressen nicht nur zu einem objektiv vorhandenen, sondern auch zu einem bewußt aufgenommenen Gegenstandsbereich. Und *drittens*: Die Klasseninteressen der Arbeiterklasse umfassen auch Menschheitsinteressen; ein zeitgemäßes Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse ist heute nur noch möglich, wenn es das Bewußtsein der globalen Probleme der Menschheitsfrage einschließt. D.h. daß die „Verantwortung“ der Arbeiterklasse gegenüber Menschheitsinteressen „nicht durch Ablehnung, Verzicht, Relativierung oder Abschwächung“ ihrer Identität⁴⁹ wahrzunehmen ist.

Die Entstehung von Menschheitsinteressen hat für die marxistische Theorie auch die Frage nach dem Subjekt Menschheit neu gestellt.⁵⁰ Mit der materialistischen Geschichtsauffassung und der politischen Ökonomie entwickelte sich schon früh eine materialistisch fundierte Begründung der sozialen Kategorie Menschheit. Sie beruht auf den in der Epoche des Kapitalismus entstehenden ökonomischen und sozialen Zusammenhängen, v.a. auf der Konstituierung des Weltmarkts, auf der internationalen Arbeitsteilung usw. Das Kapital bedarf zu seiner endgültigen historischen Durchsetzung der Konstituierung des Weltmarkts. Das ist v.a. die Internationalisierung der Zirkulationssphäre. Auf diese Entwicklungen haben schon Marx und Engels hingewiesen.⁵¹

Dieser Prozeß verstärkte und modifizierte sich mit dem Übergang zum Monopolkapitalismus und Imperialismus, mit dem die Welt insgesamt der Herrschaft des imperialistischen Systems unterworfen wurde.

Das Neue für die jüngste Zeit, die Umbruchperiode, besteht in der Internationalisierung auf der Ebene der Produktion und in der Herausbildung von Pro-

47 Harald Neubert / Anne Schwarz, Die Arbeiterklasse — ihre Rolle in veränderter Zeit, in: Unsere Zeit, 27. 7. 1988, S. 7 (Hervorhebung — J.R.).

48 Max Schmidt, Globalität — Grundzug heutigen politischen Denkens und Handelns, in: Karl-Heinz Röder (Hrsg.), Der Frieden und die politische Theorie der Gegenwart, Berlin/DDR 1988, S. 151.

49 Erich Hahn, in: Marxistische Blätter, a.a.O., S. 59.

50 Der folgende Abschnitt stützt sich auf schriftliche Ausarbeitungen von Heinz Jung.

51 Marx/Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, a.a.O., S. 463 f.

duktivkräften und Produktionssystemen mit Konsequenzen für die globalen Zusammenhänge. Es entsteht also ein neuer Produktivkrafttyp, der internationale Proportionen hervorbringt und zu seiner weiteren Entfaltung auch geeigneter internationaler Proportionen im friedensorientierten, ökologischen, sozialen usw. Sinne bedarf.⁵²

Dem entspricht auch gegenüber früher eine ungeheure Verdichtung und Intensivierung der internationalen Zusammenhänge. Als Indiz für diese Entwicklung kann das sprunghafte Anwachsen internationaler Organisationen und Institutionen in den letzten Jahrzehnten genommen werden.

Gegenüber früheren marxistischen Lehrmeinungen eines antagonistischen Auseinanderfallens und -driftens der verschiedenen Wirtschaftsgebiete auf der Welt entsprechend ihrer Zugehörigkeit zu den sozialökonomischen Systemen hat sich inzwischen die Auffassung vom umfassenden Charakter der Weltwirtschaft und der sozialökonomischen Systeme und der internationalen Beziehungen durchgesetzt. Damit ist für alle Sektoren und Teile der Bezugsrahmen gegeben. Hingewiesen werden muß auf den unterschiedlichen und z.T. begrenzten Charakter internationaler Institutionen. Deshalb kommt im Sinne der realen Formulierung, Proklamierung und in der Konsequenz auch der Durchsetzung von Menschheitsinteressen der UNO und ihren Gliederungen als universelle Organisation zentrale Bedeutung zu.⁵³ Was steht auf dieser Ebene anderes zur Debatte als die Interessenformulierung der „internationalen Gemeinschaft“, ein Synonym für Menschheit? Vor dem Moskauer Friedensforum 1987 entwickelte Gorbatschow diesen Gedanken: „Die vergangenen Jahrzehnte sind davon gekennzeichnet, daß zum erstenmal in der Geschichte die Menschheit — und nicht nur einzelne ihrer Vertreter — beginnt, sich als einheitliches Ganzes zu begreifen ...“⁵⁴. Vor der UNO setzte er diese Überlegungen fort: „Wir sind jetzt in eine Epoche eingetreten, in der dem Fortschritt die universellen Interessen der gesamten Menschheit zugrundeliegen werden. Diese Erkenntnis macht es erforderlich, daß auch die Weltpolitik von der Priorität der allgemeinemenschlichen Werte bestimmt wird.“⁵⁵

Aber natürlich bewegt sich das Allgemeine von Menschheitsinteressen durch das Besondere des Ausgleichs und Abgleichs nationalstaatlicher, regionaler, paktmäßiger usw. Interessen. Deshalb könnte man sagen, daß hier ja schon längst die Vermittlungsmechanismen von Menschheitsinteressen entstanden sind, gleichfalls Indiz dafür, daß die Menschheit nicht mehr nur abstrakter Be-

52 D. Klein, Chancen für einen friedensfähigen Kapitalismus, a.a.O., bes. S. 14 ff. und 61 ff.

53 Für Michail Gorbatschow ist die Anerkennung der Rolle der UNO und ihre Unterstützung und Stärkung ein Element des neuen Denkens. S. ders., Wie weiter nach der Abschaffung der Mittelstreckenraketen? Zur Gestaltung eines umfassenden Systems der internationalen Sicherheit, 17. 9. 1987, Sonderdruck Nr. 349 der Blätter für deutsche und internationale Politik; ders., Rede vor der 43. UNO-Generalversammlung am 7. Dezember 1988, in: Blätter ..., 2/1989, S. 239 f.

54 Für eine Welt ohne Kernwaffen, für das Überleben der Menschheit. Rede Michail Gorbatschows vor den Teilnehmern des internationalen Friedensforums in Moskau, in: Unsere Zeit, 19. 2. 1987, S. 5.

55 Gorbatschow, Rede vor der 43. UNO-Generalversammlung, a.a.O., S. 236.

griff ist, sondern sich schon Gerüst und Muskulatur dieser Gemeinschaft herausbilden.

Menschheit ist mehr als die Summe aller Individuen der menschlichen Gattung, die die Erde bevölkern. Sie ist strukturiert durch die unterschiedliche soziale, ökonomische, politische Verfassung von Klassen, Völkern, Staaten, Nationen, Staatengruppierungen usw., kurz realen politischen und sozialen Subjekten. Aber gerade dann, wenn wir von der Menschheit unter den heutigen Bedingungen als einer sozialen Gemeinschaft sprechen, die spezifische Interessen ausbildet, deren negativer Ausdruck die globalen Probleme sind, dann kann sie nicht nur als soziales Objekt angesehen werden, sondern muß auch als soziales Subjekt verstanden werden. Schon der Interessenbegriff schließt die Wechselwirkung von Objektivem und Subjektivem ein. Wir kennen von der Marxschen Fassung der Konstitution der Arbeiterklasse den Prozeß von der Klasse an sich zur Klasse für sich. Ähnlich auch der Prozeßcharakter der Formierung anderer Gemeinschaften in der Geschichte, etwa der Nationen.

In der marxistischen Diskussion wird mitunter einschränkend gesagt: „Die Menschheit als Ganzes ... ist ... zwar eindeutig Objekt der globalen Probleme, sie ist als Ganzes aber nicht im gleichen Maße Subjekt dieser globalen Probleme, Subjekt im Sinne der Hervorbringung, aber auch der Bewältigung.“⁵⁶ Trotz dieser Einschränkung wird immerhin anerkannt, daß die Entwicklungen der letzten Jahre und Jahrzehnte „die Menschheit ... sehr viel stärker als zuvor in gewisser Hinsicht zu einer auch subjektiven Einheit, zu einem Gesamtorganismus haben werden lassen.“⁵⁷ Und in der Tat: Weiter oben wurde schon ausgeführt, daß die Hervorbringung der globalen Probleme zwar hauptsächlich dem Imperialismus anzulasten ist, von der Seite der mangelhaften gesellschaftlichen Beherrschung der Produktivkraftentwicklung aber auch einen die subjektive Seite der Menschheitsformierung betreffenden Aspekt hat. Was die Bewältigung der globalen Probleme angeht, so liegt hier die meiste Aktivität zwar noch bei Parteien, Organisationen, Bewegungen, einzelnen Regierungen. Aber die wachsende Einmischung internationaler Organisationen bis hin zur UNO ist ebenfalls nicht zu verkennen.

Wer also auf die Mobilisierung von Menschheitsinteressen orientiert, muß vom Subjektcharakter dieser Gemeinschaft ausgehen — wie dann auch immer der Konstitutionsprozeß beurteilt werden möge. Denn außerhalb sozialer Gemeinschaften und Gruppen gibt es keine Interessen. Interessen sind der charakteristische Ausdruck der Existenzbedingungen sozialer Gruppen, die sich in Zielorientierungen niederschlagen. Natürlich kennt die Geschichte — und auch die Gegenwart — viele weitere klassenübergreifende Gemeinschaften der unterschiedlichsten Art, z.B. die Weltreligionen und ihre Institutionen. Aber am wichtigsten ist die Analogie der Herausbildung der modernen Nationen. Dies gilt vor allem für die Hegemoniefrage. Nur jene Klassen, die in der Lage

56 Gespräch mit Erich Hahn, a.a.O., S. 53; ganz ähnlich ders. in einem Interview in: *Unsere Zeit*, 14. 9. 1988, S. 7.

57 Erich Hahn, *Menschheitsentwicklung und Klasseninteressen*, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, 8/1988, S. 675.

waren, die gesamten Entwicklungsinteressen der Nation zu definieren und in diesem Sinne ihre eigenen Interessen zu verallgemeinern, konnten die hegemoniale Rolle im Gesamtprozeß übernehmen. Dies hing in der Geschichte bekanntlich von der stadialen Entwicklungsstufe ab. Aber von großem Interesse ist gerade diese Fragestellung in der Dritten Welt, in der sich moderne Nationen vielfach erst formieren.

Die Analogie zu Menschheit und Menschheitsinteressen liegt auf der Hand, obwohl es hier vielfältigere Vermittlungsstufen gibt (aber man muß da auch genau den nationalen Konstitutionsprozeß betrachten, in dem bekanntlich ja vor allem die regional-partialen Interessen und Gliederungen aufzuheben und zu überwinden waren). Unter diesem Gesichtspunkt kann auch die Konsequenz von Integrationsprozessen, etwa die Herausbildung von EG-Europa, analysiert werden. Mit der Herausbildung der Menschheit als soziale Gemeinschaft ergibt sich also für alle real agierenden Subjekte des gesellschaftlichen und historischen Prozesses ein neuer Bezugsrahmen und damit eine neue Dimension ihrer Interessen, die sich zwar an gleichen objektiven Sachverhalten orientieren müssen, damit aber nicht identisch sind.

4. Imperialismus und Friedensfrage

Der Beitrag der marxistischen Wissenschaft vom Frieden zum neuen Denken hat sich in besonderem Maße bei der Klärung des Verhältnisses von Imperialismus und Friedensfrage zu bewähren. Hier liegt ein Problemkomplex, der sowohl eine zeitgemäße marxistische Sicht auf den gegenwärtigen Kapitalismus erfordert als auch Überlegungen zu einer Strategie, die das Primat der Überlebensfrage mit antikapitalistischen Positionen gedanklich zusammenbringt und in eine tragfähige Charakterisierung unserer Epoche einordnet. Die Frage nach den Möglichkeiten eines friedensfähigen oder zivilen Kapitalismus ist in diesem Sinne von zentraler Bedeutung für die Erarbeitung einer zeitgemäßen marxistischen Friedensforschung. Das hat nichts zu tun mit irgendeiner Verharmlosung des Militarismus, der nach wie vor in seiner ganzen Monströsität existiert, der in seinen aktuellen Entwicklungen erforscht werden muß und gegen den ein wirkungsvoller Kampf geführt werden muß. Gerade dies erfordert aber auch, die reale Interessenlage des Imperialismus exakt zu analysieren. Die Interessendifferenzierung des Monopolkapitals in der Friedensfrage ist für die Arbeiterbewegung und die demokratischen Bewegungen unter den gegebenen Verhältnissen eine entscheidende Grundlage, den Einfluß des MIK zurückzudrängen und die Entwicklung zu einem zivilen Kapitalismus als Beginn eines weiterführenden Fortschrittsprozesses durchzusetzen. Wie sieht diese Interessenlage heute aus?⁵⁸ Die wichtigsten Eckpunkte sind:

— Die *atomare Rüstung* hat auch für den Imperialismus die *Gefahr der Selbstvernichtung* erzeugt. Die heutige Monopolbourgeoisie ist damit zur er-

58 Vgl. auch Überlegungen zum gleichen Problem von Jörg Huffschmid, in: ders. / Heinz Jung, Reformalternative, a.a.O., S. 118 ff.

sten herrschenden Klasse einer Ausbeutergesellschaft in der Geschichte geworden, die zum Krieg keine prinzipiell positive Einstellung mehr haben kann. Das ist die *entscheidende Zäsur in der Interessenlage der Monopolbourgeoisie*.⁵⁹

— Für die entwickelten kapitalistischen Länder ist heute aber auch der *konventionelle Krieg kein adäquates Mittel der Politik mehr*, zum einen wegen der Gefahr der Eskalation in einen Atomkrieg und zum zweiten, weil die Infrastruktur dieser Länder heute einen konventionellen Krieg und wahrscheinlich auch schon die unmittelbare Vorbereitungsstufe dazu (z.B. allgemeine Mobilmachung) nicht ohne völligen Zusammenbruch überleben könnte. Die entwickelten kapitalistischen und auch sozialistischen Industriestaaten sind heute objektiv kriegsuntauglich.⁶⁰

— Das Ausmaß der Rüstungsausgaben wird zu einer Belastung für die kapitalistische Gesamtentwicklung. Viele Monopole sind Mischkonzerne und haben neben militärischen auch zivile Standbeine. Für sie ist Rüstungsproduktion eine u.U. wichtige, aber keine Überlebensfrage.⁶¹

— Hohe staatliche Rüstungsausgaben wirken als Bremse für andere, im SMK ebenfalls wichtige Staatsausgaben, an denen das Monopolkapital interessiert ist.

— Die politische Legitimation von Rüstung läßt nach. Bedrohungsvorstellungen und Feindbilder bröckeln. Das ist hauptsächlich Verdienst der sozialistischen Länder und der Friedensbewegung. Der Konsensbruch erstreckt sich auf die gesamten Grundsätze der auf Abschreckung beruhenden Sicherheitspolitik; dadurch erhält auch der Widerstand gegen einzelne Rüstungsprojekte eine neue Qualität. Aufgrund des Legitimationsverlustes der Rüstung nehmen zivile SMK-Interessen an Gewicht zu.

— Konfrontationspolitik beeinträchtigt die gewinnbringende ökonomische und technologische Kooperation mit den sozialistischen Ländern, die andererseits aber z.B. aufgrund der sowjetischen Perestroika neue Chancen eröffnet. Auch gegenüber der DDR ist die BRD an solchen Beziehungen sehr interessiert.

— Gegenüber der Dritten Welt⁶² ist die Kriegsbereitschaft des Imperialismus noch am größten und stellt eine ernstzunehmende Gefahr nicht nur für diese Länder, sondern für die ganze Menschheit dar. Aber auch die Durchsetzung hegemonialer und konterrevolutionärer Interessen der imperialistischen Metropolen gegenüber der Dritten Welt mit militärischen Mitteln verliert *tendenziell* gegenüber ökonomischen Mitteln ihrer Weltmarktorientierung an Be-

59 Schon Lenin äußerte offenbar 1918, gegen Ende des I. Weltkriegs, den Gedanken, der Krieg könne aufgrund der modernen Technik einmal so verheerend und so zerstörend werden, „daß er überhaupt nicht mehr möglich sein wird“. S. N.K. Krupskaja über W.I.Lenin, Moskau 1960, S. 40f., zit. in: Frolow, Globale Probleme, a.a.O., S. 119.

60 S. dazu den Beitrag von Wolfgang Schwarz in diesem Band.

61 Der Nachweis, daß der Kapitalismus zu seinem ökonomischen Funktionieren nicht unbedingt der Rüstungsproduktion bedarf, ist schon vielfach geführt. S. dazu meinen Beitrag: Ist der Kapitalismus friedensfähig?, in: Marxistische Blätter, 4/1988, S. 62f., mit weiteren Literaturhinweisen.

62 S. dazu auch den Beitrag von Rainer Falk in diesem Band.

deutung. Ähnliches gilt für Konflikte zwischen den Ländern der Dritten Welt. Aufgrund ihrer spezifischen Tradition existiert dort zwar ein hohes Maß an Gewaltbereitschaft. Aber der Druck der globalen Probleme läßt auch hier die Wirksamkeit des militärischen Faktors tendenziell abnehmen.

Die hier dargestellte veränderte *objektive* Interessenslage des Kapitalismus schlägt sich im subjektiven Handeln seiner Repräsentanten aber selbstredend nur auf eine sehr widersprüchliche und vielfach vermittelte Weise nieder. Die wichtigsten Hindernisse zur praktischen Realisierung dieser Interessenslage in den entwickelten kapitalistischen Ländern sind folgende:

— Der Einfluß des Militär-Industrie-Komplexes und die Profitinteressen der Rüstungsindustrie (— der gewaltigsten, die die Geschichte je hervorbrachte —) sind sehr stark und nehmen in der letzten Zeit eher noch zu.⁶³ Sie bilden einen eigenständigen Faktor, der Rüstungsdynamik und Konfrontation antreibt. Der ökonomische Anreiz für Rüstungsproduktion ist hoch; ihm kann nur durch bewußte staatliche Lenkung in zivile Richtung begegnet werden.

— Es gibt in den kapitalistischen Industrieländern starke Bestrebungen, militärische Potentiale als politisches und ökonomisches Druckmittel gegenüber den sozialistischen Ländern zu benutzen, zumal dann, wenn diese als politisch labil und krisenanfällig eingeschätzt werden. Auch die Idee des „Totrüstens“ des Sozialismus spielt weiterhin eine Rolle.

— Auch gegenüber der Dritten Welt hat das militärische Potential einen hohen Stellenwert für viele kapitalistische Regierungen — nicht nur als politisches Druckpotential, sondern auch als Instrumentarium direkter militärischer Intervention. Hier werden unmittelbar Hoffnungen auf militärische Siegfähigkeit gehegt. (Man vergleiche etwa die Entwicklung der Strategie der „low-intensity-warfare“ in den USA.)

— Rüstung, Politik militärischer Stärke und die dazugehörigen Feindbilder und Bedrohungslegenden werden bis zu einem gewissen Grade als Faktor der innergesellschaftlichen Integration und Konsensbildung benutzt. Daher halten kapitalistische Regierungen aus politischen Gründen häufig auch dann an Aufrüstung fest, wenn sie ökonomisch eher dysfunktional wirkt.

— In bestimmten imperialistischen politischen und v.a. militärischen Kreisen ist auch heute noch die Illusion anzutreffen, mit den modernen Militärtechnologien könne auf längere Sicht eine derzeit nicht bestehende Kriegsführungsfähigkeit gegenüber den sozialistischen Ländern zurückgewonnen werden. Es ist ein Beharrungsvermögen im Denken anzutreffen, das noch nicht begriffen hat, daß die atomare Rüstung alle bisherigen Vorstellungen vom Krieg überholt hat. Das mindert substantielle Abrüstungsbereitschaft.

— Selbst bei solchen Vertretern des Monopolkapitals und seiner politischen Repräsentanten, die Abrüstung oder eine Rücknahme des militärischen Faktors in der Politik prinzipiell für möglich halten, ist die Vorstellung vorhanden, starke militärische Potentiale seien unentbehrlich für erfolgreiche Abrüstungsverhandlungen, etwa im Sinne eines „bargaining-chip“.

63 S. dazu den Beitrag von Winfried Schwarz in diesem Band.

Alle diese Faktoren stellen keine konstante, sondern eine variable Größe dar. Unerläßliche Voraussetzung für Variabilität in positive, also zivile Richtung ist allerdings, daß der Sozialismus dem Imperialismus militärische Überlegenheit unmißverständlich verwehrt, daß seine Friedens- und Abrüstungspolitik eine Dynamik entfaltet, der sich auch kapitalistische Regierungen auf die Dauer nicht entziehen können.

Der Blick auf die verschiedenen Seiten dieser tiefgreifend veränderten objektiven Interessenlage des Kapitalismus in ihrer Entwicklung hat der marxistischen Diskussion über die Aussichten auf einen friedensfähigen Kapitalismus in der Umbruchperiode neue Impulse gegeben. Dabei ist zunächst rasch klar geworden, daß die alten Positionen nicht mehr genügen. So neu die Frage nach einem friedensfähigen Kapitalismus nämlich ist, nicht neu ist für MarxistInnen natürlich die Frage nach den Chancen zur Verhinderung eines Weltkriegs und zur Abrüstung noch während der Existenz des Imperialismus. Etwa seit dem 20. Parteitag der KPdSU waren sie in dieser Frage mehrheitlich der Auffassung, ein imperialistischer (Welt-)Krieg sei entgegen früheren Positionen nicht mehr unvermeidbar, sondern könne durch den vereinten Druck der Kräfte des Friedens vermieden werden. Zwar seien die ökonomischen Grundlagen eines solchen Kriegs nach wie vor gegeben, solange der Imperialismus existiere, doch könne man diesen, auch wenn er aggressiv bleibe und keine eigenen Friedensinteressen habe, zum Waffenstillstand und sogar zur Abrüstung zwingen. Folgerichtig wurde friedliche Koexistenz nicht mehr nur als relativ kurze Atempause, sondern als längerfristige und wünschenswerte Form des Klassenantagonismus von Kapitalismus und Sozialismus aufgefaßt. Die Schaffung einer stabilen, dauerhaften Weltfriedensordnung mit dem Imperialismus wurde letztenendes aber nicht für möglich gehalten, sondern mit der revolutionären Überwindung dieses Systems verknüpft.⁶⁴

Die Frage nach einem friedensfähigen Kapitalismus stellte sich zu dieser Zeit und bis in die jüngste Vergangenheit aus marxistischer Sicht nicht und wäre vermutlich auch als Ketzerei aufgefaßt worden.

Heute muß die Frage gestellt werden.⁶⁵ In der theoretischen marxistischen Diskussion hat sie zu unterschiedlichen Positionen geführt. In diesem Spektrum findet sich auch noch immer jene traditionelle oder besser: traditionalistische Auffassung, derzufolge der Imperialismus unter dem Druck nationaler und vor allem internationaler Kräfteverhältnisse zum Frieden gezwungen werden kann, obwohl seine Interessen entgegengesetzter, aggressiver und kriegerischer Natur sind und bleiben.⁶⁶ Die Frage ist jedoch nicht nur berechtigt,

64 Vgl. dazu u.a. die Dokumente des 20. Parteitags der KPdSU (1956), so z.B. den Rechenschaftsbericht Nikita Chruschtschows, in: 20. Parteitag der KPdSU, Düsseldorf 1956, sowie die erwähnte Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder von 1957 und das darauffolgende Dokument von 1960 (Anm. 34).

65 S.M. Gorbatschow, Die Revolution geht weiter. Oktoberrevolution und Perestroika. Rede zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution, a.a.O., S. 83 f.

66 So z.B. Victor Perlo, Ist Kapitalismus ohne Militarismus möglich?, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, 7/1988, S. 914 ff.; ähnlich auch Armin Cullmann/Fred Schmid, Imperialismus ohne Militarismus?, in: Marxistische Blätter, 11/1988, S. 64 ff.

sondern unbedingt notwendig, ob die beispiellose Dynamik der Umbruchprozesse nicht auch auf die scheinbar unveränderliche Natur des Kapitalismus zurückwirkt? Von dieser Frage ausgehend, hat sich in der aktuellen marxistischen Diskussion eine Reihe neuer Ansätze herausgebildet. Ihnen ist gemeinsam, daß sie sich von der offenbar veralteten und vereinfachten Vorstellung lösen, es gehe „nur“ darum, daß der Sozialismus den Kapitalismus von außen bzw. daß die Arbeiterklasse das Kapital von innen gegen seinen Willen zum Frieden zwingen müsse.⁶⁷ Sie lehnen es ab, die Zielstellung dauerhafter Friedenssicherung an den (weltweiten) Sieg über den Kapitalismus zu binden.⁶⁸ Die Aufgabe der Gegenwart ist offenkundig nicht „einfach“, den Kapitalismus gegen seine Natur friedensfähig „zu machen“, sondern die sich im kapitalistischen System, in seinen grundlegenden ökonomischen Strukturen unter dem Druck der veränderten Interessenlage herausbildenden eigenen inneren Ansätze für ein rationales Verhalten gegenüber den globalen Problemen zu erkennen und zu mobilisieren. Gibt es solche Ansätze? Wenn ja, welche, und wie können sie zur Entfaltung kommen? Hier liegt eines der wichtigen Felder, auf denen theoretische Stagnationserscheinungen überwunden werden müssen.

Die Begründungsansätze dafür, daß der heutige Kapitalismus aus sich heraus, auch aus seinem langfristigen Interesse an der Fortexistenz von Profitbedingungen eine eigene, früher nicht vorhandene Bereitschaft zu Frieden und Abrüstung entwickeln könne, sind in der marxistischen Diskussion sehr unterschiedlich. Einige Autoren verweisen auf die durch die Gefahr der Selbstvernichtung erzeugte grundsätzlich neue Interessenlage der Monopolbourgeoisie⁶⁹; das schließt die These ein, Rüstung und Kriegsvorbereitung führten heute zur ökonomischen Erschöpfung des Kapitalismus und zwängen ihn geradezu zur Abrüstung.⁷⁰ Ein anderer Ansatz ist der eines neuen, intensiv erweiterten Produktivkrafttyps, der auch im Kapitalismus nach friedensorientierten Proportionen verlange.⁷¹ Ein dritter Ansatz legt den Schwerpunkt darauf, daß ökonomisches und politisches Handeln von Menschen selbst Bestandteil der Grundstrukturen und Gesetze des Kapitalismus ist und diese auch verändern

67 Darauf verweist mit Recht Horst Heininger, in: *Aggressivität und Friedensfähigkeit des heutigen Imperialismus. Ein Rundtisch-Gespräch*, in: *IPW-Berichte*, 9/1988, S. 14f.

68 G.A. Arbatow schreibt: „Die elementare Gleichung ‚Militarismus = Kapitalismus‘ bringt uns bei der Suche nach Wegen für einen wirksamen Kampf gegen den Militarismus keinen Schritt voran, denn daraus würde folgen, daß man mit Militarismus und Kriegsgefahr erst nach dem weltweiten Sieg des Sozialismus Schluß machen kann. Solche Aussichten verdammten zur Passivität im Kampf gegen den Militarismus und verdecken die Unterschiede und Widersprüche innerhalb der herrschenden Bourgeoisie.“, s.: *Der Militarismus und die heutige Gesellschaft*, in: *Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge*, 4/1987, S. 350.

69 S. etwa Lutz Maier, *Das Monopolkapital und die Friedensfrage*, in: *IPW-Berichte*, 11/1987, S. 1 ff. und den Beitrag von Horst Heininger in diesem Band; s. weiter: Otto Reinhold, *Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit*, in: *Horizont*, 5/1988, S. 8f.; Jürgen Kuczynski, *Kann der Kapitalismus wirklich abrüsten und damit überleben?*, in: *Horizont*, 6/1987, S. 23f.; G. Arbatow, a.a.O.; W. Tschernyschew, *Kapitalismus ohne Militarismus?*, in: *Unsere Zeit*, 2. 9. 1988, S. 15.

70 Kuczynski, a.a.O., S. 24.

71 S. bes. D. Klein, *Chancen für einen friedensfähigen Kapitalismus*, a.a.O., bes. S. 61 ff.

kann, daß es also keine ein für allemal feststehende, unveränderliche Natur des Kapitalismus gibt; das sei heute durch den gewachsenen Einfluß des subjektiven Faktors und unter dem Druck der Überlebensfrage in noch höherem Maße als früher und in die genannte Richtung der Fall.⁷² Diese Ansätze schließen sich gegenseitig nicht aus, sie ergänzen und überschneiden sich teilweise, sie weisen in etlichen Punkten auch Übereinstimmungen auf.

Damit sind durchaus Grundfragen der marxistischen Kapitalismus- und Imperialismustheorie aufgeworfen, und es verwundert nicht, daß sozialdemokratische Kritiker den MarxistInnen nahelegen, mit dem Ja zum friedensfähigen Kapitalismus auch das Nein zur Leninschen Imperialismustheorie zu sagen.⁷³ Der Hinweis gilt einem realen Problem: Der Frage nach dem Zusammenhang von Monopol und imperialistischer Aggressivität. Nach dem bisherigen marxistischen Diskussionsstand lassen sich unterschiedliche Antwortvorschläge konstatieren. Ein Ansatz ist der: Aggressivität und Gewalt erwachsen gesetzmäßig aus den ökonomischen Verhältnissen des Imperialismus, aber nur als Tendenz; sie können durch gegenteilige Tendenzen konterkariert werden. Genau diese Möglichkeit bietet sich heute auf neue Weise.⁷⁴ Ein zweiter Ansatz lautet: Die imperialistische Aggressivität ist Element seiner ökonomischen Wirkungsgesetze, aber in diesen gibt es heute offenbar auch neue Zusammenhänge, die eine friedensfähige Kapitalismusvariante objektiv möglich machen.⁷⁵ Darüberhinaus wird ein dritter Ansatz in die Diskussion gebracht, dessen Kerngedanke lautet: Militärische Aggressivität ist zwar in der ökonomischen Grundstruktur des Imperialismus angelegt, wird aber erst über die Ebene der Politik wirkungsvoll. Es kann nicht nur aggressive imperialistische Politik geben, sondern unter den heutigen Bedingungen auch dauerhafte nicht-aggressive Politik.⁷⁶ Allen diesen Ansätzen ist gemeinsam, daß sie die Möglichkeit eigener Friedens- und Abrüstungsinteressen auf der Basis kapitalistischer Verhältnisse grundsätzlich bejahen. Über die Reichweite und Dauerhaf-

72 S. dazu den Beitrag von Jörg Huffs Schmid in diesem Band und ders. / Heinz Jung, Reformalternativen, a.a.O., bes. S. 118 ff.

73 S. Erhard Eppler, wie Feuer und Wasser. Sind Ost und West friedensfähig?, Reinbek 1988, S. 51 f. Solche Kritiken können sich ebenso wie die traditionelle marxistische Position auf Lenins 1918 veröffentlichte Schrift „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“ berufen. Dort heißt es u.a.: „Der Imperialismus ... zeichnet sich kraft seiner grundlegenden ökonomischen Eigenschaften durch sehr geringe Friedfertigkeit ... und eine sehr große, überall wahrzunehmende Entwicklung des Militarismus aus“ (Lenin-Werke, Bd. 28, S. 237 f.). Lenins richtiger Hinweis auf die ökonomischen Grundlagen des Militarismus läßt allerdings nicht den Schluß zu, letzterer müsse im Imperialismus immer und überall auftreten. Eine solche Über-Interpretation legen z. B. Cullmann und Schmid nahe, a.a.O. (Anm. 66), S. 64.

74 Erich Hahn, Überlegungen zum Dokument „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 11/1987, S. 1491; ders., Friedenskampf ohne Ideologie, a.a.O., S. 20 ff.

75 Dieter Klein, Politökonomische Grundlagen für einen friedensfähigen Kapitalismus, in: IPW-Berichte, 2/1988, S. 2 f.; s.a. den Beitrag des Autors in diesem Band.

76 S. den Beitrag von Horst Heininger in diesem Band.

tigkeit einer solchen Entwicklung lassen sie unterschiedliche Schlußfolgerungen zu. Die Frage ist als theoretisches Problem derzeit offenbar nicht eindeutig zu beantworten. Der weitestgehende Versuch in diese Richtung enthält die Überlegung, ob und wie die Realisierung kapitalistischer Friedensfähigkeit den harten Kern der ökonomischen Gesetze des Imperialismus verändern und neue Gesetze entstehen lassen kann.⁷⁷ Diese Hypothese kann sich auf die in der marxistischen Diskussion unbestrittene Erkenntnis stützen, daß sich gesellschaftliche Gesetze nicht spontan und mit schicksalhafter Unvermeidlichkeit, sondern im Handeln von Menschen und großen Menschengruppen auf jeweils konkrete, sehr variable Weise verwirklichen.

Vor allem mit Bezug auf die letztgenannte Position wird hier die Auffassung vertreten, daß die in der marxistischen Kapitalismustheorie schon seit Ende der siebziger Jahre entwickelte Konzeption der Varianten des SMK sich als fruchtbarer Ansatz erweist, auch die Problematik der Friedensfähigkeit des Kapitalismus zu erhellen. Die schärfere Herausbildung von SMK-Varianten ist gerade ein Resultat der Umbruchprozesse. Die Grundhypothese des Variantenansatzes besagt, daß auf der objektiven Grundlage des monopolistischen Reproduktionsprozesses, seiner Proportionen und Regulierungsmechanismen, vor allem der umfassenden Einbeziehung des Staates in die ökonomische Reproduktion, verschiedene strategische Optionen und Entwicklungsrichtungen möglich und real gegeben sind.⁷⁸

Die objektiv begründeten Ansätze zur Friedensfähigkeit kommen in der konservativ-reaktionären und der reformistischen SMK-Variante auf unterschiedliche Weise zur Entfaltung und können auch innerhalb der gleichen Variante unterschiedlich entwickelt sein. Jede SMK-Variante ist in erster Linie sozialökonomisch definiert, d. h. bezüglich der Art und Weise, wie sie die ökonomischen Bedingungen reguliert, und muß bezüglich ihrer „Friedensfähigkeit“ jeweils konkret befragt werden.

Der Begriff Friedensfähigkeit ist griffig, aber unpräzise. Er weckt Assoziationen an einen sozusagen humanen, friedfertigen Kapitalismus, die zumindest von marxistischer Seite nicht beabsichtigt sind. Er bedarf deswegen der Präzisierung.

Die Frage nach der Friedensfähigkeit des Kapitalismus meint zuerst und hauptsächlich: Kann er dazu gebracht werden, auf die Option des Sieges im Atomkrieg dauerhaft zu verzichten? Dies ist die wichtigste Fragestellung, aber nicht die einzige, denn Frieden ist mehr als kein Atomkrieg. Die Frage nach der Friedensfähigkeit des Kapitalismus, d. h. nach der Möglichkeit, mit dem kapitalistischen System eine dauerhafte Friedensordnung im politischen, militärischen und auch ökonomisch-sozialen Sinn zu schaffen, läßt sich in drei Unterfragen auflösen: 1. Kann der Kapitalismus abrüsten, auf den Militarismus

77 S. den Beitrag von Jörg Huffschmid in diesem Band.

78 S. dazu v. a. Jörg Huffschmid, Vor dem Übergang zur reformistischen Entwicklungsvariante des staatsmonopolistischen Kapitalismus der Bundesrepublik?, in: *Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF* 11, a. a. O., S. 42 ff.; Heinz Jung, Zum Konzept der Entwicklungsvarianten des SMK heute, ebd., S. 65 ff.

verzichten und dabei ökonomisch weiterfunktionieren? 2. Kann er sich gegenüber den globalen Problemen im Interesse des Überlebens der Menschheit relativ vernünftig verhalten? und 3. Kann der Kapitalismus auf den Neokolonialismus verzichten?

Das sind Ziele unterschiedlicher Reichweite, die zu ihrer Realisierung auch unterschiedlicher Bedingungen bedürfen. Sie gehören aber gleichwohl zusammen, da Frieden und Sicherheit nur dann dauerhaft sein können, wenn die genannten globalen Probleme gelöst werden.⁷⁹

Außerdem muß berücksichtigt werden, daß die jeweilige Ausprägung der Eigenschaft Friedensfähigkeit, soweit sie überhaupt existiert, nicht beliebig ist, sondern sich in einem Feld von Kräften und Widersprüchen entwickelt, in dem sich die erwähnte veränderte objektive Interessenlage widerspiegelt.

Die derzeit in den meisten kapitalistischen Ländern vorherrschende reaktionäre, antietatistisch-privatmonopolistische Variante zeigt sowohl stark sozialreaktionäre wie auch militaristische Züge.⁸⁰ Das betrifft sowohl die USA wie auch — abgemildert — die BRD. In der Anfangsphase trat sie sogar als staatsmonopolistischer Rüstungs- und Kriegskapitalismus auf. Etwa seit 1985/86 ist dieser Variante eine gewisse Abschwächung aufgezwungen worden. Gerade in der Friedensfrage befindet sich die reaktionäre SMK-Variante in einer Phase der Neueinstellung auf veränderte Gegebenheiten. Es wachsen die Gefahren, die vom MIK ausgehen. Es gibt bei den Repräsentanten dieser Richtung aber auch Verunsicherungen, Differenzierungen usw., die im fortschrittlichen Sinne genutzt werden können.

Auf der Grundlage dieser Entwicklungen zeichnet sich in den USA eine konkrete Ausformung der reaktionären SMK-Variante ab, die sich in ihrer Militär- und Sicherheitspolitik nicht unmittelbar an der Option „Sieg im Atomkrieg“ orientiert, die aber an der atomaren Abschreckung und strategischen Überlegenheitsansprüchen festhält und die zwar nicht wirklich abrüstet, aber zu einem gewissen Maß an Rüstungskontrolle und -begrenzung bereit ist, um eine nukleare Katastrophe zu vermeiden, und diese Position v.a. in den Ost-West-Beziehungen politisch und ökonomisch mit kooperativen Elementen verknüpft. Dies ist eine SMK-Variante, die gleichzeitig eine ökonomisch aggressive, weltmarktorientierte Modernisierungsstrategie einschließlich der Ausplünderung der Dritten Welt verfolgt und u.U. sogar auf militärische Intervention mit konventionellen Mitteln in Dritte-Welt-Ländern setzt. Die konkrete Ausprägung dieser Variante in der Bundesrepublik, wie sie v.a. von CDU und CSU repräsentiert wird, schließt ein zähes Festhalten an nuklearer Rüstung auf der Grundlage des Abschreckungsdenkens ein, das sogar mehr und mehr als unverhandelbarer harter Kern des konservativen Sicherheitsverständnisses zum Vorschein kommt („Modernisierung“). Dies wird ergänzt durch konventionelle Rüstung, in der sich ökonomische und politisch-strategische Interessen

79 S. dazu J. Reusch, *Ziviler Kapitalismus und Reformalternative*, in: *Marxistische Blätter*, 12/1988, bes. S. 64, und ders., *Kapitalismus und Frieden*, in: *Probleme des Friedens und des Sozialismus*, 10/1988, S. 1337 ff.

80 S. zum folgenden ausführlich J. Reusch, *Gemeinsame Sicherheit (II)*, in: *Marxistische Blätter*, 11/1988, S. 77 ff.

begegnen, ohne daß der Militär-Industrie-Komplex jedoch bei der Bestimmung der strategischen Grundlinien der SMK-Entwicklung die dominierende Rolle übernehme. Innenpolitisch ist diese Variante im Kern sozialreaktionär, reformfeindlich, umweltzerstörerisch usw.⁸¹

Ein Minimum an „Friedensfähigkeit“, d.h. an Verzicht auf nukleare Überlegenheitsphantasien und eine gewisse Bereitschaft zu kooperativem Verhalten ist also sogar mit der reaktionären SMK-Variante durchsetzbar, wobei hier keine schematischen Festlegungen angezeigt sind, wie weit dieses Minimum gehen könne und wie weit nicht. Es kann also zu einer Ausformung kommen, die außenpolitisch „friedensfähig“ und innenpolitisch sozialreaktionär ist. Die neueren Entwicklungen in den USA und z.T. auch der BRD weisen ungefähr in diese Richtung.

Aber auch weitergehende Entwicklungen sind unter den kapitalistischen Verhältnissen der BRD potentiell mehrheitsfähig und durchsetzbar: Der Verzicht auf eine nukleare Konfrontationsstrategie könnte ergänzt werden durch ernsthafte kooperative Neuorientierungen, Stichwort: Gemeinsame Sicherheit, sowie militärische Alternativen zum Status quo, Stichwort: strukturelle Angriffsunfähigkeit und „defensive“ konventionelle Rüstung. Im Bereich des Möglichen lägen weiter Ansätze zu einem ökologischen und sozialen Umbau der „Marktwirtschaft“ und demokratische Reformen, verbunden mit einer flexibilisierten ökonomischen Weltmarktorientierung, die auch eine Abmilderung der Verschuldung der Dritten Welt einschließt, Stichwort: „Marshall-Plan“ für die Dritte Welt. Dies ist, grob gesagt, der Hauptinhalt der reformistischen SMK-Variante, wie sie hauptsächlich von der Sozialdemokratie repräsentiert wird. Das Prinzip des Monopolprofits und seine Regulierungsfunktion stehen hier grundsätzlich nicht zur Disposition.

Es soll dem MIK auch in dieser Variante nicht ernsthaft ans Leder gehen. Er soll vielmehr durch umfangreiche Aufträge zur Entwicklung und Produktion als „defensiv“ deklariertes Waffensysteme ökonomisch abgefunden und so politisch „entschärft“ werden.

Insgesamt wird hier, wenn auch mit vielen Halbheiten, Inkonsequenzen und Widersprüchen, die Konzeption eines friedens- und entspannungsorientierten, international kooperationsfähigen Kapitalismus präsentiert. Es mangelt bisher allerdings an einem mobilisierungsfähigen politischen Durchsetzungskonzept.

Die Arbeiterbewegung und die demokratischen Bewegungen finden also reale Ansatzpunkte für Frieden, Abrüstung und Rüstungskonversion auch unter kapitalistischen Bedingungen. Vorhandene Gegenkräfte und Hindernisse sind stark, aber nicht unüberwindbar. Voraussetzung ist eine massenwirksame und mehrheitsfähige gesellschaftliche Alternativkonzeption gegenüber der neokonservativen Politik — zu der wiederum die MarxistInnen ihren spezifischen Beitrag zu leisten haben.

81 Zur Analyse dieser Variante s. ausf.: ZMF (Hrsg.), *Betrifft: Rüstung ... 89/90*, Frankfurt/M., Frühjahr 1989, und Klaus-Peter Weiner, *NATO: Ein Bündnis im Umbruch* (eine Veröffentlichung des ZMF; erscheint im 2. Halbjahr 1989).

5. Sozialismus und Frieden

Die Erneuerung einer marxistischen Wissenschaft vom Frieden und die Bestimmung der Probleme und Aufgaben, die für die Arbeiterklasse und die demokratischen Bewegungen der Bundesrepublik im Kampf um Frieden anstehen, verlangt auch einen realistischen Blick auf den heutigen Sozialismus und seinen Beitrag zu Frieden und Abrüstung. Denn dieser Beitrag wird für den Erfolg entscheidend sein. Die Untersuchung dieser Frage konzentriert sich hier auf die Sowjetunion, die ausschlaggebende und stärkste politische Kraft in diesem Prozeß. Wenn die großen Hoffnungen, die die MarxistInnen gerade auf die sowjetische Friedenspolitik im Zeichen der Perestroika setzen, nicht enttäuscht werden sollen, so müssen sie sich an den konkreten empirisch faßbaren Realitäten orientieren und sie für eine eigenständige sozialistische Position produktiv machen. Das schließt einen kritischen Rückblick auf die vergangenen Jahre ein.⁸²

Seit dem April-Plenum des ZK der KPdSU 1985, das Michail Gorbatschow zum neuen Generalsekretär der KPdSU wählte, und mehr noch seit der Veröffentlichung des Drei-Stufen-Programms zur nuklearen Abrüstung im Januar 1986 wurde eine neue Qualität der sowjetischen Friedens-, Sicherheits- und Abrüstungspolitik sichtbar, die die Bedingungen des Nuklearzeitalters erkannte und voll berücksichtigte. Es gelang der sowjetischen Führung, den gordischen Knoten von Rüstungen und Nachrüstungen durch mutige politische Initiativen zu durchschlagen, der Abrüstung und der internationalen Sicherheit neue Impulse zu vermitteln und neue Koalitionen für greifbare Erfolge zu formen. Die sowjetische Außenpolitik war auch in den vorausgegangenen Jahren durch eine deutliche Kontinuität in Bezug auf Bemühungen um Frieden und Kriegsvermeidung gekennzeichnet gewesen. Das war durch alle Entwicklungsstapen hindurch seit dem Dekret für den Frieden von 1917 der Fall und entsprach den Wesenszügen des Sozialismus, die gesetzmäßige Interessen ökonomischer und politischer Art an Rüstung und Krieg nicht aufweisen. Die sowjetische Politik war prinzipiell defensiv und in keiner Entwicklungsphase aggressiv. Sie war auch in der Zeit vor der Perestroika das entscheidende Gegengewicht gegen die imperialistische Politik der militärischen Stärke und der Konfrontation und insofern eine unentbehrliche objektive Stütze für viele andere am Frieden interessierte Kräfte auf der ganzen Welt.⁸³

Allerdings wurden in den siebziger Jahren und mehr noch nach der Stationierungsdebatte 1979 — 1983 auch schwerwiegende Probleme sichtbar. Es sollte klar sein, daß der Hinweis darauf nichts mit „Äquidistanz“ von MarxistInnen gegenüber UdSSR und USA zu tun hat und die entscheidende Verantwortung des Imperialismus für Aufrüstung und Konfrontation in keiner Weise relativiert. Bei der kritischen Aufarbeitung der sowjetischen Politik dieser Zeit

82 S. zum folgenden ausführlicher J. Reusch (Hrsg.), Abschied von der Abschreckung. Die sowjetische Diskussion, a. a. O. Der folgende Abschnitt stützt sich im wesentlichen darauf, bezüglich der Quellen und Belege wird daher weitgehend auf diesen Band verwiesen.

83 Diese Politik der UdSSR wird gewürdigt in Gorbatschows Rede auf der 19. Parteikonferenz, Moskau 1988, S. 30.

kann sich die marxistische Linke der BRD heute nicht mit einer bloßen Rezeption der aktuellen sowjetischen Erneuerungsdiskussion begnügen (obwohl auch das unentbehrlich ist), sondern muß ihre eigene Herangehensweise für die fraglichen Zeiträume überprüfen und daraus methodische wie konzeptionelle Schlußfolgerungen ziehen. Denn es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß viele MarxistInnen in der Bundesrepublik die sowjetische Sicherheitspolitik auch in der Phase ihrer Stagnation unkritisch und vorbehaltlos bejahten (den Autor dieses Beitrags eingeschlossen) und gleichzeitig kritische, durchaus nicht feindselig gemeinte Einwände nichtmarxistischer Kräfte gegenüber der sowjetischen Politik, so z.B. aus der Friedensbewegung, verwarfen. Für eine marxistische Friedenskonzeption stellte das durchaus ein Glaubwürdigkeitsproblem dar.

Verkürzt gesagt, ergibt sich folgende Einschätzung: Obwohl in der Sowjetunion auch schon in den späten siebziger Jahren eine wissenschaftliche Aneignung der globalen Probleme stattfand, fanden deren Erkenntnisse über die Realitäten der Umbruchperiode und des Nuklearzeitalters in der Außenpolitik kaum Berücksichtigung. Vor allem während der entscheidenden Weichenstellungen in den USA auf eine neokonservativ-aggressive Konfrontationspolitik gegen Ende der siebziger Jahre fand die Sowjetunion nicht die Kraft, darauf mit einer wirkungsvollen politischen Gegenoffensive zu reagieren. Ihr Festhalten an überkommenen Politikmustern war nicht geeignet, diese beginnende imperialistische Offensive abzuschwächen — was wahrscheinlich möglich gewesen wäre. Es gab also auch in diesem Bereich Stagnation und dogmatische Erstarrung.

Die Ursachen dafür lagen nicht in irgendeinem systembedingten Interesse an Rüstung oder militärischer Stärke, wie es das kapitalistische Interesse an Rüstungsprofit darstellt. Sie lagen — wie die Probleme der Stagnationsperiode allgemein — in Defiziten der Demokratisierung, in der Unbeweglichkeit, dem Beharrungsbestreben bürokratischer Apparate, im Festhalten an Denk- und Handlungsmustern zu einer Zeit, als diese schon überholt waren, und im Ignorieren von (durchaus vorhandener) Kritik.

Zu enge und kleine Personenkreise trafen außen- und sicherheitspolitische Entscheidungen z.T. allergrößter Tragweite (Beispiel: Afghanistan 1979). Die außenpolitischen Entscheidungsprozesse und -strukturen waren ungenügend demokratisiert. Wenn die sowjetische Staats- und Parteiführung auch tatsächlich die andere Seite weder bedrohte noch dies subjektiv beabsichtigte, so wurden doch deren Bedrohungswahrnehmungen zu wenig mitgedacht und berücksichtigt, was verschiedentlich unklare Einschätzungen der Reaktionen der Gegenseite zur Folge hatte. Die an sich völlig berechtigten eigenen Sicherheitsbedürfnisse äußerten sich u.a. in einer Überschätzung des militärischen Faktors und damit in einer defensiv gemeinten, von der Gegenseite aber offensiv wahrgenommenen „Überrüstung“ über das hinlängliche Maß hinaus. Auf der Basis des errungenen militärstrategischen Gleichgewichts wurde zu rasch die Unumkehrbarkeit der Entspannung vermutet. Der Einfluß der Sowjetunion und des sozialistischen Staatensystems auf die Entfaltung der revolutionären Prozesse in der Welt und auf den Hauptentwicklungsverlauf der internationalen Politik überhaupt wurde überschätzt.

Die Orientierung der Sowjetunion am Prinzip des strategischen Gleichgewichts auf möglichst niedrigem Niveau war zunächst generell korrekt. Auf dieser Basis konnte die UdSSR in den sechziger und frühen siebziger Jahren eine Situation herbeiführen, in der die USA ihre nuklearstrategische Überlegenheit einbüßten und zu rüstungskontrollpolitischen Zugeständnissen und Vereinbarungen gezwungen waren. Die Sowjetunion stellte somit das entscheidende Hindernis zur Realisierung US-amerikanischer „Sieg-ist-möglich“-Strategien dar. In den darauffolgenden Jahren wurden die durch die Sowjetunion ermöglichten positiven Errungenschaften dieses Gleichgewichtsprinzips allerdings nach und nach von negativen Entwicklungen überlagert: Die sowjetische Führung ließ sich Fesseln anlegen für an sich notwendige Initiativen zur Senkung des Gleichgewichtsniveaus; sie ließ sich ins Wettrüsten hineinziehen, ohne in ausreichendem Maße glaubwürdige Auswege aus ihm zeigen zu können. Ihre Herangehensweise an Rüstungen und Nachrüstungen war häufig mehr technokratisch als politisch. Es wurde zugelassen, daß USA und NATO im wesentlichen die Spielregeln bestimmten. So glich das Wettrüsten, obwohl die UdSSR sich in ihm stets defensiv, bremsend und ohne jede Überlegenheitsansprüche verhielt, mehr und mehr einer Waage, deren beide Schalen zwar nach dem Gleichgewichtsprinzip beladen werden, die aber insgesamt dennoch zusammenzubrechen droht. Zu Beginn der achtziger Jahre war der für das militärstrategische Gleichgewicht gezahlte Preis in Form gewaltiger ökonomischer Ressourcenvergeudung, einer sich ständig beschleunigenden Rüstungsdynamik und politischer Destabilisierung unwiderruflich zu hoch — für einen Frieden, der trotz allem ungesichert und gefährdet geblieben ist. Das Gleichgewicht hörte auf, ein Faktor der Eindämmung und Stabilisierung zu sein.⁸⁴

Die sich aus dem Gleichgewichtsprinzip ergebende logische Konsequenz, daß es in einem Atomkrieg keinen Sieger geben könne, wurde von der sowjetischen Führung allerdings erst relativ spät formuliert.⁸⁵ Seit Beginn der achtziger Jahre orientierte sich die Sowjetunion an diesem Grundsatz. Allerdings wurde er nicht konsequent in alle Bereiche der sowjetischen Politik, ihrer Militärdoktrin und -struktur durchdekliniert. Dieser Prozeß begann erst mit der Perestroika und ist heute noch nicht abgeschlossen.

Die Bilanz dieser Gesamtentwicklung führte in der Sowjetunion seit der Amtsübernahme Gorbatschows zu einer intensiven Diskussion. Auf der 19. Parteikonferenz wurde erstmals öffentlich eine sehr selbstkritische Einschät-

84 So etwa Gorbatschow auf dem 27. Parteitag der KPdSU, in: *Sowjetunion zu neuen Ufern ...*, a.a.O., S. 37 und 117.

85 Die Herausbildung dieser Position fällt in die Jahre 1977 - 1981. 1977 erklärte Breschnew, es gehe der UdSSR nicht um Überlegenheit, sondern um Gleichgewicht auf niedrigem Niveau (Rede in Tula, in: L.I. Breschnew, *Auf dem Weg Lenins. Reden und Aufsätze*, Bd. 6, Berlin/DDR 1979, S. 323 f.). 1981 erklärte er auf dem 26. Parteitag: Die Idee eines Sieges im Atomkrieg sei „gefährlicher Wahnsinn“, in: *Rechenschaftsbericht an den 26. Parteitag*, Moskau 1981, S. 22 und 38.

zung vorgenommen.⁸⁶ Gorbatschow betonte, es gehe heute nicht bloß darum, die sowjetische Außenpolitik zu „vervollkommen“, sondern sie „entschieden zu erneuern“.⁸⁷ Unmittelbar nach der Wahl Gorbatschows zum Generalsekretär der KPdSU begann eine grundlegende Neuorientierung der sowjetischen Abrüstungs- und Friedenspolitik unter Einschluß der Militärdoktrin und -strategie. Die Politik gewann die ihr zustehende Richtlinienkompetenz eindeutig zurück. Dabei handelt es sich um einen Prozeß, der sich sukzessive, unter Überwindung von Widerständen und beharrenden Kräften und z.T. durchaus mühsamem Beiseitelegen überholter Positionen vollzieht. Hier ist nicht der Raum zu einer ausführlichen Darstellung dieser Erneuerung; nur die wichtigsten Punkte werden stichwortartig benannt.

— Die Sowjetunion erarbeitet eine Generalabrechnung mit Dogmen und Praktiken der atomaren Abschreckung. Nicht mehr nur der militärische Einsatz von Atomwaffen wird verworfen, sondern das System der Abschreckung selbst. Es wird auch nicht mehr als aufgezwungenes, notwendiges Übel akzeptiert. Die logische Konsequenz ist seit 1985/86 eine Fülle von Abrüstungsvorschlägen, die auf die Abschaffung aller Atomwaffen in überschaubarer Zeit hinzielen.

— Es wird ein neuer, umfassender Sicherheitsbegriff entwickelt, der sich von der anachronistischen Vorstellung löst, Sicherheit sei im engen militärischen Sinn gegen äußere Feinde zu gewährleisten. An seine Stelle tritt ein Sicherheitsbegriff, der in einer widerspruchsvollen, aber interdependenten Welt auf gleiche ökonomische, soziale, politische, ökologische und auch militärische Sicherheit für alle abzielt.

— Technokratisches Gleichgewichtsdenken und das Gleichgewicht des Schreckens überhaupt werden verworfen. Es wird gebrochen mit jener Fliegenbeinzählerei, die sich im globalen, regionalen, sektoralen usw. Aufrechnen von Waffen und Mannschaftsstärken verliert. Die Sowjetunion sieht sich zwar auch zukünftig veranlaßt, eine militärische Überlegenheit von USA und NATO auf Dauer nicht zuzulassen, strebt aber nicht danach, auf allen oder fast allen Gebieten „genauso viel zu haben“, oder stets gleiches mit gleichem zu vergelten, sondern macht erste und ernsthafte Schritte in Richtung auf ein Militärpotential, das am Prinzip der „vernünftigen Hinlänglichkeit“ oder des „vernünftigen, ausreichenden Niveaus“ orientiert ist.

— Entscheidende Hebel, aus dem Kreislauf der Rüstungen und Nachrüstungen auszubrechen und zu substantieller Abrüstung zu kommen, sind die bewußte Inkaufnahme von partiellen Asymmetrien zu ungunsten des eigenen Potentials, Abbau von partiellen Überlegenheiten ohne Junktim mit sofortigem Nachziehen der Gegenseite und kalkulierte, begrenzte, aber gleichwohl sehr weitreichende einseitige Abrüstungsschritte.

86 S. dazu bes. die in Anm. 30 genannten Quellen, u.a. die Thesen des ZK der KPdSU zur Vorbereitung der 19. Parteikonferenz, das Referat Gorbatschows auf der Konferenz und die Diskussionsbeiträge von G. Arbatow, I. Primakow u.a.; s. weiter die Rede Eduard Schewardnadzes auf der Wissenschaftlich-politischen Konferenz des Außenministeriums im Juli 1988, in: Reusch, Abschied von der Abschreckung (Anm. 39).

87 M. Gorbatschow, Bericht auf der 19. Parteikonferenz, a.a.O., S. 31.

— Es hat die Entwicklung zu einer militärischen Doktrin und Struktur begonnen, die eindeutig angriffsunfähig und defensiv ist. Analoge Feindbilder sollen ebenfalls abgebaut werden. Parallel dazu wurde eine Beschränkung und Reduzierung der Rüstungsausgaben und der Rüstungsproduktion, verbunden mit Konversionsplänen, in Gang gesetzt. (Diese Entwicklung gibt es auch in anderen sozialistischen Ländern.)

— Das Herangehen der Sowjetunion an regionale Konflikte ist von politischer und militärischer Selbstbeschränkung, von der Forcierung politischer Lösungen geprägt. Darin drückt sich das Primat der Menschheitsinteressen aus.

Diese politische Erneuerung vollzieht sich in einem Klima zunehmender Offenheit und Transparenz. Übertriebene Geheimniskrämerei wird abgebaut; die Veröffentlichung von Daten hat begonnen. Den Informations-, Kontroll- und Verifikationsbedürfnissen der Gegenseite wird in wachsendem Maße Rechnung getragen. Innergesellschaftliche Widerstände gegen diesen Kurs, die es in Politik, Wirtschaft und auch Militär durchaus gibt, werden benannt; beherrschende Kräfte werden schrittweise zurückgedrängt. Der übergreifende Gedanke der neuen sowjetischen Politik zielt auf ein allumfassendes System internationaler Sicherheit bei deutlicher Aufwertung der UNO, ein System, das militärische, politische, ökonomische, ökologische usw. Aspekte beinhaltet und die Überlebensinteressen der Menschheit ausdrückt. Diese Konzeption, die auf die Eliminierung militärischer, ökonomischer usw. Gewalt in den internationalen Beziehungen hinausläuft und die neue Konzeption der friedlichen Koexistenz konkretisiert, ist offenkundig auch vom positiven Friedensbegriff der Friedensforschung der sechziger und siebziger Jahre befruchtet worden.

Auch auf anderen Gebieten hat sich die Sowjetunion mit ihrer neuen Außen- und Abrüstungspolitik Konzeptionen zu eigen gemacht, die teilweise in anderen sozialistischen Ländern entstanden (z.B. der VR China), mehr aber noch aus der westlichen Hemisphäre stammen, vor allem aus der Sozialdemokratie (Palme-Kommission, SPD usw.). So sind etwa die Konzepte der Gemeinsamen Sicherheit und der strukturellen Angriffsunfähigkeit, die sich heute im sowjetischen neuen Denken wiederfinden, eindeutig sozialdemokratischen Ursprungs.⁸³ Durch ihre Übernahme in die Politik einer sozialistischen Großmacht haben sie allerdings eine ganz andere Durchsetzungskraft erhalten und wirken auf die NATO-Länder positiv zurück. Auch viele kritische Einwände (Kritik am Gleichgewichtdenken) und konzeptionelle Vorschläge (einseitige Abrüstung usw.) aus den Friedensbewegungen der kapitalistischen Länder und von bürgerlichen Experten finden sich heute in der sowjetischen Politik berücksichtigt. Hier finden sich positive Beispiele für einen produktiven, wechselseitigen Lernprozeß. Die Sowjetunion führt vor, wie aus Rückbesinnung auf die originäre marxistische Theorie und Methode, selbstkritische Bilanz, Nüchternheit und Realismus in der Einschätzung der Welt von heute und der Fähigkeit zum produktiven Dialog eine überzeugende und intelligente Politik entsteht. Mitunter wird das in der marxistischen Linken auch als Schwäche und

83 S. dazu Reusch, *Friedensforschung in der Bundesrepublik*, a.a.O., bes. S. 447 ff., 468 ff.

Risiko gedeutet, zumal doch im imperialistischen Lager genügend Stimmen vom Offenbarungseid des Sozialismus sprechen. Es wird befürchtet, daß Einfallstore für bürgerliche Subversion entstehen. Ist es aber nicht in der Hauptsache ein Zeichen von Stärke und Vitalität, wenn real vorhandene Kräfteverhältnisse nüchtern eingeschätzt werden, statt sie weiter durch propagandistische Sprechblasen zu verdecken? Wenn längst vorhandene offene Fragen und Probleme endlich thematisiert werden? So schafft die Perestroika der sowjetischen Außen- und Friedenspolitik der marxistischen Linken sicher auch theoretische Probleme, setzt erstarrte Denkschablonen unter Erneuerungsdruck. In der Hauptsache gibt diese Seite der Perestroika der Linken aber auch die Chance zur Gewinnung einer eigenständigen, zukunftsfähigen Friedenskonzeption.

6. Reform und Revolution als Problem des Friedenskampfes

Wir kommen wieder zum Ausgangspunkt zurück. Es geht um einen wirksamen marxistischen Beitrag zur theoretischen und praktischen Bewältigung der Menschheitsfragen. Bei letzterem liegt der Schwerpunkt eindeutig auf Reformen. Wie sind solche Reformen aus marxistischer Sicht im Wechselverhältnis von Gattungs- und Klasseninteressen einzuordnen, wie verhalten sie sich heute zu einem revolutionären, sozialistischen Fortschrittsverständnis, zur Alternative Sozialismus, die doch für MarxistInnen ein wesentliches Stück ihrer Identität darstellt?

Ein Blick auf den aktuellen marxistischen Diskussionsstand zeigt, daß zumindest in drei wichtigen Punkten Konsens besteht: Reformen erhalten in Anbetracht der globalen Probleme und der vermutlich lange dauernden Koexistenz antagonistischer Systeme einen höheren Stellenwert und offenbar auch neue Inhalte. Und weiter: Reformen bedürfen zu ihrer Durchsetzung der Entfaltung von Gegenmacht der Arbeiterklasse und demokratischer Bewegungen; es müssen Massenkämpfe für sie initiiert werden. Drittens: Das Spektrum erreichbarer Bündniskonstellationen erweitert sich.⁸⁹ Darüberhinaus überwiegen Meinungsverschiedenheiten und offene Fragen.

Knüpft man an die oben skizzierte Analyse der Umbruchperiode und an die damit verbundene Präzisierung des Charakters unserer Epoche an, so gelangt man zu der Schlußfolgerung: Es existiert zwar auf historisch sehr lange Sicht und im allgemeinsten Sinne ein Prozeß des Übergangs zum Sozialismus; in der jetzigen Umbruchperiode allerdings, die eine konkrete Etappe innerhalb dieser Epoche markiert, geht es ausdrücklich *nicht um einen Formationswechsel*, sondern es geht um die Durchsetzung *anderer Entwicklungsrichtungen innerhalb der bestehenden sozialen Systeme*, also auch innerhalb des Kapitalismus — und zwar eben *durch Reformen*. Für die Bundesrepublik läßt sich anneh-

89 Vgl. etwa: Willi Gerns, Umbruchperiode — Kommunisten und Reformen, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, 12/ 1988, S. 1598 ff.; ders., Reform und Revolution oder ein später Sieg Eduard Bernsteins über Rosa Luxemburg?, in: Unsere Zeit, 13. 7. 1988; Beate Landefeld, Zur Reform- und Sozialismuskussion, in: Unsere Zeit, 10. 11. 1988; Wolfgang Gehrcke/Heino Hoffmann, Noch einmal: Zum Verhältnis von Reform und Revolution, in: Unsere Zeit, 10. 12. 1988; Ruffschmid/Jung, Reformalternative, a.a.O., bes. S. 144 ff.

men, daß dies voraussichtlich für einen längeren Zeitraum von etlichen Jahrzehnten der Fall sein wird. Die weitere Entwicklung muß als offen betrachtet werden. Es geht also nicht um den Sozialismus und auch nicht um eine antimonopolistische Demokratie. Das mögen viele MarxistInnen bedauern, aber es ist offensichtlich so. Es geht um eine Alternative zur neokonservativen Offensive, eben eine Reformalternative. Das ist auf absehbare Zeit die strategische Schlüsselaufgabe, und zwar auch deshalb, weil die neokonservative SMK-Variante nicht einfach nur ein Rückschlag nach der sozialliberalen Reformphase ist, sondern eine stabile Reaktion auf die tiefgreifenden Veränderungen der Umbruchperiode. Ebenso ergibt sich die Bedeutung der Reformalternative aus diesem tiefgreifenden Wandel. Damit ist nicht die Konstruktion einer weiteren Etappe in einem ansonsten prinzipiell gleichbleibenden Reform-Revolution-Schema gemeint, sondern ein Überdenken bisherigen marxistischen Herangehens an den Übergang zum Sozialismus. Ein solches Überdenken steht auch deswegen an, weil die Gegenoffensive der Neokonservativen die mangelnde Wirksamkeit und Tragfähigkeit sowohl der sozialdemokratischen, nekeynesianistischen als auch der marxistischen antimonopolistischen strategischen Konzeption offenbart hat. Zeitgemäße fundierte und mobilisierungsfähige linke Alternativprogramme existieren bisher erst in Ansätzen.⁹⁰

Die Notwendigkeit, Formen und Inhalte eines revolutionären Übergangs zum Sozialismus zu überdenken, wird von nicht wenigen MarxistInnen aus der Tradition ihres bisherigen theoretischen und strategischen Verständnisses bestritten. Ihre Argumentation lautet etwa so: Wir sind für Reformen, die erstens die Lebenslage der arbeitenden Bevölkerung verbessern und zweitens die Macht des Monopolkapitals zurückdrängen. Reformen haben insofern auch einen instrumentellen Charakter; sie sind zwar auch unmittelbarer Zweck, aber mehr noch und in der Hauptsache sind sie Mittel zum eigentlichen Zweck: Sie sollen an den Sozialismus heranführen.⁹¹ Der Kampf um Reformen dient aus dieser marxistischen Sicht also auch dazu, den Kapitalismus zu „entlarven“, seine letztendliche Unfähigkeit zu substantiellen Problemlösungen nachzuweisen und in der Arbeiterklasse das Bewußtsein dieses Sachverhalts, die Systemkritik zu verbreiten. Die Reformfähigkeit des Kapitalismus wird hier eng interpretiert; möglicherweise liegt dem auch die Vorstellung einer festen, unwandelbaren, eben reaktionären Natur des Kapitalismus zugrunde. Die Kämpfe um Reformen schaffen so eine Anhäufung quantitativer Veränderungen bis zu einem Punkt, an dem der Kapitalismus weitere Veränderung aus seinem Wesen heraus nicht mehr erträgt. Es kommt zu einer eruptiven Veränderungsphase, in der die Eigentums- und Machtfrage gestellt und im Sinne der Arbeiterklasse

90 S. Juri Krassin, *Die Arbeiterbewegung auf der Suche nach einer demokratischen Alternative*, a.a.O., S. 6, und Harald Neubert, *Menscheitsprobleme und Arbeiterklasse*, a.a.O., S. 35.

91 Willi Gerns schreibt: „Unsere Partei wirkt für solche Reformen, die die Lage des arbeitenden Volkes verbessern, die die Macht des Großkapitals zurückdrängen ... Es geht also für uns immer auch darum, bessere Voraussetzungen für den Kampf um den Sozialismus zu schaffen ...“ (UZ, 13. 7. 1988).

gelöst wird.⁹² Die Trennlinie zwischen Reform und Revolution wird sehr scharf gezogen; die Reichweite von Reformen wird als recht beschränkt eingeschätzt. Klassenübergreifende Reforminteressen im Lichte der globalen Menschheitsprobleme sind in diesem Denkmuster als Möglichkeit zunächst nicht enthalten. Reformen tragen stets Klassencharakter: Die Arbeiterklasse erkämpft sie gegen das Monopolkapital (bzw. umgekehrt: Das Monopolkapital realisiert sie von oben zum Zweck der Systemstabilisierung und damit gegen die Interessen der Arbeiterklasse).

Diese traditionelle Sichtweise steht nun vor dem Problem, die unleugbare Existenz von Menschheitsinteressen am Überleben gedanklich aufzunehmen und zu verarbeiten. Der einfachste Weg ist der des bloßen Hinzuaddierens von Reformen im Sinne von Menschheitsfragen; er bietet allerdings auch die geringsten Möglichkeiten, die Probleme der Umbruchperiode wirklich zu erfassen.

Es kommt dann zu der Vorstellung, die Arbeiterklasse müsse sich neben ihren eigentlichen Klassenzielen auch noch der Menschheitsinteressen annehmen, in klassenübergreifenden Koalitionen für deren Realisierung kämpfen, um sodann zum eigentlichen Klassenkampf zurückzukehren.⁹³ Dem liegt die Annahme zugrunde, Reformen zur Lösung globaler Probleme könnten, da sie Menschheitsinteressen ausdrückten und auch im objektiven Interesse des Monopolkapitals lägen, also von klassenübergreifenden Koalitionen erkämpft würden, nicht wirklich an systemüberwindende Situationen heranzuführen. Und tatsächlich kann der Kampf um die Lösung globaler Probleme gesellschaftspolitisch eine ambivalente Konsequenz haben: Er kann sowohl die Stabilisierung des Kapitalismus als auch der sozialistischen Kräfte bewirken. Das hängt davon ab, unter welchen Bedingungen und mit welchen Kräfteverhältnissen dieser Kampf entschieden wird. Aber aufgrund der realen Problemsituation ist die Aufgabenstellung „Überleben sichern, globale Probleme lösen“ nicht als zeit-

92 Bert Ramelson z.B. schreibt: „Aber selbst wenn der Kampf subjektiv nur für Reformen geführt wird, läßt dessen objektiver Inhalt die Arbeiterklasse und andere Schichten der Gesellschaft schließlich zu der Erkenntnis gelangen, daß die Fortdauer der Herrschaft des Kapitalismus das Weiterbestehen für die Volksmassen unannehmbare Lebens- und Arbeitsbedingungen bedeutet. ... Objektiv bewirkt diese Entwicklung eine Schwächung des Kapitalismus und damit günstigere Bedingungen für die Durchsetzung der Ideen des Sozialismus.“ Die Entwicklung nähert sich dann der „Schlüsselfrage, die uns an die Rolle des gesellschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln heranführt.“ (Wohin Reformen führen, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, 11 / 1988, S. 1523 und 1525.) Vgl. auch Willi Gerns, Revolution und revolutionäre Situation heute, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 14, a.a.O., S. 477 ff.

93 Beate Landefeld schreibt, auf Reformen zur Lösung globaler Probleme bezogen: „Obwohl diese Reformen mit Sicherheit nicht ohne den Druck von Bewegungen gegen bestimmte Teile des Monopolkapitals durchsetzbar sind, entspricht ihre Durchsetzung objektiv doch dem Gesamtinteresse der Monopolbourgeoisie, da nur in einer fortbestehenden Welt auch ein Fortbestand des Kapitalismus möglich ist. Insofern handelt es sich bei diesen Reformen nicht um antimonopolistische Reformen im bisherigen Sinne. ... Reformen im Interesse der Entschärfung globaler Probleme ... sind Voraussetzungen für weitergehenden Fortschritt. ... In die Nähe der sozialistischen Umwälzung rücken uns solche Reformen deshalb noch nicht.“ (UZ, 10. 11. 1988, S. 7).

lich vorgeschaltete, nur eingeschobene Phase zu verstehen, nach deren erfolgreicher Beendigung (— was immer das wäre —) der Kampf um die revolutionäre Überwindung des Kapitalismus entsprechend früheren Vorstellungen wieder aufgenommen werden könnte. Das wäre vor allem eine krasse Unterschätzung der globalen Probleme. Aber auch wenn deren Entschärfung mittelfristig gelänge — die kollektive Fähigkeit der Menschheit zur Selbstvernichtung wird niemals zurückgenommen werden können; die Menschheit würde vielleicht überleben, aber sie würde ihre Unsterblichkeit nicht wiedergewinnen. Das kollektive Wissen um den Bau der Atombombe würde auch nach der völligen nuklearen Abrüstung weiterexistieren. Der Kampf um Abrüstung müßte in neuen Formen, nämlich als Kampf um die dauerhafte Erhaltung einer entmilitarisierten Welt, fortgesetzt werden. Die ökologische Umgestaltung des Produktivkraftsystems wäre nie irgendwann abgeschlossen, sondern hätte permanent weiterzugehen. D.h. auch im günstigsten Fall kann kein politisches Handeln jemals wieder so werden wie es war, bevor diese Probleme erkannt wurden.

Mit der Herausbildung der Überlebensfrage der Menschheit ist auch für die Arbeiterklasse eine in gewissem Sinne *nicht mehr rücknehmbare Konstellation* entstanden: Von nun an muß sie, wenn und indem sie in den realen Entscheidungskämpfen ihre Klasseninteressen vertritt, zugleich auch die Wahrung der Gattungsinteressen zu ihrem vorrangigen Anliegen machen und auf diese Weise ihre Hegemonie- und Mobilisierungsfähigkeit beweisen. Es ist ja gerade einer der Grundbestandteile des neuen Denkens, die globalen Probleme heute nicht (mehr) als abhängige Variable des revolutionären Übergangs zum Sozialismus aufzufassen.

Wir haben es also nicht mit zwei zeitlich aufeinanderfolgenden Etappen zu tun, mit einer ersten Etappe der Reformkämpfe zur Lösung globaler Probleme im Menschheitsinteresse unter aktiver Beteiligung der Arbeiterklasse, deren Ziel lediglich „Korrekturen an der stofflichen Seite der Produktion“⁹⁴ sind, und einer sich anschließenden Etappe von Reformkämpfen, die Klasseninteressen der Arbeiterklasse ausdrücken und zu antimonopolistischen Umgestaltungen, d.h. zu machtpolitischen Veränderungen bis hin zum Sozialismus führen. Es handelt sich auch in der Praxis nicht um zwei getrennte Kampffelder, sondern es handelt sich um eine Vielzahl „alter“ und neuer Kampffelder, in denen sich Menschheits- und Klasseninteressen miteinander verflechten. Es handelt sich um unterschiedliche, aber miteinander verbundene Aufgabenstellungen. Es erscheint auch nicht einleuchtend, wieso ausgerechnet die Kämpfe zur Lösung der allerdringlichsten, allerwichtigsten Probleme der Menschheit überhaupt, die also die tiefgreifendsten gesellschaftlichen Änderungen erfordern, für die Arbeiterklasse keine wesentlichen Einflußgewinne erbringen sollen, wenn sie an ihnen erfolgreich und führend beteiligt ist. Denn natürlich liegt die Lösung dieser Probleme im objektiven Interesse des Monopolkapitals — aber eben auch im Interesse aller anderen Klassen und Schichten, vor allem der Ar-

94 So B. Landefeld, ebd. Diese Position widerspricht im übrigen auch der vorher konstatierten Bedeutungszunahme von Reformen.

beiterklasse. Es bleibt also keine andere Wahl, als das Verhältnis von Reform und Revolution in der Umbruchperiode neu zu bestimmen.

Überlegungen dazu werden hier exemplarisch an der Friedensfrage versucht. Der Blick auf die denkbaren Entwicklungsvarianten, die aus den entsprechenden Reformkämpfen hervorgehen können, zeigt, wie sich stoffliche und machtpolitische Veränderungen stets verknüpfen und wie Menschheits- und Klasseninteressen miteinander zusammenhängen.

Im Rahmen des Möglichen liegt zunächst eine Stärkung und Radikalisierung der reaktionär-privatmonopolistischen Variante. Auch diese Variante könnte im Gesamtinteresse des Systems an die Entschärfung der globalen Probleme herangehen. Dies wäre der inhumane und antihumane Weg. Seine Realisierung erscheint dann am wahrscheinlichsten, wenn das demokratische und linke Gegenpotential (national und international) schwach und wenig handlungsfähig ist. In der Friedensfrage könnte das eine Effektivierung der nuklearen Abschreckung zur Vermeidung einer atomaren Katastrophe bedeuten, verbunden mit intensiven Versuchen, begrenzte Kriege in der Dritten Welt führ- und gewinnbar zu machen. Möglich wäre in diesem Zusammenhang auch die Errichtung einer imperialistischen „Öko-Diktatur“ über die Dritte Welt, „die den Massentod von Hunderten Millionen Menschen als Lösungselement bewußt einkalkuliert und sich lediglich auf eine globale ökologische Stabilisierung orientiert.“⁹⁵ Es liegt auf der Hand, daß die Verhinderung einer solchen inhumanen Variante eine aktuelle Kampfaufgabe und dabei eine gestalterische Reformaufgabe von allergrößter Bedeutung darstellt. Sie zu bekämpfen ist ein Menschheitsinteresse, das sich im Prisma der Klasseninteressen der Arbeiterklasse widerspiegelt und sie zu aktivem Handeln herausfordert. Allein dieser Kampf könnte die Arbeiterbewegung wesentlich aus ihrer jetzigen Defensive herausführen.

Das gilt ebenso für eine Situation, in der die gegenwärtige konservative SMK-Variante wie gehabt fortgesetzt werden soll. Friedens- und sicherheitspolitisch könnte das unter den Begriff „NATO wie heute“⁹⁶ gefaßt werden. Auch diese Variante würde, von allernotdürftigsten „Reparaturen“ abgesehen, zur Entschärfung der globalen Probleme nicht beitragen, sondern sie im Gegenteil weiter zuspitzen. Auch ihr gegenüber ist die Kampffähigkeit der Arbeiterklasse und der demokratischen Bewegungen in hohem Maße herausgefordert.

Wie könnte ein *Szenario* aussehen, das *ernsthafte Reformschritte* vorsähe? Konzentrieren wir uns auf den Problemkomplex Frieden und Abrüstung.⁹⁷ Wenn diese Aufgabenstellung in einem umfassenderen Sinne gemeint ist, geht es neben dem dauerhaften Verzicht des Imperialismus auf Atomkriegspläne um

95 Hermann Bömer, Klassen- und Gattungsfragen auf empirischer Grundlage diskutieren, in: *Unsere Zeit*, 12. 10. 1988; s.a. ders., *Die drohende Katastrophe*, a.a.O., bes. S. 142 ff.

96 S. Gerd Michelsen (Hrsg.), *Die Zukunft der Bundesrepublik. Szenarien und Prognosen*. Eine Publikation des Öko-Instituts Freiburg, Hamburg 1988, bes. S. 194 ff. (Verfasser dieses Abschnitts: G. Baechler/C. Rix).

97 S. dazu auch den Beitrag von Gerd Matzke in diesem Band.

mehr. Zunächst etwa: Nukleare Abrüstung im Strategischen Bereich um die Hälfte, längerfristig auf das Niveau einer Minimalabschreckung. Radikale Abrüstung im Bereich der taktischen Atomwaffen, Bildung atomwaffenfreier Korridore. Kontrollierte Abschaffung biologischer, chemischer u.a. Massenvernichtungsmittel. Die konventionelle Rüstung geht weiter, sie wird aber in die Bahnen einer nicht mehr offensivfähigen Umstrukturierung gelenkt. Es bleiben große Rüstungsprojekte, die aber nicht mehr in Kriegführungskonzeptionen eingebunden sind. Die Militärblöcke bleiben noch bestehen. Ebenso der MIK bzw. die Rüstungsindustrie. Das alles (um nur die allerwichtigsten Punkte zu nennen) wird durch umfassende Kontroll- und Verifikationsmaßnahmen abgesichert, mit politischen, ökonomisch-technologischen, kulturellen usw. Kooperationsstrukturen flankiert und überlagert. — Dies etwa liegt alles noch in der Reichweite sozialdemokratischer Sicherheitskonzepte (s.o.).

Es wäre aber sehr viel mehr als die bloße Korrektur an einigen stofflichen Seiten der Produktivkraftentwicklung. Aus der Sicht der Bundesrepublik würde es u.a. bedeuten: Eine gewisse Loslösung aus der militärischen Abhängigkeit von den USA (wohlgemerkt: innerhalb der NATO), was ein beträchtliches Maß an politischer Konfliktfähigkeit voraussetzt; eine starke Integration in westeuropäische Bündnisstrukturen. Die Präsenz von US-Streitkräften in der BRD würde vermindert — mit allen politischen, militärischen, infrastrukturellen Konsequenzen. Damit müßten Doktrin und Strategie der NATO verändert werden. Unvermeidlich wäre auch eine — allerdings relativ geringe — Reduzierung der staatlichen Rüstungsausgaben, verbunden mit Eingriffen in längerfristige Forschungs-, Entwicklungs- und Produktionsplanungen der Rüstungsindustrie und einem begrenzten Abbau der Präsenzstärke der Bundeswehr. Dies hätte Auswirkungen u.a. auf Forschungs-, Struktur- und Sozialpolitik. Besonders folgenreich wären mit der WVO vereinbarte Schritte zur Herstellung wechselseitiger Angriffsunfähigkeit. Die positiven Auswirkungen auf das politische Klima wären beträchtlich.

Gemessen an der Gegenwart klingt das alles wie Zukunftsmusik. Und doch handelt es sich „lediglich“ um eine andere Variante des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Ihre Durchsetzung ist möglich — vorausgesetzt, es käme zu einem erneuten Aufschwung der Friedensbewegung und anderer demokratischer Bewegungen, einem aktiven Friedensengagement der Gewerkschaften, der Erarbeitung mehrheitsfähiger friedenspolitischer Reformkonzepte der Sozialdemokratie und der Grünen und ihrer Umsetzung in eine wirkungsvolle politische Offensive. Dies müßte eine erheblich gewachsene Fähigkeit der marxistischen Linken einschließen, als progressives Druckpotential und Impulsgeber aktiv zu werden. Notwendig wären weiterhin: Die Vertiefung der Differenzierungen innerhalb der konservativ-liberalen Koalition mit der Folge ihres Zerfalls und auf der ökonomischen Ebene die Stärkung kooperativer und ziviler Interessen des Monopolkapitals, denn dessen Interessenlage ist (s.o.) objektiv differenziert und schließt beträchtliche nicht-militärische Seiten ein. Dies alles wäre von einem scharfen ideologischen Kampf in den Medien begleitet, der den begonnenen Prozeß des Bewußtseinswandels in fortschrittliche und zivile Richtung vorantreiben müßte. Wir hätten es also mit einer zivileren, de-

mokratischeren, sozialeren und ökologischeren SMK-Variante zu tun, „in der der Staat Kompromisse zwischen den Zielen des Monopolkapitals und sozialen Ansprüchen der anderen Klassen und Schichten des Volkes durchzusetzen sucht“, und zwar aufgrund einer entscheidenden fortschrittlichen Verschiebung des politischen Kräfteverhältnisses.⁹⁸ Es ist zu vermuten, daß ein solcher Variantenwechsel in mehreren wichtigen westeuropäischen Ländern etwa zeitgleich stattfinden und daß er zumindest mit einer weiteren Abschwächung des sozialreaktionär-aggressiven Kurses in den USA zusammenfallen müßte. Im Bereich der ökologischen Probleme und der Unterentwicklung der Dritten Welt stellen sich etwa ähnliche, ebenso große Schwierigkeiten.⁹⁹

Das Zukunftsszenario soll aber noch um eine weitere Stufe ausgebaut werden; denn die marxistische Reformalternative ist nicht identisch mit der reformistisch-etatistischen SMK-Variante, sondern geht in wesentlichen Punkten über sie hinaus, und zwar nicht im Sinne der Konstruktion einer weiteren Variante, sondern im Sinne von Demokratisierung und Radikalisierung. Dies soll hier wiederum am Beispiel des Frieden/Abrüstungsproblems verdeutlicht werden.¹⁰⁰ Die wichtigsten dieser Punkte sind:

Das NATO-Bündnis bleibt noch bestehen, wird aber tiefgreifend demokratisiert, v.a. auf rein defensive und Abrüstungsstrukturen umgestellt. Die Funktion der USA als militärischer Sicherheitsgarant Westeuropas wird abgebaut. Die Bindungen der BRD an die NATO bestehen fort, werden aber gelockert. Gleichzeitig wird die selbständigere Rolle eines enger integrierten Westeuropa ausgebaut — allerdings in eindeutig zivile Richtung. Es entstehen Strukturen gemeinsamer Sicherheit im „europäischen Haus“ und somit Voraussetzungen für die schrittweise Überwindung der Blöcke auf längere Sicht. Das System struktureller Angriffsunfähigkeit ist weit entwickelt und ersetzt sukzessive die atomare Abschreckung. Die Rüstungsausgaben in der BRD werden schrittweise bis auf die Hälfte reduziert, d.h. um ca. 26,5 Mrd. DM, also fast ein Zehntel der gesamten Bundesausgaben. Die Bundeswehrstärke wird von jetzt 495000 auf 250000 abgesenkt. Alle offensivfähigen Rüstungsobjekte werden gestoppt — und das sind die meisten der derzeit laufenden. Der Stellenwert des MIK wird auf diese Weise beträchtlich reduziert. Die Rüstungsindustrie muß erhebliche Auftragseinbußen hinnehmen und sich z.T. auf zivile Produktion umstellen. In diesem Prozeß der Demokratisierung und Zurückdrängung des MIK muß irgendwann auch die Frage der Verstaatlichung der Rüstungsindu-

98 Klein, Chancen für einen friedensfähigen Kapitalismus, a.a.O., S. 69f.

99 S. dazu ausführlicher Klein, ebd., S. 75 ff. und Huffschild/Jung, Reformalternative, a.a.O., S. 122 ff.

100 S. dazu ausführlicher meinen Beitrag: Gemeinsame Sicherheit und Abrüstung, in: Angenfort/Jung, Streit um die Zukunft, a.a.O. (Anm. 1), S. 112 ff.; in ähnliche Richtung gehen die entsprechenden Vorschläge in „BRD 2000“, a.a.O., S. 15 ff.

strie bei Ausbau demokratischer Kontrollmöglichkeiten theoretisch und praktisch beantwortet werden.¹⁰¹

Eine planmäßige, längerfristige und substantielle Abrüstung mit ihren Auswirkungen auf die Personalstärke der Bundeswehr und die Auftrags- und Beschäftigungslage der Rüstungsindustrie bedarf einer flankierenden, umfassenden und wissenschaftlich ausgearbeiteten Konversionskonzeption. Über die Schwierigkeiten dieser Aufgabe dürfen keine Illusionen bestehen. Kurzfristige ökonomische Profitinteressen des Monopolkapitals müssen zugunsten politisch definierter längerfristiger Verwertungsinteressen zurückstecken. Der Monopolprofit bleibt also zwar noch das entscheidende Regulierungsprinzip, in der Perspektive muß aber eine Koexistenz von Profitprinzip und gesellschaftlicher Bedürfnisbefriedigung erkämpft werden, wie sie sich z.B. in Sektoren der Produktkonversion äußern würde. Rüstungskonversion wird hier als hochpolitisches Konzept erkennbar. Sie durchzusetzen verlangt nicht mehr und nicht weniger, als die Felder der Produktivkraftentwicklung gesamtgesellschaftlich zu bestimmen und sie der alleinigen Verfügung durch konkrete monopolkapitalistische Interessen zu entziehen. Konversionsvorschläge führen deshalb heran an gesellschaftliche Konzepte von sozialer Nützlichkeit und Gebrauchswertorientierung, an Forderungen nach Selbstbestimmung der Beschäftigten über Sinn und Zweck der Produktion, an Mitbestimmungs- und Demokratisierungsforderungen bis hin zu Vergesellschaftungsperspektiven, also an ein anderes, demokratischeres Politikverständnis.¹⁰²

Aufgaben dieser Art müssen durch eine Demokratisierung von Forschung, Entwicklung und Produktion unterstützt werden. Um den Bereich der Ökonomie zu beeinflussen und die verschiedenen Abrüstungs- und Konversionsprozesse zu erfassen, zu planen und zu koordinieren, wäre — neben den schon vorhandenen Instrumentarien der Wirtschaftslenkung¹⁰³ — eine neuartige institutionelle Absicherung erforderlich. Denkbar wäre z.B. die Einrichtung eines Bundesamtes für Abrüstung, die Installierung von Abrüstungsausschüssen und Abrüstungsbeauftragten in den Parlamenten der verschiedenen Ebenen bis zu den Kommunen oder auch die Einrichtung eines Konversionsausschusses. Voraussetzung für eine sinnvolle und effektive Arbeit solcher Gremien wäre eine wirkliche, politisch zu erzwingende Abrüstungsstrategie und ihre Ausstattung mit echten Entscheidungs- und Kontrollbefugnissen. Auch staatlich finanzierte Forschungsinstitute müßten auf die wissenschaftliche Absicherung einer Ab-

101 S. dazu Jörg Huffschmid / Heinz Jung, Reformalternative und Eigentumsfrage, in: *Unsere Zeit*, 23. 11. 1988, S. 7. Die Autoren plädieren für Verstaatlichung dieses Sektors. Da bundesdeutsche Rüstungsproduktion allerdings zum erheblichen Teil in einzelnen Bereichen, Zweigen, Tochterunternehmen usw. mehrheitlich ziviler Konzerne verstreut ist und „die Rüstungsindustrie“ nur statistisch eindeutig eingegrenzt werden kann, wirft die Verstaatlichungsforderung in diesem Bereich Probleme auf, die noch weiter durchdacht werden müssen. Auf jeden Fall erhöht sich offenbar die Bedeutung der Demokratisierungsforderung.

102 S. dazu J. Reusch, Kann die Bundesrepublik abrüsten? Vorschläge zu Abrüstung und Konversion, in: *ZMF*, Betrifft: Rüstung ... 88/89, Frankfurt/M. 1988, bes. S. 220f.; s.a. den Beitrag von H.J. Krysmanski in diesem Band.

103 S. dazu Huffschmid/Jung, Reformalternative, a.a.O., S. 69ff.

rüstungs- und Konversionskonzeption hinorientiert werden. Man sieht: Wenn Reformvorschläge in Richtung auf Abrüstung und Rüstungskonversion nicht einfach nur als Entlarvungs- und Desillusionierungsmanöver, sondern als real durchsetzbare gesellschaftliche Alternative betrachtet werden, bedürfen sie der Einordnung in eine umfassende Reformkonzeption einer alternativen und demokratischen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, die sich analog auf alle anderen Bereiche erstrecken müßte.

Die hier gezeichneten Szenarien bestärken die eingangs formulierte Überlegung, daß statt des klassischen Reform-Revolution-Schemas eine neue Herangehensweise an die Problematik notwendig geworden ist. Fertige Antworten kann es hier ebensowenig geben wie in allen anderen Beiträgen zur marxistischen Diskussion. Doch in welche Richtung könnte die Antwort entwickelt werden?

Es geht bei der Lösung der globalen Probleme der Menschheit in der Umbruchperiode auf der Seite des Kapitalismus nicht um eine sozialistische Revolution, sondern um demokratische Mobilisierung, Klassenkampf, Gegenmacht mit dem Ziel, zunächst eine andere kapitalistische Entwicklungsrichtung durchzusetzen und zu stabilisieren. „Für die Arbeiterbewegung in den Ländern des Kapitals besteht ein entscheidender Beitrag zur Lösung heutiger Menschheitsprobleme darin, alles zu tun, um jene Prozesse zu vertiefen, die die Friedensfähigkeit des Kapitalismus ... garantieren können.“¹⁰⁴ Es geht aber gleichwohl um gesellschaftliche Umgestaltungen geradezu revolutionären Charakters — die radikalsten, die die Geschichte auf absehbare Zeit der Menschheit zur Lösung aufgibt. „Auf vielen Feldern geht es um reale Kampfaufgaben, die in einer früheren Periode zu Recht erst für die sozialistische Gesellschaft erwartet werden konnten ...“¹⁰⁵ — die zivile Umgestaltung der Wirtschaft im Kapitalismus ist ein treffendes Beispiel dafür. Es geht um evolutionäre Entwicklungen, die schließlich die Tiefe revolutionärer Umgestaltungen gewinnen.¹⁰⁶ Es geht um substantielle Lösungen der Krieg-Frieden-Frage und anderer globaler Probleme, die angesichts ihrer Dimension wahrhaft als eine soziale Revolution¹⁰⁷ betrachtet werden können. Hier ist ein Bereich, in dem sich die Radikalität marxistischer Theorie praktisch zu bewähren hat.

Diese Kämpfe sind nicht nur Verhinderungskämpfe; sie sind auch keine Scharmützel, denen die eigentlichen Klassenkämpfe nachzufolgen haben. Sie sind nicht nur die Aufwärmphase vor dem Kampf, sie sind dieser Kampf selbst. Es sind Gestaltungskämpfe, Kämpfe um eine real durchsetzbare andere Entwicklung der Macht- und Eigentumsverhältnisse. Sie greifen tief ein in die politischen Strukturen, in das Regulierungssystem und damit in die Produktionsverhältnisse. Sie verändern die Eigentumsverhältnisse im Sinne der juristischen Eigentumstitel in der Hauptsache nicht, aber sie verändern und beeinflussen deren Wirkungsbedingungen. Ihr Ergebnis ist jeweils ein Stück

104 Neubert/Schwarz, a.a.O.

105 Heinz Jung, Neues Denken und marxistische Kapitalismusanalyse, a.a.O., S. II.

106 S. den Beitrag von Dieter Klein in diesem Band.

107 W. Eichhorn, Neue Probleme der Formationstheorie, a.a.O., (Anm. 33), S. 6.

mehr reale Herrschaft der Menschen über ihre eigenen Lebensbedingungen. Das sind die Kampffelder, auf denen sich entscheidet, ob eine sozialistische Alternative erreichbar wird oder nicht und wie sie aussehen kann. Wo liegen unter diesen Voraussetzungen die Grenzen für Reformen im Kapitalismus, und wo verläuft die Trennlinie zwischen Reformen und Revolution? Lenin wies bekanntlich auf diese Trennlinie hin, um vor Reformismus zu warnen, aber er warnte auch vor ihrer dogmatischen Verabsolutierung. Die „Gegensätzlichkeit“ von Reform und Revolution, so Lenin, „ist jedoch nicht absolut, diese Grenze ist keine tote, sondern eine lebendige, bewegliche Grenze, die man in jedem einzelnen konkreten Fall zu bestimmen verstehen muß.“¹⁰⁸

Soviel läßt sich sagen: Die beste soziale Grundlage für dauerhaften Frieden und Abrüstung wären entwickelte sozialistische Verhältnisse. Insofern markiert der Übergang zum Sozialismus in der Tat einen qualitativen historischen Bruch, der auch die Grenze von Reform und Revolution bezeichnet. Diese Grenze war nie in der Geschichte eine „chinesische Mauer“¹⁰⁹ und ist es heute schon gar nicht. Reformen können nicht alle Probleme im Kapitalismus lösen, aber ihre Reichweite ist gewachsen, d.h. auch ihre „systemmodifizierende“ und „systemsprengende“ Natur.¹¹⁰ Schematische Festlegungen vom grünen Tisch aus, bis zu welchem Grad der Kapitalismus reformierbar ist und ab wann nicht mehr, wären weltfremd. Dies wird sich im realen Gang der Dinge zeigen, und historische Erfahrungen belegen, daß die gesellschaftsverändernden linken Kräfte, die mehrheitlich zumeist Reformkräfte sind, auf breiterer Front erst dann revolutionäre Positionen einnehmen, wenn alle Möglichkeiten der Reform ausgeschöpft sind. Gerade in Umbruchphasen spielt bei dieser Umwandlung des reformerischen in das revolutionäre Element der subjektive Faktor die Schlüsselrolle und wächst seine Bedeutung.¹¹¹

Diese Überlegungen zielen, obwohl sie den Stellenwert von Reformen sehr hoch ansetzen, nicht auf eine reformistische Strategie. Sie verbinden sich nicht mit der Illusion, alle Probleme könnten innerhalb des Kapitalismus durch Aufklärung, Lernprozesse und Kompromisse gelöst werden. Sie orientieren sich an materiell begründeten Interessen, auch an antagonistischen Interessen, und setzen auf die Mobilisierung der Arbeiterklasse und der demokratischen Bewegungen. Die Kämpfe um eine rationalere Entwicklungsrichtung im Kapitalismus sind zugleich scharfe Kämpfe um die Zurückdrängung und Beschränkung der Macht des Monopolkapitals, ja, die Durchsetzung einer anderen, zivileren Kapitalismusentwicklung durch demokratische Gegenmacht ist geradezu Synonym für die Zurückdrängung der Macht des Monopolkapitals unter den heutigen Bedingungen.

Marxistische Identität in diesen Kämpfen stellt sich nicht her durch verbalradikales Beschwören der Eigentums- und Machtfrage. Marxistische Reformpolitik kann nach Lage der Dinge nicht darauf setzen, die Reformunfähigkeit des

108 W.I. Lenin, Zum Jubiläum, in: Lenin-Werke, Bd. 17, S. 100.

109 M. Kossok, 1789 — Versuch einer Positionsbestimmung, a.a.O. (Anm. 36), S. 63.

110 Ebd.

111 Ebd., S. 64 f.

Kapitalismus nachzuweisen, sondern sie muß zu einem realen, politikfähigen Faktor bei der zivilen, ökologischen, sozialen usw. Umgestaltung der bestehenden Verhältnisse werden, für deren Radikalisierung nach vorne es generell keine Grenzen gibt. Die marxistische Spezifik in diesem Kampf liegt darin, die Hebel zur Veränderung bestehender Machtstrukturen auch wirklich zu bewegen — und dabei für die weitestmöglichen realen Alternativen zu kämpfen. Ohne Überführung der wichtigsten Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum wird es dabei langfristig nicht abgehen — aber die Lösung der Eigentumsfrage in diesem Sinne garantiert (wie die Erfahrungen des Sozialismus zeigen) nur dann gesellschaftlichen Fortschritt, wenn sie mit der Demokratisierung der Planungs-, Kontroll- und Steuerungsmechanismen einhergeht, und dies ist eine Aufgabenstellung, um die es schon heute geht.

Kräfte der Reform gibt es viele, MarxistInnen haben hier kein Monopol. Im Gegenteil, sie sind in der Bundesrepublik in diesem Spektrum nur eine relativ kleine Kraft mit geringem Einfluß. Das darf sie aber nicht dazu veranlassen, im Interesse einer falsch verstandenen Identität veraltete, unrealistische oder sektiererische Positionen zu vertreten. Die Übereinstimmungen zwischen den verschiedenen Reformkräften wachsen und damit auch die Nähe marxistischer politischer Programme zu sozialdemokratischen, grünen u.a. Reformkonzeptionen.¹¹² Das macht aber weder die marxistische Bewegung noch den Sozialismus überflüssig, wie manchmal befürchtet wird. Im Gegenteil: Der objektive Bedarf an konsequent weitertreibenden, politikfähigen, mit einer langfristigen Perspektive versehenen Kräften wächst. Man muß sich ohne jegliche Illusion darüber im klaren sein, daß jeder Schritt zu einem friedensfähigen, zivilen Kapitalismus und zu einer dauerhaften Friedensordnung gegen den massiven Widerstand der reaktionärsten und aggressivsten imperialistischen Kräfte erkämpft werden muß, daß es in diesem Kampf Komplikationen und Rückschläge geben wird, daß Erreichtes gefährdet und zurückgenommen werden kann und daß sogar dramatische Zuspitzungen nicht auszuschließen sind. Die MarxistInnen müssen sich also in der Arbeiterbewegung und in den demokratischen Bewegungen als eine Kraft erweisen, die konsequent und radikal für eine Vertiefung des Demokratisierungsprozesses „bis zum Ende“ eintritt. Wenn es unter den heute absehbaren Bedingungen der Umbruchperiode und der globalen Probleme einen Weg zu sozialistischer Systemüberwindung gibt, ist es offenkundig der der Reformalternative und ihrer Radikalisierung. Es ist auch der Weg, auf dem sich die Summe der Forderungen nach dem politisch Nächstliegenden mit einer wissenschaftlich begründeten Zukunftskonzeption verbindet. Die Hereinnahme einer solchen Zukunftsperspektive in die heutigen Kämpfe wird zu einem unentbehrlichen Moment der Mobilisierung.

112 S. dazu auch Klein, Chancen für einen friedensfähigen Kapitalismus, a.a.O., S. 178f.

Das neue Denken: Der internationale und der innere Aspekt

Juri Krassin

„Das neue politische Denken“ — dieser Begriff ist in den letzten Jahren fest in den Sprachgebrauch der internationalen Politik eingegangen. Er wird von Politikern, Diplomaten und Wissenschaftlern häufig verwendet. Dabei wird aber dieser Begriff bei weitem nicht einheitlich und eindeutig definiert. Einige fassen seinen Inhalt sehr eng und begrenzen den Anwendungsbereich des neuen Denkens nur auf die *internationalen Beziehungen*; andere dagegen definieren ihn sehr breit und identifizieren ihn mit der *Gesamtheit* der Analysen und Einschätzungen, die der gegenwärtigen, sich dynamisch verändernden Welt entsprechen, und mit dem daraus resultierenden Neuen in der Politik.

Deutlich wird, daß dieses Thema einer tiefgehenden Erörterung bedarf. Die in diesem Artikel angestellten Überlegungen beziehen sich auf diejenigen Aspekte des neuen politischen Denkens, die mit den in der Sowjetunion stattfindenden Veränderungen verbunden sind und als „Perestroika“ (Umgestaltung) bezeichnet werden.

I

Das politische Bewußtsein ist ein untrennbarer Bestandteil des gesellschaftlichen Bewußtseins, von dem es der ökonomischen Basis der Gesellschaft am nächsten steht. Es drückt die im System der Basisbeziehungen sich herausbildenden Interessen von Klassen und sozialen Gruppen in konzentrierter Form aus. Das politische Bewußtsein setzt diese Interessen in die Machtverhältnisse um, d.h. in das Verhältnis von Klassen und gesellschaftlichen Kräften zur Aufteilung und Ausübung der Staatsmacht, was den Grad des realen Einflusses jeder Klasse auf das gesellschaftliche Leben bestimmt.

Das politische Denken ist eine Funktion des politischen Bewußtseins, die in der Erkenntnis der politischen Realitäten, der Bestimmung von Zielen und Mitteln der Politik und der Ausarbeitung einer Linie des politischen Handelns von Klassen, Parteien und des Staates besteht. Es ist verständlich, daß das politische Denken, da es mit Klasseninteressen zu tun hat, einen Klassencharakter hat. Hinter jeder politischen Theorie und Auffassung stehen immer vollkommen konkrete klassenmäßige und nationalstaatliche Interessen. Deshalb besteht das marxistische Grundprinzip des politischen Denkens darin, herauszufinden, welche konkreten Klasseninteressen die Politik der einen oder der anderen Partei oder des Staates bestimmen.

Das Prinzip der klassenmäßigen Herangehensweise an das politische Denken behält seine Bedeutung auch heute. In diesem Bereich haben sich aber we-

sentliche Veränderungen vollzogen: sie wurden dadurch hervorgerufen, daß die Menschheit eine Stufe ihrer Entwicklung erreicht hat, von deren Höhe die für alle Menschen gemeinsame Gefahr erkennbar wurde. Das nuklear-kosmische Zeitalter brachte die Gefahr des Untergangs der Gattung Mensch mit sich. Daraus ergibt sich die unbestreitbare Schlußfolgerung: Die Erhaltung der Zivilisation ist eine notwendige Voraussetzung für die Lösung jeglicher nationalen, staatlichen und klassenbezogenen Aufgabe. In der Politik entstand das Bedürfnis, in allgemeinmenschlichen Kategorien zu denken, die das allen Menschen gemeinsame Überlebensinteresse ausdrücken. Dieses allgemeinmenschliche Interesse ist nicht weniger real als diejenigen Klasseninteressen, die sich im System der Basisbeziehungen herausbilden.

Ungeachtet der tiefen Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern und Klassen sind allgemeine Interessen der Menschheit auch in bezug auf die anderen globalen Probleme festzustellen. Nehmen wir z. B. das Problem der Ökologie. Die beschleunigte Zerstörung der Umwelt birgt, wie auch die nukleare Gefahr, das Risiko der Untergrabung der Grundlagen menschlichen Daseins in sich.

Das gleiche kann man zum Problem der „dritten Welt“ sagen. Die Diskrepanz zwischen den hochentwickelten und den Entwicklungsländern darf sich nicht endlos vergrößern. Die sich heute herausbildende Situation bedroht die gesamte Zivilisation mit krisenhaften Erschütterungen. Immer deutlicher wird das Bedürfnis nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung, nach der Reorganisation der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Und das soll und darf nicht erst in der zukünftigen klassenlosen Gesellschaft erreicht werden, sondern schon heute, bei der Existenz von unterschiedlichen Gesellschaftssystemen und scharfen Klassenwidersprüchen.

Die sich derzeit vollziehende wissenschaftlich-technische Revolution ist ihrem Charakter nach global. Sie ist eine Revolution im Bereich der Produktivkräfte der gesamten, wenn auch in gegensätzliche Gesellschaftssysteme geteilten Weltgemeinschaft. In der Tätigkeit der transnationalen Korporationen findet, wenn auch in einer einseitigen und antagonistischen Form, das herangereifte Bedürfnis nach einem weltweiten Regulierungsmechanismus für die Produktivkräfte seinen Ausdruck. Dies betrifft sowohl die hochentwickelten kapitalistischen Länder als auch die sozialistischen und die Entwicklungsländer. Das Fehlen eines solchen Mechanismus führt zu krisenhaften Erscheinungen bei der Entwicklung der gesamten modernen Zivilisation. Der Ausweg besteht daher nicht in der Abwendung vom Industrialismus und der Rückkehr zur vorindustriellen Gesellschaft, sondern in der bewußten Regulierung der internationalen politischen und wirtschaftlichen Ordnung.

Kurzum, alles spricht dafür, daß am Ende des 20. Jahrhunderts eine in vielen wechselseitigen Abhängigkeiten zusammengehörige und ganzheitliche Welt real existiert. Vielfalt und Widersprüchlichkeit dieser Welt sind bei weitem nicht verschwunden und werden auch in der absehbaren Zukunft nicht verschwinden. Die gegeneinander kämpfenden Klassen und die gegensätzlichen Gesellschaftssysteme sind geblieben, ebenso ihre besonderen Interessen, jedoch im Rahmen einer ganzheitlichen Zivilisation. Dies ist eine spezifische

Veranschaulichung des Gesetzes der Dialektik über die Einheit der Gegensätze. Nationen, Staaten, Klassen sind Teile einer Ganzheit und entwickeln sich nicht in einer mechanischen Gegeneinanderstellung, sondern im Rahmen einer Weltgemeinschaft, die immer mehr internationalisiert wird und vor die imperativen Herausforderungen der Zeit gestellt ist. Alle gesellschaftlichen Kräfte, auch die gegensätzlichen, sind gezwungen, bei der Suche nach Antworten auf diese Anforderungen zusammenzuwirken.

Die widersprüchliche Ganzheitlichkeit der Welt ist die Grundlage des neuen politischen Denkens, die die Priorität der allgemeinmenschlichen Werte vor den klassenmäßigen und nationalstaatlichen Werten setzt. Die Erkenntnis dieser Priorität und ihre Aufnahme zum Grundprinzip der Politik schafft die Möglichkeit für das Zusammenwirken von gegensätzlichen gesellschaftlichen Kräften bei der Lösung der unaufschiebbaren Probleme der Existenz der Zivilisation. Dieses Zusammenwirken wird nicht durch die Absage an klassenmäßige und nationale Interessen erreicht, sondern durch Kompromisse, die es ermöglichen, den schwierigen Konsensus zu erzielen.

Das neue Denken ist durch die Logik der internationalen Beziehungen determiniert. Es projiziert sich aber auch auf die innere Entwicklung jedes Landes, jedes Staates, weil auch die internationalen Beziehungen in dieser oder jener Form mit dem nationalen Bereich verbunden sind oder auf der nationalen Ebene reproduziert werden. So wird z.B. der dem Kapitalismus eigene Widerspruch zwischen der Arbeit und dem Kapital durch die Internationalisierung der kapitalistischen Produktion beeinflusst, und die aktive Tätigkeit der transnationalen Korporationen trägt diesen Widerspruch über die nationalen Grenzen hinweg.

Das neue Denken mit seinen allgemeinmenschlichen Prioritäten durchdringt das klassenmäßige und das nationale Bewußtsein. Es führt zu komplizierten Fragen über das Verhältnis des Allgemeinmenschlichen zum Klassenmäßigen, es erfordert eine kritische Überprüfung der traditionellen Stereotypen des politischen Bewußtseins und des Verhaltens.

Die Prinzipien des neuen Denkens sind dem Marxismus als einer Ideologie des realen Humanismus verwandt, die sich die humanistischen Ideale der Epoche der Renaissance und der ersten bürgerlichen Revolutionen zu eigen gemacht hat. Marx und Engels begannen die Ausarbeitung ihrer Theorie mit der Betrachtung des Menschen, der Ursachen seiner Entfremdung. Ihre Arbeit führte sie auf klare Klassenpositionen. Durch die Formulierung des Mehrwertbegriffes haben die Begründer des Marxismus das Geheimnis der kapitalistischen Ausbeutung enthüllt und die welthistorische Rolle der Arbeiterklasse als Befreierin der Gesellschaft von sozialer Unterdrückung begründet.

Das Klassenmäßige und das Allgemeinmenschliche sind zwei untrennbar miteinander verbundene Seiten des Marxismus, der die Arbeiterklasse bekanntlich auf die Lösung der allgemeinmenschlichen Aufgabe der Befreiung der gesamten Gesellschaft von den Fesseln der Ausbeutung orientiert.

Das neue Denken ist aber mit dem Marxismus nicht vollkommen identisch. Es baut auf den gemeinsamen Interessen von verschiedenartigen sozialen und politischen Kräften auf, die unterschiedliche und sogar gegensätzliche ideolo-

gische Auffassungen haben können. Die wichtigste Voraussetzung für seine Entfaltung besteht in der realistischen Einschätzung der gegenwärtigen einmaligen Situation, die die antagonistischen Klassen und gegensätzlichen Gesellschaftssysteme vor die Notwendigkeit stellt, gemeinsam zu handeln, um zu überleben.

Es ist kennzeichnend, daß die ersten Keime des neuen Denkens nicht in der Arbeiterbewegung, sondern unter den Vertretern der humanistischen Intelligenz entstanden sind, die früher als andere die Gefahren des nuklearen Zeitalters erkannt haben.

Der von dogmatischen und sektiererischen Wucherungen befreite Marxismus tritt infolge seiner humanistischen Natur als ein Katalysator des neuen politischen Denkens auf, aber er unterwirft es sich keinesfalls. Die allgemeinemenschlichen Grundlagen des neuen Denkens machen es auch für andere ideologische Strömungen, die sehr weit vom Marxismus entfernt sind oder ihm sogar entgegen stehen, attraktiv. Das neue Denken ist eine offene Tür zum Dialog aller unterschiedlich Denkenden, die aber die Ausarbeitung einer gemeinsamen Zielrichtung für die Herausführung der Zivilisation aus einer krisenhaften Situation anstreben, die aller Existenz in Frage stellt.

II

Das neue Denken verändert die Vorstellungen über die internationale Sicherheit. Für die Gewährleistung einer stabilen Friedensgarantie ist es heute nicht mehr ausreichend, sich von den nationalstaatlichen Interessen nur eines Landes oder einer Gruppe von Ländern leiten zu lassen. Man braucht eine Kooperation und Anstrengungen von allen Staaten, groß oder klein, ohne Ausnahme, unabhängig von ihrer gesellschaftlichen Ordnung.

Die nationalstaatlichen Interessen hören nicht auf zu existieren, aber in Fragen der Sicherheit verliert es jeden Sinn, sie dem gemeinsamen Interesse der Weltgemeinschaft gegenüberzustellen. Denn eine Verletzung der Stabilität im System der internationalen Beziehungen — und sei es bei nur einem einzigen ihrer Kettenglieder — kann heute zu einer weltweiten Katastrophe führen, von der es für niemanden eine Rettung geben wird. Es vollzieht sich ein Wechsel der Paradigmen der Sicherheitspolitik. Früher bauten die nationalen Staaten ihre Sicherheit auf der Sorge für ihre eigene Sicherheit und die Sicherheit ihrer Verbündeten auf. Die Festigung der eigenen Sicherheit heute regt an, über die Sicherheit des potentiellen Gegners im gleichen Maße wie auch über die eigene nachzudenken. Die Sicherheit aller ist heute zu einem gemeinsamen Bündel geknotet.

Der kategorische Imperativ von Kant: *Behandle andere so, wie Du von ihnen selbst behandelt werden willst*, — gewinnt zum ersten Mal im Bereich der internationalen Beziehungen an realer Bedeutung. Die Interessen der nationalen Sicherheit der USA erfordern von ihnen, in gleichem Maße die Sicherheitsinteressen der UdSSR zu berücksichtigen, und umgekehrt: die UdSSR ist, bei aller Gegensätzlichkeit der Gesellschaftssysteme, an der Sicherheit der USA interessiert. Eine Sicherheitsgarantie für die Länder Westeuropas ist unmög-

lich, wenn die Sicherheit der Länder Osteuropas nicht gewährleistet ist, und umgekehrt.

Die Menschheit wird nur dann überleben können, wenn sie es schaffen wird, von einem Sicherheitssystem, das in einer instabilen, sich ständig verändernden und dadurch konfliktreichen Welt auf dem Gleichgewicht der Kräfte aufgebaut ist, zu einem System der allgemeinen Sicherheit überzugehen, das auf dem Prinzip der Berücksichtigung und der Würdigung der Sicherheitsinteressen aller Staaten basiert. Solch ein Übergang ist nicht lediglich ein guter Wunsch, ein Appell an die Prinzipien der höheren Gerechtigkeit oder an die demokratischen Normen des Völkerrechts, sondern ein objektives Bedürfnis der Weltentwicklung. Dank eben dieses Umstands gewinnen im Bereich der internationalen Politik die Moral und das Recht immer mehr an realer Bedeutung. Diese wurden früher nur für die Rechtfertigung und Verschleierung von egoistischen nationalstaatlichen Interessen verwendet. Sie veränderten ihren Ausdruck jedes Mal bei einer Wende in der nationalen Politik des einen oder des anderen Staates.

Das traditionelle System der internationalen Sicherheit basierte auf dem Prinzip des Anwachsens von militärischer Gewalt. Dies fand seinen Ausdruck in dem bekannten Aphorismus: Wenn du Frieden willst, bereite dich auf den Krieg vor. Auch heute noch sind viele Politiker nicht dazu bereit, sich von der Politik der Gewalt abzuwenden, und legen große Hoffnungen auf deren „wundervollbringende“ Möglichkeiten. Das ist aber eine veraltete Politik, die das Wettrüsten anpeitscht, die Spannung verstärkt und die Gefahr einer militärischen Konfrontation zwischen den Staaten vergrößert.

Nicht leicht verläuft der Erkenntnisprozeß, daß allgemeine Sicherheit keine Gewalt, sondern mehr Vertrauen braucht, um das Streben nach Absage an Konfrontation und an eine Politik der Gewalt stimulieren und durch erreichte Ergebnisse neue Impulse dafür erhalten zu können. Dieses Vertrauen erfordert, die Streitkräfte von Staaten bis auf ein solches Niveau der vernünftigen Effizienz zu reduzieren, das ihre Anwendungsmöglichkeit für alle anderen Zwecke als für die Verteidigung völlig ausschließen würde. Das kann man nicht auf dem Wege des Wettrüstens, sondern nur durch Abrüstung erreichen — im Bereich der nuklearen Waffen ebenso wie bei konventionellen Rüstungen und Streitkräften. Die Vorschläge der sozialistischen Staaten für diesen Bereich liegen schon seit langem auf dem Verhandlungstisch.

Es entsteht aber eine prinzipielle Frage: Ist denn das Voranschreiten auf dem Wege der Abrüstung real möglich? Die Marxisten haben doch ständig behauptet, daß dem Imperialismus aggressive Tendenzen eigen sind. Auf dem Boden des kapitalistischen Systems erwächst doch der Militärisch-Industrielle Komplex — die Hauptquelle der Kriegsgefahr.

Der Kapitalismus existiert aber nicht in einem sozialen Vakuum, sondern in einem sich ständig internationalisierenden Umfeld der ganzheitlichen Welt. Dieses Umfeld beeinflusst in einem immer stärkeren Maße den Kapitalismus, modifiziert die Wirkung seiner Entwicklungsgesetze, verändert ihre Erscheinungsformen. Dank dessen können die dem Kapitalismus eigenen aggressiven Tendenzen, wenn auch nicht völlig blockiert, so doch auf jeden Fall begrenzt und gezügelt werden.

Der Imperialismus bleibt auch heute seiner Natur nach aggressiv, was seinen Ausdruck in den ihm eigenen expansionistischen Bestrebungen findet, die ihn zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder bewegen. Die Klassenfeindschaft zum revolutionären Weltprozeß, zum Sozialismus, tritt bisweilen in den Versuchen, die ideologischen Widersprüche auf die zwischenstaatlichen Beziehungen zu übertragen, in Aufrufen zu Kreuzzügen gegen die sozialistischen Länder zum Vorschein. In der wechselseitig abhängigen menschlichen Gemeinschaft gibt es aber auch mächtige entgegenwirkende Faktoren. Das ist die friedenschaffende Energie des Sozialismus, die im Laufe seiner Erneuerung und der weiteren Entfaltung seiner Potenzen immer mehr zunehmen wird. Immer aktiver beteiligen sich an dem Kampf für die Aufrechterhaltung des Friedens die Arbeiterklasse und ihre gewerkschaftlichen und politischen Organisationen. Es steigt die Autorität der Bewegung der nichtpaktgebundenen Staaten, die zu einem wichtigen Faktor der internationalen Politik geworden ist, es wächst die Aktivität der Friedensbewegung. Das alles sind Merkmale tiefgreifender Veränderungen in der Stimmung und im Bewußtsein der Weltöffentlichkeit zugunsten des Friedens. Es sind Elemente des anwachsenden Friedenspotentials, das der aggressiven Politik des Imperialismus gegenüber steht, dem freien Lauf der militaristischen Tendenzen entgegenwirkt und den Kapitalismus dazu zwingt, sich der Situation anzupassen, zu manövrieren, auf Kompromisse und Vereinbarungen einzugehen.

Auch die Vertreter der herrschenden Klassen in den kapitalistischen Ländern, einschließlich der Regierungskreise, spüren den Einfluß des sich in der öffentlichen Meinung widerspiegelnden tiefgreifenden Prozesses, die Gemeinsamkeit des Schicksals der Gattung Mensch im nuklearen Zeitalter zu erkennen, und können dem Einfluß des neuen politischen Denkens nicht ausweichen.

Selbst die aggressiven Kreise der Monopolbourgeoisie entbehren des Selbsthaltungsgefühls nicht, was ihr politisches Handeln beeinflusst. Sie befinden sich in einer sehr widerspruchsvollen Lage. Einerseits entspringt ihren Klasseninteressen eine aggressive Politik, eine Gier nach hohen Rüstungsprofiten, ein Streben nach militärischem Übergewicht über die sozialistischen Länder, der Wunsch, ihren Willen den Völkern zu diktieren. Andererseits spüren die Vertreter der militanten Bourgeoisie die in einem nuklearen Krieg vorhandene tödliche Gefahr für den Kapitalismus und damit für die eigene Existenz. Das allgemeine Klima der Abneigung gegenüber dem Militarismus in der öffentlichen Meinung, die anwachsenden Sympathien gegenüber den Friedensinitiativen der sozialistischen Länder beeinflussen daher auch ihre Politik. Der Widerspruch im Bewußtsein und im Verhalten der regierenden Kreise in den kapitalistischen Ländern erklärt ihre Schwankungen zwischen einer Politik der Gewalt und einer Politik der Verhandlungen, der vernünftigen Kompromisse, die den Prinzipien eines konstruktiven Zusammenwirkens von Gesellschaftssystemen entsprechen.

Der sich vertiefende Widerspruch in der Politik der Monopolbourgeoisie schafft reale Möglichkeiten, um auf sie mit den Mitteln der Volksdiplomatie von Seiten der Öffentlichkeit, der linken und aller demokratischen Kräfte Druck auszuüben. Infolge dessen sind weitere Schritte auf dem Wege der Ab-

rüstung möglich. Davon zeugt auch das sowjetisch-amerikanische Abkommen über die Abschaffung von Raketen der mittleren und der kürzeren Reichweite. Seine Realisierung ist ein präzedenzloser Vorgang, der vom Standpunkt der Gewaltpolitik undenkbar wäre. Aber dieser Schritt wurde getan, weil die Realitäten der ganzheitlichen und widerspruchsvollen Welt den Kapitalismus zwingen, sich aus eigenem Überlebenswillen der Atmosphäre anzupassen, die infolge des unüberwindbaren Bestrebens der absoluten Mehrheit der Menschheit, den Untergang der Zivilisation nicht zuzulassen, entstanden ist.

Das neue Denken stellt auch viele andere Probleme der internationalen Politik auf eine neue Weise zur Diskussion.

Heute betrachtet man die regionalen Konflikte anders als früher. Ihrem Wesen nach hören sie auf, regional zu sein; sie betreffen die Lebensinteressen der ganzen Weltgemeinschaft, weil sie in sich die Gefahr des Hinüberwachsens in einen globalen Konflikt enthalten. Unter diesen Bedingungen schaffen alle Versuche, regionale Konflikte mit Hilfe von Gewalt zu lösen, immer komplexere Bündel entgegengesetzter Interessen, die immer schwieriger und riskanter zu lösen sind. In der wechselseitig abhängigen Welt werden Gewaltmethoden für die Lösung der regionalen Konflikte immer perspektivloser. Aus der Erkenntnis dieser Realität entstand der Gedanke der nationalen Versöhnung.

Das neue Denken ist außerordentlich aktuell für die europäische Politik. Die heutige europäische Realität stellt sich als ein Gegenüber von zwei militärpolitischen Blöcken dar. Das gewährleistet aber keine wirkliche Sicherheit. Der Weg zur Sicherheit ist in der Errichtung eines gesamteuropäischen Hauses möglich. Das setzt die Entwicklung eines Systems wirtschaftlicher, politischer und kultureller Beziehungen zwischen allen europäischen Ländern vom Atlantik bis zum Ural voraus. In diesem Vergleich der Vielfalt von Traditionen und Kulturen wird das neue politische Denken seine praktische Überprüfung erleben.

Noch aktueller ist die Frage über die Anwendung des neuen Denkens für die Lösung der Probleme der Entwicklungsländer. In der ganzheitlichen Welt kann man das nur mit der Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung erreichen, die diesen Ländern eine freie Wahl des eigenen Weges der fortschrittlichen Entwicklung ermöglichen und die anwachsenden Spannungen schwächen wird. Die Suche nach Wegen zur neuen Weltwirtschaftsordnung ist eng mit der Entmilitarisierung der Welt und mit der Abrüstung verbunden. Abrüstung und Entwicklung sind ihrem Wesen nach zwei Seiten einer Medaille.

In der gegenwärtigen Etappe ist eine reale Perspektive für die Zusammenarbeit aller Staaten, ungeachtet der bestehenden politischen und ideologischen Unterschiede, erkennbar. Die zur Zeit stattfindende wissenschaftlich-technische Revolution ist ein weltweiter Prozeß, sie wirkt sich auf alle Länder aus. Sie schafft das Bedürfnis nach einer bewußten internationalen Kontrolle über die Entwicklung der Produktivkräfte, nach internationaler Arbeitsteilung, nach Vereinbarungen und Abkommen zwischen den Ländern. Diesem Geist der Zeit entspricht die allumfassende Konzeption der internationalen Sicherheit, deren Grundzüge in den Dokumenten des 27. Parteitagess der KPdSU formuliert wurden.

Die Ganzheitlichkeit der Weltgemeinschaft erfordert eine stabile und bewußt regulierbare Welt, in der die komplizierten und widersprüchlichen Beziehungen zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung in einen zivilisierten Rahmen gestellt sind. Das entspräche den Interessen aller Länder, den Interessen des menschlichen Fortschritts insgesamt. Dafür ist ein Mechanismus zur Regelung der internationalen Beziehungen notwendig. Es handelt sich dabei nicht um die Schaffung einer „Weltregierung“, die unter den Bedingungen einer in Klassen gespaltenen Gesellschaft unrealistisch ist. Man muß aber nach Institutionen und Verfahren für die Abstimmung der verschiedenen nationalen und staatlichen Interessen, für die Erzielung von vernünftigen Kompromissen, für die politische Regelung von entstehenden Widersprüchen und Konflikten suchen. „Das ist unmöglich in einer so widersprüchlichen Welt“, sagen die Skeptiker. Unmöglich ist es aber nur vom Standpunkt des alten Denkens. Das neue Denken erschließt viel breitere Horizonte für die internationale Politik.

III

Wie kann man vom Standpunkt des neuen Denkens die Perspektiven für eine revolutionäre Erneuerung der Welt einschätzen?

Lange Zeit war unter den Marxisten ein ziemlich einfaches Schema verbreitet, dessen Wesen in folgendem bestand: Die Große Sozialistische Oktoberrevolution hat den Anfang der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus gesetzt, einer Epoche während der sich in der Weltarena zwei antagonistische Systeme gegenüberstehen. Das eine von ihnen — der Kapitalismus — stellt die Vergangenheit, das andere — der Sozialismus — die Zukunft dar. Der Sozialismus ist bestrebt, die Beziehungen zwischen den Systemen auf eine Basis der friedlichen Koexistenz zu stellen, die aber als eine Form des Klassenkampfes in der internationalen Arena auftritt. Der Sozialismus wird durch die Erschließung der Möglichkeiten der neuen Gesellschaftsordnung seine Vorzüge gegenüber dem Kapitalismus behaupten. Der Klassenkampf in den kapitalistischen Ländern und die nationale Befreiungsbewegung werden zum Ausschneiden immer neuer Länder aus dem kapitalistischen Lager und zu ihrem Übergang in das sozialistische Lager beitragen. In der überschaubaren Perspektive wird dieser Prozeß mit dem weltweiten Sieg des Sozialismus enden.

Dieses Schema stellt sich als zu vereinfacht heraus. Der Sozialismus hat zwar auf seinem Konto wirkliche Errungenschaften von welthistorischer Bedeutung zu verzeichnen. Es ist ein neuer Typ der Gesellschaft geschaffen worden: eine Gesellschaft ohne Ausbeutung, frei von der Macht des Kapitals und von Arbeitslosigkeit, eine Gesellschaft der sozialen Geborgenheit, dynamisch und fähig, wie die heute stattfindende Erneuerung des Sozialismus zeigt, adäquate Antworten auf die Anforderungen des wissenschaftlich-technischen und des kulturellen Fortschritts zu finden.

Gleichzeitig erwies sich aber der praktische Aufbau des Sozialismus als viel komplizierter und widersprüchlicher, als es früher theoretisch gesehen wurde. Der Aufbau des Sozialismus begann nicht in den ökonomisch entwickeltsten Ländern, in denen die dazu notwendigen Voraussetzungen maximal ausgereift

waren, sondern an der Peripherie. Vorhandene Defizite an politischer Kultur, an wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung verwandelten sich in der Zeitperiode des Stalinismus in Verluste und Deformationen des Systems, führten zu Abbremsung und Stagnation.

Dem Sozialismus gelang es nicht, den Kapitalismus in solch wichtigen Kennziffern wie der Effektivität der Produktion und der Arbeitsproduktivität zu überholen. Auf der Welle der wissenschaftlich-technischen Revolution erreichte der Kapitalismus eine höhere Windung der gesellschaftlichen Spirale. Dem von ihm heute erreichten Entwicklungsniveau entspräche ein Sozialismus mit einem viel höheren Reifegrad als derjenige, der in der Sowjetunion und anderen Ländern aufgebaut ist. Der Weg zum Sozialismus sieht daher auch für die hochentwickelten kapitalistischen Länder anders aus, als er auf früheren Entwicklungsstufen beschritten worden ist. Der Sozialismus wird sich vermutlich eher infolge einer allmählichen, vielleicht durch mehrere Etappen verlaufenden Verdrängung des Kapitalismus durch immer tiefergreifende Demokratisierung der sozialökonomischen und der politischen Verhältnisse entwickeln.

Auch der politische Weg der Entwicklungsländer ist von den internationalen Veränderungen betroffen. Die Befreiungsrevolutionen in den Entwicklungsländern stießen nicht zuletzt auf Schwierigkeiten und kamen ins Stocken, weil sie es heute mit ökonomischen Problemen zu tun haben, die auf der nationalen Ebene unlösbar sind und eine Reorganisation der ganzen Weltordnung erfordern.

Und das Wichtigste: Die „Trennung“ vom Kapitalismus im Prozeß des Übergangs der menschlichen Gesellschaft zum Sozialismus beseitigt nicht die historisch herausgebildete Ganzheitlichkeit der Welt mit ihren allgemeinmenschlichen Werten und Problemen. Angesichts dieser noch anwachsenden Probleme ist der Kampf zwischen den gegensätzlichen Gesellschaftssystemen bei all seiner Wichtigkeit nicht der bestimmende Faktor der Weltentwicklung. In den Vordergrund tritt die Notwendigkeit der Kooperation, von Anstrengungen der gesamten Menschheit, ungeachtet der existierenden Unterschiede, zur Lösung der krisenhaften Knotenpunkte in der Entwicklung der industriellen Zivilisation, vor allem mit dem Ziel ihrer Entmilitarisierung. Die Auseinandersetzung der Systeme bleibt natürlich präsent, aber sie findet im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit und durch diese statt.

Der Übergang zum Sozialismus im globalen Maßstab stellt sich heute als eine ganze historische Epoche mit ihrem Charakter nach vielfältigen Umwandlungen dar. Sie treten als Elemente eines globalen Prozesses der revolutionären Erneuerung der Zivilisation in Erscheinung. Diese erhält dabei aber ihre Ganzheitlichkeit und ihre Lebensgesetze als Weltgemeinschaft aufrecht. Bei der revolutionären Erneuerung der Zivilisation handelt es sich nicht um ein mechanisches Hinüberziehen der Länder aus einem Gesellschaftssystem in das andere, sondern um einen wechselseitigen Prozeß, in dem sich unterschiedliche Tendenzen verflechten: die organische Überwindung des Kapitalismus auf der von ihm selbst geschaffenen technologischen und ökonomischen Basis, die tiefe revolutionäre Umgestaltung des Sozialismus in Übereinstimmung mit den Anforderungen der gegenwärtigen Etappe der wissenschaftlich-technischen

Revolution, das Zusammenwirken von zwei Gesellschaftssystemen bei der Lösung der globalen Probleme der Gegenwart und ihr Wettbewerb auf eine längere Perspektive, die schwierige Suche der Entwicklungsländer nach ihren eigenen Entwicklungswegen, nach ihrer Stellung in der Weltgemeinschaft und der gemeinsame Kampf aller revolutionären und demokratischen Kräfte für die Umgestaltung des Systems der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, für die Errichtung der neuen Weltwirtschaftsordnung, für die Beseitigung der neokolonialen Abhängigkeit.

Die soziale Revolution im Lichte des neuen Denkens ist ein langfristiger historischer Prozeß, der — das ist mit Sicherheit zu sagen — weit über die Grenzen des 20. Jahrhunderts hinausreichen wird. Es ist angebracht, daran zu erinnern, daß die bürgerliche Revolution sich im Laufe von einigen Jahrhunderten vollzog. Welche Gründe gibt es denn, damit zu rechnen, daß die sozialistische Revolution, die die tiefgreifendste Umwälzung am Fundament des gesellschaftlichen Daseins und des gesellschaftlichen Bewußtseins der Menschheit vollbringt und die das im Laufe von Jahrtausenden herausgebildete System des Privateigentums beseitigt, diese Umwälzung in einem relativ kurzen Zeitabschnitt, sagen wir, in einem Jahrhundert schaffen wird?

Das neue politische Denken hilft auch, sich von vereinfachten Vorstellungen über den revolutionären Weltprozeß zu befreien. Die soziale Revolution unserer Zeit verläuft über eine ganze Reihe von Zyklen. Global gesehen, stellt sie einen komplizierten Prozeß der tiefen Transformation und grundlegenden Rekonstruktion der menschlichen Zivilisation auf den Grundlagen der Gerechtigkeit und des Humanismus dar, die in den Prinzipien des Sozialismus ausgedrückt sind.

Die allgemeinmenschlichen Zielstellungen und der Umfang der durch diese Revolution zu lösenden Aufgaben führen dazu, daß in sie verschiedenartige gesellschaftlich-politische Kräfte einbezogen werden, von denen keine den Anspruch auf eine Monopolstellung erheben kann. Das Spektrum ihrer Interessen und Bestrebungen ist so breit, daß man ihre Wechselbeziehungen nicht auf den allgemeinen Nenner der gewohnten Formel der Einheitsfront bringen kann. Eher handelt es sich um ein System von Bündnissen, Vereinbarungen, Koalitionen, gemeinsamen und parallelen Aktionen auf unterschiedlichen Ebenen, das man als Zusammenwirken von selbständigen und autonomen Kräften bezeichnen kann. Die Arbeiterklasse kann im Rahmen dieses Zusammenwirkens nur dann ihre führende Rolle erfüllen, wenn sie es schafft, den Horizont ihrer Klasseninteressen auf die Erkenntnis der Priorität der allgemeinmenschlichen Interessen, der Interessen am Überleben der Gattung Mensch, an der Aufrechterhaltung der Voraussetzungen für den Fortschritt der Zivilisation zu erweitern.

Unter dem Blickwinkel des neuen Denkens werden auch die Vorstellungen über das, was revolutionär ist, korrigiert. Es entsteht z.B. das Problem, in welchem Verhältnis dieser Begriff zur Kultur des Konsensus steht, die dem neuen politischen Denken eigen ist. Die Idee der gewaltlosen Welt, die Initiativen zur Regelung der regionalen Konflikte auf der Grundlage der nationalen Versöhnung stellen die Frage, ob ein zu enges und zu einseitiges Verständnis des Revolutionären überwunden werden muß. Vermutlich müssen im nuklear-kosmi-

schen Zeitalter die Formen der revolutionären Tätigkeit in einzelnen Ländern an die breiteren Aufgaben des Kampfes für die Rekonstruktion der internationalen Wirklichkeit angepaßt werden, an der nicht nur die fortschrittlichen gesellschaftlichen Kräfte, sondern auch in unterschiedlichem Maße alle Klassen und sozialen Gruppen, alle Länder und Staaten der Weltgemeinschaft interessiert sind.

Scharfe Diskussion ruft die Frage nach dem Verhältnis zwischen der Idee einer gewaltfreien Welt und der marxistischen Position zur Rolle der revolutionären Gewalt hervor. Dieses Thema bedarf einer selbständigen Behandlung. Hier sei nur angemerkt, daß die Idee der gewaltfreien Welt die zwischenstaatlichen Beziehungen im Rahmen der Weltgemeinschaft betrifft. Sie bezieht sich nicht auf die Verhältnisse innerhalb der Staaten. In denjenigen Ländern, wo Ausbeutung, soziale und nationale Unterdrückung existieren, bleiben auch die Quellen für die Klassengewalt erhalten. Der Kampf gegen diese Erscheinungen, darunter auch mit den Mitteln der revolutionären Gewalt, ist sowohl moralisch als auch politisch vollkommen gerechtfertigt. Dabei ist es selbstverständlich, daß das neue Denken zur Verantwortung bei der Wahl der Formen des revolutionären Kampfes unter Berücksichtigung der Gesamtheit aller Realitäten (nationaler, regionaler, internationaler) verpflichtet. Man kann sich vorstellen, daß in der Perspektive des historischen Prozesses der politische Zwang, dessen Grundlage nicht die physische Gewalt, sondern die objektive Logik der Entwicklung des Kräfteverhältnisses zugunsten der herangereiften gesellschaftlichen Veränderungen sein wird, immer mehr an Bedeutung gewinnen wird.

Das neue Denken bedeutet keinesfalls eine ideologische Versöhnung. Die Wurzeln des ideologischen Kampfes, die in der Existenz der antagonistischen Klassen und der gegensätzlichen Gesellschaftssysteme liegen, bleiben bestehen, und dadurch wird auch der Kampf der Ideen, die unterschiedliche Klasseninteressen ausdrücken, bestimmt. Durch die Ganzheitlichkeit und die wechselseitige Abhängigkeit der Welt wird die ideologische Auseinandersetzung sogar noch stärker zugespitzt, weil die Intensität der internationalen Beziehungen, des Austauschs von Menschen, Meinungen, Informationen sich noch vergrößert.

Das neue Denken setzt aber eine hohe Kultur des ideologischen Streites voraus, unter anderem die Fähigkeit, in die Logik des Opponenten einzudringen und ihr überzeugende Argumente entgegenzubringen. Wenn der ideologische Streit nur auf das „Feindbild“ orientiert ist, so erhält er alle Merkmale des „psychologischen Krieges“; appelliert nicht an den Verstand, sondern an die Emotionen, kultiviert Feindschaft und Mißtrauen. Dem Fanatismus der ideologischen Intoleranz setzt das neue Denken die Kultur der Toleranz entgegen, die keinesfalls dazu verpflichtet, sich mit dem Andersdenkenden in allem einverstanden zu erklären, die aber dem Streit eine zivilisierte Form gibt.

Im Kontext des neuen Denkens bekommt eine solche Form des ideologischen Kampfes wie der Dialog eine besondere Bedeutung. Obwohl er eine Auseinandersetzung zwischen unterschiedlichen, manchmal vollkommen entgegengesetzten Standpunkten ist, beinhaltet der Dialog in sich auch eine konstruktive Suche nach Lösungen für gemeinsame Probleme.

IV

Die Innenpolitik ist organisch mit der Außenpolitik verbunden — so sieht die elementarste Wahrheit der politischen Theorie aus. Daraus folgt, daß das neue Denken nicht nur im Bereich der internationalen Beziehungen, sondern auch bei der Ausarbeitung der Innenpolitik angewendet werden muß.

Das ist am Beispiel der Umgestaltung und der Erneuerung des Sozialismus in der Sowjetunion deutlich zu sehen. Die Umgestaltung braucht das neue Denken, weil es ermöglicht, die internationale Bedeutung der Umgestaltung auszu-leuchten und dadurch ihren philosophisch-historischen Inhalt tiefer zu ver-stehen.

Die Herausbildung des Sozialismus als Ausgangsphase einer neuen Forma-tion, die den Kapitalismus ersetzen wird, ist untrennbar mit der Dynamik der Weltgeschichte und ihrer historischen Etappen verbunden. Das Modell des So-zialismus, das in der UdSSR entstanden ist, war Ergebnis des Ausbruchs aus dem kapitalistischen System im Stadium des frühmonopolistischen Kapitalis-mus am Anfang des 20. Jahrhunderts. Es scheint berechtigt zu sein, dieses Mo-dell als „Frühsozialismus“ zu bezeichnen. Es wurde aber verabsolutiert, in den Werken von marxistischen Wissenschaftlern als das seinem Wesen nach einzig mögliche Muster für alle Länder erklärt. Die Jahre des Stalinismus und der Stagnation haben dieses Modell nicht nur deformiert, sondern es auch in der Form versteifen lassen, in der es sich zu Anfang der 30er Jahre herausgebil-det hat.

In der Zwischenzeit, in dem stürmischen Strom der internationalen gesell-schaftlichen Entwicklung unseres revolutionären Jahrhunderts, erlebte der Ka-pitalismus wesentliche Veränderungen. Am Ende des 20. Jahrhunderts ist das schon nicht mehr der frühmonopolistische, sondern der spätmonopolistische Kapitalismus, der unter dem Einfluß der Veränderungen in der Weltarena, der tiefgreifenden Revolution in der Entwicklung der Produktivkräfte der Gesell-schaft, der Errungenschaften der demokratischen und der Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern qualitativ modernisiert wurde. Das Modell des Frühsozialismus entspricht heute nicht mehr den Bestrebungen der fortschritt-lichen Kräfte und den Erwartungen der Massen in den Ländern des entwickel-ten Kapitalismus. Der internationale Fortschritt erfordert immer eindringlicher ein anderes Modell, ein Modell des reifen Sozialismus, das dem von der Menschheit erreichten Niveau der technologischen und der kulturellen Ent-wicklung entspricht.

Unter den heutigen Bedingungen, da der Kapitalismus eine höhere Windung der geschichtlichen Spirale erreicht hat, sind in seinem Inneren die Vorausset-zungen für einen Typ des Sozialismus ausgereift, der real noch nicht existiert. Damit sind die Schwierigkeiten aller fortschrittlichen gesellschaftlichen Kräfte in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern, der gesamten revolutionä-ren Weltbewegung verbunden. Manchmal werden diese Schwierigkeiten als die „Krise“ des Sozialismus, der sozialistischen Ideale dargestellt. In der Wirk-lichkeit aber ist das eine Krise der mechanistischen Vorstellungen über den Aufbau und die Entwicklung des Sozialismus.

Es wurde deutlich, daß der weltweite Prozeß des Übergangs zum Sozialismus dem linearen Schema, nach dem der real existierende Sozialismus immer und in allen Bereichen den höchsten Entwicklungspunkt darstellt und die kapitalistischen Länder, um den gleichen Stand zu erreichen, durch alle vom Sozialismus zurückgelegten Etappen gehen müssen, nicht entspricht. Die hochentwickelten kapitalistischen Länder sind objektiv für einen Sozialismus höheren Niveaus, den die gegenwärtigen sozialistischen Länder noch zu erreichen bestrebt sind, ausgereift. Von diesem Standpunkt aus wird auch die internationale Bedeutung der Umgestaltung in der UdSSR verständlich. Sie ist dazu berufen, den Übergang zu einem neuen qualitativen Zustand der sozialistischen Gesellschaft zu gewährleisten. Der welthistorische Inhalt dieses Ziels, das die Sache des Großen Oktober fortsetzt, besteht darin, ein Modell des reifen Sozialismus durch die Praxis bestätigen zu lassen, ein Modell also, das den Anforderungen des gegenwärtigen gesellschaftlichen Fortschritts entspricht und fähig ist, für die sozialistischen Kräfte in anderen Ländern attraktiv zu sein.

Die Bewegung auf dieses Ziel hin kann nicht auf die Grenzen eines einzelnen Landes beschränkt werden. Es ist bekannt, daß Lenin den ganzheitlichen Sozialismus als ein Ergebnis der Erfahrungen aller Völker aus ihrer praktischen Suche und theoretischen Erkenntnis betrachtet hat. Die begonnene Erneuerung des Sozialismus hat schon die Mehrheit der sozialistischen Länder erfaßt. An dem Erkundungsprozeß beteiligen sich auch die sozialistischen Kräfte der kapitalistischen und der Entwicklungsländer, die sich an solchen Vorstellungen über den Sozialismus und die zu ihm führenden Wege orientieren, wie sie aus den Bedingungen des spätmonopolistischen Kapitalismus folgen.

Der Sozialismus entstand im Verlauf der Weltgeschichte als eine Fortsetzung und eine Realisierung der von der Menschheit entwickelten humanistischen Ideale. Diese Ideale sind niemals verschwunden, aber sie wurden durch die Deformationen des Sozialismus zum Teil vertuscht. Die Wiederherstellung des Leninschen Sozialismusbildes ist die Wiederherstellung des humanen Sozialismus, der fähig ist, die besten Errungenschaften der menschlichen Kultur zu absorbieren und ein großes Ziel für die Weltgeschichte zu setzen.

Von den Positionen des neuen Denkens aus entwickelt sich der Sozialismus in einem Umfeld der ganzheitlichen Welt und nicht in einem Gegenüber zur ganzen Welt. Er entwickelt sich nicht in der Auseinandersetzung, sondern auch im Zusammenwirken mit dem kapitalistischen System. Die Erkenntnis der ganzen Bedeutung dieses Zusammenwirkens wird auch heute noch von den Wucherungen sektiererischer Vorstellungen aus der Stalinschen Periode behindert, in der die Gegenüberstellung des Kapitalismus und des Sozialismus in schwarz-weißen Farben dargestellt wurde. Das führte zu einer unnötigen Verneinung von allem, was in der kapitalistischen Gesellschaft existierte. Wenn zum Beispiel der Kapitalismus auf den Ware-Geld-Beziehungen basiert, bedeutete das, daß es diese Beziehungen im Sozialismus nicht geben darf. Wenn die bürgerliche Demokratie formell ist, so ist demnach für den Sozialismus die Einhaltung der demokratischen Formen und Prozeduren nicht obligatorisch. Wenn drüben der Rechtsstaat existiert, so ist es bei uns folglich die „revolutio-

näre Zweckmäßigkeit“. Zu welchen tragischen Folgen das alles führte, ist gut bekannt. Die Kybernetik wurde, da sie in den kapitalistischen Ländern entstand, zu einer Lügenwissenschaft erklärt. Die These über den Verfall der bürgerlichen Kunst führte zur Isolierung der sowjetischen Kultur, zum Abbau von Kontakten mit der Weltkultur, zu Versuchen, die Kunst in das Prokrustesbett der administrativen Reglementierung des schöpferischen Prozesses zu zwingen, was ihre lebendige Seele aushöhlte.

Das neue Denken orientiert, indem es die Ganzheitlichkeit der widerspruchsvollen Welt erklärt, auf die Erkenntnis der gemeinsamen Zivilisationsgrundlagen der beiden sozialökonomischen Systeme, auf die Existenz von gemeinsamen Problemen, die eine Kooperation der Anstrengungen im Interesse jedes einzelnen Systems und, hauptsächlich, im Interesse der ganzen Menschheit erfordern. Die gesamte Entwicklungsgeschichte des Sozialismus bestätigt, daß für seine normale Entfaltung die ständige Aneignung der höchsten Errungenschaften des menschlichen Gedankenguts lebensnotwendig ist, was das Zusammenwirken und die Zusammenarbeit mit den kapitalistischen Ländern im Bereich der Wirtschaft, der Politik, der Kultur erfordert. Es genügt, auf das dringlichste Bedürfnis nach einer solchen Zusammenarbeit zur Meisterung der modernen Technologie durch die sozialistischen Länder hinzuweisen.

Das Zusammenwirken und die Zusammenarbeit beseitigen aber die Auseinandersetzung, den Wettstreit zwischen dem Sozialismus und dem Kapitalismus nicht. Das ist jedoch kein Gegenüber von feindlichen Lagern, sondern ein Wettbewerb bei der Suche und der Ausarbeitung von effektiveren Formen des sozialen Fortschritts, die den Interessen der Gesellschaft und des Menschen entsprechen. Die Überzeugung der Marxisten von den Vorzügen der sozialistischen Formen der Organisation der Gesellschaft soll nicht als ein Hindernis, sondern als ein Stimulans zu einer breiten und intensiven Zusammenarbeit der beiden Systeme dienen, weil sich nur im Rahmen einer solchen Zusammenarbeit der Wert der vorgeschlagenen praktischen Lösungen vergleichen läßt.

Die Umgestaltung fördert, indem sie das neue Denken braucht, auch selbst seine weitere Entwicklung. Die schöpferischen Ziele der Umgestaltung, das Ausmaß der schöpferischen Arbeit bei der Erneuerung des Sozialismus, die in der UdSSR begonnen wurde, bedürfen eines stabilen Friedens und einer Neuverteilung der Mittel, die durch das Wettrüsten verschlungen werden, für friedliche Investitionen, für neue Technologien, für die Erweiterung des sozialen Bereichs, für die Erhöhung des Wohlstandes und des Kulturniveaus der Gesellschaft. Ein Land, das sich mit der friedlichen schöpferischen Arbeit beschäftigt, kann nicht als Quelle von Feindschaft und Entfremdung gegenüber anderen Ländern auftreten. Umgekehrt, es braucht eine Kommunikation, eine Zusammenarbeit, die Erforschung von Erfahrungen anderer Länder, einen Austausch von materiellen und geistigen Werten. Der Sozialismus, so wie er infolge der Umgestaltung aussehen soll, wird keine autokratische, in sich selbst eingeschlossene Gesellschaft sein, sondern eine offene Gesellschaft, die organisch an dem Leben der Weltzivilisation in ihrer ganzen reichhaltigen Vielfalt beteiligt sein wird.

Die Verbindung der Umgestaltung mit dem neuen Denken hat auch eine tiefere Grundlage. Im Mittelpunkt der Umgestaltung steht der Mensch mit seinen

Bedürfnissen und seinem Bestreben. Die Erneuerung des Sozialismus ist auf die Schaffung solcher Bedingungen für die allseitige Entwicklung des Menschen als Subjekt der gesellschaftlichen Veränderungen, als eines Bürgers, der alle demokratischen Rechte und Freiheiten genießt, orientiert. Die Umgestaltung stellt diejenigen humanistischen Werte in den Vordergrund, die das neue Denken inspirieren und es zu einem notwendigen Bestandteil des gesellschaftlichen Bewußtseins der modernen Menschheit machen.

Die Umgestaltung des Sozialismus im Zeichen des neuen politischen Denkens verbindet das sozialistische Ideal mit dem allgemeinmenschlichen Inhalt, der ständig durch die Erfahrungen und die Suche aller Länder unserer einheitlichen und doch so widersprüchlichen Zivilisation bereichert wird.

Das neue Denken bekommt eine immer größere Verbreitung. Es wird von den Menschen mit unterschiedlichen Ansichten und Überzeugungen aufgenommen. Das erweckt die Hoffnung, daß die Menschheit den Herausforderungen der Zeit würdig begegnen wird, die von ihr Weisheit und Verantwortung bei der Wahl von Lösungen für die herangereiften Probleme erfordern.

Beiträge marxistisch-leninistischer Theorieentwicklung zur Friedenssicherung

Dieter Klein

1. Marxistisches Vernunftdenken in der Umbruchperiode — 2. Epochenkonzeption und Wettstreit der Systeme — 3. Neue Tendenzen in der marxistisch-leninistischen Kapitalismustheorie

1. Marxistisches Vernunftdenken in der Umbruchperiode

Die Menschheit befindet sich am Ende des Jahrhunderts in einer vielschichtigen Umbruchsituation. Globale Probleme bedrohen ihre Existenz. Aber zugleich beginnen sich Chancen für einen dauerhaften Weltfrieden sowie zur Abwendung einer Umweltkatastrophe abzuzeichnen und könnte Abrüstung für Entwicklung einen Einstieg in die Zurückdrängung der mit Hunger und Arbeitslosigkeit von hunderten Millionen Menschen verbundenen Unterentwicklung in den meisten Entwicklungsländern ermöglichen.

Diese Umbruchsituation wird dadurch zugespitzt, daß der neue, extrem wissenschaftsintensive Produktivkrafttyp entweder als Katalysator der Verschärfung der globalen Menschheitsfragen wirkt — wenn er der Hochrüstung einverleibt wird, sich sozial unbeherrscht gegen die Natur kehrt und monopolisiert in den Industrieländern die relative Rückständigkeit der Entwicklungsländer vertieft — oder zum Vehikel der Lösung dieser Probleme in einer Welt des Friedens zwischen den Staaten und mit der Natur werden kann.

Neue, mit der Bedrohung der Gattung Mensch verbundene Globalprobleme, ein neuer Produktivkrafttyp, tiefgreifende Veränderungen in Sozialismus und Kapitalismus, Ganzheitlichkeit einer widersprüchlichen Welt — das alles forderte ein Neues Denken, eine neue Weltverantwortung heraus. Nach zwei großen Glanzperioden menschlicher Geistes- und Kulturgeschichte, der Antike und der Renaissance mit ihren Riesen geistiger Kühnheit und künstlerischer Schaffenskraft stehen wir vor der Herausforderung, daß eine dritte Glanzperiode des Denkens, in der die Aufbrüche der jungen Sowjetmacht zu einer neuen ausbeutungsfreien, friedlichen Welt aus den zwanziger Jahren aufzuheben sind, in der die *Einheit von Vernunft und Verantwortung* zum zentralen Angelpunkt wird, zur Überlebensbedingung der Menschheit wird.

Diese notwendige und systemüberschreitende Vernunft hat geistesgeschichtliche Wurzeln.¹ Die bürgerliche Aufklärung von Kant und Hegel hat die Ent-

¹ Wolfgang Richter, Zur Vertrauens-Vernunftproblematik, unveröff. Manuskript, Berlin/DDR 1988.

wicklung der Weltgeschichte als „Emporarbeiten der Vernunft“ in der Gesellschaft und damit als „Fortschritt der Freiheit“ aufgefaßt. Marx knüpfte, dies mit der kapitalistischen Wirklichkeit seiner Zeit vergleichend, daran kritisch-konstruktiv an und sah im Proletariat die Klassenkräfte, die in der Lage zu solcher Umgestaltung der Gesellschaft sind, daß seine an die bürgerlichen Denker anknüpfende These Wirklichkeit würde: „Die Vernunft siegt dennoch in der Weltgeschichte.“² Aber so wie er die These von der Vernunft in der Geschichte in seiner Revolutionstheorie im Hegelschen Sinne „aufhob“, ist die Aufhebung seiner Konzeption heute abermals gefordert: Nicht daß sich der revolutionäre Prozeß selbst nicht weiter und mehr denn je als vernünftig zu bewähren hätte — doch zugleich gilt heute, daß die Koalition der Vernunft oder der Prozeß dorthin historische Vernunft nicht für die Arbeiterklasse bzw. den Sozialismus allein zu reservieren hat — oder umgekehrt für bürgerliche Demokratien —, sondern unter dem Druck der neuen globalen Umstände auf Sieg der gemeinsamen Vernunft aller Klassen beider Systeme setzt. In neuer Weise praktisch tritt darin die gemeinsame Tradition progressiven bürgerlichen und marxistischen Denkens zutage: Vernunft, meinte Hegel, löst den abstrakten Gegensatz in den lebendigen Widerspruch auf, erfaßt die Dinge als widersprüchliches Ganzes. Und er notierte: „Das Wahre ist das Ganze“³. Vernunft muß heute Verantwortung für das Ganze der Menschheit in den Mittelpunkt des gemeinsamen Handelns rücken.

In solcher Lage bestätigt sich die erstrangige Bedeutung dialektischen Vorgehens. Der Physiker Werner Heisenberg schrieb über Inventionen in der Wissenschaft: „...wirkliches Neuland (kann) wohl nur gewonnen werden, wenn man an einer entscheidenden Stelle bereit ist, den Grund zu verlassen, auf dem die bisherige Wissenschaft ruht, und gewissermaßen ins Leere zu springen.“⁴ Marxistisch-leninistische Identität in der Kontinuität kann nur gewahrt werden, wenn wir uns auf tiefgreifenden Wandel auch in der Theorie einlassen, wenn die gewandelte Praxis oder eine neue Sicht auf die schon bekannte Praxis dazu Anlaß sind. Mit „wissenschaftlichem Kleinhandel“⁵ ist da nichts zu bestellen.

Jedoch — kontrapunktisch zu dieser Aussage und besonders zu der Hoffnung nicht weniger bürgerlicher Ideologen auf eine Selbstaufgabe des Marxismus-Leninismus, auf Abstand von Klassenpositionen sei auf eine nicht weniger wichtige weitere Erfahrung Heisenbergs verwiesen: „Der Versuch, alles Bisherige aufzugeben und willkürlich zu ändern, führt zu reinem Unsinn“⁶.

Ich möchte diese Problematik auf zwei Feldern verdeutlichen und zur marxistisch-leninistischen Epochenkonzeption sowie zur politökonomischen Analyse des gegenwärtigen Kapitalismus einige Bemerkungen machen.

2 Karl Marx, Zu den Ereignissen in Nordamerika, in: MEW, Bd. 15, S. 552.

3 G.W.F. Hegel, Phänomenologie des Geistes, Hamburg 1952, S. 21.

4 Aus: „Wissenschaft im Zitat“, Leipzig 1987, S. 24.

5 Friedrich Engels, Dialektik der Natur. Notizen und Fragmente, in: MEW, Bd. 20, S. 482.

6 Wissenschaft im Zitat, a.a.O., S. 22.

2. Epochekonzeption und Wettstreit der Systeme

In früheren Dokumenten der kommunistischen Bewegung wurde unsere Epoche ohne relativierende Überlegungen als die des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus gekennzeichnet. Wie steht es um Kontinuität und Wandel in dieser Auffassung?

Erstens: Vom Standpunkt des langen historischen Prozesses der Formationsabfolge überwiegt in der marxistisch-leninistischen Theorie, daß die Epoche weiterhin als die des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus angesehen wird. So wird sie z.B. in der Neufassung des Programms der KPdSU durch deren XXVII. Parteitag (1986) und auch in der DDR betrachtet.

Historisch wird diese theoretische Bestimmung durch die Oktoberrevolution 1917, durch die territoriale Ausbreitung des Sozialismus nach 1945, durch den nichtkapitalistischen Weg einer Reihe von Entwicklungsländern getragen.

Theoretisch wurzelt die Erwartung sozialistischer Horizonte für die ganze Menschheit in großer Vielfalt heute noch nicht zu bestimmender Formen in der Auffassung, daß bei Dominanz privatkapitalistischer Eigentumsverhältnisse die davon geprägten Profitinteressen unverträglich mit einem zunehmenden Vergesellschaftungsprozeß werden und daher überwunden werden müssen.⁷ Der am Beginn seiner Durchsetzung stehende neue, ausgeprägt wissenschaftsintensive Produktivkrafttyp verlangt kategorisch, daß unter seinen neuen Existenzbedingungen der Mensch, daß die Persönlichkeit zum Maß aller Dinge wird und daß daher bestmögliche gesellschaftliche Kompromisse zwischen den Interessen aller sozialen Kräfte gefunden werden. Alle Erfahrungen sprechen dagegen, daß das Kapitalinteresse mit einem solchen Maß vereinbar ist, solange es im staatsmonopolistischen Kapitalismus zwar in erheblichem Maße staatlich vermittelt und auch relativiert wird, die Staatsaktivitäten selbst aber überwiegend von monopolistischen Kapitalinteressen geprägt werden.

Die außerordentliche Herausforderung an den Sozialismus: Entfaltung der Persönlichkeit und Individualität seiner Bürger in der Alltagsrealität in so eindrucksvoller, spürbarer Weise, daß im Spiegel sozialistischer Realität in kommenden Zeiten Schranken des Kapitalismus deutlicher bewußt werden, als sie der Mehrheit seiner Bevölkerung heute sind.

Zweitens: Vom Standpunkt der für lange Zeit vorrangig zu lösenden Aufgaben der Menschheit jedoch ergibt sich eine tiefgreifende Veränderung in der marxistisch-leninistischen Epochenkonzeption. *Das Erreichen eines dauerhaften Weltfriedens* — verbunden mit Abrüstung für Entwicklung und mit allen progressiven Bewegungen für Demokratie und sozialen Fortschritt — *gewinnt absolute Priorität* vor allen anderen Aufgaben. Es gilt, daß „die Friedenserhaltung schon aus wechselseitigem Eigeninteresse als eine dem Systemantagonismus übergeordnete Kategorie zu begreifen ist.“⁸ Und zugleich hat der Geschichtsverlauf in den letzten Jahrzehnten ursprüngliche kommunistische Vor-

⁷ Karl Marx, Das Kapital, Bd. I, in: MEW, Bd. 23, Berlin/DDR 1982, S. 790/791.

⁸ Gemeinsame Sicherheit und friedliche Koexistenz. Ein Report des IFSH und des IPW über ihre wissenschaftliche Diskussion, Berlin/DDR, 1988, S. 22.

stellungen von Tempo und Art und Weise des revolutionären Prozesses korrigiert: revolutionäre sozialistische Umwälzungen in kapitalistischen Industrieländern sind auf absehbare Zeit nicht zu erwarten. Die Lösung des Widerspruchs zwischen den konfrontativen Hauptträgern der Abschreckung und Hochrüstung und der friedensbedürftigen Menschheit gewinnt eindeutigen Vorrang vor allen anderen Aufgaben. Das heißt, den „grundlegenden Sinn der Tätigkeit der gesamten kommunistischen Bewegung auf neue Art zu bewerten.“⁹

Zugleich schließt das ein, die epocheprägenden Kräfte anders zu bestimmen als unter den Bedingungen einer Konzentration theoretischer und politischer Anstrengungen auf weitere Revolutionen. Natürlich haben sich der Sozialismus, die Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern und die Völker der nationalbefreiten Staaten nach wie vor als tragende Kräfte der gesellschaftlichen Entwicklung zu bewähren; doch gehören zu diesen Kräften zugleich die demokratischen Massenbewegungen, die nicht auf sozialistische Veränderungen zielen. Und da alle epocheprägenden Prozesse im Wettstreit der Systeme verlaufen, nehmen natürlich auch friedensorientierte und sozialem Fortschritt zugängliche bürgerliche Kräfte auf den Verlauf von Fortschrittsprozessen in unserer Epoche erheblichen Einfluß.

Drittens ist unter diesen Voraussetzungen die Frage neu zu durchdenken, auf welche Weise sich in unserer Epoche die Auseinandersetzung der Systeme vollzieht und unter dem Druck der neuen Umstände künftig vollziehen muß.

Eine unrealistische Sicht wäre die Vorstellung, daß der Klasseninhalt dieser Auseinandersetzung angesichts des Hervortretens gesamtgesellschaftlicher system- und klassenübergreifender Interessen am Überleben der Menschheit weitgehend verschwinde oder daß allenfalls nach einer Periode der gemeinsamen Verfolgung dieser Menschheitsinteressen in einer späteren Periode der Klassenkampf wieder stärker hervortreten könne.

Richtig scheint mir dagegen folgende Sicht:

- Die notwendige gemeinsame Sicherheit als einzig möglicher Zugang zum Weltfrieden schließt die Anerkennung der Dominanz allgemeinmenschlicher oder gesamtgesellschaftlicher Interessen an der kooperativen Lösung der menscheitsgefährdenden Globalprobleme gegenüber spezifischem Klasseninteresse ein.
- Die Wirklichkeit ist aber so beschaffen, daß der Verwirklichung dieser allgemeinmenschlichen Interessen objektive und subjektive Faktoren entgegenstehen. Sie finden sich in beiden Systemen. Wahr ist, daß auf beiden Seiten erst ansteht, die Offensivstruktur der Bewaffnung auf hinlängliche Verteidigungsfähigkeit, auf strukturelle Angriffsunfähigkeit umzustellen, daß beide Seiten hart daran zu arbeiten haben, die Ängste der anderen zu erfassen und das eigene Verhalten darauf einzustellen, daß auf beiden Seiten die Versuchung wirkt, gegnerische Handlungen zu eigenen unangemessenen Schritten zu verarbeiten und sich durch ein Feindbild vom anderen von Besonnenheit ablenken zu lassen.

⁹ Juri Andropow, Rede auf dem Plenum des Zentralkomitees der KPdSU, 15. Juni 1983, in: Ausgewählte Schriften und Reden. Berlin/DDR 1983, S. 334.

In theoretischen und strategiebildenden Positionsbestimmungen wurde in der Vergangenheit entsprechend der bisherigen Epocheauffassung die revolutionäre Lösung des Hauptwiderspruchs zwischen Kapitalismus und Sozialismus überwiegend als entscheidende Voraussetzung für weiteren globalen, wesentlichen sozialen Fortschritt angesehen. Prof. Nikita V. Zagladin von der Akademie der Gesellschaftswissenschaften beim ZK der KPdSU sprach in diesem Zusammenhang von „einer fehlerhaft verstandenen Konzeption des gesellschaftlichen Fortschritts. Diese gründete sich auf eine Idee, ursprünglich bereits in den 20er Jahren von Stalin ausgesprochen, derzufolge in der Welt zwei Lager bestehen, daß eines der Lager sich auf Kosten des anderen festigen wird und daß eben dies der Hauptweg des Fortschritts ist. ... Die Logik der Weltentwicklung stellt sich ganz einfach dar: Ein Land fällt mechanisch von dem einen System ab und schließt sich dem anderen an.“¹⁰

Daraus folgte eine entsprechende Tendenz in der praktischen Verfolgung der Konzeption der friedlichen Koexistenz: Diese bildete seit dem ersten außenpolitischen Aktionsprogramm der jungen Sowjetmacht, dem „Dekret über den Frieden“¹¹, die Grundlage der friedensorientierten sozialistischen Außenpolitik. M. Gorbatschow resümierte: „Die prinzipielle Linie unserer Politik hielt unbeirrt an der generellen Richtung fest, die Lenin ausgearbeitet und gewiesen hat, d.h. sie stand stets im Einklang mit der Natur des Sozialismus, mit seiner prinzipiellen Orientierung auf Frieden.“¹² Aber zugleich hemmte die der geschilderten Epocheauffassung eigene Fortschrittskonzeption lange Zeit eine genügend differenzierte Analyse des Kapitalismus, behinderte die Kooperation „mit jenen Vertretern des bürgerlichen Lagers, die zum Pazifismus neigen“¹³, erschwerte nach der Auffassung führender Wissenschaftler der Sowjetunion die dem Frieden zuträglichste Kombination von Zurückhaltung der UdSSR in manchen Konflikten im Bereich der Entwicklungsländer mit der Solidarität für ihre Unabhängigkeitsbewegung¹⁴, und begünstigte eine Reihe militärpolitischer Entscheidungen, die heute in der Sowjetunion kritisch betrachtet werden.¹⁵ So wurde in der sowjetischen Außenpolitik „ihr Zurückbleiben hinter grundlegenden Veränderungen in der Welt zugelassen, und neue Möglichkeiten für eine Verringerung der Spannungen und eine bessere Verständigung der Völker wurden nicht in vollem Maße genutzt.“¹⁶

Jedoch — und ich hebe das hervor: eine solche Einsicht rechtfertigt nicht eine gleiche Schuldzuweisung für Kriegsgefahr und Hochrüstung an beide Systeme. Ich halte für richtig, in der Kriegsursachen- und Bedrohungsanalyse bei

10 Perestroika, Außenpolitik und XIX. Parteikonferenz (Diskussion von Vertretern dieser Zeitschrift und der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der KPdSU), in: *Meždunarodnaja Žizn*, Moskau Nr. 6/1988, S. 14.

11 W.I. Lenin, Werke, Bd. 26, Berlin/DDR, S. 239f.

12 Michail Gorbatschow, Der Oktober und die Umgestaltung: Die Revolution wird fortgesetzt, Neues Deutschland, Berlin/DDR, 3. 11. 1987, S. 6.

13 W.I. Lenin, Werke, Bd. 22, S. 250.

14 Siehe O.G. Občkin, in: Perestroika, Außenpolitik und XIX. Parteikonferenz, a.a.O., S. 14/15.

15 siehe ebenda.

16 Thesen des Zentralkomitees der KPdSU zur XIX. Unionsparteikonferenz, a.a.O., S. 10.

aller Offenheit für notwendigen Wandel auf beiden Seiten eindeutig herauszuheben, daß vor allem anderen eine Ausprägung der Militär-Industrie-Komplexe in kapitalistischen Industrieländern, in denen das Profitinteresse des monopolistischen Rüstungskapitals wirkt, den Weltfrieden gefährdet, wenn diese objektive Basis durch die Wahl einer konfrontativen Politik und durch die gewollt oder ungewollt zunehmend friedensgefährdende Abschreckungspolitik subjektiv zu dominierender Geltung gebracht wird. Viele gefährliche Tatsachen vom Festhalten der USA an SDI bis zu den starken Bestrebungen in der NATO zur Kompensation oder Überkompensation des INF-Vertrages durch die Entwicklung neuer Kernwaffensysteme und quasikonventioneller Waffen unter Nutzung der hochtechnologischen Überlegenheit des Westens stützen solche Sicht.

Das aber bedeutet für unsere Frage nach dem Verhältnis von allgemeinem menschlichen Überlebensinteressen und Klassenkampf, daß der Kampf aller progressiven und realistischen Kräfte gegen die konfrontative Fraktion des gegenwärtigen Kapitalismus notwendig ist, um das objektiv vorhandene gemeinsame Überlebensinteresse auch in das subjektive Bewußtsein der konservativen Kräfte zu heben und entsprechend realistisches Handeln in der Monopolbourgeoisie selbst und durch Regierungen kapitalistischer Länder zu fördern. Aber in diesem andauernden *Kampf* der zunehmend differenzierten Klassen und sozialen Bewegungen tritt mit ganz neuem Gewicht die *Suche nach Gemeinsamkeiten mit dem Gegner* für positive Antworten auf die globalen Menschheitsfragen hervor.

Aus der Sicht selbst einer auf weitere revolutionäre Umwälzungen konzentrierten marxistisch-leninistischen Epochenkonzeption war die Auffassung des Krieges als Mittel des Exports der Revolution stets ausgeschlossen. Doch wurde der Ost-West-Konflikt in einer solchen Weise als feindlicher Kampf der Systeme angesehen und ausgetragen, daß auch auf sozialistischer Seite verzerrte Feindbilder das Handeln mitbestimmten und zu Realitätsverlusten, zu Abstrichen in der Kompromißfähigkeit bei der Verfolgung der Politik der friedlichen Koexistenz führten.

Tatsächlich ist der Wettstreit zwischen Sozialismus und Kapitalismus ein Wettstreit antagonistischer Systeme, in dem auf beiden Seiten die Auffassung existiert, daß dem eigenen System die Zukunft gehört. Doch ist der Einschätzung zuzustimmen, die von kommunistischer und sozialdemokratischer Seite gemeinsam formuliert wurde: „Ebensowenig gefährdet es nach übereinstimmender Einschätzung Frieden und Sicherheit, wenn die Konfliktseiten an der Auffassung festhalten, die jeweils überlegene, höherwertige, der Bestimmung des Menschen gemäße Ordnung zu repräsentieren. Auch der Wunsch, das eigene Sozialsystem eines Tages weltweit verbreitet zu sehen, kollidiert nicht notwendig mit legitimen Sicherheitsinteressen Dritter. Welcher der beiden Gesellschaftsentwürfe sich als der letztlich leistungsfähigere und deshalb für die Menschen anziehendere herausstellen wird, ist eine Frage, deren Entscheidung der Zukunft überlassen werden kann.“¹⁷

17 Gemeinsame Sicherheit und friedliche Koexistenz. Ein Report des IFSH und des IPW ..., a.a.O., S. 23.

Nach meiner Auffassung fehlt in der internationalen Politikwissenschaft bisher eine Theorie des Wettstreits und der Wechselwirkung der Systeme, die ausreichenden wissenschaftlichen Einfluß auf die politische Praxis dieses Wettstreits nehmen könnte. Doch hat die Friedensforschung bereits wichtige Elemente solcher Theorie hervorgebracht. Was könnten wichtige *methodologische Grundlagen marxistisch-leninistischer Theorieentwicklung über Wettstreit und Wechselwirkung der Systeme* sowie Systemvergleich sein?

1. Der Ausgangspunkt jeder realistischen Betrachtung des Wettstreits der Systeme sollte sein, daß sie für lange, nicht absehbare Zeit miteinander existieren werden. Für die theoretische Behandlung und politische Orientierung des Wettstreits der Systeme kann das Primat nicht der Beseitigung des anderen Systems zukommen, sondern in das Zentrum der Systemauseinandersetzung rückt, daß die Zukunftsträchtigkeit jedes der Systeme sich daran erweisen wird, welchen Beitrag es zur Lösung der globalen Menschheitsprobleme leistet.

2. Das Verbindende des sozialen Fortschritts in unserer Zeit ist, daß es auf jedem seiner Felder um elementare Bedingungen der Entfaltung der Persönlichkeit des Menschen geht. Zugleich weist dieses Gemeinsame auf den tiefsten Inhalt des sozialen Fortschritts und damit auf das eigentlich notwendige Maß im Wettstreit der Systeme und beim Vergleich der Systeme hin: auf die millionenfache Entfaltung der Persönlichkeit des Menschen.

Damit gewinnt die praktische Realisierung der Menschenrechte im Wettstreit und beim Vergleich der Systeme größte Bedeutung — eine Herausforderung für beide Systeme. Sich darauf konstruktiv einzustellen, ist ein ganz eigenes Interesse des Sozialismus.

Den Wettstreit der Systeme auf die Lösung der Globalprobleme zu konzentrieren und dies theoretisch widerzuspiegeln, führt also nicht von der inneren Ausgestaltung der Systeme weg. Im Gegenteil: Statt einen großen Teil der eigenen Potenzen auf die Bekämpfung des anderen Systems zu konzentrieren, ist eine Konzentration auf die innere Ausschöpfung der eigenen Systempotenzen erforderlich, weil die objektive Verknüpfung der inneren Gesellschaftsentwicklung mit den Globalproblemen einen kooperativen Weg verlangt, der wiederum das Einbringen eigener Potenzen notwendig macht, um sich zu behaupten.

Das Zusammenfallen der Umsetzung eines neuen, dem nuklearen Zeitalter gemäßen außen-, sicherheits- und militärpolitischen Denkens in der Sowjetunion, der DDR und den anderen Staaten des Warschauer Vertrages in offizielle Staatspolitik — das in den entscheidenden NATO-Staaten noch aussteht — mit einer tiefgreifenden inneren Umgestaltung des Sozialismus ist ganz sicher kein Zufall.

3. Im Angesicht der widersprüchlichen Ganzheit der Menschheit müssen Theorie und Praxis des Systemwettstreits die dieser Lage gemäße Dialektik beachten. Sie schließt die antagonistische Auseinandersetzung der Systeme und ihre Kooperation miteinander ein. Sie impliziert auch, Erfolge des anderen Systems bei der Lösung globaler Probleme durch eigene innere Ent-

wicklungen als im eigenen Interesse liegend zu betrachten und insofern die Position zu überwinden: „Je schlechter für den Gegner, desto besser für mich.“

4. Ein weiteres methodologisches Grundprinzip ist eine dynamische Betrachtung des Wettstreits der Systeme. Dafür ist eine realistische Analyse seines bisherigen Verlaufs und Standes notwendige Voraussetzung. Doch die Schwierigkeit für die Herausbildung einer Theorie des Wettstreits und der Wechselwirkung der Systeme besteht darin, daß sich in beiden Systemen gegenwärtig Umbrüche und Wandlungen vollziehen oder bevorstehen. Eine konstruktive Behandlung des Wettstreits der Systeme erfordert die Anerkennung der Reformoffenheit beider Systeme und das Ausloten real sich abzeichnender oder künftig möglicher Entwicklungstendenzen.
5. Der Wettstreit der Systeme kann nicht als die Auseinandersetzung zwischen monolithischen Ganzheiten betrachtet werden, sondern wir haben die wachsende Variantenvielfalt auf beiden Seiten in Rechnung zu setzen.
6. Eine Theorie des Wettstreits und der Wechselwirkung der Systeme darf auf keinen Fall auf die Beziehungen zwischen den kapitalistischen und den sozialistischen Industrieländern reduziert werden. Für den kommenden Geschichtsabschnitt der Menschheit gewinnt erstrangige Bedeutung, welche Wirkung Sozialismus und Kapitalismus auf Abwendung oder Reproduktion der Unterentwicklung in den Entwicklungsländern haben, in denen im Jahre 2000 80 Prozent aller Menschen leben werden. Aber rein entscheidendes Kriterium dieser Wirkung ist zunehmend, wie solche Bedingungen begünstigt und gefördert werden können, unter denen die Entwicklungsländer selbst die Besonderheiten ihrer eigenen Existenzbedingungen in eigenen adäquaten Entwicklungsstrategien zur Geltung bringen.
7. Die dargestellte weiterentwickelte Epochenauffassung mit Blick auf sozialistische Menschheitshorizonte schließt einen weiteren methodologischen Zugang zum Wettstreit und zur Wechselwirkung der Systeme nachdrücklich ein: die Frage danach, welches die allgemeinen Grundstrukturen einer durch fortgeschrittene Vergesellschaftungsprozesse geprägten komplexen Gesellschaft sind, die sich in spezifisch kapitalistischen oder spezifisch sozialistischen Formen durchsetzen. Die Unterscheidung zwischen allgemeinen Gesetzen mehrerer Gesellschaftsformationen und gesellschaftsspezifischen Entwicklungsgesetzen ist seit jeher Bestandteil marxistischer Betrachtung gesellschaftlicher Gesetze.

Doch unter den Bedingungen erdumspannender, systemübergreifender Handlungszwänge und zwangsläufig intersystemaren Handelns entsprechend diesem Druck gewinnen diese allgemeinen Strukturen moderner komplexer Gesellschaften eine neuartige Bedeutung für die *Möglichkeit* eines nun mehr kooperativen als feindschaftlichen Wettstreits der Systeme.

Diese Prozesse implizieren nicht Herausbildung einer Konvergenz der Systeme, wohl aber in vieler Hinsicht *gleiche Herausforderungen* an die *verschiedene, systemspezifische Ausgestaltung* von Basis und Überbau beider Systeme. Das birgt erhebliche Chancen für einen kooperativen Wettstreit.

3. Neue Tendenzen in der marxistisch-leninistischen Kapitalismustheorie

Es gehört zu einem friedensorientierten Dialog, den Partnern die Entwicklung der eigenen theoretischen Meinungsbildung über das andere System deutlich zu machen — weil dies im Angesicht der engen Beziehungen von Theorie und Politik wichtig für die Berechenbarkeit dieser Politik ist.

Kommunisten halten — wenn auch mit unterschiedlichen Akzenten in der internationalen Diskussion — auch auf diesem Feld in wesentlichen Fragen an der Kontinuität ihrer Theorie fest.

Das Kapital ist auch heute das die Grundstruktur des gegenwärtigen Kapitalismus bestimmende gesellschaftliche Verhältnis zwischen kapitalistischen Eigentümern der Produktionsmittel und Lohnarbeitern. Die Unternehmer eignen sich weiter Profit als verwandelte Form des Mehrwerts an. Das bedeutet Ausbeutung des Menschen durch den Menschen mit elementaren Konsequenzen.

Doch im Rahmen der Betonung solcher Grundpositionen marxistisch-leninistischer Kapitalismuskritik geht es andererseits um die Verdeutlichung wichtiger Tendenzen des Wandels in der Kapitalismustheorie.

Zunächst: Die realistische Position, daß beide Gesellschaftssysteme lange Zeit miteinander koexistieren werden, schließt in der marxistischen politischen Ökonomie eine *wesentliche Veränderung ihres methodologischen Herangehens* an die eigene weitere Theorieentwicklung ein. Natürlich sind Kommunisten stets auch für Reformschritte im Rahmen des Kapitalismus eingetreten, um die Lage der Lohnabhängigen zu verbessern. War jedoch früher mit Blick auf die Begründung der Notwendigkeit der Revolution die Frage für die marxistische politische Ökonomie vorrangig, welche Grenzen die ökonomischen Gesetze des Kapitalismus der gesellschaftlichen Entwicklung setzen, so wird jetzt eine *Doppelstruktur des methodologischen Herangehens an das Wirken der objektiven ökonomischen Gesetze des Kapitalismus* zur dringlichen Notwendigkeit mit praktischen politischen Konsequenzen: Zu erforschen sind mit ernstem Interesse an ihrer Ausweitung die *Möglichkeiten des Kapitalismus* für eine *friedensfähige* und zumindest Teillösungen auch anderer globaler Probleme einschließende *Variante staatsmonopolistischer Entwicklung* — und zugleich müssen im Unterschied zu traditionellen, integrationistisch-reformistischen Positionen jene (nicht statisch aufzufassenden) *Grenzen des Kapitalismus* benannt werden, deren Überwindung auch im Rahmen einer solchen friedens- und reformfähigen Variante gegenwärtig nicht absehbar ist und die deshalb progressive gesellschaftliche Kräfte auf den Plan rufen, die auf weitergehende demokratische Umwälzungen zielen.

Mit diesem methodologischen Wandel hängen veränderte Akzente bei der Analyse der ökonomischen Gesetze des Kapitalismus zusammen. Wir definieren die ökonomischen Gesetze als wesentliche, notwendige, objektive und relativ stabile Zusammenhänge in den Produktionsverhältnissen in deren Wechselwirkung mit den Produktionsverhältnissen. Sie sind eine Einheit objektiver ökonomischer Handlungszwänge und des subjektiven Handelns der Wirt-

schaftssubjekte. Denn gesellschaftliche Handlungszwänge setzen sich nicht anders als in Gestalt des massenhaften subjektiven Handelns der Menschen durch.

Die Wirkungsbedingungen der ökonomischen und anderer gesellschaftlicher Gesetze und der subjektive Faktor ihrer Durchsetzung ändern sich nun aber unter den charakterisierten neuen Existenzbedingungen der Menschheit gravierend. Zu beachten sind u.a.

- der Druck der Globalprobleme auf ein neues ökonomisches und politisches Handeln aller Klassen beider Systeme,
- die Erfordernisse des neuen Produktivkrafttyps,
- die zunehmende wechselseitige Beeinflussung der eigenen Existenzbedingungen durch das jeweils andere System,
- die Entwicklung der neuen sozialen Massenbewegungen und die Bewegung der Nichtpaktgebundenen,
- die veränderten Bedingungen der Kapitalverwertung durch alle diese und andere Umstände.

Aus dem Marxschen Verständnis der Gesetze gesellschaftlicher Entwicklung als Einheit objektiver Handlungszwänge und subjektiven Handelns, aus den neuen Bedingungen dieses Handelns und aus dem entschieden gewachsenen Gewicht des subjektiven Faktors einschließlich der Politik in der Gegenwart folgt, daß das Wirken einundderselben ökonomischen Gesetze des Kapitalismus mehr denn je eine *Variantenvielfalt kapitalistischer Entwicklung* einschließt.

In solchen kapitalistischen Industrieländern wie der BRD folgt daraus für die kommunistische Bewegung, daß sie für einen konsequenten Übergang von einer noch in vieler Hinsicht konfrontativen und innenpolitisch stark konservativen Variante des staatsmonopolistischen Kapitalismus zu einer friedens- und reformoffenen Variante eintritt.

Was spricht für die Möglichkeit, die militärische Aggressivität des gegenwärtigen Kapitalismus so zurückzudrängen, daß ein dauerhafter Weltfriede in Gestalt friedlicher, kooperativer Koexistenz möglich wird?

Erstens ist es der Umstand, daß ein neuer großer Krieg auch das Ende der Monopolbourgeoisie und damit jeder Möglichkeit der Verfolgung ihrer Klassenziele wäre. Das ist der Boden für realistische Friedenspolitik auch konservativer Kräfte und kapitalistischer Regierungen.

Zweitens: Während bisher selbst in Weltkriegen eine kräftige Entwicklung der Produktivkräfte erfolgte und im globalen Maßstab die Reproduktion des ökologischen Gleichgewichts im Selbstlauf stattfand, erforderte der neue, überaus wissenschaftsintensive Produktivkrafttyp zwingend friedensorientierte (durch Abrüstung einzulösende), umweltschützende und besonders für die Entwicklungsländer lebensrettende globale ökonomische Proportionen. Dieser Produktivkrafttyp setzt durch seine Fortschritts- und Vernichtungspotenzen die Alternative: Untergang der Menschheit oder kooperative, friedliche Koexistenz bei der Lösung der globalen Probleme.

Drittens: Die Kapitalbewegung reagiert jedoch nicht unvermittelt und nicht allein kraft Einsicht ihrer Repräsentanten auf objektive Erfordernisse der Pro-

duktivkraftentwicklung. Im Rahmen des Kapitalismus wirken der *Klassenkampf* der Arbeiterbewegung, der Gewerkschaften besonders, und die Verbindung dieses Kampfes mit den Friedens-, Öko-, Drittwelt-, Frauen-, Jugend- und Wissenschaftlerbewegungen, mit denen der Kulturschaffenden sowie mit dem Friedensengagement der Nichtpaktgebundenen auf die *Durchsetzung allgemeiner Menschheitsinteressen* hin. Diese progressiven Bewegungen bringen den Druck der neuen objektiven Existenzbedingungen der Menschheit zur Geltung und fördern Vernunft und Realismus auch in der Monopolbourgeoisie und in der Regierungspraxis vieler kapitalistischer Staaten.

Viertens: Könnte jedoch die so geförderte Friedensfähigkeit des Kapitalismus zu einem dauerhaften Weltfrieden beitragen, wenn sie dem Kapitalismus gegen sein gesamtes innerstes Wesen aufgezwungen werden müßte? Ganz sicher nicht.

Die veränderten Verwertungsbedingungen führen dazu, daß zwar die *in der ökonomischen Struktur* des gegenwärtigen Kapitalismus *angelegte Tendenz zu militärischer Aggressivität* solange fortwirkt, wie eine entsprechende Politik noch verfolgt wird, daß aber *ebenfalls in den ökonomischen Gesetzen angelegte Tendenzen in der Richtung eines friedensorientierten Kapitalismus* an Gewicht gewinnen können: Die neuen Dimensionen der Rüstung belasten die Profite der absoluten Mehrheit der kapitalistischen Unternehmen — durch die Dämpfung der Massenkaukraft, durch Wachstumsverluste im Ergebnis militärischer Geheimhaltung und geringen Effekts militärischer Extremtechnologien für das zivile Wachstum, durch eine Umweltbelastung, die die Nachfolgekosten hochtreibt, durch weltwirtschaftliche Turbulenzen nicht zuletzt im Gefolge von rüstungsbedingten Haushaltsdefiziten. Anders ausgedrückt: unter den gegenwärtigen Bedingungen schließen das Wirken des Profitgesetzes im Bereich der zivilen Produktion und das in das Gesetz des staatsmonopolistisch regulierten Monopolprofits eingebundene Interesse zu langfristig möglichst stabilen Reproduktionsbedingungen für das Gesamtkapital die Friedensfähigkeit des Kapitalismus ein.

Fünftens erfordert jedoch die Einschätzung der Friedensfähigkeit des Kapitalismus eine aus eurozentristischen Betrachtungen heraustretende, in erheblichem Maße erst noch zu leistende Analyse der differenzierten Haltungen der Bourgeoisie und ihrer Handlungsbedingungen in den überwiegend auf kapitalistische Entwicklung ausgerichteten Entwicklungsländern: Wie ist dort das Verhältnis der Bourgeoisie zu militärischer Gewalt? Innenpolitisch hat bei meist fehlenden demokratischen Traditionen und großen sozialen Problemen die Gewalt als Mittel gesicherter Durchsetzung kapitalistischer Verhältnisse großes Gewicht.

Die besonders dramatische Verschärfung solcher globaler Probleme wie auf dem Gebiet der Ernährung, der Umwelt, des Bevölkerungswachstums, der Beschäftigung, der Urbanisierung gerade in den Entwicklungsländern führt allerdings dazu, daß die einheimische Bourgeoisie dringlich Frieden zur Entwicklung und Festigung ihrer Machtpositionen braucht. Abrüstung für Entwicklung ist das auch subjektiv erkannte Interesse der überwiegenden Mehrheit der Entwicklungsländer auf kapitalistischem Wege, wie sich in der Bewegung der Nichtpaktgebundenen zeigt.

Sechstens ist die größte Chance für einen Übergang von dem heute in entscheidenden kapitalistischen Industrieländern von einflußreichen Kräften verfolgten konfrontativen Kurs zur praktischen Realisierung der Friedensfähigkeit des Kapitalismus in der Außen-, Sicherheits- und Militärpolitik die friedensstiftende Wirkung des Sozialismus. Die defensive Militärdoktrin der Staaten des Warschauer Vertrages, ihr umfassendes nukleares und konventionelles Abrüstungsprogramm, die kompromißbereite, auf Vertrauensbildung orientierte Politik der Sowjetunion z.B. bei der Herbeiführung des INF-Vertrages bei gleichzeitiger Sicherung der militärstrategischen Parität geben den friedensfähigen Kräften in der kapitalistischen Welt genügend Spielraum und Anlaß zu vernünftiger Abkehr von der Politik der Stärke.

Eine solche Sicht auf die prinzipielle Friedensfähigkeit wird verbaut, wenn wir ohne näheres Bedenken weiter pauschal vom aggressiven Wesen des Imperialismus sprächen. Das Wesen des Imperialismus, „der Kern der ganzen Sache“, ist das Monopol. Lange Zeit dominierte in unserem Jahrhundert die mit ihm verbundene Tendenz zu militärischer Aggressivität, und noch heute ist die Menschheit in ihrer Existenz durch eine Hochrüstung bedroht, zu der die Staaten des Warschauer Vertrages bei Beachtung westlicher Sicherheitsinteressen in grundsätzlicher Übereinstimmung mit sozialdemokratischen und anderen Kräften eine realistische Alternative anbieten. Doch in der Gegenwart reifen Bedingungen heran, unter denen die Expansionstendenzen des heutigen Kapitalismus auf nichtmilitärische Formen beschränkt werden könnten.

Zu betonen ist die Dialektik von Basis und Überbau, die große Bedeutung für das Verständnis der realen und möglichen Variantenvielfalt und Differenziertheit des Kapitalismus im Ergebnis der Wirkungen des politischen Überbaus, des Einflusses von wandelbaren Kräfteverhältnissen der verschiedenen gesellschaftlichen Klassen und Gruppen, der veränderlichen Strategien des jeweils dominierenden Flügels der herrschenden Klasse, der nationalen Traditionen usw. hat.

Der einzige Ausweg aus der Nichtperspektive einer globalen Katastrophe ist im Kapitalismus die Zurückdrängung der Krisen und Gebrechen des Systems durch eine von einem starken Druck der Linken vorangetriebene demokratische Reformalternative, die alle im Rahmen des Kapitalismus möglichen progressiven Potentiale durch eine unaufhörliche Stärkung der von Reformbewegungen und Reformbündnissen getragenen Demokratie radikal gegen die konservativen Kräfte zur Geltung bringt und gerade durch diese Entwicklung im Rahmen des Kapitalismus eine Evolution erreicht, die die Tiefe revolutionärer Veränderungen gewinnt. Reformfragen sind und bleiben Machtfragen. Gerade die von der Arbeiterklasse im Bündnis mit allen anderen Fortschrittskräften getragene Zurückdrängung von Niedergangsprozessen könnte Wege eröffnen, die über den Kapitalismus hinausweisen.

Im Angesicht der Wechselwirkung der Systeme ist eine solche progressive Entwicklung nur vorstellbar, wenn den konservativen Kräften jede Chance genommen wird, durch Berufung auf wesentliche Defizite im Sozialismus einem wachsenden Einfluß der linken Reformkräfte entgegenzuwirken. Das verweist auf den engen Zusammenhang von friedensorientierter internationaler Wirkung des Sozialismus und seiner inneren Ausgestaltung.

Jedenfalls ist marxistisch-leninistische Friedensforschung nicht getrennt von der weiteren Ausarbeitung einer zeitgemäßen Sozialismustheorie mit Blick auf den Übergang in das kommende Jahrhundert zu betreiben, weil die innere Gestaltung des Sozialismus wie die des Kapitalismus entscheidend durch die Notwendigkeit überzeugender Beiträge zu kooperativer friedlicher Lösung der Globalprobleme bestimmt wird, weil äußerer und innerer Dialog nicht voneinander zu trennen sind.

Dieser Dialog, eingeschlossen das Einbringen gegensätzlicher Entwürfe, sollte in Grundfragen der Friedenssicherung auf Konsens zielen und für offene Probleme intellektuelles Lösungspotential durch neue theoretische Erkenntnisse vergrößern. Er sollte Friedenspolitik durch Friedenswissenschaft fördern. „Für die Politik Schönes zu ersinnen“, so Demokrit, „ist die Gabe eines göttlichen Geistes“. Friedensforschung sollte diese Geistesgabe kräftig und realistisch praktizieren.

Friedensfähigkeit des Kapitalismus und Imperialismustheorie

Jörg Huffschmid

1. Einleitung — 2. Unschärfen der Begriffe — Probleme der Theorie — 2.1 Frieden: Stufen der Entfaltung — 2.2 „Fähigkeit“: Überlebenkönnen unter aufgezwungenen Bedingungen — oder Entfaltung innerer Potentiale? — 3. Theoretischer Hintergrund für Friedensfähigkeit: Wachsendes Gewicht des subjektiven Faktors — Exkurs: Friedensfähigkeit und Eigentumsfrage — 4. Die drängenden Realitäten — Faktoren des Umbruchs — 4.1 Die Gefahr der Selbstvernichtung — globale Probleme — 4.2 Neuer Problemdruck im Kapitalismus — Zweidrittel-Gesellschaft — 4.3 Perestroika auch in den internationalen Beziehungen — umfassende Systemkooperation — 4.4 Die sozialen Bewegungen — umfassende Reformorientierung — 4.5 Interessendifferenzierungen im Monopolkapital — 5. Zusammenfassung und Ausblick

1. Einleitung

Die Frage, ob der Kapitalismus friedensfähig ist oder gemacht werden kann, ist in jüngster Zeit zu einem Brennpunkt der wissenschaftlichen und politischen Diskussion unter MarxistInnen geworden.¹ Die Intensität und teilweise Leidenschaftlichkeit der Auseinandersetzungen deuten darauf hin, daß viele, die an ihnen teilnehmen, bislang für sicher gehaltene theoretische Grundlagen ihrer Weltanschauung und politische Orientierungen ihrer Praxis in Frage gestellt sehen. Eine entsprechende Verunsicherung ist natürlich. Etikettierungen wie „Reformismus“ oder — auf der anderen Seite — „Dogmatismus“ sind schnell bei der Hand und lassen sich aus dieser Verunsicherung erklären.

¹ Vgl. Deutsche Kommunistische Partei, Entwurf: Bundesrepublik Deutschland 2000. Vorschläge der DKP zu einer friedensorientierten und demokratischen Reformalternative für die 90er Jahre, Düsseldorf 1988, sowie die sich anschließende intensive und kontroverse Diskussion in der Tageszeitung der DKP, *Unsere Zeit*; Armin Cullmann/Fred Schmid, *Imperialismus ohne Militarismus? Fragen an den DKP-Entwurf „BRD 2000“*, in: *Marxistische Blätter* 11/1988, S. 64-70; Jürgen Reusch, *Ziviler Kapitalismus und Reformalternative. Zur Diskussion um Imperialismus, Friedensfähigkeit und die Rolle des MIK*, in: *Marxistische Blätter* 12/1988, S. 62-71; Dieter Klein, *Chancen für einen friedensfähigen Kapitalismus*, Berlin/DDR 1988; ders., *Politökonomische Grundlagen für einen friedensfähigen Kapitalismus*, in: *IPW-Berichte* 2/88, S. 1-9; Lutz Maier, *Das Monopolkapital und die Friedensfrage*, in: *IPW-Berichte* 11/87, S. 1-12; Horst Heining, *Aggressivität und Friedensfähigkeit des heutigen Kapitalismus*, in diesem Band.

Sie behindern jedoch den Versuch, nüchtern zu überprüfen, ob und inwieweit die Grundlagen, Instrumente und Hauptaussagen marxistisch-leninistischer Kapitalismustheorie uns heute in ausreichendem Maße befähigen, die Wirklichkeit zutreffend zu analysieren und aus dieser Analyse vorwärtsweisende Orientierungen für eine gesellschaftsverändernde Praxis zu entwickeln. Daß eine solche Überprüfung dringend erforderlich ist, halte ich angesichts der Veränderungen und Herausforderungen unserer Zeit und der kritischen Lage der kommunistischen Weltbewegung für unbestreitbar.

Ich möchte im folgenden einige — sehr unfertige — Überlegungen zu dieser Frage beitragen und zeigen, daß und warum das Konzept eines friedensfähigen Kapitalismus — und zwar in dem sehr umfassenden Sinne eines reformfähigen Kapitalismus (dazu Abschnitt 2) — zum einen theoretisch gut begründet ist (Abschnitt 3) und sich zum anderen aufgrund der realen Strukturen und Entwicklungen der heutigen Welt als — m.E. einzige — realistische und konkretisierbare politische Veränderungsperspektive für die Kräfte des Fortschritts in den entwickelten kapitalistischen Ländern ergibt. (Abschnitt 4) Die Ablehnung dieses Konzepts beruht — so die These — darauf, daß Grundkategorien der marxistischen Kapitalismusanalyse und Imperialismustheorie unzulässig fixiert und nicht in den geschichtlichen Entwicklungsprozeß einbezogen werden. Sie gleiten daher zunehmend an den realen Veränderungen der inneren Dynamik und äußeren Existenzbedingungen des Kapitalismus ab, mit der Folge, daß sie immer weniger in der Lage sind, die heutige Realität zu begreifen und auf dieser Grundlage Impulse für ihre fortschrittliche Gestaltung zu geben.

2. Unschärfen der Begriffe — Probleme der Theorie

Beide Bestandteile des Begriffs Friedensfähigkeit werden in der aktuellen Diskussion mit sehr unterschiedlichen Sinngehalten gefüllt, zwischen denen es fließende Übergänge gibt. Je weiter die Begriffe „Frieden“ und „Fähigkeit“ angereichert oder entfaltet werden, desto komplizierter stellt sich die Frage der Friedensfähigkeit.

2.1. Frieden: Stufen der Entfaltung²

Wenn Frieden als Abwesenheit eines umfassenden, unter Einsatz von Massenvernichtungsmitteln oder konventionell geführten Krieges zwischen den Großmächten der Gegenwart verstanden wird, dann ist die Tatsache, daß ein solcher Krieg seit 1945 nicht stattgefunden hat und der Kapitalismus nach wie vor besteht, ein starker Hinweis darauf, daß er zum Frieden in diesem engsten Sinne fähig ist.

2 Vgl. als Überblick Johan Galtung, Begriffsbestimmung: Frieden und Krieg, in: Jörg Calließ/Reinhard E. Lob, Handbuch Praxis der Umwelt- und Friedenserziehung, Band 1, Grundlagen, Düsseldorf 1987, S. 331-336; Lothar Brock, Die Vernetzung der Gefährdungen des Friedens, ebenda, S. 435-443; Peter Lock (Hg.), Frieden als Gegenstand von Wissenschaft, Frankfurt/M. 1982.

Jede Erweiterung — oder besser Entfaltung — des Begriffes in Richtung auf einen „positiven“ Frieden³ findet sich demgegenüber mit empirischen Hinweisen und grundsätzlichen theoretischen Argumenten konfrontiert, die auf die faktische bzw. prinzipielle Friedlosigkeit des Kapitalismus hinweisen:

— Seit dem Ende des 2. Weltkrieges hat es weit über hundert Kriege und militärische Konfrontationen gegeben, an denen kapitalistische Länder direkt oder — häufiger — indirekt beteiligt waren.⁴ Viele militärische Aktionen wurden gegen antikoloniale Befreiungsbewegungen unternommen: Indien, Indochina, Algerien, Namibia usw. usw. Auch in den 70er und 80er Jahren gab es eine Vielzahl offener oder verdeckter, direkter oder durch Stellvertreter ausgeführter militärischer Aktionen imperialistischer Mächte, vor allem der USA (Grenada, Chile, Nicaragua), Frankreichs (z.B. Tschad oder Guayana) und Englands (Falkland-Inseln). Sie belegen, daß der Imperialismus bis heute für die Durchsetzung seiner Interessen militärische Gewalt einsetzt, also nicht friedensbereit ist. (Allerdings gab es während der letzten beiden Jahrzehnte militärische Interventionen auch von Seiten sozialistischer Länder — Afghanistan — und sogar militärische Konfrontationen zwischen ihnen: VR China — SR Vietnam.)

— Unumkehrbar und stabil kann Frieden nur durch die Beseitigung der materiellen Potentiale zur Kriegführung werden, also durch weitgehende oder vollständige *Abrüstung*⁵. Wie steht es mit der Fähigkeit des Kapitalismus zu dieser Art von Frieden? Abgesehen von den Demobilisierungsphasen unmittelbar nach den beiden Weltkriegen — und nach einigen verlorenen Kolonialkriegen — ist die Geschichte des Imperialismus die Geschichte ununterbrochener Hoch- und Aufrüstung sowie der ständigen Entwicklung neuer und wirksamerer Waffensysteme. Diese Rüstungsdynamik stellt eine eigenständige Quelle der Friedensgefährdung dar. Trotz der vielfach nachgewiesenen volkswirtschaftlichen, strukturellen und sozialen Schäden und Deformationen, die durch Rüstung hervorgerufen werden, zeichnet sich die bisherige Geschichte des Kapitalismus durch die Unfähigkeit zum Frieden in diesem Sinne aus. Es existieren im Gegenteil sogar starke Kräfte — in der Form des militärisch-industriellen Komplexes —, für die Rüstung eine Quelle besonderen Profits ist, die daher an weiterer Aufrüstung interessiert sind und über starke Hebel verfügen, diesem Interesse Nachdruck zu verleihen.⁶

3 Johan Galtung, a.a.O., S. 331.

4 Vgl. Peter Lock, Kriege heute, in: Jörg Calließ ... a.a.O., S. 429-434; Jürgen Gantzel/Jürgen Meyer-Stamer, Die Kriege nach dem zweiten Weltkrieg bis 1984, München 1986.

5 Vgl. z.B. Klaus Engelhardt u.a., Abrüstung — Überlebensfrage der Menschheit. Politische, ökonomische und völkerrechtliche Aspekte des Ringens um Rüstungsbegrenzung und Abrüstung, Berlin/DDR 1987.

6 Auch die sozialistischen Länder haben sich bis in die 80er Jahre der Logik des Wettrüstens unterworfen und somit zu dem gegenwärtigen Rüstungsniveau beigetragen. Dabei ist allerdings darauf hinzuweisen, daß sie bei der Entwicklung neuer Waffensysteme nie die Initiative ergriffen haben, sondern immer erst mit einiger Verzögerung auf entsprechende Prozesse in den USA reagierten.

— Darüberhinaus bezieht sich die Bestimmung des positiven Friedens, der mehr ist als die Abwesenheit von Krieg und Gewalt auf wesentliche, die Lebensbedingungen der Menschen grundsätzlich beeinflussende Verhältnisse, die nicht unmittelbar mit Kriegen und Rüstung zu tun haben, deren krisenhafte Entwicklung aber zu Kriegen führen kann⁷:

+ Frieden erfordert die *Beseitigung von Massenelend und millionenfachem Hungertod* in den Ländern der 3. Welt.⁸ Beides ist aber wesentlich auf die ungleichen und ungerechten internationalen Wirtschaftsbeziehungen zurückzuführen, die ihrerseits durch die großen imperialistischen Konzerne, Institutionen und Staaten dominiert und weitgehend gestaltet werden.

+ Frieden erfordert eine Produktionsweise, die die *natürlichen Lebensgrundlagen der menschlichen Reproduktion* nicht zerstört, sondern sichert.⁹ Die einzelwirtschaftliche Profitorientierung des Kapitals hat jedoch zu einem regelrechten „Krieg gegen die Natur“ geführt und die Umweltprobleme in existenzgefährdenden Dimensionen für die gesamte Menschheit gehoben. (Allerdings hat die Orientierung auf einen historisch durch den Kapitalismus vorgeformten Wachstumstyp auch in den sozialistischen Ländern zu dramatischen Zerstörungen der Umwelt geführt).

+ Schließlich: Frieden ist nur zu sichern als *sozialer und politischer Frieden*, auf der Grundlage von *Demokratie und Gerechtigkeit*.¹⁰ Bekanntlich ist der Kapitalismus das Gegenteil: eine Klassen- und Ausbeutergesellschaft, deren Grundlage das Privateigentum an den Hauptproduktionsmitteln der Gesellschaft, die ökonomische Ausbeutung der Mehrheit durch die Minderheit und die politische Herrschaft der Minderheit über die Mehrheit sind.

Die stichwortartige Andeutung der Spannbreite dessen, was unter Frieden verstanden werden kann — und in unterschiedlichen Diskussionen in unterschiedlichem Maße auch darunter verstanden wird — verdeutlicht die Schwierigkeit einer befriedigenden Antwort auf die Frage nach der Friedensfähigkeit des Kapitalismus.

Denn einerseits: Je entfalteter der Begriff des Friedens verwendet wird, umso deutlicher scheint auf der Hand zu liegen, daß der Kapitalismus zu einem solchen — „echten“ und stabilen — Frieden aufgrund seiner inneren „strukturellen Gewalt“¹¹ nicht fähig ist. Friedensfähig in diesem Sinne wäre erst eine

7 Vgl. Johan Galtung ... a.a.O., S. 331 f.

8 „Wo Massenhunger herrscht, kann von Frieden nicht die Rede sein. Wer den Krieg ächten will, muß auch das Massenelend bannen.“, Willy Brandt, *Der organisierte Wahnsinn. Wettrüsten und Welthunger*, Köln 1985, S. 14; vgl. auch Unabhängige Kommission für internationale Überlebensfragen (Nord-Süd-Kommission), *Das Überleben sichern*, Westberlin/Wien 1981.

9 Vgl. World Commission on Environment and Development (Brundtland-Kommission), *Our Common Future*, Oxford/New York 1987.

10 Vgl. z.B. Wolf-Dieter Narr, *Gesellschaftliche Konflikte: Ungerechtigkeit, Ausbeutung, Unterdrückung*, in: Jörg Calließ ... a.a.O., S. 364-373.

11 Der Begriff stammt von Johan Galtung, vgl. seinen Artikel: *Eine strukturelle Theorie des Imperialismus*, in: Dieter Senghaas (Hg.), *Imperialismus und strukturelle Gewalt. Analysen über abhängige Reproduktion*, Frankfurt/M. 1973, S. 29-104.

Weltgesellschaft, in der die entscheidenden sozialen Ausbeutungs- und politischen Herrschaftsmechanismen beseitigt sind.¹²

Andererseits legen die realen Prozesse in der Welt ein anderes Verständnis nahe: Die Friedensbewegungen überall orientieren sich auf die Verhinderung eines Atomkrieges und den Abbau militärischer Konfrontationen und Potentiale (Abrüstung), stellen aber in ihrer großen Mehrheit die Systemfrage nicht. Die neue Dynamik und die neuen Chancen, die die Bewegung für Abrüstung in den 80er Jahren erhalten hat, sind nicht zuletzt dadurch zustande gekommen, daß die Politik der Sowjetunion und anderer sozialistischer Länder die Systemkritik ganz aus dem Horizont der Friedensfrage ausgeklammert hat, und nicht nur von einem weiteren langen Leben des Kapitalismus ausgeht, sondern auch bereit ist, dessen Interessen — und das heißt natürlich real auch die Interessen der herrschenden Klassen — zu akzeptieren und zu berücksichtigen.¹³ Das SED-SPD-Papier von 1987 nennt als Grundlage für zwischenstaatliche Verständigung die gegenseitige Attestierung der Friedensfähigkeit.¹⁴ Ist das purer außenpolitisch motivierter Illusionismus? Oder eine taktische Sprachregelung, die — um zeitweiliger Bündnisse willen — mit ihrer wahren Meinung hinter dem Berg hält? Wenn nicht, welche theoretische Konzeption steckt dahinter?

2.2. „Fähigkeit“: Überlebenkönnen unter aufgezwungenen Bedingungen — oder Entfaltung innerer Potentiale?

Ähnliche Schwierigkeiten ergeben sich bei einer genaueren Betrachtung des Teilbegriffs „Fähigkeit“: Ist mit Fähigkeit des Kapitalismus zum Frieden gemeint, daß das Kapital not- und gegebenenfalls auch in einem von außen herbeigeführten Zustand existieren kann, der seiner eigentlichen, nämlich aggressiven Natur widerspricht oder zumindest nicht im Bereich seiner „normalen“ Entwicklungslogik liegt; etwa wie der Tiger, der im Zoo auf engem Raum leben muß und kann und fähig ist bzw. fähig gemacht werden kann, im Zirkus durch brennende Reifen zu springen? Oder bedeutet Fähigkeit zum Frieden die Möglichkeit einer friedlichen Entfaltung des Kapitalismus als Kapitalismus, das *Vorhandensein und die Entfaltung von Friedenspotentialen des Kapitalismus*? Frieden also nicht als ein gegen die Natur des Kapitalismus durchgesetz-

12 „Friedenspolitik ist auch Entwicklungspolitik und Weltordnungspolitik, Umwelt- und Verteidigungspolitik, Politik zum Schutze der Menschenrechte und zur Befriedigung der Grundbedürfnisse aller Menschen ...“ Lothar Brock, a.a.O., S. 441.

13 „Wir konstatierten die erhöhte internationale Rolle von Völkern, Nationen und neuen in Entstehung begriffenen nationalen Gebilden. Das aber bedeutet, daß man in den internationalen Angelegenheiten vielfältigen Interessen Rechnung tragen muß. Ihre Berücksichtigung ist ein wichtiges Element des neuen politischen Denkens.“ Michail Gorbatschow, Über den Verlauf der Verwirklichung der Beschlüsse des 27. Parteitages der KPdSU und über die Aufgaben zur Vertiefung der Umgestaltung, Bericht an die 19. Allunionskonferenz der KPdSU, APN-Verlag, Moskau 1988, S. 32.

14 „Beide Systeme müssen sich gegenseitig für friedensfähig halten“. Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit. Gemeinsame Erklärung der Grundwertekommission der SPD und der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED vom 27. August 1987, in: Die gemeinsame Erklärung von SPD und SED. Stellungnahmen und Dokumente, Köln 1987, S. 16. Wenig später (S. 19) heißt es weiter: „Beide Gesellschaftssysteme müssen einander Entwicklungsfähigkeit und Reformfähigkeit zugestehen.“

tes Stück Antikapitalismus, sondern als Freisetzung einer möglichen Entwicklungsrichtung des Kapitalismus, die bislang historisch verschüttet war, sich auch heute nicht automatisch ergibt, aber durch politischen Druck entwickelt werden kann, nicht nur als prinzipielle Friedensfähigkeit, sondern auch als tatsächliche Friedensorientierung? „Zu fragen ist also heute ... mit immer größerem Nachdruck, welche objektiven Zusammenhänge in den eigenen ökonomischen Gesetzen des Imperialismus eine friedensfähige Variante staatsmonopolistischer Entwicklung möglich machen.“¹⁵

Der Zustand der dominierenden Richtung marxistischer Theorie- und Ideologiebildung in der BRD bewirkt, daß sich spätestens bei einer solchen Fragestellung die Haare vieler gestandener MarxistInnen sträuben. An historischen und aktuellen Hinweisen auf die Friedlosigkeit des Imperialismus fehlt es ja wahrhaftig nicht; sie werden durch Verweise auf seine ausbeuterische Grundstruktur untermauert.¹⁶ Daher könne man, so lautet eine gängige und plausible Schlußfolgerung, allenfalls von einer erzwungenen Friedensfähigkeit des Kapitalismus sprechen, die mit großer politischer Kraftanstrengung und Mobilisierung durchgesetzt werden könne und jederzeit gegen die „eigentliche Natur“ des Kapitalismus gesichert werden müsse. Der anhaltende Kampf für die Herstellung und Sicherung des Friedens werde — so die weitergehende Perspektive — die Einsicht verbreiten, daß „echter“ und stabiler Frieden nur im Sozialismus möglich ist und damit auch die Kräfte der Systemveränderung stärken.

Ich halte diese Position für theoretisch nicht überzeugend und für politisch desorientierend. Sie geht letztlich von einem — zwar in den historischen Ausprägungen vielfach modifizierten, in der Substanz jedoch durch alle Ausprägungen und Entwicklungsetappen unveränderten — Kern der bürgerlichen Gesellschaft, einer unveränderten „Natur“ des Kapitalismus aus.

Dieser Auffassung müssen jedoch folgende beiden Fragen entgegengehalten werden:

1. Weshalb sollte die Dynamik und Dialektik der geschichtlichen Entwicklung nicht auch die Natur des Kapitalismus ergreifen und seine wesentlichen Wirkungsmechanismen verändern? Weshalb sollten diese Veränderungen nicht auf die wesentlichen Grundstrukturen des Kapitalismus zurückwirken und diese ihrerseits verändern?

2. Weshalb sollte das Gleiche nicht für grundsätzlich veränderte äußere Existenz- und Entwicklungsbedingungen des Kapitalismus gelten, wie es die Existenz des sozialistischen Lagers und einer großen entkolonialisierten dritten Welt sind? Warum sollten diese nicht Anpassungsreaktionen hervorrufen, die ebenfalls neue Strukturen und Wirkungsmechanismen, eine neue „Natur“ des Kapitalismus ermöglichen?

Im folgenden soll gezeigt werden, daß die innere Entwicklungsdynamik des Kapitalismus die theoretische und daß seine gegenwärtigen neuen Existenzbe-

¹⁵ Dieter Klein, *Politökonomische Grundlagen ... a.a.O.*, S. 2.

¹⁶ Vgl. die Argumentation bei Armin Cullmann/Fred Schmid, *a.a.O.*, S. 66ff.

dingungen die reale Grundlage bilden, die das Konzept des friedensfähigen Kapitalismus als strategische politische Orientierung marxistischer Politik nicht nur ermöglichen, sondern auf seine Ausarbeitung und Verwirklichung drängen.

3. Theoretischer Hintergrund für Friedensfähigkeit: Wachsendes Gewicht des subjektiven Faktors

Es geht in diesem Abschnitt darum, einer vereinfachten (und daher unter den komplizierten realen Verhältnissen politisch desorientierenden) Sicht des Verhältnisses zwischen objektiven Grundstrukturen, Gesetzen oder der „inneren Natur“ des Kapitalismus auf der einen und ihrer durch subjektives Handeln bewirkten Exekution oder Durchsetzung auf der anderen Seite entgegenzutreten. Diese Position führt mit einer gewissen Konsequenz zur Ablehnung eines Konzeptes von Friedensfähigkeit, das über das des durch brennende Reifen springenden Tigers hinausgeht: Wenn es eine objektiv unveränderliche innere Struktur und Gesetzmäßigkeit des Kapitalismus gibt, dann führen alle subjektiven Einflüsse und politischen Kräfteverhältnisse zwar möglicherweise dazu, daß diese Natur sich nur in deformierter — nämlich zum Frieden gezwungener — Weise entfalten kann, aber — definitionsgemäß! — nicht zu einer Veränderung dieser Natur selbst.

Demgegenüber muß betont werden, daß *ökonomisches und politisches Handeln von Menschen* — als Individuen, Gruppen oder Klassen — nicht nur die Exekution außerhalb dieser Menschen gegebener objektiver Gesetze, sondern *selbst Bestandteil der Grundstrukturen und Gesetze des Kapitalismus ist*, sie konstituiert hat, prägt und verändert. Eine unkritische bzw. unhistorische Verabsolutierung und Verallgemeinerung Marxscher Aussagen über die Rolle des Kapitalisten als Charaktermaske und Personifizierung des Kapitals und den exekutorischen Charakter individueller Handlungen¹⁷ verhindert, daß dieser Tatbestand in seiner Reichweite erkannt, aufgegriffen und für die Weiterentwicklung der Imperialismustheorie fruchtbar gemacht wird.

Die wesentliche Rolle des subjektiven Faktors bei der Formierung von Grundstrukturen und Wirkungsmechanismen des Kapitalismus gilt für alle seine Entwicklungsstufen, wenn auch in unterschiedlicher Intensität und Ausprägung:

a) Offensichtlich ist dies für die Herausbildung des Kapitalismus in der „*ursprünglichen Akkumulation*“.¹⁸ Sie war — auf der Grundlage einer bestimmten Stufe der Produktivkraftentwicklung — ein politischer Prozeß, in dem ein

17 „Die Hauptagenten dieser Produktionsweise selbst, der Kapitalist und der Lohnarbeiter, sind als solche nur Verkörperungen, Personifizierungen von Kapital und Lohnarbeit; bestimmte gesellschaftliche Charaktere, die der gesellschaftliche Produktionsprozeß den Individuen aufprägt; Produkte dieser bestimmten gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse.“ Karl Marx, *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*, Band 3, *Der Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion*, in: Karl Marx/Friedrich Engels, *Werke*, Band 25, Berlin/DDR, S. 887.

18 Vgl. ders., *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*, Band 1, *Der Produktionsprozeß des Kapitals*, a.a.O., Band 23, Kapitel 24, S. 741 ff.

großer Teil der landwirtschaftlichen Produzenten seiner Produktionsmittel beraubt, diese auf der anderen Seite von einer kleinen Minderheit der Gesellschaft gewaltsam angeeignet und damit das Klassenverhältnis Lohnarbeit — Kapital hergestellt wurden. Mit der politischen Verwandlung der Arbeitskraft in Ware und von Geld in Kapital wurden gesellschaftliche Strukturen etabliert und Mechanismen ökonomischer Regulierung in Gang gesetzt, dengegenüber dann einzelne Individuen — Lohnarbeiter wie Kapitalisten gleichermaßen — in der Tat einigermaßen einfluß- und bedeutungslos waren.

b) Im *Kapitalismus der freien Konkurrenz*, der in der marxistischen Politischen Ökonomie als der „eigentliche“ Kapitalismus gilt, treten politische Regulierungen zurück. An ihre Stelle tritt „der stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse“.¹⁹ Dieser wirkt auf beiden Seiten: Der Lohnarbeiter muß sich — ohne daß es weiteren politischen Zwanges bedarf — zum Zwecke seines Lebensunterhaltes auf den Arbeitsmarkt begeben, der Kapitalist muß sich an die von ihm selbst nicht beeinflussbaren Marktgegebenheiten anpassen, die ihrerseits durch die „unsichtbare Hand“ der Konkurrenz reguliert werden.²⁰

Dennoch spielt subjektives politisches Handeln auch im Kapitalismus der freien Konkurrenz eine wichtige Rolle: Zum einen als Sicherung der durch die ursprüngliche Akkumulation etablierten Rahmenbedingungen gegenüber allen revolutionären Bestrebungen der Arbeiterbewegung. Zum anderen aber auch als wesentliche regulierende Kraft in der wirtschaftlichen Entwicklung: So wird ein zentrales Element des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses, der Wert der Ware Arbeitskraft, nur zum Teil durch objektive physische Grunderfordernisse, zum anderen Teil aber durch ein „historisches und moralisches Element“²¹, nämlich das Bewußtsein, die Stärke und die Aktivität der Arbeiterklasse bestimmt. Der politische Kampf für den Normalarbeitstag und die Erfolge dieses Kampfes bewahren auch das Kapital vor der Vernichtung der Arbeitskraft als Grundlage von Mehrwert und Profit. Das Kräfteverhältnis zwischen den beiden Hauptklassen spielt eine entscheidende Rolle bei der Konstitution und Entfaltung des Mehrwertgesetzes und der kapitalistischen Akkumulation als „Grundgesetze“ kapitalistischer Regulierung.

c) Die mit den Fortschritten in der Produktivkraftentwicklung einhergehende zunehmende Vergesellschaftung — d.h. wachsende Dimension und Komplexität — der Produktion und Reproduktion verlangt nach gesellschaftlicher Steuerung und Regulierung. Unter der Dominanz des Kapitalverhältnisses ist dies nur als kapitalistisch (de)formierte Vergesellschaftung möglich. Das Monopol entsteht, der ökonomische Kern des *Imperialismus*.²² Die großen,

19 Ebenda, S. 765.

20 „Die freie Konkurrenz macht die immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktion dem einzelnen Kapitalisten gegenüber als äußerliches Zwangsgesetz geltend.“, ebenda, S. 286.

21 Ebenda, S. 185.

22 „Ökonomisch ist der Imperialismus (...) die höchste Entwicklungsstufe des Kapitalismus, und zwar eine Stufe, auf der die Produktion so sehr Groß- und Größtproduktion geworden ist, daß die freie Konkurrenz vom Monopol abgelöst wird. Das ist das ökonomische Wesen des Imperialismus ... Das ökonomische Monopol — das ist der Kern der ganzen Sache.“ W.I. Lenin, Über eine Karikatur auf den Marxismus, in: W.I. Lenin, Werke, Band 23, Berlin/DDR 1970, S. 34.

zwar zahlenmäßig wenigen, aber für die Gesamtentwicklung maßgeblichen Unternehmen emanzipieren sich aus ihrer Position der individuellen Einflußlosigkeit.²³ Sie können Märkte beeinflussen, ihnen bieten sich unterschiedliche Handlungsalternativen, sie entwickeln strategische Optionen, bei denen nicht nur ökonomische Marktverhältnisse, sondern auch außerökonomische Gewalt, Macht, Herrschaft eine Rolle spielen.²⁴

Unter diesen Bedingungen wird es für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Gesamtentwicklung zunehmend relevant, welche der konkurrierenden Interessen und Optionen der Monopole sich in welchem Umfang durchsetzen.²⁵ Zugleich nimmt der unmittelbare Einfluß von — unterschiedlich ausgerichteten — Monopolen auf den Staat zu²⁶, was wiederum Konsequenzen für die Richtung der staatlichen Sicherung von Rahmenbedingungen und Bereitstellung ökonomischer Infrastruktur hat. Der mit der Vergesellschaftung einhergehenden Formierung der Arbeiterklasse und des Arbeiterbewußtseins sowie der Bildung von Gewerkschaften und Arbeiterparteien begegnet die herrschende Klasse mit Versuchen zur offenen Unterdrückung und zur Integration. Kurz: Die Entwicklung des Monopolkapitalismus oder Imperialismus führt zu einer weitreichenden Politisierung des gesamten ökonomischen und gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses.²⁷ Das damit verbundene größere Gewicht des subjektiven Faktors wird zum wesentlichen Element der „Natur“, d.h. der Grundstruktur und des Wirkungsmechanismus des Monopolkapitalismus.

- 23 „Das ist schon etwas anderes als die alte Konkurrenz zersplitterter Unternehmer, die nichts voneinander wissen und für den Absatz auf unbekanntem Märkte produzieren. Die Konzentration ist so weit fortgeschritten, daß man einen ungefähren Überschlagn aller Rohstoffquellen (...) in dem betreffenden Lande und sogar, wie wir sehen werden, in einer Reihe von Ländern, ja in der ganzen Welt machen kann. Ein solcher Überschlagn wird nicht nur gemacht, sondern die riesigen Monopolverbände bemächtigen sich dieser Quellen und fassen sie in einer Hand zusammen. Es wird eine annähernde Berechnung der Größe des Marktes vorgenommen, der durch vertragliche Abmachungen unter diese Verbände „aufgeteilt“ wird.“; W.I. Lenin, *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*, in: W.I. Lenin, *Werke*, Band 22, Berlin/DDR 1974, S. 209.
- 24 „Das Herrschaftsverhältnis und die damit verbundene Gewalt — das ist das Typische für die ‚jüngste Entwicklung des Kapitalismus‘, das ist es, was aus der Bildung allmächtiger wirtschaftlicher Monopole unvermeidlich hervorgehen mußte und hervorgegangen ist.“; ebenda, S. 211.
- 25 Die unterschiedlichen Interessen verschiedener Monopole bilden den Ausgangspunkt der sog. Monopolgruppentheorie, die in den 60er und 70er Jahren vor allem in der DDR entwickelt wurde. Vgl. z.B. Kurt Gossweiler, *Großbanken, Industriemonopole, Staat — Ökonomie und Politik des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland 1914-1932*, Berlin/DDR 1970; Alfred Schröter, *Einige methodologische Fragen der Entstehung und Entwicklung monopolistischer Gruppierungen in Deutschland*, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte*, Teil IV, 1966, S. 126-140.
- 26 Dies hat auch zur Herausbildung von staatsmonopolistischen Komplexen als neuer Organisationsform der Verflechtung von Monopolen und Staat geführt; vgl. IMSF (Hg.), *Staatsmonopolistische Komplexe in der Bundesrepublik. Theorie — Analyse — Diskussion*, Frankfurt/M. 1986.
- 27 Ähnlich argumentiert auch Dieter Klein und folgert daraus: „Je mehr nun im Imperialismus die Politik, je mehr die außerökonomische Gewalt zum Moment der Wirkung der ökonomischen Gesetze werden, desto stärker äußern sich im ökonomischen Handeln der Klassen die objektiven Grundlagen dieses Handelns, die ökonomischen Gesetze, auf durchaus verschiedene Weise.“ Dieter Klein, a.a.O., S. 46.

d) Dies gilt in noch höherem Maße für den *staatsmonopolistischen Kapitalismus*. Dessen Entwicklung ist bekanntlich die Reaktion auf weitere objektive Vergesellschaftungsanforderungen, die durch private monopolistische Organisations- und Regulierungsformen nicht realisiert werden können.²⁸ Die umfassende und dauerhafte Einschaltung des Staates in den Prozeß der Kapitalverwertung schafft neue Manövrierspielräume für das Monopolkapital; staatsmonopolistische Regulierung ist somit ein wesentliches Moment bei der zeitweisen Überwindung der Widersprüche und Krisentendenzen und mitverantwortlich für die offensichtliche Lebensfähigkeit des gegenwärtigen Imperialismus.

Auf dem Boden der historisch entstandenen — und vor allem durch die Arbeiterbewegung erkämpften — parlamentarischen bürgerlichen Demokratie schafft die fortschreitende Politisierung des Reproduktionsprozesses jedoch gleichzeitig neue Zugänge und Chancen des Eingriffs und der Interessendurchsetzung für die Arbeiterbewegung und andere demokratische Strömungen und Organisationen.²⁹ Die energische Nutzung und der Ausbau dieser Möglichkeiten verändern die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, und auf Dauer kann dies nicht ohne Folgen für die Strukturen und Wirkungsgesetze der ökonomischen und gesellschaftlichen Reproduktion bleiben.³⁰

28 Vgl. Autorenkollektiv, *Politische Ökonomie des Kapitalismus*. Lehrbuch, 4., völlig überarbeitete und ergänzte Auflage, Berlin/DDR, 1986, Kap. 22; Heinz Jung/Josef Schleifstein, *Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus und ihre Kritiker in der Bundesrepublik Deutschland*. Eine allgemeinverständliche Antwort, Frankfurt/M. 1979.

29 „Die klassische Trennung zwischen Ökonomie und Politik, Profitmacherei und bürgerlichem Staat wird in diesem Prozeß durchbrochen, und ihre zunehmende Wechselwirkung und Interaktion schlägt sich in der Entwicklung eines funktionellen, institutionellen und personellsoziologischen Verflechtungsmechanismus zwischen Monopolen und Wirtschaftsverbänden auf der einen und Staatsapparaten und politisch-gesellschaftlichen Organisationen auf der anderen Seite nieder.“, Heinz Jung, in: Jörg Huffschmid/Heinz Jung, *Reformalternative*. Ein marxistisches Plädoyer, Frankfurt/M. 1988, S. 38.

30 Diese Argumentation geht weiter als die von Dieter Klein, der im Anschluß an seine in Fn. 27 zitierte Äußerung feststellt: „Die *Grundqualität* des ökonomischen Verhaltens der Klassen und ihrer Angehörigen ist innerhalb einer bestehenden ökonomischen Gesellschaftsformation objektiv determiniert und nicht veränderbar.“, a.a.O., S. 46. Das eben ist die Frage. Es kann m.E. nicht einleuchten, daß verschiedene Varianten kapitalistischer Entwicklung nicht auch die „harten Grundstrukturen“ (Heinz Jung) des Kapitalismus berühren, nicht hier und heute, aber doch im Verlauf ihrer Durchsetzung, Konsolidierung und Ausfüllung. Daß hier noch nicht geklärte Probleme liegen, geht aber auch daraus hervor, daß Klein die Veränderung von Gesetzen des Kapitalismus in diesem selbst anspricht: „... ist jedoch nicht von vornherein auszuschließen, daß auch *neue ökonomische Gesetze* im Rahmen einer gegebenen Produktionsweise entstehen und daß bestimmte Gesetzeszusammenhänge, also *Inhalte ökonomischer Gesetze* sich ebenfalls in gewissem Maße innerhalb einer relativ konstanten Grundqualität verändern.“, ebenda; „Die Chance (für einen friedensfähigen Kapitalismus, J.H.) besteht darin, daß ökonomische Gesetze nicht starre, schicksalhaft wirkende Mechanismen sind ... Da sich objektive ökonomische Handlungszwänge (ökonomische Gesetze) immer im subjektiven Handeln von Menschen bzw. Klassen durchsetzen und nicht „an sich“ wirken, geht in die objektiven ökonomischen Zusammenhänge stets eine subjektive Komponente ein.“, Dieter Klein, *Politökonomische Grundlagen* ... a.a.O., S. 5.

Anders gesagt: In dem Maße, wie die Regulierung des Kapitalismus mehr und mehr politisch erfolgt, gewinnen die gesellschaftlichen Kräftegruppierungen und -verhältnisse an Bedeutung. Und in dem Maße, wie unter diesen — heute real gegebenen — Bedingungen Kraft und Einfluß der Arbeiter- und anderer demokratischer Bewegungen zunehmen — was erst noch erkämpft werden muß — verändert sich die „Natur“ des Kapitalismus weiter. Die Perspektive eines friedensfähigen und reformoffenen Kapitalismus wird sichtbar — als seine konkrete Natur in einer noch zu erkämpfenden, aber absehbaren Zukunft.

Dies ist der Punkt, an dem wir stehen. Die Gegenwart ist — offensichtlich — nach wie vor geprägt durch unverkennbares Übergewicht und starke Dominanz des Kapitals in Wirtschaft und Gesellschaft. Die Tendenzen der letzten 10 Jahre haben diese Dominanz sogar verstärkt. Die Entwicklungen der letzten 50 oder 100 Jahre haben sie jedoch deutlich geschwächt und Arbeiter- und anderen demokratischen Interessen eine relevante Zunahme an Einfluß gebracht. Es gibt beileibe noch keinen realen Durchbruch zu einem friedensorientierten, ökologischen und sozialen Kapitalismus; aber es gibt Bewegungen und Teilerfolge in diese Richtung (allerdings auch Rückschläge). Insgesamt scheint die absehbare Entwicklung offen zu sein.

Exkurs: Friedensfähigkeit und Eigentumsfrage³¹

Gegen diese und ähnliche Überlegungen wird gelegentlich das Argument der Eigentumsfrage vorgebracht: Auf der Grundlage kapitalistischer Eigentumsverhältnisse sei eine grundlegende oder auch nur weitreichende Veränderung der Entwicklungsrichtung des Kapitalismus hin zu Friedensfähigkeit und Reformoffenheit nicht möglich, die Propagierung einer solchen Perspektive schüre Illusionen und lande schließlich im Reformismus, dessen verheerende geschichtliche Rolle bekannt sei.

Auch hier kommt es jedoch weniger auf den starren Begriff als auf seine — sich verändernden — inhaltlichen Bestimmungen an, die sich — soll der Begriff nicht zur leeren Worthülse werden — an den historischen Realitäten orientieren müssen. Abstrakt ist kapitalistisches Privateigentum nichts anderes als der juristische Ausdruck des kapitalistischen Ausbeutungs- und Klassenverhältnisses und seines ökonomischen Reproduktionsmodells. Beides unterliegt jedoch in der geschichtlichen Entwicklung erheblichen Veränderungen: Mit der Entwicklung der Produktivkräfte und der damit einhergehenden Vergesellschaftungsprozesse sind die Realisierungsmöglichkeiten und -bedingungen des im Kapitaleigentum steckenden Ausbeutungsverhältnisses komplizierter geworden und erfordern gesellschaftliche Regulierungsformen: Das personelle oder Familieneigentum wird weitgehend durch das Gesellschaftskapital (Aktiengesellschaft) abgelöst. Der Einsatz von Staatseigentum schafft Voraussetzungen für die private Produktion von Mehrwert und die Aneignung von Profit. Staatsausgaben, Subventionen, Umverteilung über Einkommens- und Steuer-

31 Vgl. zu diesem Abschnitt Jörg Huffschnid/Heinz Jung, Reformalternative und Eigentumsfrage, in: *Unsere Zeit* v. 23. 11. 1988, S. 7.

politik sowie staatliche Rahmen- und Verhaltensvorschriften sind neue Formen der Verwirklichung des kapitalistischen Eigentums. Ohne sie wäre der private Eigentumstitel an Produktionsmitteln „nichts wert“, weil nämlich nicht in der Lage, seinem Inhaber Mehrwert und Profit zu verschaffen.

Auf der anderen Seite: Die Angewiesenheit privater Eigentumstitel auf öffentliche gesellschaftliche Regulierung und Realisierung schafft neue Ansatzpunkte und Perspektiven für diejenigen gesellschaftlichen Interessen, die nicht auf maximale Kapitalverwertung um jeden Preis, sondern vor allem auf sinnvolle Arbeit für alle, ausreichende Versorgung, Frieden und saubere Umwelt gerichtet sind. Wenn die Kräfte hinter diesen Interessen es durch politischen Druck, gesetzliche Maßnahmen und institutionelle Veränderungen durchsetzen, daß kapitalistische Profiterzielung nur unter Einhaltung dieser Orientierungen möglich wird, dann ist das die Verwirklichung einer grundsätzlich von der gegenwärtigen unterschiedenen Entwicklungsvariante des Kapitalismus.

Wer meint, eine solche Vorstellung sei illusionär, weil ihre Realisierung unter kapitalistischen Bedingungen unmöglich sei, kann sich mit großer Plausibilität auf die aktuellen Machtverhältnisse im gegenwärtigen Kapitalismus und die aktuellen Tendenzen zu ihrer Befestigung zugunsten des Kapitals berufen. Er oder sie müßte aber auch — wenn er oder sie sich nicht völlig von gesellschaftsverändernder Praxis verabschieden will — angeben, wie er oder sie sich die Richtung und den Verlauf gesellschaftlichen Fortschritts vorstellt.

Der Widerspruch besteht meines Erachtens in folgendem: Einerseits sind angesichts der überwältigenden Machtverhältnisse überhaupt nur sehr kleine Schritte möglich. Weitergehende Veränderungen erfordern das Stellen — und gemeint ist wohl auch die Lösung — der Eigentumsfrage im Sinne grundlegender gesellschaftlicher Umwälzungen. Beide Vorstellungen können m. E. nur so zusammengehen, daß die vielen kleinen Schritte (und der Widerstand des Kapitals dagegen) in den Köpfen der Massen allmählich die Erkenntnis der Notwendigkeit grundlegender Umwälzungen hervorrufen und dann auf einen Schlag — unter Überspringung einer umfassenden und konsolidierten Reformentwicklung des Kapitalismus — plötzlich der qualitative Sprung zu einer antimonopolistischen Demokratie oder sogar zum Sozialismus möglich würde.

Gegenüber einer solchen Vorstellung ist allerdings die Frage zu stellen, weshalb die Massen ihre schrittweise erworbenen Kenntnisse nicht zunächst — entsprechend ihres noch systemfixierten Bewußtseins — für eine Veränderung *im* Kapitalismus, also für eine Reformvariante kapitalistischer Entwicklung einsetzen. Wenn sie dies täten, dann könnten sie entweder Erfolg haben — und wir bewegen uns auf dem Wege zum friedensfähigen Kapitalismus. Oder aber sie scheitern. Weshalb sie dann jedoch dazu übergehen sollten oder auch nur könnten, die Eigentumsfrage theoretisch und praktisch auf die Tagesordnung zu setzen, ist — mir jedenfalls — schleierhaft. Aus meiner Sicht ist diese Annahme eine zutiefst irrationale Position, die entweder die Realität nicht zur Kenntnis nimmt oder angesichts dieser Realität in Revolutionsromantik flieht, statt nüchtern die Möglichkeiten und Perspektiven gesellschaftsverändernder Praxis heute auszuloten.

Realitätsflucht, Revolutionsromantik und insgesamt große politische Verunsicherung sind bei MarxistInnen und KommunistInnen vielfach auch da verbreitet, wo vor Ort nach vorne gerichtete Praxis — wie die Abwehr gegen Angriffe des Kapitals oder im Kampf für Arbeitsplätze, mehr Umweltschutz und Abrüstung — geleistet wird. Verantwortlich hierfür ist wesentlich eine Stagnation der marxistischen Theorieentwicklung, die auf der Grundlage unentwickelter, d.h. nicht an die Erfordernisse der heutigen Realität angepaßter Begriffe nicht in der Lage ist, diese Praxis in eine überzeugende politische Gesamtkonzeption einzubetten.

Wenn es gelingt, diese Stagnation zu überwinden und der zunehmenden Politisierung des ökonomischen und gesellschaftlichen Prozesses, also der wachsenden Bedeutung des subjektiven Faktors in der Gegenwart, Rechnung zu tragen, lösen sich die starren Fixierungen an die „Natur“ und die „Logik“ des Kapitals auf, die Verhältnisse und mit ihnen die Natur des Kapitals beginnen zu tanzen, und der Blick nach vorn — und über den Tellerrand unmittelbar tagesbezogener Politik hinaus — wird frei. Friedensfähigkeit des Kapitalismus — und zwar in allen ihren Entfaltungsstufen — erscheint dann nicht mehr als Widernatur, sondern als eine — gegen mächtige politische Widerstände in hartem politischen Kampf durchzusetzende und zu verankernde — fortschrittliche Entwicklungsvariante und -perspektive des Kapitalismus.

Die zunehmende Rolle des subjektiven Faktors bei der ökonomischen und gesellschaftlichen Regulierung ist die theoretische Grundlage des friedensfähigen Kapitalismus. Die Mobilisierung der gegen die aggressiven Tendenzen des Kapitalismus gerichteten Kräfte — der Arbeiterklasse und anderer Schichten und Menschen — nicht nur zur Abwehr, sondern auch zur positiven Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft — das ist Demokratisierung. In dem Maße, wie subjektive und politische Faktoren ein mehr und mehr bestimmendes Gewicht im Wirkungsmechanismus des Kapitalismus erhalten, eröffnen sich daher neue Perspektiven für die Demokratisierung. Sie wird zum Generalnenner gesellschaftlichen Fortschritts.

4. Die drängenden Realitäten — Faktoren des Umbruchs

Der vorhergegangene Abschnitt behandelte die — noch unzureichend entwickelten — theoretischen Grundlagen, auf denen das Konzept der Friedensfähigkeit aufbaut. Jetzt soll es darum gehen, die realen Faktoren zu skizzieren, die auf eine Verwirklichung dieses Konzeptes drängen. Sie müssen in eine Imperialismustheorie eingehen, die den politischen Anforderungen unserer Zeit gerecht werden will.

4.1. Die Gefahr der Selbstvernichtung — globale Probleme

Die Aktualität der — im übrigen andernorts ausreichend analysierten — globalen Probleme³² liegt in drei Tatbeständen:

32 Vgl. hierzu z.B. Iwan Frow / Wadim Sagladin, *Globale Probleme der Gegenwart*, Berlin/DDR 1982.

Erstens hat der Wirkungsgrad des menschlichen Eingriffs in die Natur eine solche Dimension erreicht, daß ein unsachgemäßer Umgang mit den Naturkräften — auf dem militärischen wie dem zivilen Sektor — unkalkulierbare und katastrophale Folgen für die Menschheit haben würde. Zweitens haben die „Nebenfolgen“ des durch den Kapitalismus entwickelten und von den sozialistischen Ländern weitgehend übernommenen Wachstumstyps dazu geführt, daß Natur und Umwelt in einem außerordentlichen Maße belastet und teilweise bereits zerstört worden sind und große nationale und internationale Anstrengungen erforderlich sind, um eine ökologische Katastrophe zu verhindern, die die Existenz der Menschheit ebenfalls gefährden würde. Drittens schließlich ist die Anpassung und die Umorientierung des menschlichen Handelns und gesellschaftlicher Prozesse auf die Anforderungen, die sich aus den beiden ersten Tatbeständen ergeben, bislang ganz unzulänglich geblieben. Das trifft historisch und aktuell in besonderem Maße auf den Kapitalismus zu:

— Trotz der politischen Sackgasse und physischen Selbstvernichtungsgefahr wird die Politik der Aufrüstung, der Ausweitung und Modernisierung bestehender und der hektischen Entwicklung immer neuer Waffensysteme in den Zentralländern des Kapitalismus weiterbetrieben — wenn auch die Widerstände hiergegen unübersehbar wachsen.

— Trotz des Umkippen von Meeren, Seen und Flüssen, des Absterbens von Wäldern, Robben und tausender von Tierarten, trotz Bodenverseuchung, Ozonloch und Treibhauseffekt nimmt das Ausmaß der Umweltzerstörung in der Welt zu — wenn auch in einigen Bereichen Verhaltensänderungen erkennbar sind und einige politische Gegenmaßnahmen ergriffen werden.

— Trotz der Zeitbombe, die mit Verschuldung, Verelendung und millionenfachem Hungertod in den Ländern der 3. Welt auch für die entwickelten Gesellschaften tickt, finden sich Finanzzentren, Konzerne und Regierungen der imperialistischen Länder bislang nicht bereit, wirksame Hilfe für eine eigenständige Entwicklung der 3. Welt zu leisten — wenn auch die Stimmen, daß es so nicht weitergehen könne, in der herrschenden Klasse lauter werden und über neue Wege nachgedacht wird.

Die Selbstvernichtungsgefahr für die Menschheit ist außerordentlich akut, und die Zeit drängt. Die Entschärfung dieser Gefahr erfordert zunächst und vor allem:

— einen Abbau der politischen Konfrontation und des militärischen Vernichtungspotentials

— den Umbau des Produktionssystems auf ökologisch verträgliche Methoden sowie die Reparatur der beschädigten Umwelt

— den Einsatz großer Mittel und die Entwicklung wirksamer Strategien zur Beseitigung von Elend und Hunger in der 3. Welt

— die Bereitschaft zur systemübergreifenden internationalen Kooperation.

Die Verwirklichung dieser Erfordernisse ist angesichts der bestehenden Machtverhältnisse nur durch Druck und Mobilisierung gegenüber den dominierenden Kräften und Interessen möglich. Sie verbaut dem Kapital aber andererseits nicht grundsätzlich die Perspektive auf Profit, sondern lenkt diese Perspektive in den Rahmen obiger Anforderungen. Abrüstung, ökologischer Um-

bau und internationale Kooperation sind wesentliche Elemente eines friedensfähigen Kapitalismus, deren Realisierung keinen Aufschub verträgt.

4.2. Neuer Problemdruck im Kapitalismus — Zweidrittel-Gesellschaft

Neben die weltweiten Gefahren durch Militarisierung, ökologische Zerstörung und Verelendung der 3. Welt treten in den kapitalistischen Hauptländern neue Probleme, die sich aus einem neuen Muster des Wachstums ergeben haben.³³ Dieses läuft einerseits auf Ausgrenzung und Diskriminierung eines wachsenden Teils der Gesellschaft hinaus, ist andererseits durch tiefgreifende Veränderungen in der Struktur, den Bedürfnissen und dem Bewußtsein der tatsächlichen und potentiellen Gegenbewegungen gekennzeichnet.

Die inneren Widersprüche der kapitalistischen Akkumulation sind in den letzten Jahren nicht beseitigt worden, der Druck der Überakkumulation hat im Gegenteil zugenommen, der Trend der Abschwächung des wirtschaftlichen Wachstums und der — auch in Konjunkturaufschwüngen — zunehmenden Arbeitslosigkeit ist nicht gebrochen worden. Dennoch ist es vor allem den maßgeblichen Monopolen gelungen, durch Akkumulation und Verwertung von Geldkapital, forcierte Internationalisierung, eine neue Rationalisierungswelle und einen Schub großer Zentralisationen ihre Profite stabil zu halten und zum Teil sogar drastisch zu steigern.³⁴ In gewissem Maße trifft dies auch für kleinere Unternehmen zu, die insbesondere von Sozialabbau und der Schwächung der Gewerkschaften profitiert haben. Mittlerweile haben sich nicht nur die Beschäftigung negativ, sondern auch die Profite positiv vom Tempo des wirtschaftlichen Wachstums entkoppelt: Mit zunehmendem Wachstum steigt die Beschäftigung dennoch kaum, und bei nachlassendem Wachstum sinken die Profite dennoch nicht.

Die Perspektive des EG-Binnenmarktes ist der Rahmen, in dem dieser Prozeß weitergehen soll: Auf der Grundlage eines insgesamt schwächeren Wachstums soll die Position der führenden Konzerne nach innen und außen gestärkt werden. Für die Menschen würde das bedeuten: eine weitere Verfestigung der Massenarbeitslosigkeit, weitere regionale Polarisierungen, weniger Gewerkschaftsmacht, Rückschritte und Privatisierung der sozialen Sicherheit, Behinderungen von Fortschritten beim Umweltschutz, Abbau der ohnehin schon geringen demokratischen Rechte.³⁵

Veränderte Strukturen und Bedürfnisse der Arbeiterklasse sowie die zunehmende Bedeutung anderer Schichten haben auf der anderen Seite dazu geführt, daß gegenüber dieser Offensive des Kapitals bislang keine überzeugende und mobilisierende Gesamtstrategie entwickelt wurde — trotz eindrucksvoller Ak-

33 Vgl. Jörg Goldberg, *Von Krise zu Krise. Die Wirtschaft der Bundesrepublik im Umbruch*, Köln 1988, S. 116 ff.; Jan Priewe, *Krisenzyklen und Stagnationstendenzen in der Bundesrepublik Deutschland. Die krisentheoretische Debatte*, Köln 1988, S. 279 ff.

34 Vgl. Arbeitsgruppe *Alternative Wirtschaftspolitik*, *Wirtschaftsmacht in der Marktwirtschaft. Zur ökonomischen Konzentration in der Bundesrepublik*, Köln 1988, S. 171 ff.

35 Vgl. die Beiträge im Schwerpunktheft (1/89) der *Marxistischen Blätter über den EG-Binnenmarkt*.

tionen der Arbeiter-, Ökologie- und Friedensbewegung. Eine solche Gesamtkonzeption kann realistischerweise nur aus der Perspektive einer Reformalternative geschaffen werden, deren Kern in umfassenden Demokratisierungsprozessen liegt.

4.3. Perestroika auch in den internationalen Beziehungen — umfassende Systemkooperation

Zu den Faktoren, die auf die Herstellung eines friedensfähigen Kapitalismus drängen, gehört auch die neue Außen- und Militärpolitik der Sowjetunion. Es ist der sowjetischen Regierung gelungen, aus der Logik des Feindbilddenkens, der politischen Konfrontation, der militärischen Abschreckung und der Rüstungseskalation auszusteigen. Seit Jahren überschüttet sie — gemeinsam mit den anderen sozialistischen Ländern — die Welt, insbesondere die USA und die NATO-Länder, mit weitreichenden Abrüstungsvorschlägen. Sie hat die Tabus der Verifikation überwunden und eine Politik der einseitigen Vorleistungen eingeleitet. Der Abzug von sowjetischen und kubanischen Truppen aus Krisengebieten — Afghanistan und Angola — soll zur politischen Lösung von Konflikten beitragen.

Die Anstöße für diese Politik kommen aus verschiedenen Richtungen. Dazu zählen die enormen militärischen Risiken und ökonomischen Belastungen, die mit der andauernden Hochrüstung verbunden sind, ebenso wie die geringe Ausstrahlungskraft, die von der Konzeption der Abschreckung ausging, schließlich auch die eindrucksvollen Friedensbewegungen in westlichen Ländern, die die herrschende Doktrin der Militärblöcke grundsätzlich in Frage gestellt haben.

Entscheidend sind die Lehren, die aus diesen Anstößen gezogen worden sind. Statt sich angesichts der inneren Probleme und internationalen Kräfteverhältnisse zähneknirschend zu — mehr oder minder taktischen — Zugeständnissen bereitzufinden, hat die sowjetische Führung ihre Einschätzung von Gesamtlage und Entwicklungstendenzen der Welt grundlegend revidiert und aus dieser Revision eine neue Konzeption für die Gestaltung der internationalen Beziehungen entwickelt.³⁶

Die Neueinschätzung läuft auf eine nüchterne Anerkennung erstens der Bedrohung der ganzen Welt als interdependentem System durch die Zuspitzung der globalen Probleme Militarisierung, Umweltzerstörung und Unterentwicklung, zweitens der Stärke, Lebens- und Entwicklungsfähigkeit des Kapitalismus als Gesellschaftssystem und drittens der erheblichen ökonomischen Rückstände und gesellschaftlichen Defizite der sozialistischen Länder hinaus. Die strategischen Schlussfolgerungen, die hieraus gezogen werden, zielen — was den Imperialismus betrifft — vor allem auf eine verstärkte Kooperation — auf

³⁶ Herausragende Belege für diese Neubewertung sind z.B. die Rede Michail Gorbatschows anlässlich des 70. Jahrestages der Oktoberrevolution (Oktoberrevolution, Umgestaltungsprozeß und der Frieden, Köln 1987) und seine Rede vor der UNO am 7. 12. 1988 (in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 2/89).

ökonomischer, technologischer, politischer, kultureller und auch ideologischer Ebene. Diese Kooperation ist erstens unabdingbar, um die menscheitsbedrohenden globalen Probleme zu entschärfen. Sie ist zweitens von großer Bedeutung für die ökonomische Entwicklung der Sowjetunion; und drittens kann sie auch für die kapitalistischen Länder attraktiv sein, die auf der Suche nach neuen Märkten und Kapitalanlagefeldern sind.

Die Nüchternheit gebietet den Hinweis, daß es sich bei der systemübergreifenden Kooperation auf Dauer nicht um eine „antagonistische Kooperation“ handeln kann, bei der beide Seiten sich letztlich doch ihre Existenzberechtigung bestreiten und sich gegenseitig nur auszunutzen versuchen. Sie muß vielmehr „kooperative Kooperation“ sein, bei der beide Seiten auch voneinander lernen und am Wohlergehen und Fortschritt der jeweils anderen Seite interessiert sind.

Ich kann hier nicht auf die vielfältigen Herausforderungen und Probleme eingehen, die eine solche Neubewertung und strategische Umorientierung für die Linke und insbesondere für MarxistInnen in den kapitalistischen Ländern mit sich bringt. Diese Herausforderungen bestehen weniger darin, die Strategie der Sowjetunion als revolutionär oder revisionistisch zu klassifizieren, als darin, sich der Frage zu stellen, ob ihr eine zutreffende Realanalyse zugrundeliegt und ob sie eine machbare vorwärtsweisende Handlungsperspektive aufweist. Dies zwingt zweifellos auch zum Überdenken einiger verfestigter Lageeinschätzungen und Vorstellungen (wie z.B. der von der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus).

Unabhängig vom Ergebnis solcher Überprüfungen muß aber zur Kenntnis genommen werden, daß die Politik der sozialistischen Länder auf die Forderung und Förderung eines friedensfähigen Kapitalismus hinausläuft. Eines Kapitalismus, der bereit ist, militärische Konfrontation und Rüstungseskalation abzubauen, die Entschärfung der anderen globalen Probleme in internationaler Kooperation anzugehen, mit den sozialistischen Ländern eng zusammenzuarbeiten und im übrigen für seine innere Entwicklung selbst verantwortlich ist. Eines Kapitalismus schließlich, dessen Lebens- und Entwicklungsfähigkeit und dessen unausgeschöpfte Fortschrittspotentiale nicht in Frage gestellt, sondern sehr hoch eingeschätzt werden.

4.4. Die sozialen Bewegungen — umfassende Reformorientierung

Die weitgehend erfolgreiche Restrukturierung des Imperialismus seit Mitte der 70er Jahre ist nicht ohne Gegenreaktion geblieben und hat deren Konsolidierung auch nicht verhindern können:

— Die „traditionelle“ *Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung* hat lange und erbitterte Arbeitskämpfe für höhere Löhne und kürzere Arbeitszeiten, gegen Sozialabbau und die politische Schwächung der Gewerkschaften geführt und dabei vereinzelt auch Erfolge erzielt.³⁷ Gleichzeitig haben sich Teile der Ar-

37 Vgl. z.B. Harry von Bargaen u.a., *Vom Widerstand zur Reformbewegung. Soziale Bewegungen in Krisenregionen und -branchen*, Arbeitsmaterialien des IMSF 30, Frankfurt/M, 1988.

beiterbewegung in Bereichen zunehmend engagiert, die nicht zu ihren traditionellen Kampffeldern gehören.

— Die *Friedensbewegung* hat es vermocht, den jahrzehntelangen sicherheitspolitischen Konsens, der auf der Doktrin der Abschreckung beruhte, zu zerbrechen, zum Abbau von Feindbildern und zur heute weitverbreiteten Ablehnung weiterer Aufrüstung beizutragen.³⁸

— Die *Ökologiebewegung* hat innerhalb weniger Jahre eine neue Sensibilität für Fragen der Kernkraft, der Umweltgefährdung und für die Notwendigkeit eines neuen Verhältnisses des Menschen zur Natur bei großen Teilen der Bevölkerung geschaffen.³⁹

— Die *Frauenbewegung* hat einerseits Widerstand gegen die kapitalismus-spezifischen Arbeits- und Einkommensdiskriminierungen der Frauen mobilisiert, andererseits aber auch die systemübergreifenden patriarchalischen Herrschaftsverhältnisse, die in geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung und Sexismus zum Ausdruck kommen, ins öffentliche Bewußtsein gerufen.⁴⁰

Alle diese Bewegungen haben etwas mit dem Kapitalismus zu tun. Die meisten Belastungen und Gefahren, gegen die sie sich wenden, sind durch die hemmungslose Entfaltung des Profitprinzips entstanden, alle sind für den Kapitalismus in hohem Maße funktional gewesen, die meisten sind es nach wie vor.

Natürlich ist es wichtig, und es gehört zu den besonderen Aufgaben von MarxistInnen, diese Systemzusammenhänge immer wieder herauszuarbeiten und über sie aufzuklären. Es gehört aber auch zur Verantwortung von MarxistInnen, nicht vorschnell die Konzeption einer politisch durchzusetzenden *anderen* kapitalistischen Entwicklung als Reformismus und Revisionismus zu geißeln. Denn erstens dürfte eine demokratische Reformalternative der Nenner sein, auf den sich die verschiedenen sozialen Bewegungen bringen lassen und auf dem sie weitere gemeinsame Kraft entwickeln können; es handelt sich also um die reale Entscheidungsalternative. Zweitens stellt diese Perspektive darüberhinaus heute die einzige überhaupt konkretisierbare Gesamtperspektive des Fortschritts in den Ländern des entwickelten Kapitalismus dar. Denn drittens sind m.E. alle von MarxistInnen und ihren Organisationen angebotenen Sozialismuskonzeptionen entweder — wo sie sich an die heutigen sozialistischen Länder anlehnen — irreführend und unattraktiv oder so abstrakt, daß sie weder zur Aufklärung noch gar zur Mobilisierung geeignet sind.

4.5. Interessendifferenzierungen im Monopolkapital

Die Interessendifferenzierungen im Monopolkapital treiben natürlich nicht von sich aus in Richtung auf einen friedensfähigen Kapitalismus im eingangs

38 Vgl. die Antworten auf eine Umfrage der Blätter für deutsche und internationale Politik, in: Blätter ... 3/88, S. 278 ff.

39 Vgl. z.B. Karin Roth, Die verlorene Unschuld — Umweltpolitik und Gewerkschaften, in: Blätter ... 4/88, S. 450-462. Diese neue Sensibilität für Umweltfragen geht bis in die Reihen der CDU/CSU.; vgl. Josef Funk, „Das Restrisiko gab mir den Rest“, CDU/CSU-Mitglieder fordern Ausstieg aus der Atomenergie, in: Blätter ... 5/88, S. 528-530.

40 Vgl. Frauenarbeitskreis des IMSF (Hg.), Patriarchat und Gesellschaft. Beiträge zur Geschichte der Frauenunterdrückung, zu Reproduktionsbereich und Hausfrauisierung, Frankfurt/M. 1985.

skizzierten umfassenden Sinn. Sie lassen sich jedoch in unterschiedlichem Maße für die Realisierung einzelner Dimensionen der Friedensfähigkeit mobilisieren.⁴¹

— Von *politischer Konfrontation und Aufrüstung* profitiert das Rüstungskapital, das im Militärisch-Industriellen Komplex über beträchtlichen — in der BRD durch die Neuformierung der ökonomischen Basis erheblich erweiterten — politischen Einfluß verfügt. Auf der anderen Seite stellt Hochrüstung nicht nur eine zunehmende Belastung der Gesamtwirtschaft dar, sondern tritt auch mehr und mehr in Gegensatz zu Subventionsinteressen anderer Monopole — oder zu den Interessen anderer Teile der Rüstungskonzerne (die i.d.R. den größeren Teil ihres Gesamtgeschäfts im zivilen Sektor abwickeln). Von daher entsteht bei diesen anderen Monopolen oder -teilen ein gewisses Interesse an politischer Entspannung und Abrüstung.

— *Ökologische Zerstörung und Belastung* werden zum großen Teil durch die Produktionsmethoden und Produkte kapitalistischer Unternehmen hervorgerufen, die ihre Gewinne durch die Externalisierung von Umweltkosten maximieren können. Insbesondere die großen Energieunternehmen und Chemiekonzerne sind daher die härtesten Gegner eines ökologischen Umbaus der Wirtschaft. Auf der anderen Seite stellen ökologische Sanierungsmaßnahmen und Schutzvorschriften für die Unternehmen so lange kein Problem dar, wie die Zusatzkosten dafür von der öffentlichen Hand getragen werden. Selbst da, wo dies nicht der Fall ist, können Unternehmen mit ihnen leben und tragen — unter dem Eindruck besserer Marktchancen sauberer Produkte — teilweise selber zur Umstellung auf ökologisch verträglichere Produktionen bei (etwa durch die Einstellung der Produktion von Plastikflaschen oder von phosphathaltigen Waschmitteln). Schließlich gibt es eine wachsende Zahl von Unternehmen, zunehmend auch bei den großen Monopolen, die von der „grünen Welle“ profitieren, für die Sanierung und Schutz der Umwelt zum profitablen Feld der Kapitalanlage geworden sind.

— Umfassende *soziale Sicherungen und Ausbau der Demokratisierung* sind zweifellos die Perspektiven eines friedensfähigen Kapitalismus, die auf die geschlossenste Abwehrfront des Monopolkapitals stoßen werden. Andererseits: Bei entsprechendem politischem Druck kann ein Nachgeben in diesen Fragen sich als vergleichsweise günstiger und profitabler herausstellen als die harte Linie von Sozialabbau und Herr-im-Hause-Standpunkt, die mit unkalkulierbaren Risiken verbunden ist. Da frühzeitiges Ausscheren aus der Front der Hardliner möglicherweise politische Image- und Konkurrenzvorteile verspricht, erscheinen auch hier Interessendifferenzierungen nicht ausgeschlossen (wenn auch wohl erst in einer fortgeschritteneren Situation), deren Nutzung und Vertiefung den weiteren Weg in Richtung auf einen umfassend friedensfähigen Kapitalismus erleichtern kann.

— Einerseits ist die *soziale und sexistische Diskriminierung der Frau* in hohem Maße funktional für ein bestimmtes Muster kapitalistischer Entwicklung. Andererseits: Angewiesen ist der Kapitalismus hierauf nicht. Die reale Gleich-

41 Vgl. hierzu Jörg Huffschild/Heinz Jung, Reformalternative ..., a.a.O., S. 118-124.

stellung der Frau kann vielmehr sogar als zusätzliches Kreativitäts- und Produktivitätspotential des Kapitals betrachtet und eingesetzt werden — was nicht gegen diese Gleichstellung spricht, sondern Maßnahmen gegen deren Vereinhaltung erfordert.

5. Zusammenfassung und Ausblick

Die vorstehenden Überlegungen sollten belegen,

— daß mit dem Fortschritt der kapitalistischen Vergesellschaftung der subjektive Faktor ein zunehmendes Gewicht im Wirkungsmechanismus des Kapitalismus als Wirtschafts- und Gesellschaftsformation erhält und dies die Perspektive eröffnet, durch eine schrittweise Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse den Kapitalismus friedensfähig und reformoffen zu machen, also eine gegenüber der aktuellen grundlegend andere kapitalistische Entwicklungsvariante durchzusetzen;

— daß die akuten realen Probleme der Gegenwart als äußere und innere Existenzbedingungen des Kapitalismus darauf drängen, diese Perspektive tatsächlich theoretisch auszuarbeiten und zur strategischen Richtschnur für praktisches Handeln zu machen.

Diese Thesen enthalten natürlich Weiterungen von erheblicher theoretischer und politischer Bedeutung, auf die ich jetzt nicht eingehen kann. Drei m.E. zentrale Fragen, die sich in diesem Zusammenhang stellen, sollen zum Abschluß nur angedeutet werden:

1. Wenn die Herstellung von Friedensfähigkeit und Reformorientierung als tragfähige Entwicklungsvariante des Kapitalismus möglich ist und auf der Tagesordnung der Geschichte steht, und wenn Entfaltungsdynamik und Überlebensfähigkeit dieser Variante noch gar nicht absehbar sind — was berechtigt uns dann, von der Zeit seit der Herausbildung des Imperialismus, spätestens aber seit der Oktoberrevolution, als Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus im Weltmaßstab zu sprechen?

2. Wie kann man sich heute überhaupt den Übergang von der Gesellschaftsformation Kapitalismus zu der Gesellschaftsformation Sozialismus vorstellen, wenn man einen Umsturz mit Waffengewalt für so unwahrscheinlich hält, daß man ihn aus allen strategischen Überlegungen ausklammern kann? Muß nicht der Übergang als eine Folge evolutionärer Schritte gedacht — und befördert — werden, in deren Verlauf sich die „Natur“ des Kapitalismus verändert (oder diese verändert wird) und sich die „Natur“ des Sozialismus allmählich herausbildet?

3. Schließlich: Wird nicht die Beseitigung der theoretischen Mängel bei der Analyse des gegenwärtigen Kapitalismus durch eine Sozialismuskonzeption behindert, die historisch-politisch überliefert ist und an der festgehalten wird, obgleich sie als Orientierung für moderne kapitalistische Gesellschaften ungeeignet ist? Anders gesagt: Speist sich die begriffslogisch begründete Ablehnung des Konzepts einer entfalteten Friedensfähigkeit des Kapitalismus nicht aus dem Festhalten an einem Sozialismusbild, das an den gegenwärtigen sozialistischen Gesellschaften orientiert ist? Bei dessen Realisierung gibt es in der

Tat keine schrittweisen Übergänge, sondern es bedürfte eines qualitativen Sprunges, dessen Zustandekommen allerdings schlechterdings nicht erklärbar wäre.

Diese Fragen fordern weit über den Rahmen des vorliegenden Beitrags hinaus zu einer kritischen Überprüfung sowohl der marxistisch-leninistischen Imperialismustheorie als auch der strategischen Grundorientierungen gesellschaftsverändernder politischer Praxis auf.

Aggressivität und Friedensfähigkeit des heutigen Kapitalismus

Horst Heininger

Aggressivität - eine Grundeigenschaft des Imperialismus? — Zum Verhältnis von ökonomischem Monopol und Gewalt — Aggressivität - Kennzeichnung einer bestimmten Politik des Imperialismus — Aggressivität und Militarismus — Veränderte Bedingungen für die Wirksamkeit aggressiver Politik

Einen Zentralpunkt der gegenwärtigen internationalen Auseinandersetzung um den Fortgang von Abrüstung und Entspannung bildet die Frage nach der Friedensfähigkeit des Imperialismus. Ihre Beantwortung gibt wesentliche Aufschlüsse für die Perspektive einer Politik, die auf die dauerhafte Bewahrung des Friedens abzielt und hierbei die aktive Mitwirkung maßgeblicher politischer Kreise in den imperialistischen Ländern als wesentliche Voraussetzung für einen Erfolg ansieht.

Die Diskussion über die Friedensfähigkeit des heutigen Kapitalismus hat mit wichtigen politischen Dokumenten der jüngsten Vergangenheit neue Anstöße erhalten. So warf Michail Gorbatschow in seinen Reden zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution die Frage auf, ob der Kapitalismus ohne den Militarismus ökonomisch funktionieren könne.¹ Bedeutsam ist in dieser Hinsicht auch die Erklärung von SED und SPD „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ vom August 1987, in der festgestellt wird, daß sich beide Systeme — Kapitalismus und Sozialismus — für eine erfolgreiche Friedenspolitik gegenseitig für friedensfähig halten müssen.²

Solche grundlegenden Aussagen haben unter Politikern, Wissenschaftlern und Propagandisten vielfältige Diskussionen hervorgerufen, in denen auch der Einwand vorgebracht wird, ob nicht mit dem Aufwerfen der Frage nach der Friedensfähigkeit des Imperialismus eine Korrektur der marxistischen Theorie vorgenommen würde, derzufolge doch dem Imperialismus Krieg, Aggressivität und Militarismus wesenseigen seien und daher auch nur mit der Überwindung dieses Systems beseitigt werden könnten.

Die genauere Verständigung darüber, was unter Aggressivität des Imperialismus zu verstehen ist, eröffnet daher einen wesentlichen Zugang zur Aufhellung der Frage nach der Friedensfähigkeit des heutigen Kapitalismus.

¹ Michail Gorbatschow, *Der Oktober und die Umgestaltung: Die Revolution wird fortgesetzt*, Neues Deutschland, Berlin/DDR, 3. 11. 1987.

² *Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit*, Neues Deutschland, 28. 8. 1987.

Aggressivität — eine Grundeigenschaft des Imperialismus?

Unter Aggressivität wird in politökonomischen Arbeiten im allgemeinen eine *Grundeigenschaft* des Imperialismus bzw. des Monopols verstanden, die sich zwangsläufig in der Ökonomie und Politik der imperialistischen Staaten Geltung verschafft. Oftmals wird eine direkte Beziehung zwischen dem „Drang des ökonomischen Monopols nach Reaktion und Gewalt“ und Aggressivität hergestellt. So heißt es in dem Buch „Der Imperialismus der BRD“ (1971), daß die Aggressivität „... dem monopolistischen Kapitalismus, der ökonomischen Grundlage des Imperialismus entspringt.“ Aggressivität wird hier als „Wesenszug“ oder auch als „Grundeigenschaft“ des Imperialismus bezeichnet. „Ihre Wurzeln liegen im Wesen des ökonomischen Monopols, in seinem Drang nach Herrschaft und Gewalt.“³ Eine noch stärkere Hervorhebung des Wechselverhältnisses zwischen monopolistischer Gewalt und Aggressivität des Imperialismus findet sich in dem Buch „Der Militär-Industrie-Komplex im heutigen Imperialismus“ (1974): „Aggressivität können wir daher als den gesetzmäßig aus dem Monopol entspringenden Drang bezeichnen, mit der nach außen gerichteten ökonomischen und außerökonomischen Gewalt Kapitalanlage- und Einflußsphären zu erobern, andere Konkurrenten auszuschalten, fremde Völker zu unterdrücken, das sozialistische Weltssystem zu überwinden, um damit eine historisch überlebte Ausbeuterordnung zu erhalten und im Weltmaßstab auszuweiten.“⁴ Eine ähnliche Definition treffen wir in dem Buch „Militarismus heute“ (1979) an.⁵ Auch in anderen Arbeiten werden ähnliche Kennzeichnungen der Aggressivität gegeben. Ein Autor formuliert sogar: „Die Aggressivität des Imperialismus ist eine gesetzmäßige und bisher dominierende Tendenz seiner ökonomischen Struktur.“⁶

Ausgehend von diesen Zusammenhängen wird dann in den meisten Arbeiten auf das Gesetz der Ungleichmäßigkeiten in der ökonomischen und politischen Entwicklung der imperialistischen Länder verwiesen. In der historischen Entwicklung macht sich Aggressivität zunächst in der zwischenimperialistischen Rivalität bis zur bewaffneten Auseinandersetzung, vor allem in der Entfesselung zweier Weltkriege geltend.

Diese bisherige Darstellung der Aggressivität des Imperialismus ist zumindest aus drei Gründen unscharf und erschwert eine klarere Durchdringung des Wechselverhältnisses von Ökonomie und Politik im heutigen Imperialismus. Erstens wird mit solchen Formulierungen, wie sie vorstehend zitiert wurden, faktisch ein zwangsläufiger Zusammenhang zwischen der Existenz des *ökonomischen Monopols* und der Aggressivität in der Politik der kapitalistischen

3 Der Imperialismus der BRD, Berlin/DDR 1971, S. 457, 458, 501.

4 K. Engelhardt/K.-H. Heise, Der militärisch-industrielle Komplex im heutigen Imperialismus, Berlin 1974, S. 24.

5 Militarismus heute, Berlin/DDR 1979, S. 50-51.

6 D. Klein, Politökonomische Grundlagen für einen friedensfähigen Kapitalismus, in: IPW-Berichte 2/1988, S. 3.

Staaten postuliert. Würde man einer solchen Kennzeichnung der Aggressivität folgen, dann ergäbe sich daraus, daß Aggressivität mit der Existenz des kapitalistischen Systems schlechthin verbunden wäre und daß alle Bemühungen der Friedenskräfte um eine dauerhafte friedliche Politik der imperialistischen Staaten keine Perspektive hätten. Zweitens besteht die Ungenauigkeit in den Formulierungen zur Aggressivität darin, daß es keine klare Abgrenzung für den spezifischen Inhalt dieser „Grundeigenschaft“ des Imperialismus gibt. Die Kennzeichnung Aggressivität wird oftmals unterschiedslos für ökonomische, politische, militärische und ideologische Aktivitäten im heutigen Imperialismus verwendet. Und drittens bleibt mitunter offen, ob Aggressivität nur für die Kennzeichnung der Expansion „nach außen“, d.h. der äußeren Beziehungen kapitalistischer Staaten zu gelten habe oder ob sie auch generell als Äußerung bestimmter Expansionsformen der Monopole sowohl im Innern als auch nach außen zu betrachten sei.

Offensichtlich ist es notwendig, einen differenzierten Zugang zu dem Zusammenhang zwischen Imperialismus und Aggressivität, zwischen Monopol und Aggressivität zu finden. Wichtig ist hierbei die nähere Betrachtung des Verhältnisses von ökonomischem Monopol und Gewalt. Es erhebt sich die Frage, inwieweit das ökonomische Monopol (der Kern der ganzen Sache — Lenin) selbst unaufhaltsam militärische Gewalt, Aggressivität und Kriege hervorbringt und damit als eine unaufhebbare Grundlage der Friedensbedrohung zu gelten hat. Oder, anders gefragt: Wie ist der „Mechanismus“ zwischen ökonomischem Monopol, Gewalt und Aggressivität angelegt?

Zum Verhältnis von ökonomischem Monopol und Gewalt⁷

Lenin kennzeichnete zu Beginn des Jahrhunderts das Herrschaftsverhältnis und die damit verbundene Gewalt als das Typische für die jüngste Entwicklung des Kapitalismus, das aus der Bildung allmächtiger ökonomischer Monopole unvermeidlich hervorgehen mußte und hervorgegangen ist.⁸

Diese Leninsche Charakterisierung des Verhältnisses von Monopol und Gewalt ging erstens prinzipiell davon aus, daß die Aufhebung des Kapitalismus der freien Konkurrenz einen tiefen qualitativen Einschnitt in der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse darstellt, eine Aufhebung seines Wirtschaftsmechanismus, die nur mit Gewalt zu erreichen sei. Zweitens ging Lenin davon aus, daß mit der Herausbildung des Monopols die international räumlich und zeitlich ungleichmäßige Entwicklung notwendigerweise zu einer wachsenden Rolle der Gewalt im Kampf um die Aufteilung und Neuaufteilung der Welt führen werde. Lenin verband mit dieser zweiten Voraussetzung für seine Zeit die Erkenntnis der Unvermeidlichkeit von Kriegen zwischen den im-

7 Zu den Darlegungen über das Verhältnis von ökonomischem Monopol und Gewalt wurden Aussagen aus einem nichtveröffentlichten Material verwendet, dessen Autoren Holle-Birgit Grünert und Caspar Schirmeister sind.

8 W.I. Lenin, *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*, in: *Werke*, Band 22, S. 211.

perialistischen Ländern — eine Voraussicht, die in zwei Weltkriegen ihre Bestätigung gefunden hat.

Generell ist Lenins Analyse jedoch weder mit der prinzipiellen These der Notwendigkeit militärischer Gewalt als Existenzbedingung des monopolistischen Kapitalismus noch mit einer engen Sicht der Gewalt als außerökonomische Gewalt verbunden. Als Expansionsbedingung des Monopols geht es vielmehr vor allem um drei Aspekte:

- ökonomische Gewalt, vor allem im Sinne der vollständigen oder partiellen Enteignung anderer Kapitale (was die Abwälzung von Kapitalentwertung und -vernichtung in Krisen kraft der Monopolmacht auf schwächere Kapitale — und schwächere Länder — einschließt);
- die Notwendigkeit einer engen Verflechtung bzw. Verschmelzung von Monopol- und Staatsmacht, d.h. die vom Monopol ausgehende Tendenz zum staatsmonopolistischen Kapitalismus (einschließlich des Einsatzes ökonomischer und außerökonomischer staatlicher Macht zur Sicherung günstiger Expansions- und Verwertungsbedingungen der Monopole);
- die Tatsache, daß die Aufhebung der freien Konkurrenz durch das Monopol auch die Tendenz zur entsprechenden Veränderung im Überbau vor allem im Bereich der staatlichen Macht erzwingt: Aufhebung der Demokratie für die Kapitale erfordert die Aufhebung der frühbürgerlichen Demokratie.

In diesem, vorstehend genannten Sinne ist die Leninsche Analyse des Verhältnisses von Monopol und Gewalt auch heute uneingeschränkt anwendbar.

Dabei gilt die Anwendung von Gewalt durch das Monopol zur Aufhebung vormonopolistischer Produktionsverhältnisse heute vor allem für das Verhältnis der imperialistischen Mutterländer zu Entwicklungsländern. Dabei spielt auch militärische Gewalt weiterhin eine wichtige Rolle in Form von direkter Gewaltanwendung, als Drohpotential oder in Form der Herstellung von Abhängigkeiten über verschiedene Formen militärischer Verträge und Bündnisse.

Hinsichtlich des zweiten Aspekts des Verhältnisses von Monopol und Gewalt, der Rolle der Gewalt im Kampf um die Aufteilung und Neuaufteilung der Welt, begründete Lenin einen neuen Ansatz in der Analyse der veränderten Bedingungen für die Ungleichmäßigkeit in der imperialistischen Entwicklung. In dem Wirken des Gesetzes der Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung kapitalistischer Staaten in der Periode des Imperialismus hat die Aggressivität ihre wesentliche ökonomische Grundlage. Mit den neuen Bedingungen der technisch-ökonomischen Nivellierung im Entwicklungsstand der Staaten entstand die Möglichkeit des sprunghaften Einholens und Überholens der Staaten, jäher Veränderungen in den ökonomisch-politischen Kräfteverhältnissen zwischen ihnen, die die bestehende Aufteilung der Welt in Frage stellen. Hieraus entwickelten sich Konfliktsituationen zwischen den imperialistischen Hauptstaaten, die letztlich auch zur Auslösung von zwei Weltkriegen führten.

Aggressivität ist daher eindeutig aus den *monopolkapitalistischen* Produktionsverhältnissen abzuleiten. In dieser Hinsicht ist Jürgen Kuczynski vollstän-

dig zuzustimmen, wenn er hervorhebt, daß für den vormonopolistischen Kapitalismus Kriege keineswegs gesellschaftsnotwendig, systembedingt waren.⁹

Mit der Entstehung des Sozialismus erhält die Aggressivitätsproblematik neue Züge. Schon in der ersten Etappe der allgemeinen Krise richtete sich die Aggressivität des Imperialismus *auch* gegen den ersten sozialistischen Staat, die UdSSR. Mit der Entstehung des sozialistischen Weltsystems änderte sich die Hauptstoßrichtung der aggressiven Strategie und Politik des Imperialismus. Sie zielt jetzt *vor allem* auf die sozialistischen Staaten und in wachsendem Maße auch auf die nationale Befreiungsbewegung. Sie wird zu einem Wesenszug der Auseinandersetzung zwischen den beiden Systemen in der Welt. In der marxistischen Literatur ist diese Veränderung in der Strategie der Aggressivität der imperialistischen Staaten bereits ausführlich behandelt worden.¹⁰ Aggressive Politik als Ergebnis innenpolitischer Entscheidungen unterliegt zunehmend ökonomischen, politischen und militärischen Interessenlagen und Kräfteverhältnissen zwischen Imperialismus und Sozialismus. Auch wenn aggressive Politik nach wie vor als wichtiges Element der zwischenimperialistischen Beziehungen wirkt, hat sie doch ihre entscheidende Stoßrichtung gegen den Sozialismus. Dabei trifft sie auf die entschiedene Gegenwehr des neuen Gesellschaftssystems in den internationalen Beziehungen.

Zusammenfassend läßt sich zum Verhältnis von Monopol, Gewalt und Aggressivität festhalten, daß die Anwendung von Gewalt als Expansionsbedingung des Monopols keineswegs mit Aggressivität, d.h. mit *der Notwendigkeit* militärischer Gewalt und Krieg gleichzusetzen ist. Schranken für die erweiterte Reproduktion der Monopolverhältnisse können auch ohne militärische Gewaltanwendung, über Widersprüche, Konflikte und Krisenprozesse verschiedenster Art hinausgeschoben werden. Dies bedeutet keinesfalls, daß vom Imperialismus keine Kriegsgefahr ausgeht bzw. daß die Monopole nicht ökonomische und außerökonomische Gewalt als eine Bedingung ihrer Expansion einsetzen. Es besagt lediglich — aber dies ist ein wesentlicher Punkt —, daß Existenz und Expansion des ökonomischen Monopols *nicht zwangsläufig* mit militärischer Gewalt verbunden sind.

Dabei gilt es, die Veränderungen in der *ungleichmäßigen Entwicklung* des Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium zu berücksichtigen. Diese bewirken einen direkten Zusammenhang zwischen Monopolkapital, Gewalt und Aggressivität; denn sie bedeuten — wie in den vorstehenden Ausführungen kurz dargelegt — die Erweiterung der ungleichmäßigen Entwicklung zu einer Ungleichmäßigkeit in der *ökonomischen und politischen Entwicklung* der kapitalistischen Staaten — in einer bereits aufgeteilten Welt mit den sich daraus ergebenden Konsequenzen für bewaffnete Konflikte und Kriege zwischen den kapitalistischen Staaten. Es geht hierbei um *zwischenstaatliche* Beziehungen und um *politische* Entscheidungen der Staaten über Rüstung, militärische Gewalt und Aggression. Solche Entscheidungen sind immer das Resultat bestimmter

9 J. Kuczynski, Kann der Kapitalismus wirklich abrüsten und damit überleben?, in Horizont, Nr. 6/87.

10 Siehe Imperialismus der BRD, a.a.O., 458 ff.; Militarismus heute, a.a.O., S. 22-27, 50-52.

internationaler Bedingungen und innenpolitischer Entscheidungen. Die vom Imperialismus ausgehenden *militärischen Konflikte und Aggressionen* sind demnach wohl in der sozialökonomischen Struktur des Imperialismus, in seinen ökonomischen Grundlagen angelegt; sie gelangen aber erst über „außerökonomische“ Entscheidungen und Mechanismen zur Wirkung.

Aggressivität — Kennzeichnung einer bestimmten Politik des Imperialismus

Offensichtlich muß die Frage nach der Aggressivität des Imperialismus differenzierter — vor allem im Hinblick auf das Wechselverhältnis von Ökonomie und Politik — gestellt werden. Der Springpunkt liegt darin, das politische Wirksamwerden der „Grundeigenschaft Aggressivität“ als eigenständigen Prozeß zu begreifen und zu untersuchen. Aggressivität kann sich nur als eine spezifische Art der Politik, eben als aggressive Politik durchsetzen und dies ist durchaus keine Gesetzmäßigkeit. Ob ein Staat eine aggressive Politik betreibt oder nicht, wird unter dem Einfluß der Situation in den internationalen Beziehungen, durch die konkreten innenpolitischen Kräfteverhältnisse und die Entscheidungen des jeweiligen Staates bestimmt. Damit ist auch klar, daß aggressive Politik bekämpft, zurückgedrängt oder gar verhindert werden kann. Aggressivität ist somit eine Eigenschaft des Imperialismus, die immer virulent ist. Sie birgt immer die Gefahr und auch die potentielle Möglichkeit in sich, daß diese Tendenz des Imperialismus in aggressive Politik übergeht, zur Staatspolitik wird und damit zu einer unmittelbaren Gefährdung des Friedens führt. Dies ist der „Mechanismus“ zwischen der „Grundeigenschaft Aggressivität“ und der Anwendung von Gewalt in den zwischenstaatlichen Beziehungen.

Aus der Erkenntnis, daß aggressive Politik nicht direkt aus dem ökonomischen Monopol hervorgeht, folgt auch, daß der Grad der Monopolisierung einer Volkswirtschaft keine unmittelbaren Schlüsse für die Aggressivität eines imperialistischen Staates zuläßt. Auf diese Zusammenhänge wurde bereits früher in der marxistischen Literatur hingewiesen.¹¹

Ausgehend von diesen Überlegungen kann folgende Formulierung für die Kennzeichnung der Aggressivität des Imperialismus gebraucht werden:

Aggressivität entspringt den gesellschaftlichen Grundlagen des Imperialismus als eine Tendenz, imperialistische Interessen in den äußeren Beziehungen („nach außen“) mittels einer aggressiven Politik durchzusetzen. Aggressive Politik des Staates, der Monopolbourgeoisie bzw. bestimmter Kreise der Monopolbourgeoisie setzt *vor allem auf den militärischen Faktor* bei der Durchsetzung imperialistischer Interessen. Als eine spezifische Form imperialistischer Politik schließt sie die Anwendung bzw. Androhung militärischer und anderer Gewaltmittel (Diversions, Subversion, Blockade u.a.) *in den äußeren Beziehungen* ein. Bezogen auf diese aggressive Politik kann man auch von aggressiver Ideologie sprechen.

¹¹ Siehe K. Engelhardt/K.-H. Heise, a.a.O., S. 21.

Aggressivität wird also immer nur in Verbindung mit einer bestimmten Politik wirksam. Michail Gorbatschow äußert sich im Zusammenhang mit Militarismus und ungleichem Austausch der imperialistischen Länder mit Entwicklungsländern folgendermaßen. „Sie sind allerdings nur mit Hilfe einer entsprechenden Staatspolitik möglich.“¹² Dieser Hinweis kann auch für die Durchsetzung aggressiver Politik gelten. Bei der Analyse dieser Politik geht es nicht schlechthin um die Politik einzelner Kreise, sondern um aggressive Politik als Staatspolitik bzw. um die Politik der einen maßgeblichen Einfluß auf die Staatspolitik erlangenden Strömungen. Ein eigenständiges Feld der Untersuchungen bilden die Formen und Mittel aggressiver Politik. Vor allem sind die neben der militärischen Gewalt zur Anwendung gelangenden Formen näher zu untersuchen und zu erfassen. Erste Versuche in dieser Richtung wurden bereits in früheren Arbeiten unternommen.¹³

Aggressivität und Militarismus

In der marxistischen Literatur kapitalistischer Staaten wie auch in der sowjetischen Literatur werden oftmals für den Begriff Aggressivität synonym die Begriffe Militarismus oder auch Militarisierung gebraucht, wenn es um die Kennzeichnung der dem deutschsprachigen Begriff Aggressivität beigelegten Inhalte geht. Dabei ist jedoch festzuhalten, daß Militarismus seit langem in der marxistischen Literatur eindeutig bestimmt ist.

Militarismus ist der konzentrierte Ausdruck imperialistischer Gewaltpolitik. Dabei wirkt er immer als Einheit einer bestimmten Politik und einer spezifischen militärischen, politischen und ökonomischen Machtstruktur.¹⁴ Seine historisch konkrete Ausprägung hängt von der Entfaltung der inneren und äußeren Widersprüche der jeweiligen imperialistischen Macht und des imperialistischen Systems in seiner Gesamtheit ab. Herausragendes Kennzeichen militärischer Politik ist die Bereitschaft, innere und äußere Konflikte mit militärischer Gewalt zu entscheiden. Damit wird deutlich, daß Militarismus als gesellschaftliche Erscheinung umfassender zu sehen ist als Aggressivität.

Wichtige Unterschiede zwischen Aggressivität und Militarismus sind vor allem folgende:

1. Militarismus ist nicht nur eine Erscheinung des Kapitalismus, sondern ein gesellschaftlicher Grundzug aller Ausbeutergesellschaften, besonders in der Epoche ihres historischen Niederganges. Karl Liebknecht wies zu Recht

12 M. Gorbatschow, *Der Sozialismus leistet den entscheidenden Beitrag zur Entwicklung der Zivilisation*, in: *Neues Deutschland*, 5. 11. 1987.

13 Siehe z.B. *Der Imperialismus der BRD*, a.a.O., S. 458 ff.

14 In dem vorliegenden Artikel ist es nicht möglich, auf die Probleme des Militär-Industrie-Komplexes als eine Erscheinungsform des modernen Militarismus näher einzugehen. Wir verweisen in dem Zusammenhang auf einige neue Veröffentlichungen hierzu, z.B. auf den Beitrag von J. Reusch, *Kapitalismus und Frieden*, in: *Probleme des Friedens und des Sozialismus*, Heft 10/88, S. 1337 ff. und den Beitrag von K. Engelhardt/H. Fiedler/H. Peter, *Der Militär-Industrie-Komplex unter dem Druck der Realitäten*, in: *IPW-Berichte*, Heft 1/88, S. 20 ff.

darauf hin, daß der Militarismus an sich „nichts spezifisch Kapitalistisches“ sei.¹⁵ Dabei ist er natürlich Veränderungen entsprechend den jeweiligen Produktionsweisen, aber auch innerhalb der einzelnen Produktionsweise unterworfen. So spricht Lenin vom „modernen Militarismus“ im Imperialismus als ein „Resultat des Kapitalismus“.¹⁶ Demgegenüber bezieht sich Aggressivität eindeutig nur auf ein Stadium des Kapitalismus — auf den Imperialismus.

2. Militarismus erfaßt die Gesamtheit der Struktur einer Gesellschaft. Er ist ein Bestandteil sowohl des Herrschaftssystems (besonders die Armee) als auch der Politik und Ideologie. Er ist ein prägendes Element der Gesellschaft im Imperialismus. „Jetzt durchdringt die Militarisierung das ganze öffentliche Leben. Die Militarisierung wird alles.“¹⁷ Demgegenüber ist Aggressivität eine „Grundeigenschaft“ *des Imperialismus*, eine bestimmte Form seiner Ökonomie und Politik.
3. Militarismus beinhaltet seinem allgemeinen Klasseninhalt nach im Interesse der jeweils herrschenden Klasse immer zwei Hauptzwecke: die Funktion gegen den äußeren Feind („Militarismus nach außen“) und die Funktion gegen die rechtlose Klasse („Militarismus nach innen“).¹⁸ Letztere Funktion erlangt im Imperialismus gegenüber der Arbeiterklasse ein besonderes Gewicht. Demgegenüber wird Aggressivität nicht als eine Herrschaftsfunktion „nach innen“ betrachtet. Aggressivität gilt eindeutig als eine Eigenschaft des Imperialismus „nach außen“.

Aus diesem Vergleich ergibt sich, daß Militarismus sowohl hinsichtlich seines historischen Ursprungs als auch in bezug auf seine gesellschaftliche Dimension weitaus umfassender anzusehen ist als Aggressivität. Es handelt sich bei Aggressivität gewissermaßen um wesentliche Aspekte des „modernen Militarismus“ in seiner Funktion „nach außen“.

Wenn wir das Verhältnis von Aggressivität und Friedensfähigkeit des Imperialismus analysieren, geht es also eindeutig nicht um das Gesamtproblem des Militarismus, sondern um einen — wenn auch wesentlichen — Ausschnitt. Bei seiner Fragestellung, ob der Kapitalismus ohne Militarismus existieren könne, verweist Michail Gorbatschow als erstes auf die Tatsache, daß im Imperialismus, in der Natur dieser Gesellschaft die größte Kriegsgefahr wurzelt. Das wichtigste Problem auch bei dieser Fragestellung ist die Frage nach der Friedensfähigkeit des Kapitalismus. Dann stellt er weiter die Frage, ob der Kapitalismus *ohne Militarismus ökonomisch funktionieren* und sich entwickeln kann.¹⁹ Auch an anderer Stelle, bei Kurt Hager, heißt es: „Bleibt also die Fra-

15 K. Liebknecht, Militarismus und Antimilitarismus unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung, Zürich 1908, S. 8.

16 W.I. Lenin, Der streitbare Militarismus und die antimilitaristische Taktik der Sozialdemokratie, in: Werke, Band 15, S. 187.

17 W.I. Lenin, Das Militärprogramm der proletarischen Revolution, in: Werke, Band 23, S. 78.

18 K. Liebknecht, Militarismus und Antimilitarismus, in: Ausgewählte Reden, Briefe und Aufsätze, Berlin/DDR 1952, S. 124.

19 M. Gorbatschow, Der Oktober und die Umgestaltung: Die Revolution wird fortgesetzt, in: Neues Deutschland, 3. II. 1987.

ge, ob ... eine Entwicklung des Kapitalismus ohne Wettrüsten und ohne totale Militarisierung der Wirtschaft möglich ist.²⁰ Beide neigen bei letzterer Frage einer bejahenden Antwort zu, indem sie auf die erfolgreiche ökonomische Entwicklung kapitalistischer Länder ohne große Rüstung sowie auf die wachsenden Belastungen der Volkswirtschaft infolge der Hochrüstung verweisen.

Bei der Beantwortung der Frage, ob der Kapitalismus ohne Militarismus existieren kann, sind verschiedene Aspekte zu berücksichtigen. Ökonomisch funktionieren kann der Kapitalismus auch ohne Rüstung; letztere ist keine objektive Notwendigkeit für das Funktionieren des Reproduktionsprozesses im heutigen Kapitalismus. Diese Erkenntnis wurde in der marxistischen Literatur schon vor zwei Jahrzehnten vertreten.²¹ Und Rüstung und aggressive Politik sind letztlich immer das Ergebnis *politischer* Entscheidungen — genauso wie Abrüstung und Entspannung. Die Beantwortung der generellen Frage, ob der Kapitalismus ohne Militarismus existieren kann, heißt — für die von uns hier betrachteten Zusammenhänge von Aggressivität und Friedensfähigkeit — genauer zu untersuchen, *welche Bedingungen und Möglichkeiten* zu erkennen sind, um aggressive Politik *auf Dauer zurückzudrängen* und gar zu verhindern. Hierbei ist von entscheidender Bedeutung, daß die heutige Situation völlig neue Bezüge, Rahmenbedingungen und Interessenlagen für den Imperialismus, aber auch für den Sozialismus in der Friedensfrage schafft. In den Existenzbedingungen des Imperialismus wirken im Nuklearzeitalter völlig neue Zwänge, die die Durchsetzung imperialistischer Interessen mit dem Mittel aggressiver Politik immer mehr in Frage stellen.

Veränderte Bedingungen für die Wirksamkeit aggressiver Politik

Wenn wir heute über das Verhältnis von Aggressivität und Friedensfähigkeit des Imperialismus sprechen, dann beziehen wir uns immer auf die neue Grundsituation, die neue Dimension der Friedensfrage im Nuklearzeitalter, d.h. auf die Gefahr der Vernichtung der Menschheit beim Einmünden des Wettrüstens in einen atomaren Krieg. Hier ist der entscheidende Einschnitt in der Gestaltung der Interessenlagen auch der Monopolbourgeoisie sowie in den Möglichkeiten einer Zurückdrängung aggressiver Politik imperialistischer Staaten zu sehen. Die Auseinandersetzung zwischen den Staaten der beiden Gesellschaftssysteme wird heute in einer zunehmend interdependenten Welt ausgetragen. Dies gilt für alle Sphären der internationalen Beziehungen — militärische, ökonomische, politische und ideologische. Hieraus ergeben sich wesentliche Auswirkungen auf die Interessenlagen der imperialistischen Staaten.

An erster Stelle steht natürlich die Gefahr der Selbstvernichtung der Menschheit, die mit einem Atomkrieg verbunden ist. In wachsendem Maße ergeben sich aber auch Gefahren aus anderen globalen Problemen. Dies gilt vor

20 K. Hager, Friedenssicherung und ideologischer Streit, Neues Deutschland, 28. 10. 1987.

21 Siehe z.B. E. Varga, Der Kapitalismus des 20. Jahrhunderts, Berlin/DDR 1962, S. 92; R. Gündel/H. Heininger/P. Hess/K. Zieschang, Zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, Berlin/DDR 1967, S. 95, 105 - 111.

allen für die Umweltproblematik, aber auch für die Erschöpfung von Rohstoffressourcen, die Energieproblematik sowie die Vernichtung der tropischen Regenwälder. Zu einem immer bedrohlicheren globalen Problem gestaltet sich das ökonomische Zurückbleiben der Entwicklungsländer. Schließlich erwachsen neue Probleme und wechselseitige Abhängigkeiten aus der Bewältigung der modernen Wissenschaft und Technik, aus der Möglichkeit technologischer Katastrophen. Die neue Dimension der Internationalisierung des Wirtschaftslebens erfordert zugleich einen bedeutenden Ausbau internationaler wie auch intersystemarer ökonomischer Zusammenarbeit.

Das Monopolkapital muß diese neuen Bedingungen bei der Durchsetzung seiner langfristigen Interessen in Rechnung stellen. „Zugleich gilt es zu erkennen, daß für das Monopolkapital eigene Interessen und Zwänge zur Lösung oder Milderung globaler Probleme entstehen.“²² Die Herstellung der annähernden militärstrategischen Parität zwischen der UdSSR und den USA, zwischen der NATO und dem Warschauer Vertrag hat hier als ein wesentlicher Hebel für das Ingangsetzen der Erkenntnisprozesse in der Monopolbourgeoisie gewirkt.

Aber die Hochrüstung hat auch innerhalb der imperialistischen Staaten — vor allem in den USA — zu neuen ökonomischen und politischen Widersprüchen geführt. „Nach wie vor ist der Drang der Rüstungsmonopole nach hohen Profiten aus der Herstellung von Vernichtungsmitteln und damit verbunden ihr Interesse an einer aggressiven militaristischen Politik eine starke Realität. Gleichzeitig sind breit gefächerte ökonomische Monopolinteressen außerhalb der Rüstung verankert. Sie stoßen zudem in ihrem Streben nach Sicherung ihrer Profite und Verbesserung ihrer Konkurrenzpositionen immer häufiger auf negative Rückwirkungen der Hochrüstung, die das Funktionieren des gesamten inneren und internationalen kapitalistischen Wirtschaftsmechanismus untergraben und deformieren. In diesen Widersprüchen, deren Stärke tendenziell zunimmt, und vor allem in der Verknüpfung der ökonomischen Konflikte mit dem Überlebensinteresse des Monopolkapitals sowie mit dem Einfluß des politischen Kampfes auf den verschiedenen Ebenen liegen die Ansatzpunkte für eine mögliche allmähliche Hinwendung größerer Teile des Monopolkapitals zu friedlicher Koexistenz, zur Verringerung der Rüstung und zu einer langfristigen Zusammenarbeit mit den Staaten des sozialistischen Systems.“²³

Dieser Prozeß einer Umschichtung der Interessenlagen des Monopolkapitals, wie er aufgrund dieser neuen Bedingungen begonnen hat, ist der entscheidende Ansatzpunkt für eine Friedensfähigkeit des heutigen Kapitalismus. Damit ist nicht gesagt, daß der Imperialismus, die imperialistischen Staaten, bereits eine Friedenspolitik, eine Politik der aktiven friedlichen Koexistenz betreiben. Dies besagt nur, daß sich die *Möglichkeit* eröffnet, den Kapitalismus auf einen solchen Weg der Entwicklung zu bringen. Eine entscheidende Bedeutung haben dabei die wachsende Kraft und der zunehmende internationale

22 L. Maier, Das Monopolkapital und die Friedensfrage, in: IPW-Berichte, Heft 11/87, S. 2.

23 Ebenda, S. 10.

Einfluß des Sozialismus. Neben der Erlangung der militärstrategischen Parität ist es vor allem eine aktive, konstruktive und flexible Friedenspolitik der UdSSR und der anderen sozialistischen Staaten, die zur Beförderung dieser Entwicklung beitragen kann. Einen besonderen Stellenwert nehmen dabei die verschiedenen Formen einer verstärkten ökonomischen, wissenschaftlich-technischen und politischen Kooperation zwischen den Staaten unterschiedlicher Gesellschaftssysteme ein, die auf den Prinzipien der Gleichberechtigung, des gegenseitigen Vorteils und der Vertrauensbildung beruhen.

Hierin liegen die entscheidenden Zusammenhänge für gegenwärtige und mögliche weitere Veränderungen in den Interessenlagen des Imperialismus. Dabei muß man sich von der vereinfachten Vorstellung lösen, die noch immer anzutreffen ist, daß der Sozialismus den Imperialismus gewissermaßen von außen zur Friedensfähigkeit „zwingen müsse“. Die Zusammenhänge gestalten sich vielmehr so: Mit der Stärke des Sozialismus — militärstrategisches Gleichgewicht nur als Stichwort — sind wesentliche Voraussetzungen dafür entstanden, die heutigen Probleme der Weltentwicklung, die wachsende Interdependenz der Staaten der Monopolbourgeoisie immer deutlicher ins Bewußtsein zu rücken. Der Sozialismus wirkt insofern als ein *gewisser Katalysator* bestimmter neuer Interessenlagen, ihrer Perzeption und politischen Artikulierung. Die Politik der Länder des Sozialismus, diesen Prozeß durch ihr Verhalten, ihre Initiativen aktiv zu fördern, kann wesentlich zur Gestaltung einer tragfähigen Grundlage nicht nur für Friedensfähigkeit, sondern auch für aktive Friedensbereitschaft des Imperialismus, seiner herrschenden Kreise beitragen.

Im Ergebnis der neuen Bedingungen des Nuklearzeitalters, der veränderten Kräfteverhältnisse zwischen Sozialismus und Imperialismus, der sich daraus ergebenden Veränderungen in den Interessenlagen des Imperialismus und der Perzeption dieser Veränderungen in Teilen der Monopolbourgeoisie kann von einer „*prinzipiellen Friedensfähigkeit*“ des Imperialismus gesprochen werden. Um es noch einmal hervorzuheben: Sie bedeutet die *Möglichkeit*, einen solchen Zustand in der Strategie und Politik des Imperialismus zu erreichen, in dem aggressive Politik keinen bestimmenden Einfluß ausübt, d. h. die imperialistischen Staaten auf eine Politik der Kriegsdrohung, des Einsatzes militärischer Gewaltmittel sowie der Hochrüstung verzichten. Der Weg hierzu ist mit den ersten Schritten der Abrüstung geöffnet worden. Aber dies ist erst der Anfang einer langen Entwicklung. Gegenwärtig und für die unmittelbare Zukunft ist noch immer eine aggressive Politik die vorherrschende Tendenz in der äußeren Politik des Imperialismus. Kriterien hierfür sind das Festhalten an atomarer Rüstung und Abschreckung, an der Anwendung bzw. Androhung militärischer Gewalt und anderer Gewaltmittel gegenüber sozialistischen Staaten und Entwicklungsländern.

Gerade in letzterer Hinsicht zeigt sich die geringste Veränderung in der Politik des Imperialismus. Gegenüber Entwicklungsländern ist nach wie vor die Anwendung militärischer Gewalt und anderer politischer Gewaltmittel ein wesentliches Element der Außenpolitik imperialistischer Staaten, vor allem der USA.

Aggressivität wird heute immer stärker im wesentlichen auf jene Kreise bezogen, die innerhalb der Monopolbourgeoisie eine Politik der militärischen

Konfrontation und der weiteren Forcierung der Hochrüstung vertreten. Dies zielt auf die Kennzeichnung der Hauptgegner der Entspannung, der Hauptrepräsentanten der Aggressivität des Imperialismus. So lesen wir immer häufiger in den Beiträgen zur gegenwärtigen Auseinandersetzung um Abrüstung und Entspannung, daß es sich um die aggressiven Kräfte des Imperialismus, die aggressiven Kreise, die aggressiven Gruppierungen innerhalb des USA-Imperialismus und der NATO, vor allem in Gestalt des Militär-Industrie-Komplexes handelt, die als Feinde, als Gegner des friedlichen Lebens der Menschheit zu bekämpfen sind. Diese Kräfte gilt es zu isolieren, und immer breitere Kreise gilt es für eine Koalition der Vernunft und des guten Willens zu gewinnen.

Damit ist auch klar, daß eine solche Kennzeichnung aggressiver Politik und aggressiver Kreise des Imperialismus eine ganze Palette der Wechselbeziehungen von Ökonomie und Politik und der Differenzierungsprozesse innerhalb der Monopolbourgeoisie der kapitalistischen Staaten umfaßt. In den imperialistischen Ländern bildet sich ein kompliziertes Geflecht aus widerstreitenden Interessen, vertreten von verschiedenen politischen Kräften, Regierungen, Parteien, Verbänden usw., in deren Aufeinanderwirken sich entsprechend den politischen Kräfteverhältnissen aggressive Politik als maßgebliche Politik herausbildet bzw. nicht zur Geltung gelangen kann.

Die Auseinandersetzungen hierüber werden maßgeblich durch Veränderungen in den ökonomisch-politischen Interessenlagen (z.B. verstärkte Widersprüche und ökonomische Lasten der Hochrüstung, veränderte Struktur des Rüstungskapitals), durch „nationale“ Besonderheiten und Rivalitätsbeziehungen zu anderen kapitalistischen Staaten, durch veränderte äußere Existenzbedingungen, durch Auswirkungen ökonomischer und politischer Labilität in den einzelnen Ländern und durch andere Faktoren beeinflusst. Imperialistische Grundinteressen und spezifische Interessen überlagern sich hierbei. Die konkreten Ansatzpunkte für eine Politik gegenüber einzelnen imperialistischen Staaten bzw. Kreisen der Monopolbourgeoisie ergeben sich aus dieser Vielfalt und Widersprüchlichkeit der Bestimmungsfaktoren aggressiver Politik. Immer wichtiger wird daher die Frage nach der Differenzierung innerhalb der Monopolbourgeoisie, nach den Interessenlagen und Interessen, den politischen Mechanismen der Umsetzung dieser Interessen und damit nach der Möglichkeit der Einwirkung auf die innenpolitischen Kräfteverhältnisse als entscheidende Fragen der Durchsetzung einer Politik der friedlichen Koexistenz.

Dabei darf man nicht die Illusion haben, daß dieser Prozeß ohne Rückschläge, neue Komplikationen und gefährliche Zuspitzungen in den internationalen Beziehungen ablaufen wird. Zu stark sind die Kräfte, die nach wie vor auf Konfrontation und Hochrüstung setzen. Dennoch zeigen die Zusammenhänge zwischen Aggressivität und Friedensfähigkeit, daß der Spielraum für eine Einengung und Zurückdrängung aggressiver Politik des Imperialismus eher größer wird und damit neue Möglichkeiten für eine dauerhafte Sicherung des Friedens, für Abrüstung und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den Staaten erschlossen werden.

Entwicklungsprobleme der Dritten Welt und internationale Solidarität im Zeichen neuen Denkens

Zur Herausbildung eines „neuen Internationalismus“

Rainer Falk

1. Defizite traditionell-marxistischer Entwicklungstheorie — 2. „Globale Probleme“ und Krise der Dritten Welt — 3. „Neuer Kolonialismus“: Herausforderungen für den Internationalismus der Linken — 4. Neues Denken und Dritte-Welt-Politik der UdSSR — 5. Für einen neuen Internationalismus der Linken in den Metropolen

„Auf die historische Bühne — sei es im Osten oder im Süden, im Westen oder im Norden — sind Hunderte Millionen Menschen, sind neue Nationen und Staaten, neue gesellschaftliche Bewegungen und Ideologien getreten. In den breiten, nicht selten stürmischen Volksbewegungen kommt in all seiner Widersprüchlichkeit der Drang nach Unabhängigkeit, Demokratie und sozialer Gerechtigkeit zum Ausdruck. Die Idee der Demokratisierung der gesamten Weltordnung ist zu einer mächtigen sozialen und politischen Kraft geworden.“

M.S. Gorbatschow am 7. Dezember 1988 vor der UNO

Die kritische sozialwissenschaftliche Beschäftigung mit Problemen der Dritten Welt ist heute allenthalben durch weitgehende Ernüchterung und tiefgreifende Verunsicherungen gekennzeichnet. Dies gilt für die theoretischen Analyseansätze ebenso wie für die angebotenen strategischen Konzepte. Für die neuere entwicklungstheoretische Diskussion an den Hochschulen läßt sich eine Trendverschiebung konstatieren, die durch „die stärkere Gewichtung von innenpolitischen („endogenen“) Faktoren, die Abwendung vom dependenz- und imperialismustheoretischen Focus des Weltmarktes und die Hinwendung zur Analyse der entwicklungspolitischen Steuerungs- und Handlungsdefizite der ‚schwachen Staaten‘ in der Dritten Welt“ gekennzeichnet ist¹. Wo vor Jahren noch ambitionierte entwicklungspolitische Globalstrategien (Stichworte etwa: „Dissoziation vom Weltmarkt“, Neue Weltwirtschaftsordnung) das Feld der

¹ Franz Nuscheler, Entwicklungslinien der politikwissenschaftlichen Dritte-Welt-Forschung, in: ders. (Hg.), Dritte-Welt-Forschung. Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik (= PVS-Sonderheft 16), Opladen 1985, S. 8.

Diskussion beherrschten, hat sich Skepsis ausgebreitet und zur eher pragmatischen Beschäftigung mit Einzelproblemen geführt, bisweilen auch zur Rückkehr zur einstmals heftig kritisierten bürgerlichen Modernisierungstheorie oder gar zu abrupt-radikalen Frontenwechseln.²

So problematisch dieser „chamäleonhafte“ Hang zum Paradigmenwechsel ist³, so wenig Anlaß zur Selbstzufriedenheit besteht allerdings für diejenigen, die über Jahre hinweg an traditionellen imperialismustheoretischen Deutungsmustern festgehalten und die politisch-sozialen Prozesse in der Dritten Welt nur allzu oft einseitig im Raster eines mehr oder weniger linearen Fortschrittskonzepts interpretiert haben. Betrachtet man z.B. die neuere Debatte unter sowjetischen Dritte-Welt-Forschern⁴, so wird schnell klar: In Frage steht nicht nur, ob in bezug auf das eine oder andere Entwicklungsland Fehleinschätzungen oder -prognosen getroffen wurden, sondern die Tragfähigkeit bisheriger analytischer und strategischer Grundkonzepte angesichts heutiger Wirklichkeiten. Notwendig —und bereits im Gange — ist eine Neubewertung des Stellenwerts und der Entwicklungsprobleme der Dritten Welt.

1. Defizite traditionell-marxistischer Entwicklungstheorie

Jahrzehntelang wurden politische und soziale Entwicklungsprozesse in der Dritten Welt vorrangig im Kontext jenes traditionellen Epochenbegriffs verortet, der im welthistorischen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus die entscheidende Determinante der Weltentwicklung seit der Oktoberrevolution sieht. Befreiungskämpfe, die auf dem Boden der durch kolonial-kapitalistische und imperialistische Durchdringung hervorgebrachten Widersprüche überall autochthon entstanden waren und sich entwickelten, wurden so vor allem als abhängige Funktion und Variable der globalen Systemauseinandersetzung wahrgenommen. Sie galten als „Spiegelbild für den Stand, den die revolutionären und demokratischen Kräfte des Antiimperialismus *in ihrer Gesamtheit* bei der Durchsetzung des Epochencharakters, damit bei der Lösung des Grundwi-

2 Vgl. dazu die Beiträge von Gerhard Hauck, Thomas Hurtienne und Dirk Messner, in: „blätter des iz3w“, Nr. 154, Dez. 1988-Jan. 1989 (Heftschwerpunkt: Dependenztheorie am Ende?); Beispiele für Frontenwechsel auf der politischen Ebene sind u.a. Régis Debray, dessen politischer Weg von der Seite Ernesto Che Guevaras zum Präsidentenberater François Mitterands führte und der sich in dieser Funktion zuletzt in der Rechtfertigung des französischen Kolonialismus in Neukaledonien hervortat, oder auch André Glucksmann, der von einem Maoisten zu einem der führenden „nouveaux philosophes“ wurde. Vgl. dazu die Thesen von Dieter Boris über das Verhältnis von progressiver, linker Intelligenz und Problemen der Dritten Welt unter dem etwas irreführenden Titel: Unterentwicklung als globales Problem und Herausforderung für die Wissenschaften in den Metropolen, in: Hochschule — Wissenschaft — Gesellschaft im Jahr 2000. Materialien einer Konferenz des MSB Spartakus unter Beteiligung des IMSF, Bonn 1988, S. 131 ff.

3 Siehe auch den Aufsatz von Gilbert Ziebur, in: Prokla, Nr. 70/März 1988.

4 Siehe z. B. das Expertengespräch mit Irina Sorina, Nikolai Karagodin, Wladimir Choros und Viktor Schejnis, in: Neue Zeit, Moskau, Nr. 44/Okttober 1988 und Nr. 52/Dezember 1988.

derspruchs zwischen Sozialismus und Imperialismus im Weltmaßstab wirklich bereits erreicht hatten“.⁵

Wenn dies als Deutungsmuster für politische und soziale Prozesse in der Dritten Welt heute zu Recht hinterfragt wird, so nicht, weil in Abrede zu stellen wäre, daß die sozialistischen Umwälzungen, zuerst in Rußland, nach dem Zweiten Weltkrieg auch in anderen osteuropäischen Ländern und in China, einen mächtigen Impuls für die antikolonialen Bewegungen in Afrika und Asien darstellten. Vielmehr fragt sich *erstens*, ob der zugrundeliegende Epochenbegriff angesichts abnehmender weltweiter revolutionärer Dynamik nicht selbst obsolet geworden ist.⁶ Und *zweitens* ist die Unterordnung politischer und sozialer Kämpfe in der Dritten Welt unter die Systemauseinandersetzung ganz grundsätzlich deshalb in Zweifel zu ziehen, weil sie den Blick für die eigenständige Qualität der dortigen Entwicklungen verstellt. Der sowjetische Entwicklungsländerexperte G. Mirskij hat dieses lange Zeit vorherrschende (und auch heute noch anzutreffende) reduktionistische Dritte-Welt-Verständnis kürzlich mit Hilfe einer Metapher deutlich gemacht: „Zwei Schalen einer Waage: die eine symbolisiert den Kapitalismus, die andere den Sozialismus. Und das Gewicht, das das Pendel zum Ausschlagen bringt, heißt Dritte Welt.“⁷

Das Festhalten an den genannten Konzepten hatte für die theoretische Analyse gesellschaftlicher Vorgänge in den Ländern der Dritten Welt, vor allem hinsichtlich ihres Realitätsgehalts und ihrer prognostischen Tragfähigkeit, gravierende Konsequenzen. Sie lassen sich als systematische Überschätzung des in der Dritten Welt sich entwickelnden sozialrevolutionären Fortschrittpotentials zusammenfassen, die einhergeht mit einer systematischen Unterschätzung des kapitalistischen Weltmarktzusammenhangs und dessen ungenügender Vermittlung mit internen Klassenkonstellationen innerhalb der einzelnen Länder. Diese allgemeine Kritik soll im folgenden nur stichwortartig vertieft werden:

Dem traditionellen Epoche-Verständnis „als einer ständigen Einengung der Positionen des Kapitalismus, des Abfallens immer neuer Länder vom kapitalistischen System“⁸ entsprechend, wurde auch der Befreiungskampf in der Dritten Welt im wesentlichen als aufsteigende Linie mit mehr oder weniger ununterbrochener Dynamik interpretiert. Die reale politische und gesellschaftliche Entwicklung wurde im Raster eines idealtypischen Verlaufsmusters gesehen, bei dem auf den Kampf um nationale Unabhängigkeit und politisch-

5 Christian Mährdel, Nationale und soziale Befreiung in Asien und Afrika und der weltrevolutionäre Prozeß. Theoretisch-methodologische Überlegungen, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 8, 1/1985, S. 98. Hervorhebung im Original.

6 Vgl. dazu jetzt die Ausführungen in: Jörg Huffschild/Heinz Jung, Reformalternative. Ein marxistisches Plädoyer, Frankfurt/Main 1988, S. 12 ff.; auch: Peter Wahl, Internationalismus im Umbruch, in: Marxistische Blätter, 12/1988, S. 27 ff. und den Beitrag von Jürgen Reusch in diesem Band.

7 Zit. nach: Alain Gresh, L'union soviétique face au conflits régionaux: Une diplomatie à l'épreuve du tiers-monde, in: Le Monde Diplomatique, Paris, Dec. 1988, S. 10.

8 So G. Diligenski, Revolutionstheorie und die Gegenwart, in: Weltwirtschaft und internationale Beziehungen, 3/1988, zit. nach: Huffschild/Jung (Anm. 6), S. 15.

staatliche Selbständigkeit „gesetzmäßig“ der Kampf um ökonomische Unabhängigkeit und soziale Emanzipation (und schließlich um den Sozialismus) folgt. Hierfür gab es zwar in der Realität zu einem bestimmten Zeitpunkt durchaus Anhaltspunkte; aber aus heutiger Sicht ist dieser Standpunkt kaum noch aufrecht zu erhalten.⁹ Zumindest müßte erklärt werden, wieso etwa die ökonomische Situation sich oftmals gerade in den Ländern besonders katastrophal ausnimmt, die in der Propagierung der genannten Etappenziele als besonders konsequent anzusehen sind.

Schon im Theorie-Konzept des „nichtkapitalistischen Entwicklungswegs“, das später vielfach modifiziert und differenziert wurde (vom „sozialistisch orientierten Entwicklungsweg“ bis zum Weg „sozialistischer Entwicklung“), war eine „Kluft zwischen Theorie und Praxis“¹⁰ unübersehbar geworden. Mit dem Verweis auf programmatisches Selbstverständnis und verbale Deklarationen der jeweiligen politischen Führungskräfte konnten die Schwachstellen des theoretischen Ansatzes zwar zeitweilig überdeckt und auch dem staatspolitischen Bedürfnis nach diplomatischer Rücksichtnahme genüge getan werden. Als jedoch in immer mehr Ländern die Entwicklung einen anderen — als den durch die Theorie vorgezeichneten — praktischen Verlauf nahm und in einer Reihe von Fällen abrupte außen- und innenpolitische Kurswechsel (Ägypten, Somalia) stattfanden, traten auch die theoretischen Defizite deutlich hervor: Die klassenmäßige Ambivalenz sowohl des staatlichen Sektors in der Wirtschaft¹¹ als auch der Staatsmacht generell und der sie tragenden klassenübergreifenden Koalitionen oder intermediären Schichten war zumeist einseitig (und zweckoptimistisch) im Sinne der darin angelegten Möglichkeit einer auf den Sozialismus orientierten Entwicklung analysiert worden, während deren (prinzipiell ebenso denkbare) Funktion als Wegbereiter oder sogar Akzeleratoren kapitalistischer Gesellschaftsverhältnisse allenfalls benannt worden war, für die Mehrzahl der konkreten Analysen jedoch keine Relevanz hatte.¹²

Die Kehrseite dieses Ansatzes, der gesellschaftlichen Fortschritt mit *nicht* kapitalistischen Entwicklungsoptionen identifizierte, bestand daher notwendigerweise in der Unterschätzung des kapitalistischen Entwicklungspotentials in der

9 Siehe z.B. auch meine Analyse über „Politische Entwicklungstendenzen und soziale Grundlagen der nationalen Befreiungsbewegung in Afrika“, in: Rainer Falk / Peter Wahl (Hg.), *Befreiungsbewegungen in Afrika*, Köln 1980, S. 13 ff., deren optimistische Grundhaltung durch die seither eingetretene reale Entwicklung nicht bestätigt wurde.

10 So schon für: Salim Ibrahim / Verena Metze-Mangold, *Nichtkapitalistischer Entwicklungsweg. Ideengeschichte und Theorie-Konzept*, Köln 1976, S. 120.

11 „Ich möchte darauf hinweisen, daß der Beifall, mit dem wir jede größere Nationalisierung in der ‚Dritten Welt‘ feierten, daß die unverdrossene Apologie einer Erweiterung des staatlichen Sektors sich völlig in unsere allgemeine politökonomische Konzeption einfügte: Staatseigentum als höchste Form der Vergesellschaftung, Auslandskapital als Feind, den man bestenfalls noch einige Zeit zu tolerieren hatte, ökonomische Unabhängigkeit (im Streit darum, was das eigentlich bedeutet, wurden erhebliche Mengen von Druckerschwärze verbraucht) als höchster und vorrangiger Wert. In Wirklichkeit war alles viel komplizierter.“ (Viktor Schejnis, vgl. Anm. 4).

12 Vgl. Ibrahim / Metze-Mangold (Anm. 10), S. 113 ff. Diese Abhandlung ist immer noch der beste, in der Bundesrepublik erschienene Überblick über das Konzept des nichtkapitalistischen Entwicklungswegs.

Dritten Welt. In der Tradition der „klassischen“ Imperialismus- und Neokolonialismusanalyse galt das Hauptinteresse dem Nachweis vielfältiger Abhängigkeits- und Ausbeutungsstrukturen, die dem Kapitalismus in den Entwicklungsländern nur wenig Spielraum lassen. Jedoch verwies gerade der Differenzierungsprozeß unter kapitalistischen Entwicklungsländern (mit der Herausbildung sog. Newly Industrialized Countries in Ostasien, Schwellenländern in Lateinamerika, LLDC's usw.) auf die Grenzen solcher Erklärungsschemata. Denn hier zeigte sich eine Varianzbreite kapitalistischer Entwicklungswege bei ähnlichen Weltmarktbedingungen, die mit dem Theorem neokolonialer Abhängigkeit allein kaum noch zu erklären war.

Offensichtlich sind auch unter den Bedingungen neokolonialer Weltmarktabhängigkeit unterschiedliche Formen der Verarbeitung dieser „äußeren“ Rahmenbedingungen möglich, wobei die interne Kräftekonstellation und die Politik der herrschenden Kräfte eine entscheidende Rolle spielt. Paradoxerweise lassen sich gerade in dieser Hinsicht gegen die traditionell-marxistische Entwicklungstheorie ähnliche Einwände vorbringen, wie sie gegenüber der von dieser oftmals als „ultralinks“ kritisierten funktionalistischen Variante der Dependenztheorie (Frank, Amin, Senghaas, Wallerstein) formuliert worden sind¹³: daß nämlich interne und externe Faktoren im Entwicklungsprozeß auf ungenügende Weise dialektisch miteinander vermittelt werden, daß den internen Klassenauseinandersetzungen keine entscheidende Rolle beigemessen wird, daß schließlich auch die Verantwortung der herrschenden „Eliten“ für Fehlentwicklungen weitgehend ausgeklammert bleibt. Sind letztere nicht schon wegen ihres verbalen Antiimperialismus gegenüber Kritik abgeschirmt, so erscheinen sie zumindest als unschuldige Opfer des Imperialismus. Dies mag überspitzt formuliert sein, ist aber als Grundtendenz in zahlreichen Einschätzungen der Vergangenheit (vom Peronismus bis zu Idi Amin) nachweisbar und aufs engste verknüpft mit einer „festverankerten Tradition“, „die ökonomischen wie auch alle anderen Schwierigkeiten der Entwicklungsländer vorwiegend durch das Prisma ungünstiger äußerer Einwirkungen, des kolonialen Erbes, neokolonialer Ausbeutung, der Einwirkung multinationaler Konzerne usw. zu betrachten“.¹⁴

Die Verengung des Blickwinkels auf die Systemauseinandersetzung sowie eindimensionale, schablonenhafte Erklärungsmuster hatten gleichzeitig zur Folge, daß Widerspruchskomplexe und Bedrohungspotentiale, die sich „quer“ oder jenseits zu dieser „Hauptachse“ herausbildeten, nicht oder erst mit erheblicher Verspätung im Vergleich zu anderen wahrgenommen wurden: Das betrifft zum einen soziale und politische Konfliktfaktoren in der Dritten Welt selbst, die sich nur schwer bzw. nur sehr vermittelt mit den herkömmlichen Kategorien des Antiimperialismus fassen ließen: etwa die zunehmende Bedeutung regionaler Hegemoniekämpfe, die Häufung vornehmlich ethnisch und/oder ideologisch-religiös motivierter Auseinandersetzungen (Islam-Renaissance!) usw. Zum anderen gilt dies auch für globale Problemkomplexe länd-

¹³ Vgl. hierzu vor allem Hurtienne und Messner (Anm. 2).

¹⁴ Karagodin (Anm. 4).

kontinent- und vor allem systemübergreifenden Charakters. Gerade die Rede von den globalen Problemen, die sich heute unter MarxistInnen höchster Beliebtheit erfreut, und die These von den trotz aller Asymmetrien wachsenden gegenseitigen Abhängigkeiten im internationalen System (Interdependenz) wurden lange Zeit als „hinterlistige Intrige der Klassengegner“¹⁵ oder als die realen Machtverhältnisse nur verschleiernde Konzepte¹⁶ abgelehnt. Die theoretischen Schwierigkeiten bei der Analyse globaler Probleme ergeben sich offensichtlich gerade daraus, daß sich ihre Zuspitzung zwar unter den Bedingungen kapitalistischer Globalität vollzieht, eine auf den traditionellen imperialismustheoretischen Verursachungszusammenhang beschränkte oder reduzierte Argumentation jedoch weder in der Lage ist, die kumulativen, sich selbst verstärkenden Wirkungen der globalen Probleme, noch ihre tieferliegenden Verknüpfungen mit gesellschaftlichen Krisenprozessen hinreichend zu erklären.

2. „Globale Probleme“ und Krise der Dritten Welt

Bedrohungen und Gefährdungen globaler Art werden gemeinhin in drei Problemkomplexen gesehen:¹⁷

(1) Das betrifft natürlich erstens *die Problematik der in den Rüstungen in West und Ost aufgehäuften Zerstörungspotentiale* mit ihren negativen Effekten auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung und der damit prinzipiell gegebenen Möglichkeit zur Vernichtung der menschlichen Existenz schlechthin.

(2) Das betrifft zweitens *die Bedrohung und Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit*, angefangen bei der Verschmutzung der Umwelt, über die Aufheizung der Atmosphäre, die Zerstörung tropischer Regenwälder mit ihren unkalkulierbaren Auswirkungen auf die globale Klimaentwicklung, die Überausbeutung regenerierbarer und nichtregenerierbarer Ressourcen, bis hin zu sich häufenden Technikkatastrophen vom Typ Tschernobyl und Harrisburg, Seveso oder Bophal.

(3) Schließlich *die Probleme der Dritten Welt*, wo sich die Überlebensfrage heute schon im wahrsten Sinne des Wortes für zwei Drittel der Menschheit stellt und die nicht nur wegen der Dimension des Problems, sondern auch insofern von globaler Bedeutung ist, als relative Wohlstands- und Stabilitätsinseln in einer Umwelt sich selbst verschärfender Widersprüche auf Dauer nicht möglich sein werden.

15 So im selbstkritischen Rückblick: Wadim Sagladin, *Mit Vernunft und revolutionärer Gesinnung*, in: Prawda, deutsche Ausgabe, Wien, 13. 6. 1988.

16 Dieser Aspekt dominierte z.B. auch noch unsere Kritik des „Brandt-Berichts“; vgl. Rainer Falk/Dieter Boris/Hans Mayer, „Das Überleben sichern“. Fortschritte und Grenzen im Nord-Süd-Bericht, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 6/1980, S. 667 ff.

17 Zur marxistischen Diskussion über globale Probleme vgl. auch: Iwan Frolow/Wadim Sagladin, *Globale Probleme der Gegenwart*, Berlin/DDR 1982; Hermann Bömer, *Die drohende Katastrophe — Globale Probleme der Menschheit*, Frankfurt/Main 1984; seither sind die Arbeiten hierzu kaum noch zu überblicken.

Verschiedentlich werden auch die „Bevölkerungsexplosion“ und die weltweite Ressourcenverknappung als eigenständige globale Probleme genannt. Doch dies scheint mir wenig stichhaltig, ist doch die Bevölkerungsentwicklung eine Funktion der Gesellschaftsentwicklung und die Ressourcenfrage aufs engste mit dem Problem rationaler oder irrationaler Produktivkraft- und Technikentwicklung verknüpft.

Allen diesen Problemkomplexen und ihrer Zuspitzung liegt eine tieferliegende, objektive Tendenz zugrunde. Diese äußert sich in der zunehmenden Internationalisierung von Produktions- und Lebensbereichen, in Prozessen wachsender, vor allem auch internationaler Vergesellschaftung im Zuge des wissenschaftlich-technischen Fortschritts (einschließlich der „Fortschritte“ auf dem Gebiet der Militärtechnologie) und führt zu wachsenden Interdependenzen von Interessen, Problemen und Problemlagen. Es ist diese objektive Tendenz wachsender Internationalisierung und sprunghafter Produktivkraftrevolutionierung, die auch der Krisenhaftigkeit kapitalistischer Entwicklung zugrundeliegt und über die folglich die Herausbildung globaler Bedrohungen und die kapitalistische Krisenentwicklung auf vielfältige Weise miteinander verknüpft sind.¹⁸ Die Crux liegt heute zum großen Teil darin, daß — bei wachsender Interdependenz von Problemen — die Steuerungs- und Regulierungskapazitäten, die zur Bearbeitung dieser Probleme zur Verfügung stehen, allenthalben abgenommen haben, teils im Ergebnis kapitalistischer Krisenentwicklung, teils aufgrund der kumulativen, sich gegenseitig hochschaukelnden Wirkungen der globalen Probleme selbst. Doch es ist zugleich eben dieses Feld von Widersprüchen, aus dem sich heute die Ansatzpunkte für alternatives (in der Perspektive auch systemüberwindendes) Handeln entwickeln lassen und in der täglich erlebten Praxis auch entwickeln. Insofern birgt der globale Problemkomplex auch neue Chancen gerade für die Entwicklung internationalistischer Politik und internationalistischen Bewußtseins.

Hermann Bömer hat in einem kürzlichen Diskussionsbeitrag¹⁹ zu Recht darauf verwiesen, daß es notwendig ist, die Diskussion globaler Probleme konkret-historisch und auf empirischer Grundlage anzugehen. So gesehen, erscheint uns die Dritte Welt heute zunächst (und vor allem) als Konglomerat von Krisensyndromen. Hungerkrise und Schuldenkrise sind hierfür nur die sichtbarsten Auswüchse (mit starker Medienaktualität in den letzten Jahren). Dahinter steht eine allgemeine Wachstums- und Entwicklungskrise, deren wesentliches Kennzeichen nicht nur im Zurückbleiben der Ergebnisse der wirtschaftlichen Entwicklung hinter den Erwartungen, sondern auch (und vor allem) darin besteht, daß die jahrzehntelang zugrundegelegten Leitvorstellungen von Entwicklung selbst obsolet geworden sind. Dies betrifft natürlich im wesent-

¹⁸ Auch die Krisen- und Vorkrisenprozesse in den sozialistischen Ländern sind offensichtlich wesentlich im weiteren Kontext einer Zivilisationskrise zu betrachten, die auf die Schwierigkeiten bei der Bewältigung von Problemen der wissenschaftlich-technischen Revolution zurückzuführen ist. Vgl. dazu u.a.: Alexander Bowin, Perestroika: Die Wahrheit über den Sozialismus, in: Juri Afanassjew (Hg.), Es gibt keine Alternative zu Perestroika; Glasnost — Demokratie — Sozialismus, Nördlingen 1988, S. 600 ff.

¹⁹ Vgl. „Unsere Zeit“ v. 12. 10. 1988.

lichen die Paradigmen kapitalistischen Wachstums, aber auch die ehrgeizigen Entwicklungsziele unter sozialistischem Vorzeichen müssen heute in vielen Fällen als gescheitert angesehen werden.

Die *ökologische Krise* treibt in der Dritten Welt auf Ausmaße zu, die die Dimensionen der Umweltzerstörung, wie wir sie aus eigener Erfahrung kennen, heute schon bei weitem übertreffen. Im Gegensatz zu den Industrienationen beruht die ökologische Problematik der Dritten Welt nicht allein auf dem Zerstörungspotential des technologischen Fortschritts und dessen ungeplanter bzw. verantwortungsloser Anwendung angesichts steigender Bevölkerungszahlen, „sondern auch auf elementarer Armut (die ihrerseits die Bevölkerungszunahme wesentlich mitbedingt)“.²⁰ Vielerorts ist alles dies mit einer *politischen Krise* der Herrschaftssysteme verbunden, was sich in wachsender Unkontrollierbarkeit gesellschaftlicher Prozesse bis hin zur Auflösung elementarster staatlicher Strukturen und/oder in einer Tendenz zu diktatorischen Regierungen äußert. Schließlich dürfen eine Reihe von *Regionalkrisen* nicht vergessen werden, die sich vor dem Hintergrund zunehmender Militarisierung und von Faktoren, die sich traditioneller Erklärungsschemata des Anti-imperialismus weitgehend entziehen, in zahlreichen regionalen Kriegen und Konflikten entladen.

Es ist deutlich, wie sehr sich das Bild in nicht allzu langer Zeit geändert hat. Während es noch Anfang der siebziger Jahre so ausgesehen hatte, als würde der Befreiungskampf der Dritten Welt in eine neue Etappe eintreten, als würde über kurz oder lang eine Neue Internationale Wirtschaftsordnung an die Stelle der alten, aus der Kolonialzeit überkommenen Abhängigkeitsverhältnisse treten, so scheint heute eher das Gegenteil eingetroffen zu sein: Mehr als jemals zuvor sind die Länder und Völker der Dritten Welt in ihren Lebens- und Entwicklungsperspektiven von Einflußfaktoren abhängig, auf die sie nur geringen oder überhaupt keinen Einfluß haben. Zinssätze, Rohstoffpreise, nichtäquivalenter Tausch — diese „ferngesteuerten Raketen“, wie Fidel Castro sagt, „töten bislang Millionen Menschen in der ausgeplünderten Welt. Sie bringen um durch Hunger, Krankheit, Arbeitslosigkeit und Kriminalität“. Es ist ein unerklärter „Dritter Weltkrieg“, ein ökonomischer Krieg, in dem die Menschen sterben, ohne daß ein einziger Schuß fällt.²¹

3. „Neuer Kolonialismus“ — Herausforderungen für den Internationalismus der Linken

Vorherrschend ist heute offensichtlich eine Tendenz zur „*Rekolonisierung*“ der Dritten Welt, die jeglichen Emanzipationsbestrebungen enge Grenzen setzt und selbst elementarsten Lebensinteressen ganzer Völker den Boden ent-

20 Manfred Wöhlcke, Der unterentwickelte Fortschritt. Umweltzerstörung und Ressourcenplünderung in der Dritten Welt, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 10/1988, S. 1210.

21 Vgl. Fidel Castro, in: Frankfurter Rundschau, 11. 12. 1985.

zieht.²² Dieser „neue Kolonialismus“ kann weder als bloße Fortschreibung dessen begriffen werden, was in den sechziger und siebziger Jahren als Neokolonialismus beschrieben wurde, noch als eine Art Neuauflage traditioneller imperialistischer Kolonialpolitik. Und dies nicht einmal so sehr deshalb, weil er die bislang dagewesenen Formen der Vorherrschaft und der Ausplünderung an Effizienz bei weitem übertrifft. Denn: *Erstens* ist dieser „neue Kolonialismus“ — so wie er sich herausgebildet hat und sich geriert — selbst noch Ausdruck eines tiefgreifenden Strukturbruchs im System der weltweiten kapitalistischen Akkumulation und der internationalen Beziehungen. Und *zweitens* zerstört er wesentliche Grundlagen des nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Nord-Süd- oder besser: West-Süd-Verhältnisses, wobei dieser Vorgang erstmals auch wieder die Stabilität und Lebensfähigkeit von gesellschaftlichen Strukturen in den Metropolen ernsthaft berührt.

In seinem Buch „La deuda externa de America Latina — el automatismo de la deuda“ beschreibt der lateinamerikanische Soziologe Franz Hinkelammert diese Veränderung so: Die Schuldenpolitik des Imperialismus stelle in Wirklichkeit „eine internationale Politik der weitestmöglichen Verhinderung oder Begrenzung der Entwicklung der unterentwickelten Länder (dar), um zukünftige Konkurrenten nicht zu fördern. Es ist eine Politik, die die unterentwickelten Länder auf eine Ergänzungsfunktion zu den entwickelten Ländern einzuschränken versucht, die in der Bereitstellung von Rohstoffen besteht, wobei die Naturzerstörung zugunsten der industrialisierten Länder eingeschlossen ist. Die Länder des Zentrums erhoffen sich von der Entwicklung der unterentwickelten Länder keine Vorteile mehr und stellen sich ihr jetzt entgegen. Sie polarisieren die Welt noch mehr und glauben, die unheilvollen Folgen einer Politik der brutalen Stärke beherrschen zu können.“²³

Genau das ist offensichtlich das Problem: Der mit dem kapitalistischen Wachstumsmodell der Nachkriegsperiode („Fordismus“ / „Keynesianismus“) einhergehende Neokolonialismus hatte auch für die Entwicklungsländer bis zu einem gewissen Grade Wachstums- und Entwicklungsgarantien bereitgehalten, die jedoch vor dem Hintergrund der Krise dieses Modells nicht mehr eingelöst werden können. Im Ergebnis kommt es zur Blockade von (ohnehin deformierten) Entwicklungsprozessen in der Dritten Welt, bisweilen auch zu Rückent-

22 Die Rekolonialisierungsthese wird heute von unterschiedlichen Seiten vertreten, mit Blick auf die Schuldenkrise und das IWF-Regime zum Beispiel vom ehemaligen Entwicklungsminister Erhard Eppler (vgl. IG Metall (Hg.), *Solidarisches Wirtschaften durch solidarisches Handeln. Wirtschaftspolitische Alternativen*, Materialband Nr. 3 der Diskussionsforen „Die andere Zukunft: Solidarität und Freiheit“, Köln 1988, S. 162), mit Blick auf den Export der Umweltkrise in die Dritte Welt als „ökologische Rekolonialisierung“ zum Beispiel von Ulrich Beck (vgl. *Gegengifte. Die organisierte Unverantwortlichkeit*, Frankfurt/Main 1988, S. 252). Sie steht nur dann im Gegensatz zu der oben betonten Rolle der internen Klassenkräfte im Entwicklungsprozeß, wenn diese als handelnde Subjekte ausgeblendet werden.

23 Vgl. den deutschsprachigen Auszug, in: *epd-Entwicklungspolitik*, 13/1988, S. D-r.

wicklungen in Form von Deindustrialisierungsprozessen und (Beinahe-)Zusammenbrüchen.²⁴

Infolge des inzwischen erreichten Grads der internationalen Verflechtung stellt sich das Problem der *Rückwirkungen internationaler Krisenprozesse auf die Systeme und Bevölkerungen in den kapitalistischen Zentren* heute jedoch auf besonders dringliche und neue Weise. In ihrer Verknüpfung mit globalen Problemlagen und vermittelt über einen gewandelten Typ der internationalen Akkumulation von Kapital bleiben die Metropolen von diesen Entwicklungen nicht verschont:

Die „*Neue Internationale Arbeitsteilung*“²⁵ hat in Verbindung mit der flächendeckenden Anwendung neuer Technologien zu struktureller Massenarbeitslosigkeit und neuer sozialer Armut in den Industrieländern geführt; die Armut — und zwar in krassen Formen, die viele bislang in die Dritte Welt verbannt glaubten — ist sozusagen in die Metropolen des Kapitals zurückgekehrt; zugleich ist der Wohlstand und Konsum des oberen Drittels der Gesellschaft in bislang kaum vorstellbare Dimensionen gewachsen (Yuppieisierung/DINKS = Double Income, No Kids etc.).

Die „*Neue Internationale Finanzordnung*“²⁶, die hinter dem Schuldenproblem sichtbar wird und sich in einer Verlagerung der „Investitionsschwerpunkte“ von der realwirtschaftlichen in die monetäre Sphäre bemerkbar macht, hat diese Entwicklungen weiter verschärft; in Verbindung mit dem reaktionär-monetaristischen und auf aggressive Behauptung von Weltmarktpositionen des jeweiligen Kapitals ausgerichteten Modernisierungskurs in der Wirtschaftspolitik wurden die Beschäftigungssysteme untergraben und die traditionellen sozialen Sicherungssysteme in den Metropolen weiter ausgehöhlt. Neue Formen sozialer Segmentierung (auch innerhalb der Arbeiterklasse) und der Ausgrenzung relevanter Bevölkerungsgruppen sind entstanden; ungeschützte, „flexibilisierte“ Beschäftigungsverhältnisse nahmen ebenso zu wie Formen der absoluten Verarmung und Verelendung. Dies alles hat die Kampf- und Handlungsbedingungen der Gewerkschaftsbewegung grundlegend verändert, zum Entstehen neuer so-

24 Vgl. dazu: Georg Simonis, Der Entwicklungsstaat in der Krise, in: Nuscheler (Anm. 1), S. 157. Der Aufsatz unternimmt einen der seltenen Versuche, die Entwicklung der Nord-Süd-Beziehungen der jüngeren Zeit im Lichte der französischen marxistischen Regulationsschule zu beleuchten; deren kritische Rezeption ist unter bundesdeutschen MarxistInnen immer noch ungenügend entwickelt.

25 Die Problematik dieser Begrifflichkeit, die immer nur eine Tendenz zum Ausdruck brachte, ist mir bewußt. Allerdings können ihre Urheber (Folker Fröbel/Jürgen Heinrichs/Otte Kreye, Die neue internationale Arbeitsteilung. Strukturelle Arbeitslosigkeit in den Industrieländern und die Industrialisierung der Entwicklungsländer, Reinbek bei Hamburg 1977) für sich in Anspruch nehmen, als eine der ersten auf die gravierenden Rückwirkungen der krisenhaften Internationalisierungsprozesse in den Metropolen verwiesen zu haben.

26 Damit soll hier vorläufig jener Prozeß bezeichnet werden, in dessen Gefolge es vor allem seit Anfang der 80er Jahre zur relativen Abkoppelung der monetären von der realwirtschaftlichen Akkumulation von Kapital kommt. In seinem Gefolge wird die Tendenz zu einer neuen internationalen Arbeitsteilung spürbar abgebrannt, wobei die verheerenden sozialen Auswirkungen in den Metropolen allerdings noch verstärkt werden.

zialer Bewegungen geführt und die Arbeiterbewegung insgesamt vor neue Herausforderungen gestellt.

Doch nicht nur die Arbeiterbewegung! *Die Entwicklungskrise der Dritten Welt erweist sich in dieser Perspektive nur als ein Moment einer umfassenden Krise des kapitalistischen ‚Regulationsmodus‘ der Nachkriegsperiode.* Diese schließt u.a. ein: die Krise der überkommenen Hegemoniestrukturen innerhalb des kapitalistischen Weltsystems mit den USA als unumstrittener Führungsmacht; die Heraufkunft neuer Machtzentren von der EG und Japan bis hin zum Aufstieg einer kleinen Gruppe „neu-industrialisierter“ Staaten, den sog. vier Tigern des ostasiatischen Raums; die fortschreitende Aushöhlung und Erschöpfung nationalstaatlicher und internationaler Steuerungskapazitäten, wie sie sich im Versagen der traditionellen Konjunkturpolitiken ebenso äußern wie in anhaltenden währungspolitischen Labilitäten, einer wachsenden Tendenz zu handelspolitischen Konflikten oder auch in den Turbulenzen des internationalen Kreditsystems.

Es ist offenkundig, daß die Linke angesichts einer solchen Konstellation nicht weniger, sondern mehr Internationalismus braucht. Ebenso offensichtlich sollte auch sein, daß dies ein neuer, auf die heutigen Bedingungen „zugeschnittener“ und aus den heutigen Widerspruchskomplexen heraus entwickelter Internationalismus sein muß — ein Internationalismus, der sich zum Beispiel nicht mehr beschränken kann auf die bilaterale Unterstützung einzelner Bewegungen an den „Brennpunkten“ oder auf die internationale Zusammenarbeit einzelner ideologischer Richtungen, etwa der kommunistischen oder sozialdemokratisch-sozialistischen Parteien.

Zwar bleiben internationale kapitalistische Ausbeutung und sich verschärfende soziale Widersprüche im Innern ein permanenter Nährboden für die Entstehung sozialer Befreiungsbewegungen. Die Sicherung des elementarsten Lebensrechts der in ihrer Mehrheit unterdrückten und abhängigen Bevölkerung der Peripherieländer bleibt unter diesen Bedingungen eine mobilisierende Vision des Befreiungskampfes. Die soziale Emanzipation der Menschen und Völker stößt jedoch immer deutlicher an die Grenzen „äußerer“, weltwirtschaftlich bedingter Zwangsverhältnisse. Der Kampf um eine neue Weltwirtschaftsordnung, das heißt um grundlegend neugestaltete internationale Rahmenbedingungen, bleibt deshalb ein aktuelles Problem der Dritten Welt, und nicht nur der Dritten!

Ein „neuer Internationalismus“ wird sich unter diesen Bedingungen nicht mehr nur negativ auf die Kritik des bestehenden Systems und der bestehenden Verhältnisse (im Sinne des traditionellen Antimperialismus) beziehen können, sondern überzeugende Gegenentwürfe, ebenso radikale wie realistische Alternativen zum herrschenden Status quo formulieren müssen. Er wird sich dabei zugleich und vorrangig an den Überlebenserfordernissen des Atomzeitalters zu orientieren haben.

4. Neues Denken und Dritte-Welt-Politik der UdSSR

Welche realen Ansatzpunkte gibt es für eine solche Politik? Die Politik der UdSSR in Bezug auf die Dritte Welt seit dem Amtsantritt von Michail Gorbatschow ist in vielerlei Hinsicht eine Reaktion auf diese neuen Herausforderungen, aber auch Möglichkeiten. Wodurch ist sie gekennzeichnet? Ohne dieses Thema an dieser Stelle umfassend, geschweige denn erschöpfend, behandeln zu können²⁷, sei doch auf einige zentrale Momente hingewiesen:

(1) — Neu ist zunächst die Perzeption von Dritte-Welt-Problemen durch sowjetische Wissenschaftler, Publizisten und Politiker; neu ist vor allem der *Realismus in der Einschätzung gesellschaftlicher Prozesse* in diesen Ländern: So problematisieren sowjetische Wissenschaftler heute zum Beispiel die früher vorherrschende Tendenz, „in jeder Aktion eines Entwicklungslandes, das sich gegen irgendeinen imperialistischen Staat richtet, die Offenbarung des Antiimperialismus und revolutionären Geistes“ zu sehen, wodurch nicht nur die Entwicklungsmöglichkeiten des Kapitalismus in der Dritten Welt unterschätzt, sondern auch unmittelbar außenpolitische Fehlentscheidungen (z. B. Afghanistan) begünstigt wurden. Oder: In Bezug auf die Thesen vom nichtkapitalistischen bzw. sozialistisch orientierten Entwicklungsweg wird kritisiert: „Leider wurden in der Mehrzahl der Arbeiten häufig Wünsche als Wirklichkeit ausgegeben.“²⁸ So fehlte der sowjetischen Entwicklungsstrategie z. B. auch ein triftiges Konzept landwirtschaftlicher Entwicklung — unter den Bedingungen von Unterentwicklung und Abhängigkeit zweifellos eine Schlüsselfrage.²⁹

Die Dritte Welt war offensichtlich nicht die unerschöpfliche Quelle neuer antiimperialistischer und sozialistischer Entwicklungen, für die man sie hielt. Die Durchsetzung solcher Modelle erwies sich angesichts der Dominanz kapitalistischer Strukturen im Weltwirtschaftssystem als äußerst schwierig, kostspielig und in vielen Fällen sogar unmöglich. Über bilaterale Schwerpunktsetzung der Hilfe auf fortschrittliche Entwicklungsländer — jahrelang das herausragende Merkmal der sowjetischen Dritte-Welt-Politik — konnte nicht gewährleistet werden, daß „die Idee des Sozialismus auf dem Planeten voranschritt“! Nebenbei bemerkt: Vieles Lamentieren über einen angeblichen Rückzug der Sowjetunion aus der Dritten Welt und einen angeblichen Verlust an Internationalismus, wie es bei einem Teil der „Altlinken“ hierzulande in Mode zu kommen scheint,

27 Vgl. deshalb als umfassendere Darstellungen meine beiden Aufsätze: Die Bedeutung des „Neuen Denkens“ für die Nord-Süd-Politik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 8/1987, S. 1055 ff.; und: Zusammenbruch oder neue Weltwirtschaftsordnung? Dritte Welt, Schuldenkrise und Nord-Süd-Dialog in Moskaus neuer Außenpolitik, in: AIB Dritte Welt Zeitschrift, 12/1988, S. 41 ff.

28 Vgl. dazu den Aufsatz des Mitarbeiters am Moskauer IMEMO-Institut R. Awakow, in: Weltwirtschaft und internationale Beziehungen, 11/1987, deutsch in: epd-Entwicklungspolitik, 9-10/1988; auch: Wjatscheslaw Daschtschew, Ost-West: Suche nach neuen Beziehungen. Über die Prioritäten in der Außenpolitik des Sowjetstaates, in: Sowjetunion Heute, Bonn, 8/August 1988.

29 Vgl. G. Mirskij, zit. nach: Klaus Fritsche, Zur sowjetischen Diskussion sozialistischer Entwicklungsstrategien, hektographiertes Manuskript. Vgl. auch: Winrich Kühne, Zur Krise marxistisch-leninistischer Modelle der wirtschaftlichen Entwicklung, in: epd-Entwicklungspolitik. Materialien VII/1986, S. 71 ff.

hängt offensichtlich damit zusammen, daß man sich standhaft weigert, diese Realitäten zur Kenntnis zu nehmen.

(2) — Neu ist — dies muß gerade gegenüber den letztgenannten Kritikern betont werden — auch der erhöhte Stellenwert, den Dritte-Welt-Probleme heute in der sowjetischen Außenpolitik einnehmen. Diese Aufwertung der Dritten Welt ist zwangsläufig, wenn deren Entwicklungskrise als globales Problem definiert und diesen globalen Problemen Vorrang eingeräumt wird. Die eindeutige Prioritätensetzung auf die Überlebensfragen beinhaltet konsequenterweise auch, daß beim Umgang mit Nord-Süd-Problemen von der ausschließlichen Betonung des Verursacher-Prinzips („Verantwortlich ist der Imperialismus“) Abschied genommen und eine eigene *Mitverantwortung in bezug auf die Problemlösung* anerkannt wird. Am spektakulärsten wurde dies bislang deutlich im sowjetischen Beitritt zum Gemeinsamen Fonds des Integrierten Rohstoffprogramms der UNCTAD, den die UdSSR jahrelang mit dem Hinweis auf eben die Verantwortlichkeit des Imperialismus und des kapitalistischen Weltmarktes für den Verfall der Rohstoffpreise abgelehnt hatte. Eben dies hatte aber zur Folge gehabt, daß die sowjetische Position im Nord-Süd-Dialog bei vielen Beobachtern als reiner Propagandismus erschienen war, eigene Initiativen im Nord-Süd-Dialog kaum ergriffen und so politische Eingriffsmöglichkeiten in ein wichtiger werdendes Feld der internationalen Auseinandersetzung verschenkt wurden.

(3) — Auch dies hat sich geändert: Mit dem Vorschlag zur Schaffung eines allumfassenden Systems der internationalen Sicherheit verfügt die UdSSR seit dem XXVII. Parteitag der KPdSU über *ein umfassendes Konzept zur Neugestaltung der internationalen Ordnung*, das Fragen der politisch-militärischen Sicherheit ebenso einschließt wie Probleme der ökonomischen und humanitären Sicherheit, die Unterstützung der Forderung der Dritten Welt nach einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung eingeschlossen. Dies geht davon aus, so Gorbatschow, daß „die Prozesse, die sich entfaltet haben, die Kraft eines objektiven Gesetzes (besitzen). Entweder der Zusammenbruch — oder gemeinsame Suche nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung, bei der den Interessen der einen, der anderen und der dritten Welt auf gleichberechtigter Grundlage Rechnung getragen wird“. Und er fügt hinzu, dabei gehe es um eine „historische Wahl, die von den Gesetzmäßigkeiten der in vieler Hinsicht interdependenten und ganzheitlichen Welt diktiert wird“. Auch der Kapitalismus stehe heute vor einer solchen Wahl, „entweder es auf eine Explosion ankommen zu lassen oder die Gesetze der interdependenten und ganzheitlichen Welt, die eine Interessensbalance auf gleichberechtigter Grundlage erfordert, in Betracht zu ziehen“.³⁰

30 Michail S. Gorbatschow, Rede zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution vom 2. November 1987, in: ders., „Zurück dürfen wir nicht“. Programmatische Äußerungen zur Umgestaltung der sowjetischen Gesellschaft, München 1987, S. 332. Der sowjetische Entwurf für ein „all-umfassendes System der internationalen Sicherheit“ ist inzwischen erneut weiterentwickelt worden, vor allem um Aspekte der „ökologischen Sicherheit“ und die Betonung der Notwendigkeit eines „prinzipiell neuen Typs des industriellen Fortschritts“ angesichts der „Widersprüche und Grenzen der traditionellen Industrialisierung“, deren „weitere Ausdehnung ‚in die Breite und in die Tiefe‘ zu einer ökologischen Katastrophe“ dränge (vgl. Rede Michail Gorbatschows vor der UNO-Vollversammlung, APN-Dokumente Nr. 59, Köln, 8. 12. 1988).

(4) — Natürlich steht das Bemühen um eine Wiederbelebung des Nord-Süd-Dialogs in engstem Zusammenhang mit der *neuen Radikalität*, mit der versucht wird, einen Abrüstungsprozeß in Gang zu setzen (Programm Atomwaffenfrei 2000). Dabei geht es nicht zuletzt um die *Freisetzung einer neuen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsdynamik* (Prinzip „Abrüstung für Entwicklung“); in vielerlei Hinsicht ist eine solche Umnutzung von Ressourcen im Weltmaßstab eine elementare Voraussetzung, um Problemlösungen für die Erste wie für die Dritte Welt zu finden.

Auch die Anläufe zur *politischen Lösung regionaler Konflikte* in der Dritten Welt folgen einem umfassenden sicherheitspolitischen Imperativ: Hier geht es nicht um bloße Konflikteindämmung. Eine realistische Analyse wird sogar davon ausgehen müssen, daß sich die Ursachen und Widersprüche, die solchen Konflikten zugrundeliegen, in Zukunft noch verstärken werden. Was aber im Atomzeitalter sicherheitspolitisch geboten ist, ist eine Abkoppelung solcher Konflikte vom Ost-West-Konflikt und den darin liegenden Gefahren für eine horizontale Eskalation mit weltweit verheerenden Konsequenzen. Dies wird auf mittlere Sicht auch Abkommen zur Begrenzung und Reduzierung von Waffenexporten in die Dritte Welt einschließen müssen.³¹

5. Für einen neuen Internationalismus der Linken in den Metropolen

Welche Konsequenzen ergeben sich für die Linke in den kapitalistischen Metropolen? Was die neueren Entwicklungen der sowjetischen Außenpolitik im allgemeinen und der Dritte-Welt-Politik im besonderen betrifft, so wird die Linke hierzulande diese zwar nutzen und die einzelnen Vorschläge der UdSSR aufgreifen können und müssen. Sie wird sich jedoch nicht auf deren „Propagierung“ beschränken können, sondern die eigentliche Herausforderung darin sehen müssen, mit *eigenen* Entwürfen und Konzepten zur Entwicklung und Realisierung der Vision einer neuen Weltordnung beizutragen.

Was die Entwicklungstendenzen in der Dritten Welt betrifft, so wird die metropolitane Linke ihre Hoffnungen weniger denn je auf revolutionäre Eruptionen der drei Kontinente setzen oder sich gar darauf verlassen können. Zwar wird die Krise *objektiv* immer größer. Was jedoch ihr Manifest-Werden, ihre Umsetzung in Veränderungen und Bewegungen betrifft, scheint große Nüchternheit geboten:

„Ein wichtiger Aspekt ist, daß sich im Verlaufe der Krise wie auch der Verarbeitung der Krise selbst und der Anpassungs- und Austeritätspolitik die Sozialstrukturen in diesen Ländern enorm verändert haben, und zwar in Richtung auf noch stärkere Desartikulierung der Strukturen der vorgefundenen Klassen und Schichten in dem Sinne, daß eine viel stärkere Atomisierung und Zersplitterung, Vereinzeln und Heterogenisierung stattgefunden hat ... Die großen

31 Zur Notwendigkeit der Abkoppelung regionaler Konflikte in der Dritten Welt vgl. als Stimme aus der Bundesrepublik jüngst auch: Dieter Senghaas, *Konfliktformationen im internationalen System*, Frankfurt/Main 1988, S. 157 ff.

Kollektive, die objektiv in der Lage wären, sich gegen diese Verelendungspolitik zu stellen und zu organisieren, sind zersplittert, und für die politischen Kräfte in den dortigen Ländern ist es eine große Herausforderung, diese Zersplitterung wenigstens abzumildern und eine einheitliche Oppositionskraft zu bilden.³²

Andere Aspekte, die in diesem Zusammenhang zu berücksichtigen sind, beziehen sich auf die abnehmende ökonomische Rolle der Entwicklungsländer insgesamt und die sich daraus möglicherweise für ihre politische Handlungsfähigkeit ergebenden Konsequenzen: Bei gleichzeitiger Vertiefung ihrer Abhängigkeit innerhalb des bestehenden kapitalistischen Weltwirtschaftssystems findet eine zunehmende reale Abkoppelung der Dritten Welt als ökonomisch bedeutende Kraft statt, die sich in abnehmenden Anteilen am Welthandel und an den internationalen Direktinvestitionen äußert und sich zukünftig im Gefolge der Entwicklung von Gen- und Biotechnologie und neuer Management-Techniken noch verstärken dürfte. Die Dritte Welt wird sozusagen „an den Rand“ gedrängt, wobei dieser neue Schub der Peripherisierung nicht ausschließt, daß ihr Anteil an der Schuldendienstzahlung, ihre Rolle als Ausbeutungsobjekt und auszubeutende Reserve zunimmt, wie sich vor allem im Zuge der Schuldenkrise gezeigt hat.³³

Dennoch gibt es reale Chancen für einen „neuen Internationalismus“ in den Metropolen. Zu Recht wird die Frage aufgeworfen, ob nicht die Herausbildung der globalen Probleme, der zugrundeliegende materielle Prozeß der Internationalisierung (auch und gerade weil er sich in kapitalistisch deformierten Bahnen vollzieht) „auch neue Formen von internationalistischem Bewußtsein — vielleicht könnte man es ‚planetarisches Bewußtsein‘ (Aitmatow) nennen — hervor(bringt), die von der Linken aufgegriffen und zu einem massenwirksamen Konzept von Neuem Internationalismus integriert werden können?“³⁴

Es ist kein Zufall, daß die Frage nach den „Chancen eines neuen Internationalismus“³⁵ kürzlich im praktischen Zusammenhang einer Kampagne anläßlich der Jahrestagung von Internationalem Währungsfonds und Weltbank in West-Berlin (September 1988)³⁶ aufgetaucht und sehr schnell zu einer Leitfrage für Diskussionsprozesse innerhalb der Dritte-Welt- und Solidaritätsbewegung geworden ist. Denn hier zeigte sich, daß kontinentübergreifende Probleme (wie die Schuldenkrise), wenn sie zum Gegenstand der politischen Auseinandersetzung hierzulande gemacht werden, in der Lage sind, Zehntausende für Problemlösungskonzepte, für konkrete Alternativen (in diesem Fall die Forderung nach Schuldenstreichung und einer Neuen Weltwirtschaftsordnung)

32 So Dieter Boris auf dem Internationalen Gegenkongreß anläßlich der Jahrestagung von IWF und Weltbank im September 1988 in West-Berlin, demnächst als Buch-Dokumentation bei Pahl-Rugenstein, Köln 1989.

33 Vgl. zum Beispiel: Gerd Junne, Neue Technologien bedrohen die Entwicklungsländer, in: Prokla, Nr. 60/1985, S. 142 ff.

34 Wahl (Anm. 6), S. 28.

35 Werena Rosenke, Chancen eines neuen Internationalismus. Rede für den Trägerkreis auf der Abschlußveranstaltung des Internationalen Gegenkongresses der IWF/Weltbank-Kampagne, in: „blätter des iz3w“, Nr. 153, November 1988.

36 Zur Einschätzung siehe: Rainer Falk, Die Vision eines „neuen Internationalismus“. Zwischenbilanz der IWF/Weltbank-Kampagne, in: AIB Dritte Welt Zeitschrift, 11/1988, S. 5 ff.

zu mobilisieren. Auch wenn der Diskussionsstand vorerst noch zu wenig entwickelt ist und sich „neuer Internationalismus“ vorerst noch wenig konkret und nur in Umrissen — eher als Hoffnung und Vision — darstellt, werden neue Formen des Denkens deutlich, die über einen einmaligen Aktions- und Kampagnenhöhepunkt hinausweisen:

(1) Unübersehbar war der häufige historische Bezug auf die Vietnam-Bewegung vor fast genau 20 Jahren. Dies jedoch nicht im Sinne nostalgischer Reminiszenzen, sondern verbunden mit dem Anspruch, die Jahrestagung von IWF und Weltbank über den unmittelbaren Anlaß hinaus zum Ansatzpunkt für die Entwicklung einer neuen, breiten internationalistischen Bewegung zu machen. „*Neuer Internationalismus*“ — das wurde begriffen *als Aufgabe gemeinsamen Suchens nach neuen Konzepten*, die dem gegenwärtigen Stand der internationalen Verflechtungen gerecht werden, nicht als Präsentation eines neuen Patentrezepts von irgendeiner Seite.

(2) Eng damit zusammen hängen Ansätze zu einer „neuen politischen Kultur“ der Linken, in der *Bündnispolitik als gemeinsamer Lernprozeß* verstanden wird. Dies schließt eine neue Breite von Allianzen ein, weit über den Kreis der traditionellen Solidaritätsbewegung hinaus. Vor allem aber zeigte sich dies in neuen Formen der Zusammenarbeit jenseits von altem „Spektrumsdenken“, Hegemoniebestrebungen und Fraktions-, „Hick-Hack“.

(3) Festzuhalten ist auch die vielfach geäußerte Erkenntnis, daß „*alte*“ und „*neue*“ *soziale Bewegungen* trotz aller Gegensätze darauf angewiesen sein werden, *eine gemeinsame Perspektive* zu entwickeln, wenn sie den Herausforderungen wachsender Internationalisierung und globalen Bedrohungslagen gerecht werden wollen. „Internationalismus“, so wurde formuliert, „muß integraler Bestandteil oppositioneller Politik ‚neuer‘ und ‚alter‘ sozialer Bewegungen in den Metropolen werden. Aufgabe der sozialen Bewegungen hier muß es sein, die eigene ‚Betroffenheit‘ in Beziehung zu setzen zu den Strategien imperialistischer Herrschaftssicherung und Kapitalinteressen.“³⁷

Letzteres verweist darauf, daß auch ein „neuer Internationalismus“ eine *gemeinsame Interessenbasis* braucht. Eine solche gemeinsame Interessenbasis kann nur über den Nachweis gefunden werden, daß sich und wie sich heute Interessenlagen von Mehrheiten weltweit miteinander verknüpfen. „Verknüpfen“ deutet in diesem Zusammenhang darauf hin, daß es sich weder um eine voraussetzungslose Übereinstimmung noch um einen unversöhnlichen Gegensatz von Interessenlagen handelt. Dies kann sicher nur über ein tieferes Eindringen in den Charakter der „globalen Probleme“ gelöst werden und erfordert *zugleich* eine exaktere Analyse sich verändernder globaler Akkumulationsstrukturen, wofür die oben gegebenen Verweise auf die „*Neue Internationale Arbeitsteilung*“ und die „*Neue Internationale Finanzordnung*“ nur erste (und was die Begrifflichkeit betrifft: hilfswiese) Anhaltspunkte sein können.³⁸

37 Rosenke (Anm. 35).

38 Zur Interessenlage der Arbeiterbewegung im Zusammenhang der Schuldenkrise und generell gegenüber der Dritten Welt siehe: Rainer Falk, Schuldenkrise und gewerkschaftliche Politik, in: Marxistische Blätter, 12/1988, S. 32 ff.; und Jörg Goldberg, Unterentwicklung — ein Verteilungsproblem?, in: ebenda, S. 36 ff.

Dies bedeutet aber auch, daß einem „neuen Internationalismus“ ein *erweiterter Interessenbegriff* zugrunde liegen wird: Zum einen wird die im traditionellen Antiimperialismus schon vom Begriff her gegebene Negativfixierung zugunsten einer positiven Zielbestimmung (im Sinne von Alternativen) überwunden werden müssen. Zum anderen wird ein „neuer Internationalismus“ auch die Verengung des Interessenbegriffs auf rein materiell-ökonomische Interessenlagen zugunsten der Aufnahme stärker moralisch-ethischer Imperative, bis hin zur Frage der eigenen Lebensweise, überwinden müssen.

In diesem Sinne bedarf es eines umfassenden Alternativansatzes, der sowohl die konkret-utopische Vision einer neuen Weltordnung als auch konkretisierte Antworten auf die Frage nach den ersten Schritten in diese Richtung einschließt. Wie diese Vision letztlich auf den Begriff gebracht wird, läßt sich heute nicht sagen. Sicher ist nur, daß vielerorts darüber nachgedacht wird, und daß dieses Nachdenken in einer offenen Debattenkultur zusammengebracht und produktiv gemacht werden muß. Wahrscheinlich ist, daß diese Vision *Elemente radikaler Demokratie, sozialer Gerechtigkeit, nationaler Unabhängigkeit, „In-Recht-Setzung“ von Frauen- und Subsistenzarbeit, Frieden und Ressourcenschonung* in sich aufnehmen wird.

Eine solche Perspektive wird notwendigerweise über das bestehende System hinausweisen müssen. Damit sie aber Platz greifen, d.h. Menschen in Bewegung setzen und verändernd wirken kann, muß an den heute erkennbaren Widersprüchen und Bruchstellen des *bestehenden* Systems angeknüpft werden können. Aus meiner Sicht sind das im wesentlichen Steuerungs- und Regulierungsdefizite, die sich vor dem Interessenhintergrund der Mehrheiten vor allem als mangelnde Gleichheit, ungenügende Partizipation und Demokratie darstellen. Konkrete Bruchstellen und Ansatzpunkte wären etwa: die Wiederbelebung des Entspannungsprozesses, die auch Raum schafft für einen „nord-süd-politischen“ Neuansatz; die Machtverschiebungen im Gefolge des Niedergangs der US-Hegemonie; die neuen Integrationsprozesse in der Dritten Welt selbst; schließlich auch das herrschende imperialistische Krisenmanagement, dessen Deregulierungskonzepte mehr und mehr an Grenzen stoßen.

Gemeinsam ist diesen Ansatzpunkten, daß sie auf die Notwendigkeit der Veränderung internationaler Machtverhältnisse verweisen. Die nächstliegende Perspektive — und zugleich die Chance eines Neubeginns im Sinne alternativer Entwicklungslogiken — liegt deshalb in der gemeinsamen Suche nach Konzepten der *umfassenden und radikalen weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Demokratisierung und Entmilitarisierung*, in denen vermeintliche Systemzwänge, überkommene Privilegien und Asymmetrien zugunsten von mehr gleichberechtigter Kooperation und demokratischer Kontrolle überwunden werden.³⁹

39 Zur näheren Begründung und Ausarbeitung eines Alternativ-Ansatzes im Bereich der Nord-Süd- und Entwicklungspolitik vgl.: Rainer Falk, Das Projekt Befreiungshilfe. Umriss einer alternativen Nord-Süd-Politik, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 2/1989; sowie mein 1989 erscheinendes Buch: *Befreiungshilfe. Alternativen der Entwicklungspolitik*, Köln 1989 (Pahl-Rugenstein).

Strukturwandel und Konzentrationsprozesse im militärisch-industriellen Komplex

Winfried Schwarz

1. Strukturverschiebungen in der Rüstungsindustrie — 2. Die Verwertung des Rüstungskapitals. Ein empirischer Vergleich — 3. Konzentration und Kooperation des westeuropäischen Rüstungskapitals. Die Fälle Daimler und Siemens — 4. Die Schlüsselrolle des Jäger-90 für Auf- oder Abrüstung

1. Strukturverschiebungen in der Rüstungsindustrie

Die Zeiten sind vorbei, in denen die Steigerung militärischer Zerstörungskraft durch rein zahlenmäßige Vermehrung von Kampfpanzern, Artilleriegeschützen, Militärflugzeugen oder Kriegsschiffen erfolgte. Wenn vor zwanzig Jahren die Verdopplung der Waffenzahl doppelte militärische Potenz erzeugte, so vervielfacht heute die Anwendung moderner Elektronik die Zerstörungskraft, ohne die Menge der Waffenträger zu ändern.

Rüstungselektronik

Den bei weitem größten Umsatzzuwachs erzielten 1987 lt. Tabelle 1 die Rüstungsbereiche derjenigen Unternehmen, die Elektronik für militärische Zwecke produzieren. Elektronik, nach den Worten des kürzlich ausgeschiedenen Rüstungsstaatssekretärs „ein phantastischer Markt“¹, wurde erstmals zum umsatzstärksten Rüstungsweig.

Diese Entwicklung ist kein Zufall des Jahres 1987, sondern drückt einen objektiven Strukturwandel aus. Gewiß: Der innerste Kern der Militärtechnik ist seit der Erfindung des Schießpulvers gleichgeblieben: Aus einer *Waffe* (z.B. Kanonenrohr) wird ein *Geschoß* (Munition) auf ein mehr oder weniger weit entferntes *Ziel* abgefeuert. Sämtliche militärtechnischen Entwicklungen seit dem Mittelalter sind ihrem Wesen nach Effektivierungen jenes simplen Grundvorgangs. Dies gilt auch für motorisierte Panzerfahrzeuge oder Flugzeuge, die seit diesem Jahrhundert als Waffenträger verwendet werden. Rüstungselektronik dient gleichfalls jener Wirksamkeitssteigerung. Der von ihr ausgehende Effizienzschub beim Waffeneinsatz ist allerdings so durchgreifend, daß er durchaus mit der geschichtlichen Ablösung des Hauens und Stechens durch Feuerwaffen verglichen werden kann.

Neu ist nicht, daß Flugzeuge, Kriegsschiffe, Kampfpanzer, Artilleriegeschütze umso wirksamer sind, je frühzeitiger und genauer sie ihre Gegner erfassen und je treffgenauer sie ihre Schußwaffen darauf richten. Neu ist, daß

1 M. Timmermann, in: wehrtechnik, 5/86, S. 27.

Tabelle 1: Branchenumsätze der 32 größten Rüstungsunternehmen der Bundesrepublik 1987 — über 150 Mio. DM Rüstungsumsatz (Angaben in Mio. DM)

Rüstungsbranche	1987	1986	Unterschied 87 zu 86	
Elektronik	5984	5366	+	618
Fluggerät	5547	5619	-	72
Panzerfahrzeuge	3244	4260	-	1016
Munition u. Waffen	2466	2327	+	139
Kriegsschiffe	1980	1650	+	330
Automobile	645	600	+	45
Summe	19866	19822	+	44

Einzelheiten und Quellennachweise: Tabelle A im Anhang. Nur die Rüstungsumsätze der 32 Einzelunternehmen, die in Tabelle A am Zeilenende mit einem Branchenzeichen versehen sind: E, F, P, M, S, A.

mit der Elektronik eine Technologie zur Anwendung kommt, die dies alles in Perfektion realisiert.

1. Elektromagnetische Sensoren bieten neuartige Möglichkeiten der Informationsgewinnung: Infrarot-, Radar-, UV-, Laser-, Sonar-, TV- oder Funkpeilungsanlagen entdecken, orten und verfolgen Ziele weit außerhalb der Augensicht — unabhängig von Wetter- und Lichtverhältnissen, im Wasser, zu Lande, in der Luft.²

2. Elektronische Rechner verarbeiten und bewerten die von den Sensoren gelieferten Zieldaten, die über digitalisierte Funk- und Fernmeldesysteme — praktisch ohne Zeitverzug — an die eigenen Waffenanlagen (bzw. ihre Einsatzleitung) übertragen werden.

3. Aus den empfangenen Daten und den Informationen über die eigene Abschußvorrichtung (z.B. Standort, Windstärke, Zustand der Munition usw.) ermitteln Computer die Schußwerte, mittels derer die Einsätze der Rohr- oder Raketenwaffen vom Träger aus (Flugzeug, Bodengerät oder Schiff) automatisch ins Ziel gelenkt werden.

Militärelektronik ist sensor- und rechnergelenkter Waffeneinsatz.

Es versteht sich, daß der eigene Waffenträger seinerseits Schutz vor der sensor- und rechnergesteuerten Bekämpfung durch die Gegenseite verlangt. Elektronische Warn-, Abhör-, Stör-, Täusch- und Gegenmaßnahmeanlagen bilden das sehr breite und geheimnisumhüllte Feld der „Elektronischen Kampfführung“ (EloKa).

Für das expandierende Geschäft mit Rüstungselektronik haben alle bedeutenden in der Bundesrepublik aktiven Elektrokonzerne besondere Rüstungsabteiler geschaffen. In der Regel handelt es sich bei elektronischen Rüstungsgütern um militärische Varianten bzw. Ableitungen aus der sonstigen Produktpalette des Konzerns —, die aber meist in besonderen Unternehmensbereichen entwickelt und produziert werden. An der Spitze steht die AEG, die sämtliche Waffenarten mit Komponenten ausstattet, vom Schiff bis zum Flugzeug.

² K. Fischer, Sensorik und ihre zukünftigen Möglichkeiten in der Wehrtechnik, in: wehrtechnik 10/86, S. 62 ff.

Wo von der Rüstungselektronik absolute Präzision und Zuverlässigkeit bei gleichzeitiger Miniaturisierung verlangt wird, wie bei Flugzeugen oder Lenkflugkörpern, da sind allerdings selbst die größten bundesdeutschen Unternehmen der Rüstungselektronik (AEG, Siemens) noch von US-Lizenzen abhängig (von Firmen wie Hughes, Raytheon, Texas Instruments usw.).

Die Elektronik hat an einem neuartigen Waffentyp mitgewirkt — an der Rakete. Ob Interkontinentalrakete oder Anti-Panzer-Lenkwanne, sie müssen im Flug grundsätzlich nachsteuerbar sein, und das erfordert elektronische Ausrüstung. Der Hauptaufwand der nichtatomaren Raketenproduktion gilt gegenwärtig Lenkflugkörpern, die sich über Sensor-Suchköpfe selbst ins Ziel steuern. Bei solchen Waffen beträgt der Kostenanteil der Elektronik rund 80 Prozent.³

Aber das Hauptfeld der Rüstungselektronik ist nicht die Schöpfung neuer Waffenarten. Der Hauptsache nach optimiert sie die Zerstörungskraft der bereits erfundenen. Als System von Sensoren und Rechnern läßt sie sich auf alle vorhandenen Waffensysteme anwenden. Rüstungselektronik gilt nicht als martialisch; sie „knallt“ nicht. Das täuscht, denn sie ersetzt die Detonationen der Sprengladungen nicht. Vielmehr ist sie gerade dazu da, um diese möglichst wirkungsvoll gegen Menschen und Material einzusetzen.

Die Panzerindustrie

Die Beschleunigung des Übergangs von quantitativer zu qualitativer Rüstung⁴ bekam 1987 am schärfsten die Panzerindustrie zu spüren — in Form eines Umsatzeinbruchs von 1 Mrd. DM. Drei Gruppen sind zu unterscheiden. 1. Bei den beiden Endmonteuren des LEOPARD-2-Panzers (Krauss-Maffei und Krupp-MaK) kommt der starke Umsatzrückgang vom „Fertigungsloch“ im zweiten Halbjahr 1987, als das Gesamtprogramm ausgelaufen war und Anschlußaufträge noch nicht bewilligt waren.⁵ 2. Bei den LEOPARD-Hauptzulieferern wie MTU-Friedrichshafen, Renk, Rheinmetall fielen die Einbußen geringer aus, da sie im Unterschied zu den beiden Systemfirmen am Ersatzteilgeschäft mit den in zehn Ländern benutzten LEOPARD-1-Panzern teilhaben. 3. Bei Hauptzulieferern für den LEOPARD-2 wie Wegmann, KUKA (TWKA) und Thyssen-Henschel wurden die Ausfälle durch Modernisierungsaufträge für andere Panzerfahrzeuge nahezu kompensiert.

Das Panzer-Fertigungsloch 1987 war indessen nicht nur eine vorübergehende Pause, sondern mehr noch ein Vorbote längerfristiger Stagnation. Dafür sprechen zwei Umstände:

Erstens beträgt die monatliche Fertigungsrate für die neubestellten 250 LEOPARD-2 nicht mehr wie früher 20-25 Stück, sondern nur noch 9. Zweitens: Rechneten die Panzerfirmen noch vor kurzem fest mit einem Neuaufschwung Mitte der 90er Jahre, wenn die „Kampfwagen 90“ in drei Ausführungen produktionsreif würden, so gehen jetzt einige Hersteller daran, ihre Kapa-

3 Jahrbuch der Wehrtechnik, Koblenz 1985, S. 117.

4 Vgl. W. Klank, Neue Tendenzen in der BRD-Rüstungsindustrie, in: IPW-Berichte 1/89, S. 26/27.

5 Nach vorläufigen Meldungen ist der Rüstungsumsatz bei Krauss-Maffei 1988 nochmals um 20 v.H. zurückgegangen — SZ, 22. 12. 88.

zitäten auf Umbau- und Instandsetzungsarbeiten sowie auf Sonderpanzer mit kleinen Stückzahlen umzustellen.⁶ Denn von den drei neuen Kampfwagen ist mittlerweile nur noch einer übrig, der überhaupt weiterentwickelt werden soll (PANTHER). Er sorgt zusammen mit der schon seit 20 Jahren immer wieder aufgeschobenen Panzerhaubitze für den Optimismus der Unentwegten, die nicht wahrhaben wollen, daß ihrer Geschäftskrise ein objektiver Prozeß zugrundeliegt — Aufrüstung auf qualitativem (d.h. elektronischem) statt auf quantitativem Weg.⁷

Für den „qualitativen Weg“ stehen z.B. die aktuellen Modernisierungen am LEOPARD-1-Panzer: Diesem wird bei Wegmann nicht etwa ein neues Getriebe von Renk eingebaut, sondern ein Laser-Entfernungsmesser und ein Infrarot-Nachtsichtgerät — entwickelt von Krupp Atlas Elektronik, Zeiss und AEG-Eltro.

Rohrwaffen und Munition

Der Umsatz der zu diesem Rüstungszweig zählenden Firmen (Rheinmetall, Diehl, Dynamit Nobel und Heckler & Koch) ist noch recht stabil. Rohrwaffen, insbesondere Kanonenrohre verschiedenen Kalibers für Panzer und Flugzeuge, unterliegen starkem Verschleiß durchs Schießen und werden immer wieder beschafft. Noch mehr gilt das für die Massenartikel Munition: Verschossene Patronen werden bekanntlich nicht repariert, sondern neugekauft, und die Bundeswehr braucht wie jede Armee ihr „Schießzeug“ zum Üben.

Allerdings wächst der Rohrwaffenmunition Konkurrenz durch Lenkflugkörper heran, die an sich gar keine Munition, sondern Raketen sind, d.h. Trägermittel und Wirkkörper in einem. Während die Flugbahn herkömmlicher Patronen durch Richtung und Feuerkraft der Schußwaffe bestimmt bleibt, kann die Bahn des Flugkörpers, der mit Triebwerk und elektronischem Steuerteil ausgestattet ist, laufend in Zielrichtung korrigiert werden — entweder von außen oder vom eingebauten Sensor (Zielsuchkopf). Es versteht sich, daß Treffsicherheit und Reichweite beim Lenkflugkörper um ein Vielfaches höher liegen als bei der Munition, was allerdings — bedingt durch die komplizierte Elektronik — auch für die Kosten gilt.

Um bei der Munition⁸ nicht weitere Umsätze an die (in der Flugkörper-technik führende) Luftfahrtbranche, sprich: MBB, abgeben zu müssen, engagieren sich die beiden großen Munitionshersteller Rheinmetall und Diehl einerseits ebenfalls auf dem Flugkörpersektor; andererseits entwickeln sie in Zusammenarbeit mit Unternehmen der Rüstungselektronik (AEG, Honeywell) „intelligente“ Rohrmunition, die in der Endphase der Flugbahn lenkbar ist.

6 Der Leiter von „Wehrtechnik Land“ bei Blohm+Voss erwähnte schon 1984 eine „Weisung“ des Verteidigungsministeriums, „keine neuen Kapazitäten zu schaffen“. Vgl. wehrtechnik 8/84, S. 24.

7 Die von J. Huffschild und W. Voß festgestellten „Stagnationstendenzen in der Rüstungsindustrie“ (dies., Neue Tendenzen der Militärausgaben, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 3/88, S. 316ff.) betreffen vor allem die Panzerhersteller.

8 Im Bundeshaushalt werden Rohrmunition und Flugkörper in einem einzigen Titel „Munition“ zusammengefaßt.

Marinewerften

Gegenwärtig, nach dem Zusammenbruch von kostendeckendem Handelsschiffbau, sind die Werften zu 40 Prozent von der Rüstung abhängig.⁹ Vom Neubau wird rund die Hälfte exportiert, was den Umsatz spürbar ausweitet. In keinem andern Rüstungszeitweil wird die direkte Waffenausfuhr so wenig staatlich behindert, besser gesagt: so stark staatlich gefördert wie bei den Werften.

Der 40-prozentige Rüstungsanteil ist bei den fünf großen Kriegsschiffbauern allerdings ungleich verteilt: Er reicht von 10 % (Bremer Vulkan Werftenverband) über 40-60 % (HDW und Thyssen Nordseewerke) bis zu 80 % (Fr. Lürssen Werft und Blohm+Voss, die sich beide seit Ende der 70er Jahre aus dem Handelsschiffbau zurückgezogen haben). Der Höhe des Rüstungsanteils am Umsatz entsprach 1987 die Ertragslage: Sie reichte von „stark negativ“ beim Vulkan über „ausgeglichen“ bei HDW und Thyssen-Nordseewerke bis „sehr positiv“ bei Blohm+Voss.¹⁰

Abgesehen von der Fragwürdigkeit des Erfolgskalküls der Werften, sich dermaßen vom nationalen und vor allem internationalen Rüstungsgeschäft abhängig zu machen, soll hier auf eine Tatsache aufmerksam gemacht werden: Die Kosten des Waffensystems Kriegsschiff entfallen nur zu 15-25 Prozent auf eigentliche Werftleistungen, d.h. auf den schwimmenden und fahrenden Untersatz. Die Hauptgewinner des Rüstungszuwachses bei den Werften sind nicht diese selbst, sondern in erster Linie die Hersteller der sog. Führungsanlagen: Radar-, Fernmelde-, Navigations- oder Sonarsysteme machen 40-50 Prozent der Kosten des Marineschiffs aus und bilden Umsatz bei den Elektronikfirmen — in erster Linie bei der AEG. Mit dabei ist immer auch Krupp Atlas Elektronik, und fast kein Kriegsschiff aus bundesdeutscher Produktion verläßt die Bauwerft ohne Ausrüstungen von Siemens, HAGENUK (wie HDW zu Salzgitter gehörig), Philips, Rohde & Schwarz oder Zeiss-Anschütz.

Bei den Schiffswaffenanlagen (30-40 Prozent der Baukosten) dominieren ausländische Unternehmen; bei den Waffen mit hohem Elektronikanteil, den Lenkflugkörpern, haben die US-Firmen McDonnell Douglas, Raytheon, General Dynamics nahezu das Monopol.

Militärisches Fluggerät

Der eindeutige Marktführer und zugleich das einzige Unternehmen, das (außer Triebwerken) sämtliche selbstangetriebenen Fluggeräte (Flugzeuge, Hubschrauber, Flugkörper, Drohnen) technisch beherrscht und komplett anbietet,

9 Angesichts des Gerangels der Großwerften um 4 Fregatten klingt es fast unglaublich, daß vor 30 Jahren (1959) sämtliche Großwerften den Bauauftrag für vier Zerstörer (Hamburg-Klasse) mit dem Hinweis auf Überauslastung durch Handelsschiffbau ablehnten. Auf einer mittleren Werft wurden diese Schiffe dann mehr schlecht als recht zusammenmontiert. Vgl. Th. Benecke/G. Schöner (Hg.), Wehrtechnik für die Verteidigung, Koblenz 1984, S. 237 ff.

10 Die für ihre Schnellboote in aller Welt bekannte Fr. Lürssen Werft ist nicht publizitätspflichtig. Daß Blohm+Voss (MEKO-Fregatten) 1987 ein negatives Endergebnis erzielte, lag an „außerordentlichen“ Rationalisierungsvorhaben im Maschinenbau, die aus dem lukrativen Kriegsschiffbau finanziert wurden.

ist MBB. Auf MBB entfällt über 60 Prozent des Umsatzes des ganzen Zweigs. Mit weitem Abstand folgt Dornier, bei dem die Zeit des Baus kompletter Militärflugzeuge mit dem Alpha-Jet gerade zu Ende gegangen ist. Es verbleiben der Firma im militärtechnischen Bereich Wartungs- und Beteiligungsprogramme¹¹ sowie Flugkörper und Drohnen. Das dritte Unternehmen betreibt sog. Zellenbau ausschließlich bei Flugkörpern: das noch in US-Besitz befindliche Bodenseewerk. Zu den Herstellern militärischen Fluggeräts zählen schließlich MTU und KHD-Luftfahrttechnik — das große und das kleine bundesdeutsche Triebwerkunternehmen.

Militärflugzeugbau — im wesentlichen das TORNADO- und das Jäger 90-Programm — ist wegen der hohen Komplexität des Endprodukts absolute Spitzentechnologie. Eine neue Flugzeugzelle verbraucht immense Entwicklungsleistungen und höchste Fertigungspräzision bei der endmontierenden Firma — nicht nur hinsichtlich optimaler Luftbeweglichkeit, sondern auch in bezug auf die möglichst raumsparende Integration einer stets wachsenden Menge elektronischer Bauteile zur Flug- und Waffensteuerung.

Wie kein anderer Rüstungszweig ist der Flugzeugbau (einschließlich Triebwerkbau) wissenschaftsintensiv. 25 % des Umsatzes werden für Forschung und Entwicklung aufgewendet. Die Kosten neuer Kampfflugzeuge und Flugkörper zwingen die nationalen Leitfirmen zur kostenteilenden Kooperation. Der TORNADO wird von British Aerospace, MBB und Airtalia im Schlüssel 42,5 : 42,5 : 15 produziert (da er in diesem Verhältnis von Großbritannien, der Bundesrepublik und Italien finanziert wird). Beim TORNADO-Triebwerk gibt es einen vergleichbaren Schlüssel zwischen Rolls-Royce, MTU und FIAT (40 : 40 : 20). Derartige Aufteilungen gibt es auch schon für die Entwicklung des Jäger-90 und seine wichtigsten Baugruppen.

Bei der Flugkörpertechnik ist es unmöglich, vom internationalen Standard abzusehen. Dieser wird nicht von Westeuropa und schon gar nicht von bundesdeutschen Unternehmen bestimmt, sondern eindeutig von den USA. Dies gilt besonders für die autonomen, d. h. sich über Sensor-Suchköpfe selbst ins Ziel lenkenden Kleinraketen.

Der US-Vorsprung drückt sich darin aus, daß der Status der westeuropäischen Rüstungsindustrie gewöhnlich auf Lizenz-Nachbau, bestenfalls auf „Programmbeteiligung“ unter US-Federführung beschränkt bleibt. Lizenz-Nachbau von General Dynamics betreiben MBB (mit AEG und dem Bodenseewerk) und Dornier: Flugkörper RAM und STINGER. Lizenz-Nachbau von Hughes wollen MBB (mit einem italienischen Partner) sowie das deutsch-britische Team MBB/AEG/British Aerospace/GEC-Marconi besorgen: Flugkörper MAVERICK D und AMRAAM. Den Nachbau der PATRIOT-Rakete (US-Entwickler: Raytheon) für die Bundeswehr führt weitgehend MBB aus.

Trotz der US-Dominanz ist MBB durchaus zu erfolgreichen Eigen- und Mitentwicklungen auf dem Gebiet der Lenkflugkörper fähig, wo höchste Anforder-

¹¹ Die geplante Modernisierung des ALPHA-JET bei Dornier (Auftragswert: 1,2 Mrd. DM) gab die Regierung 1987 preis.

rungen an Flugtechnik und Elektronik zugleich gestellt werden. Mit den Flugkörpern KORMORAN, ROLAND (beide radargelenkt) und vor allem durch die drahtgelenkten Anti-Panzer-Lenkraketen MILAN und HOT, die alle drei zu Exportschlagern wurden (die Ausfuhr wird über den französischen Mitproduzenten Aérospatiale abgewickelt), weist MBB in der Bundesrepublik mit Abstand die größte technische Erfahrung auf diesem Gebiet auf und ist im westeuropäischen Rahmen mit den großen französischen und britischen Firmen fast konkurrenzfähig.

Vom Umsatz wie vom spitzentechnologischen Produktprogramm ist MBB zweifellos das wichtigste Rüstungsunternehmen der Bundesrepublik. Es ist im militärischen Fluggerätebau dasselbe, was AEG in der Rüstungselektronik ist.

2. Die Verwertung des Rüstungskapitals. Ein empirischer Vergleich

Es gehört zu den klassischen Aufgaben des bürgerlichen Nationalstaates, zwecks Sicherung und Ausweitung der kapitalistischen Produktionsweise eigene Streitkräfte zu unterhalten und mit den nötigen Waffen zu versorgen. Während das Militär selbst grundsätzlich nicht privatisierbar ist, ist dies bei der Herstellung der Ausrüstung anders: In der Bundesrepublik Deutschland erfolgt die Rüstungsproduktion nicht in Staatsbetrieben, wie das gegenwärtig noch in erheblichem Maße in Frankreich oder Italien der Fall ist, sondern privatkapitalistisch.¹²

Trotzdem sind die Beziehungen zwischen staatlichen Beschaffungsbehörden und privaten Rüstungsunternehmen keine gewöhnlichen Marktgeschäfte. In Begriffen des Marktes lassen sich die deutschen Waffenkäufe bestenfalls bis in die Anfänge dieses Jahrhunderts beschreiben; Kanonen an den Staat zu liefern, unterschied sich — vom Eisenfabrikanten aus betrachtet — nicht wesentlich vom Verkauf anderer gußeiserner Produkte an private Kunden.

Das Rüstungskapital im militärisch-industriellen Komplex

Nach dem Zweiten Weltkrieg änderte sich das: Neuzeitliche Waffensysteme sind hochkomplexe Produkte industrieller Spitzentechnologie. Sie verlangen von den Rüstungsproduzenten dermaßen hohe Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen und so große Kapitalvorschüsse, daß sie privat überhaupt nur noch in Angriff genommen werden, wenn der Staat von vorneherein Absatz samt Profit garantiert und sich an der Finanzierung vor und während der Produktion beteiligt. Ökonomisch ausgedrückt: Der Staat ist in allen Phasen des

12 In der Bundesrepublik sind die Forschungen zum militärisch-industriellen Komplex (MIK) hauptsächlich durch Bremer Ökonomen vorangetrieben worden. Deren Ansatz, nämlich der MIK als staatsmonopolistischer Komplex, liegt auch hier zugrunde. Aus der Fülle der Literatur verweise ich stellvertretend auf: U. Dolata / A. Gottschalk / J. Huffschild, Staatsmonopolistische Komplexe als neue Organisationsform des Kapitals, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF II, Frankfurt/M. 1986, S. 222-247. Sowie: IMSF (Hg.), Staatsmonopolistische Komplexe in der Bundesrepublik Deutschland. Theorie — Analyse — Diskussion, Köln 1986.

Kapitalkreislaufs präsent. Für neue Rüstungsvorhaben ist die feste und dauerhafte Einbeziehung des Staates in sämtliche Stadien der Produktionszeit typisch: Von der frühesten Konzeption und Definition eines Waffensystems über seine Entwicklungs-, Herstellungs- und Auslieferungszeit bis zur Betreuung und eventuellen Modernisierung während der Nutzung arbeiten Rüstungsbehörden und -unternehmen technisch und finanziell eng zusammen, und zwar oft auf Basis bindender Verträge von jahrzehntelanger Laufzeit.

Aufgrund der Fülle der in privat-staatlichen Programmen abzuwickelnden Rüstungsprojekte entsteht eine Vielzahl von staatlich-industriellen Verflechtungen, die wegen ihrer Dauerhaftigkeit als *Komplex* und wegen der Vorherrschaft der Monopole auf der privatindustriellen Seite als *staats-monopolistischer Komplex* bezeichnet werden. Tabelle A im Anhang bestätigt dies: 75 Prozent des dort aufgeführten Rüstungsumsatzes werden von den 12 Monopolen Daimler, MBB, Siemens, Thyssen, Röchling, Krupp, Salzgitter, Feldmühle, MAN, Bosch, Klöckner und Zeiss getätigt, die alle unter den 60 größten Industrieunternehmen der Bundesrepublik rangieren.¹³ Weitere 9 Prozent des Umsatzes gehen an bundesdeutsche Tochterunternehmen ausländischer Monopole: SEL, Philips, Perkin-Elmer (Bodenseewerk), Honeywell, FIAT (IVECO). Der militärisch-industrielle Komplex (MIK) ist ein staatsmonopolistischer Komplex.

In der politischen Alltagssprache wird der MIK oft auf die personelle Verflechtung zwischen Rüstungsindustrie und Staat reduziert, und ein neuer Rüstungsauftrag wird mit erfolgreichem, von außen auf staatliche Entscheidungsinstanzen einwirkendem Lobbytreiben erklärt. Durchaus richtig wird hier gesehen, daß die Rüstungsunternehmen den laufenden Strom öffentlicher Aufträge durch personelle Verbindungen zu den staatlichen Vergabestellen absichern, und daß sie Politiker gewinnen, welche die Rüstungsvorhaben auf der staatlich-politischen Ebene durchsetzen.

Zweierlei ist allerdings zu beachten. Erstens: Das Bild vom Staat als passiver „Melkkuh“ der jeweils den stärksten Druck ausübenden Rüstungsunternehmen ist zu einseitig, weil es den Staat auf ein bloßes Objekt reduziert. Zwar ist der Staat für seine militärische Aufgabe tatsächlich auf die nationale Rüstungsindustrie angewiesen. Doch ist die Abhängigkeit umgekehrt nicht minder groß: Rüstungsvorhaben müssen stets militärisch begründet und politisch beschlossen werden. Gerade die Einflußnahme auf Vergabebehörden und auf ihnen übergeordnete Politiker ist Beleg für die Abhängigkeit vom Staat bzw. für den Zwang, private Unternehmensziele in Staatsziele umwandeln und als Staatsaufgaben definieren zu müssen.¹⁴ Die Abhängigkeit ist wechselseitig. Zweitens: Die Einflußnahme der Monopole „von außen“ auf den Staat ist ein Wesenszug des staatsmonopolistischen Kapitalismus im allgemeinen. Für das in einem Komplex agierende Monopol genügt dies nicht. Hier dient ihm der Staat nicht nur als zusätzliche Profitstütze, sondern die Rolle des Staats ist größer: Ohne seine „innere“ Beteiligung im Produktionsprozeß käme dieser erst gar nicht in Gang.

¹³ Vgl. FAZ, v. 23. 7. 88: „Die hundert größten Unternehmen“.

¹⁴ J. Huffschild, Der militärisch-industrielle Komplex (MIK), in: Staatsmonopolistische Komplexe ..., a.a.O., S. 177.

Die Dauerpräsenz des Staates im Gesamtprozeß der Rüstungsproduktion bedeutet für das beauftragte Unternehmen zwar eine gewisse Kontrolle, doch in erster Linie handfeste wirtschaftliche Vorteile. Erstens ist der Verkauf sowohl langfristig als auch — infolge der großzügigen Preisgestaltung¹⁵ — gewinnträchtig gesichert. Zweitens kann der Entwicklungs- und Produktionsprozeß infolge der staatlichen Beteiligung an seiner Finanzierung (durch zinsgünstige Vorauszahlungen und Anzahlungen sowie laufende Zwischenzahlungen während der Fertigung) mit relativ geringen Eigenmitteln betrieben werden. Mit anderen Worten: Je mehr staatliches Kapital vorgeschossen wird, desto niedriger muß der eigene Anteil am Gesamtkapital, nämlich langfristig gebundenes Eigenkapital, für die Produktion des Waffensystems sein.

Aus beiden Faktoren zusammen, dem konstant hohen Gewinn einerseits und dem niedrigen Eigenkapital andererseits, ergibt sich die für Unternehmen in staatsmonopolistischen Komplexen typische hohe Eigenkapitalrendite von Rüstungsunternehmen. Diese ist der im Laufe eines Jahres erzielte Gewinn, gemessen an dem im betreffenden Jahr eingesetzten Eigenkapital.

Zur Rentabilität von zivil- und rüstungsgeprägtem Kapital

Empirische Untersuchungen zur Verwertung des bundesdeutschen Rüstungskapitals sind selten. Die DDR-Wissenschaftler Engelhardt und Heise analysierten acht bundesdeutsche Rüstungsunternehmen im Jahre 1971.¹⁶ Eine zweite Studie aus der DDR nahm sich sechs Rüstungsunternehmen im Zeitraum 1970 bis 1977 vor.¹⁷ Die neueste Analyse auf diesem Gebiet ist diejenige des Bremer Ökonomen W. Voß von 1985 bzw. 1987.¹⁸ Voß wies bei den 17 der 20 umsatzgrößten Rüstungsunternehmen, die einer externen Bilanzanalyse zugänglich waren, für den Zeitraum von 1970 bis 1982 eine mittlere Eigenkapitalrendite nach, die 1,4 mal so hoch wie die mittlere Eigenkapitalrendite im gesamten produzierenden Gewerbe war.¹⁹

Sämtliche Renditeberechnungen leiden jedoch unter einem Mangel, der aus der für die Bundesrepublik typischen Form des Rüstungsgeschäfts hervorgeht. Dieses wird nämlich nur ausnahmsweise von Unternehmen getragen, die ganz

15 Näheres und Aufschlußreiches dazu bei H.-J. Bontrup, Preisbildung bei Rüstungsgütern, Köln 1986.

16 K. Engelhardt/K.-H. Heise, Der militärisch-industrielle Komplex im heutigen Imperialismus, Köln 1974, bes. S. 110/111. Dieses Buch ist heute noch ein „Klassiker“ zum MIK. (Einige Daten aktualisiert in: Die Rolle der Rüstung in der Wirtschaft des heutigen Kapitalismus, in: IPW-Forschungsheft 4/1984, S. 22-37).

17 M. Below, Rüstungsprofite in der BRD, in: IPW-Berichte 5/1980, S. 46-49.

18 W. Voß, Allgemeinwohl oder Eigennutz? Eine Untersuchung der Gewinnentwicklung der größten deutschen Rüstungsunternehmen, in: R. Steinweg (Hg.), Rüstung und soziale Sicherheit, Frankfurt/M. 1985, S. 273 ff.; H.-J. Bontrup/W. Voß, Rentabilitätsuntersuchungen im Rüstungsbereich und Veränderungsanforderungen an das Preisrecht, in: WSI-Mitteilungen 9/1987, S. 543 ff.

19 H.-J. Bontrup/W. Voß, a.a.O., S. 547.

oder überwiegend von Rüstungsaufträgen abhängen, sondern in der Regel ist Rüstung ein Teilbereich von Mischkonzernen, die vorwiegend auf dem zivilen Sektor tätig sind. Bei den zwölf Monopolen, die über 75 Prozent des gesamten Rüstungsumsatzes in Tabelle A auf sich vereinigen, macht die Rüstung am Gesamtumsatz im Mittel nur 6 Prozent aus. Aus diesem Grund ist, wie Voß einschränkend bemerkt, die produktmäßige Zuordnung der Gewinnquelle — ziviler oder militärtechnischer Konzernbereich — nicht exakt möglich.

Seit 1988 ist dieser Mangel in bestimmtem Maße behoben, und zwar durch die Erweiterung der gesetzlichen Veröffentlichungspflicht von Geschäftsbilanzen auf kleinere Unternehmen in der Rechtsform der GmbH. Da viele bundesdeutsche Rüstungskonzerne als Obergesellschaften mit Tochter-AGs und -GmbHs organisiert sind, welche jeweils ziemlich eindeutig entweder dem zivilen oder dem Rüstungsbereich zuzuordnen sind, wird durch die neue Publizitätspflicht ein Blick in die Konzerne möglich, der erstmals einen aussagekräftigen Vergleich zwischen zivil- und rüstungsgeprägten Unternehmen in einem und demselben Konzern ermöglicht. Ein Rentabilitätsvergleich ist unter den Fragestellungen interessant: Einerseits: Lohnt sich für zivil orientierte Industriekonzerne die Rüstungsproduktion? Andererseits: Wie bewähren sich die (aufgrund von Sättigungserscheinungen im Rüstungsgeschäft zaghaft in Angriff genommenen) zivilen Kapitalableger traditioneller Rüstungsschmieden?

Bei 16 Rüstungskonzernen — darunter den zehn größten — ermittelte ich für den Quervergleich die in Tabelle 2 eingetragenen Ertragsdaten von insgesamt 92 zivil- und 32 rüstungsgeprägten Unternehmen mit über 50 % Beteiligung der Obergesellschaft. Als zivilgeprägt gelten die Einzelunternehmen, deren ziviler Umsatzanteil über 85 Prozent liegt, weil eine durchschlagende Ertragsbeeinflussung durch ihr — extern nicht eliminierbares — Rüstungsgeschäft nicht anzunehmen ist.²⁰ Umgekehrt gelten Konzernunternehmen von 50 % Rüstungsanteil aufwärts als rüstungsgeprägt. Bei den zivilgeprägten Unternehmen der Tabelle 2 sind im Durchschnitt noch 3-4 % Rüstungsanteil enthalten, bei den rüstungsgeprägten sind es (mit MBB) rund 65 %.

Die erste Zahlenspalte hinter dem Konzernnamen gibt den unkonsolidierten, d.h. einfach addierten Gesamtbetrag der im Konzern fungierenden inländischen industriellen Eigenkapitale wieder. In der dritten Spalte stehen die addierten Eigenkapitale der Konzernunternehmen des zivilgeprägten, in der fünften (letzten) Spalte diejenigen des rüstungsgeprägten Bereichs.

Mit zwei Ausnahmen wurden die im Gesamtkonzern aktiven inländischen industriellen Eigenkapitale annähernd vollständig erfasst, so daß die Summen

20 Diese Maßnahme ist vor allem wegen der AEG notwendig, die den größten Teil ihres Rüstungsumsatzes nicht in Tochterunternehmen, sondern in der Hauptgesellschaft — der AG — vereinigt, was noch 14,9 % Rüstungsanteil bedeutet. Kleinere Rüstungsanteile enthalten auch noch die zivilen Konzernbereiche von Thyssen, Bosch und MAN.

Tabelle 2: Die Renditen des inländischen industriellen Eigenkapitals in den führenden Rüstungskonzernen 1987 nach zivil- und rüstungsgeprägten Konzernunternehmen*

Konzern	(Summe des inl. indu- striellen Ei- genkapitals in Mio.)	Zivile Eigenkapi- tal-Rendite in %	Ziviles Ei- genkapital in Mio.	Rüstungs- Eigenkapi- tal-Rendite in %	Rüstungs- Eigenkapital in Mio.
MBB	(755)	- 36,2	(31)	8,2	(720)
AEG	(1635)	- 2,9	(1575)	20,6	(48)
Thyssen	(3600)	8,2	(3389)	27,4	(128)
Siemens	(6541)	(14,4)	(6541)	keine Vergleichswerte	
MTU	(259)	4,3	(106)	37,1	(153)
Rheinmetall	(480)	12,5	(337)	43,5	(135)
Diehl	(250)	- 0,5	(18)	40,4	(92)
Wegmann ¹	(90)	- 6,4	(7)	95,6	(83)
Kr.-Maffei	(52)	keine Vergleichswerte		(14,8)	(52)
Krupp	(1240)	- 4,2	(1083)	26,1	(126)
Dornier	(190)	11,2	(7)	39,3	(44)
D. Benz AG	(7652)	(54,5)	(7652)	keine Vergleichswerte	
Bosch	(2480)	46,4	(2452)	49,1	(23)
Honeywell	(176)	19,8	(78)	28,2	(98)
MAN	(1874)	2,3	(1820)	17,2	(53)
IWKA	(120)	12,6	(106)	98,6	(5)
Mittelwert: ²		13,0		25,7	
Summe: ²	13149		11009		1706
nachrichtlich:	ohne MBB:	13,1		38,4	

* Nur Unternehmen über 50 % Konzernbeteiligung. *Zivil geprägt:* über 85 % Zivilumsatz; *rüstungsgeprägt:* über 50 % Rüstungsumsatz. *Eigenkapital:* 1. Gezeichnetes Grund- bzw. Stammkapital; 2. Rücklagen; 3. Gewinn-/Verlustvorträge — alle zu Beginn des Berichtsjahrs. (Bilanzgewinn und Kapitalbildung im Berichtsjahr sowie „Sonderposten mit Rücklageanteil“ nicht einbezogen). *Gewinnkomponente*, die, auf das Eigenkapital bezogen, dessen Rendite ergibt, ist das ausgewiesene „Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit“ des Berichtsjahrs (Jahresergebnis vor Steuern).

Vergleichbarer Kapitalstrukturen wegen wurden nur Kapitalgesellschaften (AGs, GmbHs) miteinander verglichen, keine Konzerne. Bei MBB, AEG, MTU, Bosch und Siemens, wo ein selbst industriell aktives Unternehmen als Konzern-Obergesellschaft das Eigenkapital inl. und ausl. Tochterunternehmen hält, wurde das Eigenkapital von der Holdingfunktion entlastet: Es wurde um die aktivischen „Anteile an verbundenen Unternehmen“ reduziert, ebenso wurde das Beteiligungsergebnis aus dem Gewinn herausgerechnet. Ebenfalls um Doppelzählungen zu vermeiden, wurden bei Tochterunternehmen mit Zwischenholding-Funktion Beteiligungserträge/-verluste in dem Maß eliminiert, in dem sie bereits im „Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit“ der inl. „Enkelunternehmen“ erschienen waren. Wo danach das „Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit“ noch mehrheitlich aus Beteiligungen stammte — in 5 Fällen —, wurde es um das Beteiligungsergebnis vermindert.

1) Bei Wegmann (Rüstungsbereich) behelfsweise die Werte von 1986.

2) Ohne Siemens, Krauss-Maffei und Daimler-Benz AG.

aus Spalte 3 und 5 recht nahe an den Betrag von Spalte 1 herankommen.²¹ In der zweiten Spalte finden sich die Renditen des Eigenkapitals der vertretenen zivilgeprägten Konzernunternehmen, in der vierten Spalte die entsprechenden Werte des Rüstungsbereichs. Obwohl in drei Fällen mangels Vergleichsunternehmen auf der Gegenseite eine Gegenüberstellung der Eigenkapitalrenditen entfällt (Siemens, Daimler-Benz AG und — umgekehrt — Krauss-Maffei), ist der konzerninterne Ertragsvergleich bei den dreizehn verbleibenden Konzernen durchaus aufschlußreich.

Strenggenommen gilt der Vergleich zwar nur für das Jahr 1987. Aber es ist kein Zufall, daß in allen 13 Fällen die Eigenkapitalrendite des Rüstungsbereichs über der zivilen steht und oftmals — bis auf Bosch — sogar ein Mehrfaches derselben beträgt. Im gewogenen Durchschnitt beträgt bei den 13 Konzernen die zivile Eigenkapitalrendite 13 %, die Rüstungs-Eigenkapitalrendite 25,7 %, d.h. fast das Doppelte. Die Rüstungs-Eigenkapitalrendite ist durchweg positiv, während die zivile fünfmal unter Null liegt, davon dreimal dort (MBB, Diehl und Wegmann), wo traditionelle Rüstungskonzerne sich auf ziviles Gebiet vorwagen. Dazu muß noch angemerkt werden, daß die Rüstungs-Rendite von MBB mit 8,2 % stark unterzeichnet ist. Bei den Daimler/MBB-Übernahmeverhandlungen wurde einer breiten Öffentlichkeit bekannt, daß MBB die Verluste aus dem zivilen AIRBUS-Geschäft mit seinen Rüstungsgewinnen verrechnet — eine Praxis, die Daimler nicht im gleichen Maß fortzusetzen gedenkt (was wiederum bedeutet, daß die Airbussubventionen aus Steuermitteln ansteigen). Ohne MBB betrüge die Rüstungs-Eigenkapitalrendite im Durchschnitt 38,4 %, was wohl eine realistische Größe ist.

Dennoch zeigen die empirischen Daten, wie sie in Tabelle 2 stehen, recht deutlich, daß sich 1987 für die Konzerne der Kapitaleinsatz in der Rüstungsproduktion lohnte. Bei aller aufgrund der dünnen Datendecke gebotenen Vorsicht können die gegenüber den zivilen Eigenkapitalrenditen deutlich höheren Rüstungs-Eigenkapitalrenditen durchaus als Beleg für eine höhere Eigenkapitalverwertung im militärisch-industriellen Komplex betrachtet werden.

Damit aber auch zu den Abweichungen, d.h. den Werten, die scheinbar nicht zu meiner These passen! Es geht um die — sichtbare — überdurchschnittliche Eigenkapitalrendite der Daimler-Benz-AG von 54,5 % (und zwar sogar vor Eliminierung der kapitalbindenden Konzernfunktion der AG). Und es geht um die zwei — in Tabelle 2 verdeckten — höchsten Eigenkapitalrenditen des zivil geprägten Bereichs: des Bosch-Unternehmens ANT GmbH mit 125 % und des MBB-Unternehmens ERNO-Raumfahrttechnik GmbH mit 95 % Eigenkapitalrendite.

²¹ Bei Dornier fiel die Dornier GmbH mangels Eindeutigkeit heraus, da ihr Rüstungsanteil 1987 in der Mitte zwischen 15 und 50 % angesiedelt war. Die Hauptgesellschaft des Diehl-Konzerns, die Diehl GmbH & Co., fehlt, weil sie ihre Ertragslage nicht publiziert.

Der Vergleichbarkeit mit der inländischen Rüstungsproduktion wegen wurde auf Auslandsunternehmen genauso verzichtet wie auf Handels-, Management-, Verwaltungs-, Beratungs-, Softwareunternehmen usw. — kurz: auf alle Unternehmen, die nicht in der inländischen materiellen Produktion und Instandsetzung tätig sind.

Die Rendite der Daimler-Benz AG ist ein typischer Monopolprofit eines Unternehmens mit dauerhaft verfestigter ökonomischer und außerökonomischer Machtposition. Sie beweist nicht nur, daß sich auch außerhalb des MIK hohe Renditen erzielen lassen, sofern es sich um Monopole handelt, sondern auch, daß bei Daimler keineswegs kurzfristige Profitnot die Käufe von AEG, Dornier, MTU und MBB auslöste (zu Daimler mehr im nächsten Abschnitt).

Die Relativierung der bisweilen vorgetragenen Meinung, daß Rüstung grundsätzlich die höchsten Profite abwirft, geht noch weiter, wenn wir der Spitzenrentabilität der zwei genannten Zivilunternehmen ANT und ERNO-Raumfahrttechnik auf den Grund gehen. Typisch für beide ist nämlich, daß sie fast ausschließlich Geschäfte mit dem Staat abwickeln: ANT macht den Hauptteil ihres Umsatzes mit der Bundespost (Digitalisierung des Fernmeldenetzes), ERNO-Raumfahrttechnik — wie der Name schon sagt — lebt fast vollständig von Aufträgen des Bundesforschungsministeriums. ANT und ERNO sind zwei typische Unternehmen in staatsmonopolistischen Komplexen: ANT im Telekommunikationskomplex, ERNO im Raumfahrtkomplex. Ihre hohen Renditen im zivilen Bereich widersprechen nicht der Tatsache überdurchschnittlich hoher Rüstungs-Eigenkapitalrenditen. Vielmehr verstärken sie, da sie ihrerseits in staatsmonopolistischen Komplexen realisiert worden sind, die These, daß sich die günstige Eigenkapitalverwertung beim Rüstungsgeschäft vornehmlich dem Staat verdankt. Anders gesagt: Rüstungsprofite sind deshalb so hoch, weil sich das Rüstungskapital in einem staatsmonopolistischen (dem militärisch-industriellen) Komplex verwertet.

3. Konzentration und Kooperation des westeuropäischen Rüstungskapitals. Die Fälle Daimler und Siemens

Das in der EG zusammengefaßte Westeuropa hat auf dem Gebiet der zivilen Wirtschaft mit den USA gleichgezogen²², vermag aber eine seiner ökonomischen Potenz angemessene eigenständige Rolle in der internationalen Politik kaum wahrzunehmen. Die Quelle fortgesetzter außenpolitischer Dominanz der USA ist ihre militärische Stärke, der Machtfaktor, mit der sie die westeuropäischen „Verbündeten“ weiterhin in ihre konfrontative Globalstrategie einbinden wollen. Dem versucht das imperialistische Machtzentrum Westeuropa mit der Formierung eines „westeuropäischen Pfeilers“ in der NATO, die ihrerseits nicht infragegestellt wird, zu begegnen.²³

Der militärtechnologische Vorsprung der USA

Zahlenmäßig kommt die militärische Stärke der USA in einem Rüstungshaushalt zum Ausdruck, der 1987 mit rund 270 Mrd. \$ mehr als das Dreifache der zusammengenommenen Rüstungsetats der Bundesrepublik, Großbritan-

22 IMSF (Hg.), Westeuropa in Wirtschaft und Politik des Imperialismus, Arbeitsmaterialien des IMSF 17, Frankfurt/M. 1985, S. 145.

23 S. G. Basler/S. Schwarz, in: Ebenda, S. 94. Dazu auch; J. Reusch, Neue Sicherheitspolitik im Nuklearzeitalter, Köln 1988, S. 112 ff.

niens und Frankreichs betrug. Für die materielle Grundlage der militärischen Macht, für neue Waffensysteme (Entwicklung und Beschaffung), gab das Pentagon 1987 etwa 107 Mrd. \$ aus (wt 12/87, S. 11) oder 3,5 mal so viel wie die drei westeuropäischen Führungsmächte zusammen. Wird von Atomwaffen abgesehen, wo die USA stärker als die drei europäischen NATO-Staaten engagiert sind, und nur die „konventionelle“ Rüstung betrachtet, ergibt sich bei der Waffenbeschaffung immer noch ein Ausgabenverhältnis von 3 : 1 zugunsten der USA (wt 4/88, S. 20).

Es versteht sich, daß auf einem derartig fetten Finanzpolster die US-Konzerne ihren militärtechnologischen Vorsprung sichern können. 1985 waren die 17 größten Rüstungsunternehmen im Westen ausnahmslos US-amerikanische. Danach erst — Platz 18 und 19 — folgten die zwei größten westeuropäischen: Aérospatiale (F) und British Aerospace (GB), die aber nur jeweils ein Viertel bis ein Drittel des Rüstungsumsatzes von McDonnell Douglas, Rockwell, Lockheed, General Dynamics, General Electric (alle USA) erzielten. MBB erscheint übrigens erst an 35. Stelle.²⁴

Allerdings finden sich die westeuropäischen Rüstungskonzerne mit ihrer zurückgesetzten Lage nicht ab. Sie versuchen, den für die hohen Entwicklungs- und Beschaffungskosten komplexer Waffensysteme nachteiligen, weil zu kleinen, nationalen Rahmen durch transnationale Kooperation zu überwinden. Während in den 50er und 60er Jahren die westeuropäischen Länder über zwei Hauptkanäle mit Waffen versorgt wurden — die nationale Produktion und die Beschaffung in den USA —, stellen die Bundesrepublik, Frankreich und Großbritannien die meisten technisch anspruchsvollen Waffensysteme heute selbst her, und zwar auf dem Weg von Gemeinschaftsprojekten, an denen zumindest zwei der genannten drei Nationen beteiligt sind.

Selbstverständlich setzt sich diese Tendenz nur über eine Vielzahl von Rückschlägen durch, da die westeuropäischen Konzerne ihrerseits untereinander im Konkurrenzkampf stehen, wozu sie auch ihre Geschäftsbeziehungen zu bestimmten US-Rüstungskonzernen nutzen, um den Anschluß an deren Spitzentechnologie nicht zu verpassen.²⁵ Zur technologischen Abhängigkeit von US-Konzernen und zu deren Strategie, jene zu zementieren, gehört auch, daß manche wichtigen westeuropäischen Kooperationsprojekte sich immer noch auf US-Lizenz-Nachbau beschränken (PATRIOT, MLRS, STINGER 2) oder mit US-Beteiligung — direkt oder über europäische US-Tochterfirmen — laufen (Beispiel: TORNADO).²⁶ Nichtdestoweniger ist die projektgebundene Zusammenarbeit von selbständigen Unternehmen aus verschiedenen westeuropäischen Nationen — unter der Regie von Programmbüros der beteiligten Regierungen — die Hauptform, in der sich gegenwärtig das westeuropäische Rü-

24 IPW-Forschungsheft 1/87, Die Wirtschaft kapitalistischer Länder in Zahlen, Berlin/DDR 1987, S. 67/68.

25 Beispiele: AEG — Hughes, SNECMA — General Electric, British Aerospace — McDonnell Douglas.

26 Dazu: W. Klank, Ausbau der rüstungsindustriellen Kooperationsbeziehungen zwischen westeuropäischen NATO-Ländern, in: IPW-Berichte 7/87, S. 42.

stungskapital aus der Abhängigkeit von der US-Militärtechnologie zu emanzipieren versucht.²⁷

Gegenstand westeuropäischer Rüstungskoooperation sind nicht Panzer oder Kriegsschiffe, weil dafür die technologische Basis jeweils national ausreicht. Nicht zufällig scheiterte gerade das trilaterale Projekt Panzerhaubitze und kommt die NATO-Fregatte 90 kaum voran. Westeuropäische Gemeinschaftsprojekte sind wegen der hohen Kosten Fluggeräte: Flugzeuge wie TORNADO und Jäger-90 (BRD, GB, I), Hubschrauber (BRD, F, evtl. — lt. FAZ vom 19. 1. 89 — auch GB) und Lenk-Flugkörper (BRD, F, GB). Die beteiligten Firmen sind gewöhnlich aus der Bundesrepublik die MBB GmbH, aus Frankreich die Aérospatiale, aus Großbritannien die British Aerospace.

Die Spitzenunternehmen der westeuropäischen Rüstungsindustrie

Auffälligerweise sind in allen drei westeuropäischen Führungsstaaten die größten nationalen Rüstungsunternehmen Luft- und Raumfahrtkonzerne — die drei soeben genannten. Diese Feststellung gilt auch für Frankreich, wenn Aérospatiale und der Branchenzweite, der Spezialist für Militärflugzeuge Dassault (MIRAGE-Kampfflugzeuge) zusammen betrachtet werden. Eine weitere Übereinstimmung fällt auf: Nicht nur in der Bundesrepublik folgen auf dem zweiten Platz Unternehmen der Elektronik und auf dem dritten ein TriebwerksHersteller, sondern auch in Frankreich und Großbritannien ist das so. Eine Besonderheit in Frankreich ist allerdings die große Rolle eines zweiten Flugzeugunternehmens, der gegenüber die Position Dorniers als zweitem bundesdeutschen Unternehmen für militärisches Fluggerät kaum ins Gewicht fällt. Von beachtlicher Größe sind in allen drei Ländern jeweils die Branchenzweiten der Rüstungselektronik. Allerdings ist der Abstand zum Branchenführer in F und GB beträchtlich. (Matra ist dabei nicht nur als Elektronik-, sondern auch als Lenkraketenunternehmen tätig).

Tabelle 3 zeigt die strukturelle Gleichheit an der Spitze der nationalen Rüstungsproduktion in Westeuropas Führungsstaaten.

Im folgenden wird zunächst von den Elektronik-Zweiten Plessey und Siemens abgesehen, weil hier ein Konzentrationsgeschäft abgewickelt wird, das gesondert betrachtet werden muß.

An den Größenordnungen der Umsätze in Tabelle 3 fallen die relativ geringen Werte der vier Daimler-Konzerne aus der Bundesrepublik auf. Zusammengefaßt erzielten diese durch Rüstung 7,7 Mrd. DM Umsatz (unkonsolidiert, d.h. ohne konzerninterne Verrechnung der AEG- und MTU-Verkäufe an MBB). Die britischen Spitzenunternehmen kamen (ohne Plessey) mit 15,8 und die französischen (ohne Matra) mit 18,2 Mrd. DM Rüstungsumsatz auf jeweils über das Doppelte. Dabei muß noch angemerkt werden, daß bei den führenden französischen Rüstungskonzernen der Staat die Kapital- bzw. Stimmrechtsmehrheit besitzt — sie insofern unter einheitlichem Verwaltungsdach stehen.

27 Über der Vielzahl gescheiterter westeuropäischer Kooperationsprojekte sollte nicht die Grundtendenz in Richtung Zusammenarbeit übersehen werden. Dies als kritische Notiz zu dem ansonsten sehr informativen Beitrag J. Wayands im vorliegenden Band.

Tabelle 3: Struktur der Spitze der Rüstungsindustrien Westeuropas 1987 (in Klammern militärische Umsätze in Mrd. DM)

	Frankreich	Großbritannien	Bundesrepublik
<i>Fluggerät</i>	Aérospatiale (5,1) Dassault (3,9)	Br.Aerospace (7,0)	MBB (3,4) Dornier (0,7)
<i>Elektronik</i>	Thomson CSF (6,9) Matra (2,0)	GEC Marconi (5,8) Plessey (1,5)	AEG (2,1) Siemens (1,4)
<i>Triebwerke</i>	SNECMA (2,3)	Rolls-Royce (3,0)	MTU (1,5)
Summe:	20,2	17,3	9,1

Quellen: BRD: Tab. A. Frankreich: Handelsblatt (HB) 23. 8. 88, 16./17. 12. 88, FAZ 19. 1. 89, Stuttg. Ztg. 9. 9. 87, wt 7/86; Rüstungsanteile am gesamten Konzernumsatz: Aérospatiale 55 %, Dassault 85 %, Thomson CSF 65 %, Matra 40 %, SNECMA 50 %; Großbritannien: HB 5./6. 8. 88, 16./17. 12. 88, 17. 1. 89, div. wt, Börsen-Zeitung 18. 11. 88, FAZ 16. 1. 89; Rüstungsanteile: British Aerospace 60 % (ohne Royal Ordnance und Rover), GEC (Division GEC Marconi) 35 %, Plessey (ohne GPT) 70 %, Rolls-Royce 50 %. (Währungskurse: 100 FF = 29,9 DM. 1 Pfd. = 2,941 DM. Jahresdurchschnitte 1987 nach Monatsberichte der Deutschen Bundesbank 11/88, S. 80)

Gemessen an der hohen Konzentration an der rüstungsindustriellen Spitze Frankreichs und Großbritanniens sind die Eigentumsverhältnisse in der Bundesrepublik 1987 geradezu zersplittert.

Daimler und die rüstungswirtschaftliche Stärkung Westeuropas

In diesen Zusammenhang sind die Rüstungsfusionen des Daimler-Konzerns einzuordnen. Und zwar nicht nur die Übernahme von MBB im Jahre 1989, sondern auch die vorausgegangenen Käufe von MTU, AEG und Dornier 1985. In der Rückschau bilden alle vier Fusionen einen einheitlichen Vorgang bzw. ist die MBB-Übernahme nur der logische Schlußstein eines großangelegten Zentralisationsprozesses im hochtechnologischen Rüstungsbereich. Daimlers Einstieg bei MTU, AEG und Dornier war insofern erst eine „halbe Sache“, weil damit der kapitalkräftige Großkonzern mit MTU und AEG zwar die Hauptzulieferer von MBB und mit Dornier dessen schwächeren Konkurrenten besaß, nicht aber den entscheidenden Endproduzenten und zugleich wichtigsten Kooperationspartner für die westeuropäische Zusammenarbeit, nämlich MBB selbst.

Wenn es stimmt, daß eine größere politische Selbständigkeit Westeuropas gegenüber den USA eine größere rüstungswirtschaftliche Eigenständigkeit Westeuropas verlangt, dann tut Daimler mehr, als im nationalen Rahmen die vier militärtechnologischen Spitzenunternehmen zusammenzuschließen und dadurch den größten einzelnen Rüstungskonzern Westeuropas zu bilden. Sondern Daimler schafft qualitativ neue Ausgangsbedingungen für die Kooperation mit den starken französischen und britischen Rüstungsunternehmen.²⁸

28 Über „begrenzten deutschen Einfluß in den europäischen Projekten“ klagt auch der sog. Riedl-Bericht der Bundesregierung: „Während sich die französische und die britische Luft- und Raumfahrtindustrie Schlüsseltechnologien sichern konnten, hat die deutsche Luft- und Raumfahrtindustrie trotz hoher Subventionen bisher nur meist wesentlich weniger interessante Technologien für sich gewinnen können.“ In: Industriepolitiches Konzept für Airbus und die Luft- und Raumfahrtindustrie, Typoskript o.J. (1988), Abs. 32.

Und dies bringt er nicht nur durch die Vereinigung des bislang zersplitterten bundesdeutschen Rüstungskapitals zustande (Tabelle 3 zeigt, daß der Rüstungsumsatz der „Deutschen Aerospace“ in Frankreich oder Großbritannien keinen umwerfenden Respekt einflößen dürfte), sondern es ist mehr noch die — im zivilen Sektor erworbene — gewaltige Finanzkraft Daimlers, des größten Konzerns der verarbeitenden Industrie Westeuropas, hinter dem zusätzlich die größte bundesdeutsche Bank (Deutsche Bank) steht, was die geringeren Umsatzzahlen des direkten Rüstungsgeschäfts Daimlers gegenüber Franzosen und Briten kompensieren kann.

Infolge dieses neuen rüstungswirtschaftlichen Gewichts der Bundesrepublik ist zu erwarten, daß Bewegung in die westeuropäische Rüstungskooperation kommt. Das bestehende Gefälle innerhalb der westeuropäischen Rüstungswirtschaft²⁹ entsprach weder der Führungsrolle des bundesdeutschen Monopolkapitals innerhalb der EG-Industrie, noch war es der trilateralen Rüstungskooperation zwischen der Bundesrepublik, Großbritannien und Frankreich förderlich. Daimlers Rüstungsfusionen sind insofern zwar wesentlich „europäisch“, aber entgegen der vom Konzern selbst verbreiteten Ideologie keineswegs im Sinne von Schutzmaßnahmen vor einem mit dem EG-Binnenmarkt 1992 plötzlich einsetzenden scharfen Konkurrenzkampf. Erstens wird gerade die Rüstungsindustrie wegen des staatlichen Interesses an militärischer Autarkie (MIK!) weiterhin in jedem Land besondere Privilegien behalten. Zweitens stellt bereits der gegenwärtige Zustand der EG der transnationalen Rüstungskooperation keine wesentlichen Hindernisse in den Weg.

Die Probleme liegen woanders. Ein Beispiel: Daß sich Frankreich weder am TORNADO noch am JÄGER-90 beteiligt, sondern den nationalen Alleingang vorzog (bzw. den Alleingang Dassaults, das sicherlich technisch der bessere Flugzeugbauer ist), ist zwar Ausdruck seiner Vormachtstellung im westeuropäischen Militärflugzeugbau; aber es ist auch eine Folge dessen, daß die Partner Bundesrepublik und Großbritannien rüstungswirtschaftlich zu schwach bzw. zu wenig attraktiv sind, um dem langfristigen imperialistischen Eigeninteresse Frankreichs an einer rüstungswirtschaftlichen Stärkung des westeuropäischen „NATO-Pfeilers“ gegenüber den USA angesichts kurzfristiger nationaler Vorteile zum Durchbruch zu verhelfen.³⁰

29 Daß sich Aérospatiale und British Aerospace bezüglich „Wirtschaftskraft und wohl auch bezüglich der von ihnen beherrschten Technologien“ derzeit gegenüber MBB im Wettbewerbsvorteil befinden, dem durch den Daimler-Einstieg entgegengewirkt werden soll, ist auch die Position des Friedensforschers O. Nassauer. Ders.: Rüstung zu Wasser, zu Lande und in der Luft: Messerschmid-Bölkow-Blohm, in: Rüstung in Weiß-Blau — Politik und Waffenwirtschaft in Bayern, Hg.: DIE GRÜNEN Bayern, Starnberg 1988, S. 55. MBB-Vorsitzender Vogels sagt unumwunden: „Eine Neustrukturierung der europäischen Luft- und Raumfahrt setzt ... zunächst eine Strukturbereinigung der nationalen einschlägigen Industrieaktivitäten voraus. Aufgesplittet ... sind wir nicht partnerschaftsfähig im europäischen Konzert“. In: MBB aktuell, Nr. 1/1989.

30 Auch die zusammengefaßten Rüstungsumsätze von Aérospatiale, Dassault, British Aerospace, MBB und Dornier machen nur wenig mehr als der Rüstungsumsatz des größten US-Luftfahrtkonzerns Mc Donnell Douglas (1987: 19 Mrd. DM) aus, der seinerseits nur einer von fünf großen US-Luftfahrtkonzernen (Lockheed, General Dynamics, Boeing, Northrop) ist. Dies gilt es zu beachten, um die Chancen der westeuropäischen Aufholjagd realistisch zu bewerten.

Exkurs: Siemens — GEC — Plessey

Die sogenannte „feindliche Übernahme“ des britischen Elektronikunternehmens Plessey durch den mit 16 Mrd. DM Umsatz größten britischen Elektrokonzern General Electric (GEC) und den mit 51 Mrd. DM Umsatz größten bundesdeutschen Elektrokonzern Siemens hat sicher mehrere Aspekte. Einer der wichtigsten ist, daß Siemens durch den Zugriff auf Plesseys Fernmelde-technik in den britischen Telekommunikationssektor eindringt.³¹ Hier interessiert ausschließlich der Rüstungsaspekt, zumal alle drei beteiligten Unternehmen in Tabelle 3 als Spitzenkonzerne der Militärelektronik vorkommen.

Außer ziviler Fernmeldetechnik, die in einer gemeinsamen Tochterfirma mit GEC untergebracht ist (Jahresumsatz 3,5 Mrd. DM), stellt Plessey hauptsächlich Radar-, Sonar- und Funkgeräte für militärische Zwecke her. An diesem Geschäft (Jahresumsatz rund 1,5 Mrd. DM) wollen sich GEC und Siemens je zur Hälfte beteiligen (FAZ 18/19. II. 88). Im Gegenzug will GEC einen Anteil an der Rüstungselektronik von Siemens erwerben und zugleich seine in der GEC-Marconi konzentrierten Rüstungsaktivitäten (Jahresumsatz 5,8 Mrd. DM — *It. Börsen-Zeitung* 18. II. 88) selbständig weiterführen.

Es ist nicht nötig, tiefer ins Detail zu gehen, um zu erkennen, daß aus dieser zwecks Beherrschung des zweitgrößten britischen Rüstungselektronik-Unternehmens geschlossenen Kapitalverflechtung zwischen dem größten britischen und dem zweitgrößten bundesdeutschen Militärelektronik-Konzern ein außerordentlich mächtiges Unternehmensgebilde erwächst. Der Rüstungsumsatz GEC-Siemens-Plessey übertrifft mit 8,7 Mrd. DM (1987) denjenigen von Thomson CSF.

In unserem Zusammenhang ist zweitrangig, wer in dem neuen Unternehmensgeflecht die Führung der Rüstungselektronik innehaben wird — GEC wegen des weit höheren Rüstungsumsatzes unter seiner direkten Kontrolle (100 % GEC-Marconi, 50 % Plessey und Anteile am Siemens-Rüstungsgeschäft) oder Siemens wegen seiner größeren Kapitalkraft. Entscheidend ist der Umstand einer nach Daimlers Firmenaufkäufen zweiten großen Konzentration an der westeuropäischen Rüstungsspitze, die auffallende strukturelle Ähnlichkeit mit den Fusionen des Daimler-Konzerns hat: In beiden Fällen beeindruckt der bundesdeutsche Partner nicht so sehr durch den Umfang seines mitgebrachten Rüstungsbereichs, sondern mehr durch die dahinterstehende Finanzkraft. Immerhin ist Siemens hinter Daimler und VW der drittgrößte Industriekonzern der Bundesrepublik, und seine Hausbank ist dieselbe wie bei Daimler: die Deutsche Bank.

Die Anzahl von 13 Unternehmen in Tabelle 3 täuscht über die tatsächliche Machtzusammenballung an der westeuropäischen Rüstungsspitze hinweg. Erstens sind alle französischen Unternehmen unter Staatskontrolle; wenn sie auch nicht als völlig einheitlicher Staatskonzern auftreten, gibt es doch Abstimmungsprozesse zwischen ihnen. In Großbritannien bleiben nach der Übernahme Plesseys durch GEC und Siemens noch 3 Konzerne übrig, in der Bun-

³¹ Zu den Veränderungen in der westeuropäischen Telekommunikationsindustrie vgl. U. Dolata im vorliegenden Band.

desrepublik nur zwei: Daimlers „Deutsche Aerospace“ und der mit GEC kooperierende Siemens-Konzern.

Zu den Chancen und Motiven von Daimlers Rüstungseinstieg

Vom Standpunkt der objektiven Interessenlage des westeuropäischen Imperialismus, der auf die NATO nicht verzichten, aber darin eine größere Rolle spielen will, ist die mit den Fusionen des Daimler-Konzerns erfolgende Stärkung der bundesdeutschen Rüstungswirtschaft ein vorteilhafter Schritt. Dadurch und durch das Siemens-GEC-Geschäft werden die Bedingungen für eine effektivere Rüstungskooperation verbessert und sowohl die militärtechnologische als auch die politische Unabhängigkeit von den USA befördert.

Da die Stärkung des westeuropäischen Blocks in der Bundesrepublik weder im konservativen noch im mehrheits-sozialdemokratischen Lager umstritten ist³², können Daimler — und auch Siemens — für ihr erhöhtes Rüstungsengagement mit langfristig günstigen politischen Rahmenbedingungen rechnen. Infolge der staatlichen Übereinstimmung mit ihren transnationalen Rüstungsbestrebungen wird ihr Gewicht innerhalb des bundesdeutschen MIK weiter wachsen³³ — unabhängig vom Umfang des nationalen Rüstungshaushalts, da sich die Daimler-Unternehmen auch einer relativen oder absoluten Mittelkürzung wohl am ehesten (auf Kosten anderer Rüstungsfirmen) entziehen könnten.

Daimlers Aussichten im Rüstungsgeschäft stehen folglich nicht schlecht. Die Frage aber steht: Warum wendet sich der Autokonzern überhaupt der Rüstung zu? Falsch wäre m.E. die Behauptung, daß an die Stelle des Profitmotivs andere Unternehmensziele getreten sind — etwa die Liebe zur Waffe oder das Verantwortungsgefühl für Westeuropas Rüstungsautarkie. Es sind nicht Gefühle, sondern es ist gewöhnliches Profitstreben, das Daimler in diese neue Kapitalanlage für seine im Automobilgeschäft erzielten, aber dort relativ überschüssigen Gewinne drängt.

Die Investition in militärische Flugtechnik und Elektronik (einschließlich der Raumfahrt) bietet sich aus drei Gründen an: Erstens weil es sich dabei durchweg um Hochtechnologie handelt; zweitens weil es Bereiche sind, die im Rahmen staatsmonopolistischer Komplexe vom eigenen Staat mit gewaltigen Finanzmitteln gefördert und mit Gewinngarantien versehen werden; drittens weil die Interessenlage des westeuropäischen Imperialismus große Langfristigkeit der Geschäfte erwarten läßt. Alle drei Profitfaktoren zusammen weisen gegenwärtig nur die spitzentechnologische Rüstung und die — allerdings in geringerem Umfang betriebene — Raumfahrt aus; was bezüglich des ebenfalls hochtechnologischen zivilen Flugzeugbaus (AIRBUS) heißt, daß sich Daimler ihn ganz einverleibt, sobald er genügend Gewinne abwirft.

Nicht weil Daimler in Rüstung vernarrt wäre, wird er zum größten bundesdeutschen Rüstungskonzern. Sondern es ist die langfristige, staatlich gesi-

32 Vgl. J. Reusch, a.a.O., S. 112 ff.

33 Schon jetzt entfallen ca. 40 % der Beschaffungsmittel des Rüstungshaushalts und 78 von insgesamt 142 größeren Projekten (Stand 1988) auf die in der „Deutschen Aerospace“ aufgehenden vier Daimler-Unternehmen. Vgl. wehrdienst 1147 (88).

cherte Rentabilität im High-tech-Rüstungssektor, die ihn dazu motiviert. Allerdings folgt aus der hohen Politisierung des Rüstungsgeschäfts, daß die Auftragseingänge von der gesellschaftlichen Akzeptanz für fortdauernde Hochrüstung mitbestimmt werden. Dieser — nachlassenden — Rüstungsakzeptanz wird Daimler wieder auf die Sprünge zu helfen versuchen.

4. Die Schlüsselrolle des Jäger-90 für Auf- oder Abrüstung

Der Linie des westeuropäischen Imperialismus, durch Intensivierung der rüstungswirtschaftlichen Kooperation den eigenen Machtblock zu fundieren, sind die Friedensinteressen diametral entgegengesetzt. Zwar verlangen auch diese eine Abkoppelung vom konfrontativen US-Kurs. Aber mit einem genau so aggressiven Westeuropa an dessen Stelle ist nichts gewonnen. Die Grundlage größerer westeuropäischer Sicherheit sind nicht Aufrüstung, sondern Abrüstung und kooperative Beziehungen mit allen Ländern der Welt.

Die Frage steht, welche Realisierungschancen ein dem westeuropäischen Imperialismus entgegengesetzter Kurs der Abrüstung haben kann — angesichts des großen Einflusses des Daimler-Konzerns (sowie der Deutschen Bank) auf die staatliche Politik — auch auf die Rüstungspolitik. Ich beziehe mich im folgenden nur auf die Bundesrepublik, was mir erlaubt scheint, weil die neuen Bedingungen für eine westeuropäische Aufrüstung von der Rüstungskonzentration in unserem Land ausgehen; anders gesagt: weil sie mit der Macht des bundesdeutschen Partners stehen oder fallen.

Ganz sicher ist das A und O des Aufrüstungsstopps, daß die Friedensbewegung als Massenbewegung volle Kraft entfaltet. Ihre Chance liegt darin, daß über Auf- oder Abrüstung grundsätzlich nicht privat, sondern politisch entschieden wird — der Staat aber seiner Natur nach eine druckempfindliche Instanz ist. Er reagiert auf den Druck Daimlers auf Rüstungsausweitung, aber auch — potentiell — auf den entgegengesetzten Druck der Aufrüstungsgegner. Gerade weil der politische Gegendruck nunmehr besonders groß sein muß, tauchen in der Arbeiter- und Friedensbewegung Überlegungen auf, ob und wo zusätzliche soziale Kräfte als Bündnispartner für Abrüstung gewonnen werden können. Da die Debatte über eine aufgrund neuartiger historischer Konstellationen gegebene Möglichkeit von Abrüstung im Rahmen des bestehenden Systems auch in diesem Band geführt wird, begnüge ich mich hier mit zustimmenden Verweisen auf die Beiträge von J. Huffschnid und J. Reusch.

So klar abgegrenzt wie heute war das ökonomische Zentrum des MIK noch nie: Es sind die Rüstungsbereiche von MBB/Dornier/AEG/MTU („Deutsche Aerospace“) unter Daimlers Kontrolle. Daimlers Quasimonopol in der bundesdeutschen Rüstung bringt es mit sich, daß sich jede Abrüstungsbemühung zwangsläufig mit dem Rüstungsgeschäft dieses Konzerns konfrontiert sieht. Ganz deutlich wird das bei dem gegenwärtig anlaufenden, geschichtlich aufwendigsten westeuropäischen Rüstungsprojekt, dem Jäger-90.

Daimlers „Aerospace“ vereinigt die bundesdeutschen Hauptgewinner an diesem Kampfflugzeug. Auf die vier Firmen entfallen die teuersten Posten aus dem bundesdeutschen Finanzierungsanteil.

MBB: Rumpfmittle (80 %) und Endmontage aller
Flugzeuge für die Luftwaffe
Dornier: Rumpfmittle (20 %)
MTU: Triebwerk
AEG: Bordradar³⁴

(Auf britischer Seite sind die Partner British Aerospace, Rolls-Royce und — vermutlich — GEC-Marconi. Dazu kommen, mit kleinerem Arbeitsanteil, italienische und spanische Firmen).

Konstruktion und Fertigung dieser Baugruppen sollen ab Mitte der 90er Jahre mit jährlich 4-5 Mrd. DM rund die Hälfte des „Deutsche Aerospace“-Umsatzes erbringen. Die Entwicklung (1989: 570 Mio aus dem Bundeshaushalt) ist bereits im Gange.

Auch wenn beim Jäger 90 eine Beteiligung der französischen Rüstungskonzerne noch mißlang, kommt dem nunmehr unter bundesdeutsch-britischer Führung betriebenen Kampfflugzeug eine Schlüsselrolle für die Zukunft zu. Wird es gebaut, wird zugleich die Linie der rüstungswirtschaftlichen Fundierung eines westeuropäischen imperialistischen Blocks gestärkt.³⁵ Wird der Jäger noch verhindert, ist dies nicht nur ein Schlag gegen den imperialistischen Westeuropakurs, sondern auch gegen den bundesdeutschen MIK unter Daimlers Führung und ein Schritt hin auf eine friedensorientierte Entwicklungsrichtung der Bundesrepublik.

Wenn dem Jägerbau aber eine so große Bedeutung in der einen wie in der anderen Richtung zukommt, dann kann es sich die Friedensbewegung nicht leisten, irgendwelche — auch neuartigen — Vorschläge zu ignorieren, die dazu beitragen können, dieses Militärprojekt aus der Welt zu schaffen: Ist Abrüstung mehr als eine bewußtseinsbildende Losung, an deren Scheitern die Inhumanität des Kapitalismus demonstriert werden soll, sondern ist sie die dringlichste *praktische* Aufgabe unserer Zeit, dann kommt es — so die Konsequenz — gegenwärtig nicht in erster Linie darauf an, Daimlers Profitstreben streitig zu machen, sondern Daimlers Waffenproduktion. Logischen Vorrang gewinnt die Frage nach der stofflichen Art des Produkts: ob ein sinnvolles oder ein Waffensystem. Hier ist sogar die Dialektik des Profitsystems nutzbar: Aus der prinzipiellen Gleichgültigkeit der „kapitalistischen Produktion ... gegen den bestimmten Gebrauchswert“³⁶ folgt die prinzipiell mögliche Abkehr vom Rü-

34 Der AEG-Anteil könnte evtl. durch Siemens geschmälert werden.

35 Ganz offen begründet der Bundesverband der Deutschen Luftfahrt-, Raumfahrt- und Ausrüstungsindustrie (BDLI) in seinem „Rückblick und Ausblick 1988“ den Bau des Jäger-90 damit, daß sich sonst „Europa ... für die nächsten dreißig Jahre politisch und wirtschaftlich in einseitige Abhängigkeit von den USA begibt.“ Bezeichnenderweise erfolgt die militärische Begründung („Garantie der Verteidigung unseres Luftraums“) erst danach. In: Reuss 1989, Jahrbuch der Luft- und Raumfahrt, Mannheim 1989, S. 463.

36 K. Marx, Das Kapital, Bd. 3, in: Marx-Engels-Werke 25, S. 205.

stungsprodukt, sofern es eine — vom Standpunkt des Kapitals gleichwertige — Alternative dazu gibt. Dieses müßte ein Produkt sein, das für Daimler genauso hochtechnologisch anspruchsvoll und durch staatliche Garantien genauso langfristig profitabel ist wie das Waffensystem — mit dem entscheidenden Unterschied, daß es nämlich keines ist.

Daimler sucht neue Kapitalanlagen, die erstens im Bereich der Hochtechnologien liegen und zweitens staatlich gesichert werden. Drittens sollen die Geschäfte auf lange Frist rentabel sein. Mit einem Wort: Daimler sucht die Verwertung in einem staatsmonopolistischen Komplex.

Sicherlich, die drei genannten Profitfaktoren eines staatsmonopolistischen Komplexes sind gegenwärtig vornehmlich im militärischen Flugtechnik- und Elektroniksektor wirksam. Doch muß das nicht so bleiben. Aus dem Begriff des Kapitals folgt nicht, daß es nach Rüstungsprofit strebt, sondern nach maximalem. Rüstungsprofit ist, wie Teil 2 dieses Beitrags über die Verwertung im MIK zeigte, in der Tat recht hoher und relativ sicherer Profit. Aber, auch das wurde dort angedeutet, der Umkehrschluß ist nicht korrekt, daß hoher Profit immer auch Rüstungsprofit ist. Dessen Höhe resultiert nicht prinzipiell aus den stofflichen Eigenschaften von Waffensystemen, sondern aus der staatlichen Präsenz in allen Stadien des Produktionsprozesses. Wenn es Daimler um diese verwertungssichernde staatliche Aktivität geht, dann kann eine Umorientierung des Staates auf zivile industrielle high-tech-Bereiche Abrüstung per Umrüstung (Konversion) herbeiführen.

Denkbar ist folgender Konversionsvorschlag: Die in den Rüstungshaushalten der kommenden Jahre für den Jäger aufzubringenden Mittel sind durchaus an MBB, Dornier, AEG und MTU (Deutsche Aerospace) zu vergeben. Aber nicht für das Kampfflugzeug, sondern für zivile Forschungs-, Entwicklungs-, und Produktionsvorhaben, welche die in den Unternehmen vorhandenen überdurchschnittlichen Qualifikationen genauso herausfordern wie das Waffensystem. Hinter diesem Gedanken steht nicht nur die Absicht, die Arbeitsplätze der Beschäftigten zu sichern und sie für die Verhinderung des Jägerbaus mitzugewinnen, sondern auch die Gewißheit, daß diese Hochtechnologie-Unternehmen bei einer dem Rüstungsgeschäft vergleichbaren staatlichen Finanzbeteiligung wichtige neue Produkte schaffen.

Die Rüstungskonversion im einzelnen zu entwickeln, steht hier nicht an. Es darf gerade bei der Konversion nicht um Entscheidungen über die Köpfe hinweg gehen, etwa derart, daß das Bundeswehrbeschaffungsamt nun Aufträge für Umwelttechnologien vergibt. Es geht um mehr als um den Kerngedanken, nämlich Geld aus dem Rüstungsetat für zivile Zwecke einzusetzen. Vielmehr muß die Entscheidung, was anstelle von Rüstung produziert werden soll, Ergebnis breiter und tiefgestaffelter demokratischer Prozesse sein, die im Betrieb beginnen und sich über Kommunen und Regionen bis zur Ebene der Entscheidung über die zentralen Staatsfinanzen fortpflanzen.³⁷

37 Vgl. dazu J. Rusch und H.J. Krysmanski im vorliegenden Band.

Gewiß, freiwillig wird Daimler auch dann seine in langen Jahren aufgebaute Option für das hochtechnologische Rüstungsgeschäft nicht preisgeben. Doch was der Vorzug für die Kapitalverwertung im Rüstungssektor ist, nämlich daß sie staatlich gewährleistet wird, ist zugleich ihr Risiko: die Abhängigkeit von einer Instanz, die im Interesse der Systemerhaltung dem gesamtgesellschaftlichen Klima Rechnung tragen muß. Die Hauptverantwortung für eine politische Klimaveränderung, die den Staat zwingt, seine wirtschaftlichen Lenkungsarbeiten drastisch von Rüstung auf zivile Produktion umzuorientieren, nimmt der Arbeiter- und Friedensbewegung niemand ab.

Anhang

Tabelle A: Die größten Rüstungsunternehmen der Bundesrepublik 1987 und 1986 (über 150 Mio. DM Rüstungsumsatz; Angaben in Mio. DM)

	Gesamtumsatz 87	Rüstungsumsatz		Differenz u. Branche
		87	86	
Daimler	67475	4762	4528	+234
AEG	11660	2074	1708	+366 E
MTU	3018	1510	1490	+ 20
(MTU München)	(1308)	(930)	(870)	(+ 60) F
(MTU Friedrichsh.)	(1202)	(580)	(620)	(- 40) P
Dornier	1608	733	910	- 177 F
Daimler-Benz AG	41332	445	420	+ 25 A
MBB	6098	3356	3301	+ 55 F
Siemens	51431	1400	1300	+100 E
Thyssen	26551	1380	1340	+ 40
Blohm + Voss	1140 h	670 h	605	+ 75 S
GB Th. Henschel	838	420	440	- 20 P
Th.Nordseew. GmbH	383 GL	195	175	+ 20 S

	Gesamtumsatz 87	Rüstungsumsatz		Differenz u. Branche
		87	86	
Röchling-Rheinmetall	2986	1120	1180	- 60
Rheinmetall GmbH	964	964	1039	- 75 M
Diehl	2174	1022	1008	+ 14 M
Wegmann-Gruppe ¹	874	820	820	unv. P
Krauss-Maffei	1240	807	1337	- 530 P
Krupp	14105	774	1130	- 356
Ail. Elektronik GmbH	598	420	380	+ 40 E
Krupp MaK GmbH	650	304	700	- 396 P
SEL-Gruppe	5308	540	510	+ 30 E
Deutsche Philips	8568	500	490	+ 10 E
Salzgitter	9910	500	400	+100
HDW AG	940	435	340	+ 95 S
Fr.Lürssen GmbH & Co	615	490	390	+100 S
Rohde & Schwarz	802	400	360	+ 40 E
Bodenseewerk	700	350	360	- 10 F
Feldmühle-Nobel	9802			
Dynamit Nobel AG	2909	330	230	+100 M
MAN	14970	260	290	- 30
Renk AG	221	150	180	- 30 P
Bosch	25365			
ANT GmbH/Teldix GmbH	1415	230	208	+ 22 E
Klößner	18568	230	230	unv.
KHD Luftfahrt. GmbH	188	178	178	unv. F
C. Zeiss	3052	220	210	+ 10 E
Honeywell	671	200	200	unv. E
IVECO MAGIRUS AG	2001	200	155	+ 45 A
Vulkan Werftenverbund	1536	190	140	+ 50 S
IWKA Gruppe	1192	163	163	unv. P
Heckler & Koch	300	150	150	unv. M

1) Nur die Kasseler Konzernunternehmen — ohne Gebr. Hofmann-Gruppe.

Erläuterungen: Soweit hinter dem Namen nicht anders vermerkt, handelt es sich um Konzerne bzw. Unterkonzerne. Abweichungen zwischen Konzernwerten und Werten ihrer Tochterunternehmen kommen zustande, wenn der Rüstungsbereich eines Konzerns größer als sein Haupt-Rüstungsunternehmen ist. F = Fluggeräte, E = Elektronik, P = Panzer, S = Schiffbau, M = Munition und Waffen, A = Automobile. Bei der Branchenzuordnung handelt es sich um den Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit. h = hochgerechnet auf 12 Monate, da nur Daten über 9 Monate Rumpfgeschäftsjahr vorhanden. GB = Geschäftsbereich. GL = Gesamtleistung anstelle des Umsatzes.

Quellen: Presseveröffentlichungen (insbes. wehrtechnik, wehrdienst und Bundesanzeiger), Eigenermittlungen und -berechnungen. ZMF-Archiv.

Neue Technik — Modernisierungspolitik — Staatsmonopolistische Komplexe

Ulrich Dolata

1. Staatsmonopolistische Komplexe: Offene Fragen und Problemstellungen — 2. Historische Entstehungszusammenhänge und Triebkräfte — 3. Nationale Besonderheiten und Unterschiede — 4. Privatisierung, Deregulierung, Internationalisierung — 5. Planungseffizienz und Ressourcenallokation — 6. Zum Stellenwert staatsmonopolistischer Komplexe in der heutigen Umbruchperiode

1. Staatsmonopolistische Komplexe: Offene Fragen und Problemstellungen

Mitte 1987, zu einer Zeit also, als die (publizistische) Auseinandersetzung um eine Deregulierung des bundesdeutschen Fernmeldewesens auf einen ihrer Höhepunkte zusteuerte, legten führende Vertreter der informations- und kommunikationstechnischen Industrie „Leitlinien für ein Zukunftskonzept Informationstechnik“ vor — ein Dokument, in dem mit Nachdruck verstärktes staatliches Handeln gefordert und der Wunsch nach engerer privat-staatlicher Planung und Koordination in diesem wissenschaftlich-technischen Schlüsselbereich vorgetragen wird. Im Bericht der Arbeitsgruppe Kommunikationstechnik und Unterhaltungselektronik, der, wie es dort heißt, „die Meinung der relevanten Industrieunternehmen und Forschungseinrichtungen“ widerspiegelt, lesen sich die Vorstellungen der Branche zum weiteren Ausbau der Kommunikationsinfrastruktur der BRD wie folgt: „Die Kräfte des Marktes alleine reichen nicht aus, um die notwendige Entwicklung im Weltmarkttempo voranzutreiben. (...) Eine koordinierte Planung muß die Zersplitterung der volkswirtschaftlichen Ressourcen verhindern und Betreibern, Herstellern und Anwendern die notwendige Planungssicherheit für die Entwicklung von innovativen Großsystemen, Diensten und Endgeräten geben. (...) Angesichts der finanziellen Größenordnung der Aufgabe, eine neue Infrastruktur zu errichten, in Anbetracht der Verpflichtung des Staates zur Daseinsvorsorge und wegen der internationalen Wettbewerbsverzerrungen besteht ein erheblicher staatlicher Handlungsbedarf im Rahmen eines ressortübergreifenden Regierungskonzeptes.“ Ein solches Konzept müsse, so fordert der Bericht schließlich, darauf ausgelegt sein, „die volkswirtschaftlichen Ressourcen zu bündeln und die Risiken für Hersteller und Anwender tragbar zu machen.“¹

¹ Alle Zitate aus Informationstechnik 2000. Arbeitsgruppe Kommunikationstechnik/Unterhaltungselektronik, Stuttgart 1987, S. 1, Hf.; vgl. dazu auch BMFT (Hg.), Informationstechnik. Konzeption der Bundesregierung zur Förderung der Mikroelektronik, der Informations- und Kommunikationstechniken, Bonn 1984, S. 8.

Was Industrie und Forschung hier als Anforderungen an staatliches Handeln zu Papier gebracht haben, ist nicht nur vor dem Hintergrund der z.T. ja vehement geführten Privatisierungs- und Deregulierungsdiskussionen der vergangenen Jahre interessant. Es bringt überdies ziemlich exakt auf den Punkt, was in Teilen der marxistischen Theoriebildung seit einiger Zeit als *staatsmonopolistischer Komplex* gehandelt wird.² Sein *zentrales Merkmal* ist eine enge, dauerhafte und alle Phasen des Produktionszyklus umfassende Kooperation von Großunternehmen mit Teilen des Staatsapparates, die durch gemeinsam erarbeitete Entwicklungsprogramme und privat-staatliche Koordinationsgremien, denen die Abstimmung und Steuerung der Programme unterliegt, fundiert wird — eine Charakterisierung, die in der Bundesrepublik neben der Rüstungsproduktion heute zumindest auch für die angesprochene Modernisierung der Kommunikationsinfrastruktur, den Bau von Kraftwerken und die Energieversorgung sowie die Luft- und Raumfahrt zutrifft. Nicht nur bei der Entwicklung und Produktion von Waffensystemen, sondern etwa auch bei der Planung und Errichtung von Kernkraftwerken und Wiederaufarbeitungsanlagen, der Projektierung und Durchführung von Luft- und Raumfahrtprogrammen oder der sogenannten Verkabelung der Republik arbeiten die dort engagierten Großunternehmen und staatliche Stellen (Behörden, Ministerien, staatlich geführte Unternehmen) eng zusammen — und zwar in der Regel von der Bedarfsermittlung und politischen Durchsetzung der Programme über die Produktion selbst bis hin zur Realisierung der produzierten Güter.

Die *institutionelle Basis*, auf der diese Zusammenarbeit konkret funktioniert, hat vier Bestandteile, die sich für alle genannten Komplexe nachweisen lassen:

— die entsprechenden Abteilungen der privaten Konzerne, die sich im jeweiligen Komplex engagieren, bilden den ökonomischen Kern der Verflechtungsstruktur;

— staatliche Behörden und Einrichtungen — Bundesministerien, Parlamentsausschüsse, Staatsbetriebe oder staatliche Forschungseinrichtungen — gehören zur staatlichen Seite des Komplexes;

— spezifische Verflechtungsinstitutionen — etwa gemeinsame Ausschüsse und Kommissionen, Arbeits- und Projektgruppen, gemischte privat-staatliche Unternehmen — koordinieren und verklammern privatwirtschaftliche und staatliche Interessen, erarbeiten die allgemeinen Entwicklungslinien der Produktion

2 Die Literatur zum Thema ist nach wie vor übersichtlich. Vgl. IMSF (Hg.), *Staatsmonopolistische Komplexe*. Zu einer Kategorie der aktuellen Kapitalismusanalyse, Frankfurt/M. 1982.; dies., *Staatsmonopolistische Komplexe in der Bundesrepublik*. Theorie — Analyse — Diskussion, Köln 1986.; U. Dolata/A. Gotschalk/J. Huffscheid: *Staatsmonopolistische Komplexe als neue Organisationsform des Kapitals*. Bemerkungen zu einer neuen Kategorie der politischen Ökonomie des Kapitalismus, in: *Marxistische Studien*. Jahrbuch des IMSF 11/1986, Frankfurt/M., S. 222 ff.; U. Dolata: *Eine neue Form der Verflechtung*. Über die Herausbildung von staatsmonopolistischen Komplexen in der Bundesrepublik, in: *Kritik der bürgerlichen Reproduktionstheorie*. Protokollband des 4. Jenaer theoriehistorischen Kolloquiums, Jena 1987, S. 107 ff.; Aufgegriffen worden ist die Kategorie darüber hinaus von der Arbeitsgruppe *Alternative Wirtschaftspolitik, Wirtschaftsmacht in der Marktwirtschaft*. Zur ökonomischen Konzentration in der Bundesrepublik, Köln 1988, S. 73 ff.

und sind nicht selten Orte heftiger monopolistischer Konkurrenzkämpfe um Produktionsanteile und Aufträge;

— Zulieferer und Unterauftragnehmer der Kernmonopole auf der einen, Parteien und deren Fachkommissionen, Interessenvertretungsverbände und Medien, die der politischen Akzeptanz der in den Komplexen produzierten Güter zuarbeiten, auf der anderen Seite bilden schließlich die ökonomische bzw. politische Peripherie eines staatsmonopolistischen Komplexes.

Diese ausgeprägte Verflechtungsstruktur hebt die Komplexe u.E. deutlich von herkömmlichem Staatsinterventionismus, ‚normaler‘ Struktur- und Subventionspolitik ab; Teile des Staates werden hier verhältnismäßig stabil und dauerhaft in den Produktions- und Verwertungsprozeß des Monopolkapitals integriert. Wir begreifen daher *staatsmonopolistische Komplexe als eine eigenständige Organisationsform des Kapitals*, die neben die ‚klassischen‘ Hauptformen des Monopolkapitals — das Einzelmonopol und die Finanzgruppe — tritt und mit ihnen zusammen heute das ökonomische Machtgerüst der Bundesrepublik prägt.³

Mit dieser kurzen Rekapitulation der Anatomie staatsmonopolistischer Komplexe ist nun allerdings über die Bedingungen ihrer Herausbildung und Etablierung noch ebensowenig gesagt wie über ihre Bedeutung für den Verlauf und die konkreten Durchsetzungsformen des wissenschaftlich-technischen Umbruchs. Fragen wir nach den Ursachen und Triebkräften, der ökonomischen Stabilität und Bedeutung staatsmonopolistischer Komplexe, so stoßen wir schnell auf eine ganze *Reihe ungeklärter bzw. nicht ausdiskutierter Probleme*, die sich gegen vorschnelle theoretische Verallgemeinerungen und praktisch-politische Schlußfolgerungen sperren:

— Nicht ausdiskutiert sind m.E. *erstens* die konkret-historischen Entstehungszusammenhänge und Triebkräfte, die zur Herausbildung von Komplexen geführt haben bzw. führen können.

— Nur am Rande beachtet wurden bislang *zweitens* nationale Besonderheiten und Unterschiede im Entstehungsprozeß und Wirkungsmechanismus staatsmonopolistischer Komplexe.

— Weitgehend ausgeblendet blieb *drittens* der ausgesprochen knifflige Problembereich Privatisierung — Deregulierung — Komplexbildung; ähnliches gilt für das Verhältnis der national begründeten und funktionierenden Komplexe zur Internationalisierung staatsmonopolistischer Produktionsverhältnisse.

— Wenig problematisiert wurde in unseren Arbeiten *viertens* die tatsächliche Planungs-, Koordinierungs- und Programmierungseffizienz der Komplexe — die scheint z.T. erheblich geringer zu sein als dies unser theoretisches Gebilde vermuten läßt.

³ Diese „enge“ Begriffsbildung unterscheidet sich deutlich von der wesentlich „weiteren“ der sowjetischen Namensgeber: „Das Verhältnis zwischen dem SMK und einem konkreten staatsmonopolistischen Komplex ist das Verhältnis zwischen dem Allgemeinen und dem Besonderen. Es ist etwa vergleichbar mit dem Verhältnis zwischen dem Monopolkapitalismus und den Monopolen.“ A.A. Djomin: Die Kategorie „staatsmonopolistische Komplexe“ im System der Kategorien der marxistisch-leninistischen politischen Ökonomie des modernen Kapitalismus, in: IMSF: Staatsmonopolistische Komplexe, 1986, a.a.O., S. 48.

— Überschätzt worden ist m.E. *fünftens* die Rolle und Bedeutung, die die Produktivkraftentwicklung, insbesondere der wissenschaftlich-technische Umbruch unserer Tage für die Konstituierung und Etablierung derartiger Komplexe bisher gehabt hat bzw. in Zukunft haben wird.

Ich will in den folgenden Ausführungen einigen der hier aufgeworfenen Probleme nachgehen — mit dem Ziel, zu einer genaueren *Bestimmung des Stellenwerts staatsmonopolistischer Komplexe in der heutigen Umbruchperiode* zu kommen. Dazu vier Überlegungen, in deren Mittelpunkt nicht die elegante theoretische Abrundung der Kategorie, sondern der Versuch einer deutlicheren Konturierung ihrer Ecken und Kanten steht.

2. Historische Entstehungszusammenhänge und Triebkräfte

Fragen wir zunächst nach den historischen Entstehungszusammenhängen und Triebkräften staatsmonopolistischer Komplexe in der Bundesrepublik.

In unseren bisherigen Untersuchungen haben wir die Komplexe als Schlüsselbereiche des wissenschaftlich-technischen Fortschritts beschrieben und ihre entwickelten Verflechtungsstrukturen ganz wesentlich aus dem dort sehr hohen Niveau der Produktivkräfte erklärt: Der Umgang mit modernen Großtechnologien lasse hier im Grunde keine andere Form der Produktion mehr zu; Waffen- und Kerntechnik seien heute ebenso wie Luft-, Raumfahrt- und Telekommunikationsprojekte nur noch im Rahmen ausgreifender privat-staatlicher Kooperations- und Koordinationsstrukturen profitabel handhabbar. In der Tat weisen die Produktions- und Verwertungsbedingungen in diesen Bereichen eine Reihe gemeinsamer Merkmale auf, die in diese Richtung deuten: Es sind durchweg hochkonzentrierte, kapital- und technologieintensive Sektoren mit enormen Kapitalvorschüssen und hoher Kapitalfixierung, langen Umschlagzeiten und entsprechend hohen Anlagerisiken, ausgesprochen hohen Forschungsaufwendungen und komplexen Planungs- und Produktionserfordernissen.

Gleichwohl bleiben wichtige Fragen offen: Warum ist es in Produktionszweigen mit vergleichbar hohem Produktivkraftniveau (wie z.B. in der Chemischen Industrie) nicht zu ähnlichen Verflechtungsmustern zwischen Staat und Monopolen gekommen? Wie läßt es sich erklären, daß etwa in den USA kein Telekommunikationskomplex existiert, die Modernisierung der dortigen Kommunikationsinfrastruktur statt dessen weitgehend privatmonopolistisch betrieben werden kann? Schließlich: Weshalb kann staatliche Privatisierungs- und Deregulierungspolitik in Bereichen, die aufgrund ihres hohen Vergesellschaftungsgrades lange als kaum noch privatisierbar galten (z.B. Telekommunikation, Energie, Luftfahrt), greifen und sogar erfolgreich sein?

Meine *erste Überlegung* hierzu zielt darauf ab, das oft sehr eng, fast deterministisch gefaßte Verhältnis von Produktivkraftefordernissen und Vergesellschaftungsfortschritten deutlich zu lockern. Im konkret-historischen Entstehungsprozeß staatsmonopolistischer Komplexe ist der zunächst unterstellte Zusammenhang von Produktivkraftentwicklung, Kapitalfixierung und *staatsmonopolistischen* Vergesellschaftungszwängen so unmittelbar und zwingend

nicht, als daß er allein zu ihrer Begründung herangezogen werden könnte. Statt dessen spricht m.E. viel für ein wesentlich differenzierteres, von Fall zu Fall spezifisches *Zusammenspiel ökonomisch, technologisch, politisch und militärisch fundierter Triebkräfte*, die bei der Herausbildung der Komplexe in der Bundesrepublik am Werke waren:⁴

— *Erstens* gehören hierzu *militärische und (groß-)machtpolitische Ambitionen*, die bis tief in die 50er Jahre zurückreichen und nicht nur bei der Konstituierung des militärisch-industriellen Komplexes als Paten zugegen waren, sondern auch im Entstehungsprozeß des Atom-Industrie- und des Luft- und Raumfahrtkomplexes eine treibende Rolle gespielt haben.

— *Zweitens* können einfache *Markt- und Machtinteressen der beteiligten Konzerne* zur Herausbildung und Stabilität von Komplexen beitragen. Enge Koordination und Kooperation mit staatlichen Stellen ist nicht einfach Resultat objektiv wirkender Produktionszwänge; sie garantiert zugleich langfristig sichere Absatzmärkte, günstige Verwertungsbedingungen und die weitgehende Ausschaltung potentieller Konkurrenten und wird damit überdies zu einem sehr subjektiven Anliegen der protegierten Unternehmen und „Amtsbaufirmen“.

— *Drittens* können *Herausforderungen der internationalen Konkurrenz und Technologiewettläufe* die Entwicklung derart komplexer Verflechtungsstrukturen fördern — und zwar über das Bestreben, die nationalen Ressourcen vor allem auf dem Feld sogenannter Zukunftsindustrien zu bündeln und die ‚eigenen‘ Monopole für kommende Weltmarktauseinandersetzungen fit zu machen. Dem Vorhaben, führender Produzent und Exporteur von Kernkraftwerken zu werden, wurde seinerzeit auf diese Weise ebenso entsprochen wie dem aktuellen Bemühen um eine vor äußeren Einflüssen zunächst relativ geschützte Formierung eines international konkurrenzfähigen Telekommunikationssektors.

— *Viertens* schließlich spielen *Traditionen des Staatsinterventionismus* und das historisch gewachsene *Niveau der Zusammenarbeit von Staat und Monopolkapital* bei der Herausbildung von Komplexen eine nicht zu unterschätzende Rolle. Der deutsche Staat war schon in der Weimarer Republik und während des Faschismus Träger wichtiger Infrastrukturaufgaben und als Auftraggeber wie Großabnehmer von der Industrie geschätzt. Die privatmonopolistischen Stützen der späteren Komplexe — insbesondere die Elektro- und die Rüstungskonzerne — waren ihrerseits seit Jahrzehnten ökonomisch, politisch und perso-

4 vgl. im Folgenden zum MIK: J. Huffschnid (Hg.), *Rüstungs- oder Sozialstaat?*, Köln 1981, S. 13 ff.; ders.: *Der militärisch-industrielle Komplex*, in: IMSF: *Staatsmonopolistische Komplexe* 1986, a.a.O., S. 176 ff.; H.-J. Bontrup/N. Zdrowomyslaw: *Die deutsche Rüstungsindustrie. Vom Kaiserreich zur Bundesrepublik*, Heilbronn 1988, S. 129 ff. Vgl. zum AIK: H. Bufe/J. Grumbach, *Staat und Atomindustrie. Kernenergiepolitik in der BRD*, Köln 1979; J. Radkau, *Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft 1945-1975*, Reinbek 1983; U. Schelb (Hg.), *Reaktoren und Raketen. Von der zivilen zur militärischen Atomenergie?*, Köln 1987. Vgl. zum TIK: J. Scherer, *Telekommunikationsrecht und Telekommunikationspolitik*, Baden-Baden 1985; K. Borchardt/A. Gottschalk/D. Hülsmeier/H.-J. Michalski, *Der Telekommunikations-Komplex*, in: IMSF, *Staatsmonopolistische Komplexe*, 1986, a.a.O., S. 217 ff. Vgl. zum LRK: J.J. Blagow, *Der Luft und Raumfahrtkomplex der BRD und seine Rolle bei der Realisierung der westeuropäischen Luft- und Raumfahrtprogramme*, in: Ebd., S. 75 ff.; *Vom Drang nach neuen Wirkungsräumen. Die Weltraumpolitik der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Forum Wissenschaft* 3/1987, S. 4 ff.

nell eng mit dem Staatsapparat verbunden.⁵ Die Entstehung von Komplexen wurde in der Bundesrepublik durch diese lange Tradition des organisierten Kapitalismus und der privatmonopolistischen Indienstrahle ökonomischer Staatstätigkeit zweifellos zusätzlich begünstigt.

Mit alldem will ich für eine historisch-differenzierende, ganz unterschiedliche Einflüsse auslotende und nicht zu eng auf — wie auch immer im einzelnen definierte — objektive Produktivkraftefordernisse ausgerichtete Analyse und Interpretation staatsmonopolistischer Komplexe plädieren. Um hier nicht mißverstanden zu werden: Der heute vor allem durch das *Aufstehen komplexer, kapitalintensiver und risikobehafteter Großtechnologien* ausgelöste Vergesellschaftungsdruck der Produktivkräfte spielt natürlich eine wichtige Rolle bei der Herausbildung neuartiger Produktions- und Regulierungsformen — er wirkt nur weder autonom noch automatisch in die Richtung staatsmonopolistischer Komplexe.

3. Nationale Besonderheiten und Unterschiede

Meine zweite Bemerkung bestätigt diesen methodischen Grundgedanken aus einer anderen Sicht: Wenn wir uns von den Borniertheiten der national ausgerichteten Analyse freimachen, dann stellen wir schnell fest, daß sich in stofflich vergleichbaren Produktionsbereichen in den kapitalistischen Hauptländern ganz unterschiedliche Produktionsweisen und Vergesellschaftungsmuster herausgebildet und verfestigt haben.

Nehmen wir das *Beispiel Telekommunikation*. Die Modernisierung und der Ausbau der kommunikationstechnischen Infrastruktur gilt weltweit als einer der entscheidenden Wachstumsbereiche der Zukunft.⁶ In allen großen kapitalistischen Industrieländern werden bereits seit einigen Jahren umfangreiche Modernisierungsinvestitionen getätigt und große Anstrengungen unternommen, das nationale Fernmelde- und Kommunikationswesen neu zu strukturieren. Diese Modernisierungs- und Restrukturierungspolitik muß jedoch nicht nur von ganz unterschiedlichen nationalen Voraussetzungen ausgehen; sie setzt zugleich von Land zu Land deutlich unterscheidbare Akzente:

— In der *Bundesrepublik* hat sich in der zweiten Hälfte der 70er Jahre ein staatsmonopolistischer Komplex in diesem Bereich herausgebildet, der in seinen Grundzügen auch nach der beabsichtigten Restrukturierung des Post- und Fernmeldewesens weiterbestehen wird.⁷ Das Staatsunternehmen Deutsche Bundespost kauft in großem Umfang die Produkte der kommunikationstechni-

5 Vgl. dazu die einschlägigen Arbeiten von M. Nussbaum, *Wirtschaft und Staat in Deutschland während der Weimarer Republik*, Berlin/DDR 1978, hier insbes. S. 181 ff.; L. Zumpe: *Wirtschaft und Staat in Deutschland 1933 bis 1945*, Berlin/DDR 1980, hier insbes. S. 113 ff.

6 Vgl. BMWI (Hg.), *Entwicklung der informations- und kommunikationstechnischen Industrie*. Dokumentation, Bonn 1986; T. Schnöring, *Die deutsche informations- und kommunikationstechnische Industrie und ihre internationale Wettbewerbsposition*, o.O., 1988.

7 Vgl. J. Scherer, *Telekommunikationsrecht und Telekommunikationspolitik*, a.a.O., S. 271 ff.; K. Borchardt/A. Gottschalk, *Die Post-Industrielle Gesellschaft. Ein Blick hinter die Kulissen bundesdeutscher Fernmeldepolitik*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 1/1988, S. 88 ff.

schen Industrie, fördert in enger Abstimmung mit dem Forschungsministerium die Entwicklung neuer Technologien und Produkte und setzt mit seiner Modernisierungs- und Beschaffungspolitik wichtige Rahmenbedingungen für das Wirken der privaten Unternehmen der Branche. Die führenden Konzerne nehmen ihrerseits exklusiv an der Erarbeitung dieser Rahmenbedingungen auf allen Ebenen teil und üben bestimmenden Einfluß auf die Grundrichtungen der Produktion und Ausbauplanung aus. Aufträge werden in der Regel „freihändig“, d.h. ohne Wettbewerb, an wenige führende Firmen (v.a. an Siemens) vergeben, Vorleistungen auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung großzügig subventioniert, Wettbewerb und unternehmerisches Risiko durch staatliche Abnahmegarantien und vorab vereinbarte Gewinnspannen zumindest auf dem Inlandsmarkt weitgehend ausgeschaltet.

— In *Großbritannien* war das Post- und Fernmeldewesen bis Ende der 70er Jahre ganz ähnlich wie in der Bundesrepublik organisiert.⁸ Das staatliche Unternehmen British Telecom besaß das Fernmeldemonopol und das Monopol für die Errichtung und den Betrieb von Fernmeldeeinrichtungen; Aufträge wurden vor allem an britische Telekommunikationsgerätehersteller vergeben, die dadurch eine ähnlich exponierte Stellung wie die deutschen Amtsbaufirmen in der Bundesrepublik hatten. In den 80er Jahren wurde im Zuge der beginnenden Modernisierung der Kommunikationsinfrastruktur dagegen eine signifikant andere Entwicklungsstrategie eingeschlagen als in der Bundesrepublik. Sicherlich beflügelt durch den Machtantritt der Konservativen setzte 1979 eine drastische Politik der Privatisierung und Deregulierung in diesem Bereich ein: Post- und Fernmeldewesen wurden voneinander getrennt, der Endgerätemarkt weitgehend liberalisiert, privater Wettbewerb auf der Netz- und Dienstebene zugelassen und British Telecom privatisiert. Zur Wettbewerbsüberwachung und Lizenzvergabe wurde das Office of Telecommunication (OFTEL) gegründet, insgesamt jedoch der staatliche Einfluß im britischen Fernmelde- und Kommunikationswesen deutlich zurückgedrängt.

— Wieder anders ist die Situation in den *Vereinigten Staaten*.⁹ Hier ist das Fernmeldewesen seit Jahrzehnten nahezu vollständig privatmonopolistisch reguliert. Staatliche Regulierungsinstanzen haben zwar das Recht, Gebühren zu überprüfen und neue Wettbewerber zuzulassen, spielen jedoch beim Aufbau und Betrieb der Kommunikationsinfrastruktur keine nennenswerte Rolle. Alle Aufgaben, die in der Bundesrepublik über die Organisationsstruktur eines staatsmonopolistischen Komplexes angegangen werden, werden in den USA im wesentlichen im Rahmen des privaten Kommunikationsgiganten American Telephone & Telegraph Co. (AT&T) angegangen und gelöst. Im Unternehmen konzentrieren sich Netzbetrieb und -ausbau, Kabel-, Telefon- und Anlagenproduktion, Datenverarbeitungsdienste und Forschungseinrichtungen. Die groß-

⁸ Vgl. A. Heuermann/K.-H. Neumann, Die Liberalisierung des britischen Telekommunikationsmarktes, Berlin/Heidelberg/New York/Tokio 1985, hier insbes. S. 42 ff., 61 ff.

⁹ Vgl. B. Wieland, Die Entflechtung des amerikanischen Fernmeldemonopols, Berlin/Heidelberg/New York/Tokio 1985, hier insbes. S. 18 ff., 53 ff.

angelegte Entflechtung des Unternehmens im Jahr 1984 änderte an seiner dominanten Stellung im amerikanischen Fernmeldewesen wenig, hatte jedoch nicht zu übersehende Struktureffekte: Nicht wettbewerbsfähige Bereiche wie die veralteten Ortsnetze wurden abgestoßen, die ausschließliche Orientierung auf die Fernmeldetechnik aufgegeben und eine Neuausrichtung des Unternehmens im Sinne einer stärkeren Integration von Kommunikations- und Informationstechnologien eingeleitet.

Das Beispiel Telekommunikation veranschaulicht recht deutlich, wie groß die *Spannbreite kapitalistischer Vergesellschaftungsformen* auch unter den heutigen Bedingungen eines international weitgehend synchron und eng verzahnt verlaufenden wissenschaftlich-technischen Umbruchprozesses geblieben ist: Sie reicht (nicht nur in diesem speziellen Fall) *von der Konzentration auf privatmonopolistische Regulierungsmuster bis hin zum Organisationsrahmen staatsmonopolistischer Komplexe*. Hierin spiegeln sich nicht etwa gravierende nationale Unterschiede im Produktivkraftniveau oder in den Vergesellschaftungsanforderungen wider — der Regulierungsbedarf zur Neuordnung des Kommunikationswesens ist in den USA sicher nicht geringer als beispielsweise in der Bundesrepublik. Er läßt sich allerdings — und dies ist der springende Punkt — aufgrund der historisch gewachsenen Ausnahmestellung, wirtschaftlichen Größe, wissenschaftlich-technischen und organisatorischen Kraft von AT&T auf dem amerikanischen Markt ganz anders einlösen als in der Bundesrepublik.

4. Privatisierung, Deregulierung, Internationalisierung

Ein weiteres, hier bereits angedeutetes Problem verlangt nach einer Erklärung: Der offenkundige Tatbestand, daß gerade in Produktionssparten, die uns auf den ersten Blick wie geschaffen für komplexe Verflechtungsstrukturen erscheinen, seit einigen Jahren entflochten, dereguliert und privatisiert wird. Staatliche Privatisierungspolitik hat nicht nur in Großbritannien mittlerweile ein Ausmaß erreicht, das man nicht mehr mit Begriffen wie „anachronistisch“ und „dysfunktional“ leichtfertig ignorieren kann.¹⁰ Im Gegenteil: die Erfahrungen etwa im Telekommunikationsbereich legen die Vermutung nahe, daß staatsmonopolistische Komplexe auch dort, wo sie sich herausgebildet und etabliert haben, keineswegs irreversibel und unabdingbar sind. Wie stabil sind staatsmonopolistische Komplexe? Wie realistisch ist die Möglichkeit einer privatmonopolistischen Rückbindung komplexer Verflechtungsstrukturen?¹¹ Dazu meine *dritte Bemerkung*.

Möglichkeiten und Grenzen von Privatisierung und Deregulierung, Stabilität und transitorischer Charakter staatsmonopolistischer Komplexe lassen sich wiederum am besten im Zusammenhang der Telekommunikationspolitik dis-

¹⁰ Vgl. die Übersicht bei B. Kofin, Privatisierung in Großbritannien. Bestandsaufnahme und Kritik konservativer Politik, in: WSJ-Mitteilungen 9/1988, S. 555 ff.

¹¹ Vgl. dazu auch unsere Vorarbeiten in Dolata/Gottschalk/Huffschnid, Staatsmonopolistische Komplexe als neue Organisationsform des Kapitals, a.a.O., S. 234 ff.

kutieren — nicht nur, weil sie neben der Büro- und Fabrikautomatisierung im Zentrum des wissenschaftlich-technischen Umbruchs steht, sondern auch, weil sich hier die Privatisierungsbemühungen konservativer Wirtschaftspolitik auffällig bündeln.¹²

M.E. gibt es im Telekommunikationsbereich, angestoßen durch den wissenschaftlich-technischen Innovationsprozeß tatsächlich ökonomische *Triebkräfte und Zwänge, die eine deutliche Deregulierung und Liberalisierung der national kartellierten Märkte nahelegen*. Mit der Modernisierung und Erweiterung der Kommunikationsinfrastruktur und dem immer stärkeren Zusammenwachsen von Datenverarbeitungs- und Nachrichtentechnik entwickelt sich ein sehr dynamischer und zukunftsreicher Wachstumsmarkt, der im Grunde nur noch hochkonzentriert und international funktionieren kann. Die Entwicklungskosten nachrichtentechnischer Systeme gehen mittlerweile in die Milliarden und haben damit Größenordnungen erreicht, die nur noch von wenigen Spitzenunternehmen erbracht werden können. Die nationalen Märkte sind für eine profitable Verwertung dieser Vorleistungen zu eng geworden; sie erfordert in der Regel den Absatz großer Stückzahlen, der nur noch durch das internationale Geschäft erbracht werden kann. Ein Weltmarktanteil von zehn Prozent wird heute als die Schwelle angesehen, jenseits der ein Unternehmen der Branche auf Dauer überleben kann.¹³

Der rasanten Internationalisierung der Produktions- und Verwertungsbedingungen stehen die national strukturierten und kartellierten Fernmeldemärkte wie Handelsbarrieren gegenüber. Ihre Öffnung und Liberalisierung ist aus der Sicht der Branchenführer also keineswegs ein unzeitgemäßer Anachronismus, sondern notwendige Voraussetzung ihrer weiteren Expansion.

Dies ist allerdings nur die eine Seite eines wesentlich komplizierteren Zusammenhangs. Aller internationalen Expansion zum Trotz sind die konkurrierenden Konzerne zugleich darum bemüht, ihre exponierte Stellung auf den Heimatmärkten nicht zu verlieren — wegen der sicheren Absatzmärkte, aber auch aufgrund der vielen anderen Vorteile, die die eingespielte Kooperation mit dem Staat den Unternehmen nach wie vor bietet. *Privatisierungs- und Deregulierungspolitik bewegt sich also im Spannungsfeld ungehemmter internationaler Expansionsbedürfnisse und staatlich geschützter Formierung international konkurrenzfähiger Konzerne*.

Dies Spannungsfeld kann auf ganz unterschiedliche Weise aufgelöst werden. Die radikale Privatisierungs- und Deregulierungspolitik der Konservativen in Großbritannien, mit dem Ziel eingeleitet, eine international wettbewerbsfähige informationstechnische Industrie im Land zu fördern, hat m.E. in dieser Hinsicht kontraproduktiv gewirkt. Die ohnehin nicht sonderlich konkurrenzfähige

12 Vgl. Zur Neuordnung der Fernmeldemärkte, in: DIW-Wochenbericht 37/1987, S. 489 ff. (hier insbes. die Übersicht auf S. 493); U. Bochum/H.-R. Meißner, Telekommunikation. Der stille Zwang zur Deregulierung, in: Sozialismus 12/1987, S. 10 ff.; Post-Liberalisierung international. Serie der Süddeutschen Zeitung am 11. 9., 16. 9., 22. 9., 30. 9. und 12. 10. 1987.

13 Vgl. B. Lütjhe, Regulierungskrise im Telekommunikationssektor in der BRD, in: Prokla 64/1986, S. 64 ff.

gen britischen Unternehmen sind durch die Privatisierung von British Telecom und die Öffnung des Marktes für ausländische Wettbewerber eher weiter ins Hintertreffen geraten. Die sehr stark ideologisch eingefärbte Deregulierungspolitik auf der Insel war in ihrer Radikalität dysfunktional.¹⁴

Anders in der Bundesrepublik. Die bislang sehr moderaten Deregulierungsaktivitäten tragen zwar zur Marktöffnung auf ausgewählten Teilmärkten bei, ändern allerdings an der institutionalisierten Kooperation zwischen Staat und ‚nationalen‘ Konzernen ebensowenig wie an der privilegierten Stellung der Amtsbaufirmen. Die Regulierungsform des staatsmonopolistischen Komplexes wird hier fürs erste also bestehen bleiben. Aus der Sicht der beteiligten Konzerne dürfte diese (vorläufige) Lösung nahezu optimal sein: Die Marktöffnung im Endgeräte- und Dienstebereich dient — ohne die Gesamtposition der nationalen Anbieter ernsthaft gefährden zu können — nicht zuletzt der Absicherung der Expansion bundesdeutscher Konzerne auf anderen nationalen Telekommunikationsmärkten, die Beibehaltung des staatsmonopolistischen Komplexes in diesem Fall der von äußeren Einflüssen zunächst noch relativ geschützten Formierung eines international konkurrenzfähigen Telekommunikationssektors.¹⁵ Stabil ist diese Konstellation allerdings nicht: der Deregulierungsdruck dürfte vor allem mit Blick auf den anvisierten europäischen Binnenmarkt in den nächsten Jahren auch in der Bundesrepublik zunehmen.

Die hier skizzierten Entwicklungen im Telekommunikationsbereich legen aus meiner Sicht zwei Schlüsse nahe: *zum einen kann Privatisierung staatlicher Unternehmen und Deregulierung kartellierter nationaler Märkte als Reaktion auf die rasche Internationalisierung der Produktionsketten und Einstellung auf die Weltmarktkonkurrenz für die Unternehmen der Branche sinnvoll und funktional sein* (zweifellos aber auch im nationalen Ausverkauf enden). *Zum anderen kann die Möglichkeit einer privatmonopolistischen Entflechtung entwickelter staatsmonopolistischer Komplexe unter diesen Bedingungen nicht ausgeschlossen werden.*

Um auch hier möglichen Mißverständnissen vorzubeugen: Privatmonopolistische Rückbindung ist hier *als Entwicklungsmöglichkeit, keineswegs aber als verallgemeinerbare Perspektive* der Verflechtungsstruktur staatsmonopolistischer Komplexe zu verstehen. Diese Möglichkeit, die für die Telekommunikation angedeutet und begründet wurde, ist in anderen Bereichen bislang nicht realistisch. Die aktuellen Umgruppierungen und Neuformierungen in der bundesdeutschen Rüstungs-, Luft- und Raumfahrtindustrie — die Fusion Daimler-MBB, die Bildung einer deutschen Raumfahrtagentur u.ä. — weisen beispielsweise eher in die entgegengesetzte Richtung einer Straffung und Effektivierung

14 Vgl. dazu als jüngstes Beispiel den Einstieg von Siemens beim britischen Kommunikationsgerätehersteller Plessey: W. Kratz/G. Lütge, Endspiel um Europa. Siemens spektakulärer Einstieg bei Plessey, in: Die Zeit 48/1988, 25. 11. 1988, S. 25f.

15 Vgl. dazu ausführlicher U. Dolata, Das Beispiel Telekommunikation, in: Marxistische Blätter II/1987, S. 63ff.

des Rüstungs-, Luft- und Raumfahrtkomplexes in der Bundesrepublik¹⁶ — bei allerdings deutlichem Machtzuwachs seines privatmonopolistischen Kerns.

5. Planungseffizienz und Ressourcenallokation

Mein vierter Gedanke dreht sich genau genommen um zwei zusammenhängende Einzelprobleme: zum einen um die tatsächliche Planungs- und Programmierungsfähigkeit in staatsmonopolistischen Komplexen; zum anderen um die Beeinflussung der volkswirtschaftlichen Ressourcenlenkung durch die Komplexe.

Zum ersten Problem: Die Planungs- Programmierungs- und Koordinierungseffizienz schwankt von Komplex zu Komplex erheblich; ein einheitliches Bild läßt sich auch hier nicht skizzieren. Der steile Aufstieg der Kerntechnik und Atomindustrie in den 50er und 60er Jahren z.B. vollzog sich ausgesprochen planlos, unkoordiniert und verantwortungslos, obwohl sich mit der Deutschen Atomkommission (DAtK) und dem Deutschen Atomforum (DAtF), dem Straußschen Atomministerium und den staatlichen Kernforschungszentren schnell ein dichtes institutionelles Geflecht in ihrem Umfeld gebildet hatte. Die tatsächliche Regulierungskompetenz, die entscheidende Verflechtungsinstitutionen wie die DAtK herausbildeten, steht nach Meinung des Historikers J. Radkau allerdings „in merkwürdigem Kontrast zu dem eindrucksvollen Bild, das manche späteren politologischen Untersuchungen von den Führungsqualitäten der DAtK entworfen haben.“ Seiner Ansicht nach „wurde die DAtK durch das nicht aufzulösende Gegen- und Nebeneinander der Partialinteressen, denen kaum neutrale Dritte und unabhängige Clearing-Instanzen gegenüberstanden, zunehmend paralytisiert.“ Radkau bezeichnet auch die weitere Zusammenarbeit im Dreieck Wirtschaft — Staat — Wissenschaft als „planlose Verflechtung“ und beantwortet die Frage, ob die Kernenergieentwicklung in der Bundesrepublik als programmgesteuerter oder naturwüchsiger Prozeß anzusehen ist, unzweideutig so: „Die wirklichen, nämlich die aktiv die kerntechnische Entwicklung bestimmenden Programme waren nicht die Pauschalprogramme der DAtK, sondern die Projekte der Kernforschungszentren. Diese ‚eigentlichen Großprojekte‘ waren jedoch, wie 1973 im Forschungsausschuß des Bundestages festgestellt wurde, nicht aus Bonner Planungen hervorgegangen, sondern ‚mehr oder weniger naturwüchsig gewachsen.‘“¹⁷

Demgegenüber ist die Telekommunikationspolitik der 70er und 80er Jahre bei allen Ungereimtheiten im einzelnen wesentlich vorausschauender geplant,

16 Vgl. K.-H. Büschemann/K.-P. Schmidt, Unter schlechtem Stern. Bonn begibt sich in die Hand des Rüstungsriesen Daimler, in: Die Zeit 46/1988 v. 11. 11. 1988, S. 25 ff.; A. Sörgel: Von hier aus wird ein Stern aufgehen, in: Volkszeitung 46/1988 v. 18. 11. 1988, S. 3.

17 Alle Zitate aus Radkau, Aufstieg und Krise der Atomwirtschaft, a.a.O., S. 312, 147, 267. Vgl. ausführlich ebd., S. 258 ff.

sorgfältiger koordiniert und stimmiger umgesetzt worden.¹⁸ Die 1973 berufene ‚Kommission für den Ausbau des technischen Kommunikationssystems‘ (KtK) hat sich als funktionierende Planungsinstanz erwiesen, das BMFT-Programm „Informationstechnik“ hat die staatliche Forschungspolitik deutlich auf diesen Schwerpunkt orientiert, die eingespielte Zusammenarbeit von Amtsbaufirmen, Fernmeldetechnischem Zentralamt (FTZ) und BMFT hat Forschung und Entwicklung, Standardisierung und Beschaffung recht effektiv koordiniert — auch wenn Btx-Pleite, Postreform-Steinbruch und die personelle Besetzung des Postministeriums dies auf den ersten Blick nicht nahelegen sollten. Allerdings: Auch hier ist das staatsmonopolistische Lenkungsinstrumentarium erst im Übergang zu den 80er Jahren zu dem heute funktionierenden Gesamtmechanismus ausgebaut worden.

Wie erklären sich diese doch gravierenden Unterschiede im Planungs- und Koordinierungsmechanismus staatsmonopolistischer Komplexe? Man wird dies Problem von Fall zu Fall gesondert untersuchen müssen — eine Aufgabe, die hier nicht geleistet werden kann. Eine erste Hypothese drängt sich jedoch sofort auf: die Annahme, daß die *komplexinterne* Regulierungsfähigkeit mit der Ausdifferenzierung privatmonopolistischer Planungs- und Managementmethoden ebenso wie mit den Erfahrungen staatlicher Programmierung und Wirtschaftslenkung sukzessive zunimmt.

Zweites Problem: Gesamtgesellschaftlich haben sich die staatsmonopolistischen Komplexe in der Bundesrepublik — mit Ausnahme des Telekommunikationsbereichs — m.E. als entscheidende *Träger gigantischer Fehlallokationen volkswirtschaftlicher Ressourcen* erwiesen. Zentrale, langfristig ausgerichtete Großprojekte, z.T. aber auch die Gesamtausrichtung der Produktion in staatsmonopolistischen Komplexen ließen sich aus stofflicher Sicht nicht stichhaltig begründen, waren gesamtwirtschaftlich dysfunktional und blockierten immer wieder ökonomisch und technologisch sinnvolle Alternativen:

— Für die Rüstungstechnologie und den *militärisch-industriellen Komplex* springt dies Problem natürlich besonders ins Auge.¹⁹ Ein aktuelles Beispiel: der Jäger 90, das bislang kostspieligste Rüstungsprojekt der deutschen Geschichte. Dieses Kampfflugzeug wird im Endeffekt nicht nur — wie im Rüstungsbereich üblich — um ein Mehrfaches teurer sein als geplant. Es gilt zugleich bereits vor Produktionsbeginn als technologisch überholt und militärstrategisch untauglich. Gebaut wird es aller Voraussicht nach trotzdem, „denn schon von Anfang an war auffällig, wie wenig der Bau dieses Jägers mit den Bedürfnissen der Bundeswehr, wie stark er aber mit den Wünschen der

18 Vgl. J. Scherer, Telekommunikationsrecht, a.a.O., S. 271 ff.; H. Drüke, Ausbau der Fernmeldenetze und Neuordnung der Deutschen Bundespost, in: WSI-Mitteilungen 5/1988, S. 262 ff.

19 Vgl. zu den aktuellsten Aufrüstungsplänen der Bundesrepublik J. Huffschmid/W. Voß/N. Zdzrowomyslaw, Neue Rüstung — neue Armut, Köln 1986, hier insbes. S. 34 ff.; J. Huffschmid/W. Voß, Abrüstung oder neue Aufrüstungswelle? Neue Tendenzen der Militärausgaben und der Rüstungsindustrie in der Bundesrepublik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 3/1988, S. 309 ff.

Flugzeugbranche begründet wurde.²⁰ Technisch veraltet, militärstrategisch unsinnig, friedenspolitisch gefährlich — alles spricht gegen dieses Flugzeug, und doch wird der militärisch-industrielle Machtblock es letztlich wohl durchsetzen.

— Die Förderung der Kerntechnik und der Bau von Atomkraftwerken vollzog sich im *Atom-Industrie-Komplex* auf ganz ähnliche Weise: Für die industrielle Erforschung und Nutzung der Kernenergie gab es von Anfang an keinen stofflich begründbaren Bedarf (z.B. absehbare Engpässe in der Stromerzeugung); statt dessen allerdings schnell Exportinteressen der Elektrokonzerne und Bombenoptionen in Militär und Politik. Kernkraftwerke wurden in der Bundesrepublik in der Folgezeit ohne irgendeine energiepolitische Notwendigkeit gebaut und betrieben, die wesentlich billigere Nutzung heimischer Energieträger wie der Kohle dagegen sträflich vernachlässigt. Großangelegte Forschungsvorhaben wie das Brüter-Projekt entfalteten im Windschatten der Kernenergieoption eine absurde Eigendynamik und setzten ohne erkennbare Ergebnisse Milliarden in den Sand, während die Erforschung alternativer Energiequellen wie z.B. der Sonnenenergie bis zur Bedeutungslosigkeit heruntergefahren wurde.²¹

— Ein drittes, sehr aktuelles Beispiel für großangelegte Fehlleitung von Ressourcen im Machtzusammenhang staatspolitischer Komplexe ist der bundesdeutsche *Einstieg in die bemannte Raumfahrt* — eine langfristig ausgerichtete forschungs- und technologiepolitische Grundsatzentscheidung für ein internationales Großprojekt, deren Nutzen für die zivile Wissenschaft und den technologischen Innovationsprozeß auf der Erde ebenfalls ausgesprochen fragwürdig ist. In der Tat gibt es bis heute weder ein umfassendes Forschungs- und Technologiekonzept noch aussagekräftige Return-on-Investment-Rechnungen, aus denen der potentielle Nutzen des bemannten Weltraumengagements zumindest schemenhaft ersichtlich würde. Gleichwohl ist der Einstieg in dieses kostenintensive Projekt mittlerweile beschlossene Sache; eine deutliche Akzentverschiebung der staatlichen Forschungsprioritäten in diese Richtung ist bereits spürbar. Profitieren wird hiervon jene Handvoll Unternehmen, die zum ökonomischen Kern des bundesdeutschen *Luft-, Raumfahrt- und Rüstungskomplexes* gerechnet wird.²²

Die angeführten Beispiele haben eine auffällige Gemeinsamkeit: *Die hier beschlossenen technologischen Grundsatzentscheidungen und Produktions-*

20 K.-H. Büschemann, Jäger 90. Angst vorm Fliegen, in: Die Zeit 44/1988 v. 28. 10. 1988, S. 27. Vgl. dazu auch H.-J. Bontrup, Subventionsjäger 90, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 11/1988, S. 1289 ff.

21 Vgl. i.E. Radkau, Aufstieg und Krise der Atomwirtschaft, a.a.O.

22 Vgl. E. Keppler, Raumfahrttechnik 1986 — Entwicklungsstand und Perspektiven, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 9/1986, S. 537 ff.; H. Krupp/J. Weyer, Die gesellschaftliche Konstruktion einer neuen Technik. Legitimationsstrategien zur Durchsetzung der bemannten Raumfahrt, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 9 + 10/1988, S. 1086 ff. und S. 1249 ff.; U. Dolata, Irrflügel ins All, in: Marxistische Blätter 3/1988, S. 33 ff.

profile sind nicht stofflich begründbar, sondern durchweg machtpolitisch konstruiert. Die Folgen sind verheerend: wissenschaftlich-technische Entwicklungsprofile, Forschungsprioritäten und Produktionskapazitäten werden damit in großem Stil auf Großprojekte ausgerichtet, die langfristig astronomische Mittel binden, Forschungsalternativen blockieren und bestenfalls einfach unsinnig, häufig jedoch zudem äußerst risikobehaftet und gefährlich sind. *Träger und Triebkräfte dieser machtpolitisch konstruierten und deformierten Form von Produktivkraftentwicklung sind die staatsmonopolistischen Komplexe und ihre Akteure.* In ihrem Zusammenhang werden viele entscheidende Weichen gestellt, Alternativen abgeblockt und nicht selten Fehlritte ‚verewigt‘.

6. Zum Stellenwert staatsmonopolistischer Komplexe in der heutigen Umbruchperiode

Fragen wir *schließlich* auf der Grundlage der hier vorgetragenen Gedanken nach dem Stellenwert, der staatsmonopolistischen Komplexen in der heutigen Umbruchperiode zukommt, dann ergibt sich folgendes Bild:

— *Erstens* sind staatsmonopolistische Komplexe nicht Produkt des wissenschaftlich-technischen Umbruchs unserer Tage, sondern wesentlich älter. Der Ursprung der meisten Komplexe reicht in die 50er und 60er Jahre zurück; lediglich der Telekommunikationskomplex ist im Zusammenhang der heutigen Umbruchperiode entstanden. Die allgemeinen Voraussetzungen für die Entwicklung staatsmonopolistischer Komplexe werden m.E. mit der vollen Herausbildung staatsmonopolistischer Produktionsverhältnisse geschaffen. So gesehen sind staatsmonopolistische Komplexe eine mögliche Organisationsform des Kapitals im SMK insgesamt.

— *Zweitens* ist die Herausbildung staatsmonopolistischer Komplexe kein verallgemeinerbarer Trend in die Richtung einer neuen Stufe kapitalistischer Vergesellschaftung, vergleichbar etwa mit der Herausbildung des Monopols zur Jahrhundertwende. Sie haben sich mit jeweils spezifischer Geschichte in ausgewählten Produktionsbereichen herausgebildet, sind jedoch in anderen volkswirtschaftlichen Schlüsselzweigen überhaupt nicht in Sicht. Ihre Ausprägung ist von Land zu Land sehr verschieden, die Möglichkeit ihrer privatmonopolistischen Rückbindung nicht ausgeschlossen. Keine Frage: Die Komplexe haben sich neben Monopol und Finanzgruppe im heutigen Kapitalismus etabliert und sind aus ihm nicht mehr wegzudenken. Mehr als eine Koexistenz dieser drei Hauptformen des Monopolkapitals ist in absehbarer Zukunft allerdings nicht zu erwarten.

— *Drittens* ist der staatsmonopolistische Komplex auch nicht die einzige oder hauptsächliche Form, in der sich der wissenschaftlich-technische Umbruch Bahn bricht. Wir haben am Beispiel der Telekommunikation gesehen, daß der Umbruch ganz unterschiedlich organisiert werden kann. Wir können zudem am Beispiel der Fabrikautomatisierung sehen, daß zentrale Bereiche des Umbruchs im wesentlichen privatmonopolistisch durchgesetzt werden — in der Automobilindustrie oder im Stahlbereich etwa über großangelegte Modernisierungs- und Rationalisierungsprogramme der Konzerne und eine ge-

zielte Diversifikationsstrategie in High-Tech-Bereiche.²³ Staatsmonopolistische Komplexe sind also eine mögliche, keineswegs jedoch zwangsläufige Durchsetzungsform des Umbruchs.

Es zeigt sich hier noch einmal, daß schnelle Verallgemeinerungen und Schlußfolgerungen aus dem Auftreten staatsmonopolistischer Komplexe, insbesondere bruchlose Übersetzungen vermeintlicher Produktivkraftefordernisse in Vergesellschaftungszwänge dem Erscheinungsbild der Komplexe nicht gerecht werden können. Ihnen liegen — dies sei hier abermals betont — wesentlich differenziertere, historisch-konkrete Entstehungsmuster zugrunde, in denen das Aufkommen komplexer Großtechnologien und ihre ökonomischen Implikationen — Kapitalfixierung, Anlagerisiken usw. — zwar eine wichtige, aber längst nicht die einzig ausschlaggebende Rolle spielen.

23 Vgl. ausführlicher U. Dolata, *Neue Technologien und Unternehmensstrategien. Grundmuster der ökonomischen Regulierung des wissenschaftlich-technischen Umbruchs*, in: *IMSP (Hg.), Wissenschaftlich-technische Revolution und Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus*, Frankfurt/M. 1988, S. 128 ff.

„Die Wissenschaft als Dienerin des Krieges“¹

Rainer Rilling

1. Das klassische Muster der militärischen Forschung — 2. Die Nachkriegsentwicklung — 3. Die Funktionen der militärischen Forschung — 4. Was ist militärische Forschung? — 4.1 Definitionen — 4.2. Die Entdifferenzierungsthese: ein Plädoyer für Verantwortungslosigkeit — 5. Zur Charakterisierung militärischer Forschung — 6. „Pseudozivile“ Forschung — 7. Welche Konvergenz gibt es? — 8. Forschungspolitiken

1. Das klassische Muster der militärischen Forschung

Militär- und rüstungspolitische Ziele haben immer eine Schlüsselrolle für die Entwicklung der Wissenschaft gespielt. Wissenschaftsgeschichte war immer auch — ja zuweilen sogar vor allem! — Militärgeschichte. Die akademische Disziplin „Militärgeschichte“ hat geradezu mit Akribie die Beiträge der Wissenschaft zum Aufblühen des Militärwesens ausgebreitet, wogegen die Wissenschaftsgeschichte bis in die achtziger Jahre hinein die Beiträge des Militärs als Finanzier, Problemsteller und Abnehmer für das Aufblühen der Wissenschaft fast völlig ignorierte.² Wer daher den Beginn der Verbindung von Wissenschaft und Krieg auf die Entstehung der militärischen Atomforschung im Amerika der 40er Jahre datiert, sieht davon ab, daß die Herausbildung des Unternehmens Wissenschaft — erst recht in seiner bürgerlichen Gestalt — von Beginn an genuin mit einer militärischen Komponente verknüpft war, deren Natur und Rolle sich allerdings im Zeitablauf qualitativ gewandelt hat. Die Militarisierung der Wissenschaft war immer wieder gleichsam *Katalysator*, sie war eine *zentrale, zeitweise sogar dominierende Entwicklungsform* der großen Prozesse eingreifender Strukturveränderungen der Wissenschaft seit dem Ende des 19. Jahrhunderts gewesen: der Politisierung, der Ökonomisierung (bzw. Kapitalisierung), der Industrialisierung und der Vergesellschaftung der Wissenschaft. Auch wenn daher etwa der erste Weltkrieg noch ein durch die zeitgenössische Wissenschaft und Technik relativ wenig beeinflusster *Produktionskrieg* war, so stützte sich doch die Wissenschaftspolitik des Wilhelminischen

1 Bernal, J.D., Cornforth, M., Die Wissenschaft im Kampf um Frieden und Sozialismus, Berlin/DDR 1950, S. 40.

2 Der Wissenschaftshistoriker Bernal („Die Wissenschaft in der Geschichte“, Berlin/DDR 1967, S. 532 ff.) macht hier die wichtigste frühe Ausnahme. Merritt Roe Smith, Introduction, in: ders. (ed.), *Military Enterprise and Technological Chance. Perspectives on the American Experience*, Cambridge, London 1985, S. 1 ff. und Roland, A., *Technology and War: A Bibliographic Essay*, ebd., S. 347 ff. sowie ders.: *Science and War*, in: *Osiris*, 1/1985, S. 247-272 stellen die historischen Arbeiten zur Militärtechnik zusammen.

Deutschlands ganz wesentlich auf das Militär. Das deutsche Reich hat zwischen 1870 und 1914 nie weniger als ein Fünftel, zeitweise aber sogar zwei Drittel seiner Wissenschaftsausgaben in den militärischen Bereich gelenkt. In rund einem Viertel der über 100 Forschungseinrichtungen, die damals vom Staat finanziert wurden (darunter vor allem die Einrichtungen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft) fand Rüstungsforschung statt. Dieser Anteil ist in *Deutschland* mit Ausnahme der Anfangsperiode der Weimarer Republik nicht mehr unterschritten worden.³ Ähnliches gilt für *England*, wie Bernal für die unmittelbare Vorkriegszeit geltender Hinweis zeigt, daß „mindestens ein Drittel, wenn nicht die Hälfte der Gelder, die in Großbritannien für wissenschaftliche Forschung ausgegeben werden, direkt oder indirekt auf die militärische Forschung entfallen“⁴. Die dramatische Tiefe und Geschwindigkeit der *amerikanischen* Entwicklung seit 1940/41 hat daher auch mit der atypisch geringen Rolle zu tun, die der militärische Faktor in der amerikanischen Wissenschaft bis dato spielte.

Innerhalb weniger Jahre entstand nun ein *neues Muster der Regulierung und Verteilung* der Wissenschaftsressourcen, in dem militärische Einrichtungen die führende Rolle spielten. Dieses Muster breitete sich nach 1945 über das internationale Wissenschaftssystem aus und blieb über Jahrzehnte stabil. Das Bild der Wissenschaft, ihre Struktur und Funktion veränderte sich. Die Kriegsforschung wurde zum Big Business, zur Wachstumsindustrie, deren Produkt, der unaufhörliche Strom der Ideen und Vorschläge zur Perfektionierung der Technologien des Krieges die Welt zu einem weit gefährlicheren Platz gemacht hat, als sie es einst war.

Was waren die Hauptelemente dieses Musters?

* Als *politisierte* Wissenschaft wurde sie weitgehend auf militärische Ziele ausgerichtet. Innerhalb eines Jahrfünfts stiegen die Ausgaben für militärische Forschung und Entwicklung (FuE) auf das mehr als 70fache, mehr als die Hälfte dieser Ausgaben galten der Entwicklung der Atombombe.⁵ Am Ende des Krieges waren 90 % der akademischen Community der USA für die Kriegsforschung mobilisiert.⁶

* Diese Tendenz zum ununterbrochenen *Anstieg* der Ausgaben für Rüstungsforschung hält seitdem — nunmehr über vier Jahrzehnte hin — an, sieht man von geringfügigen Stagnationstendenzen unmittelbar nach Kriegsende sowie Anfang der 60er bzw. 70er Jahre ab.

* Es entstanden auf *zentralstaatlicher* Ebene einflußreiche militärische Einrichtungen zur Wissenschaftssteuerung und -regulierung.

3 Vgl. Pfetsch, F.R., Zur Entwicklung der Wissenschaftspolitik in Deutschland 1750-1914, Berlin/DDR 1974.

4 J.D. Bernal, Die soziale Funktion der Wissenschaft (London 1939), Köln 1986, S. 186. Im folgenden zit. als „Social Function“.

5 Von 23 Mio. \$ im Haushaltsjahr 1938 auf 1,6 Mrd. \$ im Haushaltsjahr 1945, vgl. Forman, P., Behind quantum electronics: National security as basis for physical research in the United States, 1940-1960, in: Historical Studies in the Physical and Biological Sciences 1/1985, S. 152; Rhodes, R., The Making of the Atomic Bomb, New York 1986.

6 Kline, R., R&D: organizing for war. in: IEEE Spectrum 11/1987, S. 54.

* Die Rolle der staatlichen *Geheimforschung*, die zunächst noch auf das faschistische Deutschland beschränkt war, dehnte sich vor und während des Zweiten Weltkrieges rasch aus. Seit dem Beginn des Kalten Krieges „hat die Geheimniskrämerei ihren Einfluß weit über das Gebiet der militärischen Wissenschaft hinaus ausgedehnt“⁷. Ganz entgegen der nach Kriegsende restaurierten liberal-akademischen Wissenschaftsideologie des Internationalismus und der Wissenschaftsfreiheit blieb die Geheimhaltung nicht nur in den Wissenschaftssystemen der sozialistischen Länder, sondern auch in vitalen Teilen der westlich-kapitalistischen Wissenschaft ein wesentliches Strukturmerkmal.⁸

* Das Manhattan District Project beschäftigte zeitweise bis zu 125000 Personen und gilt als Geburtsstunde der *hochvergesellschafteten Groß- und Projektforschung*, in der *zielgerichtet, zentral finanziert und gesteuert in großem Maßstab privat und öffentlich organisierte FuE-Prozesse über alle Forschungsstufen hinweg zusammengeschlossen wurden*.

* Parallel dazu entstand mit der *Kontraktforschung* ein neues Instrument der Wissenschaftssteuerung; mit der traditionellen Praxis des Militärs, Rüstungsforschung in staatlichen Laboratorien durchzuführen, wurde gebrochen.

* Auch folgte die Verteilung der Aufträge nicht mehr dem hergebrachten Muster *dezentraler geographischer* Ausgewogenheit: die Aufträge konzentrierten sich auf knapp zwei Dutzend Hochschulen und eine Handvoll großindustrieller Kontraktoren. In dieser Konzentration des militärischen Forschungspotentials reflektierte sich zugleich eine *Privatisierung*, die bis in die Gegenwart anhält: in den USA, England, Frankreich und in der BRD, die zusammen mit der UdSSR und der VR China heute über 90 % der Ressourcen militärischer Forschung verausgaben, gehen vier von fünf Dollars, die dafür ausgegeben werden, in die private Industrie sowie in privat oder halbstaatlich organisierte Labors.

* Durch die kriegsbedingte Expansion der staatlichen Forschungsprogramme tritt erstmals seit der Jahrhundertwende wieder massiv *staatliches* neben das private Forschungskapital. Die *Legitimation* und *Bewertung* der Forschungsarbeit in diesem Bereich geschieht *nicht primär* danach, ob sie privaten *Gewinn* erbringt und sich *extern* auf dem *Markt* bewährt. Ebenso wenig geschieht sie durch die *interne* Bewertung als „*wahr*“ oder „*neu*“ der *Scientific Community*. Vielmehr vollzieht sie sich nach Maßgabe interessengeleiteter *politischer* Zielsetzungen, Nützlichkeit und Opportunität.

2. Die Nachkriegsentwicklung

Dieses Muster, das vor einem halben Jahrhundert entstanden ist, existiert noch heute.

Während der unmittelbaren Nachkriegsphase dehnten solche Länder ihre militärische Forschung aus, die bereits während des zweiten Weltkrieges ein

7 Bernal, Cornforth, Wissenschaft, S. 41.

8 Vgl. Rilling, R., Militärische Wissenschaftspolitik und Geheimhaltung in den USA seit Anfang der 80er Jahre, in: Technik und Gesellschaft, Jahrbuch 4, Frankfurt 1987, S. 233 ff.; ders., The arms build-up and freedom of science in the USA, Teil I-III, in: Scientific World 2-4/1986.

entsprechendes Potential aufgebaut hatten (USA, UdSSR, England, Kanada, Schweden). Mit der Nuklearforschung und — in den späten 50er Jahren — der Weltraumforschung entsteht ein mächtiger Sektor *quasiziviler*⁹ Forschung, der sich ausgehend von den USA rasch auf andere westliche Staaten ausdehnt. In einer zweiten Expansionswelle seit Ende der 50er Jahre gelangen Frankreich, die VR China und zunehmend auch die BRD in die Führungsgruppe der militärische Forschung treibenden Länder. Einige wenige Entwicklungsländer wie Indien beginnen, dieses Muster zu adaptieren.

Bis Mitte der 60er Jahre dominiert die militärische Forschung weltweit die Wissenschaftspolitik. *Dann fächert sich das Spektrum forschungspolitischer Staatsintervention auf.* Die Förderung *infrastruktureller* und *zivilindustrieller* Bereiche tritt an die Spitze der Forschungsprioritäten. Diese vor allem in der BRD ausgeprägte Prioritätenverschiebung dauert knapp ein Jahrzehnt. Sie wird in den USA durch den Vietnamkrieg abgeschwächt bzw. zeitlich verschoben und damit zugleich abgekürzt, denn schon Mitte der 70er Jahre (1974 / 1977) setzt der Übergang in eine dritte Entwicklungsphase ein, die wiederum gut ein Jahrzehnt dauert.

Erneut kommt es mit hoher Dynamik und zu Lasten der sozialstaatlich und zivilindustriell orientierten Forschung zu einer Umverteilung der Forschungsressourcen zugunsten der militärischen Forschung. Im Ergebnis ist in den USA und in England die Rüstungsforschung zum (noch stärker) dominierenden Sektor geworden.¹⁰ Frankreich und — mit Abstand und Verzögerung — die BRD folgen dieser Tendenz. Die internationale Rüstungs- und Wissenschaftsstatistik notiert übereinstimmend, daß seit Mitte der 70er Jahre der Anteil der militärischen Forschung an den Bundesausgaben fast aller Länder der OECD bzw. der EG zum Teil beträchtlich gewachsen ist.¹¹ Unter den 22 Ländern, zu denen für die letzte Dekade recht zuverlässige Daten vorliegen und welche im wesentlichen die militärische Forschung in den westlichen Ländern auf sich konzen-

9 Dieser Begriff wurde von Johannes Weyer zur Charakterisierung eines zivil etikettierten und im zivilen Raum der bürgerlichen Gesellschaft operierenden, strukturell wie funktionell aber in vielerlei Hinsicht der militärischen Forschung verwandten, ebenfalls politisch gesteuerten Forschung entwickelt (1988).

10 In den USA haben sich in nur einer Dekade die Gesamtausgaben für militärische Forschung von 16 auf fast 60 Mrd. \$ knapp vervierfacht; der Anteil der Rüstungsforschung an den Bundesmitteln ist von 50 auf rund 75 % gestiegen. In den Vereinigten Staaten werden Mitte der 80er Jahre rund 45 % des nationalen FuE-Budgets für Rüstungsforschung ausgegeben; in England sind es 30 %, in der BRD etwa 13 - 16 %, vgl. Weston, D., Gummet, P., *The Economic Impact of Military R&D: Hypotheses, Evidence, and Verification*, in: *Defense Analysis 1 / 1987*, S. 63 - 76; Rilling, R., *Military R&D in the Federal Republic of Germany (FRG)*, Paper prepared for the Society for Social Studies of Science 1987 meeting, Worcester, Mass., November 19 - 22, 1987, in: *Bulletin of Peace Proposals 3 - 4 / 1988*, S. 317 - 343. So hat sich hier kaum etwas verändert: zu England vermerkt Bernal in der „*Social Function*“ (S. 186), daß „mindestens ein Drittel, wenn nicht die Hälfte der Gelder, die in Großbritannien für wissenschaftliche Forschung ausgegeben werden, direkt oder indirekt auf die militärische Forschung entfallen.“

11 Vgl. Rilling, R., *Militärische Forschung in der BRD*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik 8 / 1982*, S. 947.

trieren, haben nur drei Länder (Australien, Belgien und die Schweiz) ihre Ausgaben nicht gesteigert. Die Rüstungsforschung in der UdSSR, der VR China und Dritten Welt (z.B. Brasilien und Pakistan) expandiert gleichfalls. Freilich ist es gegenwärtig nicht möglich, präzise Angaben zum globalen Umfang der Rüstungsforschung zu treffen. Weder die Sowjetunion noch die Volksrepublik China — die weltweit zu den sechs wichtigsten Geldgebern gehören — publizieren irgendwelche Daten; die Budgetangaben der anderen Staaten sind fast immer zu niedrig angesetzt. Schätzungen der UNO¹² und des SIPRI¹³ gehen von ca. 25 % der Weltausgaben für FuE aus. Berücksichtigt man, daß diese Studien privatindustrielle Mittel¹⁴ und die in anderen Budgets etatisierten Mittel nur teilweise¹⁵ miteinbeziehen, dann läßt sich schätzen, daß die *Weltausgaben* für militärische Forschung und Entwicklung 1988 bei 140-160 Mrd. \$ (35-40 % der Weltausgaben für Forschung und Entwicklung) liegen und daß über eine *Million* Wissenschaftler und Ingenieure in der Rüstungsforschung arbeiten.

Das ist das „Maß dafür, was der Krieg die Wissenschaft bereits in Friedenszeiten kostet“¹⁶.

3. Die Funktionen der militärischen Forschung

Fragt man nach den Perioden der militärischen Wissenschaftsgeschichte der Nachkriegszeit, dann wird man den Blick über die bloß *fiskalische* Dimension hinaus auf weitere *militärische, wirtschafts-* und *wissenschaftspolitische* Zielsetzungen richten müssen, welche in die Gestaltung der militärischen Wissenschaftspolitik eingehen und sie in unterschiedlicher Weise prägen.

Die militärische Wissenschaftsgeschichte ist durch die — durchaus ungleichmäßige — Ausbildung verschiedener Funktionen eines sich sukzessiv komplet-

12 Eine UNO-Studie von 1972 schätzte den Anteil der militärischen Forschung auf 40 %; eine Folgestudie von 1981 spricht von 20-25 %. Eine nicht beendete Spezialstudie der UNO von Anfang der 80er Jahre ging von rund 60 Mrd. \$ Ausgaben aus, S. Rilling, R., *Science Policy and Military R&D*, New York 1988, S. 3.

13 Das „1987 Yearbook on World Armaments and Disarmament“ des SIPRI schätzte, daß die Weltausgaben für militärische Forschung ungefähr ein Viertel der Weltausgaben für Forschung und Entwicklung betragen und 1986 bei rund 85-100 Mrd.\$ im Jahr lagen. Von den 4 Millionen Wissenschaftlern und Ingenieuren unseres Planeten sind danach wahrscheinlich über eine 3/4 Million in der Militärforschung beschäftigt. Berücksichtigt man die weiteren Mitarbeiter, arbeiten vermutlich mindestens 1 1/2 Millionen Menschen in der Rüstungsforschung.

14 Vgl. Lichtenberg, F.R., *The Relationship between Federal Contract R&D and Company R&D*, in: *American Economic Review* 2/1984.

15 Vgl. Rilling, *Militärische Forschung*, a.a.O.; die American Association for the Advancement of Science hat darauf hingewiesen, daß 1/4 bis 1/3 der Ausgaben der USA für Rüstungsforschung außerhalb des Forschungsbudgets des DoD verausgabt werden, vgl. AAAS (ed.), *AAAS-Report VI*, Washington 1981, S. 97 ff.; s.a. Long, F.A., Reppy, J., *The Decision Process für U.S. Military R&D*, in: Tsipis, K., Janeway, P. (ed.): *Review of U.S. Military Research and Development 1984*, Washington 1984, S. 6f.

16 Bernal, *Social Function*, S. 195. Auch wenn im übrigen 1985/7 dieser Wachstumszyklus abgeflacht ist — eine Umkehr ist nicht in Sicht.

tierenden Forschungssystem charakterisiert, das Eigengewicht und Eigendetermination und damit zunehmende Unersetzbarkeit erhält.

Neben der Verwirklichung übergeordneter allgemeiner militär- und sicherheitspolitischer Zielsetzungen waren die westlichen Staaten *technologepolitisch* bestrebt, das während des 2. Weltkriegs in den USA entstandene militär-technologische Paradigma zu adaptieren und auf dieser Grundlage eine zunehmend autonome Technologiepolitik zu entwickeln, welche die Existenz eines zumeist über den privaten Rüstungsexport abgesicherten größeren Marktes voraussetzt.

Rüstungsforschungspolitik ist zugleich auch immer als Bestandteil *allgemeiner Wissenschaftsförderung* aufgefaßt worden; militärische Staatsapparate und Rüstungsunternehmen hatten eine wissenschaftspolitische Führungsfunktion, die zum Beispiel in der Bundesrepublik Deutschland erst in der zweiten Hälfte der 60er Jahre verlorenging, als die Auflage neuer großer ziviler Forschungsprogramme des Bundes einherging mit dem Aufbau des Bundesministeriums für Forschung und Technologie als neuem, auf zivile und quasizivile Technologieentwicklung orientiertem Staatsapparat. Bis dahin hatte das Verteidigungsministerium die Gestaltung ziviler Programme beeinflusst, die Anfangs- und Grundfinanzierung von Großforschungseinrichtungen ermöglicht und die Entwicklung einzelner Disziplinen wie der Informatik oder der Luftfahrtforschung stark geprägt.

Wo, wie in den USA oder England, die Rüstungsforschung dominiert, sind auch keine auf nationaler Ebene mit den militärischen Apparaten konkurrierende zivile wissenschaftssteuernde Einrichtungen (zivile Wissenschafts- oder Forschungsministerien) aufgebaut worden. Während sich das *besondere* wirtschaftspolitische Ziel der Förderung einzelner *Branchen* (etwa: Luft- und Raumfahrtindustrie, Werftenindustrie, Munitions- und Waffenindustrie) seit jeher im Funktionsmuster der Militärforschungspolitik aller entwickelten westlichen Staaten vorfindet, kann offenbar nur eine das nationale Produktivkraftsystem weitgehend dominierende, mächtige Rüstungsforschung sich das *allgemeine industriepolitische* Ziel zu eigen machen, über die ziviltechnologische Sekundärnützung der Rüstungstechnologie („spin-off“) die allgemeine Produktivität der Volkswirtschaft zu steigern und damit zum strategischen Leitsektor der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zu avancieren, wie dies in den USA spätestens seit Anfang der 50er Jahre der Fall war.¹⁷

Die Übernahme der Rolle des „Weltpolizisten“ (Kissinger) nach 1945 reflektierte den Aufstieg der USA zur ökonomischen Hegemonialmacht und gab dem militärischen Faktor jene Schlüsselrolle, aus der dann die Kontinuierung eines kriegswirtschaftlich mobilisierten Wissenschaftssystems in die „Friedenswirtschaft“ des Kalten Krieges entsprang, das noch in den 40er Jahren über den

¹⁷ Die Übernahme dieser Funktion gehörte zum Legitimationsmuster der Aufbauphase der Rüstungsforschung in der Bundesrepublik seit 1956. Real war der Rüstungssektor der BRD ökonomisch zu schwach und technologisch zu sehr von den USA abhängig, um eine solche Führungsrolle spielen zu können. Zur ökonomischen Funktion der Rüstungsforschung gehört im übrigen auch die so selten thematisierte ökonomische Kriegsführung.

Aufbau der quasizivilen Nuklearforschung, ein Jahrzehnt später über das Programm der bemannten Raumfahrt zusätzlich expandierte.

Rüstung, Atom und Weltraum — um diese Triade dreht sich seitdem die vom amerikanischen Entwicklungsmuster geprägte globale Forschungspolitik, auch wenn das Gewicht der einzelnen Bestandteile dieser Triade in den einzelnen westlichen Staaten variiert. Die Entwicklungschancen dieses Musters sind jedoch schlecht. Die Atom- und Raumfahrtspolitik der USA geriet Anfang der 70er Jahre in eine politische Krise, die sich im ersten Falle als ausweglos erweisen sollte, im zweiten Falle nur durch die erneute Ausprägung der militärischen Komponente (SDI) zeitweilig abgefedert werden konnte. Soweit sie wirtschaftspolitisch motiviert war, reflektiert die massive Remilitarisierung der amerikanischen Forschungspolitik seit Mitte der 70er Jahre, (die in einen Anstieg des Anteils der Bundesausgaben für militärische Forschung und Entwicklung am Bundesbudget Forschung von rund 50 % auf etwa 70 % in der ersten Hälfte der 80er Jahre einmündete) nicht mehr den Aufstieg der USA zum ökonomischen Hegemon, sondern gerade im Gegenteil eine Neuverteilung ökonomischer Macht, ein „America in Decline“, das versucht, auf die zunehmend suboptimalen¹⁸ Ergebnisse eines militarisierten Entwicklungsmusters nicht durch den Übergang zu einem anderen, produktiveren, zivilindustriell oder technologisch angelegten Muster zu reagieren, sondern durch die Implementierung dieses — von ihm immer noch kontrollierten — stark rüstungsindustriell geprägten Modells in anderen konkurrierenden Staaten (Japan, Westeuropa), um diese auf ein von den USA dominiertes Feld zu zwingen. Die Internationalisierung des SDI-Programms ist dafür ein Beispiel.

Tatsächlich haben sich seit Ende der 70er Jahre die Fixpunkte der Forschungsförderung beträchtlich in Richtung auf Militär- und Weltraumforschung verschoben: Japan verdreifachte, die BRD verdoppelte ihre Ausgaben

18 Vgl. Lichtenberg, Relationship, der zeigt, daß im Unterschied zur privat finanzierten die staatlich finanzierte Industrieforschung wenig oder kaum Wirkungen auf das Produktivitätswachstum hatte. Vgl. auch Lichtenberg, F.R., Crowding out: the Impact of the Strategic Defense Initiative on U.S. Civilian R&D Investment and Industrial Competitiveness, Columbia University, February 1988; Reppy, J., Technology and Trade: Does Military R&D make a Difference? Paper for the NATO Workshop on the Relationship Between Defence and Civil Technologies, 21-25. 9. 1987, Sussex; Kaldor, M., Sharp, M., Walker, W., Industrial Competitiveness and Britain's Defence, in: Lloyds Bank Review, Oct. 1986, S. 31-49; Kaldor, M., Walker, W., Military Technology and the Loss of Industrial Dynamism, (MS) Sussex 1988; Stowsky, J., Competing with the Pentagon, in: World Policy Journal 4/1986, S. 697 ff.; Fong, G.R., The Potential for Industrial Policy: Lessons from the Very High Speed Integrated Circuit Program, in: Journal of Policy Analysis and Management 2/1986, S. 264 ff.; Reppy, J., Military R&D and Technology Gaps in Trade, in: Lucid T. u.a. (Hg.), The Economic Consequences of Military Spending in the United States and the Soviet Union, New York 1987, S. 52 ff.; Markusen, A.R., The Militarized Economy, in: World Policy Journal 3/1986, S. 500 f.; McNicol, D.L., Defense Spending and the United States Economy, in: Lucid, Consequences, a.a.O., S. 38 ff.

für Rüstungsforschung;¹⁹ Japan, Frankreich, England und die BRD investieren seit Mitte der 80er Jahre massiv in den Aufbau einer bemannten Raumfahrt — zum Teil auf der Basis quasiziviler Technologien, welche die USA in den 60ern entwickelte. Im Ergebnis des letzten weltweiten Wachstumszyklus der Rüstungsforschung seit Mitte der 70er Jahre haben daher im globalen Maßstab konkurrierende, d.h. auf zivilindustriell angelegte Kapitalakkumulation (BRD, Japan) bzw. Hochtechnikorientierung (Japan) abzielende Entwicklungsmuster nationaler Forschungs- und Technologiepolitik wesentlich an Gewicht verloren. Die Basis dieser gleichsam erzwungenen und auch keineswegs voll realisierten Homogenisierung der nationalen forschungspolitischen Muster ist jedoch brüchig.

4. Was ist militärische Forschung?

4.1. Definitionen

Mit der Expansion der Rüstungsforschung einher geht ein erneuter Disput um die Frage, wie diese denn eigentlich zu charakterisieren sei. Eine Definition der militärischen Forschung sei, so heißt es schon in Bernal's „Social Function“, „heute zu einer fast unlösbaren Aufgabe geworden“²⁰. Da „anscheinend ganz zivile Forschung auch militärischen Zwecken dienen kann“, sei „jede nationale industrielle Forschung potentiell militärische Forschung“ geworden²¹. Zieht man die gegenwärtig verbreiteten Klassifikationen der Wissenschaftsstatistik heran, spielen vier Sachverhalte immer wieder eine Rolle:

1. Die Natur der auftraggebenden und/oder finanzierenden *Einrichtung und/oder ihre Nutzungsabsichten*
2. Der Status der *durchführenden* Institution oder Person
3. Die Natur des wissenschaftlichen/technischen *Projekts* (z.B. seine Anwendungsnahe)

¹⁹ Die Verschiebung in Japan ist noch relativ geringfügig, die in der BRD zunehmend dramatisch. Hier sind die Ausgaben für militärische Forschung zwischen 1982 und 1987 von ca. 3 Mrd. DM auf rund 7 Mrd. DM gestiegen (ca. 12 % des Gesamtbudgets Forschung, etwa 1/4 der Staats- und rund 1/3 der Bundesausgaben für Forschung und Entwicklung). Allein die vom Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) ausgewiesenen Ausgaben (1988: 2,8 Mrd DM) sind gegenüber 1982 (= 100) auf 166 % (1987) gestiegen, die zivilen FuE-Ausgaben des Bundes dagegen nur auf 111 %. Da 1982/8 bereits über 31 % der zusätzlich zur Verfügung gestellten Forschungsmittel in den militärischen Sektor flossen, stieg der Anteil dieser offiziell ausgewiesenen Ausgaben für militärische Forschung am Bundesbudget Forschung zwischen 1982 und 1988 von 14,5 % auf ca. 20,2 %. In diesem Zeitraum wurde die Rüstungsforschung zum wichtigsten Förderungsbereich des Bundes. Zugleich entwickelte sich das BMVg zur wichtigsten Quelle der Forschungsmittel des Bundes für die Industrie: sein Anteil an diesen Mitteln stieg von 20 % (1982) auf 40 % (1988), vgl. Rilling, R., *Military R&D* S. 7 ff.

²⁰ Bernal, *Social Function*, S. 186.

²¹ Bernal, *Social Function*, S. 187 f.

4. Die tatsächliche *Nutzungsmöglichkeit* des erbrachten Ergebnisses bzw. seine *Verwendungsweise* (z.B. die Beschränkung seiner Verbreitung durch Geheimhaltung).

Dementsprechend lassen sich die Definitionen militärischer Forschung in der Literatur in *drei Gruppen* zusammenfassen:

a) Forschung, die mit militärischer *Anwendungsabsicht* von *militärischen* Einrichtungen finanziert und organisiert wird;

b) Forschung, die in der Absicht *ziviler und militärischer* Anwendung von *militärischen oder zivilen Institutionen* finanziert und organisiert wird;

c) Forschung, die *ohne* solche Anwendungsabsicht von *zivilen* Einrichtungen gefördert wird, jedoch für militärische Anwendungen *genutzt* werden kann.²²

Wohl am wenigsten umstritten ist ein Verständnis, wonach jede von militärischen Einrichtungen in militärischer Nutzungsabsicht finanzierte Forschung ungeachtet ihrer kognitiven Natur und tatsächlichen Nutzbarkeit Militärforschung ist. Das Problem dieses, für den aus der Wissenschaftsstatistik kommenden Diskurs typischen Zugangs ist die Orientierung auf den individuellen Forschungsprozess, dessen Ort, Träger, Finanzierung, Inhalt und Resultat auf Besonderheiten untersucht werden.

Auf der Ebene *individueller* Arbeitsprozesse lassen sich solche *differentia specifica* jedoch nur schwer fixieren: Militär und damit auch militärische Forschung meinen allgemeine, *gesamtgesellschaftliche* Sachverhalte, deren Merkmale sich im einzelnen Forschungsprozess nur unvollständig, einseitig oder bloß in schwachen Ansätzen ausprägen.

Eine (politische) Soziologie militärischer Forschung wird dagegen versuchen, die ökonomischen (auch finanziellen), institutionellen (auch regulativen und Macht-), legitimatorischen und sozialen Dimensionen der Rüstungsforschung als einem Kernbestandteil supra- wie nationalstaatlich operierender Forschungs-, Technologie- wie Militärpolitiken zu erfassen. Hier nun lassen sich aber durchaus typische Merkmalsausprägungen festmachen, *die einen wesentlichen Unterschied machen zwischen militärischer und ziviler Forschung.*

4.2. Die Entdifferenzierungsthese: ein Plädoyer für Verantwortungslosigkeit

Diesen zu bestreiten, ist vor allem seit Mitte der 70er Jahre die Essenz eines zunehmend akzeptierten, gleichsam technikhistorisch argumentierenden Konzepts, dessen politische Ursprünge in einem Bericht des dem US-Verteidigungsministerium zugeordneten „Defense Science Board“ (DSB) von 1976 (Bucy-Report) zu sehen sind.

Hier wurde erstens die These entwickelt, daß die Verwissenschaftlichung der Kriegsvorbereitung und -führung eine neue Stufe erreicht habe: Militär-

²² Vgl. Albrecht, U., Was ist das Spezifikum der Rüstungsforschung?, in: Buckel, W. u.a. (ed.), Rüstungsforschung, Marburg 1988, S. 5-8; Rilling, R., Militärische Forschung in der BRD, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 8/1982, S. 947.

technik und „High Tech“ würden immer mehr Synonyme. Für militärische Hochtechnologie gelte, was für die Hochtechnologie insgesamt typisch sei: der *militärische Innovationszyklus verkürze sich*, die Spanne zwischen Grundlagenforschung und militärischer Anwendung schrumpfe, militärische Technik sei auf zahlreichen Gebieten „nahezu unmittelbare Umsetzung von Grundlagenwissen“²³. Diese „vertikale“ *Entdifferenzierung* führe dazu, daß Grundlagenforschung in ganz anderer Weise militärisch relevant werde als noch vor zwei oder drei Jahrzehnten.

Die zweite, ebenso bedeutsame Komponente der Konzeption des DSB erklärt, daß sich die wachsende Einbeziehung von Wissenschaft und Forschung in die gesellschaftliche Praxis *aufgliedere*: auf der einen Seite die ausschließlich oder vorwiegend zivile Forschung, auf der anderen Seite die eindeutig militärische Forschung und dazwischen ein rasch wachsender Sektor „sensitiver“, „militärisch relevanter“, „kritischer“ „doppelt-verwendbarer“ (dual-use) Technologien, der durch die *Konvergenz* ziviler und militärischer Forschung und Technik entstehe.²⁴

Diese Vorstellung einer „horizontalen“ *Entdifferenzierung* hat eine *doppelte forschungsstrategische Konsequenz*. Auf der einen Seite ergibt sich aus dem Zusammenkommen ziviler und militärischer Technologie, daß der „*spin-off*“ der Rüstungstechnik für die zivile Technologie und Industrie steigt. Weit folgenreicher als diese konzeptionelle Revitalisierung einer zweifellos zum Traditionsbestand des rüstungstechnologiepolitischen Legitimationsdiskurses gehörenden These ist die „*spin-in*“-Annahme, wonach zivile Technologie aufgrund ihrer militärischen Anwendbarkeit nunmehr militärisch relevant werde und, so die politische Konsequenz, *unter die Kontrolle militärischer Instanzen zu kommen habe*. In einem DSB-Bericht von 1982 heißt es: „Militärische Macht ist jetzt in hohem Maß abhängig von fortgeschrittener zivilkommerzieller Technologie ... Mit wenigen Ausnahmen hat die Entwicklung von Hochtechnologie, wo sie auch herkomme, militärischen Einfluß.“²⁵

Folgerichtig ist insbesondere in den USA vor allem seit Anfang der 80er Jahre eine Forschungs- und Technologiepolitik entstanden, die systematisch versuchte, explizit nicht geheime, zivile Forschung staatlicher (militärischer) Kontrolle zu unterwerfen und die Verbreitung ihrer Ergebnisse zu verhindern;

23 BMFT (Hg.), Bundesbericht Forschung 1984, 10. Dt. Bt., Drs. 10/1543, S. 21. Die Überschätzung der ökonomischen Relevanz der „High Tech“ durch das militärische FuT-Management ist beträchtlich, vgl. Thompson, Ch., *Defining High Technology Industry: a Consensus Approach*, Prometheus 2 / 1987, S. 237-262.

24 Nachgezeichnet in: Rilling, R., Konsequenzen der „Strategic Defense Initiative“ für die Forschungspolitik, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 6 / 1985.

25 Office of the Under Secretary of Defense and Engineering: Report of the Defense Science Board Task Force on University Responsiveness to National Security Requirements, January 1982, in: Committee on Armed Services, House of Representatives: Hearings on Military Posture and H.R. 5968, DoD Authorization for Appropriations for Fiscal Year 1983, House, 97th Congr., 2nd Sess., Pt. 5, R&D, Washington 1982, S. 305.

zugleich wurde die industriepolitische Wirksamkeit der Rüstungspolitik vor allem auf dem Hochtechniksektor hervorgehoben.²⁶

Die Konzeption einer doppelten Entdifferenzierung der Wissenschafts- und Technikentwicklung gipfelt in der Mutmaßung, daß die Konvergenz ziviler und militärischer (Hoch-)Technologien am Ende in die *Ununterscheidbarkeit* beider einmünde, *so daß jede Technik für zivile wie militärische Zwecke eingesetzt werden könne*. Die politische Ratio einer solchen Argumentation liegt auf der Hand: wenn jede zivile Forschung und daraus resultierende Technologie auch militärische Konsequenzen haben kann und auch kein strenger Zusammenhang zwischen Forschung und Praxis mehr existiert, *dann kann auch ein einzelner Wissenschaftler prinzipiell nicht mehr verhindern, daß seine Forschungsergebnisse militärisch genutzt werden*.

Der zentrale Bezugspunkt dieses Konzepts ist die mit der Verdichtung des Innovationszyklus einhergehende *Anwendungsoffenheit* wissenschaftlich-technischen Wissens. Im Mittelpunkt steht die Betrachtung der Distributionsmuster der einzelnen Ergebnisse wissenschaftlich-technischer Arbeitsprozesse – ein verengter Zugang, der sich zudem in erster Linie auf die moderne (Mikro-)Elektronik bzw. Computertechnik stützt und andere Techniksektoren weitgehend ignoriert. Auch dort, wo das Argument am stärksten ist (Elektronik), ist es undifferenziert und ignoriert die große Vielfalt der Militärtechnologien. Gleichwohl wird hier richtig festgestellt, daß es Prozesse der Entdifferenzierung, der Verflechtung und Vergesellschaftung gibt, mit denen sich jeder Versuch, zivile und militärische FuT zu unterscheiden, auseinandersetzen muß.

Die hier verfolgte Interpretation dieser Prozesse kommt freilich zu durchaus anderen Schlußfolgerungen.

5. Zur Charakterisierung militärischer Forschung

Es gibt einen identifizierbaren Typus „militärischer Forschung“ mit besonderen Merkmalsausprägungen, die ihn von ziviler Forschung unterscheiden. Vorweg unterscheidet ein zentrales Merkmal „diese Forschung von aller ande-

26 „Die USA haben ihre Führung in vielen ausgereiften Technologien, auf denen unsere industrielle Basis und militärische Macht aufgebaut ist, verloren. Die Drohung eines vergleichbaren strategischen Verlustes droht nun in der Elektronik-, Computer- und Softwareindustrie. Dies darf nicht passieren ... (es ist) Führung in diesem Feld ausschlaggebend für weitere militärische Überlegenheit und, vielleicht, sogar weltwirtschaftliche Führung“, DoD, Software Technology for Adaptable, Reliable Systems (STARS) Program Strategy, in: ACM Sigsoft Software Engineering Notes, 2/1983, S. VIII, S. 1. Seit Mitte der 70er Jahre wird man sich bei jedem neuen Rüstungsprogramm fragen müssen, welches Motiv wohl dominiert: die militärische Überwältigung der Sowjetunion oder das ökonomische Nieder Konkurrieren Japans. Das Ende der 70er Jahre initiierte Programm zur Entwicklung superschneller miniaturisierter Schaltkreise (Very High Speed Integrated Circuits – VHSIC-Programm), wichtige Elemente der „Strategic Computing Initiative“ (1982), das Projekt zum Aufbau eines halbstaatlichen Halbleiterkonsortiums „Sematech“ (1986/7) und die „Defense Manufacturing Initiative“ (1987) stehen für solche Bestrebungen, mit den Mitteln der Rüstungspolitik industriepolitische Ziele zu erreichen.

ren Wissenschaft“: sie ist „bewußt auf einen gesellschaftlichen Zweck gerichtet, nämlich die schnellsten, effektivsten und schrecklichsten Mittel zur Tötung und Zerstörung“²⁷. Mit dieser *Zwecksetzung* hängt eine weitere Eigenart zusammen: keine Forschung ist potentiell wie aktuell so *folgenreich*, und keine spezielle Wissenschaftskultur hat so massive Formen der *Verharmlosung*, *Ignoranz* oder gar gleichsam aggressiven *Akzeptanz* dieser Folgen hervorgebracht wie die militärische Forschung — wofür die äußerst elaborierte Technologiefolgenbewertung im militärischen Bereich kein Gegenargument ist: sie ist verkürzt auf die Analyse der militärisch relevanten Folgen der Technologieentwicklung.²⁸

Im Unterschied zur zivilen Forschung wird militärische überwiegend *staatlich* finanziert und *der Forschungsanteil an den Produktionskosten ist überdurchschnittlich*. Die Industrie und wenige staatliche Laboratorien sind der primäre Ort der Rüstungsforschung, *Hochschulen spielen kaum eine Rolle*.²⁹ Die *regionale*³⁰ und *disziplinäre*³¹ (auf einige naturwissenschaftlich-technische bzw. ingenieurwissenschaftliche Gebiete bzw. die Informatik beschränkte) Potentialkonzentration ist *überdurchschnittlich*, der Anteil der *Grundlagenforschung* zugunsten der Entwicklungs-, Erprobungs- und Testphase weit geringer als in der zivilen Forschung.³² Das *technische* Spektrum ist stark ver-

27 Bernal, *Social Function*, S. 195 (Hervorh. R.R.).

28 Zahlreiche Beispiele dazu in Rilling, *Militärische Forschung*, a.a.O. Das SDI-Programm etwa fragt nur, wie sowjetische Gegenmaßnahmen gegen SDI mit neuen Offensivmaßnahmen und einer Entwicklung der (offenbar beträchtlichen) offensiven Fähigkeiten des SDI-Systems begegnet werden kann — „Der Zyklus ist endlos“ (Waller, D.C., Bruce, J.T., *SDI: Progress and Challenges. Part Two*, Washington 1987, S. 13).

29 In der BRD höchstens 3 % der Bundesmittel für Forschung.

30 Überraschenderweise sind in den USA, Großbritannien und der BRD die High-Tech-Rüstungsindustrien weit überwiegend im Süden konzentriert.

31 1985 gingen über 45 % der Ausgaben des DoD für Projekte der Grundlagenforschung in fünf Disziplinen.

32 Schon Bernal/Cornforth, *Wissenschaft*, vermerkten, daß die Ausgaben für militärische Forschung „hauptsächlich der Waffenentwicklung“ (S. 42) dienen. Der Anteil für militärische Grundlagenforschung am FuT-Budget des DoD liegt rund 1/3 bis 1/4 niedriger als der Anteil der Grundlagenforschung am nationalen FuT-Budget. Für Entwicklungsarbeiten gibt das DoD den zehnfachen Betrag aus, als im zivilen Bereich dafür ausgegeben wird. Zum starken Wachstum der DoD-Mittel für angewandte Forschung an den Hochschulen seit 1977 vgl. Krinsky, R., *Swords and Sheepskins: Militarization of Higher Education in the United States and Prospects of its Conversion*, in: *Bulletin of Peace Proposals* 1/1988, S. 38. Das Verteidigungsministerium der BRD gibt den Anteil seiner Mittel für Grundlagenforschung für das Jahr 1986 mit ca. 0,3 % an, wogegen der Anteil der Grundlagenforschung am zivilen Bundesbudget Forschung rund 34 % betragen soll, s. BBF VII, S. 60; BBF IX, S. 80. Die englische Regierung erklärt, keine militärische Grundlagenforschung durchzuführen. Andererseits gehört das DoD mittlerweile zu den drei wichtigsten Finanziers der Grundlagenforschung. Zum Bedeutungswachstum der militärischen Grundlagenforschung s. DoD, *Basic Research Program*, Washington 1985 sowie Rilling, R., *Konsequenzen der „Strategic Defense Initiative“ für die Forschungspolitik*, *Blätter für deutsche und internationale Politik* 6/1985.

engt.³³ Die *Regulierung* des Forschungsprozesses wird *politisch* dominiert; der Entscheidungsprozeß ist *hochvermachtet* (Militär-Industrie-Komplex). Forschung wird durchgängig und dauerhaft *instrumentell* begriffen und legitimiert als Mittel zur Erreichung *politischer* Ziele (nationale Sicherheit, Krieg). Der militärische *Innovations- und Produktzyklus* dauert auch bei kleiner dimensionierten Systemen (z.B. Gewehrtypen, Fahrzeugen) in der Regel *weit länger* als in der Welt ziviler Technologie und kann 40 bis 50 Jahre dauern. Sein Rhythmus ist bestimmt vom *Follow-on-Imperativ*.³⁴ Der militärische Innovationsprozeß ist nicht prozeß-, sondern *produkt- und gebrauchswertorientiert*; seine *Kosteneffektivität* ist systematisch gering, die *Produktionslinien* sind bei großtechnischen Systemen, die bei weitem den Hauptteil der Ressourcen für militärische FuT verbrauchen, *sehr klein*, economics of scale werden nicht realisiert.³⁵ Die Märkte auch solcher Rüstungsgüter, die in Massenproduktion hergestellt werden, sind weit überwiegend durch *monopolistische staatliche* Nachfrage konstituiert. Die *Profitbedingungen* im Sektor militärischer Forschung und Technologie sind offenbar überdurchschnittlich.³⁶ Militärische Forschung zielt auf die *Generierung*, nicht auf das *Lösen* von Problemen ab und ist daher hochgradig *eigengesteuert*: ihr ständiges Stimulanz ist ein auf dem Wege der Projektion ununterbrochen neu entstehendes *Worst-Case-Denken* über das potentielle Entwerten der eigenen Forschungsergebnisse durch die wissenschaftliche Bemühung des militärischen „Feindes“. Diese *Maßlosigkeit der Technologieentwicklung* hat ihren Grund — zumindest im Zeitalter der Nuklearwaffen, zumindest in Europa — in dem Fakt, *daß die Frage „Wieviel ist genug?“ nicht beantwortet werden kann, wenn der Test durch den Krieg ausbleibt*. Während zivilkommerzielle Forschung auf die *Diversifizierung* ihrer Resultate abstellt, sind militärische Forschung und Technologie auf *Uniformität und Austauschbarkeit* aus;³⁷ zumindest in jüngerer Zeit hat

33 Ein Bericht des Office of Technology Assessment stellt fest: „The class of technologies important for national defense is far too narrow to provide consistent and cost effective support for the nation's commercial industries“ (Discover 1/1987, S. 98).

34 Dieser Begriff wurde entwickelt von Kurth, J.A., Why We Buy the Weapons We Do, in: Foreign Policy 11/1973, S. 33-56.

35 Während die Elektronisierung der zivilen Technik kostensparende Effekte hatte, ist die Inflation im militärischen Bereich ungebrochen, vgl. Aviation Week & Space Technology v. 4.7.1988, S. 16f.

36 Vgl. Defense Monitor 3/1987; Bontrup, H.-J., Voß, W., Rentabilitätsuntersuchungen im Rüstungsbereich und Veränderungsanforderungen an das Preisrecht, in: WSI-Mitteilungen 9/1987, S. 543-551; Bontrup, H.-J., Voß, W., Rüstungsproduktion — ein Bombengeschäft? in: S+F 5/1987, S. 227-233. Dieselben Unternehmen, welche in den USA die großen Offensivwaffensysteme produzieren, versuchen mit SDI in das ‚völlig neue Geschäft‘ (Utgoff) der strategischen Defensive einzusteigen, das eine riesige Anlagesphäre für das Rüstungskapital in den 90er Jahren eröffnet. Für diesen Markt der defensiven Rüstung gibt es womöglich nicht nur aktuell keine Alternative: es gibt Anhaltspunkte, daß sich die Technologie solcher Dinosaurier unter den Offensivwaffensystemen (MX, Trident, Midgetman etc.) erschöpft hat und uns mit SDI in den nächsten Jahrzehnten die technologischen Kolosse der Defensivgroßwaffensysteme ins Haus stehen. S.a. Kotz, N., Wild Blue Yonder. Money, Politics and the B-1 Bomber, New York 1988.

37 Vgl. MacKenzie, D., Science and Technology Studies and the Question of the Military, in: Social Studies of Science, 2/1986, S. 361-371.

dies mit gegenläufigen Diffusionsmustern zu tun: die wachsende Geheimhaltung im militärischen Bereich erschwert *Transfer- und Diffusionsvorgänge* sogar innerhalb militärischer Einrichtungen.³⁸ Nicht zuletzt dadurch sind die Verknüpfungen dieses Forschungstypus mit der *Ausbildung* (Lehre) sehr gering; die *indirekten* Effekte auf die Ökonomie sind *schmal*, die *direkten negativen*: Rüstungswaren sind nicht-reproduktive Waren.³⁹

6. „Pseudozivile“ Forschung

Was in der skizzierten Konzeption vor allem anhand der Elektronik als Entstehung eines neuen zentralen dritten Feldes „militärisch relevanter“ Technik interpretiert wird, *bildet keine neuartigen Konvergenzprozesse ab, sondern ein Muster „quasiziviler“ Forschung, das auf der Systemebene besondere Merkmalsausprägungen besitzt.* Im wesentlichen seit dem Ende des zweiten Weltkriegs ist es zu einer allmählichen Ausdehnung eines unter militärischen Vorzeichen entstandenen Forschungstypus in zwei zusätzliche Bereiche gekommen: Weltraum- und Atomforschung.⁴⁰ Seit den fünfziger Jahren dominieren sie die nicht-militärische Forschungspolitik der hochentwickelten kapitalistischen Staaten.

38 Der Haushaltsvoranschlag des DoD für 1989 sah eine Zunahme des „Black Budget“ um 28 % auf 35 Mrd. \$ (1981: 5,5 Mrd. \$) vor, so daß damit 25 % des Forschungsbudgets des DoD geheim wären. 37 % des Forschungsbudgets der amerikanischen Luftwaffe war 1988 geheim (Philadelphia Inquirer v. 23. 2. 1988, S. 3; AW & ST v. 6.6.1988, S. 83; Rilling, R., SDI und Black Budget, Informationsdienst Wissenschaft und Frieden 2/1987, S. 20-22). Zwischen 1979 und 1983 wurden von 123 228 Reports des Pentagon nur 54 % frei verbreitet, 13 % dagegen waren geheim und 33 % in ihrer Verbreitung beschränkt, vgl. Science v. 4.5.1984. Militärische Instanzen haben im übrigen wenig Interesse am Technologietransfer: nicht einmal ein halbes Prozent der Wissenschaftler und Ingenieure, die in DoD-eigenen Laboratorien arbeiten, sind mit Technologietransfer befaßt.

39 Rüstung und Militärausgaben produzieren weder Konsumgüter, deren gegenwärtige Vernutzung die menschliche Arbeitskraft wiederherstellt, noch Produktionsmittel, die zur Akkumulation dienen, welche künftige Lebensbedingungen sichern kann; ebensowenig tragen sie zur Ausdehnung oder Verbesserung der materiellen oder wissenschaftlichen Infrastruktur bei. Rüstungsprodukte verlassen vielmehr den ökonomischen Kreislauf und vermindern ganz prinzipiell die Möglichkeit der Gesellschaft, ihr materielles Lebensniveau zu verbessern. Sie sind nichtreproduktive Waren, woran dadurch nichts geändert wird, daß die Rüstung unter den Bedingungen einer kapitalistischen Erwerbsgesellschaft als produktiv gilt, sofern sie Kapital profitabel verwertet, vgl. Huffschmid, J., Kapitalismus und Rüstung — Die ökonomischen Aspekte bei Marx und die heutigen Probleme, in: IMSF-Jahrbuch, Sb 1, Frankfurt/M. 1982, S. 130 ff.

40 Als Gebiete „militärisch relevanter Forschung“ werden beide bezeichnet von Brooks, H., Impact of the Defence Establishment on Science and Education, in: U.S. House of Representatives, Subcommittee on Science, Research and Development of the Committee on Science and Astronautics, 91st U.S. Congress, 2nd Sess., National Science Policy, Washington 1970. Zur Frühgeschichte vgl. Rilling, R., Academia Militans. Die neue Militarisierung der amerikanischen Hochschulen. EASt 3/1985, S. 425 ff. sowie Task Force on Science Policy, Committee on Science and Technology U.S. House of Representatives, 99th Congr., 2nd. Sess., Science Support by the Department of Defence, Washington 1987. Zur Delegitimierung der militärischen Atomforschung nach Kriegsende, die ihre Umetikettierung einleitete vgl. Boyer, P., By the Bombs Early Light. American Thought and Culture at the Dawn of the Atomic Age, New York 1985. Nach Angaben des US-Bundesrechnungshofes galten bereits 1983 nur noch 71,8 % des NASA-FuE-Budgets aus-

Obwohl historisch aus der militärischen Forschung entstanden, *unterscheiden* sie sich zumindest in *dreierlei* Hinsicht von der Rüstungsforschung: ihre Produkte haben keinen unmittelbaren *militärischen* Gebrauchswert, ihre (Groß-)Projekte werden nicht mit dem immer gleichen Hinweis auf die Erfordernisse nationaler Sicherheit und militärischer Verteidigung *legitimiert*; vielmehr finden sich variierende, zahlreiche, gleichsam zufällige und auf die zivile Öffentlichkeit abzielende Legitimationsmuster.⁴¹ Schließlich ist die *praktische Nutzung* der Technologie (mitsamt dem Innovations-Feedback) *möglich* und muß nicht — wie bei einem Großteil der militärischen Technologie — durch Simulation fingiert oder stellvertreterhaft gleichsam kleindimensioniert auf „Ersatzkriegsplätzen“, unter unvollkommenen Bedingungen getestet werden.⁴²

*Gleichwohl gibt es entscheidende strukturelle Merkmale dieses Forschungstypus, die näher bei der militärischen Forschung als bei der zivilkommerziellen (industriellen) bzw. akademischen Forschung liegen.*⁴³

Nuklear- wie Weltraumforschung operieren im Prinzip wie die militärische Forschung, denn anders als bei der zivilen Forschung, die bis zum zweiten Weltkrieg dominierte, geschieht hier die *Bewertung* der von den WissenschaftlerInnen bzw. Kollektiven erbrachten wissenschaftlich-technischen Leistungen weder durch die Scientific Community noch durch den Markt. An die Stelle der *wissenschaftlichen* und *ökonomischen* Leistungsbewährung und -bewertung ist die Beurteilung nach primär *politischen* Kriterien getreten. *Nicht ökonomischer Profit oder wissenschaftliche Wahrheit, sondern politische Bedürf-*

schließlich zivilen Vorhaben, 20,5 % dienten ausschließlich militärischen Zwecken, weitere 7,7 % betrafen sowohl zivile als auch militärische Forschung. Die NASA selbst gab an, daß 66,3 % ihrer Mittel zugleich ziviler und militärischer Forschung dienen, vgl. GAO (Ed.), *Analysis of NASA's Fiscal Year 1983 Budget Request for Research and Development to Determine the Amount that Supports DOD's Programs*, MASAD-82-33, Washington 1982.

41 Vgl. Boyer, Bombs, a.a.O., Sylves, R.T., *The Nuclear Oracles*, Ames 1987. Freilich finden sich auch hier verbreitet Formen der Verharmlosung, Ignorierung und „offensiven“ Akzeptanz auch katastrophaler Folgen, die wir aus der politischen Kultur der Rüstungsforschung kennen.

42 Praktische Tests der Militärtechnik bewirken Innovationen: der Vietnam-Krieg, die Kriege im Nahen Osten und der Falkland-Krieg haben die Übernahme technischer Innovationen (Herbizide, Lenkwaffen, Aera Destruction Munition) beschleunigt.

43 Das der Ausprägungsgrad dieser Strukturidentität beträchtlich differiert, zeigt ein Vergleich der „militarisierten“ Atomindustrie Frankreichs mit jener der BRD. Zum Schnellen Brüter Super Phönix vermerkte General Jean Thiry, Berater des geschäftsführenden Direktors der französischen Atomenergiekommission CEA: „France will be able to build atomic weapons of all kinds and within every range. At relatively low cost, she will be in a position to produce large quantities of such weapons, with fast breeders providing an abundant supply of the plutonium required. Lucky Europe and lucky France — at long last in a position to engage in an enlarged deterrent of their own thus guaranteeing their security“, zitiert bei de Perrot, M., *Commercial Fast Breeders: Towards an Integrated European Force*, in: Groupe de Bellerive, *European Security. Nuclear and Continental Defence*, London 1984, S. 46. Doch auch in der BRD ist die zivile Unwirtschaftlichkeit der Nuklearenergie horrend, wie der Schnelle Brüter und die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf zeigen — „second thoughts“ in Richtung militärische Anwendung lassen grüßen, vgl. U. Schelb (Hb.), *Reaktoren und Raketen*, Köln 1987.

nisse regulieren und steuern hier primär den Forschungsprozess. Die Märkte der hier produzierten Großtechnologien (Kernreaktoren, Wiederaufbereitungsanlagen, Raketen, die Mehrheit der Satelliten, Weltraumstationen usw.) sind — wie im militärischen Bereich — durch exklusive *staatliche* Nachfrage entstanden, eine Situation, aus der die oftmals vermerkte geringe Relevanz der *Kosteneffektivität* resultiert. Pseudozivile Forschung unterscheidet sich auch nicht hinsichtlich ihrer *institutionellen* Basis (Industrieforschung, wenige staatliche Großlaboratorien), des relativ geringen *Grundlagenforschungsanteils*, des langen, vom *follow-on-Imperativ* gesteuerten Lebenszyklus, des — tendenziell globalen — *Katastrophenpotentials* der entwickelten Technik,⁴⁴ dem Grad der *Geheimhaltung* — man denke an die „born-classified“-Regelung im Bereich der Nuklearforschung — oder der *zentralistisch-zentralistisch-hierarchischen* Organisation der Forschung von der militärischen Forschung: die Sicherung der Ergebnisse der Nuklearforschung — aber auch der Gentechnologie — ist schon lange ein militärisches Problem geworden. Endlich wird man vergebens grundlegende Unterschiede im *Design* sowie in den *Techniken* der *Produktion, Installation und Maintenance* (z.B. Energieversorgung) quasiziviler und militärischer Großsysteme suchen.⁴⁵

44 Supersysteme entwickeln sich schrittweise über Jahrzehnte hinweg. Einzelteile haben daher immer differierende technologische Niveaus und passen nicht ineinander, es gibt immer wieder inkompatible Verbindungsglieder zur Umwelt (Energieversorgung, Computerhard- und software usw.). Daher ist beim Entwurf und erst recht beim tatsächlichen Aufbau solcher Systeme von großer Bedeutung zu wissen, wie die einzelnen Systembestandteile miteinander verbunden sind, wieweit sie gereift sind, was sie bewirken, wie sie mit Folgeschritten verknüpft sind — gehen hier doch äußere und innere Gefährdungszonen ineinander über. Vgl. allgemein die ausgezeichnete Studie von Perrow, Ch., *Normale Katastrophen. Die unvermeidbaren Risiken der Großtechnik*, Frankfurt / New York 1988.

45 Zur Tradition der Durchsetzung nicht nur militärischer, sondern auch quasiziviler Großtechnologien gehört eine „utopische“ Phase, die ausgestattet ist mit Visionen und Versprechungen über die mythischen Fähigkeiten der in Frage stehenden Technologie: da betreten Männer den Mond und erobern das All, Flugzeuge umrunden den Globus in zwei Stunden, Maschinen machen das Land unverwundbar, gute Technologien heilen die Wirtschaftsgebrechen. Die SDI-Rhetorik war voll solcher beeindruckender, zeitgemäß computersimulierter Projektionen, phänomenaler Kill-Ratios, technologischer Sprünge, fabelhafter spin-offs. Die Nation sollte hinter einem neuen großen Aufbruch („High Frontier“) gesammelt werden. Zudem gab die notorische Vagheit solcher Visionen großzügig Raum für die vielen Industrieprojekte. Doch — die unerfreuliche Überraschung gehört zu diesem Entwicklungsmuster. Das notwendige Ende der rosigen Zeiten ist absehbar. Überambitionierte Zeitpläne werden nicht eingehalten, Fehler und Risiken eingestanden, Standards gesenkt, Kosten überschritten, Mythen erschöpfen sich, Ziele werden revidiert — kurz: die Einmischung der Realität wird spürbar. Eine Erneuerung der ursprünglichen Vision und des daran geknüpften Konsenses als Ausweg aus der Legitimationskrise ist selten möglich, erreicht werden kann bestenfalls noch Akzeptanz, also Hinnahme ohne Zustimmung. Gegenüber der visionär abgestützten Mobilisierungspolitik treten bürokratische Politiken der Mäßigung stärker in den Vordergrund. Zweierlei wird unternommen: „realistische“, dem Publikum vertraute Ersatzziele mit reduziertem Anspruch werden propagiert (im Falle SDI: „Perfektionierung“ statt „Abschaffung“ der Abschreckung; SDI als „Versicherung“ nicht gegen 300000, sondern 1-2 Flugkörper, von Atomterroristen oder aus Irrtum abgefeuert). Die alte Zielsetzung wird aufgege-

7. Welche Konvergenz gibt es?

Eine Analyse der *Distributionsmuster* — die dann auch Aussagen über *Konvergenzprozesse* machen könnte — muß ansetzen mit einer präziseren Beschreibung der *Hierarchie militärischer Techniken und Systeme*. Sie reichen von Chips im Werte einiger Pfennige bis zu militärischen Supersystemen, deren Kosten in die Milliarden gehen. Im Anschluß an die von Walker u.a. entwickelte Taxonomie⁴⁶ lassen sich die militärischen Produkte in eine *8-stufige Hierarchie* gliedern, beginnend mit der Produktklasse der *Materialien* (z.B. Halbleiter) über *Komponenten* (integrierte Schaltkreise), *Elemente* (Visiere), *Teilsysteme* (Gyroskope, Terminals), *komplette Waffen und Kommunikationsgeräte* (Torpedos, Radios), *militärische Systeme* (Trägersysteme wie z.B. Tornado) und *integrierte Systeme* (Luftverteidigungssysteme; Flugzeugträgerereinheiten) sowie *technische Supersysteme*.⁴⁷

ben. Die Traditionalität der Technologie und ihre Nützlichkeit für sekundäre Ziele — z.B. Luftverteidigung, konventionelle Rüstungstechnologien — wird betont (so publizierte die SDI-Organisation Anfang Mai 1987 einen Bericht über die Spin-Offs von SDI für die konventionelle Rüstung).

46 Walker, W., Graham, M., Harbor, B., From components to integrated systems: technological diversity and interactions between the military and civilian sectors, in: Gummett, P., Reppy, J. (Hg.), *The Relations between Defence and Civil Technologies*, Nijhoff 1988.

47 Das extremste Konzept eines militärischen Supersystems ist SDI: ein Supersystem, ein Aggregat von Systemen mit Hunderttausenden von Verbindungselementen, die über riesige geographische Gebiete miteinander verknüpft sind. Dieses technische Supersystem unterscheidet sich von traditionellen technischen Supersystemen (Telekommunikation, Flugkontrollsysteme, Transport, Energie usw.) in vierfacher Hinsicht: (1) Ort und Ausdehnung der Stationierung (Weltraum) wie der durch den Stand der Militärtechnik bzw. die vorgegebene Aufgabenstellung bedingte Zwang zur extrem schnellen Reaktion erfordern, daß SDI hochgradig automatisiert sein muß. (2) Anders als die genannten technischen Supersysteme muß SDI nicht bloß unter u.U. komplizierten Bedingungen funktionieren, sondern (als militärisches System) unter der Bedingung bewußter Attacke überleben. (3) Diese Faktoren erfordern eine um mehrere (!) Größenordnungen höhere technische Leistungsfähigkeit des Systems und seiner Komponenten. Zum Beispiel sollen die Sensoren hinsichtlich der Härtung, Auflösung und Signalverarbeitung mindestens 100fach bessere Leistungsparameter realisieren als heute, ebenso die Systeme der Datenverarbeitung hinsichtlich ihrer Miniaturisierung, Geschwindigkeit, Energieversorgung, Gewicht, Härtung, Verlässlichkeit usw. (4) Der Unterschied zwischen einem defensiven und einem offensiven System ist, wie Newsweek anschaulich erläuterte, der „zwischen dem Bau eines Maschinengewehrs und dem Bau eines rechnergesteuerten Abwehrsystems, das Soldaten schützen würde, indem es feindliche Maschinengewehrketten im Chaos einer umfassenden Schlacht ortet, verfolgt und zerstört.“ (Newsweek v. 17. 6. 1985). Da SDI aber offensive wie defensive Aufgaben wahrnehmen soll, ist es noch weit komplexer als andere militärische Systeme. Als ein globales, singulär komplexes technisches Supersystem soll es eine über vier Jahrzehnte installierte, um die Nuklearwaffen zentrierte weltweite militärtechnologische Großstruktur und die dazu gehörende Militärstrategie bzw. -doktrin umwälzen. Ihm wird aufgelastet, das vier Jahrzehnte alte militärische Schlüsselproblem des Nuklearzeitalters zu lösen: wie unter der historisch beispiellosen Aussicht, nicht allein den Gegner, sondern auch sich selbst zu vernichten, noch (Nuklear-)Kriege unter akzeptablen Bedingungen geführt und dadurch politische Ziele erreicht werden können. SDI soll als „defensive“ Verteidigung eine tragbare Schadensbegrenzung gewährleisten. Der Zweck von SDI ist nicht, Nuklearwaffen „überflüssig“ (Reagan), sondern sie militärisch brauch- und damit politisch handhabbar

Je höher man in dieser Hierarchie gelangt, desto *komplexer* und *größer dimensioniert* werden die Produkte, *sie erhalten Systemcharakter*, ihre Anzahl nimmt ab. Ebenso verändert sich die *Produktionstechnik*: mit aufsteigender Hierarchie traten an die Stelle der *Massenproduktion* (Gewehre) die Produktion kleinerer *Serien* (Tanks) und *Losgrößen*, endlich die *Stückproduktion* (Interkontinentalraketen, Satelliten) bzw. die *Integration disparater technologischer Systeme*.⁴⁸ Dementsprechend nehmen die Komplexität und Großdimensioniertheit der Produktionsorganisation zu, je näher man zur Spitze der Pyramide gelangt. Auch wenn technische Veränderungen natürlich auf jeder Ebene initiiert werden können, so scheinen doch Entscheidungen auf der *Systemebene* — z.B. einzelne Träger oder Waffensysteme (z.B. das Tornado-Flugzeug oder Panzer) zu entwickeln und zu bauen — die Zusammensetzung und Entwicklungsrichtung der gesamten nachgeordneten Produktklassen zu strukturieren.⁴⁹ Ihre Wirkung geht auch in die Tiefe: die technologische Prägung — kurz: *die stoffliche Formbestimmung der vorgelagerten Stufen der Halbfabrikate und Vorprodukte durch das Finalprodukt nimmt in dem Maße zu, wie dieses Endprodukt Systemcharakter annimmt*; die Dimension dieser vorgelagerten Prozesse ist beträchtlich: die Prototypen mancher SDI-Waffensysteme sind bis zu 200 m lang und wiegen bis zu 300 Tonnen, einzelne Teststätten und Großexperimente des SDI-Programms kosten über 1 Mrd. \$. Diese Systeme wirken zugleich auf übergeordnete Doktrinen und Strategien ein, deren Veränderungen wiederum für die Entwicklung ganz anderer Produktklassen bedeutungsvoll sein können. Die Tiefenwirkung geht auch in eine andere Richtung: *militärische Produkte erfordern eine eigene Logistik*.⁵⁰

Betrachtet man die einzelnen Produkte, so läßt sich generell die Unterscheidung treffen in (wenige) Produkte, die *stofflich* bedingt für militärische Märkte spezifisch sind (z.B. Nuklearwaffen, die „Stealth“-Technologie oder das Projekt eines „National Aerospace Plane“) bzw. deren Distribution mittels *staatlichen Zwangs* — also politisch — auf den militärischen Bereich (Markt) begrenzt wird (Waffen/Munition); in Produkte, die es auf *zivilen wie militärischen* Märkten gibt, die ihnen aber *angepaßt* werden (z.B. Flugzeugturbinen); schließlich sog. handelsübliche Produkte, die auf (*ohne Spezifizierungen*) beiden Märkten vorkommen (z.B. Chips oder Transportfahrzeuge). Militärisch

zu machen. Hier wird ganz in der Tradition eines militärischen Techniktriumphalismus eine nichtrealisierbare Anforderung formuliert. Das SDI-Programm operiert daher in der Situation funktionseller Überforderung: eine Strefstechnologie.

48 Undurchführbar ist daher die „Einführung von Henry Fords Methoden der Massen- und Fließbandproduktion“, die von der amerikanischen SDI-Organisation für ihr Projekt beschworen wird, vgl. Waller, D. u.a., SDI: Progress and Challenges („Proxmire-Report“) Washington 1986, S. 53.

49 Die formelle Forschungsplanung der Bundeswehr definiert den Technologiebedarf nach „Systemvarianten“ — genannt Leitkonzepte — von denen es 1987 14 gab (z.B. Kampfpanzer- und fahrzeuge, Starrflügler, Drehflügler, Überwasserkampfschiffe und -boote, U-Boote, Fernmelde-systeme, Aufklärungssysteme etc.) denen sog. „technologische Elemente“ zugeordnet werden.

50 Es „stellt die militärische Logistik ein durchaus eigenständiges Feld dar, wie es in solchem Umfang und Aufbau nirgendwo sonst vorkommt“, Oesterer, D., Handelsübliches Gerät für die Bundeswehr, Jahrbuch der Wehrtechni 16, Koblenz 1986, S. 125.

angepaßte Technologie reflektiert das spezifische Anforderungsprofil von Militärtechnologien: etwa hinsichtlich Geräuschverhalten, Abstrahlsicherheit, Erfäßbarkeit (z.B. Infrarotsicherheit), Schutz vor Strahlung oder mechanische Schock- und Schwingungsfestigkeit als Anforderungen an Materialien, Komponenten, Elemente oder Teilsysteme.⁵¹ Generelle Anforderungen wie Wartungsfreiheit und geringe Störanfälligkeit bzw. allgemeine Überlebensfähigkeit der Produkte sind synthetische Eigenschaften der militärischen Systeme höherer Produktklassen. Geht man die Hierarchie der Produktklassen „nach oben“ zur Pyramidenspitze, gibt es einen *Umschlagspunkt*, für den ein Wechsel der Terminologie steht: es ist nicht mehr die Rede von *Produkten* oder *Technologien*, sondern von *Projekten* und *Programmen*. Von diesen Ebenen an wird die Verwendung des *Systembegriffs* sinnvoll. Ein qualitativer Wandel im Verhältnis ziviler und militärischer Produkte geschieht auf diesen Ebenen der *Waffen* (Raketen, Torpedos), *Waffenplattformen* (Schiffe, Flugzeuge) und *Kommunikationssysteme* (Radar, Satelliten): die Ähnlichkeit der militärischen Konstrukte mit Produkten aus der zivilen Produktion, die auf den niedrigeren Ebenen (Komponenten, Sub-Systeme etc.) zu finden war, nimmt ab. Sicher gibt es noch Überlappungen: kaum bei den Waffen, stärker bei den Trägern (auch wenn die Endprodukte sicherlich einmalig sind — mit Nuklearwaffen bestückte U-Boote, Kampfflugzeuge oder Flugzeugträger sind Unikate der Militärtechnologie und haben keine zivilen Äquivalente), am meisten bei den Kommunikationssystemen. *Auf den letzten Ebenen der technischen (Super-)Systeme gibt es keine äquivalenten ziviltechnologischen Systeme mehr: Einzigartigkeit ist zur Norm geworden.*

Damit wird zugleich ein paradox erscheinender Sachverhalt sichtbar: *je höher wir in der Produkthierarchie geraten, desto mehr wächst die Anwendungsspezifität der Produkte und sinkt damit ihr Transferpotential — zugleich aber nähern sich die Methoden der Produktion bzw. Organisation der Systeme an!* Firmen, die großtechnische militärische Systeme entwickeln und produzieren, sind daher imstande, zwischen unterschiedlichen Klassen (Typen) militärischer Systeme — z.B. Raketen und Raketenabwehrwaffen⁵² — zu wechseln und häufig auch auf den Märkten ziviler großtechnischer Systeme zu operieren. Veränderungen in der privaten oder öffentlichen Kapitalallokation bestehen deshalb oftmals im Übergang von quasiziviler zur militärischen Produktion großtechnischer Systeme (von zivilen zu militärischen Reaktoren) oder im Wechsel zwischen Produktklassen (von luft- zu raumgestützter Ballistic Missile Defence) oder Elementen innerhalb dieser Klassen (Raketen/Satelliten), nicht aber in der Ablösung der Entwicklung militärischer Systeme durch die Erforschung, Entwicklung und Produktion von Waren für zivile Massen-

51 Oesterer skizziert am Beispiel des Rechners MR 80-20 Unterschiede zwischen der zivilen und der militärischen Version: während bei der zivilen Version der Spielraum der Betriebstemperatur von 0 bis + 40 Grad reicht, geht er bei der militärischen Version von - 40 bis + 55 Grad. Die Werte für Schockfestigkeit liegen bei 8 bzw. 30-40, der Preisfaktor bei 1 bzw. 3 (Oesterer, Gerät, S. 129).

52 Vgl. Rilling, R., Zur Politischen Ökonomie des SDI-Programms, in: WSI-Mitteilungen 9/1987.

märkte. Und auch die Existenz eines solcherart limitierten Transferpotentials kann nicht von vornherein positiv bewertet werden, ruft man sich den generellen Sachverhalt ins Gedächtnis, wonach an die Funktions- und Leistungsfähigkeit sowie Verlässlichkeit militärischer Produkte extreme Anforderungen gestellt werden, die oftmals weit über gängigen ziviltechnologischen Durchschnittstandards liegen, die zum Beispiel erheblich höhere Störanfälligkeit zulassen. *Rüstungstechnik hat daher Züge eines technologischen Triumphalismus: sie beantwortet Fragen, die im zivilen Bereich keiner gestellt hat, und löst Probleme, die niemand hatte. Sie setzt oftmals ungeheure Mittel ein, um nur geringfügige Verbesserungen von militärischen Gebrauchswerteigenschaften und Zielwerten zu erreichen, nach denen im zivilen Bereich ebenfalls niemand rufen würde, da hier vergleichbare Rationalitäts- und Bewertungstypen — und somit Akzeptanzen — kaum existieren.*⁵³ Hier geht es auch um die spezifische Art, wie militärische, wie quasizivile Technologien sozial konstruiert werden: offenbar führt, wie etwa das Beispiel der US-Raumfähre zeigt, die aus der Interessenvielfalt der beteiligten Klientel resultierende Anspruchsmenge an die Funktionsweise technologischer Großsysteme regelmäßig zu *überkomplizierten* Entwürfen. *Die technischen Geräte sollen alles können — auch wenn man es nicht braucht.* Technische Konfiguration und Design sind gleichsam funktionell übersteigert. Wir haben es mit *Stresstechnologien* zu tun. Eingebaut sind dabei Ketten immer aufwendiger werdender Problemlösungen, weshalb

52 Vgl. Rilling, R., Zur Politischen Ökonomie des SDI-Programms, in: WSI-Mitteilungen 9/1987.

53 Das neue Kampfflugzeug der Grumman Corp. hat bewegliche Flügel, was ihm eine große Beweglichkeit bei Luftkämpfen gibt. Luftkämpfe im zivilen Flugverkehr sind nun ausgesprochen selten. Auch die Stealth-Technologie, die Flugzeuge unsichtbar macht, scheint hier angesichts der zunehmend extremen Luftverkehrssituation reichlich kontraproduktiv. Röntgenstrahlaser könnten durchaus in der medizinischen Forschung oder zur Produktion von Computerchips verwandt werden; die militärische SDI-Entwicklungsvariante des Lasers freilich wird durch Nuklearexplosionen in Gang gesetzt — welches Krankenhaus wird ständig im Keller Atombomben explodieren lassen? Weitere Beispiele sind Legion. So wurde im Apolloprogramm eine Farbe entwickelt, die so hitzebeständig war, daß sie noch existierte, als das Metall schon geschmolzen war. Die Farbe war so teuer, daß sie zivil nicht genutzt werden konnte. Ein weiteres Beispiel ist DIVAD (Division Air Defense Gun). Hier sollte eine computergesteuerte automatische Kanone auf das Chassis eines Kampfpanzers gepflanzt werden; man sagte den Ingenieuren, daß die Kanone innerhalb von 8 Sekunden Zielerkennung und -unterscheidung und das Abfeuern eines ersten Feuerstoßes leisten sollte. „Die Ingenieure waren unschwer instande, eine Waffe zu bauen, die alle das in zwölf oder vierzehn Sekunden erledigen konnte, doch die Zeit auf acht Sekunden zu reduzieren, stellte sie vor massive Probleme. ‚Wir hörten nichts als acht Sekunden, acht Sekunden, acht Sekunden‘ sagte der Designer von General Dynamics in einem Interview. ‚Ich weiß nicht, wieviele extra Zehn-Millionen diese extra vier Sekunden kosten‘. Damit drückte er eine häufige Klage von Ingenieuren aus. So kommentierte ein Sonar-Designer, daß — um die letzten zehn Prozent einer militärischen Anforderung zu realisieren — oftmals soviel ausgegeben werde wie für die ersten 90 Prozent.“ (Coates, J., Kilian, M., Heavy Losses. The Dangerous Decline of American Defense, New York 1985, S. 169/1970). Ähnliche Beispiele: Der M-1 Panzer verbrauchte mehr als 4 Gallonen Treibstoff pro Meile und produzierte eine solche Hitze, daß die Truppen nicht hinterhergehen konnten; General Electric entwickelte die M-61A1 Vulcan 20-mm-Aerial Canon, die instande war, fast 6000 Feuerstöße in der Minute abzugeben — doch es gab kaum Flugzeuge, die genügend Munition transportieren konnten, um länger als eine Minute zu feuern, ebd., S. 170, 222.

derlei Technologien ständig an der Grenze zum Systemzusammenbruch strukturiert werden — es sind nicht mit Sicherheit kontrollierbare *Kartenhaus- oder Dominotechnologien*. Ein definiertes Folgeverhalten auch beim Zusammenbruch einzelner Funktionen, das Sicherheit gewährleistet, kann nicht erreicht werden. Versagt ein Dichtungsring, explodiert die ganze Raumfähre und die Menschen sterben.⁵⁴

Die Militärtechnik hat diese Eigenschaft seit dem 2. Weltkrieg weit deutlicher als zuvor ausgeprägt, weil sie eine Technik der Abschreckung war: ihr Test, ein Krieg in Europa, blieb aus. Sie hat deshalb zugleich einen eigentümlich konservativen Zug: ihr Modell des Krieges blieb — sieht man von der nuklearen Komponente ab — der 2. Weltkrieg, nach dessen Muster das Kriegsgewehr technologisch perfektioniert wurde. Rüstungstechnik ist daher strukturell ressourcenintensiv⁵⁵ und extrem kapitalaufwendig. Der Transfer solcher problematischer Muster aus dem Rüstungsbereich in die Welt quasiziviler oder ziviler Technologie durch die Systementwickler kann daher kaum — etwa unter dem positiven „Spin-Off“-Signum — als positiver Beitrag gewertet werden.

Quer zu dieser Klassifikation scheint sich im übrigen die elektronische (informationsverarbeitende) Technologie zu entwickeln: die skizzierte Gegenläufigkeit (Spezifizierung der Systeme/Transferpotential der Methoden) existiert hier nur in Ansätzen — dies gilt auch für die neuere Entwicklung in der Militärelektronik.⁵⁶ Für die 80er Jahre gleichfalls bedeutungsvoll aber ist das spürbare Hervortreten militärischer Merkmale bei quasizivilen Großtechniken, wie die gegenüber der Stagnation der zivilkommerziellen Atomenergie fast ungebro-

54 Vgl. McDougall, W.A., *The Heavens and the Earth: A Political History of the Space Age*, New York 1986; Fallows, J., *The Americans in Space*, in: *The New York Review* v. 18.12.1986, S. 34 f.; Stares, P.B., *Space Weapons and US Strategy: Origins and Development*, London & Sydney 1985; Korthals-Altes, S.W., *The Aerospace Plane: Technological Feasibility and Policy Implications*, Report Nr. 15, MIT, Cambridge 1986, S. 16-50; Zrakat, C.A., *Uncertainties in Building a Strategic Defense*, in: *Science* v. 27. 3. 1987, S. 1600 ff.

55 Diese Praxis hat Tradition: am 3. September 1908 erstand die Regierung der Vereinigten Staaten ihr erstes Flugzeug, das von den berühmten Gebrüder Orville und Wilbur Wright gebaut wurde. Der Auftrag erging — ohne öffentliche Konkurrenz-Ausschreibung — vom U.S. Army Signal Corps. Anders als das erste Flugzeug der Brüder, das bekanntlich vorwiegend aus Fahrradteilen hergestellt worden war und rund 800 \$ gekostet hatte, wurde dieses Flugzeug entsprechend den Anforderungen der Army entworfen. Die Kosten — unter Einschluß von 5000 \$ Bonus für die Wrights, damit sie ihr Zeitlimit einhielten — beliefen sich auf 30000 \$. Während des Tests der Maschine gab es einen Schwerverletzten und einen Toten (vgl. Coates, Kilian, *Heavy Losses*, S. 236). Noch ein aktuelles Beispiel: die Entwicklung der Bundeswehr-Hundehütte, in die Anforderungen der Tierärzte, Sanitäter und Umweltschützer eingingen, kostete 35 000,- DM, vgl. *Wehrtechnik* 5/1987, S. 20.

56 Das zivilindustriell-technologische Entwicklungsparadigma Japans scheint hier eindeutig überlegen: Japan hat nach OECD-Angaben zwischen 1965 und 1985 seinen Anteil am Weltmarkt der Elektronik von 13 % auf 42 % (!) gesteigert; im Bereich der Konsumgüterelektronik stieg sein Anteil von 37 % auf über 85 %. Da der Elektronikanteil am DoD-Budget schon seit längerer Zeit bei 40-50 % liegt, scheint die zivilindustrielle Relevanz der Militärelektronik begrenzt zu sein, vgl. *AW&ST* v. 30. 5. 1988, S. 72.

chene Dynamik der militärischen Atomforschungs- und -technikprogramme in den USA bzw. die Marginalisierung der zivilen Dimensionen der Raumfahrt⁵⁷ zeigen. Wenn überhaupt, dann ließen sich hier Konvergenzen vermerken.

8. Forschungspolitiken

Für die Nachkriegsgeschichte der staatlichen Forschungspolitik ist daher das *Oszillieren zwischen dominant militärischen und dominant quasizivilen Entwicklungsmustern* typisch. Strategien, die auf ein *zivilindustriell* bzw. *zivilwissenschaftlich-technologisches* Entwicklungsparadigma ausgerichtet waren, sind demgegenüber in den westlichen Staaten nirgends außer in Japan und zeitweise in der BRD von zentraler Bedeutung gewesen. Innovationen und wissenschaftliche Durchbrüche werden im Rahmen dieser Muster verarbeitet, wie z.B. der massive Einstieg des DoD in die Supraleiter- und die Supercomputerforschung zeigt.⁵⁸ In allen Fällen freilich spielen High-Tech-Programme eine Schlüsselrolle.⁵⁹ Schwer abzuschätzen ist, wie stark die einzelnen Muster ausgebildet sein müssen, um tatsächlich als konkurrierendes Modell auftreten zu können. Nicht selten sind Vorhaben und Mittel der Rüstungsforschung einfache, aber willkommene Zusatzressourcen für ein dominant zivil oder quasizivil operierendes Entwicklungsmuster. Die Untersuchung von Lichtenberg spricht allerdings dafür, daß die Ausdehnung der militärischen Forschungsressourcen in den USA zu einem „crowding out“ der zivilen Forschung geführt hat.⁶⁰

57 Der Militäranteil an der amerikanischen Luft- und Raumfahrtindustrie stieg von 35 v.H. (1979) auf ca. 45 v.H. (1987). Die von der Regierung vor allem nach dem Challenger-Unfall betriebene Privatisierung der Raumfahrtindustrie und -politik hat die Bedeutung der amerikanischen Weltraumbehörde NASA geschwächt und die neue Symbiose der US-Raumfahrtindustrie mit dem Militär beschleunigt. Als Anfang der 60er Jahre von Kennedy das Apollo-Projekt zur Landung eines Amerikaners auf dem Mond begonnen wurde, lag das militärische Weltraumbudget des Pentagon noch bei einem Drittel des NASA-Etats. Zum Amtsantritt Reagans hatte es bereits gleichgezogen, heute übertrifft es mit 15 Mrd. \$ den NASA-Etat (7,5 Mrd. \$) um das Doppelte. Militärische Programme der NASA selbst gewinnen an Gewicht. Auf der Ebene der Gesamt- wie der Teilstreitkräfte wurden neue zentrale Weltraumkommando- und koordinierungsorgane aufgebaut. Mit der SDI-Organisation entstand ein eigener staatlicher Funktionsmechanismus für die Weltraumrüstung, in Colorado Springs entsteht ein riesiges Weltraumrüstungs-Agglomerat. Zur Entwicklung der Weltraumpolitik insgesamt vgl. Forum Wissenschaft 3/1987.

58 Vgl. Domke, D., Politik, Militär, Industrie, Informatik: Beispiel Supercomputer, in: Informationsdienst Wissenschaft und Frieden 2/1988, S. 9-14.

59 In die gegenwärtig bedeutendsten 13 High-Tech-Programme Europas, Japans und der USA werden 1990 etwa 60 - 70 Mrd. \$ investiert werden — das entspricht dem Gesamtbudget Forschung der USA des Jahres 1981, s. Pianta, M., High-Technology Programmes: For the Military or for the Economy, in: Bulletin of Peace Proposals 1/1988, S. 56.

60 Vgl. Lichtenberg, F.R., Assessing the Impact of Federal Industrial R&D Expenditure on Private R&D Activity, Paper for the NATO Advanced Research Workshop on The Relationship Between Defence and Civil Technologies, Sussex, 21.-25.9.1987.

In keinem Land nun allerdings findet sich eine durchaus denkbare alternative forschungspolitische Strategie, die sozialstaatlich-ökologische Zielsetzungen ins Zentrum rücken würde.⁶¹ Dieser Politikansatz ist in den letzten Jahren vielmehr geschwächt worden.

In den USA kontrollierte die militärische Wissenschaftspolitik Ende der 80er Jahre über die Hälfte der nationalen und rund drei Viertel der bundesstaatlichen Wissenschaftsressourcen. Die Bundesausgaben für Rüstungsforschung dürften die Mittel für sozialstaatlich angelegte Forschungen (Health and Human Services, Education, Labor) und Umweltforschung um rund das 50fache übertreffen. Nach der Amtsübernahme R. Reagans ist das Energieministerium ein zweites Ministerium für militärische Forschung geworden, da seine Ausgaben im Bereich der militärischen Atomforschung und -technik von 3,6 Mrd. \$ (1981) auf 8,1 Mrd. \$ (Haushaltsentwurf 1988) anstiegen und jetzt 65 % des Haushalts dieses Ministeriums ausmachen (1981: 38 %). Die Ausgaben für Solarenergie und regenerative Energien sind 1988 um 81 % niedriger als 1981.⁶² Allein das SDI-Projekt bestritt von den FuE-Ausgaben des Bundes bzw. des DoD 1987 5,8 v.H. bzw. 8,5 v.H.; sein Budget entsprach damit einem Fünftel der gesamten Bundesausgaben für die zivile Forschung. In der BRD gab der Bund 1988 rund 10mal soviel für militärische Forschung aus wie für Umweltforschung oder für die Erforschung regenerativer Energiequellen, 20mal soviel wie für die Forschungen zur Humanisierung der Arbeit und 1000mal soviel wie für Friedensforschung.⁶³

Ein sozialstaatlich-ökologisches Paradigma in der Forschungs- und Technologiepolitik wird sich von den skizzierten Entwicklungsmustern wesentlich unterscheiden, wie die bereits existierenden Bausteine einer solchen Politik zeigen: seine Zwecke formulieren sich nicht aus Aspekten militärischer Macht, ökonomischen Gewinns oder wissenschafts- bzw. technikinterner Maßstäbe, sondern nach dem Maß gesellschaftlicher und ökologischer Bedürfnisse, die zugleich in der Regel ihren primären Bewertungs- und Legitimationsrahmen konstituieren; sie ist auf praktische Nutzung aus, was eine demokratisch organisierte (nicht nur Kosten-) Effektivitätskontrolle des Wissenschaftsprozesses erfordert; sie wird der interdisziplinären Grundlagenforschung großen Raum geben müssen und begleitet sein von Wissenschafts- und Technikfolgenforschung, die — zusammen mit einer demokratisch (nicht notwendig bloß dezentralen) geordneten Wissenschaftspolitik — die mit der Umwandlung der Gesellschaft in ein Labor (Krohn/Weyer) gesteigerte Risikoträchtigkeit des Unternehmens Wissenschaft nicht rückgängig, aber vielleicht kontrollierbar machen kann. Eine Alternative zu diesem Versuch gibt es nicht. Ihn zu wagen und damit zugleich die weiterweisende Perspektive grundlegend alternativer Entwicklungswege zu eröffnen, ist heute die zentrale Aufgabe demokratischer Wissenschaftspolitik.

61 Die seit Ende der 50er Jahre relativ großen Anteile der Medizin an den nationalen FuE-Budgets haben mit einer solchen forschungspolitischen Schwerpunktsetzung wenig zu tun: hier wird großenteils der klinische Normalbetrieb über Forschungsetats finanziert.

62 Krinsky, R., Swords and Sheepkins: Militarization of Higher Education in the United States and Prospects of its Conversion, in: Bulletin of Peace Proposals 1/1988, S. 38.

63 Vgl. Ahrweiler, G., Rilling, R. u.a., Dossier Forschungspolitik, in: Forum Wissenschaft 2/1988.

Internationalisierung der Rüstungsproduktion oder wachsender Konkurrenzkampf zwischen den kapitalistischen Rüstungszentren?

Jürgen Woyand

1. Vorbemerkung — 2. Kooperation und Konkurrenz — Zur Entwicklung und zum Stand der transnationalen Rüstungsproduktion in Westeuropa — 2.1. Nationale Konzentration — Vorbereitung der Rüstungsindustrien auf die Transnationalisierung — 2.2. Die transnationale Verflechtung der westeuropäischen Rüstungsindustrien — 2.3. Projektkooperation statt Integration — Transnationale Rüstungszusammenarbeit in Westeuropa — 3. Zwischen „westeuropäischer Solidarität“ und „transatlantischer Freundschaft“ — Bestrebungen zur Institutionalisierung der westeuropäischen Rüstungskooperation — 3.1. Von der gescheiterten EVG zur rüstungswirtschaftlich erweiterten EG — Zu den Bemühungen zur Schaffung eines integrierten westeuropäischen Rüstungsmarktes — 3.2. Rüstungssachse Bonn-Paris? — 3.3. Der desintegrative Einfluß der transatlantischen militärischen Kooperation — 4. Gibt es einen westeuropäischen Militär-Industrie-Komplex?

1. Vorbemerkung

Der erste und wichtigste Bezugsrahmen, in welchem sich die Internationalisierung der Rüstungsproduktion unter den Nachkriegsbedingungen entwickelt hat und noch entwickelt, ist Westeuropa, genauer: EG-Europa bzw. das mittlerweile fast damit identisch gewordene NATO-Westeuropa. Wegen der dominierenden Rolle der USA auf dem Weltrüstungsmarkt und der engen militärpolitischen Anlehnung Westeuropas an die USA ist der zweite Bezugsrahmen das Verhältnis der westeuropäischen Staaten zu den USA.

Die Internationalisierungstendenz der Rüstungswirtschaft steht im Mittelpunkt eines komplizierten Beziehungsgeflechts ökonomischer, industrie-, militär- und allgemeinpolitischer Interessen nationaler, westeuropäischer und transatlantischer Natur, welche sie nur in spezifischen Formen zum Ausdruck kommen lassen. Der eigentliche Kern dieser Widersprüchlichkeit ist letzten Endes in dem „Gegensatz zwischen der objektiven Tendenz zur Internationalisierung der Produktivkräfte und der transnationalen Bewegung des Kapitals“¹ zu

¹ Autorenkollektiv, *Der staatsmonopolistische Kapitalismus*, Frankfurt (Main) 1973, S. 371 f.

sehen. Der Internationalisierungsprozeß in der Rüstungswirtschaft wird daher im folgenden als das bezeichnet, was er in seinem Wesen ist, nämlich als *Transnationalisierungsprozeß* im westeuropäischen bzw. transatlantischen Rahmen.

2. Kooperation und Konkurrenz — Zur Entwicklung und zum Stand der transnationalen Rüstungsproduktion in Westeuropa

2.1. Nationale Konzentration — Vorbereitung der Rüstungsindustrien auf die Transnationalisierung

Mitte der sechziger Jahre war die Rekonstruktionsphase der westeuropäischen Rüstungsindustrien im großen und ganzen abgeschlossen. Es wurde schnell klar, daß ein Überleben der zersplitterten Industrien von der Erringung der Konkurrenzfähigkeit gegenüber der mächtigen US-Konkurrenz abhing. Die Erreichung dieses Ziels lag jedoch außerhalb der finanziellen und technologischen Möglichkeiten eines jeden einzelnen Landes. Die Lösung lag in der Bündelung der Kräfte durch transnationale Kooperation. Diese führte jedoch nicht zur Herausbildung multinationaler Rüstungsgesellschaften. Vielmehr wurden in der technologisch am weitesten entwickelten Rüstungsbranche, der Luft- und Raumfahrtindustrie (LRI), zur Vorbereitung der angestrebten Zusammenarbeit beispiellose Konzentrationswellen im *nationalen* Rahmen in Gang gesetzt, die jedoch „zu einer Verzettelung der Kräfte in europäischer Sicht geführt haben“².

Hierbei spielte der Staat die Rolle des aktiven Organisators, und zwar in einem Ausmaß und einer Intensität, wie sie bisher nur für die Rüstungsindustrie typisch sind. Die staatlich organisierten Konzentrationswellen waren eindeutig politisch motiviert. Ziel war dabei, die nationalen Kapazitäten zu vereinen, um damit einen maßgeblichen Faktor für die erwartete westeuropäische Rüstungsintegration in der Hand zu haben.³ Als die nationalen Konzentrationswellen Anfang der siebziger Jahre einen vorläufigen Abschluß gefunden hatten, waren von den 37 Militärflugzeugunternehmen, die 1951 in Großbritannien, Frankreich und Italien bestanden hatten, einschließlich der bundesdeutschen noch 15 übriggeblieben.⁴

2 Kommission der Europäischen Gemeinschaften, *Die Luft- und Raumfahrtindustrie in der Gemeinschaft einerseits und in Großbritannien und den Vereinigten Staaten andererseits*, Gesamtbericht, Bd. 2, Brüssel 1971, S. 295.

3 Im „Wehrdienst“ 145/1967 hieß es unzweideutig: „Hier geht es darum, zunächst alle nationalen Möglichkeiten und Fähigkeiten zusammenzufassen. Dann marschiert man in ein europäisches Produktions-Konsortium, um darin möglichst erste Geige zu spielen. Das ist die Absicht.“ Zit. in: Rainer Rilling, *Kriegsforschung und Vernichtungswissenschaft in der BRD*, Köln 1970, S. 146.

4 Vgl. Ulrich Albrecht, *Transnationale Rüstungskonzerne in Westeuropa*, in: *Leviathan* 1/1974, S. 81-107, hier S. 98.

2.2. Die transnationale Verflechtung der westeuropäischen Rüstungsindustrien

Arbeitsgemeinschaften

Die Bildung von Arbeitsgemeinschaften stellt noch keine reale Verflechtung dar. Diese lockerste Form der Zusammenarbeit, zeitlich begrenzt und auf ein bestimmtes Projekt bezogen und nicht mit der Aufgabe von Unabhängigkeit verbunden, ist gerade bei der Durchführung von transnationalen Rüstungsprojekten häufig anzutreffen. Anders als im nationalen Rahmen, wo Arbeitsgemeinschaften häufig die Vorstufe tatsächlicher Kapitalverflechtungen bildeten, führten sie jedoch im westeuropäischen Rahmen gerade nicht zur Herausbildung multinationaler Kapitalstrukturen.⁵

Kapitalverflechtung

Die Liste der westeuropäischen Rüstungsfirmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung ist keineswegs klein. Jedoch sind die Herkunftsländer der ausländischen Anteilseigner in erster Linie nicht die europäischen NATO-Staaten, sondern die USA und die Schweiz. Dies läßt sich vor allem, aber nicht nur für die bundesdeutsche Rüstungsindustrie feststellen, bei der Anfang der achtziger Jahre von 59 ausländischen Anteilseignern 25 aus den USA und 13 aus der Schweiz stammten.⁶

Zieht man von den bestehenden Kapitalverflechtungen zwischen den westeuropäischen Ländern die hundertprozentig beherrschten Auslandstöchter ab, schrumpft die Zahl der echten Kapitalverflechtungen, verstanden als das Zusammenwirken von Kapitalen aus verschiedenen Ländern in einem Unternehmen, auf ein Minimum zusammen. Von einer transnationalen Kapitalverflechtung in der westeuropäischen Rüstungsindustrie kann daher bis heute nicht gesprochen werden.

Gemeinsame Tochterunternehmen

Auf den ersten Blick scheint sich eine Verschmelzung der westeuropäischen Rüstungsindustrien über die Gründung einer Reihe von gemeinsamen Tochterfirmen anzubahnen. Dies wird gern als Indiz für das beginnende Zusammenwachsen der nationalen Rüstungsindustrien angesehen — sowohl von den Rüstungslobbyisten, die dies freudig begrüßen, als auch von Rüstungskritikern, die hierin bereits die Konturen eines einheitlichen westeuropäischen Militär-Industrie-Komplexes erblicken.

Bei näherer Betrachtung zeigt sich jedoch, daß solche Hoffnungen bzw. Befürchtungen kaum eine Berechtigung haben. Die Gründung von gemeinsamen Tochterunternehmen führt nicht zur Verschmelzung der daran beteiligten Kapitale. Die Art und Weise, wie diese Tochtergesellschaften betrieben werden, deutet vielmehr darauf hin, daß sie eine Form der Zusammenarbeit sind, die

⁵ Die einzige Ausnahme bildete der später wieder auseinandergebrochene VFW-Fokker-Konzern.

⁶ Vgl. Herbert Wulf, Die wirtschaftliche Bedeutung der Rüstungsindustrie in der Bundesrepublik Deutschland und Möglichkeiten der Umstellung auf zivile Produktion, in: Jörg Huffschild/ Eric Burhop (Hg.), Von der Kriegs- zur Friedensproduktion, Köln 1980, S. 72-104, hier S. 99 ff.

dem Zwang zur Internationalisierung entgegenkommt, dabei aber gerade die Selbständigkeit und nationale Identität zu bewahren erlaubt.

Denn die Tochterfirmen sind erstens nicht viel mehr als projektbezogene Managementfirmen.⁷ Zwar können aus einer einmal entstandenen Tochterfirma neue Projekte entstehen, doch auch dann ist die Zusammenarbeit immer nur auf diese Projekte begrenzt. Es war der Vizepräsident der MBB- und SNIAS-Tochter „Euromissile“, der auf einem WEU-Symposium bezüglich der gemeinsamen Tochterfirmen erklärte: „... Es gibt keine permanente Kooperation in dem Bereich, über den wir heute reden ... Die gegenwärtigen Strukturen sind alle mit Programmen oder Programmfamilien verbunden und leben daher nur so lange wie diese Programme“.⁸

Die personelle Ausstattung der Euromissile ist denn auch äußerst gering. Sie beschäftigt 150 Personen, also im wesentlichen das Programm-Management für die Flugkörpersysteme. Im Verhältnis zu den ca. 60000 Mitarbeitern der Mutterfirmen sind dies gerade 0,25 Prozent.

Zweitens ist das kapitalmäßige Engagement der Mutterfirmen in den Tochterfirmen eine „quantité négligeable“. Das Stammkapital der meisten Tochterfirmen liegt unter 100000 DM. Das herausragendste Beispiel ist auch hier Euromissile. Dieses in seiner Branche „führende Großunternehmen ... in Westeuropa“⁹ mit einem Umsatz in Milliardenhöhe wurde gänzlich ohne eigenes Kapital gegründet! Dies ermöglichte die Konstruktion einer „GIE“ (Groupe-ment d'Interêt Economique) nach französischem Recht, vergleichbar etwa einer BGB-Gesellschaft. Die mit der GIE verbundene Möglichkeit zur Zusammenarbeit in einer Tochterfirma bei vollständiger Trennung der Kapitale entspricht genau dem Interesse der Rüstungsindustrien und der mit ihnen verbundenen Staatsapparate.

Auch die Panavia, eine gemeinsame Tochter bundesdeutscher, britischer und italienischer Rüstungsfirmen zur Produktion des MRCA, in welcher u. a. DDR-Autoren bereits ein „internationales Supermonopol der Luftrüstung“¹⁰ formiert sahen, wurde mit ganzen 0,12 Mio. DM Stammkapital gegründet, und dies bei einem Entwicklungsauftrag in ebenfalls Milliardenhöhe!

Fusion

Bisher kam es zu einer einzigen Fusion von zwei westeuropäischen Rüstungsfirmen zu einem binationalen Unternehmen, dem bundesdeutsch-niederländischen VFW-Fokker-Konzern. Er ist mittlerweile wieder in seine alten Bestandteile auseinandergebrochen, so daß jetzt kein bi- oder multinationaler westeuropäischer Rüstungskonzern mehr existiert. Im Grunde genommen

7 So entstand die Gründung der Panavia ausschließlich aus der „Notwendigkeit, ein national finanziell nicht zu bewältigendes Projekt (MRCA Tornado) trilateral ausführen zu müssen“, Michael Brzoska/Peter Lock/Herbert Wulf, Rüstungsproduktion in Westeuropa, IFSH-Forschungsberichte, Heft 15, Hamburg, Dezember 1979.

8 Assembly of Western European Union, A European armaments policy, Symposium, Brüssel, 15.-17. Oktober 1979, S. 44 (englisch).

9 Klaus Engelhardt/Wilfried Klank, Forcierte Rüstungsintegration in Westeuropa, in: IPW-Berichte, Berlin/DDR, 7/1975, S. II-29, hier S. 14.

10 Autorenkollektiv, Militarismus heute, Berlin/DDR 1979, S. 320.

war es auch bei VFW-Fokker nicht zu einer echten Kapitalverschmelzung gekommen. Obwohl eine Zentralgesellschaft bestand, führten beide Teile ihre Unternehmenspolitik weiter nebeneinander her. Eine konsequent durchgeführte Rationalisierung von seiten der Konzernzentrale hätte den Verzicht auf Teile der nationalen Kapazitäten zur Folge gehabt: „Transnationale Fusionen würden zur Spezialisierung, aber nicht zu gleichmäßiger Spezialisierung führen. Die Herstellung von Flugzeugzellen könnte z.B. in Frankreich, die von Flugzeugmotoren in England und die von Panzern und Geschützen in Deutschland konzentriert werden. Das würde die Aufgabe nationaler Autarkie bedeuten ...“¹¹

2.3. Projektkooperation statt Integration — Transnationale Rüstungszusammenarbeit in Westeuropa

Rüstungshandel und Lizenzproduktion

Beim Import bzw. Export von Rüstungswaren und -komponenten sowie bei Lizenzproduktionen handelt es sich um Formen der transnationalen Rüstungszusammenarbeit, die die bei Gemeinschaftsproduktionen propagierten Kosten- und Standardisierungsvorteile am ehesten erbringen würden. So führen die durch Export vergrößerbaren Serien zur Verringerung der Stückkosten beim Hersteller. Importierende Länder können F&E-Kosten sparen, die sie bei Eigenentwicklungen aufbringen müßten. So schrieb der Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium Karl Schnell: „Um Entwicklungskosten zu sparen, wäre der Kauf fertigentwickelter Waffensysteme häufig die wirtschaftlichste Lösung.“¹²

Dennoch ist für ein größeres westeuropäisches Land der Bezug von fertigen Waffensystemen aus einem anderen westeuropäischen Land unter den Bedingungen des Kampfes um die Hegemonie kein erklärtes Ziel. Denn ein Verzicht auf eigene militärische Entwicklungen, so wird befürchtet, würde die Stellung im Konkurrenzkampf schwächen und die Aufgabe von Unabhängigkeit in diesem wirtschaftlich, politisch und militärisch brisanten Bereich bedeuten. So warnte Herbert Büchs, Generalleutnant der Bundeswehr, nachdem er die Vorteile von Waffenimporten bezüglich Standardisierungserfolgen, Risikominderung und Kapazitätsauslastung aufgezählt hatte: „Auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung bedeutet Waffenkauf jedoch in großem Umfang Stagnation ... Langfristig wirken sich daher Waffenkäufe ... für das technologische Niveau der eigenen Nation verhängnisvoll aus. Die politische Abhängigkeit von den rüstungsproduzierenden Partnern wird zunehmend größer ...“¹³. Dies hat dazu geführt, daß der gleichwohl festzustellende enorme Anstieg der Rüstungsexporte nicht gleichbedeutend war mit einer Intensivierung des Rüs-

11 Mary Kaldor, Der allmähliche Aufbau eines europäischen Militärisch-Industriellen Komplexes, in: Jahrbuch für Friedens- und Konfliktforschung, Band V, Opladen 1977, S. 47-65, hier S. 59.

12 Karl Schnell, Die Rüstungskooperation in der NATO, in: Europäische Wehrkunde 5/1980, S. 222-229, hier S. 225.

13 Herbert Büchs, Rüstungszusammenarbeit in der NATO als Mittel zur Einengung der technologischen Lücke, in: Europa-Archiv, Folge 19/1967, S. 703-710, hier S. 706.

stungsaustausches zwischen den westeuropäischen Ländern; neue Märkte wurden fast ausschließlich in der Dritten Welt erobert.

Aus ähnlichen Gründen heraus stellt auch die Übernahme von Lizenzen zumindest aus der Sicht der größeren westeuropäischen Länder keinen anzustrebenden Weg der transnationalen Kooperation dar. So warnte der „Grüner-Bericht“ Mitte der siebziger Jahre, Lizenzerwerbungen würden wie Importe nur „den Industrien unserer westlichen Partner zugute kommen, und zwar sowohl durch verminderte Konkurrenz auf dem Weltmarkt als auch dadurch, daß das beachtliche deutsche ... Beschaffungsvolumen den technologischen Fortschritt dieser Länder mitfinanzieren würde“.¹⁴

Projektkooperation als Regelfall transnationaler Rüstungszusammenarbeit

Da unter Bedingungen wirtschaftlicher und politischer Konkurrenz Importe und Lizenzerwerb für die „Großen“ Westeuropas keine wünschenswerte Alternative darstellen, rüstungstechnologische Alleingänge aber die Leistungskraft auch der hochentwickelten Staaten übersteigen, bleibt als Ausweg zur Unterordnung unter die USA die gemeinsame, auf ein Projekt bezogene Entwicklung und Produktion von Rüstungsgütern, die transnationale Projektkooperation. Zumindest in der LRI, der technologisch bedeutsamsten Rüstungsbranche, erfolgt die Produktion nur noch in Projektkooperation.

Mittlerweile gibt es eine umfangreiche Liste westeuropäischer Kooperationsprojekte.¹⁵ Der Anfang der siebziger Jahre in größerem Umfang einsetzende Kooperationsschub hat sich in den achtziger Jahren noch verstärkt. Dabei ist nach wie vor die binationale Zusammenarbeit charakteristisch, wenn auch in jüngster Zeit ein Trend in Richtung auf multinationale Zusammenarbeit festzustellen ist. Von den 29 größeren Projekten, die Mitte 1987 mit bundesdeutscher Beteiligung betrieben wurden, waren 15 bilateraler Natur, 14 wurden multinational abgewickelt, davon 6 mit mehr als 3 Partnern.¹⁶ Bei einer durchschnittlichen Teilnehmerzahl von 3,0 Ländern bei einem Projekt muß jedoch bezweifelt werden, ob aufgrund der verstärkten multinationalen Kooperation bereits von einem „qualitativ neuen Faktor“ der Rüstungskooperation in Westeuropa gesprochen werden kann; schließlich zählt die NATO in Westeuropa (ohne Island) 13 Mitglieder. Hinzu kommt, daß nach den bisherigen Erfahrungen ein Teil der in Angriff genommenen Projekte vor der Realisierungsphase scheitert oder einzelne Länder abspringen.¹⁷

14 Koordinator für die deutsche Luft- und Raumfahrt, Bericht zur Struktur der Luft- und Raumfahrtindustrie, Bonn 24. II. 1975, S. 11 („Grüner-Bericht“).

15 Vgl. die Aufstellung bei Wilfried Klank, Ausbau der rüstungsindustriellen Kooperationsbeziehungen zwischen westeuropäischen NATO-Ländern, in: IPW-Berichte 7/1987, S. 37-42.

16 Vgl. Wolfgang Tebbe, Internationale Rüstungskooperation, Organisation, Wirksamkeit, Kosten, in: wehrtechnik 4/1988, S. 26-32, hier S. 26 f.

17 Vgl. Herbert Wulf, Europäische Zusammenarbeit in der Rüstungsproduktion: Ziele, Probleme, Perspektiven, in: Lothar Brock / Mathias Jopp (Hg.), Sicherheitspolitische Zusammenarbeit und Kooperation der Rüstungswirtschaft in Westeuropa, Baden-Baden 1986, S. 107-128, hier S. 111.

Die widersprüchlichen Bedingungen, unter denen Projektzusammenarbeit zustande kommt, führten dazu, daß es neben der Vielzahl durchgeführter mittlerweile auch eine lange Liste gescheiterter Projekte gibt. Diese machen nach Zahl und Kosten einen erheblichen Teil bisheriger westeuropäischer Rüstungskooperation aus. Bei einem der jüngsten gescheiterten Projekte, der Panzerhaubitze 70, waren alleine von deutscher Seite innerhalb von 15 Jahren bereits 440 Mio. DM investiert worden.¹⁸ Die Projekte scheiterten, wenn die Widersprüche aufgrund unterschiedlicher, teils gegensätzlicher Interessen stärker waren als der Zwang zur Zusammenarbeit, mithin die erhofften Vorteile ausblieben. Die Instabilität der Projekte unterstreicht den — trotz aller gegenläufigen Bemühungen — unsystematischen Charakter dieser Transnationalisierungsform.

Die von M.G. Schmidt Mitte der siebziger Jahre getroffene Feststellung, daß „die Kooperationsproduktion nur eine Form der weiterbestehenden Konkurrenz von Einzelkapitalen und nationaler Staatsapparate ...“¹⁹ ist, gilt daher auch heute. Dies bestätigt auch die Aussage eines leitenden Beamten des Bundesverteidigungsministeriums, daß „... macht- und wirtschaftspolitisches Konkurrenzdenken ... weiter auf absehbare Zeit die Rüstungszusammenarbeit ... zwischen den europäischen ... Rüstungspartnern mitbestimmen“²⁰ wird.

3. Zwischen „westeuropäischer Solidarität“ und „transatlantischer Freundschaft“ — Bestrebungen zur Institutionalisierung der westeuropäischen Rüstungskooperation

3.1. Von der gescheiterten EVG zur rüstungswirtschaftlich erweiterten EG — Zu den Bemühungen zur Schaffung eines integrierten westeuropäischen Rüstungsmarktes

Am Anfang der vielfältigen Bemühungen zur Integration der westeuropäischen Rüstungsindustrien auf der Planungs- und Beschaffungsebene stand die Absicht, diese der „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“ (EVG) zu unterstellen und ihr die Ausrüstung der projektierten integrierten Europa-Armee zu übertragen. In der Präambel des EVG-Vertrages hieß es, daß „die Aufstellung eines gemeinsamen Haushaltsplans und gemeinsamer Rüstungsprogramme zur rationellsten und wirtschaftlichsten Verwendung“²¹ der Hilfsquellen der Mitgliedsländer führen wird. Eine Realisierung der EVG hätte die Souveränität der Mitgliedsländer auch bezüglich der nationalen Hoheit über die Rüstungsindustrien erheblich beschnitten. Ihr Scheitern im Jahre 1954 war daher symptomatisch für die weitere Entwicklung.

18 Vgl. Peter Runge, Rüstungszusammenarbeit, Anspruch und Wirklichkeit, in: wehrtechnik 4/1988, S. 20-26, hier S. 24.

19 Manfred G. Schmidt, Staatsapparat und Rüstungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland (1966-1973), Gießen/Lollar 1975, S. 163.

20 Wolfgang Tebbe, Internationale Rüstungskooperation ..., a.a.O., S. 31 f.

21 Europa-Archiv 1952, S. 5047 ff.

Auch am Anfang der nach dem Scheitern der EVG ins Leben gerufenen „Westeuropäischen Union“ (WEU) stand der Versuch, von der EVG wenigstens die geplante Rüstungsbehörde hinüberzueretten. Ein von Frankreich favorisierter „Rüstungspool“, der auch die Kontrolle der wiedererstehenden westdeutschen Rüstungsindustrie zum Ziel hatte, scheiterte an der Furcht der anderen westeuropäischen Länder vor einer französischen Hegemonie.

Auch den wiederholten französischen Versuchen — so 1973 und 1981 —, im Zuge wechselnder Akzentuierungen in der französischen Außenpolitik der WEU zu neuem Leben zu verhelfen²², war — jedenfalls im Hinblick auf die Rüstungsintegration — kein Erfolg beschieden. Und ebensowenig konnte bis heute von der 1985 verkündeten Neugründung einer Agentur für Zusammenarbeit im Rüstungsbereich als Ergebnis der 1984 von der Ministertagung in Rom ein weiteres Mal beschlossenen Reaktivierung der WEU irgendein konkreter Erfolg vermeldet werden, außer demjenigen, daß sich damit „die Tendenz zu Überschneidungen und Überlappungen der sicherheitsbezogenen Organisationen und Gremien verstärkt“ hat.²³

Um westeuropäischer Rüstungskoooperation von vornherein die antiamerikanische Spitze zu nehmen und die Unterstützung der USA zu erlangen, wurde 1968 die *EURO-Group* als Teil der NATO gebildet. Auf der Grundlage der 1973 beschlossenen „Grundsätze der Zusammenarbeit auf dem Rüstungssektor“²⁴, nach denen kein europäischer Mitgliedsstaat über ein neues Waffensystem beschließen sollte, ohne den Partnern der *EURO-Group* eine Zusammenarbeit anzubieten, wurden in den Folgejahren eine Reihe von gemeinsamen Projekten durchgeführt. Die Hoffnungen, aus dieser Zusammenarbeit einen integrierten Rüstungsmarkt mit zentraler Beschaffung zu entwickeln, wurden allerdings nicht erfüllt. Zwar einigten sich die Verteidigungsminister der *EURO-Group* bereits 1975 „im Prinzip“, ein europäisches Sekretariat für militärische Beschaffungen einzurichten; dieses ist jedoch bis heute nicht zustande gekommen.

Die Suche nach einer neuen Organisationsform mündete 1976 in die Gründung der „Unabhängigen Europäischen Programmgruppe“ (IEPG), der die Staaten der *EURO-Group* und Frankreich angehören. Die mit der IEPG-Gründung verbundenen großen Hoffnungen auf grundlegende Fortschritte bei der Rüstungszusammenarbeit gingen jedoch abermals nicht in Erfüllung. Vier Jahre nach der Gründung mußte von bundesdeutscher Seite festgestellt werden: „Weder ist es gelungen, sich auf gemeinsame europäische Rüstungsprojekte zu einigen, noch konnte eine harmonisierte europäische Rüstungspolitik ent-

22 Vgl. hierzu Peter Schmidt, Die Westeuropäische Union und ihr Verhältnis zur NATO, in: Lothar Brock/Mathias Jopp (Hrsg.), Sicherheitspolitische Zusammenarbeit und Kooperation der Rüstungswirtschaft in Westeuropa, a.a.O., S. 95-104, hier S. 98-102.

23 Ebenda. Zu jüngeren Versuchen der Wiederbelebung der WEU und zur 1987 verabschiedeten WEU-Plattform vgl. Klaus-Peter Weiner, Der „europäische Pfeiler in der NATO“ — die Neuformierung der westeuropäischen Sicherheitspolitik, in: Betrifft: Rüstung ... 88/89, hrsg. v. Zentrum für Marxistische Friedensforschung, Frankfurt/Main 1988, S. 138-145.

24 Vgl. The Eurogroup, hrsg. vom NATO Information Service, Brüssel, o.J., S. 29 ff.

wickelt werden.²⁵ Auch im Verlauf der achtziger Jahre ist hier keine prinzipielle Wandlung eingetreten, obwohl sich die Bemühungen zur Verbesserung des institutionellen Zustandes zunehmend auf die IEPG konzentrierten und bei der Einbeziehung von Forschung und Entwicklung in die Zusammenarbeit im Rahmen sogenannter „Kooperativer Technologieprojekte“ (CIP) einige Erfolge verbucht werden konnten²⁶, aus denen jedoch bisher keine einzige Gemeinschaftsproduktion zustandekam.

1987 stellte die IEPG-Ministertagung bescheiden „mit Befriedigung den anhaltenden Fortschritt bei der Harmonisierung nationaler operativer Erfordernisse und Fristen innerhalb der IEPG fest“, sah sich jedoch ein übriges Mal dazu veranlaßt, die Notwendigkeit zu unterstreichen, die vereinbarten Erfordernisse nun auch „in konkrete kooperative Projekte umzusetzen“.²⁷ 1988 schließlich präsentierte der Abteilungsleiter Rüstungswirtschaft im Bundesverteidigungsministerium eine ansehnliche Liste von 23 „konkreten Vorhaben“, um dann im Begleittext einzuschränken, dies seien sämtlich „Aktivitäten, die noch im Vorfeld konkreter Programme laufen“.²⁸

Wenn trotz der bestehenden Vielzahl von Organisationen und Gremien, die sich mit der westeuropäischen Rüstungsintegration befassen, die Bestrebungen zunehmen, die „Europäische Gemeinschaft“ (EG) zum rüstungswirtschaftlichen Organisationszentrum auszubauen, so liegt dies einmal daran, daß die EG über den notwendigen institutionellen Rahmen und administrativen Apparat verfügt, um eine forcierte Rüstungsintegration betreiben zu können. Vor allem aber wären bei einer rüstungswirtschaftlich erweiterten EG zwei Funktionen miteinander verknüpft: Erstens in Form einer integrierten westeuropäischen Rüstungsindustrie die ökonomische Basis für die Rüstungsintegration zu schaffen, zweitens durch zentral gesteuerte Gemeinschaftsprojekte die standardisierte Beschaffung zu gewährleisten. So stellte der der WEU-Versammlung vorgelegte „Critchley-Report“ fest, daß keine der bestehenden Organisationen, die sich mit der Rüstungszusammenarbeit befassen, kompetent ist, eine gemeinschaftliche Politik für die Beschaffung und Herstellung von Waffen auszuarbeiten. Weiter heißt es dann: „Die EWG ist die einzige europäische Einrichtung, die in der Lage wäre, eine Neustrukturierung der europäischen Rüstungsindustrie herbeizuführen, die von entscheidender Bedeutung für die Einführung einer gemeinsamen Beschaffungspolitik ... wäre“.²⁹

Ungeachtet der Tatsache, daß die Gründungsmitglieder der EG die Waffenproduktion ausdrücklich von den allgemeinen Grundsätzen des Gemeinsamen

25 Peter Koerner, Rüstungskoooperation heute, Analyse und Ausblick, in: wehrtechnik 7/1980, S. 64-66, hier S. 65.

26 Vgl. NATO-Brief 3/1986, S. 34.

27 NATO-Brief 4/1987, S. 35.

28 Wolfgang Tebbe, Internationale Rüstungskoooperation ..., a.a.O., S. 27.

29 Julian Critchley, Eine Rüstungspolitik der Gemeinschaft, in: NATO-Brief 1/1979, S. 10-14, hier S. 13.

Marktes ausschlossen, um sie der nationalen Bestimmung vorzubehalten³⁰, bemühen sich die EG-Institutionen seit Anfang der siebziger Jahre und noch verstärkt in den achtziger Jahren, die westeuropäischen Rüstungsindustrien zum Gegenstand ihrer Integrationsbestrebungen zu machen und in dieser Hinsicht ihre Kompetenzen zu erweitern. Ein erster Höhepunkt dieser Bemühungen war das „Aktionsprogramm für die europäische Luftfahrtindustrie und Luftfahrt“ von 1975 mit der Forderung nach einer „gemeinsamen Agentur für Rüstungskäufe im Luftfahrtbereich“³¹, welche allerdings bis heute nicht existiert.

Im Hinblick auf die anvisierte Errichtung einer „Europäischen Union“ und die Schaffung eines Binnenmarktes bis 1992 soll der gegenwärtige Zustand der formellen Nichtkompetenz des EG-Parlaments (EP) endgültig aufgegeben werden. Nach Art. 68 des Vertragsentwurfs zur Gründung der Europäischen Union kann deren Zuständigkeit — und damit auch diejenige des EP — auf Rüstungsfragen ausgedehnt werden.³² Ein vom Gemeinsamen Binnenmarkt auf die Rüstungsindustrien ausgedehnter Integrationsschub in Form eines „spill-over“ ist jedoch nicht zu erwarten: Aus den Richtlinien des Ministerrates zur Öffnung der nationalen Beschaffungsmärkte wurde die Rüstungsbeschaffung vorerst ausgeklammert.³³

Im Grunde zielen die meisten der kursierenden Vorschläge und Konzeptionen zur Institutionalisierung der westeuropäischen Rüstungszusammenarbeit auf eine mit weitgehenden Vollmachten ausgestattete zentrale Einrichtung, die auf der Grundlage einer zu „europäischer Dimension“ umstrukturierten Rüstungsindustrie eine vereinheitlichte, standardisierte Beschaffung durchführt. Angesichts des unsystematischen und konfusen institutionellen Zustandes der westeuropäischen Rüstungskoooperation — offiziellerseits spricht man einschließlich der transatlantischen von „weit über 300 Aktivitätsgruppen“ und Ressourcenvergeudung durch Parallelaktivitäten, Kräfteverzettlung und Koordinationsaufwand — wird eine solche Einrichtung, wie sie schon der EVG-Vertrag vorsah, zwar immer wieder als Idealmodell für die Lösung aller Probleme in die Diskussion gebracht; die Realisierungsfähigkeit solcher Vorstellungen erscheint in Anbetracht der vorhandenen Widersprüche und der bisherigen Praxis allerdings zweifelhaft.

30 Vgl. NATO-Brief 5/1979, S. 20. Die einzelnen Waffen sind sogar in einer bisher unveröffentlichten Liste aufgezählt. Vgl. Assembly of Western European Union, A European armaments policy, Brüssel 1979, S. 60.

31 Bulletin der Europäischen Gemeinschaften, Beilage II/75: Aktionsprogramm für die europäische Luftfahrtindustrie und Luftfahrt, S. 11. Vgl. auch die Vorschläge des Tindemans-Berichts über die Europäische Union, 29. 12. 1975, in: Europa-Archiv, Folge 3/1976, S. D55-D84, hier S. D64.

32 Vgl. die Darstellung bei Frank Schwalba-Hoth, Ein europäisches Konzept der Sicherheit und die Rolle des Europäischen Parlaments — aus der Sicht der Regenbogenfraktion, in: Lothar Brock/Mathias Jopp (Hrsg.), Sicherheitspolitische Zusammenarbeit ..., a.a.O., S. 253-260, hier S. 258.

33 Vgl. Klaus-Peter Weiner, Integrationsschub 1992, Dimensionen des Projekts westeuropäischer Binnenmarkt, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/88, S. 531-539, hier S. 537.

3.2. Rüstungsachse Bonn-Paris?

Die militärische Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der BRD hat sich seit 1982 deutlich intensiviert. Militärpolitisch stellt sie „die bisher weitestgehende westeuropäische Kooperation außerhalb der NATO dar“.³⁴ Ein Hintergrund dieser qualitativ neuen Entwicklung ist von französischer Seite eine Neubestimmung der militärpolitischen Interessen mit Stationierung und Abbau der Mittelstreckenraketen in Europa.³⁵ Frankreich wurde noch stärker zum Fürsprecher des „europäischen Pfeilers“ der NATO und drängte zugleich tendenziell in die Militärintegration der NATO zurück.³⁶

Von Anfang an war die Intensivierung der militärischen Zusammenarbeit mit dem Bestreben verbunden, diese mit einer verstärkten rüstungsindustriellen Kooperation zu verbinden und letztere zum Motor der Militärachse Bonn-Paris zu entwickeln. Ausdruck dieser Bemühungen war die Bildung einer Arbeitsgruppe für Rüstungszusammenarbeit, die dem bilateralen Ausschuß für Sicherheit und Verteidigung unterstellt wurde, welcher die halbjährlichen Vierergespräche der Außen- und Verteidigungsminister vorbereitet.

Die 1984 projektierten Gemeinschaftsvorhaben zwischen Frankreich und der BRD umfassen ca. 50 Waffensysteme; trotzdem handelt es sich bei dieser Zusammenarbeit lediglich hinsichtlich der Zahl der gemeinsamen Projekte um „die umfangreichste zwischen zwei westeuropäischen Staaten“, nicht jedoch um die bedeutendste Rüstungskooperation überhaupt.³⁷ Vom finanziellen Umfang her gesehen — und dies ist entscheidend — ist die Zusammenarbeit zwischen der BRD und Großbritannien die bisher weitestgehende, bedingt vor allem durch die gemeinsame Produktion des MRCA Tornado.³⁸ In diesem Zusammenhang ist auch eine Verstärkung der militärischen Kooperation zwischen Bonn und London festzustellen, wenngleich diese, weil weniger emotionsbeladen, in der Öffentlichkeit kaum registriert wurde.

Es erscheint mehr als fraglich, ob die umfangreiche Rüstungskooperation zwischen der BRD und Frankreich das direkte Ergebnis der verstärkten militärischen Zusammenarbeit ist, auch wenn möglicherweise politisch motivierte Entscheidungen bei dem einen oder anderen Projekt den Ausschlag für die Zu-

34 Lothar Brock / Mathias Jopp / Berthold Meyer / Norbert Ropers / Peter Schlotter, Nationale Interessen und westeuropäische Kooperation in der Sicherheitspolitik, HSK-Report 8 / 1987, S. 34.

35 Vgl. Joachim Schild, Zwischen Nuklearnationalismus und französisch-deutschem Sonderbündnis. Aussichten nach dem Regierungswechsel in Paris, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Köln, 10 / 88, S. 1191 - 1202. Aber auch ökonomische Gründe, z.B. die Krise der französischen Rüstungsindustrie, spielten eine ausschlaggebende Rolle. Siehe dazu auch Michel Villon, Die Renaissance der deutsch-französischen Rüstungskooperation, in: Betrifft: Rüstung ... 88 / 89, a.a.O., S. 167 - 169.

36 Das bundesdeutsche Interesse an der neuen Kooperation läßt sich „reduzieren auf die Frage, wo der beste Ersatz für Pershing I, Pershing II, Cruise Missile zu finden ist“, Alfred Mechttersheimer, in: Abrüstungsinfo Extra (B), Juli 1988 (Hrsg.: Deutsche Friedens-Union), S. 9.

37 Vgl. die Übersicht bei Christian Muguet, Rüstungsindustrie und Kooperationspolitik: Erfahrungen und Reichweite der deutsch-französischen Zusammenarbeit, in: Lothar Brock / Mathias Jopp, Sicherheitspolitische Zusammenarbeit ..., a.a.O., S. 129 - 144, hier S. 130, 131.

38 Vgl. wehrtechnik 9 / 1984, S. 26. Wegen der geplanten Gemeinschaftsproduktion des Jäger 90 wird dies auch in Zukunft so bleiben.

sammenarbeit mit Frankreich gaben. Vielmehr sind teilweise übereinstimmende nationale rüstungswirtschaftliche und industriepolitische Interessen als Grundlage für den hohen Grad der Zusammenarbeit anzusehen. Denn ohne verstärkte Kooperation gerade der „Großen“ Westeuropas hat das Ziel der Zurückdrängung der US-Konkurrenz keine Aussicht auf Erfolg. Wenn aber den nationalen Interessen nicht ausreichend Geltung verschafft werden konnte, kamen auch im Zeichen der „deutsch-französischen Waffenbrüderschaft“ nach wie vor gemeinsame Projekte zum Scheitern. So kam auch beim finanziell bisher aufwendigsten Projekt, dem geplanten Jäger 90, wie schon vorher beim MRCA Tornado eine Zusammenarbeit nicht zustande. Frankreich stieg aus und betreibt eine Eigenentwicklung, von der es sich höhere Exportchancen verspricht.³⁹ Auch Panzer- und Satellitenprojekte sind im Zeitraum der intensivierte militärischen Kooperation gescheitert, wie überhaupt festzustellen ist, daß die geplanten Projekte nicht zum Kernbestand der militärischen Ausrüstung zählen.⁴⁰

Zusammenfassend ist festzustellen, daß die wohl erreichte neue Qualität der sicherheits- bzw. militärpolitischen Zusammenarbeit zwischen der BRD und Frankreich nicht gleichzeitig zu einem neuen Schub der rüstungswirtschaftlichen Integration oder auch nur zu deren Systematisierung geführt hat. Auch eine nennenswerte Verstärkung der Kapitalverflechtung hat nicht stattgefunden. Die zehnpromtente Beteiligung von Aérospatiale an MBB bestand schon lange vor der Verstärkung der militärpolitischen Kooperation; hinzugekommen ist seitdem lediglich eine vierpromtente Beteiligung von MATRA an MBB.

3.3. Der desintegrative Einfluß der transatlantischen militärischen Kooperation

Die nach dem zweiten Weltkrieg von den westeuropäischen Staaten vollzogene Fixierung auf die NATO war gleichzeitig eine Entscheidung für die Unterordnung unter die Dominanz der USA. Zwar ist die NATO-Integration, bedingt durch die geostrategische Lage Westeuropas im Pakt, „im wesentlichen eine westeuropäische. Sie wird jedoch bis zur Gegenwart in ihren Formen und Methoden von den USA bestimmt.“⁴¹

Da die militärische Integration unmittelbar mit den Ergebnissen der Rüstungsproduktion zusammenhängt, gehen von erstgenannter seit Existenz der NATO beständig Tendenzen aus, die die Rüstungsintegration in transatlantische Richtung drängen.

In welchem Ausmaß die westeuropäische Kooperation durch die transatlantische konterkariert wird, zeigt sich daran, daß derzeit ca. 40 % aller mit bundesdeutscher Beteiligung betriebenen Kooperationsprojekte in transatlanti-

39 Vgl. Jörg Huffschnid/Werner Voss/Norbert Zdrowomyslaw, *Neue Rüstung — Neue Armut*, Köln 1986, S. 198.

40 Vgl. Christian Muguët, *Rüstungsindustrie und Kooperationspolitik ...*, a.a.O., S. 130.

41 Albrecht Charisius/Wilhelm Ersil/Peter Hoch, *Westeuropa. Politische und militärische Integration*, Frankfurt am Main 1980, S. 182.

scher Zusammenarbeit durchgeführt werden. Von den erwähnten über 300 Gremien, die sich mit der Kooperation befassen, sind über 200 im NATO-Rahmen aktiv.⁴² Trotzdem darf nicht verkannt werden, daß die eindeutige Dominanz der US-Industrie in allen Bereichen der Rüstungsproduktion nicht mehr existiert und es mittlerweile sogar Lizenzproduktionen westeuropäischer Produkte in den USA gibt.⁴³

Die transatlantische Ausrichtung der militärischen Integration erleichterte es in der Vergangenheit den westeuropäischen Staaten immer wieder, die „europäische Solidarität“ der „transatlantischen Freundschaft“ zu opfern, wenn diese besser als Vehikel für die verfolgten nationalen Eigeninteressen zu dienen versprach. So griffen gerade die kleineren westeuropäischen Länder immer wieder auf US-Lizenzen zurück, um der Beherrschung durch die größeren westeuropäischen Staaten zu entgehen und zu einem begehrenswerten Partner für diese zu werden.⁴⁴

In einigen Fällen konnte die Unterordnung unter transatlantische Solidarität und amerikanische Standardisierungsdoktrinen sogar das gemeinsame industriepolitische Interesse an der Zurückdrängung der US-Konkurrenz überlagern.⁴⁵ An einer Reihe von Projekten — vom Starfighter über die F 16 bis jüngst zum Flugzeugerkennungs-system (IFF) — läßt sich belegen, daß die transatlantische Ausrichtung der militärischen Integration die Waagschale der unterschiedlichen Erwägungen endgültig in transatlantische Richtung neigen ließ. Ohne die militärpolitische Bindung an die USA wären die ausgeprägten Kapitalbeteiligungen von US-Konzernen an westeuropäischen Rüstungsunternehmen politisch sicherlich ebensowenig hingenommen worden wie die „politische(n) Interventionen der amerikanischen Regierung zugunsten amerikanischer Waffen ... (die) in der Vergangenheit nicht unwesentlich dazu beigetragen (haben), eine Zusammenlegung europäischer Rüstungsmärkte zu verhindern“⁴⁶.

Die USA beantworteten diese „transatlantischen Solidaritätsbezeugungen“ der Westeuropäer nicht mit der Eröffnung der vielbeschworenen, aber nicht zustandekommenden „Zweibahnstraße“, die die Übermacht der USA im trans-

42 Vgl. Peter Runge, Knut Schloenbach, Transatlantische Rüstungskoope-
ration, in: Jahrbuch der Wehrtechnik, Folge 15/1985, S. 14-27, hier S. 16. Diese arbeiten jedoch keineswegs effektiver als die westeuropäischen Gremien: „Das Wachsen der bürokratischen Einrichtungen steht ... im umgekehrten Verhältnis zu der Zahl der direkt im Rahmen der NATO-Organisation realisierten Rüstungsprogramme.“ Charisius/Ersil/Hoch, Westeuropa, Politische und militärische Integration, a.a.O., S. 220.

43 Vgl. Wilfried Klank, Ausbau der rüstungsindustriellen Kooperationsbeziehungen zwischen westeuropäischen NATO-Ländern, a.a.O., S. 41.

44 — was die „Großen“ wiederum veranlaßte, die „Kleinen“ durch die Überlassung von unwesentlichen Produktionsanteilen bei westeuropäischen Gemeinschaftsprojekten von der US-Bindung zu lösen.

45 So beim AWACS-System, das „auf den politisch-diplomatischen Druck der US-Regierung hin angeschafft“ wurde. Carola Bielfeldt/Peter Schlotter, Die militärische Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt (Main) 1980, S. 109.

46 Ulrich Albrecht/Peter Lock/Herbert Wulf, Rüstungsindustrielle Verflechtung und Desintegration in Westeuropa, in: Wehrwissenschaftliche Rundschau 3/1978, S. 76-78, hier S. 78.

atlantischen Rüstungshandel zugunsten Westeuropas beseitigen sollte⁴⁷ oder mit Lockerung der diskriminierenden Handelsbeschränkungen im Sinne des „Buy-American-Act“, welche den Rüstungstechnologietransfer USA-Westeuropa praktisch zum Stillstand gebracht haben. Die Antwort der USA bestand vielmehr in der beständigen Kompromittierung der westeuropäischen „Partner“, wofür es neben einem der jüngsten Beispiele, bei welchem die bundesdeutsche Siemens-Konkurrenz von der Beschaffung des IFF-Systems kurzerhand ausgeschaltet wurde, eine Reihe weiterer Belege gibt.⁴⁸

Inbesondere auf die BRD wirkten sich die traditionell enge Bindung an die USA, die mit der Stationierung der US-Truppen verbundenen Devisenausgleichsverpflichtungen⁴⁹ und das Bestreben, mit den anwesenden US-Truppen militärisch eng zusammenarbeiten zu können, aus. Diese Bedingungen haben schon des öfteren dazu geführt, daß das Interesse an einer Standardisierung nach US-Muster dasjenige an westeuropäischer Standardisierung überlagerte. So wurde kürzlich u.a. „aus operativen Gründen“ der amerikanischen „Orion“ der Vorzug vor einem entsprechenden französischen System gegeben.⁵⁰ Französische Bestrebungen, der diskriminierenden US-Politik durch eine stärker kompetitiv ausgerichtete Strategie oder gar einen „Buy-European-Act“ zu begegnen, scheiterten daher bisher auch an der Haltung der BRD.

4. Gibt es einen westeuropäischen Militär-Industrie-Komplex?

Der Anschein des unsystematischen und konfusen Zustandes der Rüstungskooperation schwindet, wenn sie dem eigentlichen Zweck zugeordnet wird: dem Erhalt und dem Ausbau der eigenen nationalen Position zu dienen. Das heißt ökonomisch: die rüstungsindustrielle Eigenständigkeit und Wettbewerbsfähigkeit im Konkurrenzkampf mit den anderen westeuropäischen Ländern und den USA zu bewahren; politisch-militärisch: den eigenen nationalen Einfluß in den Institutionen der politischen und militärisch-rüstungswirtschaftlichen Integration auszubauen.

47 Das Verhältnis im gegenseitigen Rüstungshandel mit den USA lag von 1978-1982 für Frankreich bei 34:1, BRD 9,5:1 und Großbritannien 3,5:1; vgl. Herbert Wulf, Europäische Zusammenarbeit in der Rüstungsproduktion: Ziele, Probleme, Perspektiven, a.a.O., S. 115. In einer anderen Quelle wird das derzeitige Verhältnis USA-Westeuropa insgesamt mit 6:1 zugunsten der USA angegeben; Peter Runge/Kurt Schloenbach, Transatlantische Rüstungskooperation, a.a.O., S. 19.

48 „Ohne die zugesagten Vergleichstests abzuwarten, beschlossen die USA ... einseitig die Anschaffung des eigenen Systems und erklärten das deutsche für ‚zu teuer‘“ Süddeutsche Zeitung, 6./7./8. 4. 1985. So wurde die deutsche Leopard-2-Konkurrenz durch dubiose Vergleichstests regelrecht ausgetrickst zugunsten des US-Modells XM-1. — Bei einer Konferenz über die kommerzielle Anwendung von Supraleitern im Juli 1987 in Washington wurden die Westeuropäer ausdrücklich von der Teilnahme ausgeschlossen; vgl. Karl Helmut Schnell, Gedanken zur deutsch-amerikanischen Zweibahnstraße, in: wehrtechnik 10/1987, S. 34-36, hier S. 35.

49 Diese stellen „eine vertraglich zugesicherte Garantie für Rüstungsexporte in die BRD dar ...“; Peter Schlotter, Rüstungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Die Beispiele Starfighter und Phantom, Frankfurt (Main) 1975, S. 126.

50 wehrtechnik 11/1988, S. 76.

Die Frage nach der Existenz eines einheitlichen westeuropäischen Militär-Industrie-Komplexes (MIK) bzw. nach den Bedingungen seiner Herausbildung ist zugleich die Frage nach den Grenzen des Integrationsprozesses der westeuropäischen Rüstungsproduktion.

Erstaunlich ist dabei die Tatsache, daß ausnahmslos alle Autoren, die sich kritisch mit dieser Thematik auseinandersetzen und die Frage nach der Entwicklungsperspektive stellen, in dem erreichten Stand der transnationalen Rüstungsproduktion eine mehr oder weniger ausgeprägte Basis für die Herausbildung eines westeuropäischen MIK erblicken, obwohl sie die Widersprüchlichkeit des Prozesses im allgemeinen erfassen.⁵¹

So wurden für Albrecht bereits Mitte der siebziger Jahre „die Dimensionen dieses neuartigen, sich über ganz Westeuropa erstreckenden militärisch-industrielles Komplexes ... nach und nach voll erkennbar“⁵²; Mary Kaldor sah den „allmähliche(n) Aufbau eines europäischen Militärisch-Industriellen Komplexes“⁵³. Auch die Äußerungen von DDR- und sowjetischen Autoren gingen seinerzeit in dieselbe Richtung. So stand für Engelhardt/Klank „außer jeder Frage, daß mit dem beschleunigten Integrationsprozeß die Basis eines westeuropäischen Militär-Industrie-Komplexes verstärkt wird“⁵⁴; Charisius/Ersil/Hoch stellten ebenfalls „Ansätze eines solchen Komplexes auf westeuropäischer Ebene“⁵⁵ fest und nach einer weiteren DDR-Quelle bildete sich auf der Basis der NATO und der zunehmenden Verflechtung der Rüstungsmonopole „tendenziell ein internationaler Militär-Industrie-Komplex heraus“⁵⁶. Und schließlich sahen auch sowjetische Autoren „in den sechziger, aber besonders in den siebziger Jahren ... sich die Konturen eines westeuropäischen Militär-Industrie-Komplexes“⁵⁷ abzeichnen.

Wie man auch die unterschiedlichen Nuancierungen bewerten mag — keiner der Autoren sah offenbar Gegenkräfte oder zumindest keine solchen mit genügender Stärke, die der Herausbildung eines westeuropäischen MIK im Wege stehen könnten.

Im allgemeinen rühren solche Einschätzungen aus einer Überschätzung des erreichten Integrationsgrades und einer Unterbewertung der vorhandenen desintegrativen Gegenteilstendenzen. Charakteristisch hierfür sind die ungerechtfertigt hohe Bedeutung, die der Integrationswirkung der gemeinsamen Tochtergesellschaften westeuropäischer Rüstungskapitale, bei denen es sich lediglich um

51 Allerdings steht eine eingehende Untersuchung dieser Frage bisher noch aus. Bei den im folgenden zitierten Äußerungen handelt es sich lediglich um solche, die im Kontext der Behandlung der Rüstungskooperation mehr oder weniger beiläufig gemacht wurden.

52 Ulrich Albrecht, Die Bundesrepublik in der „Europäischen Gruppe“ der NATO, in: Albrecht/Schierholz/Thielen (Hrsg.), *Anti-Wehrkunde, Basistexte zur politischen Bildung*, Darmstadt und Neuwied 1975, S. 52-72, hier S. 64 f.

53 So der Titel ihres Beitrages in: *Jahrbuch für Friedens- und Konfliktforschung*, Bd. V, a.a.O., S. 47 (im englischen Original: „The Onset of a European Military-Industrial-Complex“).

54 Klaus Engelhardt/Wilfried Klank, *Forcierte Rüstungsintegration in Westeuropa*, a.a.O., S. 19.

55 Charisius/Ersil/Hoch, *Westeuropa. Politische und militärische Integration*, a.a.O., S. 352.

56 Autorenkollektiv, *Militarismus heute*, Berlin/DDR 1979, S. 42.

57 Autorenkollektiv, *Westeuropa in der heutigen Welt*, Berlin/DDR 1979, S. 214 f.

Projektdurchführungsgesellschaften handelt, beigemessen wird, und die ungenügende Würdigung der Tatsache, daß gerade die Art und Weise, wie diese Gesellschaften betrieben werden, ein Ausdruck der festen nationalstaatlichen Verankerung der beteiligten Unternehmen ist. Auch auf der institutionellen Ebene ist eine solche Unterschätzung der desintegrativen Gegentendenzen häufig festzustellen, wenn Anspruch und Wirklichkeit der erreichten Integrationserfolge gleichgesetzt und die aus den Kooperationsgremien kommenden Verlautbarungen, deren Beschwörungs- und Ankündigungscharakter doch unverkennbar ist, für bare Münze genommen werden.

Die entstandenen Kooperationsbeziehungen zwischen den westeuropäischen Rüstungsunternehmen können allenfalls als Ansätze einer Kartellbildung bezeichnet werden, jedoch im Gegensatz zu Kartellen im nationalstaatlichen Rahmen fungieren sie gerade nicht als Zwischenstufe für weitergehende Konzentrationsformen, sondern sie sind der adäquate Ausdruck des Bestrebens der Kapitale, der Transnationalisierungstendenz gerecht zu werden, dabei aber die vom Staatsapparat protektionierte nationale Verankerung zu bewahren. Ohne die multinationale Verschmelzung der Rüstungskapitale fehlt jedoch eine entscheidende Bedingung zur Herausbildung eines westeuropäischen MIK.

Auch die bisherige Entwicklung des allgemeinen westeuropäischen Integrationsprozesses läßt nicht den Schluß zu, daß die integrativen Tendenzen über die desintegrativen dominieren und zur Herausbildung multinationaler Kapitalstrukturen als Grundlage eines westeuropäischen Superstaates führen könnten. Ein solcher Staat wäre aber eine weitere — wenn nicht die wichtigste — Bedingung für die Herausbildung eines westeuropäischen MIK.

Schließlich tendiert auch die Entwicklung der westeuropäischen militärischen Integration trotz aller institutionellen Bemühungen und Teilerfolge auf für die Souveränität der Nationalstaaten wenig bedeutenden Gebieten nicht zur Verschmelzung der nationalen Militärapparate zu einer integrierten westeuropäischen Armee. Von der transatlantischen Ausrichtung der militärischen Integration, die von den westeuropäischen Konzepten nicht in Frage gestellt wird, werden die desintegrativen Tendenzen verstärkt.

Ohne eine multinationale Zentralisation der Rüstungskapitale, ohne die Existenz eines einheitlichen Staatsgebildes und ohne die Verschmelzung der nationalen Militärapparate ist jedoch nicht auszumachen, aus welcher Quelle so starke integrative Tendenzen gespeist werden sollen, daß sie die desintegrativen Tendenzen letztlich überflügeln und die Basis für die Herausbildung eines westeuropäischen MIK konstituieren könnten.

Der erreichte Grad der Transnationalisierung der Rüstungsproduktion darf nicht einfach als erreichter Grad von Rüstungsintegration interpretiert werden; in Westeuropa „gibt es keine Form der Zusammenarbeit, für die ‚Rüstungsintegration‘ ein zutreffender Begriff wäre“⁵⁸. Wie beim allgemeinen Transnatio-

58 Alfred Mechttersheimer, Westeuropäische Rüstungskooperation — Beitrag zum Wettüsten oder Rationalisierung westlicher Verteidigung?, in: Beiträge zur Konfliktforschung 2 / 1976, S. 55-70, hier S. 57. Trotzdem äußerte kürzlich auch Mechttersheimer in einem Interview, durch neue Entwicklungen dürften sich die „Kooperationstendenzen verfestigen und zu einer weiteren Internationalisierung der Militär-Industrie-Komplexe beitragen“, in: Abrüstungs-Info Extra, a.a.O., S. 6.

nalierungsprozeß die Transnationalisierungstendenz nicht zu multinationalen Kapital- und Staatsstrukturen führte, ist der Transnationalisierungsprozeß im Rüstungsbereich wegen der besonderen Bedeutung von Rüstung und Militär für die Politik der Nationalstaaten noch weniger mit der Übertragung von nationalen Souveränitätsrechten an multinationale Strukturen verbunden.

Der Transnationalisierungsprozeß in der westeuropäischen Rüstungsproduktion kann daher nicht als Herausbildungsprozeß eines westeuropäischen MIK erklärt werden. Er wird vielmehr bestimmt durch die dialektische Einheit und Gleichzeitigkeit von integrativen und desintegrativen Tendenzen, die auch seine weitere Entwicklung und seine Grenzen abstecken.

Die „Europäisierung“ der Sicherheitspolitik — Tendenzen, Probleme, Perspektiven

Klaus-Peter Weiner

1. Die NATO — ein Bündnis mit Zukunft ? — 2. Formierungsprozesse und Konfliktlinien — 2.1. Der „europäische Pfeiler“ der NATO — Wunsch und Wirklichkeit — 2.2. Der sicherheitspolitische Wandel im Verhältnis USA — Westeuropa — 2.3. Westeuropäische Interessen- und Konfliktlinien — 3. Kurswechsel in der Außenpolitik der Bundesrepublik — 4. Perspektiven und Alternativen

1. Die NATO — ein Bündnis mit Zukunft ?

Das westliche Bündnis gerät in eine „Zeit ... , die sich als eine der schwierigsten Phasen in seiner gesamten Geschichte erweisen könnte.“¹ Diese dramatische Situationseinschätzung der bündnisnahen „defence intellectuels“ deutet nicht nur die Dimension der Probleme an, denen sich die herrschende Sicherheitspolitik in den nächsten Jahren gegenübergestellt sieht. Sie spiegelt zugleich die Skepsis gegenüber den eigenen Fähigkeiten wider, die internationale Umbruchsituation über das Management der aktuellen Interessendifferenzen und Meinungsunterschiede hinaus bündnisverträglich und organisationskonform gestalten zu können. Die wachsenden Probleme der USA, Ressourcen und Globalpolitik in Einklang zu bringen, das veränderte Kräfteverhältnis zwischen den USA und Westeuropa, die zunehmende politische und ökonomische Bedeutung der außerhalb der NATO-Vertragsgrenzen liegenden Weltregionen und die Dynamik der Reformpolitik der UdSSR schaffen eine Konstellation, die es auch den Kräften, die das Bündnis politisch tragen, als zunehmend fraglich erscheinen läßt, ob sich die Motive, die zur Bildung der NATO geführt haben, ohne einschneidende Veränderungen in Politik und Struktur des Bündnisses in die neunziger Jahre verlängern lassen.

Der sukzessive Bedeutungsverlust der NATO als Bezugsrahmen der Sicherheits- und Militärpolitik ihrer Mitgliedsstaaten ist evident. Durch die „selbstabschreckende“ Wirkung nuklearer und konventioneller Überrüstungen erodiert die Rolle der NATO als militärisches Druckpotential, ihre Funktion als innerimperialistische Konfliktpotentiale einhegende Klammer schwächt sich mit dem Hegemonieverlust der USA ab und ihre Aufgabe, die Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in das westliche System zu garantieren, übernehmen zunehmend die Europäische Gemeinschaft und die Westeuropäische Union. Vorschläge zur Reorganisation des westlichen Sicherheitssystems und zur Neuformulierung seiner strategischen Konzeption haben

¹ Die NATO in den 90er Jahren. Ein Sonderbericht des Ausschusses der Nordatlantischen Versammlung, Brüssel 1988, S. 7.

daher Konjunktur². Die Notwendigkeit des Wandels liegt offen, während Richtung, Weg und Ziel Gegenstand der bündnisinternen Auseinandersetzung sind. Während die USA eine neue, den real verfügbaren Ressourcen angepaßte und stärker an den als „national“ deklarierten Interessen ausgerichtete globalstrategische Konzeption formulieren³, befinden sich die europäischen NATO-Staaten auf der Suche nach einer „europäischen Identität“⁴ als Grundlage ihrer außen-, sicherheits- und militärpolitischen Kooperation in einer „Zwei-Säulen-NATO“.

Obwohl der Prozeß der Neubestimmung westeuropäischer Sicherheitspolitik auf die NATO bezogen ist, vollzieht sich der Aufbau des „europäischen Pfeilers“ der NATO nicht innerhalb des Bündnisses, sondern über die Parallel- und Substrukturen der EG, der WEU und der bilateralen westeuropäischen Beziehungen. Darin reflektiert sich nicht nur eine Tendenz zu einer stärkeren „Selbstbehauptung“ gegenüber der Bündnisvormacht USA, sondern auch der Anspruch der westeuropäischen Staaten auf eine „weltpolitische Führungsrolle“.

2. Formierungsprozesse und Konfliktlinien

2.1. Der „europäische Pfeiler“ der NATO — Wunsch und Wirklichkeit

An vollmundigen Ankündigungen wird nicht gespart. Ziel der „Europäisierung“ der Sicherheitspolitik sei ein „starker europäischer Pfeiler des Atlantischen Bündnisses“ (Hans Dietrich Genscher), eine „Selbstbehauptung Europas“ (Horst Ehmke) in einer „Europäischen Sicherheitsunion“ (Alfred Dregger), in der Westeuropa gegenüber den USA als „gleichberechtigter Partner selbstbewußt seine Interessen wahrnimmt“ (Helmut Kohl) und die über eine nach dem Gipfel in Reykjavik notwendige und mögliche „kühne Führung“ (Helmut Schmidt) auch erreicht werden kann. Aber entgegen den formulierten Zielen, weitreichenden Ausblicken und ausgreifenden Diskussionen vollzieht sich die Operationalisierung der „Europäisierung“ der Sicherheitspolitik nur mit verhaltener Dynamik, ungeordnet und vielschichtig.

Sicherheitspolitische Motive sind zwar ein Grundzug der westeuropäischen Integration, aber erst die Verdichtung des Konfliktpotentials zwischen den westeuropäischen Staaten und den USA forcierte die politische und institutio-

2 Siehe dazu auch die Darstellung und Diskussion der Vorschläge und Konzepte bei Jürgen Reusch, Friedensforschung in der Bundesrepublik. Entwicklung, Positionen, Perspektiven. IMSF-Informationenbericht 40, Frankfurt/M. 1986, S.427-573; Wilhelm Ersil (Hrsg.), „Europäischer Pfeiler“ in der NATO. Faktoren, Konzepte, Politik, Potsdam-Babelsberg 1987; sowie Lothar Brock/Mathias Jopp (Hrsg.), Sicherheitspolitische Zusammenarbeit und Kooperation der Rüstungswirtschaft, Baden-Baden 1986; Werner Weidenfeld (Hrsg.), Europäische Defizite, europäische Perspektiven — eine Bestandsaufnahme für morgen, Gütersloh 1988, S. 131-177.

3 So die in sich nicht widerspruchsfreie, aber den „main stream“ der Diskussion in den USA repräsentierende Studie Discriminate Deterrence. Report of The Commission on Integrated Long-Term Strategy, U.S. Government Printing Office, Washington D.C. 1988.

4 Plattform der Europäischen Sicherheitsinteressen, in: Europa Archiv 22/1987, S.D613-D616, hier S.D613.

nelle Ausformung einer eigenständigeren Sicherheitspolitik im westeuropäischen Rahmen. Auf Initiative der Bundesrepublik nahmen die EG-Staaten 1981 die Sicherheitspolitik in den Kompetenzrahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) auf. Die politischen und wirtschaftlichen Aspekte der Sicherheitspolitik konnten als in der EPZ und dem Europäischen Rat zu behandelnde Themenkreise festgeschrieben werden, während das Ziel, neben dem „Rat der Außenminister“ einen „Rat der Verteidigungsminister“ zu schaffen, an dem Widerstand Dänemarks, Griechenlands und Irlands scheiterte⁵. Parallel weitete das Europäische Parlament seine Debatten auf sicherheitspolitische Probleme aus und richtete einen Unterausschuß „Sicherheit und Abrüstung“ ein. In der 1987 ratifizierten Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) verpflichteten sich die EG-Staaten, in der Außenpolitik geschlossener zu agieren und die politischen und wirtschaftlichen Aspekte der Sicherheitspolitik verbindlich zu koordinieren. Die EG-Kommission und — über ein Informationsverfahren — das Europäische Parlament werden an der EPZ beteiligt. Zusätzlich erhielt die EPZ ein Sekretariat. Während die EG-Kommission aus der Akte rüstungswirtschaftliche Kompetenzen ableitet, mußten die EG-Staaten die militärpolitischen Aspekte der Sicherheitspolitik in die WEU verweisen⁶.

Die 1984 reaktivierte WEU soll die Behandlung der „spezifischen Sicherheitsinteressen Europas“⁷ ermöglichen. Als Themenkomplexe wurden die Analyse des militärischen Kräfteverhältnisses als Grundlage eines zu erstellenden Sicherheitskonzepts, die Abschätzung internationaler Entwicklungen auf die Sicherheit Westeuropas und eine Intensivierung der Rüstungskooperation vereinbart. Die Außen- und Verteidigungsminister der WEU-Staaten kamen überein, halbjährliche Treffen durchzuführen und eine Reform des institutionellen Gefüges der Organisation vorzunehmen⁸. 1987 verabschiedete der Ministerrat der WEU die „Plattform der Europäischen Sicherheitsinteressen“⁹, deren Eckpunkte die Bekenntnisse zur nuklearen und konventionellen Abschreckung, zum Bündnis mit den USA und zu den Nuklearpotentialen Frankreichs und Großbritanniens bilden. Zugleich wird an der im Harmel-Bericht formulierten Konzeption von politischer Entspannung auf der Grundlage militärischer Stärke festgehalten. Die Anerkennung der in der Plattform formulierten Positionen bildete die Voraussetzung für den Beitritt Spaniens und Portugals zur WEU. Die Verdichtung der intergouvernementalen Kooperation im Ministerrat der WEU geht jedoch einher mit dem Verfall der Organisation. Da sich die WEU-Staaten bisher weder über eine Reform des institutionellen Ge-

5 Vgl. „Feierliche Deklaration zur Europäischen Union“, in: Auswärtiges Amt (Hrsg.), Europäische Politische Zusammenarbeit. Dokumentation, 7. überarb. Aufl., Bonn 1984, S. 352-364, hier S. 362.

6 Vgl. Einheitliche Europäische Akte, in: Europa Archiv 6/1986, S. D163-186, hier S. D176-D178.

7 Rede des amtierenden Vorsitzenden des Ministerrates der WEU, Außenminister H.-D. Genscher, vor der Versammlung der WEU in Rom am 29. 10. 1984, zit. n. Europa Archiv 24/1984, S. D708-710, hier S. D709.

8 Vgl. „Erklärung von Rom“, in: Europa Archiv 24/1984, S. D705-707.

9 Vgl. Plattform: ..., a.a.O.

füges der WEU noch über eine Erhöhung des Haushalts oder den Sitz der Organisation nach einer Kollokation verständigen konnten, zeigen die Agenturen und Gremien der WEU Auflösungstendenzen¹⁰.

Parallel zu der multilateralen verdichtet sich das Netzwerk der bilateralen Kooperation. Anknüpfend an den Elysée-Vertrag von 1963 setzten die Bundesrepublik und Frankreich einen „Sicherheits- und Verteidigungsrat“ ein. Aufgabe des Rates ist die Erarbeitung einer abgestimmten Militärkonzeption als Grundlage einer „Europäischen Sicherheitsunion“. Den militärischen „Unterbau“ des Rates bilden eine gemischt-nationale Brigade, gemeinsame Manöver und Rüstungsprojekte. Frankreich sagte zu, die Bundesregierung vor einem Einsatz nuklearer Kurzstreckenraketen zu konsultieren. Zugleich bilden sich Ansätze einer Abstimmung der französischen Nuklearwaffenpolitik mit der Großbritanniens heraus¹¹.

Aus der Befürchtung eines bundesdeutsch-französischen „Sonderbündnisses“ heraus haben die WEU-Staaten Interesse an einer engeren westeuropäischen Streitkräfteverzahnung angemeldet¹². Auf Vorschlag der Bundesrepublik soll die bundesdeutsch-französische Brigade durch einen multinationalen luftbeweglichen Großverband ergänzt werden, bestehend aus britischen, niederländischen, belgischen und bundesdeutschen Einheiten und der NATO unterstellt¹³.

2.2. Der sicherheitspolitische Wandel im Verhältnis USA — Westeuropa

Die seit Anfang der achtziger Jahre kumulierenden Interessendifferenzen zwischen Westeuropa und den USA in den Bereichen Entspannungs- und Rüstungskontrollpolitik, militärstrategische Entwicklung, Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen und Umgang mit der Dritten Welt¹⁴ hatten es den westeuropäischen Staaten als nicht ausreichend erscheinen lassen, „lediglich auf die NATO zu verweisen“¹⁵. Die Remilitarisierung der Sicherheitspolitik durch die USA drohte die spezifischen Entspannungsinteressen der westeuropäischen Staaten zu verdrängen und führte zur Suche nach einem Kooperationsrahmen, in dem die negativen Folgen der Konfrontationspolitik der USA begrenzt werden konnten¹⁶.

10 Vgl. Eric Hintermann, *European Defence: a Role for WEU*, in: *European Affairs* 3/88, S. 31-38.

11 Vgl. Albert Statz, *Eine Achse der Aufrüstung? Militärzwillinge Bundesrepublik / Frankreich*, hrsg. von: *Die GRÜNEN im Bundestag*, Bonn 1988; David S. Yost, *Franco-German Defense Cooperation*, in: *The Washington Quarterly* 1/1988, S. 173-195; Karl Kaiser/Pierre Lellouche (Hrsg.), *Deutsch-französische Sicherheitspolitik. Auf dem Wege zu mehr Gemeinsamkeit?*, Bonn 1986.

12 Vgl. Unterrichtung durch die deutsche Delegation in der Versammlung der Westeuropäischen Union, BT-Drs. II/1546.

13 Mit dem Großverband werden gleichzeitig die Grundlagen für eine letztlich auch außerhalb der Vertragsgrenzen der NATO einsetzbare Eingreiftruppe gelegt (vgl. *Die NATO ...*, a.a.O., S. 32).

14 Vgl. Andreas Oldag, *Allianzpolitische Konflikte in der NATO. Die sicherheitspolitischen Interessen der USA und Westeuropas*, Baden-Baden 1985.

15 Werner Weidenfeld, *Bilanz der Europäischen Integration*, in: Ders./Wolfgang Wessels, *Jahrbuch der Europäischen Integration* 1981, Bonn 1982, S. 26.

16 Vgl. Gerhard Basler/Siegfried Schwarz, *Rolle und Platz Westeuropas in den internationalen Beziehungen*, in: *IMSF* (Hrsg.), *Westeuropa in Wirtschaft und Politik des Imperialismus. Arbeitsmaterialien des IMSF* 17, Frankfurt/M. 1985, S. 90-116.

Die Reaktionen auf den „Schock von Reykjavik“¹⁷ zeigen jedoch, daß die Tendenzen einer „Europäisierung“ der Sicherheitspolitik nicht ein auf die „konfrontative Phase“ der Reagan-Administration beschränktes Intermezzo in den Bündnisbeziehungen gewesen sind. Die Rückkehr der USA zu einer kooperativen Elemente aufnehmenden Politik gegenüber der UdSSR war begleitet von einem sich in den Forderungen nach einer „gerechteren Lasten- und Risikoteilung“ ausdrückenden Wechsel in der Politik gegenüber Westeuropa, in der sich ihr relativer Positionsverlust in der Weltwirtschaft und damit das Ende ihrer historischen Ausnahmestellung als Hegemonialmacht nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges niederschlägt.

Die Zunahme des weltwirtschaftlichen Gewichts Westeuropas, die gewachsene Abhängigkeit von der Entwicklung der Weltwirtschaft und die Überforderung der eigenen Wirtschaft durch eine expansive Weltmachtspolitik werden in den USA als Ursachen eines relativen Machtverlustes gewertet, der eine Überprüfung der „nationalen Interessen“ und eine Reformulierung ihrer Durchsetzungsstrategien erforderlich macht¹⁸.

In dieser unilateralistisch gefärbten Neubestimmung steht nicht mehr Westeuropa, sondern der pazifische und karibische Raum im Zentrum der Überlegungen¹⁹. Diese Relativierung der einst einen privilegierten Stellenwert in der strategischen Politik der USA einnehmenden Region Westeuropa versuchen Vorschläge einer weitgehenden Reduzierung der Bündnisverpflichtungen zu operationalisieren. Sie zielen darauf ab, die europäischen Verbündeten zur Übernahme eines höheren Anteils an den Rüstungslasten zu bewegen (burden sharing), das Engagement der USA in Westeuropa zu reduzieren (devolution) oder das militärische Bündnis mit den europäischen NATO-Staaten aufzukündigen (disengagement)²⁰. Kern der Vorschläge ist es, Lasten und Risiken in einem stärkeren Maß als bisher auf den europäischen Teil der NATO abzuwälzen.

In den USA erscheint es zunehmend als „historisch unnormal“²¹, daß vier Jahrzehnte nach Kriegsende noch immer eigene Streitkräfte in Westeuropa sta-

17 „Die Folgen des Treffens von Reykjavik ... könnten zu einem schrittweisen Abzug der in Europa stationierten Nuklearwaffen führen und die Entlegitimierung der nuklearen Abschreckung verstärken.“ (Francois Heisbourg, Die NATO vor der entscheidenden Bewährungsprobe. Die neue Lastenteilung im Bündnis, in: Europa Archiv 8/1987, S. 225-236, hier S. 229). Der INF-Vertrag „schwächt nicht nur die Verbindung zwischen beiden Teilen der Allianz, sondern hinterläßt die NATO auch mit einer absurden nuklearen Posture, in der die Masse der Nuklearwaffen effektiv auf Ziele auf deutschem Territorium gerichtet ist.“ (Phil Williams, West European Security and American Troop Withdrawal, in: The Political Quarterly 3/1988, S. 321-333, hier S. 325).

18 Vgl. Paul M. Kennedy, The Rise and Fall of Great Powers. Economic Change and Military Conflict from 1500 to 2000, New York 1987; David Calleo, Beyond American Hegemony: The Future of the Western Alliance, New York 1987.

19 Vgl. Zbigniew Brzezinski, America's New Geostrategy, in: Foreign Affairs, Spring 1988, Vol. 66, S. 680-699; Discriminate Deterrence ..., a.a.O., S. 5-12; Alan Tonelson, The Real National Interest, in: Foreign Policy No. 65, Winter 1985/86, S. 49-68.

20 Vgl. Collin S. Gray, NATO: Time to Call it a Day?, in: National Interest No. 10, Winter 1987/88; David P. Calleo, NATO's Middle Course, in: Foreign Policy No. 69, Winter 1986/87, S. 135-147.

21 Christopher Layne, Atlanticism without NATO, in: Foreign Policy No. 67, Summer 1987, S. 22-45, hier S. 34.

tioniert sind. Im politischen „Establishment“ hat sich die Auffassung verbreitet, daß „die Europäer in der Lage sein müßten, sich selbst zu verteidigen.“²² Eine von den westeuropäischen Staaten zu kompensierende Streitkräftereduzierung soll den USA wieder eine größere Handlungsfreiheit verschaffen. Eine „gerechtere“ Lastenteilung, die mit einer politischen Aufwertung der europäischen NATO-Staaten im Bündnis einhergehen würde, löst für die USA aber nicht das Problem der Risiken. Daher wird vorgeschlagen, die aus der „erweiterten Abschreckung“ erwachsende Eskalationsgefahr dadurch zu beseitigen, „daß Nuklearwaffen künftig nicht mehr als Bindeglied zu einem erweiterten, noch verheerenderen Krieg eingesetzt werden.“²³ Unter dem Gesichtspunkt der Wiedererlangung militärischer Handlungsfähigkeit gewinnen mit einer strategischen Abkoppelung auf den europäischen „Schauplatz“ begrenzte nukleare und konventionelle Kriegsführungskonzeptionen einen neuen Stellenwert²⁴. Damit blieben die USA jedoch an eine „europäisierte“ NATO und an die daraus resultierenden Risiken gebunden. Die USA erhielten eine „Teilhaberschaft ohne Autorität, Risiko ohne Kontrolle, Verwicklung ohne klare Verteidigungsfähigkeit, Entblößung statt Abschreckung.“²⁵ Eine Auflösung des „Bündnisdilemmas“ ist angesichts der strategischen Parität mit der UdSSR und der ökonomischen Parität mit Westeuropa letztlich nur durch eine weitgehende Reduzierung der militärischen Bindungen an die europäischen NATO-Staaten zu erreichen.

Vor dem Hintergrund der strategischen Diskussionen in den USA trägt die „Europäisierung“ der Sicherheitspolitik einen doppelten Charakter. Zum einen kommt sie den Forderungen der USA nach Übernahme größerer Lasten entgegen, um eine nach wie vor als notwendig erachtete Reduzierung des militärischen Engagements der USA in Europa zu verhindern²⁶. Gleichzeitig ist sie Vorbereitung für den Fall, daß diese Reduzierung eintritt — mit der Folge, daß sie wahrscheinlicher wird. Damit sind auch die europäischen NATO-Staaten in ein „Bündnisdilemma“ geraten, das sich in der „Europäisierung“ der Sicherheitspolitik, in der Diskrepanz zwischen weitreichenden Ankündigungen und verhaltener Dynamik, in einer pragmatischen Politik der „kleinen Schritte“ niederschlägt.

22 Helga Haftendorn, Lastenteilung im atlantischen Bündnis, in: *Europa Archiv* 16/1985, S. 497–506, hier S. 499.

23 *Discriminate Deterrence ...*, a.a.O., S. 33.

24 Vgl. ebd.; Irene Schülert, Die Entwicklung der NATO-Strategie — auf dem Weg in die Kriegsführungsfähigkeit?, in: Wolfgang Heisenberg / Dieter S. Lutz (Hrsg.), *Sicherheitspolitik kontrovers. Auf dem Weg in die neunziger Jahre*, Baden-Baden 1987, S. 260–270. Derartige Konzeptionen werden von den westeuropäischen Staaten weitgehend abgelehnt (vgl. Helga Haftendorn, *Transatlantische Dissonanzen. Der Bericht über „Selektive Abschreckung“ und die Strategiediskussion in den USA*, in: *Europa Archiv* 8/1988, S. 213–222; Michael Howard / Karl Kaiser / Francois de Rose, *Differenzierte Abschreckung*, in: *Europa Archiv* 5/1988, S. 129–131).

25 Earl C. Ravenal, *Europe without America: The Erosion of NATO*, in: *Foreign Affairs*, Summer 1985, Vol. 63, S. 1026–1036, hier S. 1033.

26 Vgl. Robert E. Hunter, *Will the United States remain a European power?*, in: *Survival* 3/1988, S. 210–231.

2.3. Westeuropäische Interessen- und Konfliktlinien

Die Bewegungsform der „Europäisierung“ der Sicherheitspolitik läßt sich aber nicht nur aus den Konfliktstrukturen mit den USA erklären. Die „Fraktionierung“ der europäischen NATO-Staaten kann nicht verdecken, daß es zwischen den Mitgliedstaaten jenseits einer Konservierung tradierter Sicherheitsstrukturen nach wie vor große Differenzen über Zielstellung, Reichweite und Tempo der „Europäisierung“ der Sicherheitspolitik gibt. Denn die Erosion der Klammerfunktion der hegemonialen Stellung der USA in der NATO setzt sich nicht umgekehrt proportional in eine Zunahme gemeinschaftlicher sicherheits- und militärpolitischer Interessen der westeuropäischen Staaten um. Vielmehr treten auch konfligierende nationale Interessen wieder deutlicher zutage.

Trotz der politischen Verflechtung der EG-Staaten hat sich die westeuropäische Integration nicht zu einer politischen Gemeinschaft mit einer autonomen Sicherheits- und Militärpolitik entwickelt. Ansätze der politischen Integration, wie die EPZ oder der Europäische Rat, eignen sich weniger zum machtbetonen Agieren als zum weltpolitischen Reagieren²⁷. Diese „mangelnde politische Selbstorganisationsfähigkeit und Identität“²⁸ Westeuropas wird als Diskrepanz zwischen Problemstrukturen und Lösungskapazitäten beklagt und politisch zu überbrücken versucht²⁹. Aber der oft geforderte „große Sprung“³⁰ in die politische Integration ist kaum wahrscheinlich.

Denn im integrationspolitischen Alltag sind Fortschritte nur unter der Voraussetzung möglich, daß einzelstaatliche Interessen zu „Paketen“ zusammengefaßt und unterschiedliche Interessen kompensiert werden. Die Heterogenität der EG-Staaten in Wirtschaft und Politik, die sich in ungleichmäßigen nationalen Entwicklungen ständig reproduziert, wirkt einer Vertiefung der Integration entgegen. Die „Vereinigten Staaten von Europa“ sind daher eine der nationalstaatlichen Realität ferne Vorstellung geblieben. Jedoch hat sich die westeuropäische Integration auf der Basis einer zunehmenden Verflechtung in Ökonomie und Politik von einem „Zweckverband funktioneller Integration“³¹ zu einem „EG-System“³² entwickelt. In diesem System dominieren aber nicht die supranationalen Elemente als Keime transnationaler Staatlichkeit, sondern hegemonial strukturierte Formen des intergouvernementalen Interessenclearings. Differente nationale Interessen werden also nicht aufgehoben, sondern bleiben Bestandteil der Struktur des westeuropäischen Integrationsprozesses.

27 Vgl. Evan Luard, *A European Foreign Policy?*, in: *International Affairs* 4/1986, S. 573-582.

28 Dieter Senghaas, *Die Zukunft der Friedensgestaltung*, Frankfurt/M. 1986, S. 97.

29 Vgl. Werner Weidenfeld, *30 Jahre EG. Bilanz der Europäischen Integration*, Bonn 1987.

30 Karl Kaiser/Pierre Lellouche, *Das deutsch-französische Duo und die Sicherheit Europas: Gesamtschau und Empfehlungen*, in: *Dies., Deutsch-französische Sicherheitspolitik ...*, a.a.O., S. 291-305, hier S. 305.

31 Hans-Peter Ipsen, *Europäisches Gemeinschaftsrecht*, Tübingen 1972, S. 192.

32 Rudolf Hrbek/Wolfgang Wessels, *Das EG-System als Problemlösungsebene und Handlungsrahmen — Optionen bundesrepublikanischer Europa-Politik*, in: *Dies., EG-Mitgliedschaft: ein vitales Interesse der Bundesrepublik Deutschland?*, Bonn 1984, S. 501-542, hier S. 505.

Nationale Interessen und ihr kompensatorischer Ausgleich liegen daher auch der Militärkooperation zwischen Frankreich und der Bundesrepublik zugrunde. Seit der V. Republik bestimmen als „national“ deklarierte Interessen die Außen- und Sicherheitspolitik Frankreichs. Angesichts der steigenden und auch durch eine Ausweitung der Rüstungsexporte nicht zu kompensierenden Kosten ist die französische Sicherheitspolitik jedoch in eine „Finanzierungs-*klemme*“³³ geraten, die eine Mitte der siebziger Jahre eingeleitete „atlantische“ Umorientierung verstärkt hat³⁴. Ziel ist es, das Dominanzverhältnis zwischen den USA und Westeuropa in ein Verhältnis der wechselseitigen Abhängigkeit umzuwandeln und der nationalen Machtpolitik über die westeuropäische Integration eine neue Basis zu verschaffen³⁵. In dieses „Metainteresse“ eingeschlossen ist die Absicht, den in der Bundesrepublik wahrgenommenen „neutralistischen“ und „nationalistischen“ Tendenzen mit einer engeren Westbindung der Bundesrepublik zu begegnen³⁶. Damit verfolgt Frankreich auch das Interesse, das weltmarktorientierte ökonomische Potential der Bundesrepublik „europäisch“ einzubinden. Über eine verstärkte ökonomische und technologische Zusammenarbeit soll deren konkurrenzüberlegenes Potential erschlossen werden, um in dem Modernisierungswettbewerb nicht abgehängt zu werden³⁷.

Wie für Frankreich bildet die westeuropäische Integration auch für die Bundesrepublik die Ebene nationaler Machtpolitik. Daher liegt das „Metainteresse“ der Bundesrepublik an der Militärkooperation mit Frankreich in einer Anbindung Frankreichs an die Sicherheitspolitik eines „europäischen Pfeilers“ der NATO, der die USA an ein „gleichberechtigtes“ Westeuropa binden kann. Dahinter steht das militärpolitische Interesse der Bundesrepublik, französische Streitkräfte in die „Vorneverteidigung“ zu integrieren³⁸, um weiterhin den nichtnuklearen Status durch die Einbindung von Nuklearmächten kompensieren zu können.

3. Kurswechsel in der Außenpolitik der Bundesrepublik

Die Formierung einer westeuropäischen Außen- und Sicherheitspolitik verschränkt sich mit einem Kurswechsel der bundesdeutschen Außenpolitik, de-

33 Vgl. Jolyon Howorth, *Begrenzte Mittel und strategische Optionen: Frankreichs Verteidigungspolitik am Scheideweg?*, in: *Europa Archiv* 9/1986, S. 226-233.

34 Francoise Manfrass-Sirjacques, *Frankreichs Sicherheitspolitik zwischen europäischer Kooperation und nationaler Abgrenzung*, in: Lothar Brock/Mathias Jopp (Hrsg.), *Sicherheitspolitische Zusammenarbeit ...*, a.a.O., S. 167-190.

35 Vgl. Walter Rodney, *Mitterrand's New Atlantism: Evolving French Attitudes Toward NATO*, in: *Orbis* 2/1984, S. 83-90.

36 Vgl. Ingo Kolboom, *Unsicherheiten in der Deutsch-französischen Sonderbeziehung*, in: *Die Internationale Politik 1983/84*, München 1986, S. 147-159.

37 Walter Schütze, *The Franco-German Axle within the EC*, in: *European Affairs* 4/1987, S. 54-61.

38 Vgl. Konrad Seitz, *Deutsch-französische sicherheitspolitische Zusammenarbeit*, in: *Europa Archiv* 22/1982, S. 657-665.

ren wichtigste Tendenz ihr „Ausgreifen in die Weltpolitik“³⁹ ist. Nach der ersten Phase der Westintegration und der zweiten Phase der Entspannungspolitik, die beide die äußere Handlungsfreiheit der Bundesrepublik vergrößerten, werden nun die als „national“ deklarierten Interessen global definiert⁴⁰. Die beanspruchte Ausweitung des außenpolitischen Handlungsfeldes geht einher mit dem Versuch, Machtpolitik, die auch den Einsatz militärischer Mittel nicht ausschließt, zu relegitimieren.

Der „auswärtigen“ Politik der Bundesrepublik obliegen als Ergebnis des Zweiten Weltkrieges im politischen, wirtschaftlichen und militärischen Bereich nach wie vor Beschränkungen⁴¹. Diese auch in politische Strukturen und politisches Bewußtsein „internalisierten Einschränkungen“⁴² verhinderten bisher, daß das ökonomische, technologische und militärische Potential der Bundesrepublik im vollen Umfang weltpolitisch wirksam gemacht werden konnte. Das politische Muster eines — im Vergleich zu Frankreich oder Großbritannien — eher niedrigen Profils in der Außen-, Sicherheits-, Militär-, Außenwirtschafts- und Entwicklungspolitik beginnt jedoch auszulaufen. Die Bundesrepublik entwickelt sich zu einem „Staat wie jeder andere“⁴³. Aufgrund des zu erwartenden äußeren und inneren Widerstandes kann die Bundesrepublik einen offenen „nationalen“ Kurswechsel kaum vollziehen. Nationale Machtpolitik kann perspektivisch nur über die westeuropäische Integration realisiert werden — ein Ziel, das angesichts knapper Ressourcen auch von Frankreich verfolgt wird.

Der über die westeuropäische Integration vermittelte globale Handlungsanspruch der Bundesrepublik rezipiert die „weltpolitischen Herausforderungen“⁴⁴ als potentielle „Gefährdungen“⁴⁵ eigener Interessen. Mit der als notwendig erachteten Bündelung nationaler Ressourcen und Potentiale in der westeuropäischen Integration „wird die Bereitschaft zu einem auch sicherheitspolitisch relevanten Engagement in der Dritten Welt zunehmen müssen.“⁴⁶ Daraus wird für die Bundesrepublik die Konsequenz abgeleitet, daß sie die „Diskrepanz zwischen sicherheitspolitischer Zurückhaltung einerseits und realpolitischem Zugzwang, Sicherheit und Frieden auch mit militärischen Mit-

39 Christian Hacke, *Weltmacht wider Willen: die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland*, Stuttgart 1988, S. 467. Den „neuen Größenwahn“ (Arnulf Baring) dieses Weltmachtspruchs verdeutlicht die Entlehnung des Titels bei Ernst Fraenkel (*USA. Weltmacht wider Willen*, Berlin/West 1957).

40 Vgl. Wolf-Dieter Eberwein, *Sicherheit aus deutscher Sicht: Macht und Abhängigkeit*, in: Ders./Catherine Kelleher (Hrsg.), *Sicherheit — zu welchem Preis? Die Zukunft der westlichen Allianz*, München/Wien 1983, S. 103-128.

41 Vgl. Gebhard Schweigler, *Grundlagen der außenpolitischen Orientierung der Bundesrepublik Deutschland*, Baden-Baden 1985, S. 17 ff.

42 Vgl. ebd., S. 18.

43 Hans-Peter Schwarz, *Die gezähmten Deutschen. Von der Machtbesessenheit zur Machtvergesenheit*, Stuttgart 1985, S. 141.

44 Werner Weidenfeld, *Europäische Defizite ...*, a.a.O., S. 132.

45 Christoph Bertram, *Sicherheitspolitische Perspektiven für Westeuropa*, in: Hans-Dietrich Genscher (Hrsg.), *Nach vorn gedacht. Perspektiven deutscher Außenpolitik*, Bonn 1987, S. 91-111, hier S. 97.

46 Christoph Bertram, *Aufgaben und Perspektiven der Sicherheitspolitik Westeuropas in den neunziger Jahren*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 18/1988, S. 3-11, hier S. 7.

teln aufrechtzuerhalten bzw. wiederherzustellen“, überwinden muß⁴⁷. Es ist unschwer auszumachen, welche Konsequenzen eine „verantwortliche Machtpolitik“⁴⁸ nach sich ziehen würde: konflikträchtigere Westbeziehungen, offensivere Politik gegenüber den sozialistischen Staaten, Ausdehnung des militärischen Aktionsradius über die NATO-Grenzen hinaus, militarisierte Beziehungen zur Dritten Welt.

4. Perspektiven und Alternativen

Die „Bündnisdilemmata“ der USA und Westeuropas und die zunehmend über die westeuropäische Integration vermittelten nationalen Ansprüche auf eine „globale Rolle“ bilden eine Motiv- und Interessenstruktur, die den Druck zur politischen und wirtschaftlichen „Selbstorganisation“ erhöht. Die multi- und bilateralen Initiativen erhalten daher sukzessive einen substantielleren Gehalt. Die Vielfalt der verfolgten Kooperationsansätze macht es auch unwahrscheinlich, daß sich die Widersprüche in einem Punkt verknoten. Vielmehr bietet die „Europäisierung“ ein breites Handlungs- und Konfliktfeld, dessen Kräfteparallelogramm beeinflußt werden kann.

Die konfligierenden Interessen der westeuropäischen Staaten lassen gegenwärtig die Entwicklung und Umsetzung einer kohärenten Gesamtkonzeption nicht zu. So überwiegt in der „Europäisierung“ der Strategie der Anpassung

47 Christian Hacke, *Weltmacht ...*, a.a.O., S. 466. Der zielführende Weg führt über „Europäische Friedenstruppen“ (Trevor Taylor, *European Defence Cooperation*, London 1984, S. 77) zum Einsatz bundesdeutscher Streitkräfte im Rahmen einer weltweit verwendbaren „Eingreiftruppe“ (Die NATO ..., a.a.O., S. 32). Auch A. Baring, der vor einer nationalistisch oder neutralistisch gefärbten Abkoppelung von den USA warnt, plädiert für den weltweiten Einsatz bundesdeutscher Streitkräfte: „Besonders die Bundesrepublik muß sorgfältig prüfen, inwieweit zum Beispiel unsere weltweiten Handelsinteressen künftig gefährdet sein werden und daher des militärischen Schutzes durch unsere Streitkräfte bedürfen.“ (Arnulf Baring, *Unser neuer Größenwahn: Deutschland zwischen Ost und West*, Stuttgart 1988, S. 249). Den Einstieg in die Eigenregie von „out-of-area“-Aktionen vollzogen die westeuropäischen Staaten 1982 mit der Beteiligung an den multinationalen Truppenverbänden im Sinai, deren Einsatz vom Europäischen Rat gebilligt wurde (Erklärung des 22. Europäischen Rates, in: *Europäische Politische Zusammenarbeit ...*, a.a.O., S. 215-219, hier S. 217). Die Koordination des Einsatzes westeuropäischer Marineeinheiten im Persischen Golf wurde 1987 bereits über die WEU abgewickelt (Die NATO ..., a.a.O., S. 58 ff). Daher ist es nicht verwunderlich, daß die Versammlung der WEU mit ihrem rüstungspolitischen Wunschzettel für „out-of-area“-Aktionen nicht kleinlich ist. Gefordert wird von Frankreich: zwei weitere Flugzeugträger der „Charles de Gaulle“-Klasse; von Großbritannien: seegestützte Kampfflugzeuge RFA „Argus“, Bau eines weiteren Unterstützungsschiffes, „um sich die Kapazität für hubschrauberunterstützte amphibische Landungen zu erhalten“; von Italien: Beschaffung von V-STOL Flugzeugen mit Fähigkeit zur Luftverteidigung für den Flugzeugträger „Garibaldi“; von der Bundesrepublik, Frankreich, Norwegen, Portugal und den Niederlanden: Bau eines neuen seegestützten Jagdflugzeuges und Weiterentwicklung vorhandener seegestützter Überwachungsflugzeuge (Unterrichtung durch die deutsche Delegation in der Versammlung der Westeuropäischen Union, BT-Drs. 11/2689, S. 14f.).

48 Hans-Peter Schwarz, *Die gezähmten Deutschen ...*, a.a.O., S. 153.

der NATO an veränderte Grundlagen. Die westeuropäischen Staaten und die Befürworter des Bündnisses in den USA hoffen, den Fortbestand der NATO mit einer internen Strukturveränderung zu sichern. Ein neuer „transatlantic bargain“ erscheint dann wieder möglich, wenn die europäischen NATO-Staaten „ein gemeinsames Programm für die Sicherheit Europas entwickelt haben und bereit sind, seine Kosten ... zu tragen.“⁴⁹

Aber die „Bündnisdilemmata“ müssen sich nicht notwendig in einer „Europäisierung durch Aufrüstung“ auflösen, sondern bieten vor dem Hintergrund politischer Entspannung und nationaler Haushaltsprobleme auch Abrüstungschancen. Nach dem Gramm-Rudmann-Gesetz sind die USA gezwungen, ihr Haushaltsdefizit⁵⁰ bis 1993 über Etateinsparungen oder Steuererhöhungen abzubauen. Steuererhöhungen sind politisch aber nur in einem begrenzten Umfang durchzusetzen. Daher wird das Schwergewicht auf der Ausgabenverminderung liegen. Weitere Kürzungen im Sozialbereich stoßen jedoch auf Widerstand, so daß die Etatkürzungen vornehmlich im Rüstungsbereich liegen werden. Da unter der Reagan-Administration langfristige Beschaffungsprogramme aufgelegt wurden, die nur unter hohen Kosten revidiert werden können, liegt es nahe, bei den Aufwendungen für die NATO Kürzungen vorzunehmen⁵¹. Sollten die USA im Zuge der Sanierung ihres Haushaltsdefizits teilweise Streitkräftereduzierungen im Ausland vornehmen⁵², so werden die westeuropäischen Staaten aufgrund ihrer nationalen Haushaltsprobleme kaum einen Prozeß der substantiellen Erhöhung ihrer Rüstungsetats einleiten. In der Bundesrepublik werden „auch bei einer unerwartet positiven Entwicklung des Wirtschaftswachstums und damit steigenden Staatseinnahmen signifikante Erhöhungen des Rüstungshaushalts politisch nicht durchzusetzen sein.“⁵³ Unter dieser Konstellation sind Truppenreduzierungen möglich, die zusammen mit einem eventuellen Teilabzug der US-Streitkräfte in die Verhandlungen über einen konventionellen Truppenabbau (KRK) eingebracht werden können⁵⁴.

49 Helga Haftendorn, *Transatlantische Dissonanzen ...*, a.a.O., S. 221.

50 Im Haushaltsjahr 1988 betrug das Haushaltsdefizit in den USA 155 Milliarden Dollar, 5 Milliarden Dollar mehr als 1987. Die Schuldzinsen bilden nach Rüstung und Soziales mit fast 214 Milliarden Dollar bereits den drittgrößten Betrag im Haushalt.

51 Der Anteil der Aufwendungen der USA für NATO-Verpflichtungen an den nationalen Rüstungsausgaben wird auf 45 Prozent (Earl C. Ravenal, *Europe ...*, a.a.O., S. 1026) bzw. auf zwischen 42 und 60 Prozent (Christopher Layne, *Atlanticism ...*, a.a.O., S. 45) liegend geschätzt.

52 Francois Heisbourg, ehemaliger stellvertretender Generaldirektor von Thomson International und neuer Leiter des IISS, hält es für sehr wahrscheinlich, „daß sich die spät und mühsam eingestandene Notwendigkeit einer Reduzierung des Defizits der öffentlichen Finanzen unter der nächsten amerikanischen Regierung mit einer bedeutenden Verminderung des Umfangs des amerikanischen Heeres und damit der in Europa stationierten Truppen einstellt.“ (Francois Heisbourg, *Die NATO ...*, a.a.O., S. 225).

53 Karl-Heinz Kamp, Die Aussichten für eine Verstärkung der konventionellen Streitkräfte des westlichen Bündnisses, in: *Europa Archiv* 24/1986, S. 709-716, hier S. 713.

54 Dafür spricht auch im Fall der Bundesrepublik, daß die gegenwärtigen Streitkräftestrukturen — insbesondere des Heeres — finanziell nicht gesichert sind. Aufgrund der Finanzierungslücken im Rüstungsetat ist daher nicht anzunehmen, daß durch Truppenreduzierungen mögliche Einsparungen sich ohne den Druck sozialer Bewegungen in einer Senkung des Rüstungshaushaltes niederschlagen.

Selbst wenn kurzfristig ein abrupter Abzug eines größeren Kontingents von US-Streitkräften den Aufbau eines westeuropäischen Militärpfeilers durch einen kompensatorischen Aufrüstungsschub provoziert, würde langfristig das Interesse an systemarer Selbsterhaltung die Reduzierung des Kriegsrisikos einfordern und die westeuropäischen Staaten auf einen Pfad drängen, der in Richtung einer nuklearen und konventionellen Minimalabschreckung verläuft. Militärisch ausgetragene Konflikte können angesichts der Komplexität der hochentwickelten Industriegesellschaft des angehenden 21. Jahrhunderts kaum mit dem Primat der Selbsterhaltung in Einklang gebracht werden⁵⁵.

Zudem wirken auf die „Europäisierung“ der Sicherheitspolitik nicht nur bündnisinterne und nationale, sondern auch intersystemare Entwicklungen ein. Die Entspannungs- und Abrüstungspolitik der UdSSR wirkt als ein wesentlicher Faktor gegen eine „Europäisierung durch Aufrüstung“. In der WVO hat der Prozeß der Umstellung der Militärstrategie und der operativen Planungen auf eine defensive Struktur und die Ausrichtung des militärischen Potentials entlang dem Kriterium einer „vernünftigen Hinlänglichkeit“ begonnen und ist von dem Abbau bestehender Asymmetrien begleitet⁵⁶. Diese einseitig vorgenommenen ersten Schritte in Richtung einer materiellen Angriffsunfähigkeit stellen nicht nur militärstrategische Konzeptionen der NATO infrage⁵⁷, sondern erhöhen generell die Legitimationszwänge militärisch abgestützter Außen- und Sicherheitspolitik. Schon um ihrer politischen Akzeptanz und Legitimation willen ist die NATO gezwungen, sich positiv auf diese Entwicklungen zu beziehen⁵⁸. Fortwährende „Nachrüstungen“ und „Modernisierungen“ würden angesichts des ihnen innewohnenden Zynismus die Delegitimierung der herrschenden Sicherheitspolitik nur weiter vorantreiben. Der „sicherheitspolitische Konsens“ ist auch in dem „europäischen Pfeiler“ der NATO nur durch Abrüstung rekonstruierbar.

55 Siehe dazu die Diskussionen über einen zivilen Kapitalismus bei Jürgen Reusch, *Neue Sicherheitspolitik im Nuklearzeitalter*, Köln 1988, S. 291 - 348; ders., *Ziviler Kapitalismus und Reformalternative*, in: *Marxistische Blätter*, 12/1988, S. 62 - 71; Dieter Klein, *Chancen für einen friedensfähigen Kapitalismus*, Berlin/DDR 1988; vgl. auch die Beiträge von Jürgen Reusch, Jörg Huffschmid und Horst Heininger in diesem Band.

56 Vgl. Andrej Kokoschkin, *Militärpolitische Aspekte der Sicherheit in den Ost-West-Beziehungen*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 45/1987, S. 45-53.

57 Mit der Umstellung der WVO-Streitkräfte auf angriffsunfähige Militärstrukturen wird sich das FOFA-Konzept der NATO, dessen Einführung in einigen westeuropäischen Regierungen auf Bedenken gestoßen ist, kaum aufrechterhalten lassen.

58 Das gilt v.a. für die europäischen NATO-Staaten und insbesondere für die Bundesrepublik. Nach einer vom Bundesverteidigungsministerium in Auftrag gegebenen Ernid-Umfrage halten nur noch 10 Prozent der BundesbürgerInnen einen Schutz der Bundesrepublik gegen äußere „Bedrohungen“ für „besonders wichtig“. Die Sichtweise einer „kommunistischen Gefahr“ lehnen 75 Prozent (1984: 47 Prozent) der Befragten ab, in der Altersgruppe der 25-29-jährigen sogar 84 Prozent. Hingegen sind 82 Prozent der Auffassung, daß es die UdSSR mit der Entspannungspolitik „ernst“ meint („Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 5.12.1988).

Ende der Eiszeit?

Chancen und Probleme für Abrüstung in Europa

Gerd Matzke

1. Die internationalen Beziehungen im Umbruch — 1.1. Die Neubestimmung der Rolle des militärischen Faktors in den internationalen Beziehungen — 1.2. Die Schlüsselrolle Europas für globale Abrüstung — 2. Drei entscheidende Ebenen zur Bestimmung der Abrüstungschancen — 2.1. Die wissenschaftlich-technische Ebene — 2.2. Die militärstrategische und militärdoktrinäre Ebene — 2.3. Die politisch-ökonomische Ebene — 3. Chancen für konkrete Abrüstungsschritte in Europa

1. Die internationalen Beziehungen im Umbruch

Die internationalen Beziehungen befinden sich in einem tiefgreifenden Umbruch, dessen Umfang und Tiefe wohl nur mit dem Zusammenbruch des klassischen Kolonialsystems, der sozialistischen Oktoberrevolution oder dem Ausgang des zweiten Weltkriegs verglichen werden kann.¹

Betroffen von diesem Umbruch sind zum einen die Beziehungen zwischen den kapitalistischen Industrienationen. Zunehmende ökonomische und technologische Konkurrenz zwischen nunmehr drei Zentren, gemeinsame Herausforderungen (wie der industrielle „Sprung“ einiger Schwellenländer, die Verschuldungskrise der Entwicklungsländer, neue Fragen der Rohstoff-Verteilung, des Umweltschutzes, der Verteilung von Rüstungslasten etc.) sowie unterschiedliche Interessen an der Neugestaltung des Ost-West-Verhältnisses markieren heute zentrale Herausforderungen an die westlichen Industrienationen.

Zum zweiten haben jahrzehntelange Stagnationserscheinungen in den sozialistischen Ländern nicht nur zu immensen ökonomischen, technologischen, ökologischen, ethnischen und sozialen Problemen in diesen Ländern selbst geführt,² deren Lösung heute um so dringlicher ist, sondern auch internationale

¹ Zu den diesem Prozeß zugrundeliegenden Umbrüchen in der Produktivkraftentwicklung vgl. IMSF (Hg.), *Umbrüche. Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 13*, Frankfurt/M. 1987. Zu den Auswirkungen auf das internationale Beziehungsgeflecht siehe auch Jörg Huffschmid/Heinz Jung, *Reformalternative. Ein marxistisches Plädoyer*, Frankfurt/M. 1988. Vgl. auch die Beiträge von J. Krassin, J. Huffschmid und J. Reusch im ersten Teil dieses Bandes.

² Vgl. dazu den Bericht M. Gorbatschows an die 19. Allunionskonferenz der KPdSU, APN-Verlag, Moskau 1988; sowie die Rede M. Gorbatschows zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution: M. Gorbatschow, *Oktoberrevolution, Umgestaltungsprozeß und der Frieden*, Köln 1987.

Probleme verschärft, statt sie der Lösung näher zu bringen.³ Diese Fragen beginnen heute im Mittelpunkt einer Politik des Neuen Denkens zu stehen.

Auch die Schwellen- und Entwicklungsländer sind von diesem Umbruch erfaßt: ihre Rolle als Nahrungsmittel-Lieferanten der Industriestaaten haben sie mit der Industrialisierung der dortigen Landwirtschaft schon länger ausgespielt,⁴ ihre Rolle als Rohstoff-Lieferanten geht — bis auf wenige, zumeist wohlhabendere Länder wie die arabischen Öllieferanten — im Zuge der wissenschaftlich-technischen, vor allem der elektronischen Revolution weiter zurück.⁵ Selbst ein völliger Schuldenerlaß kann nicht an der Aufgabe vorbeiführen, die Länder der 3. Welt und damit rund 80 % der Weltbevölkerung in eine neue, sinnvolle, ökologisch und sozial verträgliche globale Arbeitsteilung einzubeziehen.

1.1. Die Neubestimmung der Rolle des militärischen Faktors in den internationalen Beziehungen

Die Frage nach den Chancen für Abrüstung zu beantworten erfordert, die sich verändernde Rolle des militärischen Faktors im *umfassenden* Kontext der internationalen Beziehungen zu untersuchen. *Ab-Rüstung* umfaßt schon vom Wort her „nur“ die militärischen Aspekte von Gemeinsamer Sicherheit und Zusammenarbeit. Die *Ent*-Wertung des militärischen Faktors kann aber voraussichtlich nur bei gleichzeitiger *Auf*-Wertung anderer, ziviler Faktoren, die den Interessen *aller* Beteiligten wirkungsvoller entsprechen, gelingen.⁶

Nun besteht das Paradoxon der Nachkriegsentwicklung gerade im *gleichzeitigen* Anwachsen von Rüstungsarsenalen und Militärausgaben, von Versuchen militärischer Konfliktlösung in Asien, Afrika und Lateinamerika und der *parallel* zunehmenden Entwertung des militärischen Faktors als Mittel zur *Konflikt-Bewältigung* oder gar Interessendurchsetzung:

Nicht nur die gemeinsame Gegnerschaft zum Sozialismus, sondern zunehmend auch Kapitalverflechtungen zwischen den imperialistischen Zentren,

3 Eine grundlegende Kritik an der sowjetischen Außenpolitik in der Stagnationsperiode bis 1985 findet sich z.B. in den Thesen des Zentralkomitees zur 19. Allunionskonferenz der KPdSU. Dort heißt es: „Im Kampf um das militärstrategische Gleichgewicht wurden in der Vergangenheit nicht immer die Möglichkeiten ausgeschöpft, die Sicherheit des Staates durch politische Mittel zu gewährleisten. Wir ließen uns dadurch ins Wettüsten hineinziehen ...“, dokumentiert in: unsere zeit, Düsseldorf 30. 5. 1988.

4 Man denke nur an die hohen Weizen-Exporte der USA oder die EG-Milch-, Fleisch-, Obst- und Butterberge.

5 So spielt heute die OPEC angesichts zunehmender Energie-Träger-Diversifikation längst nicht mehr eine so marktentscheidende Rolle wie in der sog. Ölkrise Anfang der 70er Jahre, der Bedarf an vielen Metallen (z.B. Kupfer) sinkt mit Fortschritten in der Halbleitertechnologie, des Rohstoff-Recycling und der Werkstoffkunde ab. Populäres Beispiel dafür ist z.B. das in der Bundesrepublik geplante Glasfaser-Kommunikationsnetz, das die alten Kupferleitungen ersetzen soll.

6 Ohne solche gemeinsamen politischen und ökonomischen Interessen wäre nicht einmal die Rüstungsbegrenzung (SALT) und die Entspannungspolitik der 70er Jahre zwischen den USA und der UdSSR zustande gekommen. Umgekehrt zeigte deren Scheitern aber auch die Labilität von politischer Entspannung ohne Abrüstung auf. Vgl. dazu Jürgen Reusch, Neue Sicherheitspolitik im Nuklearzeitalter. Köln 1988, S. 17-20.

neue Regulierungsinstrumente für Währungs- und andere Konflikte sowie die hohe Verletzlichkeit der modernen Industriegesellschaft⁷ haben die bis zum 2. Weltkrieg durchaus noch bedeutsame Option militärischer Einsätze gegen die ökonomischen (kapitalistischen) Konkurrenten hinfällig werden lassen.

Anders sieht dies in der Ost-West-Auseinandersetzung aus. Unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg spielte der militärische Faktor für die Westmächte eine wesentliche Rolle, sowohl für die „roll back“ — als auch für die „containment“-Strategie gegenüber dem neuentstehenden sozialistischen Block im Zentrum Europas.⁸ Gegenwärtig ist jedoch eine drastische Entwertung des militärischen Faktors auch in der Systemauseinandersetzung zwischen Kapitalismus und sozialistischen Staaten eingetreten: historisch zunächst durch die militärstrategische Parität zwischen NATO und Warschauer Vertrag (WVO) bei gesicherter gegenseitiger Vernichtungsfähigkeit,⁹ später jedoch auch zunehmend aufgrund veränderter *politischer* Rahmenbedingungen. Dazu gehört die Perestroika in der Sowjetunion und die damit verbundene Politik des Neuen Denkens, aufgrund derer altes Blockdenken und Feindbilder in der Bevölkerung verblaßten¹⁰ und wirksame Lösungen für regionale Konflikte möglich wurden. Dazu gehören die Bereitschaft der sozialistischen Länder zu systemübergreifender Zusammenarbeit bei der Lösung globaler Probleme und die Erfahrung der kapitalistischen Staaten, daß Versuche, die Systemauseinandersetzung mittels „Stellvertreterkriegen“ in der 3. Welt zu „gewinnen“, immer weniger fruchteten, aber eigene Interessen in Zusammenarbeit mit den sozialistischen Staaten realisierbar sind. Dazu zählt auch die Erkenntnis der zunehmenden Gefahren, die aus dem Wettrüsten entstehen. Außerdem ist mit einer sozialistischen Revolution alten Stils in den imperialistischen Zentren angesichts der immensen Kapitalverflechtungen und gegenseitigen internationalen Abhängigkeiten der kapitalistischen Wirtschaftsräume nicht mehr zu rechnen.¹¹

7 Vgl. dazu das Referat von Max Schmidt auf dem Nationalen Friedenskongreß der Wissenschaftler der DDR am 25./26. 11. 1988. Zur Veröffentlichung vorgesehenes Manuskript, Berlin (DDR) 1988.

8 Vgl. dazu Bernd Greiner, *Amerikanische Außenpolitik von Truman bis heute*, Köln 1980, v.a. S. 12 ff.; ders., *Politik am Rande des Abgrunds? Die Außen- und Militärpolitik der USA im Kalten Krieg*, Heilbronn 1986.

9 Vgl. André Brie, *Militärisches Gleichgewicht. Entspannung. Abrüstung*, in: *Blickpunkt Weltpolitik*, Berlin (DDR) 1986.

10 Nach einer Umfrage des Emnid-Instituts vom Dezember 1988 im Auftrag des Bundesverteidigungsministeriums fühlten sich 75 % der Bundesbürger von den Ländern des Warschauer Vertrages nicht mehr bedroht (1984: 47 %), 82 % sprachen der Sowjetunion ernsthaften Entspannungswillen zu, 51 % hielten bereits den bundesdeutschen Rüstungsetz für zu hoch. In: *Welt am Sonntag*, 4. 12. 1988.

11 Es ist bezeichnend, daß seit Ende des zweiten Weltkriegs und dem Entstehen der sozialistischen Staatengemeinschaft in Osteuropa in keinem der entwickeltsten imperialistischen Länder ein Übergang zum Sozialismus stattfinden konnte. Zum Umdenken in der Revolutionstheorie vgl. auch: *Die Kommunisten in der Welt von heute. Meinungsaustausch in der Redaktion der Zeitschrift*, in: *Probleme des Friedens und des Sozialismus*, Heft 3 (355), Prag 1988, S. 371 ff.

Die militärischen Auseinandersetzungen, die zwischen Entwicklungs- bzw. Schwellenländern ohne direkte Intervention der KSZE-Staaten stattgefunden haben bzw. stattfinden, zeigen im übrigen wegen der globalen Verbreitung moderner Waffensysteme¹² und mangelnder ökonomischer Reserven für länger-dauernde Kriege¹³ die gleiche Tendenz auf: der Golfkrieg endete — nicht zuletzt wegen des Einsatzes von Giftgas — ebenso ohne Sieger wie die Auseinandersetzungen zwischen Äthiopien und Somalia. Die Besetzung der Westsahara durch Marokko erwies sich als ebensowenig dauerhaft, wie die südafrikanische militärische und ökonomische Überlegenheit die Unabhängigkeit Namibias verhindern kann bzw. konnte.

Zwar nehmen in den Strategiedebatten in den USA Kriegführungsoptionen in der 3. Welt einen gestiegenen Stellenwert gegenüber dem Ost-West-Konflikt ein.¹⁴ Doch ist angesichts des Debakels von US-Einsätzen (Iran, Libanon), des Protests sogar vieler NATO-Verbündeter gegen „Strafeinsätze“ und angesichts der Verbreitung immer modernerer Waffensysteme in aller Welt die *objektive Grenze* solcher Überlegungen und Strategien mit der (indirekten) militärischen Unterstützung befreundeter Regimes und Contra-Gruppen sowie mit Drohgebärden (z.B. Küstenmanöver) erreicht.

Zudem wirkt sich die wissenschaftlich-technische Entwicklung nicht nur in Form zunehmender und irreversibler Kriegsuntauglichkeit moderner Industriegesellschaften aus, sondern auch in der — trotz aller Exportbeschränkungen — irreversiblen Ausbreitung der technischen *Fähigkeit* zur Entwicklung von atomaren, bakteriologischen und chemischen Waffen in immer mehr Ländern der Welt. So wichtig Exportbeschränkungen und Proliferationsverbot von A-, B- und C-Waffen sind, können sie den Prozeß der tendenziell globalen Fähigkeit zur Herstellung solcher Waffen nur *hinauszögern*. Darin liegt ein objektiver Bedeutungsverlust der entsprechenden Systeme, aber auch aller konventionellen Kriegführungsoptionen für die heutigen Besitzerländer.¹⁵

Alles in allem muß der Schluß gezogen werden, daß die politischen, ökonomischen, technologischen, ökologischen und sozialen Herausforderungen die Rolle des militärischen Faktors in den internationalen Beziehungen *objektiv* — d.h. unabhängig davon, ob dies den unterschiedlichen Regierungen, Staaten, Klassen, Bündnissen gefällt oder nicht — drastisch entwertet haben, allerdings ohne daß dies bereits zu der erforderlichen neuen Qualität der Beziehungen und damit auch zu drastischer Abrüstung geführt hat.

12 Im Golfkrieg wurden z.B. Seidenraupen- und Stinger-Raketen teilweise auch gegen die USA benutzt, außerdem setzte zumindest der Irak auch Giftgas ein.

13 Vgl. Max Schmidt/Wolfgang Schwarz in diesem Band.

14 Discriminate Deterrence, Report of the Commission on Integrated Long-Term Strategy, Washington D.C. 1988.

15 Vgl. dazu z.B.: National Security Strategy of the United States (Bericht des Präsidenten der USA), Washington D.C. 1988, sowie die Argumentation zu Problemen der Militärpolitik in der 3. Welt, in: Discriminate Deterrence, a.a.O.

1.2. Die Schlüsselrolle Europas für globale Abrüstung

Viele der genannten Gründe sprechen dafür, daß es wirksame Abrüstung und eine grundlegende Gesundung und Erneuerung der internationalen Beziehungen nur unter Einbeziehung *aller* Nationen (Beispiel: Pariser C-Waffen-Konferenz) auf gleichberechtigter Ebene geben kann. Auf die Ab-Rüstungsproblematik bezogen, sind zumindest folgende Zielstellungen wohl nur mittels weltweiter Konventionen erreichbar:

- * Verbot der Herstellung, des Erwerbs, der Lagerung, der Verbreitung und der Anwendung von A-, B- und C-Waffen sowie internationale Kontrolle dieses Verbots;
- * Verbot der Herstellung, des Erwerbs, der Stationierung, Verbreitung und Anwendung qualitativ neuartiger Waffensysteme (Beschränkungsgebot auf vorhandene Rüstungen);
- * weltweite Abschaffung der konventionellen Massenvernichtungswaffen sowie Kontrolle darüber;
- * weltweite Beseitigung von Fähigkeiten zu Überraschungsangriffen und Landnahme-Aktionen („weltweite Angriffsunfähigkeit“);
- * globale Einstellung des Rüstungsexports und wirksame Kontrolle dieses Verbots sowie
- * ein internationales, kollektives Sicherheitssystem (im Rahmen der UNO), das Gemeinsame Sicherheit und die Sicherheit jedes Mitgliedslandes mit politischen Mitteln garantieren kann und damit alle alten Blockstrukturen überflüssig macht.

Worin liegt nun die spezifische Rolle Europas — im folgenden aufgrund der aktuellen und inzwischen auch historisch gewachsenen Verbindungen mit Nordamerika und zwischen dem europäischen und asiatischen Teil der UdSSR als das KSZE-Europa verstanden — zur Erreichung dieser Ziele? Allgemein bekannt — und deshalb nur der Vollständigkeit halber erwähnt — sind folgende Tatsachen:

KSZE-Europa umfaßt — mit Ausnahme Japans, des australischen Kontinents und einiger Schwellenländer — nahezu alle entwickelten Industrienationen der Welt mit ihrem industriellen und wissenschaftlich-technischen Potential. In ihm sind die historisch entwickeltsten — antagonistischen — Gesellschaftsformationen vertreten. Ob dies für Abrüstung, zur Lösung der globalen Probleme, für eine neue, gerechte Weltwirtschaftsordnung oder für eine weitergehende Destruktivkraftentwicklung einschließlich qualitativer Aufrüstung eingesetzt wird, ist von herausragender globaler Bedeutung.

Ferner erwirtschaftet dieses Europa einen Großteil des Welt-Bruttosozialprodukts mit einem im Weltmaßstab weit überdurchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen, einer im Prinzip (zumindest im Vergleich mit anderen Weltregionen) funktionierenden Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und lebenswichtigen Medikamenten. Es ist damit am freiesten von existenziellen ökonomischen Zwängen, die einer Lösung der ökologischen und anderen globalen Probleme — wie z.B. in vielen Entwicklungsländern — entgegenstehen könnten.

Drittens jedoch ist KSZE-Europa auch der Hauptverursacher der meisten globalen Probleme einschließlich der Gefährdung der Menschheit durch die modernen Massenvernichtungswaffen. Alle offiziellen Besitzer von Atomwaffen mit Ausnahme Chinas, die Staaten mit dem Löwenanteil am Welt-Rüstungs-*etat*, die Länder mit rund 90 % des gesamten Welt-Rüstungsexports¹⁶ und den modernsten Waffensystemen sind in diesem Europa versammelt. Dabei ist es für Nicht-Europäer solange eine eher sekundäre Frage, daß die Triebkräfte für Hochrüstung, die Verursacher der Verschuldungskrise der 3. Welt usw. ihre Adresse in der westeuropäischen und nordamerikanischen Monopolbourgeoisie haben, wie die sozialistischen Staaten dazu keine wirksame, d.h. für die Entwicklungsländer real gangbare, ökonomische und ökologische Entwicklungsalternative darbieten konnten, bzw. an der ökologischen Schädigung des Planeten sogar selbst beteiligt sind. Genau diese Probleme sind jedoch mit den jüngsten sowjetischen Vorschlägen zur Neugestaltung der internationalen Beziehungen, der Bereitschaft zu Schuldenstreichungen und mit der einseitigen Abrüstungsinitiative auf militärischem Gebiet wirkungsvoll angegangen worden.

Vor diesem Hintergrund liegt auf dem Gebiet der Abrüstung die spezifische Verantwortung Europas in

- exemplarischen, weitreichenden Einschnitten in die eigenen Rüstungspotentiale, zumal diese in Europa weitgehend wertlos geworden sind;
- der exemplarischen Entwicklung eines kollektiven Sicherheitssystems, gegenseitiger Angriffsunfähigkeit, friedlicher Zusammenarbeit und eines produktiven, friedlichen Wettstreits gerade zwischen den antagonistischen sozialen Systemen;
- der exemplarischen Konversion von Rüstungsgeldern und Produktionskapazitäten zur Lösung der globalen Probleme sowie
- der Erarbeitung gemeinsamer, verbindlicher Regeln für militärische Nicht-einmischung in Staaten außerhalb des KSZE-Gebiets einschließlich Regelungen zur Beschränkung und Beendigung des Rüstungsexports.

Gelingt es, diese Anforderungen auf die Agenda europäischer Abrüstungsbemühungen zu setzen und dafür wirksame Lösungen zu erarbeiten, ist die notwendige, aber auch sehr effektive Basis für die weiterreichenden globalen Anforderungen gelegt — was aber nicht gegen Teilabkommen auf globaler Ebene, z.B. zum C-Waffen-Verbot, bereits unter heutigen Bedingungen spricht.

¹⁶ Der Bericht des Bundes-Entwicklungs-Ministeriums berechnet für die Rüstungsexporte 1981 — 1985 allein aus den sechs Ländern USA, UdSSR, BRD, Frankreich, Großbritannien und Italien einen Anteil von 77 % des Welt-Rüstungsexports, das Stockholmer SIPRI-Institut kommt für diese Länder plus Spanien im gleichen Zeitraum auf einen Anteil von 89,1 % des Großwaffenexports in die 3. Welt. Nach: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Hg.), Entwicklungspolitik. Siebenter Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung, Bonn 1988; und: SIPRI-Datenbank, nach IPIAS (Hg.), Frieden und Abrüstung Nr. 26, Bonn 1988, S. 35.

2. Drei entscheidende Ebenen zur Bestimmung der Abrüstungschancen

Die *objektive Notwendigkeit* zu Abrüstung und einer grundlegenden Umgestaltung der internationalen Beziehungen, um die tatsächlichen Bedrohungen der menschlichen Zivilisation bewältigen zu können, die Kriegsuntauglichkeit moderner Industriegesellschaften und die tendenzielle Entwertung des militärischen Faktors als Mittel der Politik sind allerdings nur die eine, wenngleich äußerst wichtige Seite für die Beurteilung der Abrüstungschancen. Auf der anderen Seite ist die Frage nach den *Möglichkeiten* zur Realisierung all der oben genannten Ziele zu klären. Dabei sind grundsätzlich drei Ebenen zu unterscheiden:

- a) die politisch-ökonomische,
- b) die militärstrategische (einschließlich der Doktrinen) und
- c) die wissenschaftlich-technische Ebene.

Auf der politisch-ökonomischen Ebene sind die *Interessen* der unterschiedlichen Klassen und Staaten in Europa, ihre Realisierungsbedingungen, ihre Anpassungsfähigkeit an die Erfordernisse der Abrüstung, ihre inneren Widersprüche, die politischen Kräfteverhältnisse und nicht zuletzt die Möglichkeit einer dauerhaft friedensfähigen Entwicklungsvariante aller beteiligten sozialen Ordnungen zu untersuchen.¹⁷ Wie auch die Geschichte lehrt, ist diese Ebene für politische Durchbrüche die entscheidende (man erinnere sich nur des Zustandekommens der Anti-Hitler-Koalition zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen oder der Methode, mit der die USA und die Sowjetunion seit kurzem trotz gravierender Interessengegensätze gemeinsam zur Beilegung regionaler Konflikte beitragen).

Die militär-strategische und militär-doktrinäre Ebene ist diesen politischen Interessenkonstellationen zwar grundlegend untergeordnet, doch kann sie sich als bremsender, wenn nicht gar hemmender Faktor auf Abrüstungsbemühungen auswirken, wenn nämlich zwar der politische Wille, nicht aber die Kraft und Fähigkeit zur Überwindung „liebgewordener“ Strategien und Strukturen vorhanden ist. So können die aktuellen, schon krampfhaften Bemühungen in der NATO, an der Flexible-Response-Doktrin, am atomaren Abschreckungskonzept oder an den destabilisierenden FOFA-Richtlinien festzuhalten,¹⁸ als ein geradezu augenfälliges Beispiel für die Notwendigkeit gelten, diese Ebene gesondert auf Chancen zur Abrüstung zu untersuchen.

17 Dazu siehe auch Dieter Klein, Chancen für einen friedensfähigen Kapitalismus, Berlin (DDR) 1988; ders., Politökonomische Grundlagen für einen friedensfähigen Kapitalismus, in: IPW-Berichte 2/88, S. 1-9; Lutz Maier, Das Monopolkapital und die Friedensfrage, in: IPW-Berichte II/87, S. 1-12; Jürgen Reusch, Gemeinsame Sicherheit, ZMF-Arbeitspapiere 2, Frankfurt/M. 1988, sowie die Beiträge von Jürgen Reusch, Horst Heiningert und Jörg Huffschmid in diesem Band.

18 Siehe dazu den Bericht für die Nordatlantische Versammlung: North Atlantic Assembly, NATO in the 1990s, Special Report of the North Atlantic Assembly, o.J. (1988). Aber auch das vom Wiesbadener CDU-Parteitag 1988 verabschiedete außenpolitische Dokument sieht gegenwärtig „keine Alternative“ zur Strategie der Abschreckung. Siehe dazu: CDU, Unsere Verantwortung in der Welt. Christlich-demokratische Perspektiven zur Außen-, Sicherheits-, Europa- und Deutschlandpolitik (Beschluß des 36. Bundesparteitags der CDU), in: CDU-Dokumentation 19, Bonn 1988.

Und nicht zuletzt muß die wissenschaftlich-technische Ebene in der Problemstellung berücksichtigt werden, um Hindernisse für das politisch Wünschenswerte (z.B. Verifikationsprobleme der Abrüstung, Produktionsalternativen etc.) frühzeitig erkennen, tatsächlich vorhandene Besorgnisse diesbezüglich von propagandistischem „Sperrfeuer“ gegen Aufrüstung unterscheiden zu können. Letztere Problematik ist in jüngster Zeit vor allem im Ringen um ein weltweites C-Waffen-Verbot und um eine Begrenzung der U-Boot-gestützten atomaren Cruise Missiles deutlich zutage getreten.¹⁹

2.1. Die wissenschaftlich-technische Ebene

Welche mit einem Abrüstungsprozeß möglicherweise entstehenden wissenschaftlich-technischen Probleme können aus heutiger Sicht gelöst werden, wo bestehen tatsächlich noch größere Schwierigkeiten, welche Einwände erweisen sich als pure Schutzbehauptung gegen Abrüstung?

Auf dem Gebiet der *Atomwaffen* können folgende Aspekte als inzwischen prinzipiell lösbar, z.T. auch als gelöst angesehen werden:

- die Verifikation auch von unterirdischen Atomtests aus der Ferne bis hinunter zu wenigen Kilotonnen Sprengkraft (bei Vor-Ort-Kontrollen der abzählbar wenigen Testgelände grundsätzlich bis zur Nullgrenze);
- Die Erkenn- und Zählbarkeit rein nuklear verwendeter Trägersysteme (Raketen, strategische Bomber, U-Boote mit strategischen Atomwaffen usw.) aufgrund ihrer Größe, der Wärmeabstrahlung unterirdischer Depots, der langen Konstruktionsdauer, des notwendigen Stapellaufs oder notwendiger Testserien; auch die sogenannten STEALTH-Technologien zur Radartarnung z.B. des neuen strategischen Bombers der USA minimieren zwar die Erkennbarkeit im Einsatz, nicht aber die Möglichkeit optischer Erfassung auf dem Stationierungs-Flugplatz;
- die gegenseitige Verifikation der wichtigsten qualitativen Faktoren atomarer Waffensysteme (Reichweite, maximale Bestückung, Geschwindigkeit, „intelligente“ Zielerfassung und -lenkung sowie die Dislozierung dieser Systeme) anhand veröffentlichter Daten, beobachtbarer Freiluft-Testserien und z.T. auch anhand von Trainingseinsätzen (Flugzeuge!);
- eine generelle Kontrolle der (auch global nur abzählbar vielen) Plutonium-Produktionsstätten im Fall eines Atomwaffenverzichts oder Atomwaffenverbots, sofern solche Produktionsstätten dann überhaupt noch existieren²⁰; eine solche Kontrolle wäre aber auch schon dann das einzig anwendbare Verifikationsmittel, wenn die Zahl atomarer *Sprengköpfe* für kleine oder doppelt verwendbare Systeme (z.B. Artilleriesysteme) begrenzt oder auf Null gesetzt werden soll, um illegale Depots von vornherein auszuschließen.

¹⁹ Zu den Zähl-Problemen beim START-Abkommen vgl. Jerry Sommer, *US-Politik im Wandel?*, ZMF-Diskussionsbeiträge 2, Frankfurt/M. 1988.

²⁰ Die Internationale Atomenergie-Behörde IAEA ist zwar noch mit unzureichenden Kontrollmöglichkeiten ausgestattet, verfügt aber im Prinzip bereits über die Struktur, die für ein global verzifizierbares Atomwaffen-Produktionsverbot erforderlich ist.

- Zumindest vorübergehende Probleme bestehen jedoch noch in
- der gefahrlosen Vernichtung der großen Mengen an hochgiftigem und spaltbarem Plutonium (die einzige Möglichkeit heute ist die Verwendung in AKW's) und der Endlagerung des Atommülls; lediglich das Tritium „verflüchtigt“ sich aufgrund kurzer Halbwertszeiten gefahrlos;
 - der exakten Verifikation, wer alles im Besitz waffenfähigen Plutoniums ist, solange nicht globale Produktionskontrollen und -verbote eingeführt sind (das aber ist eine *politische* Entscheidung);
 - der Verifikation von Depots für atomare Sprengköpfe sowie des Misch-Verhältnisses zwischen atomaren und konventionellen Sprengköpfen bei kleineren sogenannten „dual capable systems“, solange keine Produktionskontrollen oder die Beseitigung aller doppelt verwendbaren Systeme vereinbart sind (auch dies ist jedoch von *politischen* Entscheidungen abhängig).

Bei den *bakteriologischen und chemischen Waffen*, deren Anwendung (nicht aber Produktion und Lagerung) im Unterschied zu den Atomwaffen immerhin weltweit geächtet ist²¹, erweist sich angesichts der gesunkenen Hemmschwelle für ihren Einsatz (Golfkrieg u.a.) ein umfassendes Verbot von Herstellung, Erwerb, Lagerung, Weiterverbreitung und Anwendung, wie es die Pariser C-Waffen-Konferenz forderte, als einzig sinnvoller Ausweg. Schon heute technisch möglich ist dafür

- die Verifikation eines Produktionsverbots nicht-binärer (herkömmlicher) chemischer Kampfstoffe durch Vor-Ort- und Verdachtskontrollen in den chemischen Betrieben²²;
- die — stets zu aktualisierende — Auflistung von Grundstoffen und Zwischenprodukten, die potentiell für binäre C-Waffen verwendet werden können; die Konzentration der Herstellung solcher Zwischenprodukte — sofern sie für zivile Zwecke noch unersetzlich sind — auf wenige, international kontrollierte Werke pro Nation bei gleichzeitig größtmöglicher räumlicher Trennung komplementärer, für C-Waffen relevanter Produkte;
- die Vernichtung bestehender C-Waffen-Potentiale, wenn auch in einem langwierigen Entsorgungsprozeß.

Nicht oder noch nicht gelöst sind damit aber die folgenden Probleme:

- die Verifikation der Lagerung, aber auch der Nichtverbreitung von B- und C-Waffen, solange keine Produktionsverbote bestehen (Abzweigungen von kleinsten Proben, von Konstruktionsplänen, der Erwerb von Teilkomponenten etc. sind kaum so effektiv kontrollierbar wie der Produktionsprozeß selbst)²³;
- die Kontrolle über das Verbot bakteriologischer Waffen „herkömmlicher“ Art, da die Zucht z.B. von gefährlichen, in der Natur vorhandenen Krank-

21 Siehe: Dokumente zur Abrüstung 1917 — 1976, Berlin (DDR) 1978, Seiten 83 f. und 355-360.

22 Alle für solche „traditionellen“ C-Waffen anwendbaren Komponenten befinden sich seit langem auf internationalen Warnlisten. Zur C-Waffen-Problematik vgl. auch die Beiträge von Karlheinz Lohs und Ralf Trapp, in: Karlheinz Lohs (Hg.), Europa: Giftfaß oder chemiewaffenfrei?, Köln 1986.

23 Das belegt z.B. auch das lange Rätselraten um eine libysche Chemiefabrik, das bei einem verifizierbaren Produktionsverbot ausgeschlossen wäre.

- heitskeimen nahezu überall und jederzeit möglich ist (weshalb die Entwicklung von Abwehrmitteln gegen solche *natürlichen* Krankheitsträger legitim, jedoch auch öffentlich, ohne Geheimniskrämerei möglich ist);
- die Verifikation der nichtmilitärischen Anwendung von Gen-Engineering, da die geringe Größe gentechnischer Labors und ihre theoretisch große Verbreitungsmöglichkeit eine Vor-Ort-Kontrolle nahezu unmöglich machen, während eine Großproduktion aber gar nicht „erforderlich“ wird, um in Besitz existenzgefährdender Mengen solcher Waffen zu kommen;
 - und nicht zuletzt die wünschenswerte Umstellung der Chemie-Industrie auf „sanfte“ Produktionsweisen, in denen die Erzeugung von für Waffen verwertbaren Produkten ebenso wie die Produktion gesundheitsgefährdender Stoffe von vornherein vermieden wird.

Daraus resultieren — neben entsprechenden Forschungsanstrengungen zur Lösung der noch ungeklärten Fragen — folgende technischen Möglichkeiten für die Abrüstung von A-, B- und C-Waffen: ein umfassender, weltweiter oder bilateraler Atomteststopp; zahlenmäßige Begrenzungen bis hin zu Null-Lösungen für atomare Lang-, Mittel- und Kurzstreckensysteme — weltweit, aber auch kontinental oder regional —; Begrenzungen bzw. völliger Abbau von atomaren Sprengköpfen für Artilleriesysteme oder doppelt verwendbare Systeme unter dem Zugeständnis von Produktionskontrollen; ein weltweites Produktionsverbot chemischer Kampfstoffe, sofern Kontrollen über Zwischenprodukte für mögliche binäre Kampfstoffe mit berücksichtigt werden; in dessen Folge dann auch ein Verbot der Lagerung und Verbreitung von C-Waffen; eine Ausweitung des B-Waffenverbots auch auf genmanipulierte „Defensiv-Mittel“ und Verifikation der Nichtanwendung von Gen-Manipulationen für militärische Zwecke, sofern diese Technologie weltweit entweder ganz verboten wird oder, was wohl realistischer ist, auf wenige, internationaler Kontrolle unterliegende Labors beschränkt wird.

Bezüglich der *konventionellen Waffensysteme* erweisen sich alle Versuche einer *dauerhaften* Beschränkung ihres Verbreitungsgebiets als unrealistisch, so wünschenswert dies *aktuell* für eine Verlangsamung der Rüstungseskalation auch ist. Die bisherige Beschaffungspolitik der NATO-Staaten spiegelt diese Tatsache insofern wider und bestätigt sie damit indirekt, als sie von der Konzeption, den waffentechnologischen Vorsprung durch stete Neuentwicklungen aufrechtzuerhalten²⁴, ausgeht. Technisch möglich und für den Abrüstungsprozeß von Bedeutung sind aber grundsätzlich

- die Verifikation der Quantität und Qualität vorhandenen Großkampffgeräts durch Datenaustausch, Satellitenbeobachtung, Vor-Ort-Inspektion von standardisierten Streitkräfte-Einheiten (durch Standardisierung werden verlässliche Hochrechnungen möglich) und von Manövern;

24 Vgl. z.B. das Kommuniqué der Ministertagung des Verteidigungs-Planungsausschusses der NATO am 26./27. 5. 1988 in Brüssel, dokumentiert in: Europa-Archiv 15, Bonn 1988, S. D406-D409. Darin heißt es: „Mit Blick auf die Zukunft müssen wir alle Anstrengungen energisch weiterverfolgen, um die erforderlichen Verbesserungen in unseren eigenen Streitkräften zu erreichen.“

- die Verifikation von Manöverbegrenzungen, Reduzierungen und Rückverlagerungen ganzer Einheiten, sowie von Rückverlagerungen hochmobiler Systeme (z.B. von Kampfflugzeugen durch Beseitigung weit vorgelagerter Fliegerhorste und Großflugplätze);
- die Verifikation der Nichtentwicklung grundsätzlich neuer größerer Waffensysteme²⁵ mittels Datenaustausch über die jeweils noch vorhandenen Systeme und Verdachtskontrollen (was aber gewisse Weiterentwicklungen bereits vorhandener Waffentypen nicht ausschließt, es sei denn via Vereinbarung qualitativer Funktionstests durch internationale Institutionen);
- die prinzipielle Durchführbarkeit von Rüstungskonversion, wie sie z.B. China in größerem Ausmaß in den vergangenen Jahren — vor allem aus ökonomischen Gründen — betrieb²⁶ und wie sie die UdSSR mit der UNO-Erklärung im Dezember 1988 zum verbindlichen Ziel der nächsten zwei Jahre erklärte²⁷;
- ein wirksames Exportverbot zumindest militärischen Großgeräts außerhalb der Bündnisgebiete von NATO und WVO.

Problematisch bleiben — vom wissenschaftlich-technischen Aspekt her — vor allem Fragen der *qualitativen* Vergleichbarkeit von Waffensystemen im Abrüstungsprozeß und der Abgrenzung von *Waffenfunktionen* (Einsatz eines Abwehrsystems gegen taktische Raketen auch zur Satellitenabwehr, einer Boden-Luft-Rakete auch zum Angriff auf Bodenziele, Nutzung konventioneller Systeme für atomare und chemische Optionen).

Ein Verbot von *Waffen im Weltraum* hingegen könnte, zumal hier nur wenige Raketen-Startgelände kontrolliert werden müßten, relativ leicht mittels der obengenannten Kontrollen bzw. einer internationalen Weltraumbehörde, die alle Starts von Satelliten überwacht, verifiziert werden.²⁸

Damit ergibt sich auf wissenschaftlich-technischem Gebiet eine komplexe, systemübergreifende Zusammenarbeit herausfordernde, aber drastischen Abrüstungsvorschriften auf *allen* Ebenen schon heute keineswegs konträr entgegenstehende Problemlage.

2.2. Die militärstrategische und militärdoktrinäre Ebene

Wesentliche Merkmale einer jeden Militärdoktrin sind die Benennung des zu verteidigenden Gebiets, der Verbündeten und des potentiellen Gegners, der

25 Das ausgehandelte (wenn auch nicht ratifizierte) SALT-II-Abkommen stellt nicht nur den Beleg für die quantitative Verifizierbarkeit von Großwaffensystemen dar, sondern auch — obwohl weniger beachtet — für qualitative Begrenzungsmöglichkeiten: Jede Seite durfte nur ein neues Trägersystem für die Interkontinentalraketen entwickeln. Vgl. Dokumente zur Abrüstung 1977 — 1982, Berlin (DDR) 1984, S. 159-171.

26 Laut Ulrich Albrecht, Beitrag auf dem Tübinger Kongreß der Naturwissenschaftler-Initiative „Verantwortung für den Frieden“ am 3./4. 12. 1988, schaffte China in nur zwei Jahren die Konversion von 40 % seiner Rüstungsindustrie in den zivilen Sektor.

27 Rede Michail Gorbatschows vor der UNO-Vollversammlung vom 7. 12. 1988, in: Dokumente Nr. 59 der Presseabteilung der Botschaft der UdSSR, Köln, 8. 12. 1988.

28 Zu dieser Problematik siehe auch Jürgen Scheffran, in: Arbeitskreis Marburger Wissenschaftler für Friedens- und Abrüstungsforschung (Hg.), Rüstungskontrolle im Weltraum, Marburg 1986.

militärischen Mittel, die im Verteidigungsfall eingesetzt werden, sowie des Ortes der Austragung einer militärischen Konfrontation. Aus diesen Vorgaben leiten sich dann Strategie und operativ-taktische Einsatzrichtlinien ab, die wiederum den Streitkräfteumfang, die Beschaffung militärischen Geräts, die Dislozierung etc. bestimmen. Ohne eine grundlegende Veränderung von Militärdoktrinen und strategischen Richtlinien scheint daher wirksame, d.h. drastische Abrüstung kaum möglich zu sein.²⁹

Diese Erkenntnis liegt auch dem Angebot der WVO-Staaten vom Juli 1988 zur gemeinsamen Erörterung der Militärdoktrinen von NATO und WVO zugrunde. Durch Aufgreifen der jeweiligen Bedrohungsängste sollen konkrete Schritte in Richtung reiner Verteidigungsfähigkeit — wie sie der Drei-Stufen-Plan der WVO zur konventionellen Abrüstung als Ziel benennt³⁰ — gegangen werden.

Auf das KSZE-Gebiet bezogen erfordert das vor allem — in der obengenannten Reihenfolge:

- die Ersetzung der Definition des jeweiligen „Schutzgebiets“ (NATO, WVO) durch eine *politische Sicherheitsgarantie* für die Souveränität und Unabhängigkeit eines *jeden* KSZE-Staates durch *alle* KSZE-Staaten (mit entsprechenden, von allen akzeptierten politischen und ökonomischen Sanktionsmitteln gegen Verstöße anstelle militärischer Einsätze); hierin ist eine wesentliche Voraussetzung für die Auflösung der bestehenden Militärblöcke zu sehen;
- das damit verbundene Fallenlassen bisheriger — direkter oder indirekter — Feindbild-Bestimmungen in der Militärdoktrin³¹ zugunsten einer „Bündniskonzeption“, die in dem *übergeordneten Bündnis* von NATO-, WVO- und neutralen KSZE-Staaten den politischen Garant für Sicherheit und Unabhängigkeit aller Mitglieder sieht (eine solche Konzeption verlangt dabei in der Anfangsphase noch nicht die Auflösung der Militärblöcke, die als „Teilbündnisse“ noch bestehen können, aber im fortlaufenden Prozeß zunehmend obsolet werden);
- die *erklärte Bereitschaft* zur gemeinsamen Überwindung von Doktrinen, die den Einsatz von A-, B- oder C-Waffen sowie von konventionellen Massenvernichtungs-Waffen inner- wie außerhalb des KSZE-Gebiets vorsehen; dies erfordert z.B. die Bereitschaft zur Abkehr von der atomaren Abschreckungsstrategie, vom Konzept der „flexible response“, also dem selektiven und eskalierten Einsatz von Atomwaffen, von der US-Einsatzrichtlinie „Air-Land-Battle“ eines kombinierten atomaren, chemischen und konven-

29 Wer z.B. Tiefflüge abschaffen will, muß sich für das Fallenlassen der FOFA-Richtlinien engagieren. Denn diese sehen das Unterfliegen des gegnerischen Radars vor, um dessen Nachschubkräfte weit vor den eigenen Grenzen anzugreifen.

30 Erklärung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Vertrags zu den Verhandlungen über die Reduzierung der Streitkräfte und konventionellen Rüstungen in Europa vom 15. / 16. 7. 1988 in Warschau, in: Europa-Archiv 15, a.a.O., S. D427 ff.

31 Zwar behaupten NATO-Kreise immer wieder, es gebe kein offizielles Feindbild, aber in Studien wie z.B. dem Bericht der Nordatlantischen Versammlung: NATO in the 1990s, a.a.O., S. 13, heißt es unzweideutig: „The Alliance must improve its ability to defend conventionally against non-nuclear Warsaw Pact capabilities ...“.

tionellen Krieges, aber auch von Konzepten wie „discriminate deterrence“.³²

Nicht ausgeschlossen, sondern vermutlich sogar noch erforderlich sind hingegen *Übergangskonzepte* — wie das der atomaren „Minimalabschreckung, das eine drastische Reduzierung der Nuklearwaffen bis auf Restbestände von 2 bis 5 % des heutigen Bestands zuläßt,³³ die nur noch für die Abschreckung eines atomaren oder chemischen Angriffs bestimmt sind und daher ohne Widerspruch zu einer solchen Doktrin in einer letzten Stufe weltweit beseitigt werden können; zugestanden werden muß auch eine gewisse *Erarbeitungszeit* solcher Übergangskonzepte als neue Bündnisdoktrin durch Politiker und Militärs (wissenschaftlichen Vorlauf gibt es allerdings genug), jedoch muß diese möglichst kurze Zeit *ernsthaft* genutzt werden;

- ebenso die *erklärte Bereitschaft* zur Überwindung von Doktrinen und Richtlinien, die den Waffeneinsatz der Bündnisysteme *außerhalb* des jeweiligen Bündnisgebiets, also auf fremdem Territorium, vorsehen³⁴, in Verbindung mit einer Verzichtserklärung auf Waffeneinsatz *innerhalb* der jeweiligen Bündnisse gegen ein Mitgliedsland und auf größere Truppenstationierungen außerhalb der eigenen Landesgrenzen. Diese Erfordernis korrespondiert mit dem *Übergangskonzept* einer „strukturellen Angriffsunfähigkeit“ der beiden Militärblöcke,³⁵ das den vordringlichen Abbau besonders offensivfähiger Waffensysteme auf konventioneller Ebene (zu Land, in der Luft und auf See), militärische Verdünnungszonen an den Block-Grenzen, deutliche Truppenreduzierungen und den Abbau von im Ausland stationierten Truppen sowie

32 Dieser Umdenkprozeß hat bei der SPD inzwischen zu einer generellen Infragestellung atomarer Abschreckung (aber noch nicht zu deren Ablehnung im Münsteraner Parteitagbeschuß vom 30. 8.-2. 9. 1988, in: Politik, Informationsdienst der SPD, Nr. 10, Bonn 1988) und zur Forderung nach einem atomwaffenfreien Europa geführt. Andreas von Bülow hat inzwischen auch die Kritik am FOFA-Konzept übernommen: „Auch die Luftangriffsdoktrinen beider Seiten müssen aufgegeben werden“ (A. von Bülow, Arbeitspapier zur SPD-Programmwerkstatt, Bonn, 11. 5. 1988). Zaghafte beginnt aber auch in der FDP und der CDU ein Umdenkprozeß. Im Beschluß des 36. Parteitages der CDU (in: CDU-Dokumentation 19, Bonn 1988, S. 13) heißt es z.B.: „Wir werden auf absehbare Zeit mit der nuklearen Grenzsituation leben müssen. Sie verpflichtet uns, mit aller Kraft nach einer durchsetzbaren politischen Friedensordnung zu suchen, die die Kriegsverhütung durch militärische Abschreckung nach und nach ersetzen könnte.“

33 Viele dieser Konzepte knüpfen an die Vorstellungen des ehemaligen US-Außenministers Robert McNamara an, der 2 % der Atomwaffenpotentiale (weltweit 1000 Gefechtsköpfe) für völlig ausreichend hielt. Siehe dazu Robert McNamara, *Blindlings in Verderben. Der Bankrott der Atomstrategie*, Hamburg 1986, S. 138.

34 Das bedeutet auch den Verzicht auf militärische Gegenoffensiv-Optionen, etwa zugunsten von politischen Kriegsbeendigungsmechanismen! Vgl. dazu Rolf Lehmann, *Militärische Aspekte der Sicherheit und die Militärdoktrin der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages*, in: IPW-Berichte 10, Berlin (DDR) 1988, S. 12 ff.

35 Zur Konzeption der Strukturellen Angriffsunfähigkeit vgl. aus der umfangreichen Literatur v.a. Dieter S. Lutz, *Zur Theorie Struktureller Angriffsunfähigkeit*, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Hamburg 1987; Wolfgang Schwarz, noch unveröffentlichte Dissertation, Berlin (DDR) 1988, Kap. 4, S. 115-175; Gerd Matzke, *Auf der Suche nach Abrüstung*, ZMF-Arbeitspapiere 2, Frankfurt/M. 1988.

eine Umstellung der Streitkräftestrukturen auf geringere Einsatzbereitschaft und Fähigkeit zu offensiven Operationen zuläßt.

Ein solches Übergangskonzept erfordert u.a. den Verzicht auf Optionen, wie sie im FOFA-Konzept der NATO zum Ausdruck kommen, ebenso jedoch den Verzicht auf grenzüberschreitende Vorwärtsverteidigung, wie sie lange Zeit Richtlinie der WVO-Staaten im Falle eines Angriffs war.³⁶

So drastische Einschnitte in die vorhandenen Rüstungsarsenale ein solches Übergangskonzept ermöglicht (gegen kompensierende Aufrüstung mit sog. „defensiveren“ Waffen muß man allerdings auf der Hut sein!³⁷) und so sehr damit erstmals nach dem 2. Weltkrieg eine militärische Struktur geschaffen würde, die *aus sich heraus* nicht mehr Bedrohungsängste provoziert und politischer Vertrauensbildung im Wege steht, so notwendig ist es, auf die Schwächen dieses Übergangskonzepts hinzuweisen. Sie liegen v.a. im fortgesetzten Vorhandensein von zwei Paktsystemen, die voreinander zwar angriffsunfähig, aber eben immer noch *voreinander* gerüstet sind.

Deshalb muß dieses Konzept in die vorangegangenen Überlegungen zur Militärdoktrin eingebettet werden, um eine weitergehende Konzeption der *Entmilitarisierung ganz KSZE-Europas* nicht zu blockieren. Letztere kann heute wegen der Kriegsuntauglichkeit der modernen Industriegesellschaften und umfassender nichtmilitärischer Sicherheitsgarantien sogar bei Fortexistenz unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen grundsätzlich *bis auf Null* heruntergehen, wie dies radikale Pazifisten seit langem fordern (mit Ausnahme einiger Inspektoren-Teams zur Verifikation sowie der jeweiligen Polizeikräfte, die — solange Staaten existieren — zur Aufrechterhaltung jeder Staatsordnung verwendet werden); denn Armeen, die nur noch fähig sind, einen Angriff der Nachbararmee abzuwehren, können, ohne die Interessen eines einzigen Staates zu verletzen, gleichzeitig weiter reduziert und ganz abgebaut werden. Einzige Bedingung dafür ist nach dem Erreichen der Angriffsunfähigkeit in KSZE-Europa die *globale* Beseitigung solch weitreichender Waffensysteme, die auf das entmilitarisierte KSZE-Europa einwirken könnten.

Während die WVO-Staaten erklärt haben, daß sie für alle notwendigen Veränderungen der Militärdoktrin und -strategie offen sind, die atomare Abschreckungsdoktrin überwinden, auf den Ersteinsatz von Atomwaffen verzichten, alle Massenvernichtungswaffen beseitigen, ein System gemeinsamer *politischer* Sicherheit aufbauen, alle ausländischen Militärstützpunkte auflösen, die Truppenstärken und Rüstungsmittel transparent machen, diese — mit dem Abbau aller Asymmetrien — drastisch zugunsten ziviler Projekte reduzieren

36 Die erklärte Bereitschaft zur Umstellung dieses Teils der Militärstrategie kommt am deutlichsten durch die im Dezember 1988 und Januar 1989 erklärten einseitigen Abrüstungsschritte der WVO-Staaten zum Ausdruck, die hauptsächlich vorne stationierte Truppen und Mittel für Offensivoperationen betreffen.

37 Negatives Beispiel ist hier der SPD-Bundestags-Fraktionsbeschluß, der zahlreiche neue Rüstungsprojekte vom Panzerabwehrhubschrauber bis zu neuen Flugabwehrraketen im Namen der Strukturellen Angriffsunfähigkeit gutheißt. Siehe: SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Positionspapier zur Streitkräfte-, Personal-, Rüstungs- und Finanzierungsplanung der Bundeswehr, Bonn, 19. 4. 1988.

und Angriffsunfähigkeit erreichen wollen³⁸, ist von seiten der NATO ein solch deutliches Signal bislang nicht erfolgt.

Zwar wurde mit dem erfolgreichen Abschluß der KSZE-Folgekonferenz und der Mandatsverhandlung für konventionelle Abrüstung in Europa (vom Atlantik bis zum Ural) sowie der erstmaligen Nichterwähnung der Sowjetunion als „Gegner“ auf der NATO-Außenministertagung im Dezember 1988 deutlich, daß in der NATO ein reiner Blockadekurs gegen Abrüstung (von wem auch immer) nicht durchsetzungsfähig ist. Doch inwieweit das für den Mai 1989 angekündigte „Gesamtkonzept“ den obigen Kriterien entspricht, ist noch völlig unklar.

Immerhin beginnt in relevanten NATO-tragenden Kreisen eine Enttabuisierung wichtiger Themen: in den sozialdemokratisch-sozialistisch orientierten Parteien (die in einer Reihe wichtiger NATO-Länder in Regierungen vertreten sind), wächst die Kritik an der atomaren Abschreckungsdoktrin.³⁹ Für Frankreichs Regierung, bisher heftigste Kritikerin der flexible response, kommt eine „Minimalabschreckung“ gar den Anstrengungen zur Aufwertung des eigenen Atomwaffenpotentials entgegen⁴⁰, weshalb Präsident Mitterrand nun auch die grundsätzliche französische Bereitschaft zu „späterer“ Einbeziehung des französischen Atompotentials in Abrüstungsvereinbarungen erklärte.⁴¹ Auch die Unterstützung der Pariser C-Waffen-Erklärung bedeutet eine bemerkenswerte Abkehr von der bisherigen starren französischen Haltung in dieser Frage. Die gleiche Logik steht letztendlich auch hinter dem französischen Drängen auf zunächst primär *konventionelle* Abrüstung⁴²: sie ließe Zeit für atomare Modernisierungen zur „Aufbesserung“ der eigenen Verhandlungsbasis und würde v.a. den Bereich betreffen, in dem — von der Quantität der stationierten Waffen her — nicht Frankreich oder Großbritannien, sondern die BRD die „führende“ westeuropäische Militärmacht ist. Gemeinsame deutsch-französische bzw. deutsch-britische Brigaden und eine Ausweitung des französischen „Atomschirms“ sollen in dieser Logik konventionelle Abrüstung, die vor allem die BRD beträfe, ermöglichen, ohne dort eine „Neutralismusgefahr“ befürchten zu müssen. Ähnliche Überlegungen gelten

38 Vgl. z.B. das Kommuniké der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Mitgliedsstaaten des Warschauer Vertrags am 15. und 16. Juli 1988 in Warschau, in: Europa-Archiv 15, a.a.O., S. D420-D426.

39 Insbesondere in der Labour Party mit ihrer Forderung nach Abbau des britischen Atompotentials, in der deutschen Sozialdemokratie in bezug auf die landgestützten Atomwaffen in Europa, bei Spaniens Sozialisten in Gestalt der Kündigung des Stützpunkt-Vertrags für die F-16-Kampfflugzeuge der USA oder in Dänemark in der Auseinandersetzung um die Einfahrt von atomar bestückten US-Schiffen.

40 Vgl. hierzu Michel Villon und Klaus-Peter Weiner, in: Zentrum für Marxistische Friedensforschung (Hg.), *Betrifft: Rüstung ...* 88/89, Frankfurt/M. 1988, S. 163 ff. bzw. 136 ff. Auf die Umbewertung und Mittelverlagerung Frankreichs von der konventionellen in die atomare Rüstung weist auch H.G. Erhart hin, in: H.G. Erhart, *Französische Verteidigungspolitik im Wandel? Zur Problematik konventioneller Verteidigungskooperation zwischen Paris und Bonn*, Bonn 1987.

41 Vgl. Pressemitteilung anläßlich des Besuchs von François Mitterrand in Moskau vom 25. 11. 1988, in: *Dokumente* Nr. 57, a.a.O., vom 28. 11. 1988.

42 Vgl. ebenda.

im Prinzip auch für Großbritannien, das mit Frankreich Gespräche über eine Koordinierung der Atomstreitkräfte führt, um so — ohne die Rolle des engsten US-Vertrauten zu verlieren — westeuropäische Interessen besser zur Geltung bringen zu können.

Mehr noch als die USA sehen die Regierungen dieser Länder in konventioneller Abrüstung vor allem ein Mittel, um die Sowjetunion aus den übrigen Ländern Osteuropas zumindest militärisch „herauszudrängen“.⁴³ Daher entspringt ihre Forderung, bei den KRK-Verhandlungen vor allem über Landstreitkräfte und deren Waffen zu verhandeln, nicht einfach nur dem Wunsch, allein auf solchen Gebieten abzurüsten, wo die WVO quantitativ überlegen ist. Doch bei der heute vorhandenen sowjetischen Bereitschaft, unter den Bedingungen des gleichzeitigen westlichen Truppen- und Rüstungsabbaus ihre Militärpräsenz im Ausland drastisch zu verringern, kann, was die Landstreitkräfte betrifft, zusätzlich zu den finanziellen Problemen vieler NATO-Staaten ein konkretes Abrüstungsinteresse innerhalb der NATO entstehen.

Um dieses Ziel zu erreichen, sind dann auch westliche „Zugeständnisse“, z.B. zur Einbeziehung der Luftstreitkräfte denkbar, wenn man das Vorgehen der NATO-Staaten auf der Pariser C-Waffen-Konferenz als Nagelprobe für solche Flexibilität nehmen kann (gewünscht war die Nichtverbreitung von C-Waffen, geschluckt wurde dafür das Ziel der globalen Beseitigung dieser Waffen). Vorschläge wie der vom stellvertretenden CDU-Fraktionschef Rühle, die Panzerzahl in Europa auf jeweils 15000 zu reduzieren⁴⁴ (das sind nach NATO-Angaben gut 30 %, nach WVO-Angaben 50 % weniger als die NATO derzeit in Europa besitzt), entsprechen — wie auch der Vorschlag der NATO vom Dezember zur Reduzierung der Kampfpanzer auf 20000 in Europa⁴⁵ — eben solchen Interessenslinien. Sie kommen auch in den kontroversen Diskussionen der Regierungskoalition über den notwendigen Umfang der aktiven Streitkräfte zum Ausdruck.⁴⁶ Ein umfassendes Konzept zu einer Panzerreduzierung auf 50 % des NATO-Niveaus mit regionalen Unterteilungen und einer militärischen Verdünnungszone, das — bei aller Kritik im Detail (wie z.B. an der Aufstockung des niederländischen Panzerpotentials) — eine konstruktive Verhandlungsgrundlage für diesen Teilbereich sein und zugleich relevanten

43 Am deutlichsten nachzulesen bei Karl Kaiser (Direktor der DGAP), in Europa-Archiv 22, Bonn 1987, S. 642.

44 Nach seinen ursprünglich prozentual am angeblichen NATO-Potential festgemachten Kürzungsvorschlägen (Süddeutsche Zeitung, 22. 9. 1988) nannte Rühle nach dem Vorliegen des Streitkräfte-Vergleichs der WVO-Staaten am 31. 1. 1989 in der ARD-Sendung „Brennpunkt“ die absolute Zielmarke von 15000 Kampfpanzern in Europa und liegt damit nur noch wenig über Bülow's vorgeschlagenen 11000.

45 Communiqué der NATO-Außenministertagung vom Dezember 1988, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 174, Bonn, 13. 12. 1988.

46 Vgl. die Äußerung von Admiral Schmähling, in: Frankfurter Rundschau, 20. 12. 1988; aber sogar bei führenden Koalitionspolitikern wie Verteidigungsminister Scholz beginnt eine Enttabuisierung des Streitkräfte-Umfangs: „Dieser Umfang (der Bundeswehr und der verbündeten Streitkräfte, der Autor) ist in der Tat zu messen an dem, was Bedrohung heißt.“, Interview, in: Die Zeit, 7. 10. 1988.

westlichen Interessenslinien entsprechen könnte, liegt mit dem Washingtoner Bülow-Papier von Ende 1988 vor.⁴⁷

Außer absehbaren Konflikten, sich über den Umfang von Reduzierungen und von Rückverlagerungen ausländischer Truppen (geographische Räume, Obergrenzen für ausländische Truppenanteile in jedem Staat) zu einigen, ist z.Zt. — trotz aller Unkenrufe — kein wirklicher, unlösbarer Knoten in bezug auf die Abrüstung der Landstreitkräfte zu erkennen. Dies gilt auch für die dual capable systems, da selbst eine Halbierung der Artilleriesysteme noch keinen Einschnitt in die Verwendbarkeit *aller* heute vorhandenen nuklearen und chemischen Sprengköpfe auf den restlichen Systemen bedeutet und Raketen *bisher* rein atomar verwendet wurden.

Anders sieht es bei den Luftstreitkräften aus, die aus obengenannten Gründen für die NATO weniger „abrüstungsrelevant“ sind, obwohl gerade sie für Überraschungsangriffe (siehe das Beispiel des 6-Tage-Kriegs Israels bei unterlegenen Landstreitkräften) von herausragender Bedeutung sind. Bisher ist außer einer Latte von aufgeführten Hindernissen (korrekte Zählweise der verlegbaren Systeme usw.) kein brauchbarer westlicher Vorschlag hierzu vorhanden, mit Ausnahme von politischen Erklärungen, daß diese Streitkräfte und Rüstungen in das Mandat einbezogen werden sollen.⁴⁸ Dabei könnte das Problem durch Aufteilung der Flugzeuge in die Kategorien „für die Bekämpfung von Bodenzielen geeignet“, „nur für den Luftkampf geeignet“ sowie „sonstige Flugzeuge“ (Versorgung, Aufklärung, elektronische Datenübertragung)⁴⁹, durch Anrechnung aller ständig in Europa (vom Atlantik bis zum Ural) einsatzbereiten Flugzeuge auf diese Kategorien und durch Gewährung eines sowjetischen Pendantes hinter dem Ural zur Zahl der in den USA stationierten, für Europa vorgesehenen Flugzeuge und zur Überzahl an NATO-Kampfflugzeugen auf Schiffen in europäischen Gewässern gelöst werden.

Eine Halbierung des für Bodenangriffe geeigneten Flugzeug-Potentials und eine — von der Reduzierung landgestützter, vor allem „intelligenter“ Luftabwehrsysteme abhängige — Senkung auch des rein Luftkampf-fähigen Potentials (westliche Vorteile bei bodengestützter Luftabwehr sucht die WVO durch ihre Jagdflugzeuge auszugleichen) erscheinen bei einem solchen Vorgehen nicht ausgeschlossen. Sie schließen allerdings die Bereitschaft zur Einschränkung und schließlichen Aufgabe des FOFA-Konzepts — etwa als Gegenleistung zur Reduzierung und Rückverlagerung der WVO-Streitkräfte — ein. Dazu steht eine schlüssige Antwort der NATO allerdings noch aus.

47 Andreas von Bülow, Conventional Stability NATO-WTO. An Overall Concept, Washington D.C., October 7, 1988.

48 Das ist im Wiener Verhandlungsmandat festgelegt. Aber auch der sog. Genscher-Plan sieht nichts Konkretes für die Luftstreitkräfte vor („Erfassung weiterer Kategorien entscheidenden Großkampferäts, weitere Absenkung der gleichen Obergrenzen“), in: Frankfurter Rundschau, 7. 4. 1988.

49 Eine solche Unterteilung nimmt im übrigen auch das Londoner International Institute for Strategic Studies (IISS) bei seinem Streitkräftevergleich vor. Vgl. dazu: IISS (Hg.), The Military Balance 1988/1989, London 1988.

Was die Atomwaffen betrifft, so ist die Entscheidung über die „Modernisierung“ genannte Aufrüstung von Kurzstreckenraketen, vor allem aber über deren *Stationierung*, noch nicht gefallen. Heftige Befürwortung solcher Aufrüstung (wie durch Verteidigungsminister Scholz, aber auch durch die NATO-Atommächte) in der Tradition der überkommenen Militärdoktrin, nirgends eine „Waffenlücke“ entstehen zu lassen⁵⁰ (ebenso verhält es sich mit den luftgestützten Mittelstreckenraketen), taktisch bedingtes Verdrängen dieses Themas aus der öffentlichen Debatte als „nicht aktuell entscheidungsbedürftig“ (Kohl), aber auch ernsthafte Überlegungen, die taktischen Atomwaffen als Verhandlungs-Chip zu nutzen und ggf. *nicht* zu modernisieren (FDP-Parteitag 1988, Junge Union)⁵¹, sind in der BRD aufgrund der besonderen Gefährdung Mitteleuropas durch diese Waffen und der vermuteten Gefahr einer Abkoppelung der BRD von den Westalliierten in einem auf Mitteleuropa begrenzten Atomkrieg noch konkurrierende sicherheitspolitische Strömungen in den herrschenden Kreisen.⁵²

Denkbar sind Varianten — wie sie Egon Bahr im Januar 1989 in offensichtlichem Bezug auf FDP-Diskussionen vorstellte⁵³ —, zwar rechtsverbindliche Null-Lösungen für Kurzstreckenraketen abzulehnen, aber keine „Modernisierung“ bzw. Aufstockung zuzulassen und die alten Lance-Raketen als symbolisches Potential zu behalten, möglichst im Tausch für östliche Kurzstrecken-Raketen-Reduzierung. Dabei darf davon ausgegangen werden, daß die Entscheidung einer Bundesregierung gegen die Stationierung neuer Atomwaffen (Kurzstreckenraketen oder luftgestützte Mittelstreckenraketen) unter den heutigen Kräfteverhältnissen in der NATO von dieser hingenommen werden müßte, zumal das Gewicht der Westeuropäer auch politisch und ökonomisch gewachsen ist.⁵⁴ Zudem ist der militär-strategische Zweck dieser Raketen auch für die USA, Frankreich und Großbritannien (atomares Potential vor ihren Landesgrenzen, US-Raketen-Präsenz im vordersten Bundesgebiet) auch mit den übrigen atomaren Waffensystemen — weltweit besitzt die NATO rund 5000 nuklearfähige taktische Kampfflugzeuge — noch erfüllt.

Noch deutlicher ist das Interesse Bonns an Reduzierungen bei der nuklearen Artillerie, da sie weder eine besonders „abschreckende“ noch eine von der Bundesregierung gewünschte „eskalierende“ Wirkung besitzt, vielmehr Befürchtungen eines „begrenzten“ Atomkriegs im Falle eines militärischen Konflikts schürt. Zugleich machen diese Sprengköpfe aber einen Großteil der

50 Zu den Kompensationsplänen auf Ebene der Atomwaffen siehe: Informationsstelle Wissenschaft und Frieden (Hg.), Dossier Nr. 1. NATO und taktische Nuklearwaffen: Vor einer neuen Rüstungsrunde?, Bonn 1988.

51 Vgl. FDP-Parteitagbeschuß vom 7./8. 10. 1988, in: Argumente zur Friedens- und Sicherheitspolitik der FDP, Bonn 1988.

52 Vergleiche dazu auch den Beitrag von Peter Dietzel und Hans-Jürgen Kawalun in diesem Band.
53 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.1. 1989.

54 In der Anhörung des inzwischen vom US-Senat abgelehnten US-Verteidigungsministers Tower vor dem US-Verteidigungsausschuß wies dieser z.B. explizit auf die Zustimmungs-Bedürftigkeit einer Stationierung modernisierter Kurzstreckenraketen durch die betroffenen Bündnispartner hin. Nach ARD-„Tagesthemen“, 27. 1. 1989.

Atomwaffen in Mitteleuropa aus. Eine Halbierung dieser Nuklearsprengköpfe wird inzwischen sogar von Minister Scholz — allerdings bei Modernisierung der verbleibenden Systeme — nicht ausgeschlossen.⁵⁵ Auch Positionen, diese Waffen (und damit auch Neutronensprengköpfe) ganz auf Null zu reduzieren (Dregger)⁵⁶, sind bis ins konservative Lager vorhanden, ohne in der NATO auf nennenswerten Widerstand zu stoßen. Kaum Aussicht auf Realisierung haben z.Zt. jedoch Konzeptionen von Korridoren bzw. Zonen ohne A-, C- oder konventionelle Waffen, solange sie nicht Bestandteil *umfassender* konventioneller und atomarer Abrüstung sind. Die Gründe für die ablehnende Haltung der meisten konservativen Regierungen und der NATO-Militärs liegen wesentlich in den erläuterten Zielen einer Zurückdrängung des sowjetischen Potentials insgesamt aus den übrigen WVO-Ländern. Inwieweit die NATO und die WVO zu einem weitgehenden Verzicht auf *neue* Waffensysteme bereit sind (Vorteil NATO: Festschreibung des vorhandenen technologischen Vorsprungs; Vorteil WVO: keine Ausweitung des technologischen Vorsprungs der NATO), muß sich erst noch erweisen. Dasselbe gilt — auf die NATO bezogen — für die Bereitschaft, Militärdoktrinen, -strategien und auch Einsatzoptionen für Einsätze außerhalb des Vertragsgebiets entsprechend den obengenannten Erfordernissen zu überprüfen.

2.3. Die politisch-ökonomische Ebene

Von zentraler Bedeutung ist aber auch die Beantwortung der Frage, welche politischen und ökonomischen Interessenlagen den oben skizzierten Abrüstungszielen im Wege stehen, welche davon an die objektiven Erfordernisse anpassungsfähig (abrüstungsverträglich) sind und welche Interessen gar abrüstungsfördernd wirken können.⁵⁷ Dabei muß von einer ständigen Koexistenz aller drei Interessengruppen im staatsmonopolistischen Kapitalismus — auch innerhalb des Kapitals selbst — ausgegangen werden, wobei es auf die Durchsetzung der beiden letzten Strömungen als bestimmendem Faktor für die Entwicklungsrichtung der Gesellschaft ankommt.

Entscheidend für Durchbrüche zur Abrüstung ist daher zunächst die *Isolierung*, aber noch nicht die endgültige *Beseitigung* der aggressivsten Tendenz, die aus den Interessen der Rüstungsindustrie sowie bestimmter, auf eine Außenpolitik militärischer Stärke setzender politischer und militärischer Kreise gespeist wird (ebenso *existiert* z.B. auch heute noch ein neonazistisches Potential in der BRD und muß bekämpft werden, ist aber nicht *bestimmender* Faktor für die Form der gegenwärtigen Herrschaftsausübung — die bürgerliche Demokratie).

55 Zu den atomaren Aufrüstungsplänen vgl. Informationsstelle Wissenschaft und Frieden, Dossier Nr. 1, a.a.O.; der CDU-Politiker Rühle hielt sogar eine umgehende Reduzierung der nuklearen Artillerie um 80 % für sinnvoll, in: Frankfurter Allgemeine, 27. 12. 1988 und 8. 12. 1988.

56 Erneut forderte Dregger auf der Münchener Wehrkundetagung im Januar 1989, „die atomare Artillerie abzuschaffen, weil sie nichts taugt“, laut: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31. 1. 1989.

57 Dazu argumentiert Jürgen Reusch, in: Neue Sicherheitspolitik im Nuklearzeitalter, Köln 1988, S. 307 ff.; ders., in: ZMF-Arbeitsmaterialien 2/ 1988, Frankfurt/M. 1988. Vergleiche aber auch die Artikel von Jörg Huffschmid und Jürgen Reusch in diesem Band.

Die politischen und ökonomischen Interessen der WVO-Länder an grundlegender Abrüstung, Kooperation und nichtmilitärischer Konfliktbewältigung liegen heute auf der Hand: die Verbesserung der eigenen wirtschaftlichen Lage, das Bedürfnis nach umfassender Kooperation mit dem Westen, vor allem die notwendige Zusammenarbeit auf ökologischem und technologischem Gebiet, die Erkenntnis, daß die globalen Probleme wie die Verschuldungskrise nur gemeinsam zu lösen sind, und vieles mehr sind handfeste Abrüstungsinteressen, die heute auch von denjenigen, die die prinzipielle Friedensorientierung des Sozialismus nicht als Argument akzeptieren, verstanden werden.

Mit der Aufarbeitung der Stalin-Zeit und der Stagnationsperiode in der Sowjetunion findet zudem eine Abkehr von militärischen Aktionen wie in Afghanistan statt. Aus der Erkenntnis, daß die Probleme der meisten Entwicklungsländer nicht mit einem „Sprung“ in den Sozialismus, durch Ausklinken aus dem Weltmarkt und seinen Interdependenzen oder ohne Kooperation mit den imperialistischen Staaten lösbar sind, resultiert zudem ein fundamentales Interesse an der Ausschaltung des militärischen Faktors in den internationalen Beziehungen überhaupt.

Innerhalb der NATO-Staaten gibt es diesbezüglich hingegen widerstreitende Interessen. In den USA läuft die Suche nach Auswegen aus dem relativen Hegemonieverlust dieses Landes als Weltnation Nr. 1 in politischer, ökonomischer und militärischer Hinsicht. Konzepte, über größere Rüstungslieferungen nach Westeuropa und über ein neues „burden sharing“⁵⁸ einen garantierten Rüstungs-Absatzmarkt und eine Schwächung der Ökonomie der westeuropäischen Konkurrenten herbeizuführen, stehen neben Interessen an einer Sanierung des US-Haushaltslochs, an der Sicherung des sozialen Friedens und an der kostenintensiven Wiedergewinnung von Spitzenpositionen im Zivilgüterbereich. Interessen an einer Wiedergewinnung militärischer Handlungsfähigkeit gegenüber der 3. Welt (zumindest in Form von „glaubwürdigen“ Drohpotentialen) widerstreiten mit Interessen an einer Reduzierung der Bedrohung für das eigene Land, die aus der Fortexistenz und Verbreitung immer modernerer Waffensysteme in aller Welt entsteht. Die Ablehnung des aufwendigen SDI-Programms durch den Präsidentschafts-Wahlkongreß der Demokraten, die Restriktionen des US-Kongresses gegen ausufernde Mittel für die Contras in Nicaragua, die Debatten um US-Truppenreduzierungen in Europa, aber auch Präsident Bushs Abgehen von Rüstungsetat-Steigerungen in Höhe des Bruttosozialprodukt-Zuwachses⁵⁹ sind Beispiele dafür, daß auch in den USA — neben Interessen an Aufrüstung — handfeste Abrüstungsinteressen bis in die herrschenden Kreise hinein existieren.

58 Die Tower-Anhörung vor dem US-Kongreß brachte diese Forderung erneut in das Zentrum der US-amerikanischen Wünsche. In diesem Zusammenhang sprach er auch davon, daß die Reduzierung von US-Truppen in Übersee „kein Tabu“ sein dürfe; nach: unsere Zeit, 28. 1. 1989.

59 Der Rüstungsetat soll nun „nur“ noch um die Inflationsrate wachsen, vgl. Frankfurter Allgemeine, Frankfurt, 8. 2. 1989.

Diese Interessen an Abrüstung bedeuten jedoch nicht das Ende von Versuchen, wenn schon eine Entwertung des militärischen Faktors hingenommen werden muß, diese in politische und ökonomische Vorteile umzumünzen. Auf die sozialistischen Länder bezogen bedeutet dies z.B. eine bewußte Verkopplung von Abrüstungs- und Menschenrechtsfragen durch die USA⁶⁰, wobei weniger reale Besorgnisse um die Menschenrechte eine Rolle spielen, als vielmehr Hoffnungen auf politische, ökonomische und ideologische Vorteile in offeneren sozialistischen Gesellschaften. Bezogen auf die 3. Welt nehmen die beabsichtigten politischen Vorteile in Form der Unantastbarkeit ausländischen Kapitals Gestalt an, egal wer dort regiert. Dies muß als Reaktion z.B. auf die Nationalisierung der Kupferminen in Chile unter der Volksfront-Regierung als ein imperialistisches Ziel hoher Priorität angesehen werden, was heute allerdings politisch als weitgehend durchgesetzt bezeichnet werden kann. In Westeuropa stehen die politischen Bedingungen für Abrüstung insofern günstiger als in den USA⁶¹, als ein wesentlich größerer Handelsaustausch mit den sozialistischen Staaten besteht, gesamteuropäische Probleme, z.B. in Fragen des Umweltschutzes, stärker auf den Nägeln brennen und auch politische Interessen an einem Rückzug der sowjetischen Streitkräfte aus den Ländern ihrer Verbündeten — in Erwartung größerer Öffnung dieser Länder zum Westen — vorhanden sind.

Andererseits dürfen Tendenzen, Westeuropas gewachsene politische und ökonomische Rolle in der Welt auch durch entsprechenden Ausbau der militärischen Komponente zu unterstreichen (Zwei-Säulen-Konzeption mit einem den USA ebenbürtigen westeuropäischen Pfeiler), nicht unterschätzt werden. Im Gegensatz zu den USA besitzen die westeuropäischen NATO-Staaten jedoch kein weltweites militärisches Stützpunkt-Netz und keine größeren Militäreinheiten außerhalb des eigenen Territoriums und einiger Protektorate. Sie haben daher bereits frühzeitig nach dem zweiten Weltkrieg gelernt (lernen müssen), ihre politischen Interessen gegenüber den Ländern der 3. Welt vor allem durch ökonomische Kooperationsbeziehungen und eine politische Vermittler-Rolle (siehe Nahost-Konflikt) durchzusetzen.

Diese widerstreitenden Konzeptionen und andere, mit der unmittelbaren Bedrohungssituation in Europa zusammenhängende Faktoren werden es noch über einen ganzen Zeitraum schwer machen, von einer einheitlichen Entwicklungsrichtung des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Westeuropa in Richtung aktiver Friedensfähigkeit und umfassender Abrüstung zu sprechen.

Erst vor diesem *entwicklungsoffenen* Hintergrund gewinnt der militärisch-industrielle Komplex eine relevante retardierende Funktion, kann als Faktor erheblich abrüstungsblockierend wirken (siehe das Durchziehen des Projekts Jäger 90). Aus dem gleichen Grund aber kann durch das Engagement einer weiterhin aktiven Friedensbewegung und durch neue weitreichende Abrüstungs- und Kooperations-Initiativen der sozialistischen Staaten die Wippe auch in Richtung Abrüstung schwingen.

60 Letztere war lange Zeit Hindernis für den Abschluß der Wiener KSZE-Folgekonferenz und damit die Aufnahme der KRK-Verhandlungen.

61 Zur Rolle Westeuropas vergleiche Klaus-Peter Weiner, in: Zentrum für Marxistische Friedensforschung (Hg.), *Betrifft: Rüstung ...* 88/89, a.a.O., S. 136 ff.

3. Chancen für konkrete Abrüstungsschritte in Europa

Eine weiterführende Analyse — die hier aber aus Platzgründen nicht möglich ist — müßte an dieser Stelle auch die „Wechselwirkungen zwischen den drei genannten abrüstungsrelevanten Ebenen thematisieren (wie schnell wissenschaftliche Defizite aufholbar sind, ist z.B. von politischen Paradigmen abhängig; die Rolle der „flexible response“-Strategie als politisches Bindemittel ansonsten divergierender Interessen in der NATO ist eine weitere derartige Wechselwirkung).

Ein realistischer Abrüstungsfahrplan, der alle genannten Faktoren in Rechnung stellt und zugleich an den Zielen der Friedensbewegung orientiert ist, könnte für die Zeit bis zur Jahrhundertwende etwa wie das nachfolgende Szenario aussehen. Dieses soll nicht suggerieren, daß der skizzierte Prozeß der einzig mögliche oder der wahrscheinlichste ist (insofern sind auch Details recht irrelevant). Vielmehr sollen die mit einem umfassenden Abrüstungsprozeß verbundenen vielfältigen Probleme, Stockungsgefahren und Anforderungen an weiterführende Initiativkraft sichtbar werden, um sie schon heute zum Gegenstand weiterer Überlegungen zu machen.

Die Schritte im Einzelnen:

- * Die WVO-Staaten beginnen einseitig mit der angekündigten konventionellen Abrüstung und stellen ihre Militärdoktrin und -Strategie auf reine Defensivfähigkeit, einschließlich Rückverlagerung von besonders offensivfähigen Truppenteilen und Waffensystemen, um. Sie reduzieren die atomaren Kurzstreckenwaffen und die nuklearen Artilleriegeschosse deutlich und plädieren für Verhandlungen über diese Systeme.
- * Die NATO-Staaten verschieben den *Vollzug* des Modernisierungs-Beschlusses zur Lance-Nachfolge (ohne ihn generell aufzugeben), bieten die Halbierung der nuklearen Artillerie als einseitige Maßnahme bei *entsprechender* Abrüstung der WVO an, bekräftigen den Reduzierungsvorschlag für Kampfpanzer auf 20000 und signalisieren Bereitschaft zu 10- bis 20-prozentigen Truppenreduzierungen. Einseitige Abrüstung, eine dritte Null-Lösung, Zonen- und Korridorkonzepte oder die Einbeziehung der Seestreitkräfte lehnen sie jedoch weiterhin ab.
- * Die WVO-Staaten gehen auf die Panzer- und Streitkräfte-Reduzierungsvorschläge im wesentlichen ein. Es werden zunächst 18000 Kampfpanzer und (nach den WVO-Zählkriterien) 3 Millionen Soldaten als Obergrenze festgelegt (sowie entsprechende Reduzierungen bei anderem militärischem Gerät der Landstreitkräfte). Die WVO-Staaten erklären sich mit einer vorgezogenen Vereinbarung über diesen Schritt einverstanden, wenn die NATO rasche Nachfolgevereinbarungen für die Luftstreitkräfte und die Luftabwehrsysteme durch klare Benennung eines konkreten Vorschlags hierzu sowie eine Nichtaufrüstung bei den taktischen Atomwaffen (zu Land, See und in der Luft) verspricht.
- * Inzwischen vereinbaren die USA und die UdSSR den START-Vertrag zur Halbierung der strategischen Atomwaffen. Eine internationale Konvention zur Beseitigung der C-Waffen bis zum Jahr 2000 tritt — nicht ohne Wider-

stand aus den USA und eine Option auf zeitlich befristete Restbestände unter internationaler Kontrolle — in Kraft.

- * Die NATO akzeptiert die von ihr favorisierte Vorwegnahme der Abrüstung von Landstreitkräften, erklärt das Junktim mit den Atomwaffen für unzulässig, verschiebt aber nochmals den Vollzug der Lance-Modernisierung (nicht jedoch die Ausrüstung der Flugzeuge mit atomaren stand-off-Waffen). Ein Angebot zur Abrüstung der Luftstreitkräfte unter Ausklammerung der schnellen Reserven in den USA und der Marineflieger auf ca. 90 % des NATO-Potentials kommt auf den Tisch, um den Abbau der Landstreitkräfte festzuklopfen.
- * Die WVO kritisiert die Aufrüstung mit atomaren stand-off-Waffen, vereinbart aber mit der NATO den beschriebenen Abbau der Landstreitkräfte. Sie zieht einseitig ein Potential taktischer Kampf-Flugzeuge im Umfang der Reservekräfte in den USA und der Marineflieger-Überzahl der NATO hinter den Ural zurück. Sie schlägt eine Senkung der Kampf-Flugzeuge auf 80 % des ihr noch in Europa verbleibenden Potentials vor, sowie Verhandlungen über weiteren Abbau von Land- und Seestreitkräften und von Atomwaffen. Dazu kündigt sie die einseitige Beseitigung ihrer nuklearen Artillerie mit Inkrafttreten des Landstreitkräfte-Abbaus an.
- * Die NATO will zunächst den einseitigen WVO-Schritt nur begrüßen, schafft aber schließlich unter dem Eindruck der Friedenskräfte und der Forderungen der Bundesrepublik ebenfalls die Atom-Artillerie ab. Sie fordert vor weiteren Abrüstungsschritten politische Veränderungen in bezug auf Menschenrechte und die Stellung West-Berlins.
- * Die WVO reduziert ihre atomaren Kurzstreckenraketen auf ca. 50 Trägersysteme und schlägt der NATO das gleiche vor. In einer anschließenden Verhandlung sollen dann diese Obergrenze als Schritt zur Null-Lösung, die bereits faktische Null-Lösung bei atomarer Artillerie, die globale Halbierung taktischer Atomwaffen auf Flugzeugen und seegestützter Cruise Missiles sowie Null-Lösungen für Atomminen, atomare Boden-Luft- und Anti-U-Boot-Waffen festgeschrieben werden. Die WVO reduziert ihre Landstreitkräfte weiter und appelliert an die NATO, auf je 2 Millionen Soldaten und 10000 Kampfpanzer abzurüsten.
- * Mit der KSZE-Folgekonferenz werden die Menschenrechte in ganz Europa deutlich ausgebaut. Es treten vollständige Bewegungsfreiheit in Europa, die ungehinderte Verbreitung von Informationen, der Abbau von Zollschranken auch zwischen den Bündnissystemen, der Verzicht auf Berufsverbote und auf Einschränkung von Gewerkschaftsrechten u.v.m. in Kraft. Die DDR kündigt in Übereinstimmung mit der UdSSR den Abbau ihrer Grenzanlagen in Berlin und zur BRD hin an, wenn die BRD die DDR-Staatsbürgerschaft akzeptiert und zu gemeinsamen Regelungen für eine West- und Ost-Berliner Freihandelszone mit zwei gültigen Währungen sowie geeigneten Einreise-Kontrollmöglichkeiten bereit ist.
- * Die NATO begrüßt und akzeptiert diesen Schritt. Sie geht in dem nun entstandenen Klima auf die A-Waffen-Reduzierung (50 Systeme zu Land) und den Vorschlag zu den übrigen taktischen Atomwaffen ein. Ein entsprechen-

des Abkommen wird aber — auf Druck Frankreichs und Großbritanniens — vom Abbau der strategischen Atomwaffen abhängig gemacht. Eine weitere Reduzierung der Landstreitkräfte heißt die NATO im Prinzip für möglich.

- * Die WVO-Staaten schlagen daraufhin vor, die START-Obergrenzen auf je 2000 Atomsprengköpfe zu reduzieren, zumal in den USA die hochfliegenden SDI-Pläne sich als teuer und auch technisch sehr problematisch erwiesen haben und noch keine akute Gefahr darstellen.
- * Nach einer gewissen Pause gehen die USA aus politischen Erwägungen auf diesen Vorschlag ein. Er kann schnell realisiert werden, da keine neuen Kontroll-Mechanismen nötig sind. Die Verhandlungen über die konventionellen Seestreitkräfte bewegen sich jedoch weiter auf der Stelle.
- * In den darauffolgenden Schritten (deren Ausführung hier zu spekulativ würde) einigen sich NATO und WVO auf die Halbierung der *taktischen* Atomwaffen (auf Flugzeugen und in Gestalt der Cruise Missiles) bei Null-Lösungen für alle übrigen atomaren Kurzstrecken-Potentiale, auf weitere Reduzierungen bei den nun gleichen und verifizierbaren konventionellen Systemen und Streitkräften (auf unter 15000 Panzer, 2 Millionen Soldaten und 1500 Kampfflugzeuge), sowie auf die Reduzierung der restlichen strategischen Atomwaffen aller fünf Atommächte. Zugleich wird ein politisches kollektives Sicherheitssystem in Europa — wie im vorangegangenen Text geschildert — aufgebaut, das die praktische Funktion der bisherigen Militärbündnisse weiter reduziert. Eine Abschaffung der restlichen Atomwaffen über den Weg eines Minimalpotentials (etwa 2 % der heutigen Atomwaffen) bleibt Aufgabe des folgenden Jahrhunderts, ebenso wie die auch faktische Beseitigung der Militärböcke, der weitere Rüstungsabbau in Europa und die Einstellung des schon vorher reduzierten Rüstungsexports.

Eine solche Konzeption — so mühselig sie schon hier erscheint — wird sich jedoch nur bei einem grundlegenden, *während* dieses Prozesses sich vollziehenden Paradigmawechsels in der NATO-Politik, d.h. bei Durchsetzung der Friedensinteressen im SMK als bestimmender Entwicklungsrichtung durchsetzen können. Wichtig ist jedoch, diesen Paradigmawechsel — also die Durchsetzung einer friedensfähigen Entwicklungsvariante des SMK — *mit* diesem Prozeß zu erreichen und ihn nicht *vorher* zu erwarten oder gar zur Voraussetzung für den Einstieg in Abrüstung zu erklären. Letzteres könnte zu Handlungsunfähigkeit und Selbstlähmung führen.

Da eine realistische Gesamtbilanz der Interessen der Monopolbourgeoisie (Westeuropas wie der USA) — einschließlich der Erkenntnis stetig wachsender Unführbarkeit von Kriegen in der ganzen Welt und ansteigender Anzahl von nur in Kooperation zu lösenden Problemen — jedoch in zunehmendem Maße gegen militaristische Entwicklungsvarianten spricht, könnte sich mit dem INF-Vertrag ein Kapitel wirklicher Abrüstung eröffnet haben, auf dessen weiterer Stufenleiter Schritte, wie sie oben skizziert sind, stehen. Die Bruchpunkte, an denen die Friedensbewegung ansetzen kann, sind benannt. Das Ende von anachronistisch gewordenen Nachkriegs-Rüstungsbergen und einer polarisierten Spaltung Europas — das Ende der Eiszeit — rückt in greifbare Nähe.

Herausforderungen und Perspektiven für Gemeinsame Sicherheit und das gemeinsame Haus Europa¹

Max Schmidt/Wolfgang Schwarz

1. Die Identität Europas — historische und aktuelle Aspekte — 2. Friedenspolitische, ökologische, ökonomische und humanitäre Herausforderungen — 3. Die neue Qualität des europäischen Hauses der Zukunft — 4. Politische Aspekte — 5. Militärische Aspekte — 6. Ökologische Aspekte — 7. Ökonomisch/wissenschaftlich-technische Aspekte — 8. Humanitäre Aspekte — 9. Veränderungen im politischen Bewußtsein sind notwendig

In jüngster Zeit haben die politischen und wissenschaftlichen Debatten über die Gegenwart und Zukunft Europas an Farbe und Intensität gewonnen.² Dabei wird zunehmend ein zu neuen Überlegungen anregender Begriff verwendet: das gemeinsame Haus Europa (vom Atlantik bis zum Ural).³

Von diesem Begriff geht eine zunehmende Faszination aus, die gleichermaßen Politiker, Politologen und Wissenschaftler anderer Disziplinen, Publizisten und nicht zuletzt gesellschaftliche Kräfte, ja die breite Öffentlichkeit, sowohl in den sozialistischen als auch in den kapitalistischen Staaten Europas in ihren Bann zieht. Gleichwohl ist die Reaktion der Betroffenen darauf ganz unterschiedlich. So gibt es im Westen Vertreter, die sich offenbar mit dem Begriff anfreunden können: „Mir gefällt dieses Bild vom ‚Haus Europa‘ sehr.“⁴ An-

1 Ausführlicher zu diesem Thema siehe: M. Schmidt/W. Schwarz, Das Gemeinsame Haus Europa — Realitäten, Herausforderungen, Perspektiven, in: IPW-Berichte, Berlin/DDR, 9/88, S. 1 ff. und 10/88, S. 1 ff.

2 Aus der jüngsten sozialistischen Literatur dazu siehe z.B.: Die Europäische Idee in Geschichte und Gegenwart, in: *Iswestija*, Moskau, 17. 6. 1988, S. 5; M. Uschner, Im gemeinsamen Haus Europa — sicher leben und gut zusammenarbeiten, in: *Einheit*, Berlin, 12/1987, S. 1100 ff.; W. Lomejko, Überlegungen zum gemeinsamen europäischen Haus, in: *Meshdunarodnaja shisn*, Moskau, 11/1987, S. 132 ff.; A. Wtorow/J. Karelow, Die Dynamik der Europapolitik der UdSSR, in: *Meshdunarodnaja shisn*, 5/1986, S. 103 ff.; aus der westlichen Literatur seien erwähnt: P. Glotz, in: *Die Zeit*, Hamburg, 13. 9. 1985, sowie in *Frankfurter Rundschau*, Frankfurt (Main), 28. 5. 1988; Konferenz des SPD-Parteivorstandes zum Thema: Für eine europäische Friedensordnung, in: *SPD-Pressemitteilungen*, Bonn, 5. 5. 1988, sowie zahlreiche andere Quellen, auf die noch Bezug genommen wird.

3 Vgl. M. Gorbatschow, *Umgestaltung und neues Denken für unser Land und für die ganze Welt*, Berlin/DDR 1988, S. 250 f.

4 H. Kohl, *Im Dienste der Menschen: unsere Politik gegenüber unseren östlichen und südöstlichen Nachbarn*, in: *Bulletin*, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn, 16/1988, S. 131.

dere hingegen, deren Denken sich wohl mehr in den Niederungen tradierter Klischees und eines tief sitzenden Mißtrauens gegenüber den Staaten des realen Sozialismus bewegt, gewärtigen in dem Begriff ein trojanisches Pferd. Er diene nur der Verschleierung sowjetischen Hegemonialstrebens und der Einschläferung westlicher Wachsamkeit.⁵ Wieder andere reagieren abwartend: Der Begriff sei eine „Metapher“, von der man noch nicht wisse, ob sie „hilfreich“ sei.⁶

Zu diesem Begriff soll zunächst eine Anmerkung gemacht werden: Wer heute von Europa spricht und sich an den historisch gewachsenen Realitäten orientiert — was eine Voraussetzung ist, um für grundlegende europäische Probleme Lösungen zu finden —, der bezieht neben den in der Region zwischen Atlantik und Ural unmittelbar angesiedelten sozialistischen und kapitalistischen sowie neutralen und nichtpaktgebundenen Staaten auch die USA und Kanada mit ein. Sie sind durch den Verlauf der Geschichte in diesem Jahrhundert de facto zu Mitbewohnern des gemeinsamen Hauses Europa geworden. Sie werden es für die überschaubare Zukunft bleiben.

Eine strategische Zielstellung, die geschichtlich entstandenen Verbindungen und Bündnisbeziehungen zwischen zahlreichen westeuropäischen Staaten und den USA bzw. Kanada zu erodieren und letztlich zu beseitigen, besteht von seiten der sozialistischen Staaten nicht. Wir sind, so hatte der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Michail Gorbatschow, bereits 1985 vor der französischen Nationalversammlung in Paris erklärt, „Realisten und begreifen, wie stabil die historischen, politischen und wirtschaftlichen Verbindungen zwischen Westeuropa und den USA sind“.⁷

Behauptungen, die dies in Abrede stellen — wie unlängst vom früheren amerikanischen Außenminister Kissinger geäußert⁸ — entbehren demgegenüber jeglicher Grundlage.

1. Die Identität Europas — historische und aktuelle Aspekte

Der Begriff vom gemeinsamen Haus Europa ist ein Reflex auf unsere europäische Realität, der sich auf eine Reihe von historischen und gegenwärtigen Sachverhalten bezieht, die in ihrer Einheit die Identität dieses Kontinents bilden. Diese Identität ist historisch gewachsen, ihr gravierendster aktueller Aspekt ist jedoch heute eine Reihe von in den letzten Jahrzehnten entstandenen *gesamteuropäischen* Problemen — oder besser: Herausforderungen —, die alle hiesigen Staaten und Völker betreffen, ob sie sich ihrer bereits bewußt geworden sind oder nicht, und die z.T. die spezifisch europäische Ausprägung von übergreifenden Überlebens- und anderen globalen Problemen der gesamten Menschheit darstellen.

5 So M. Wörner, Sicherheitspolitische Identität eines geeinten Europa, in: Bulletin..., a.a.O., 131/1987, S. 1115.

6 So W. Bruns, Für eine Perestrojka zwischen den Blöcken — Erkenntnisse nach einer Konferenz in Moskau, in: SPD-Pressedienst, Bonn, 2. 5. 1988.

7 Neues Deutschland, Berlin/DDR, 4. 10. 1985.

8 Siehe Welt am Sonntag, Bonn, 4. 11. 1988.

Für die europäische Identität gibt es zunächst einmal fünf grundlegende, historisch gewachsene Aspekte, die Wesenszüge, Erfahrungen und Interessen *aller* europäischen Staaten und Völker widerspiegeln bzw. darstellen.

— Da ist zuerst die *Geographie* als sozusagen objektive Bezugsgröße der europäischen Identität. Wie eng dieser Raum vom Atlantik bis zum Ural durch die Entwicklung der wissenschaftlich-technischen Revolution gerade in den letzten Jahren geworden ist und wie sehr die Europäer — über ihre ideologischen, politischen und sonstigen Entfernungen voneinander hinweg — zusammengerückt sind, machen die Parameter moderner Kommunikations- und Verkehrsmittel ebenso deutlich wie die grenzüberschreitenden Folgen der Industrialisierung und nicht zuletzt die Einsatzgeschwindigkeit und potentielle Wirkung militärischer Massenvernichtungsmittel.

— Als nächstes zu nennen sind die *gesamteuropäischen Erfahrungen mit Krieg und Frieden*, wozu in diesem Jahrhundert insbesondere die beiden Weltkriege zählen. Diese Erfahrungen sind äußerst vielfältig. Sie betreffen vor allem die erlittenen Zerstörungen und den Niedergang europäischer Staaten als Folge der Kriege, aber auch Erkenntnisse aus bestimmten Arten von Politik, die nicht im genügenden Maße kriegsverhütend wirkten bzw. die zum Kriege führten. So brach der erste Weltkrieg in einer Situation aus, als es — um heutige Termini zu gebrauchen — weder einen politischen Dialog zwischen den Gegnern noch einen Mechanismus des Krisenmanagements in Europa gab. Vor dem zweiten Weltkrieg hat die Politik der sogenannten Befriedung, des Appeasements, erheblich dazu beigetragen, daß das faschistische Deutschland den Krieg auslösen konnte.

In die Reihe dieser Erfahrungen gehören aber natürlich vor allem auch jene der erfolgreichen Ost-West-Zusammenarbeit in der Antihitlerkoalition und schließlich die Erkenntnis, daß sich Frieden — nunmehr seit über 40 Jahren — unter europäischen Staaten erhalten läßt und daß eine komplexe Entspannung zwischen Ost und West die Chance zu einer neuen Qualität in der Verstärkung des Friedens eröffnet.

— Darüber hinaus stellt Europa einen *historisch gewachsenen Wirtschaftsraum* mit vielfältigen Traditionen dar, die weit in die Vergangenheit zurückreichen, aber andererseits auch in der Gegenwart ihre Wirkung entfalten. Das verdeutlicht z.B. ein Rückblick auf das 19. Jahrhundert, als Europa im Rahmen der weltwirtschaftlichen Verflechtungen die führende Rolle innehatte. Sie resultierte in beträchtlichem Maße aus seiner die nationalen Grenzen überschreitenden wirtschaftlichen Zusammenarbeit bei der Ausbeutung und Nutzung von Roh- und Brennstoffen, der Regelung infrastruktureller Fragen, dem Aufbau internationaler Verkehrsverbindungen und Kommunikationssysteme sowie aus Vereinbarungen von handels- und finanztechnischen Fragen.

— Des weiteren ist auf die *kulturgeschichtliche Entwicklung* Europas zu verweisen. Hier haben sich vier große Kulturkreise — der griechisch-byzantinische, der mediterran-romanische, der slawische und der germanische — über die Jahrtausende, ohne je ihre Eigenständigkeit zu verlieren, auf mannigfache Weise beeinflußt und stimuliert. Gerade aus dieser Vielfalt hat unser Kontinent sein unverwechselbares kulturelles Gepräge erhalten.

— Und schließlich gibt es eine gemeinsame *ideengeschichtliche Entwicklung* Europas, ein gesamteuropäisches geistiges Erbe, das ganz unterschiedliche historische und soziale Ursprünge hat, das aber die geistige, politische und gesellschaftliche Entwicklung aller europäischen Staaten mehr oder weniger stark geprägt hat und bis in unsere Zeit hinein prägt. Dazu zählen Auffassungen der altgriechischen Philosophen ebenso wie das Christentum, die Ideen der großen Humanisten der Renaissance, die bürgerliche Aufklärung und natürlich der Marxismus-Leninismus, dessen dialektische Verwurzelung in der europäischen Ideengeschichte allein anhand seiner geistigen Quellen deutlich wird⁹, aber auch die spätbürgerliche Philosophie in ihren humanistisch geprägten Richtungen, um nur einiges und durchaus sehr bruchstückhaft zu nennen.

Diese Aspekte, die man als die historisch gewachsenen Pfeiler der europäischen Identität bezeichnen kann, bilden zugleich in nicht unerheblichem Maße Beziehungsstränge zwischen Europa einerseits und den USA sowie Kanada andererseits, deren Bevölkerung und Kultur zu einem großen Teil europäischen Ursprungs sind.

Für Europa selbst muß man *heute* jedoch zugleich die Feststellung treffen, daß es inzwischen — jene historisch gewachsenen Pfeiler überwölbend — eine Reihe von grundlegenden Herausforderungen auf den verschiedensten Gebieten gibt, die einerseits zu einem integralen Bestandteil der europäischen Identität geworden sind, ihr gegenwärtiges Erscheinungsbild wesentlich mitbestimmen, die jedoch andererseits zum Teil zugleich die Potenz in sich tragen, Europa, seine Existenz und damit seine Identität, entweder eruptiv oder in einem sukzessiven Prozeß, zu zerstören. Die weitreichendste, fundamentalste dieser Herausforderungen ist politischer Natur.

Die derzeitige europäische Realität, einschließlich der Gegensätzlichkeit der Systeme, ist davon geprägt, daß die Abgrenzung zwischen Ost und West die Zusammenarbeit zwischen ihnen noch bei weitem überwiegt. Besonders deutlich tritt dies in dem Sachverhalt zutage, daß auf westlicher Seite immer noch das Bestreben vorherrscht, Sicherheit nicht miteinander, sondern voreinander erlangen zu wollen — u.a. durch die Aufrechterhaltung und den Ausbau der militärischen Potentiale und durch die massenhafte Stationierung fremder Truppen auf ausländischen Territorien, vor allem in Zentraleuropa. Der Wandel, der in dieser Hinsicht auf seiten der Staaten der sozialistischen Gemeinschaft durch die Aufnahme des Prinzips der gemeinsamen Sicherheit in Konzeption und Politik der friedlichen Koexistenz eingetreten ist, reicht allein nicht aus, um eine grundlegende und dauerhafte qualitative Veränderung der gesamteuropäischen Szenerie herbeizuführen. Er ist auch auf der westlichen Seite vonnöten.

Die geschilderte Lage ist ein Symptom dessen, was man als *Spaltung Europas* bezeichnen muß. Diese Spaltung liegt jedoch unserer Auffassung nach keineswegs *primär*, wie viele bürgerliche Autoren meinen, im Nebeneinander verschiedener sozialer und politischer Ordnungen, in unterschiedlichen

⁹ Siehe dazu: W.I. Lenin, Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus, in: Werke, Bd. 19, Berlin/DDR 1962, S. 3 ff.

politisch-militärischen Bündnissystemen oder ökonomischen Integrationsgruppierungen. *Derlei* Nebeneinander hat es in der europäischen Geschichte der vergangenen 2000 Jahre wiederholt gegeben. „Zu keiner Epoche ist Europa politisch geeint gewesen; nie haben die Europäer eine gemeinsame Sprache gesprochen, nie zur gleichen Zeit unter einheitlichen sozialen Bedingungen gelebt.“¹⁰ Dennoch ist kaum ein Historiker je auf die Idee gekommen, deswegen im Hinblick auf vergangene Jahrhunderte von einer grundsätzlichen Spaltung Europas zu sprechen.

Die Ursache der heutigen tatsächlichen Spaltung unseres Kontinents liegt demgegenüber in erster Linie in jenen zentrifugalen Tendenzen, die durch die jahrzehntelange Fixierung des Ost-West-Konflikts auf unversöhnliche *Feindschaft* kapitalistischer und sozialistischer Staaten ausgelöst worden sind. Sie liegt in dem lange Zeit politikbestimmenden Streben nach möglichst gründlicher politischer, gesellschaftlicher, kultureller und — wenn auch in wesentlich geringerem Maße — wirtschaftlicher Abschottung und nicht zuletzt in den fortgesetzten Versuchen der einen Europäer, die anderen aus Europa auszuklammern.

Was Europa braucht, ist eine von übergreifenden Sicherheits- und Kooperationserwägungen geleitete politische, militärische, ökologische, wirtschaftlich/wissenschaftlich-technische, humanitäre oder — zusammenfassend gesagt — eine komplexe Zusammenarbeit und perspektivisch eine Vernetzung von Ost und West. Europa muß eine neue Identität durch die gegenseitig anerkannte Existenz unterschiedlicher gesellschaftlicher Strukturen bei gleichzeitig übergreifender Kooperation in friedenssichernder und friedensgestaltender Hinsicht finden. Dabei kann man durchaus R. von Weizsäcker zustimmen: „Auf der Tagesordnung steht kein apokalyptischer Endkampf zwischen dem Guten und dem Bösen, sondern eine wachsende Anzahl von Problemen, die weder Ost noch West alleine lösen können ...“¹¹ In diesem Sinne Europas Spaltung zu überwinden, ist ein produktiver, zukunftsorientierter Ansatz, der beiden gesellschaftlichen Systemen auf unserem Kontinent neue Entwicklungsmöglichkeiten und Perspektiven eröffnet.

2. Friedenspolitische, ökologische, ökonomische und humanitäre Herausforderungen

Hinsichtlich ihrer existentiellen Bedeutung für Europa steht dieser politischen Herausforderung die militärische nicht nach. Die Anhäufung schier unüberschaubarer Arsenale nuklearer und chemischer Massenvernichtungsmittel sowie moderner konventioneller Streitkräfte und Rüstungen, vor allem im Bereich der NATO und der WVO, hat die Gefahr einer sozialen und physischen Vernichtung der europäischen Zivilisationen im Falle eines militärischen Konflikts heraufbeschworen.

10 W. Weidenfeld, Europa — aber wo liegt es?, in ders. (Hg.), Die Identität Europas, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 225, Bonn 1985, S. 21.

11 R. v. Weizsäcker, Historische Perspektiven und Herausforderungen des Marshall-Planes, in: Bulletin ..., a.a.O., 50/1987, S. 528.

Sollten diese Arsenale jemals militärisch aktiviert werden, wäre das Ergebnis die irreversible Zerstörung, ja Auslöschung der davon betroffenen Gebiete, sehr wahrscheinlich des gesamten Kontinents. Die diesbezüglichen von Wissenschaftlern in Ost und West herausgearbeiteten Sachverhalte gebieten es heute zwingend, jene grundsätzliche Schlußfolgerung zu ziehen, zu der Autoren von der Militärakademie „Friedrich Engels“ vor einiger Zeit gelangt sind: Zwischen NATO und WVO wäre nicht nur ein nuklearer, sondern ebenso ein konventioneller Krieg „ungeeignet für die Durchsetzung politischer Ziele, da es auch in ihm *keine Sieger* und *keine Besiegten* geben kann. Er würde ... auch unterhalb der Nuklearschwelle alle die globalen ökonomischen, wissenschaftlich-technischen, politischen und kulturellen Beziehungen zerstören, ohne die heutzutage weder das kapitalistische noch das sozialistische System existenzfähig sind.“¹² Lenins am Vorabend des ersten Weltkrieges ausgesprochene Warnung, wonach die Entwicklung der Militärtechnik zur Untergrabung der Existenzbedingungen der menschlichen Gesellschaft führen könnte¹³, ist im heutigen Europa Realität, Krieg ist damit unter rationalen Gesichtspunkten zwischen Ost und West in Europa nicht mehr führbar, weder nuklear noch konventionell.

Da ein Einsatz der Streitkräfte und Rüstungen beider Seiten gegeneinander mit dem Risiko der Selbstvernichtung behaftet wäre, gibt es unter rationalen Gesichtspunkten keinen militärischen Verwendungszweck für diese Arsenale gegeneinander.

Ein Bereich von existentieller Tragweite, in dem sich noch dazu die Lage ständig verschlechtert¹⁴, ist die *Ökologie*. Die Entwicklung in Europa, „wo die Folgen der umweltschädlichen Tätigkeiten besonders deutlich spürbar sind“¹⁵, nähert sich — insbesondere durch die bisherige, ökologische Belange entweder überhaupt nicht oder nur unzureichend und häufig nicht rechtzeitig genug in Rechnung stellende Art und Weise, wie fortschreitende Industrialisierung und Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion bzw. gesamtgesellschaftliche Abfallentsorgung betrieben werden — insgesamt einem Punkt, bei dessen Überschreitung eine Umkehr nicht mehr möglich sein könnte. Die besondere Gefahr besteht in diesem Zusammenhang darin, daß dieser Trend nicht offen sichtbar ist, ja daß man vor ihm die Augen nach wie vor verschließen kann, weil er die Resultate aus einer Vielzahl von Prozessen ist, die sich räumlich und zeitlich oft isoliert voneinander vollziehen und vordergründig in keinem inneren Zusammenhang stehen. Spektakuläre Ereignisse

12 S. Fischer/L. Glaß, Verhinderung eines Krieges — wichtigste Aufgabe unserer Zeit. Weltanschauliche Aspekte des Sinns des Soldatseins im Sozialismus, in: Gesellschaftswissenschaftliche Weiterbildung (Hg. Politische Hauptverwaltung der NVA), Strausberg, 13/1987, S. 5 (Hervorhebung — d.V.).

13 Vgl. W.I. Lenin, Referat über den Kampf gegen die Hungersnot. 4. Juni 1918, in: Werke, Bd. 27, S. 420.

14 Vgl. Die Folgen des Wettrüstens für die Umwelt und andere Aspekte der ökologischen Sicherheit (Dokument der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages), in: Neues Deutschland, 18. 7. 1988.

15 Ebenda.

nisse oder Vorgänge wie das Sterben von Wäldern in Zentraleuropa oder der giftige Algenteppich in der Nordsee im Frühjahr/Sommer 1988 sind eher die Ausnahme als die Regel, und sie werden nicht selten genau so interpretiert. Demgegenüber vollzieht sich die ständige Schädigung der Umwelt fast unmerklich, dafür jedoch oft irreversibel — wie etwa das fortgesetzte Aussterben von Tier- und Pflanzenarten mit seinen zunehmenden Folgen für die empfindlichen Gleichgewichte auf unserer Erde.

Bezüglich der *wirtschaftlichen* Sphäre der europäischen Staatenbeziehungen muß gesagt werden, daß dieser Bereich insofern einen etwas anderen Charakter trägt, als ein historischer Erfahrungsprozeß, resultierend aus enger Nachbarschaft sozialistischer und kapitalistischer Länder in einem geschichtlich entstandenen Wirtschaftsraum, schon relativ frühzeitig das Bewußtsein für die gewichtige Rolle ökonomischer Faktoren im Ost-West-Verhältnis stimuliert und gestärkt hat. Hier wurden die „allgemeinen Verhältnisse der Weltwirtschaft“ und die sich aus ihnen ergebenden objektiven Zwänge, wie schon Lenin sie aufzeigte¹⁶, praktisch wirksam. Heute ist im Bewußtsein der europäischen Staaten und Völker die Erkenntnis verankert, daß *wirtschaftliche* und *wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit vertrauensbildend* und *entspannungsfördernd* wirken und daß es daher der Festigung von Frieden und Sicherheit auf dem Kontinent förderlich ist, diese Zusammenarbeit kontinuierlich zu gestalten.

Einen speziellen Aspekt stellt dabei die weitere Entwicklung und sichere Beherrschung der wissenschaftlich-technischen Revolution dar. Seine gesamt-europäische Bedeutung resultiert einerseits daraus, daß sich durch fortgesetzten militärischen Mißbrauch des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zur Schaffung immer neuer Waffensysteme die Vernichtungsgefahr für die europäischen Zivilisationen (wie auch für die Menschheit überhaupt) weiter erhöht. Hinzu kommt andererseits, daß die bisherige Art und Weise der industriellen und landwirtschaftlichen Umsetzung wissenschaftlich-technischer Erkenntnisse einen erheblichen, wenn nicht den entscheidenden Anteil an den heutigen ökologischen Problemen hat. Und schließlich ist eine Reihe von Produktionstechnologien entstanden, die, wenn sie außer Kontrolle geraten, erhebliche Risiken weit über das unmittelbar betroffene Gebiet hinaus in sich bergen. Dazu gehören neben der Kernenergieerzeugung die moderne Chemieindustrie ebenso wie die Gen- und Biotechnologie u.a.m.

Die grundlegende Herausforderung *humanitärer* Natur im heutigen Europa schließlich besteht zunächst einmal darin, sich den zuvor analysierten Herausforderungen zu stellen, denn sie betreffen bzw. gefährden das Leben und Wohlergehen des Menschen sowohl als gesellschaftliches Wesen als auch als Individuum unmittelbar.

Die humanitäre Herausforderung hat jedoch zugleich zahlreiche eigenständige Wesenszüge und Dimensionen. Im Zusammenhang mit dem Konzept gemeinsamer Sicherheit sollte unseres Erachtens stets folgendes im Auge behalten werden: Je mehr die Menschen eines Landes von anderen Völkern aus eige-

¹⁶ Vgl. W.I. Lenin, Über die Innen- und Außenpolitik der Republik, in: Werke, Bd. 33, S. 138.

ner Anschauung wissen, desto weniger können sie gegen diese aufgehetzt und desto weniger können der Realität nicht entsprechende Feindbilder aufgebaut und aufrechterhalten werden. Die Bedeutung dieses Zusammenhangs kann für die Gestaltung der europäischen Zukunft nicht hoch genug bewertet werden, haben doch gerade auf unserem Kontinent in der Vergangenheit Chauvinismus, Revanchismus, Rassismus und Faschismus — die von den herrschenden Kreisen in einer Atmosphäre der Isolierung der einen Völker von den anderen herangezüchtet werden konnten — eine verhängnisvolle Rolle gespielt. Zugleich liefert die europäische Nachkriegsgeschichte nicht wenige Beispiele dafür, welche wichtige Rolle breite menschliche Begegnungen beim Abbau von „Erbfeindschaften“ und bei einer Gestaltung zwischenstaatlicher Beziehungen spielen können, die einen erneuten Krieg zwischen früher verfeindeten Nationen schließlich undenkbar macht. Solche Beispiele liefern die Entwicklungen zwischen der DDR und der VR Polen nach 1945 ebenso wie etwa die zwischen der BRD und Frankreich.

3. Die neue Qualität des europäischen Hauses der Zukunft

Wenn man über die künftige Gestalt des europäischen Hauses nachdenkt, tut man gut daran, von seiner heutigen auszugehen. Wesentlich im Gefüge des jetzigen Europas sind zunächst einmal die Nationalstaaten mit ihrer unterschiedlichen gesellschaftlichen und politischen Verfaßtheit in ihren territorialen Grenzen, wie sie seit dem Ende des zweiten Weltkrieges bestehen, sind das Bestehen sozialistischer und kapitalistischer Länder und damit von zwei unterschiedlichen sozialen Systemen. Ein tragendes Element europäischer Realität und Bedingung strategischer Stabilität ist das Bestehen von zwei voneinander unabhängigen, selbständigen souveränen deutschen Staaten, die Mitglieder zweier Bündnisse sind. Zur Struktur Europas gehören die wirtschaftlichen Integrationsgruppierungen ebenso wie die politisch-militärischen Bündnissysteme und die neutralen und nichtpaktgebundenen Staaten. Dazu zählen aber auch gewachsene Bindungen wie die zwischen Westeuropa und den USA und nicht zuletzt zwischen einzelnen Ländern, wie z. B. zwischen der DDR und der Sowjetunion oder der BRD und Frankreich. All dieses Heutige muß auch Bestandteil eines künftigen, weiterentwickelten europäischen Hauses sein. Die Abschaffung irgendwelcher wesentlicher, prägender struktureller Elemente des heutigen Europa zur Voraussetzung für eine qualitative Weiterentwicklung der gesamteuropäischen Beziehungen zu erheben, würde zwangsläufig den Weg nach vorn blockieren. Für das europäische Haus muß der Grundsatz der Gleichberechtigung und der gegenseitigen Anerkennung der Existenzberechtigung der unterschiedlichen sozialen Systeme, der territorialen Realitäten, der Unverletzlichkeit der Grenzen gelten. Und das heißt auch jegliche Absage an Ideen, Konzepte und Praktiken des „Zurückrollens“, des Ummodellens, Aufweichens, oder wie immer die Vokabeln zur Infragestellung oder Beseitigung der Realität lauten mögen.

Das europäische Haus in seiner künftigen Gestalt muß zugleich offen sein für Neues — einschließlich etwa regionaler Besonderheiten, wie z. B. eines

„Balkanstockwerks“, wie es Todor Shiwkow angeregt hat¹⁷, oder eines nord- bzw. mitteleuropäischen. Dabei wird manches Neue Heutiges verändern oder sogar ablösen. Diese Frage konkret zu beantworten, ist heute noch nicht möglich. Viel wichtiger und interessanter erscheint es uns demgegenüber, der Frage nachzugehen, „welche ganz neuartige Qualität unser ‚gemeinsames Haus Europa‘ denn nun in Zukunft haben sollte“¹⁸.

Unser Kerngedanke besteht darin, daß das künftige gemeinsame Haus Europa ein Haus gemeinsamer Sicherheit sein muß, in dem die Zusammenarbeit zur gemeinsamen Bewältigung der gesamteuropäischen Herausforderungen die zwischenstaatlichen Beziehungen und insbesondere das Ost-West-Verhältnis prägt und in dem als Grundlage bzw. Voraussetzung dafür die Systemgegenschaft in friedlichen Systemwettbewerb ohne gegenseitige existentielle Bedrohung umgewandelt wird.

Um nicht mißverstanden zu werden: Die Systemunterschiede bleiben, da sie selbst *objektiven* Charakter tragen, auch in Zukunft erhalten. Angesichts des Entstehens von gesamteuropäischen Herausforderungen, deren rechtzeitige Bewältigung von ausschlaggebender Bedeutung für die weitere Entwicklung, ja Existenz der europäischen Zivilisation ist, sind die Systemunterschiede und -gegensätze heute jedoch in ein anderes Koordinatensystem gerückt, hat sich ihre Rolle für den Charakter der Ost-West-Beziehungen objektiv verändert. Gefordert sind vor allem im Vergleich zu den bisherigen, überwiegend konfrontativ geprägten, gegeneinandergerichteten Sicherheitsstrukturen auf beiden Seiten gemeinsam zu gestaltende blocküberwölbende kooperative Sicherheitsstrukturen.¹⁹

Wie das praktisch im einzelnen zu realisieren ist, darüber muß auf beiden Seiten nachgedacht und gemeinsam diskutiert und gestritten werden — auch über die Wege, dem Systemgegensatz neue, kooperative Bewegungsspielräume im Rahmen von Wettbewerb und Zusammenarbeit zu eröffnen. Daß die konfrontative Art der Ost-West-Beziehungen in der Vergangenheit für die Zukunft keine gewissermaßen schicksalhafte Bestimmung ist, machen schon Erfahrungen der jüngeren Geschichte Europas deutlich. Westlicherseits wird z.B. auf folgendes verwiesen: „Die zahllosen Friedensschlüsse aus Erschöpfung, eingeschlossen die Versailler Verträge, die Europas frühere Kriege beendeten, waren nicht in der Lage, längeren Frieden zu bescheren, weil sie keine gemeinsamen politischen Institutionen und keinen Rahmen für ständige zwischenstaatliche Verhandlungen und gemeinsame Ausübung von Regierungsgewalt etablierten. Der Europäischen Gemeinschaft ist dies in Westeuropa gelungen; es hat ihr einen beständigeren (inneren — d.V.) Frieden gebracht.“²⁰

17 Vgl. Internationale Politik, Belgrad, 5. 3. 1988, S. 12.

18 B. Rill, Gemeinsames Haus Europa. Anmerkungen zu einem Schlagwort, in: Politische Studien, München, 295/1987, S. 549.

19 Den Terminus „kooperative Sicherheitsstrukturen“ verwendet und beschreibt inhaltlich von westlicher Seite z. B.: H.-D. Genscher, Kooperative Sicherheitsstrukturen in Europa, in: Bulletin ..., a.a.O., 86/1986, S. 725 ff.

20 C. Layton, Europa und die globale Krise. Ein europäischer Beitrag zu einer neuen Weltordnung in: Integration (Beilage zur Europäischen Zeitung), Bonn, 2/1987, S. 61.

Eine entsprechende Feststellung könnte man für die sozialistische Staatengemeinschaft treffen. Diese zunächst *intrasystemaren* Erfahrungen und Errungenschaften müssen für die Gestaltung der europäischen Zukunft *intersystemar* produktiv gemacht werden. Perspektivisch muß dies dazu führen, die heute innerhalb der Blöcke in Europa existierenden Friedensordnungen, welche Kriege zwischen den ihnen jeweils angehörenden Staaten praktisch bereits nahezu undenkbar gemacht haben, zu einer gesamteuropäischen Friedensordnung zu verbinden bzw. weiterzuentwickeln, in der auch Krieg zwischen Ost und West undenkbar ist.

4. Politische Aspekte

Die Herstellung von gemeinsamer Sicherheit im europäischen Haus bedarf einer Voraussetzung, ohne die jeder Gedanke an ein künftiges europäisches Haus Utopie bzw. Illusion wäre. Sie bedarf einer prinzipiellen Übereinstimmung zwischen den europäischen Staaten und Völkern darüber, daß gemeinsame Sicherheit als strategisches Ziel im Interesse beider Seiten liegt und für beide Seiten akzeptabel ist. Diese grundlegende Übereinstimmung ist bisher noch keineswegs erreicht. Ihre Herstellung erfordert auf der politischen Ebene den permanenten, nicht konjunkturellen Schwankungen unterworfenen und auch und gerade in Krisenzeiten tragfähigen Dialog zwischen Ost und West in Europa (die USA und Kanada sowie die neutralen und nichtpaktgebundenen Länder eingeschlossen), der sich über alle bestehenden Gegensätze hinweg von der Erkenntnis leiten läßt, daß die jeweils andere Seite ein unverzichtbarer Partner bei der Bewältigung der gesamteuropäischen Herausforderungen und damit zur Sicherung des eigenen Überlebens geworden ist. Dabei geht es um einen sehr breiten Dialog zwischen den Staaten und Völkern, und zwar in zweifacher Hinsicht:

erstens — was die zu behandelnden Themen anbetrifft, nämlich alle grundlegenden Fragen, die im heutigen Europa stehen, und

zweitens — was die zu beteiligenden Kräfte anbetrifft, nämlich von hohen und höchsten staatlichen Repräsentanten bis hin zu gesellschaftlichen Kräften und den Bürgern Europas.

Eine Schlüsselrolle kommt dabei unseres Erachtens dort, wo es um konkrete Verhandlungslösungen in den internationalen Beziehungen geht, insbesondere dem Dialog zwischen den führenden Repräsentanten der Staaten und Völker zu. Er hat sich vor allem in den 80er Jahren stark ausgeprägt — nicht zuletzt aus der Erkenntnis heraus, daß die Methoden der klassischen Diplomatie oft sehr schnell an ihre Grenzen stoßen: auf tief verwurzelte Denkschablonen, Klischees und Vorurteile.

Zu einem unmittelbaren Gegenstand des gesamteuropäischen politischen Dialogs müßte unverzüglich auch die weitere Gestaltung des gemeinsamen Hauses Europa selbst werden. Selbstverständlich trifft zu, was der Staatsminister im Auswärtigen Amt der BRD, Helmut Schäfer, auf dem Wiener KSZE-Nachfolgetreffen erklärt hat: „Die Ausgestaltung eines ‚Gemeinsamen Hauses‘ Europa, von dem wir soviel hören, setzt auch einen gewissen Konsens über

dessen Innenausstattung voraus.²¹ Ein solcher Konsens aber wird den europäischen Staaten und Völkern nicht in den Schoß fallen, und eine Seite allein wird ihn auch nicht herbeiführen können, das heißt, man muß sich zielgerichtet um ihn bemühen. Formen dafür sind ohne weiteres denkbar — wie etwa die von M. Gorbatschow in die internationale Debatte gebrachte Idee eines europäischen „Rundtischgesprächs“, deren Ziel lautet, „nicht nur die Regierungen, sondern auch die anderen politischen und gesellschaftlichen Kräfte in den Prozeß der Ausarbeitung des Entwurfs eines ‚gemeinsamen Hauses Europa‘ maximal einzubeziehen“.²² Nicht zuletzt könnte dies auch ein lohnendes Thema für ein Expertentreffen im Rahmen der KSZE sein, wie es schon mehrere zu anderen Fragen gegeben hat. Was den KSZE-Prozeß generell anbetrifft, so ist wohl unbestritten, daß die Schlußakte von Helsinki den Kern der Hausordnung für Europa darstellt, die es weiterzuentwickeln und in allen Teilen mit Leben zu erfüllen gilt.

Sicher wäre es zum gegenwärtigen Zeitpunkt der Diskussion verfrüht, sich auf die politischen Konturen eines künftigen Hauses festlegen zu wollen oder dafür Modelle zu entwickeln. Wir teilen jedoch die Auffassung, daß „auch neue institutionelle Verbindungen und wirkliche politische Kohäsion, welche die zwei Hälften des ... ‚Haus Europa‘ zusammenhält“²³, nötig sein werden. Europa braucht perspektivisch neue, den gesamten Kontinent erfassende politische Institutionen und Strukturen, eine Art Überbau, in welcher konkreten Gestalt er sich auch immer „materialisieren“ mag. Denkbar ist neben institutionalisierten gesamteuropäischen Gipfeltreffen die regelmäßige Zusammenarbeit der Parlamente, möglicherweise eines interparlamentarischen Gremiums, ebenso wie gesamteuropäische Foren wissenschaftlicher und gesellschaftlicher Kräfte. In Verbindung mit subregionalen Einrichtungen ähnlicher Art (erinnert sei an den Nordischen Rat, die begonnenen Regionaltreffen auf dem Balkan — und sicher erfordert die Umsetzung des Konzepts für eine Zone des Vertrauens und der Sicherheit in Zentraleuropa spezielle Organe) sowie den unverzichtbaren bilateralen Beziehungen könnte all dies das Geflecht politischer Zusammenarbeit in Europa stärken und später auch zu weiter gehenden Formen europäischer politischer Organe führen, bei denen die Bezeichnung dann tatsächlich ausdrückt, daß alle europäischen Staaten darin Platz und Verantwortung haben. Vielleicht reift auch die Zeit heran, die Idee de Gaulles von einer gesamteuropäischen Konföderation²⁴ neu zu durchdenken?

21 H. Schäfer, Initiativen zur Fortentwicklung des KSZE-Prozesses, in: Bulletin ..., a.a.O., 15/1988, S. 128.

22 Neues Deutschland, 8. 4. 1988.

23 Siehe C. Layton, Europa ..., a.a.O.

24 Dazu: C. de Gaulle, Memoiren der Hoffnung. Die Wiedergeburt 1958-1962, Wien — München — Zürich 1971, S. 207.

5. Militärische Aspekte

Gemeinsame Sicherheit im militärischen Bereich erfordert einen Abbau der beiderseitigen nuklear-chemisch-konventionellen Angriffs- und Vernichtungsfähigkeit von NATO und WVO, d.h. eine sukzessive Entmilitarisierung der Ost-West-Beziehungen, eine Materialisierung des beiderseitigen politischen Bekenntnisses zur Kriegsverhütung und zum Verzicht auf vorsätzliche Kriegseröffnung. Dazu bedürfte es hinsichtlich Quantität und Qualität der Unterhaltung von Streitkräften, die nach Umfang, Struktur, Bewaffnung, Dislozierung und Ausbildung über keine *Option*, d.h. keine materiellen Fähigkeiten zu weit-räumiger Angriffskriegführung verfügen.

Gemeinsame Sicherheit erfordert damit die vollständige Beseitigung der nuklearen und chemischen Massenvernichtungsmittel, da von ihnen eine prinzipielle Existenzgefährdung ausgeht. Zugleich kommt aber auch der tiefgreifenden Umgestaltung der konventionellen Streitkräfte und Rüstungen in Europa eine entscheidende Rolle zu, weil verhindert werden muß, daß der mit der Realisierung des Washingtoner Abkommens vom 8. Dezember 1987 beginnende Prozeß nuklearer Abrüstung in Europa unverbesserliche Kreise, wie z. B. die Verfasser der USA-Studie „discriminate deterrence“ und die Computerkriegsspielstrategen des Pentagons, zu der Illusion²⁵ verleitet, diese Entwicklung könnte eine Rückkehr zur Führbarkeit und Gewinnbarkeit konventioneller Kriege in Europa bringen.

Unseres Erachtens ist es notwendig, gerade in einem gemeinsamen europäischen Haus Kurs auf die Herstellung „einer europäischen Stabilität auf der Basis struktureller Angriffsunfähigkeit“²⁶ (so eine Grundidee in dem unlängst von SED und SPD entwickelten Vorschlag für eine „Zone des Vertrauens und der Sicherheit in Zentraleuropa“) mittels eines entsprechenden Ab- und Umbaus der konventionellen Streitkräfte und Rüstungen der NATO und der WVO zu nehmen.

Konzeptionelle Überlegungen für die Schaffung von struktureller Angriffsunfähigkeit von NATO und WVO müssen die militärischen *Gesamtpotentiale* auf beiden Seiten in Europa — strategisch und operativ — in Rechnung stellen. Angriffsunfähigkeit, so verstanden, wäre letztlich gegeben, wenn bestehende Streitkräfte weder überraschend noch massiv grenzüberschreitend eingesetzt werden könnten. Drei Kriterien sind unseres Erachtens dafür von besonderer Bedeutung:

Erstens — Die Grundvoraussetzungen sind militärisch strikt defensive Konzeptionen, die auf Kriegsverhütung und für den Fall, daß es dennoch zu einem militärischen Konflikt kommt, auf das doppelte Ziel einer Abwehr des Gegners und einer schnellstmöglichen *politischen* Beendigung des Konfliktes gerichtet

25 Wir verwenden den Terminus ‚Illusion‘, wie eingangs ausgeführt, weil unter rationalen Gesichtspunkten auch ein konventioneller Krieg in Europa nicht mehr zu führen ist bzw. — vor allem wegen des zivilisatorischen Entwicklungsstandes der europäischen Industriestaaten — nicht wieder führbar werden kann.

26 Vorschlag für eine „Zone des Vertrauens und der Sicherheit in Zentraleuropa“, in: Neues Deutschland, 8. 7. 1988 (Hervorhebung — d.V.).

sind. Dies muß sich sowohl in der *Militärdoktrin* als auch in der *Militärstrategie* nachweislich und für die andere Seite nachvollziehbar niederschlagen.

Zweitens — Im Hinblick auf das militärische Arsenal muß dies seine Entsprechung im Fehlen offensiver Komponenten finden, wie sie für strategische und operative Angriffsführung erforderlich sind, sowie in der Dislozierung und den Friedensaktivitäten der Streitkräfte. Der Abbau von strategischer und operativer Angriffsfähigkeit erfordert dabei perspektivisch die vollständige Beseitigung der taktischen Kernwaffen kürzerer und mittlerer Reichweite sowie der chemischen Massenvernichtungsmittel in Europa. Im Hinblick auf die konventionellen Streitkräfte und Rüstungen macht dies nicht unbedingt Null-Lösungen für besonders offensivfähige Waffensysteme notwendig, obwohl Null-Lösungen das Problem natürlich am gründlichsten lösen würden. Da die meisten dieser Waffen jedoch zugleich eine erhebliche Rolle in der militärischen Verteidigung spielen (z. B. Panzer und Artillerie), wäre es auch denkbar, damit zu beginnen, die entsprechenden Potentiale auf beiden Seiten so weit zu reduzieren, daß die für den strategischen und für operative Angriffe notwendige „kritische Masse“ unterschritten wird.

Drittens — Die beiden zuvor genannten Aspekte müssen für die jeweils andere Seite transparent und, was die militärischen Arsenale anbetrifft, im notwendigen Umfang nachprüfbar sein — in Verdachtsfällen auch innerhalb kürzester Zeit, etwa nach dem auf der KZSE gefundenen Modus bzw., wie die Mitgliedsländer der WVO kürzlich vorgeschlagen haben, durch „Inspektionen vor Ort ohne das Recht auf Verweigerung“.²⁷

Angriffsunfähigkeit muß im Rahmen der militärischen *Gesamtpotentiale* von NATO und WVO in und für Europa, d.h. vor allem im Verbund der konventionellen Land- und Luftstreitkräfte sowie der in sie integrierten taktischen Nuklearwaffen, aber auch der für kontinentale Kriegführung relevanten Komponenten der Seestreitkräfte geschaffen werden.

Die Schaffung gegenseitiger struktureller Angriffsunfähigkeit von NATO und WVO in Europa erfordert einen Abbau vorhandener Asymmetrien in militärischen Teilbereichen, die historisch entstanden sind, seit langem jedoch Mißtrauen erzeugen bzw. überzogene Bedrohtheitsvorstellungen nähren. Dieser Abbau könnte z. B. über die gemeinsame Definition von gleichen Obergrenzen auf niedrigerem Niveau für konventionelles Großgerät erfolgen. Dabei könnte die Methodologie des sowjetisch-amerikanischen Abkommens über die Beseitigung der Mittelstreckenraketen in Anwendung gebracht werden, die prinzipielle Ansätze wirkungsvoll miteinander verband, u.a.:

— den Abbau einer Disparität, indem derjenige, der über mehr der betreffenden Waffen verfügt, auch mehr abbaut;

— zugleich aber tiefe Einschnitte in die betreffende Waffenkategorie auf *beiden* Seiten (gleiche Obergrenzen auf niedrigem Niveau — im Idealfall bis Null) und

— zeitgleichen Beginn der Waffenreduzierungen.

²⁷ Erklärung der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages zu den Verhandlungen über die Reduzierung der Streitkräfte und konventionellen Rüstungen in Europa, in: ebd., 18. 7. 1988.

Durch dieses Herangehen würde gesichert, daß der Vertrag zum einen die Sicherheit beider Seiten verbessert und daß zum anderen der Asymmetrieabbau nicht auf eine unakzeptable einseitige Abrüstung hinausläuft.

Schließlich muß unseres Erachtens die Herstellung gegenseitiger Angriffsfähigkeit auf eine Art und Weise erfolgen, die das Wettrüsten abbremst und letztlich zum Stillstand bringt sowie die heutigen Arsenale sukzessive reduziert, d.h. *in erster Linie* über die Nichtmodernisierung, Begrenzung und den einschneidenden Abbau von Streitkräften und Rüstungen, und nicht, wie eine Reihe bürgerlicher Experten meint, durch sogenannte defensive Umrüstung.²⁸ Es muß dem Umstand Rechnung getragen werden, daß Abrüstung auch aus ökonomischen Gründen zu einem kategorischen Imperativ geworden ist.

Für die mittelfristige Perspektive ist dies ein Weg, der zu einer grundlegenden Veränderung im wechselseitigen Beziehungsverhältnis zwischen WVO und NATO führen, dieses Verhältnis aus einer langjährigen Quelle von gefährlichen Spannungen in eine solche von Stabilität umwandeln und langfristig die Überwindung der Militärblocke in Europa vorbereiten könnte.

Es ist auch — angesichts des sicher längerfristigen Zeitraums konventioneller Rüstungsbegrenzungs- und Abrüstungsverhandlungen — ein Gebot für die Ausgestaltung des Hauses Europa, schon in nächster Zeit ein europäisches Zentrum zur Verminderung der Kriegsgefahr zu schaffen, das der Vermeidung von Krisen, dem Krisenmanagement, der Vertrauens- und Sicherheitsbildung dient. SED und SPD haben mit ihren Vorschlägen — zunächst für Zentraleuropa — einen Weg dazu gewiesen.²⁹

6. Ökologische Aspekte

Um den Bedürfnissen ökologischer Sicherheit im gemeinsamen Haus Europa Rechnung zu tragen, ist unseres Erachtens eine qualitative Weiterentwicklung im Herangehen an die Fragen des Schutzes und der Regeneration der natürlichen Umwelt sowohl im nationalstaatlichen Rahmen aller Länder des Kontinents wie auch auf internationaler Ebene notwendig.

Bei ökonomischen Entscheidungen, bei denen Frage der Umwelt tangiert sind, muß deren Berücksichtigung zunehmend eine dem wirtschaftlichen Effizienzkriterium zumindest gleichrangige Rolle spielen. Schon ein umfassender Einsatz all dessen an Umweltschutz und -regeneration, was heute technologisch bereits anwendungsreif ist, könnte eine signifikante Entlastung der Situation in Gesamteuropa herbeiführen.

Unseres Erachtens müßte die Lösung von Fragen des Umweltschutzes in sehr viel stärkerem Maße, als das heute der Fall ist, aus der Sphäre der Beseitigung von Schäden in die der Prävention verlagert werden. In den Thesen des

28 Dazu exemplarisch: A. v. Müller, Technischer Fortschritt und Rüstungskontrolle, in: Sicherheitspolitik kontrovers. Auf dem Weg in die neunziger Jahre (Hrsg. W. Heisenberg/D.S. Lutz), Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 247, Bonn 1987, S. 498 ff.

29 Neues Deutschland, 8. 7. 1988; vgl. auch: M. Müller, Schritte zu kooperativer Friedenssicherung, in: IPW-Berichte, 9/1988, S. 35 ff.

ZK der KPdSU zur XIX. Unionsparteikonferenz ist dazu z. B. das Problem angesprochen worden, daß das „Fehlen von sozialen Expertisen für großangelegte Projekte ... für die Ökologie und die Menschen schwerwiegende Folgen verursachen“³⁰ kann. In diesen Kontext gehört auch das Problem einer Technologiefolgenabschätzung, das unseres Erachtens ebenfalls ein notwendiges Feld von Ost-West-Kooperation darstellt.

Die *prinzipielle* und *komplexe* Lösung der Fragen des Erhaltes der natürlichen Umwelt muß *heute* beginnen — und zwar im nationalen wie im internationalen Maßstab. Eine Schlüsselrolle kommt dabei den am weitesten entwickelten Industrieländern zu, in denen der größte Teil umweltschädigender Substanzen anfällt, die aber auch am ehesten über die ökonomischen und technologischen Voraussetzungen für die Lösung dieser Fragen verfügen. Dabei darf zugleich nicht aus dem Auge verloren werden, daß in der „dritten Welt“ gegenwärtig Umweltveränderungen mit globalen Auswirkungen vor sich gehen.

Wir wissen heute sehr viel mehr über die Ökologie der Erde als noch vor wenigen Jahrzehnten, aber gemessen an ihrer ganzen Komplexität gibt es in diesem Wissen noch erhebliche Lücken. Das muß einerseits dazu anhalten, auf Feldern besonders vorsichtig zu sein, auf denen gesicherte Erkenntnisse noch nicht in ausreichendem Maße vorhanden sind, und andererseits neu auftauchende Fragestellungen mit dem notwendigen Aufwand auf ihre Substanz, ihre Ursachen und gegebenenfalls ihre Folgen und Lösungsmöglichkeiten hin zu untersuchen.

Sicherheit im gemeinsamen Haus Europa erfordert zunehmend bi- und multilaterale Zusammenarbeit zwischen Ost und West beim Umweltschutz. Die Staaten des Warschauer Vertrags haben aus dieser Erkenntnis z.B. die Einberufung einer gesamteuropäischen Konferenz der für den Umweltschutz zuständigen Minister vorgeschlagen, um dort ein gemeinsames Aktionsprogramm zu erarbeiten.³¹ Ein wesentlicher Bestandteil eines solches Programms könnte z. B. die Errichtung einer gesamteuropäischen Ökologiebehörde sein — zur Realisierung eines weiteren Vorschlags der Staaten des Warschauer Vertrags, zur „Errichtung einer strengen Ordnung, wonach die Staaten über ihre Tätigkeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes und über ökologische Zwischenfälle ... Rechenschaft ablegen“.³²

7. Ökonomisch/wissenschaftlich-technische Aspekte

Die ökonomische Fundierung des gemeinsamen Hauses Europa ist unseres Erachtens mit einer Orientierung vorstellbar, die der sowjetische Politiker Wadim Sagladin unlängst kühn als Prozeß der „trotz aller Systemunterschiede ... allmählichen Durchsetzung einer gesamteuropäischen Wirtschaftsordnung“

30 Thesen der ZK der KPdSU zur XIX. Unionsparteikonferenz, in: Neues Deutschland, 28./29. 5. 1988.

31 Die Folgen des Wettrüstens für die Umwelt und andere Aspekte der ökologischen Sicherheit, in: ebd., 18. 7. 1988.

32 Ebenda.

umrissen hat.³³ Stichworte für zentrale Elemente einer solchen Wirtschaftsordnung, die die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen in Europa auf ein qualitativ völlig neues Niveau heben müßten, könnten die folgenden sein:

1. *gesamteuropäische Lösungen* (einschließlich subkontinentaler und regionaler, die auch Erfahrungen anderer Länder und Kontinente aufnehmen und weltoffen gestaltet werden müssen) für die Bereiche *Energie, Verkehr, Information, Standardisierung u.a.m.*

Die wirtschaftlichen Erfordernisse, die Entwicklung von Wissenschaft und Technik und nicht zuletzt knapper werdende Ressourcen haben erste Aktivitäten in diese Richtung bereits diktiert. Bausteine vielfältiger Art sind vorhanden (z. B. im Transportwesen und im Stromverbund). Ebenso ist die Erkenntnis gewachsen, daß, je eher Klarheit über die Ziele besteht, desto geringer die Kosten solcher Lösungen sind.

2. *industrielle Kooperation*, d.h. eine solche Qualität und Intensität der Arbeitsteilung zwischen allen Ländern Europas, auch zwischen sozialistischen und kapitalistischen, die den Erfordernissen der modernen Produktivkräfte entspricht.

Der BRD-Wirtschaftsexperte Jürgen Donges vertritt dazu folgende Auffassung: „Gemessen am Pro-Kopf-Einkommen und am Entwicklungsstand im RGW-Bereich ist das Potential für einen intensiveren Ost-West-Handel bei weitem nicht ausgeschöpft. Die Arbeitsteilung könnte weitaus substitutiver (statt komplementärer) Natur sein und sich dabei von einem interindustriellen auf einen intraindustriellen Warenaustausch hin entwickeln. Je intraindustrieller die Arbeitsteilung würde, um so geringer wäre die Gefahr, daß im Westen protektionistische Kräfte gegen eine verstärkte Importkonkurrenz aus dem Osten zum Zuge kommen.“³⁴ Der Ansatzpunkt für die stärkere Verknüpfung der Reproduktionsprozesse muß also die Produktion selbst sein, d.h. die Arbeitsteilung im einzelnen. Mit dem Anwachsen der industriellen Ost-West-Kooperation in der Gegenwart beginnen sich in der Tat Wege für neue arbeitsteilige Strukturen zwischen sozialistischen und kapitalistischen Ländern zu öffnen.

3. *enge wissenschaftlich-technische und technologische Kooperation zwischen allen europäischen Staaten bzw. zwischen ihren Integrationsgruppierungen*, nicht im Hinblick auf die Technik von gestern, sondern die von heute und morgen.

Die Herausforderungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, neue Strukturen der Arbeitsteilung wie auch die Suche nach Lösungen für gesamteuropäische Probleme machen eine solche Kooperation als eine Zweibahnstraße zwischen Ost und West nötig. Mehr noch — die Zusammenarbeit in diesem Bereich wird, wie der Direktor des Bundesinstituts für ostwissenschaftli-

33 Interview, in: Der Spiegel, Hamburg, 23/1988, S. 147.

34 J.B. Donges, Handelsbeziehungen zwischen Ost und West auf der Basis unterschiedlicher Wirtschaftssysteme. Vortrag, gehalten auf dem 12. Bremer Wirtschafts- und Transportforum am 21. April 1988, S. 10f.

che und internationale Studien in Köln, Heinrich Vogel, meint, „zum Schlüsselement, vielleicht zum wichtigsten Einstieg in eine Konzeption gemeinsamer Sicherheit, die nicht auf militärische Elemente beschränkt bleibt“.³⁵ Dem kann unseres Erachtens durchaus zugestimmt werden.

8. Humanitäre Aspekte

Gemeinsame Sicherheit im gemeinsamen Haus Europa bedarf unseres Erachtens schließlich eines qualitativ neuen Niveaus im humanitären Austausch über die Systemgrenzen hinweg und einer dauerhaften, auf sachgerechte Problemlösungen orientierten Zusammenarbeit der Staaten in humanitären Fragen. Zu einem nicht geringen Teil hängen von humanitären Fragen die Glaubwürdigkeit und die Ausstrahlungskraft der Idee vom gemeinsamen Haus Europa ab. Die Idee als solche wird in der demokratischen Öffentlichkeit der europäischen Staaten um so eher Fuß fassen, wenn sie mit wesentlichen Fortschritten für die Menschen, für jeden einzelnen Menschen und sein persönliches Leben, verbunden ist.

Eine wesentliche Funktion im Rahmen des europäischen Hauses haben z. B. die elektronischen Massenmedien. Die Verbreitung wahrheitsgemäßer Informationen ist ein vertrauensbildender Faktor und damit ein Element der Friedenssicherung. Zum gemeinsamen Haus muß ferner ein geistig-kulturelles Klima gehören, das die ganze Vielfalt der europäischen Kunst und Kultur einschließt und erschließt, das sein Fundament also im reichen kulturellen Erbe und Gegenwartsschaffen unseres Kontinents hat, in der Vielfalt eigenständiger nationaler Formen, wie sie heute in beiden Gesellschaftssystemen existieren.

Es ist der Vorschlag entwickelt worden, perspektivisch zumindest ein Fernsehprogramm mit europaweiter Ausstrahlung einzurichten, in dem alle Länder des Kontinents ihre Kulturleistung international vorstellen. Obwohl dazu noch grundlegende politische, finanzielle und auch juristische Fragen zu klären wären, könnten Verhandlungen zu diesem Gegenstand u. U. einen ersten Ansatz verdeutlichen, wie dem europäischen Haus auf der Grundlage der Gleichheit und der Gegenseitigkeit durch neue Elemente des Austauschs von Informationen und Meinungen eine geistig-kulturelle Dimension zu geben wäre. Dabei muß man sich über eines im klaren sein: Die Auseinandersetzung zwischen den beiden Gesellschaftssystemen, der Wettstreit, geht auch in einem europäischen Haus weiter, denn es bleiben unterschiedliche gesellschaftspolitische Strukturen, verschiedenartige Wirtschaftssysteme, Staatsformen, Weltanschauungen, ideologische Auffassungen bestehen. Notwendig ist jedoch die Entwicklung einer Kultur des politischen Streits. Diese muß

„— auf einer realistischen Analyse der Möglichkeiten beider Seiten beruhen,
— die gesellschaftspolitischen Gegensätze klar zum Ausdruck bringen,

35 H. Vogel, Sicherheit durch ökonomische Kooperation? Probleme des Technologietransfers, in: Gemeinsame Sicherheit. Dimensionen und Disziplinen (Hg. E. Bahr/D. S. Lutz), Bd. II: Zu rechtlichen, ökonomischen, psychologischen und militärischen Aspekten gemeinsamer Sicherheit, Baden-Baden 1987, S. 149.

- sie nicht auf die Beziehungen zwischen Staaten übertragen,
- Gewalt oder Krieg als Mittel der Konfliktlösung ausschließen und starre Konfrontation überwinden
- und damit einem Frieden dienen, der auch international auf gewaltfreie Konfliktregelung setzt.“

So heißt es im gemeinsamen Dokument der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED und der Grundwertekommission der SPD „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“.³⁶

Eine weitere, ganz zentrale Frage in diesem Zusammenhang ist die nach Charakter und Funktion der Staatsgrenzen in einem gemeinsamen europäischen Haus. Auch in dieser Hinsicht werden Fortschritte ein integraler Bestandteil der grundlegenden Umgestaltung der Ost-West-Beziehungen in Europa sein können und müssen, aufbauend auf dem unverbrüchlichen Grundsatz der Unverletzlichkeit der Grenzen. Eingebettet in einen Prozeß der Entmilitarisierung der Ost-West-Beziehungen, der Schaffung von gemeinsamer Sicherheit, von Zonen des Vertrauens und der Zusammenarbeit, der Anerkennung der Staatsbürgerschaft (um die BRD anzusprechen) ist ein schrittweiser Funktionswandel der Grenzen zwischen Ost und West nicht nur vorstellbar, sondern auch zu erwarten — in eine Richtung, die heute noch maßgebliche Trennungsfunktion der Grenzen zwischen Ost und West zurückzunehmen und ihnen in immer stärkerem Maße den Charakter von Grenzen guter Nachbarschaft zu geben. Eine unabdingbare Voraussetzung dafür wird allerdings auch künftig darin liegen, daß die historisch entstandenen Grenzen ohne Wenn und Aber, d.h. vorbehaltlos, anerkannt werden, damit niemand befürchten muß, daß sein Territorium oder Teile davon Gegenstand politischer Spekulationen anderer Staaten sind und in Gefahr stehen, angetastet zu werden.

9. Veränderungen im politischen Bewußtsein sind notwendig

Ein Prozeß des umfassenden Ausbaus des gemeinsamen Hauses Europa soll und kann unseres Erachtens dazu führen, daß „eine europäische Friedensordnung möglich (wird), die mit einem System kollektiver Sicherheit zu verbinden wäre, bei dem jeder Partner Verantwortung für die Sicherheit jedes andern übernimmt“.³⁷ Dann wäre gemeinsame Sicherheit eine bestimmende, politische gestaltete Realität.

Darauf tatsächlich Kurs zu nehmen setzt jedoch weitgehende Veränderungen im politischen Bewußtsein, vor allem auch bei den politischen Entscheidungsträgern in den an der gesamteuropäischen Entwicklung beteiligten Staaten, voraus, die Stimulierung und Ausprägung eines neuen europäischen Denkens³⁸

36 Neues Deutschland, 28. 8. 1987.

37 E. Eppler, *Wie Feuer und Wasser. Sind Ost und West friedensfähig?*, Reinbek bei Hamburg 1988, S. 41.

38 Siehe dazu auch: W. Lomejko, *Überlegungen zum gemeinsamen europäischen Haus*, in: *Meshdu-narodnaja Shisn*, Moskau, 11/1987, S. 141.

weit über die heute vorhandenen, nach Breite und Tiefe noch ungenügenden Ansätze hinaus, das sich primär in gesamteuropäischen Zusammenhängen bewegt. An dieser Stelle sind aus unserer Sicht einige kritische Anmerkungen zu z.T. verbreiteten Auffassungen bestimmter westlicher Kreise erforderlich:

— Das betrifft in erster Linie die auch heute noch hin und wieder offen ausgesprochene plumpe Diffamierung des „Sowjetsystems“ als „fremd“ und als der „europäischen Zivilisation und Ambition zuwider“³⁹ bzw. die üble Gleichsetzung der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und der Machtergreifung des deutschen Faschismus, die sich *beide* angeblich „in fundamentalen Gegensatz zu den Grundwerten Europas stellten“.⁴⁰ Dabei impliziert die Forderung nach einer Überwindung der Spaltung Europas die Vorstellung einer Beseitigung des Sozialismus als gesellschaftliches System. Das kann natürlich keine Basis für die Bewältigung gesamteuropäischer Herausforderung sein, sondern kann Zusammenarbeit nur blockieren!

— Mit einem gesamteuropäischen Ansatz nicht zu vereinbaren ist auch ein europäischer Ausschließlichkeitsanspruch, der Europa mit Westeuropa gleichsetzt bzw. es auf dieses reduziert. Das schlägt sich in Begriffen wie *Europäische Gemeinschaften*, *Europäisches Parlament*, *Europarat* u.a.m. sowie in der Politik nieder, die mit diesen Begriffen verbunden ist. Davon sind auch jene Kräfte, z.B. in der Sozialdemokratie der BRD, keineswegs frei, die ansonsten glaubwürdig den Grundsatz gemeinsamer Sicherheit von Ost und West in Europa vertreten.⁴¹

— Nicht tragfähig für die Idee eines gemeinsamen europäischen Hauses erscheinen uns schließlich Ansätze, die Europa auf die Region „von Polen bis Portugal“ verkürzen und als friedenserhaltende „Mitte *zwischen* den Weltmächten“ sehen wollen — eine Auffassung, wie sie kürzlich vom Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag der BRD, Alfred Dregger, geäußert wurde.⁴²

Objektive Notwendigkeiten für grundlegende Fortschritte beim weiteren Ausbau des gemeinsamen Hauses Europa bestehen zur Genüge. Solange sie jedoch nicht auf angemessene Weise wahrgenommen und politikwirksam werden, wofür die eben zitierten Auffassungen Beispiele geben, sind qualitative Fortschritte nicht möglich.

Not tut daher vorrangig eine veränderte Interessenperzeption — ein Begreifen, daß die grundlegenden nationalen Interessen der europäischen Staaten auf Dauer nur noch gewahrt werden können, wenn ihre Verfolgung zielgerichtet mit dem Ausbau des europäischen Hauses verknüpft wird und dessen Stabilität nicht in Mitleidenschaft zieht. Die gemeinsamen Interessen von Ost und West in Grundfragen des Überlebens müssen dabei als bestimmende, übergeordnete

39 D. Wilms, Konzept der Deutschlandpolitik im Rahmen der europäischen Einigung, in: Bulletin ..., a.a.O., 13/1988, S. 101.

40 R. Löwenthal, Die Gemeinsamkeiten des geteilten Europa, in: Die Identität Europas, a.a.O., S. 50.

41 Siehe z.B. O. Lafontaine, Europäische Sicherheitspolitik, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Bonn, 11/1987, S. 976 ff.

42 CDU/CSU-Fraktion, Bonn, 24. 4. 1988 (Hervorhebung — d.V.)

Kategorie verstanden und gehandhabt werden. Für die Bewußtmachung all dessen haben unseres Erachtens speziell die politischen, aber auch andere Wissenschaften und natürlich die Massenmedien eine zunehmende Verantwortung. Die Zeit ist reif für die Umsetzung der „Idee von der unmittelbaren Einbeziehung der Autorität der Wissenschaft in die Weltpolitik“.⁴³

Abschließend bleibt darauf zu verweisen, daß insgesamt die Voraussetzungen für den weiteren Ausbau des gemeinsamen Hauses Europa nicht schlecht sind. Dazu zählen wertvolle Traditionen eines intensiven politischen Dialogs ebenso wie das europäische Vertragswerk.

Die Leistungsfähigkeit der europäischen Volkswirtschaften ist hier zu nennen, vor allem aber das übereinstimmende Interesse von Ost und West an der Verhütung eines jeglichen Krieges.

Europa in seiner heutigen Gestalt, mit seinen Potenzen und Möglichkeiten ist keineswegs eine bloße „Notgemeinschaft“, sondern eine Vielfalt von Staaten und Völkern, die sich den Erfordernissen der Erhaltung ihres Kontinents (wie der Welt überhaupt) weit stärker als in der Vergangenheit stellen und sich dazu der zu deren Bewältigung vorhandenen Möglichkeiten bewußt werden müssen. Notwendig ist, daß die europäischen Staaten und Völker ihre Kräfte immer weniger im Gegeneinander von Ost und West verschleifen, sondern in einem zunehmenden Miteinander bei der Lösung der gemeinsamen Probleme potenzieren.

43 Thesen des ZK des KPdSU ..., a.a.O.

Vorschläge für ein Friedens-, Abrüstungs- und Sicherheitskonzept in Europa aus marxistischer Sicht

Ellen Weber

Die kritische Feststellung von Albert Einstein aus dem Jahr 1948, daß die Atombombe alles verändert habe, nur nicht unser Denken, hatte fast 40 Jahre ihre vollständige Berechtigung.

Wir lebten schon im Atomzeitalter, die Atombombe war auf Hiroshima und Nagasaki gefallen, ohne daß die Tragödie in ihrer die Zukunft der ganzen Menschheit bedrohenden Form erkannt oder gar systematisch thematisiert worden wäre.

Das Denken der Menschheit blieb vorläufig noch den Kategorien der Sicherheit durch militärische Stärke verhaftet. Bis der Gedanke ausgesprochen werden konnte: „Der Frieden kann heute nicht mehr gegeneinander errütet, sondern nur noch miteinander vereinbart und organisiert werden“, vergingen mehr als 40 Jahre. Die Haltung, Sicherheit miteinander und nicht voreinander zu suchen, brach sich durch die Wirren des kalten Krieges, durch imperialistische Konfrontationsstrategien nur mühsam Bahn.

Dieser Prozeß ist aus heutiger Sicht besonders interessant, weil der Sieg über den Faschismus, die Beendigung des mörderischen 2. Weltkrieges bereits eine sehr wichtige und interessante Form neuen Denkens und Handelns hervorbrachte: das breite Bündnis weltweiter antifaschistisch-demokratischer Kräfte, die, aus völlig unterschiedlichen Gesellschaftssystemen, Klassen und Schichten kommend, die Antihitlerkoalition schufen.

Mit dieser Koalition des Realismus und der Vernunft war es möglich, auf der Basis intensiver, auch militärischer Zusammenarbeit die vorläufig letzte Bestie der Menschheitsgeschichte zu besiegen — den Faschismus. Der Ausgangspunkt für neues Denken war hier bereits gelegt, ohne daß er weiterentwickelt werden konnte. Bemühungen, aus diesem Abschnitt der Geschichte eine dauerhafte, auf Frieden orientierte Weltpolitik zu machen, waren bei den beteiligten Mächten der Antihitlerkoalition anfangs festzustellen. Die Vereinten Nationen sollten in diesem Sinne eine überragende Rolle spielen. Die Gründungskonferenz der UNO trat am 24. April 1945 in San Francisco zusammen. Es war der Tag, an dem sich bei Torgau sowjetische, amerikanische und englische Truppen vereinigten. Obwohl noch am 24. Oktober 1946 die Charta der UN nach Ratifizierung durch die Großmächte in Kraft trat, verfiel die Antihitlerkoalition. Sie ging in den Konfrontationsstrategien des Imperialismus wieder unter. Die alternativen, antifaschistischen, demokratischen und sozialistischen Kräfte im Weltmaßstab hatten noch keine ausreichende materielle und geistige Kraft, um aus der Antihitlerkoalition eine dauerhafte Koalition der Vernunft im Interesse des Überlebens der Menschheit zu machen.

Obwohl die ersten Atombomben explodiert waren und der faschistische zweite Weltkrieg 52 Millionen Menschen auf dem Gewissen hatte, entstand aus dieser Katastrophe noch keine auf die Gesamtentwicklung der Menschheit gerichtete Strategie. Weitsichtige Denker wie Albert Einstein sahen diesen Widerspruch, formulierten einen neuen kategorischen Imperativ — Neu Denken! —, stießen damit aber auf ein Kräfteverhältnis, das zur Lösung dieser weitreichenden Aufgabe noch nicht ausreichte.

Auch die Sowjetunion und später weitere sozialistische Staaten mußten sich in einer Atmosphäre des kalten Krieges und der imperialistischen Hochrüstung der Strategie „Sicherheit durch militärische Stärke“ unterwerfen. Ihre Politik der friedlichen Koexistenz trug jedoch dazu bei, zumindest die aggressivsten Kreise des Imperialismus in die Schranken zu verweisen. Diese Politik war nicht stark genug, um eine grundsätzliche Wende in der Weltpolitik durchzusetzen. Immer neue technologische Entwicklungen stimulierten die Waffenproduktion in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern, was nicht nur große Besorgnis über den künftigen Gang der Weltentwicklung hervorrief, sondern zu einer entsprechenden militärstrategischen Antwort herausforderte.

Das vom Imperialismus in Gang gesetzte Wettrüsten eskalierte im Weltmaßstab und führte zu 50000 Kernsprengköpfen mit einer Tonne TNT-Sprengstoff pro Kopf der Weltbevölkerung. Die Wissenschaft errechnete nüchtern die möglichen Katastrophen, die auch ohne Kriegsbeginn oder Kriegserklärung allein durch einen Unfall, Computerfehler oder aufgrund der industriellen Dichte, durch Beschädigung von Kernkraftwerksblöcken oder Chemiewerken eintreten könnten — auch im Falle eines „nur“ konventionellen Krieges.

Konzentriertester Ausdruck der Übernahme wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Politik war das Friedensprogramm der KPdSU, — die Welt bis zum Jahr 2000 atomwaffenfrei —, das im Januar 1986 der Weltöffentlichkeit vorgestellt wurde. Es war ein umfassendes Dokument neuen Denkens, das den Einsteinschen Gedanken erstmalig zu einem ganzen Programm der Wende und Umgestaltung der internationalen Beziehungen erhob und in die staatlichen Beziehungen einführte. Nicht mehr Sicherheit durch militärische Stärke, sondern Sicherheit durch Abrüstung und Zusammenarbeit war sein Grundgedanke. Die Vorschläge der Sowjetunion seien, so formulierte es das Drei-Stufen-Programm Gorbatschows, durch die Notwendigkeit diktiert, „die negativen, auf Konfrontation gerichteten Tendenzen zu überwinden, die sich in den vergangenen Jahren verstärkt haben, Wege zur Einstellung des nuklearen Wettrüstens auf der Erde und dessen Verhinderung im Weltraum zur allgemeinen Verminderung der Kriegsgefahr und zur Herstellung von Vertrauen als einer unabdingbaren Komponente der zwischenstaatlichen Beziehungen zu ebnen.“¹

Marxistisches Denken hatte mit diesem Dokument begonnen, ein der neuen Zeit entsprechendes Herangehen an die weitere Weltentwicklung zu formulieren. Es erwies sich in der Folgezeit als produktiv und fähig, relativ schnell neues Denken und Handeln überall anzustoßen und fortzuentwickeln. Die

1 UZ, 17. 1. 1986, Beilage.

Menschheit habe ihre Unsterblichkeit verloren — formulierte Michail Gorbatschow; sie zurückzuerlangen, erfordere die Vernichtung aller atomaren Waffen auf der Erde und die Verhinderung ihrer Stationierung im Weltall. Die Sowjetunion stützte sich bei der Erarbeitung einer neuen Sicherheitspolitik auf vieles, was die weltweit agierende Friedensbewegung in vielen Jahren entwickelt hatte. Besondere Kraft erhielt die Friedensbewegung im Kampf gegen die Raketenstationierung. Insgesamt aber formulierte sie schon frühzeitig eine neue Sicherheitsphilosophie gegen die Doktrin der atomaren Abschreckung.

Die Jahre nach 1986 zeigten, daß neues Denken neues Handeln ermöglichte und ein erstes Abrüstungsabkommen tatsächlich durchsetzbar wurde. Der INF-Vertrag beweist praktisch, daß es möglich ist, die auf Konfrontation gerichtete Tendenz zurückzudrängen und Abrüstung real durchzusetzen. Der INF-Vertrag hat die Hoffnung der Völker auf eine atomwaffenfreie Welt gestärkt. In den internationalen Beziehungen zeichnet sich eine Wende zum Besseren ab. Die unmittelbare Gefahr eines militärischen Konfliktes zwischen NATO und Warschauer Vertrag konnte weiter eingedämmt werden. Mit Realitätssinn und gutem Willen können jetzt spürbare Ergebnisse auf dem Wege der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung erreicht werden.

Gedanken und Einschätzungen wie diese finden sich in Aussagen von Politikern in Ost und West. Der Kampf um die Wende zum Besseren ist in vollem Gang. Er hat Höhepunkte und Durchbrüche (vgl. die Gipfeltreffen von Genf, Reykjavík, Washington und Moskau). Er vollzieht sich aber dennoch außerordentlich widerspruchsvoll und ist noch immer nicht unumkehrbar. Ist die Infrastruktur des kalten Krieges endgültig zerschlagen? Ist das Gewicht von Mißtrauen, Argwohn und Feindseligkeit aufgehoben? Gibt es die gemeinsame Suche nach Abrüstung? Unterbreiten Ost und West gleichermaßen zügig neue Abrüstungsschritte? Wer Fragen wie diesen nachgeht, stellt fest, daß der Weg zu moderner, zivilisierter Weltpolitik auch mit Stolpersteinen gepflastert ist. Tagungen der Nuklearen Planungsgruppe der NATO haben gezeigt, daß an „Modernisierungskonzepten“ für atomare Waffen gearbeitet wird und man gerne kompensieren will, was der INF-Vertrag positiv verändert hat.² Die Grundphilosophie der NATO ist nach wie vor von der Strategie der Abschreckung bestimmt. Sie huldigt dem alten Denken: Sicherheit durch militärische Stärke. So erklärte der NATO-Oberbefehlshaber für Europa, General Galvin, ausdrücklich, daß nukleare Abschreckung noch lange das zentrale Element der Friedenssicherung bleiben müsse. Er sagte: „Das Ziel bleibt ein von Krieg freies, nicht ein nuklearwaffenfreies Europa.“³ All das zeigt, daß Neues Denken auf beachtliche Barrieren stößt und dieser Prozeß äußerst kompliziert weiterverlaufen wird.

Die heute entstandene Lage ist für alle fortschrittlichen Kräfte — auch für die DKP — Anlaß, konstruktiv bei der Suche nach neuen Wegen zur Realisierung des Planes einer atomwaffenfreien Welt mitzuarbeiten. Schon in den vergangenen Jahren, unter anderem auch ausgehend vom 8. Parteitag 1986, hat die

2 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20. 10. 88.

3 Ebd., 27. 10. 88.

DKP ihre strikte Orientierung auf den Beginn eines wirklichen Abrüstungsprozesses und auf die Prioritäten des Friedenskampfes formuliert. So heißt es in den vom Parteitag beschlossenen Thesen: „Wir Kommunisten erklären angesichts der Gefahr eines Atomkrieges: Mit den Jahrtausende alten Traditionen, sich bei der Lösung internationaler Angelegenheiten auf Waffen und militärische Stärke zu verlassen und sie ggf. auch anzuwenden, muß für immer gebrochen werden. Es ist an der Zeit, sich von der Vorstellung zu lösen, daß einseitig zu gewährleistende Sicherheit möglich ist. Sicherheit ist im Nuklearzeitalter nur noch als gemeinsame Sicherheit erreichbar. Die Abwendung eines atomaren Infernos ist zur grundlegenden Voraussetzung für den Fortbestand der menschlichen Zivilisation und damit auch für das Vorankommen des gesellschaftlichen Fortschritts geworden. Der Friedenskampf ist die wichtigste humanistische Aufgabe und zugleich die erste Pflicht eines jeden Revolutionärs.“⁴

Entsprechend dieser Orientierung entwickelte schon der Rechenschaftsbericht des Parteivorstands an den 8. Parteitag Grundgedanken für eine neue Sicherheitspolitik. Wir bekannten uns zu einer Sicherheitspolitik, die Kriegsverhütungspolitik und aktive Abrüstungspolitik im atomaren und konventionellen Bereich zu sein habe. Wir forderten das Prinzip der Mitentscheidung der Bevölkerung und einen strikten Antimilitarismus. Wir formulierten das Prinzip der Sicherheitspartnerschaft zwischen Ost und West und erklärten: „Sicherheit gibt es für unser Land, für Europa und die Welt nicht mit militärischen, sondern nur noch mit politischen Mitteln. Das ist die Grunderkenntnis und der Ausgangspunkt für Sicherheit unter der völlig veränderten Situation in der Welt.“⁵

Die Grundgedanken für eine neue Sicherheitspolitik führte der 8. Parteitag hin zu dem Vorschlag einer Charta des Friedens, mit der wir die Bundesregierung aufforderten, den eigenen Worten: „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen“, praktische Schritte folgen zu lassen. Mit der Charta des Friedens orientierten wir auf den atomaren Teststopp, den Verzicht auf SDI, den Abzug der Pershing II-Raketen, die Schaffung einer atom- und chemiewaffenfreien Zone und den weiteren Ausbau der friedlichen Beziehungen und der Zusammenarbeit mit den Ländern des Sozialismus auf der Grundlage und im Geiste der abgeschlossenen Verträge.⁶

Zügiger als 1986 erwartet, konnte in Form des INF-Vertrages ein erstes Abrüstungsabkommen ratifiziert und mit seiner Realisierung begonnen werden. Die Bewegung für atom- und chemiewaffenfreie Zonen hat eine große Verbreiterung erfahren. So diskutierten z.B. aus der Bundesrepublik Vertreter der FDP, der SPD, der Grünen und der DKP sowie zahlreicher Organisationen und Friedensbündnisse auf dem „Internationalen Treffen für kernwaffenfreie Zonen“ im Juni 1988 in Berlin/DDR gemeinsam mit Vertretern aus über 100 Staaten der Welt über Fragen der Sicherung des Friedens und über die Verant-

4 Protokoll des 8. Parteitags der DKP, Düsseldorf 1986, S. 514.

5 Ebd., S. 36.

6 Ebd., S. 37.

wortung der Politik im Atomzeitalter. Erstaunliche Gemeinsamkeiten, vor allem die Anerkennung des neuen Ausgangspunktes für Politik — Sicherheit kann nicht gegeneinander errüstet, sondern nur miteinander vereinbart werden — prägten die Diskussionen auf diesem Treffen.

Die Orientierung, die die DKP auf den Ausbau der friedlichen Beziehungen gerichtet hat, erwies sich im Lichte der realen Entwicklung als richtig. So zeugen die bilateralen Treffen zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und dem Staatsratsvorsitzenden der DDR, Erich Honecker, sowie der Staatsbesuch Helmut Kohls in der Sowjetunion von der Entwicklung einer Dialogpolitik auf der Basis der Notwendigkeit, die der Menschheit drohenden Gefahren abzuwenden.

Soll dieser Prozeß jedoch weitergetrieben werden, bedarf es des intensiven außerparlamentarischen Engagements und der Entwicklung von weit ins nächste Jahrzehnt hineinreichenden Ideen. Mit ihrem Entwurf „BRD 2000“ versucht die DKP, einen Beitrag zu diesem friedensorientierten und demokratischen Diskussionsprozeß zu leisten.⁷ Thesen und Rechenschaftsbericht des 8. Parteitagcs werden in diesem Dokument weiterentwickelt und konkretisiert. Der Entwurf bemüht sich, die in der Dynamik der Auseinandersetzung entstandenen neuen Fragen zu durchdenken und weiterführende Schlußfolgerungen zu formulieren. Der Bedarf, Politik erneut programmatisch zu fassen, ergab sich für die DKP durch die mit dem INF-Abkommen real erreichten Veränderungen, durch den politisch-ideologischen Dialog auf internationaler und nationaler Ebene und durch die Vertiefung der Konflikte, die aus den globalen Problemen erwachsen. Neues Denken mußte sich dem Thema Krieg und Frieden ebenso zuwenden wie dem Verhältnis des Menschen zur Natur und den Katastrophen der von Hunger und Elend gezeichneten Völker der Welt.

Die Notwendigkeit der grundlegenden Umgestaltung der internationalen Beziehungen, die Verankerung des Prinzips „Abrüstung für Entwicklung“ erforderte auch von der DKP Konzeptionen, die dieser Herausforderung gerecht zu werden trachten.

Es ist in diesem Beitrag nicht möglich, auf Konzeptionen anderer Parteien und Organisationen einzugehen. Es muß aber darauf aufmerksam gemacht werden, daß SPD, Grüne, FDP und auch konservative Kräfte innerhalb der CDU/CSU nach einer Neubestimmung ihrer politischen Orientierung unter dem Eindruck des Atomzeitalters suchen. Daß Bundesaußenminister Genscher am 3. Oktober 1988 in Bologna dazu aufrief, das eigene Denken zu modernisieren, Weltbild mit Feindbild nicht zu verwechseln und den Zeitpunkt zu erkennen, der den Entwurf der Architektur für das ganze Europa erfordere, ist nur eine Momentaufnahme von diesem alle gesellschaftlichen Kräfte umfassenden Prozeß.⁸

⁷ Im folgenden beziehen sich die Hinweise auf „BRD 2000“ stets auf den ersten Diskussionsentwurf, der beim Erstellen des Artikels Grundlage der Parteidiskussion war. Vgl. Bundesrepublik Deutschland 2000. Vorschläge der DKP zu einer friedensorientierten und demokratischen Reformalternative für die 90er Jahre (Entwurf), UZ-Eigenbeilage, 30. 6. 88.

⁸ Frankfurter Rundschau, 4. Oktober 1988, S. 4.

In diesen Zusammenhang gehört selbst die Meinung des verstorbenen bayrischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß, der aus Anlaß des Besuches von Erich Honecker in der Bundesrepublik feststellte: „Auf Grund der historischen Erfahrungen und angesichts der Zerstörungskraft moderner, auch konventioneller Waffen scheidet Krieg als Mittel zur Lösung politischer Meinungsverschiedenheiten aus. Ein Krieg darf in Europa nicht mehr denkbar, nicht mehr kalkulierbar, nicht mehr führbar erscheinen. Das gilt auch für utopische Vorstellungen von einem Krieg mit begrenzter geographischer Ausdehnung und verminderter Wirkung. Deshalb ist und bleibt es Ziel unserer Abrüstungspolitik, nicht die Folgen eines Krieges zu begrenzen, sondern Kriege überhaupt unmöglich zu machen.“⁹ Daß hartgesottene Kalte Krieger wie F.J. Strauß so argumentierten, mag vorläufig den Charakter von Episoden haben. Sie zeigen aber, daß selbst diese Kräfte sich den neuen Fragen nicht entziehen können.

Die DKP hat mit ihrem Entwurf „BRD 2000“ die Grundgedanken der internationalen Diskussion aufgenommen. Es geht uns um Frieden und Sicherheit, die nicht auf dem labilen Gleichgewicht des Schreckens basieren, sondern sich auf Abrüstung und Zusammenarbeit gründen. Es heißt in unserem Dokument: „Frieden durch Abrüstung, Abrüstung für Entwicklung, partnerschaftliche Zusammenarbeit statt Konfrontation, das ist der Schlüssel für die Lösung der globalen Probleme. Das ist zugleich der Kern des neuen Denkens und Handelns, das durch die UdSSR, die DDR und andere sozialistische Länder, das durch die weltweite Friedensbewegung entscheidende Impulse erhält. Die Herausforderung ist umfassend: Die Völker und Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung müssen, wenn sie gemeinsam überleben wollen, über Klassen- und Systemgrenzen hinweg unwiderruflich damit beginnen, ihre gegenseitigen Beziehungen zu entmilitarisieren und ihr Zusammenleben im Sinne friedlicher Koexistenz bewußt zu gestalten. Die Bundesrepublik muß dazu einen eigenen konstruktiven Beitrag leisten.“¹⁰

Die Frage, die Michail Gorbatschow beim Treffen der Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien aus Anlaß des 70. Jahrestages der Oktoberrevolution gestellt hat: „Wie kommt die Menschheit durch das Minenfeld unserer Tage ins 21. Jahrhundert?“, erfordert weltweite, aber auch vor allem konkret nationale Antworten. Die DKP geht davon aus, daß die Monopole und die heutige kapitalistische Gesellschaft nach wie vor Expansion und Aggression hervorbringen. Diese Feststellung muß aber beachten, daß imperialistische Politik mit dieser bekannten Tendenz heute auf starke Gegenkräfte stößt und die Monopolbourgeoisie selbst den Atomkrieg nicht überleben würde. „Hochrüstung und Krieg, zumal Atomkrieg, hören in der Tendenz objektiv auf, den Gesamtinteressen der Monopolbourgeoisie zu entsprechen.“¹¹ Das ist eine geschichtlich neue Lage, aus der heraus sich die Koalition des Realismus und der Vernunft bilden läßt bzw. sich schon herausbildet.

9 Bayern-Kurier, 19. 9. 87.

10 Entwurf BRD 2000, a.a.O., S. 10.

11 Ebd.

Im Unterschied zur Antihitlerkoalition, die ebenfalls schon Teile der Monopolbourgeoisie erfaßt hatte, entsteht das sich herausbildende heutige Bündnis des Realismus und der Vernunft auf der Basis der Einsicht in den unabwendbaren Untergang der Menschheit, sofern den Geboten der Vernunft nicht entsprochen wird. Faschismus war noch überlebbar — er traf die Menschheit nicht als Gesamtschicksal —, der Atomkrieg ist es nicht mehr. In diesem dramatischen Ansatz steckt der objektive Zwang zu neuem Denken für alle Klassen und Systeme. Die Koalition der Vernunft heute hat neben dem notwendigen Appell an Moral und Verantwortung gegenüber dem Schicksal der Völker die neue Weltsituation zur Grundlage. Hierin liegt die materielle Basis für die Möglichkeit, den Imperialismus friedensfähig zu machen.

Zweifelsfrei bringt diese so formulierte Aufgabenstellung Unsicherheiten und Fragen auch bei fortschrittlichen Kräften hervor. Diese Fragen gründen sich zum Teil auf den Verlauf der praktischen Politik (Bildung eines neuen Mammutkonzerns mit gewichtiger militärindustrieller Ausprägung, Modernisierungspläne der NATO für Atomwaffen, Kohls Unwille, praktische Abrüstungsschritte in Angriff zu nehmen u.a. mehr). Sie gründen sich aber auch auf die noch nicht erkannten Chancen, die die neue Weltlage bieten. So formulierte auf der Konferenz der Friedensbewegung am 28./29. 11. 1987 in Bonn ein Vertreter der Bundeskoordination unabhängiger Friedensgruppen in einem schriftlichen Diskussionsbeitrag folgenden Standpunkt: „Die Friedensbewegung kann daraus nur eines lernen: Es gibt auf der Seite der Herrschenden, ob in Politik, Wirtschaft, Militär oder sonstwo keine möglichen Verbündeten für uns. Vernunft ist eine interessenbedingte Angelegenheit. Vernünftig ist, was meinen Interessen nützt. Deren Interessen unterscheiden sich von unseren. Die brauchen die Kriegsdrohung, die Politik der Stärke, wir brauchen die Abrüstung — und müssen sie gegen die erkämpfen. Koalition der Vernunft (paktieren mit den Herrschenden) oder Friedenskampf, das ist die richtige Frage.“¹²

Was die noch immer vorhandenen reaktionären Tendenzen in der offiziellen Bonner Politik betrifft, so darf hier nicht abgewiegelt werden. Sorgen, daß die rechten Kräfte, die den militärindustriellen Komplex verkörpern, an Hochrüstung interessiert sind und bleiben, sind berechtigt. Projekte wie der Jäger 90, steigende Summen für den Rüstungsetat und die Tendenz zur Modernisierung konventioneller und atomarer Waffensysteme können noch immer den Abrüstungsprozeß ernsthaft behindern, ja sogar gefährden.

Dennoch darf das heute Neue nicht verkannt werden. Es muß die Chance genutzt werden, auf immer breitere Bündnisse zur Rettung der Welt vor dem nuklearen Holocaust zu orientieren. Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik mit ihren vielfältigen Arbeitsformen und Organisationen geht insgesamt von den neuen Bündnismöglichkeiten aus und bemüht sich, dem Abrüstungs- und Entspannungsprozeß neue Impulse zu geben.

12 Materialien der Aktionskonferenz der Friedensbewegung vom 28./29. 11. 1987, Diskussionsbeiträge, S. 18.

Die DKP ist der Meinung, daß eine Neuorientierung der Sicherheitspolitik unseres Landes durchgesetzt werden muß. Wir betonen den Grundsatz, daß Sicherheit heute nur noch als gemeinsame Sicherheit aller Staaten in Europa und weltweit möglich ist und dem längerfristigen Ziel untergeordnet ist, eine vollständige Abrüstung und Entmilitarisierung zu erreichen. Aus dieser Sicht müssen Praxis, Doktrin und Struktur der NATO geändert werden, denn militärische Gewalt muß beim Austragen von Gegensätzen zwischen Staaten und Systemen ausgeschlossen bleiben. Deshalb ist die Herstellung einer strukturellen Nichtangriffsfähigkeit ein Gebot der Stunde.

Obwohl wir Kommunisten für die Überwindung der militärischen Blöcke sind, kann die Durchsetzung des Prinzips der gemeinsamen Sicherheit nicht mit der Auflösung der Militärbündnisse beginnen. Es muß vielmehr schon heute, noch bei Existenz von NATO und Warschauer Pakt, z.B. durch die Überwindung der Doktrin der Abschreckung durchgesetzt werden. Es ist deshalb gut, daß erste Ansätze vorhanden sind, auch die bisherige Sprachlosigkeit zwischen den Verteidigungsministern der Militärsysteme zu überwinden. Äußerst wichtig ist in diesem Zusammenhang, daß die Warschauer Vertragsstaaten im Mai 1987 der NATO den Vorschlag machten, „die Militärdoktrinen dieser Bündnisse zu vergleichen, ihren Charakter zu analysieren und gemeinsam ihre künftige Ausrichtung zu erörtern, um die mit den Jahren angewachsenen gegenseitigen Verdächtigungen und das Mißtrauen abzubauen, zu einem besseren Verständnis der beiderseitigen Absichten zu gelangen und zu gewährleisten, daß die Militärkonzeptionen und -doktrinen beider militärischer Blöcke und ihrer Teilnehmer auf Verteidigungsprinzipien beruhen“.¹³

In einer sich derart entwickelnden Lage sind eigene Abrüstungsschritte der Bundesrepublik dringend erforderlich. Wir gehen davon aus, daß soziale, ökologische und andere Entwicklungsaufgaben besser lösbar sind, wenn es zu einschneidenden Kürzungen des Rüstungsetats kommt. Die Haushalts- und Finanzpolitik in Bonn muß andere Prioritäten setzen. Abrüstung für Entwicklung, diese Losung gilt auch für unser Land. Wir fordern, zunächst die Militärausgaben einzufrieren, neue aufwendige Rüstungsprojekte zu stoppen und danach den Rüstungsetat um jährlich 10 % bis zur Hälfte des heutigen Niveaus abzusenken. Mit dieser Herangehensweise verträgt sich weder militärische Forschung und Entwicklung noch die Praxis der Rüstungsexporte.

Die DKP ist bei diesem Herangehen oftmals mit der Befürchtung konfrontiert, Arbeitsplätze könnten bei einer so orientierten Abrüstungspolitik massenhaft verloren gehen. Diesem Problem setzen nicht nur die Kommunisten, sondern vor allem auch die Gewerkschaften, Sozialdemokraten und Grüne die Konzeption umfassender und detaillierter Programme der Rüstungskonversion entgegen. Die Struktur der Rüstungskonzerne in unserem Land, die fast alle starke Standbeine in der zivilen Produktion haben, würde einen solchen Umbau erleichtern. Außerdem hat die Lösung drängender sozialer und ökologischer Probleme einen arbeitsplatzschaffenden Charakter. Mit Entwicklungen dieser Art könnten sich z.B. ein zu schaffendes Bundesamt für Abrüstung so-

13 UZ, 1.6.87, S. 4/5.

wie die Friedensforschungsinstitute befassen, deren Kapazitäten weiter ausgebaut werden müssen.

Für die DKP münden viele Überlegungen zu Abrüstung und Sicherheit in die Idee zur Schaffung eines gemeinsamen europäischen Hauses. Heute überwiegt noch die Abgrenzung zwischen Ost und West in Europa. Das Prinzip der Zusammenarbeit ist noch nicht wirklich durchdacht und erst recht noch nicht durchgesetzt. Dabei gibt es günstige Phasen in der jüngeren europäischen Geschichte, in denen Zusammenarbeit schon praktiziert wurde. Genannt sei die erste Phase der Entspannung, die einherging mit der Anerkennung der DDR, mit dem Moskauer und Warschauer Vertrag sowie mit der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, womit auf wichtigen Feldern der Politik neue Maßstäbe gesetzt wurden.

Die generelle Schwäche dieser Phase bestand darin, daß zwar bedeutende politische Abkommen geschlossen wurden, eine wirkliche Materialisierung der Entspannung in Form realer Abrüstung aber nicht zustande kam. Die erste Phase der Entspannung verlor sich in Stagnation. Es vollzog sich aber ein vorsichtiger Neubeginn mit der Vereinbarung vertrauensbildender Maßnahmen, mit dem erfolgreichen Abschluß der Stockholmer Konferenz, mit der Aufnahme der Beziehungen von RGW und EG im Juli 1988, mit dem Aufschwung des politischen Dialogs zwischen Ost- und Westeuropa sowie durch humanitäre Zusammenarbeit.

Mit Maßnahmen dieser Art wurde die Idee des gemeinsamen Hauses Europa vorbereitet. Diese Idee verkörpert die Zeichen der Zeit und kann den Kontinent langanhaltend verbinden. Das setzt voraus, daß sich auch die Bundesregierung zu einer aktiven Politik der friedlichen Koexistenz bekennt. Das schließt die Anerkennung der nach dem zweiten Weltkrieg entstandenen Lage ebenso ein wie die Respektierung der Nachkriegsgrenzen und die Achtung des Prinzips der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines Volkes. Diese in Verträgen völkerrechtlich festgeschriebene Politik darf nicht durch ständige Betonung der angeblichen Offenheit der „deutschen Frage“ unterlaufen werden.

Wir gehen davon aus, daß ein friedlicher Wettstreit zwischen den kapitalistischen und den sozialistischen Gesellschaftsordnungen herauszufinden hat, welches Gesellschaftssystem sich als geeigneter erweist, den Gegenwarts- und Zukunftsinteressen der Völker zu entsprechen. Wir sagen im Dokumententwurf „BRD 2000“: „Das schließt den Dialog unterschiedlicher politischer Kräfte, die Austragung ideologischer, politisch konzeptioneller, ökonomischer, kultureller und sozialer Gegensätze auf friedlicher Ebene nicht aus, sondern ordnet diese positiv und konstruktiv in das Ringen um den Erhalt des Planeten und eine menschenwürdige Zukunft ein.“¹⁴ Es wäre gut, würde sich die Außenpolitik der Bundesrepublik diesen Grundsätzen verpflichten. Sie könnten die Grundsteine bilden für eine Zukunft, in der Europa seine Politik an Abrüstung, Sicherheit und Frieden orientiert. Die DKP hat mit ihrem Dokumententwurf „BRD 2000“ einen wichtigen Diskussionbeitrag für eine friedensorientierte Zukunft geleistet.

¹⁴ Entwurf BRD 2000, a.a.O., S. 17.

Es ist selbstverständlich, daß ein Zukunftsentwurf auch das Nachdenken über die Kräfte erfordert, die zur Lösung der herangereiften Aufgaben gewonnen sind oder gewonnen werden müssen. Was die Orientierung auf breite Bündnisse anbelangt, so wurde weiter oben deren Notwendigkeit und Möglichkeit begründet. An dieser Stelle geht es um die Menschen, Organisationen, Bündnisse und Parteien, die als bewegende initiativreiche Kräfte versuchen, erkannte Interessen und Ziele durch Diskussion und Aktion umzusetzen.

Vorläufig steht die Bonner Wendepolitik der Absicht im Wege, das Tor zu einer friedensfähigen, am ökologischen, sozialen und demokratischen Fortschritt orientierten Politik zu öffnen. Es ist klar, daß es umfassender außerparlamentarischer, aber auch parlamentarischer Kämpfe bedarf, um die heute noch agierenden Rechtskräfte aufzuhalten und zur Änderung ihrer Pläne zu bewegen.

Das heutige Niveau der Aktionstätigkeit wird den Herausforderungen noch ungenügend gerecht, obwohl in den heutigen Auseinandersetzungen und Kämpfen schon die neuen, erweiterten Möglichkeiten sichtbar sind. Besonders bedeutsam ist der Prozeß, der Arbeiter- und Friedensbewegung in den letzten Jahren nähergebracht hat. Die DKP orientierte seit vielen Jahren auf gemeinsame oder parallele Aktionen dieser großen Organisation und Bewegung.

Auch eine wachsende Übereinkunft von Ökologie- und Friedensbewegung hat sich in den letzten Jahren herausgebildet. Nicht nur praktisch in der Aktion, auch programmatisch gibt es zunehmende Übereinstimmung. Gewerkschaftstage fassen Entschließungen zur Friedenspolitik, die mit den Aufrufen der Friedensbewegung in vielen Punkten übereinstimmen. Die Ökologiebewegung orientiert auf die Umgestaltung der Produktion unter Beachtung der Arbeitsplatz-Problematik.

Die wichtige Aufgabe der Rüstungskonversion findet sich in den Gedanken und Aufrufen aller linken und demokratischen Kräfte.

Auf der Basis solcher Entwicklungen verstärkte sich auch die Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten. Daß sich SED und SPD in einem produktiven Dialog befinden, hat positive Auswirkungen auf die Gestaltung einer am Frieden orientierten Politik auch dann, wenn sozialdemokratische Führungskräfte innerhalb der Bundesrepublik den Dialog mit den Kommunisten vorerst nur in den gemeinsamen Aktionen gestatten. Nach Auffassung der DKP ist die Aktionseinheit der Arbeiterklasse die „Voraussetzung dafür, daß die Arbeiterklasse zum Kern und Motor von Reformbündnissen werden kann“.¹⁵ Das Zusammenwirken von Arbeiterklasse und Intelligenz spielt für die Gestaltung der Zukunft eine ebenso große Rolle wie die Zusammenarbeit mit der radikaldemokratischen Partei, mit der Partei der Grünen.

Es gilt heute, das Gemeinsame der demokratischen Bewegungen in den Vordergrund zu rücken; dies ist heute nicht mehr bloß ein Erfordernis, sondern schon der Gang der realen Auseinandersetzungen.

Die Opposition auf der Suche nach einer friedenspolitischen Konzeption

Sozialdemokratische und grüne Alternativen zur Sicherheitspolitik der Bundesregierung

Christoph Butterwegge

1. Vom sozialdemokratischen Nein zur „Nach“rüstung zum Konzept der Gemeinsamen Sicherheit und Struktureller Nichtangriffsfähigkeit — 2. Einseitige Abrüstung, NATO-Austritt und Soziale Verteidigung — die Vorstellungen der GRÜNEN — 3. Versuch einer Zwischenbilanz der Diskussion über sicherheitspolitische Alternativen

Nach der Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen (Pershing II) und Marschflugkörper in der Bundesrepublik, erst recht nach Abschluß des INF-Abkommens im Dezember 1987, eröffnete sich für die Friedensbewegung unseres Landes, die sie tragenden Parteien und Organisationen die Möglichkeit, stärker als während der Auseinandersetzungen darüber perspektivische Überlegungen anzustellen. Von tagespolitischen und wahltaktischen Zwängen befreit, gingen viele Gruppierungen daran, ihr Verhältnis zur atomaren Abschreckung zu bestimmen und aufzuzeigen, was sie unter „Frieden“ verstehen, d.h. wie eine Welt ohne Waffen aussehen und entstehen kann. Die neue Nachdenklichkeit in und außerhalb der Friedensbewegung führte zu interessanten Kontroversen, aber machte auch Rat- und Orientierungslosigkeit, die im Kampf gegen den sog. NATO-Doppelbeschluß nicht spürbar geworden war, bewußter.

Im Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung werden seit geraumer Zeit Alternativen zur Logik der Abschreckung erörtert. Mechtild Jansen, Sprecherin dieses Gremiums, plädiert für eine ganz neue Politik, die das militärisch geprägte Sicherheitsdenken hinter sich läßt. „Von der gemeinsamen Ablehnung eines strategisch und qualitativ zentralen Aufrüstungsschrittes, der sog. ‚Nach‘rüstung, über die gemeinsame Ablehnung des gesamten Systems der Abschreckungspolitik geht es für die Friedensbewegung heute um die Formulierung (von Elementen) einer gemeinsamen politischen Alternative eines innen- und außenpolitischen gerechten Friedens — sozusagen um eine positive Friedensdoktrin, um ein Konzept politischer Friedenssicherung oder auch eine Philosophie des Friedens.“¹

¹ Mechtild Jansen, Plädoyer für eine „positive Friedensdoktrin“. Zu den Perspektiven der Friedensbewegung, in: Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung (Hg.), Rundbrief 5/1987, S. 13.

Ein Diskussionsbeitrag im Rundbrief des Koordinierungsausschusses sprach von einer „Utopie des Friedens“, die durch Ausschluß jeglicher militärischer Gewalt umfassende Sicherheit für Menschen und Völker garantieren soll. Außen-, Sicherheits- und Militärpolitik müßten, so meinten die Verfasser, am Ziel eines Friedens ohne Bedrohung, der Entmilitarisierung und Kooperation orientiert sein. Eine Politik des gerechten, gleichen und ungeteilten Friedens, wie sie ihnen vorschwebt, beginnt in einem kooperativen Europa, das den Ost-West-Konflikt überwindet und trotz unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen zusammenwächst.²

Umstritten ist jedoch, ob Friedensutopien bzw. Debatten darüber nicht zum politischen Eskapismus führen, die Aktivisten vom Handeln abhalten und die Bewegung spalten. Autonome Friedensgruppen befürchten offenbar, daß die Utopiediskussion zumindest in der gegenwärtigen Situation negative Folgen zeitigt und kontraproduktiv wirkt: „Zum einen trägt sie bei zur Entpolitisierung der Bewegung, zum anderen grenzt sie aus, den (zugegeben kleinen) Rest der Friedensbewegung, der sich auf Illusionen über Parlamente, Wahlen und die bürgerliche Demokratie überhaupt nicht einlassen kann.“³

Tatsächlich erbrachte der Diskussionsprozeß bisher in erster Linie Denkanstöße und weniger greifbare Resultate; mehr als eine Zwischenbilanz kann man deshalb (noch) nicht ziehen. Schon jetzt zeigt sich allerdings, daß es für die Friedensbewegung leichter war, einen Minimalkonsens im Kampf gegen Pershing II und Cruise Missiles zu finden, als über die Ablehnung konkreter Rüstungsprojekte hinausreichende Alternativen zu formulieren.

Seit der Niederlage im Kampf um die Raketenstationierung nahm die Bedeutung der Bürgerinitiativen bzw. lockerer Zusammenschlüsse von RüstungsgegnernInnen innerhalb der Friedensbewegung merklich ab. Gleichzeitig wuchs, wie in Abschwungphasen außerparlamentarischer Protestbewegungen üblich, das Gewicht organisierter Kräfte, die über einen Apparat verfügen und auf der Grundlage einer geschlossenen Ideologie sowie einer in sich schlüssigen Strategie Rückschläge leichter verkraften und kontinuierlich weiterarbeiten. Vornehmlich die der Friedensbewegung verbundenen Bundestagsparteien, SPD und GRÜNE, beeinflussten den Diskussionsprozeß über sicherheitspolitische Alternativen stärker als zuvor. Ihre Vorschläge werden daher im folgenden ausführlich referiert und nicht zuletzt unter dem Gesichtspunkt kritisiert, ob sie der Friedensbewegung insgesamt Entwicklungsperspektiven eröffnen.

2 Vgl. Autorenkollektiv, Frieden ohne Bedrohung, Entmilitarisierung und Kooperation, in: Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung (Hg.), Rundbrief 3/1988, S. 1 ff.

3 Arnfried Klörs, Lucy in the Sky with Diamonds. Zur Diskussion um die „positiven Utopien“ der Friedensbewegung, in: Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung (Hg.), Rundbrief 6/1988, S. 39.

1. Vom sozialdemokratischen Nein zur „Nach“rüstung zum Konzept der Gemeinsamen Sicherheit und Struktureller Nichtangriffsfähigkeit

Die SPD befand sich nach dem Regierungswechsel 1982 in einer prekären Lage: Sie hatte den sog. NATO-Doppelbeschluß vom Dezember 1979 — wenn gleich nur unter enormem Druck der Parteispitze und heftigen Auseinandersetzungen in den eigenen Reihen — gutgeheißen und aufgrund der Hochrüstungspolitik ihres Bundeskanzlers Helmut Schmidt gegenüber der Friedensbewegung jede Glaubwürdigkeit eingebüßt. Auch als Oppositionspartei tat sich die Sozialdemokratie mit einer Kurskorrektur schwer: Im Bundestagswahlkampf 1983 vermied sie klare Aussagen zur Raketenstationierung, weil die Hoffnung bestand, die Regierungsmacht gleich wieder zurückzuerobern; nur aufgrund der Wahlniederlage erfolgte ein Schulterschuß mit der Friedensbewegung, und erst nach dem Kölner Parteitag im November 1983 ging die SPD daran, ihre Militärpolitik grundsätzlich zu überdenken, wobei sie an Überlegungen Egon Bahrs (Mitglied der Palme-Kommission) zur „Gemeinsamen Sicherheit“ anknüpfen konnte.⁴ Aufgrund der modernen Rüstungstechnologie erschien die Gleichgewichts- bzw. Abschreckungsideologie zunehmend obsolet. Ausgehend von der Erkenntnis, daß Sicherheit nicht mehr gegeneinander, sondern nur noch miteinander zu haben ist, übten sozialdemokratische Politiker, die vorher geschwiegen hatten, Kritik an der NATO-Strategie. Die Abrüstungsvorschläge der SPD konzentrierten sich zuerst auf (euro)strategische Atomwaffen und sparten andere, unterhalb der Gattungsgefährdung liegende Rüstungsebenen (konventionelle Waffensysteme) entweder ganz aus oder blieben in Grenzbereichen (nukleare Gefechtsfeldwaffen) vage.⁵

Gegen den erbitterten Widerstand einer rechten Minderheitsgruppierung, die sich auf schweigende Volks-, Wähler- und Mitgliedermehrheiten berief⁶, setzte die Parteiführung im Rahmen der sozialdemokratischen Programmdiskussion (Revision des Godesberger Grundsatzprogramms) eine Aussage zur Abschaffung *aller* Massenvernichtungsmittel durch. Im mittlerweile total

4 Vgl. hierzu: Christoph Butterwegge/Heinz-Gerd Hofschien, Sozialdemokratie, Krieg und Frieden. Die Stellung der SPD zur Friedensfrage von den Anfängen bis zur Gegenwart, Heilbronn 1984, S. 346 ff.; Christoph Butterwegge/Manfred Ossenbeck, SPD und Friedensfrage. Positionen fortschrittlicher Sozialdemokraten zur Friedenssicherung, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 6/1983, S. 305 ff.

5 Vgl. Christoph Butterwegge/Wolfgang Zellner, Alternativen sozialdemokratischer Sicherheitspolitik. Zur Diskussion über eine neue NATO-Strategie in der SPD, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 7/1984, S. 330.

6 Vgl. Gesine Schwan, Verzicht auf Atomwaffen erhöht das Kriegsrisiko, in: Vorwärts 27/1987, S. 16f.; sowie die Replik: Egon Bahr, „Wir brauchen keine Atomwaffen mehr“, in: Vorwärts 28/1987, S. 26f.

überarbeiteten Irseer Programmentwurf rangierte die Friedenspolitik vor allen anderen Politikfeldern.⁷

In der Diskussion um die doppelte Null-Lösung und durch die Konfrontation mit der liberal-konservativen Bundesregierung überwand die führende Oppositionspartei den Bruch zwischen ihrer Forderung nach Abzug der landgestützten Mittelstreckenraketen/Marschflugkörper und fehlenden bzw. schwammigen Vorstellungen zur Reduzierung der konventionellen Waffen (Kürzung des Rüstungshaushalts, Umstellung von militärischer auf zivile Produktion) wie taktischer Atomwaffen weitgehend. Sie schloß diese Lücke durch einen umfangreichen Forderungskatalog, basierend auf einem Konzept der Gemeinsamen Sicherheit, der „strukturellen Nichtangriffsfähigkeit“ (besser: Angriffsunfähigkeit) und einer zweiten Phase der Entspannung, das im Dialog mit Staatsmännern, Militärs und den Regierungsparteien mehrerer sozialistischer Staaten Osteuropas weiterentwickelt wurde und — wenn man so will — eine Antwort auf die Abrüstungsvorschläge der Sowjetunion und das „neue Denken“ Michail Gorbatschows bildete.⁸

Meilensteine auf diesem Weg waren Beschlüsse des Essener und des Nürnberger Parteitagestages (1984, 1986) zur NATO-Strategie bzw. zur Friedens- und Sicherheitspolitik der SPD.⁹ Am Beginn einer neuen Phase der sozialdemokratischen Sicherheitspolitik standen Kategorien der Friedens- und Konfliktforschung, wie etwa „Mindestabschreckung“ oder „strukturelle Nichtangriffsfähigkeit“ (StruNa), 1982/83 von Wissenschaftlern des Max-Planck-Instituts für Physik und Astrophysik geprägt¹⁰, die erst noch mit politischem Inhalt gefüllt werden mußten.

Auf dem Mobilisierungsgipfel der Friedensbewegung gab es viele Ideen, aber kein Konzept, was sich bald änderte, von (grünen) Kritikern der SPD jedoch meist übersehen bzw. unterschätzt wurde.¹¹ Die „Abstraktion der Grundlagen“ hinter sich lassend, stießen sozialdemokratische Politiker und Wissenschaftler zur nächsten Entwicklungsperiode des Konzepts Gemeinsamer Sicherheit vor, in der seine „Konkretisierung, die Anwendbarkeit oder die

7 Vgl. Vorstand der SPD (Hg.), Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Irsee, Juni 1986, Bonn o.J., S. 9/18 ff.; zur Kritik: Olaf Scholz, Politik des Friedens: Entspannung und Abrüstung als Programm, in: Detlev Albers/Kurt Neumann (Hg.), Über Irsee hinaus!, Zur Kritik am Programmentwurf der SPD, 2. Aufl. Berlin (West) 1987, S. 31 ff.

8 Vgl. Egon Bahr, Zum europäischen Frieden. Eine Antwort auf Gorbatschow, Berlin (West) 1988.

9 Vgl. FfR eine neue Strategie des Bündnisses, in: Vorstand der SPD (Hg.), Beschlüsse des SPD-Parteitagestages Essen, 17.-21. Mai 1984, Bonn o.J., S. 88 ff.; Unser Weg zu Abrüstung und Frieden. Beschluß zur Friedens- und Sicherheitspolitik der SPD, Parteitag in Nürnberg 25.-29. 8. 1986, in: Vorstand der SPD (Hg.), Politik. Informationsdienst der SPD 8/1986, S. 1 ff.

10 Vgl. Albrecht A.C. von Müller, Stellungnahme zum Thema „Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit“, in: Egon Bahr/Dieter S. Lutz (Hg.), Gemeinsame Sicherheit: Dimensionen und Disziplinen, Bd. III: Zu den militärischen Aspekten Struktureller Nichtangriffsfähigkeit im Rahmen Gemeinsamer Sicherheit, Baden-Baden 1988, S. 324; sowie: Hans-Peter Dürr/Albrecht von Müller, Die NATO-Nachrüstung brächte der Welt mehr Instabilität (2 Teile), in: Frankfurter Rundschau v. 1./2. 7. 1983.

11 Vgl. z.B. Viele Ideen — aber kein Konzept. Zur aktuellen SPD-Diskussion über eine alternative Sicherheitspolitik, in: antimilitarismus information 3/1988, S. 1-45 f.

möglichen praktischen Konsequenzen“ auf der Tagesordnung standen.¹² Der Schlüsselbegriff „strukturelle Nichtangriffsfähigkeit“ mag mißverständlich sein, war aber ganz gewiß mehr als eine „Kompromißformel innerhalb der Sozialdemokratie“, die nur den Fortgang der Aufrüstung legitimiert¹³, zumal er die Debatte über alternative Verteidigungskonzepte spürbar belebte.¹⁴

Auf dem Münsteraner SPD-Parteitag (30. August bis 2. September 1988) verabschiedeten die Delegierten einstimmig einen Leitantrag „Frieden und Abrüstung in Europa“, der frühere Beschlüsse fortschreibt. Darin lehnt die SPD nicht nur jede Kompensation für verschrottete Mittelstreckenraketen und die verharmlosend „Modernisierung“ genannte Aufrüstung ab, sondern fordert auch weitere Nullösungen: für Gefechtsfeldwaffen wie Kurzstreckenraketen und luftgestützte Kernwaffen. Über den Zwischenschritt eines nuklearwaffenfreien Korridors und eine chemiewaffenfreie Zone soll der ganze Kontinent von Massenvernichtungsmitteln befreit werden, ohne daß die SPD ein Junktim zwischen atomarer und konventioneller Abrüstung herstellt.¹⁵

Was Vertreter der SPD-Linken seit längerem fordern, wurde mit der Münsteraner Resolution zur Position der Gesamtpartei: Strukturelle Angriffsunfähigkeit darf nicht militärstrategisch verkürzt, muß vielmehr als „gesamtgesellschaftliches Konzept für die Friedens- und Entspannungspolitik“ begriffen werden.¹⁶ Die SPD setzt auf eine „neue Entspannung“, die sich nicht auf den politischen Raum beschränkt, sondern den militärischen Bereich (Art der Rüstung, Streitkräftestrukturen, Militärdoktrinen) einbezieht. Bei allen Inkonsequenzen, Halbherzigkeiten und Vagheiten, die geblieben sind, ist den Sozialdemokraten heute viel bewußter, daß politische und militärische Entspannungsbemühungen ineinandergreifen müssen, um dauerhaft wirksam zu werden. „Gemeinsame Sicherheit“, betont Egon Bahr, „ist die Fortsetzung der Entspannungspolitik auf militärischem Sektor.“¹⁷ Wer darin nur alten Wein in neuen Schläuchen sieht¹⁸, verkennt die Fortschritte der sozialdemokratischen Friedensdiskussion.

Trotz dieser Kurskorrekturen erscheint das Verhältnis der Gemeinsamen Sicherheit zur Abschreckung ungeklärt. Auf die Frage, ob und ggf. wie lange

12 Siehe Egon Bahr, *Gemeinsame Sicherheit — ein Weg aus der Sackgasse*, in: ders./Dieter S. Lutz (Hg.), *Gemeinsame Sicherheit. Dimensionen und Disziplinen*, Bd. II: Zu rechtlichen, ökonomischen, psychologischen und militärischen Aspekten Gemeinsamer Sicherheit, Baden-Baden 1987, S. 19.

13 Siehe Angelika Beer/Reinhard Kaiser, *Ist die Friedensbewegung strukturell nicht angriffsfähig?*, Ein leicht mißverständlicher Begriff, in: *Friedensjournal. Rundbrief des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit* 3/1988, S. 19.

14 Vgl. Gerd Matzke, *Auf der Suche nach Abrüstung*, in: *Marxistische Blätter* 8-9/1988, S. 95 ff.

15 Vgl. *Frieden und Abrüstung in Europa. Beschluß zur Friedens- und Abrüstungspolitik*, Parteitag in Münster 30. 8.-2. 9. 1988, in: *Vorstand der SPD (Hg.), Politik* 10/1988, S. 3 f.

16 Siehe Konrad Gilges, *Frieden ohne NATO. Perspektiven einer linken Friedenspolitik*, Hamburg 1985, S. 124.

17 Egon Bahr, *Gemeinsame Sicherheit — Voraussetzung für Kollektive Sicherheit*, in: Dieter S. Lutz (Hg.), *Kollektive Sicherheit in und für Europa — eine Alternative?*, Beiträge zur Utopie und Umsetzung einer neuen Friedens- und Sicherheitsprogrammatik, Baden-Baden 1985, S. 104.

18 Vgl. etwa Volker Böge, *Gemeinsame Sicherheit — eine „neue sicherheitspolitische Konzeption“?*, in: *MEDIATUS* 11/1987, S. 12 f.

beide Konzepte miteinander vereinbar sind, gibt es noch immer unterschiedliche Antworten. Nur wenige SPD-PolitikerInnen betonen, daß Gemeinsame Sicherheit im Gegensatz zur Abschreckungsdoktrin steht, und bemühen sich nicht, diesen Widerspruch durch deren Vermischung aufzulösen.¹⁹ Das Konzept der Gemeinsamen Sicherheit soll das Abschreckungssyndrom — wenn überhaupt — Schritt für Schritt überwinden. Hierin unterscheidet es sich von einem System der Kollektiven Sicherheit, das die Abschreckung nicht überwälzen, sondern ersetzen würde. An Vorschläge der Sowjetunion aus den 20er und 30er Jahren anknüpfend, hatte die SPD in den 50er Jahren eine Alternativkonzeption zur NATO-Integration entwickelt, die traditionelle Militärbündnisse überflüssig machte²⁰, sich damit jedoch im Klima des Kalten Krieges nicht durchgesetzt und war bald wieder davon abgerückt.

Die innerparteilichen Gegensätze sind bis heute nicht aus der Welt geschafft, sondern wirken fort: Es gibt zwei Grundlesarten des Prinzips „gemeinsame Sicherheit“, die Katrin Fuchs folgendermaßen charakterisiert: „Man kann Konzepte wie Gemeinsame Sicherheit oder eine neue Weltwirtschaftsordnung primär als Reformschritte im Rahmen des bestehenden Systems der internationalen Beziehungen verstehen, als Schritte, die es erlauben, die größten Gefahren abzuwehren. (...) Gemeinsame Sicherheit kann man auch als Beginn einer qualitativen Umgestaltung des heutigen Systems der internationalen Beziehungen verstehen, eines revolutionären Bruchs mit der Jahrtausende alten Tradition, sich auf die eigene Stärke zu verlassen.“²¹ Letzteres nennt die SPD-Bundestagsabgeordnete einen „gesellschaftlich-politischen Paradigmenwechsel von fundamentaler Bedeutung“, der notwendig sei, um „Grundlagen für eine Zivilisation globaler Zusammenarbeit zu schaffen.“²²

Brüche und Widersprüche innerhalb des sozialdemokratischen Konzepts Gemeinsamer Sicherheit gibt es dort, wo die militärische Dimension der westeuropäischen Integration thematisiert wird: Das Stichwort heißt „Selbstbehauptung Europas“ und ist doppeldeutig, weil darunter nicht nur Entmilitarisierungs- und Emanzipationsbestrebungen gegenüber den USA fallen, sondern auch der Wunsch, eine dritte Welt(raum)macht aufzubauen. Der Münsteraner Parteitagbeschuß orientiert auf die Stärkung der EG-Staaten im Rahmen der NATO. Den Ausgangspunkt dafür bildet die sog. Zweisäulentheorie, mit der man sich identifiziert und von Abkopplungsversuchen distanziert: „Die SPD unterstützt die Idee eines ‚Europäischen Pfeilers‘ innerhalb des atlantischen Bündnisses, durch

19 Vgl. z.B. Katrin Fuchs, Frieden ist möglich — durch Abrüstung und Entspannung, in: dies. u.a. (Hg.), Konzepte zum Frieden. Vorschläge für eine neue Abrüstungs- und Entspannungspolitik der SPD, Berlin (West) 1985, S. 62 f.

20 Vgl. hierzu Volker Böge, „... nicht frei zu Bündnissen, sondern frei von Bündnissen“ — SPD und Kollektive Sicherheit für Europa in den fünfziger Jahren, in: Dieter S. Lutz (Hg.), Kollektive Sicherheit in und für Europa — eine Alternative?, a.a.O., S. 82 ff.

21 Katrin Fuchs, Aufbruch zu gemeinsamer Sicherheit. Zur Veränderung der außenpolitischen Bedingungen und Konzepte von Godesberg bis Bremen, in: Detlev Albers u.a. (Hg.), Sozialismus der Zukunft. Grundlagen für das neue Programm der SPD, Berlin (West) 1988, S. 29.

22 Siehe ebd.

den die europäischen Bündnismitglieder ihrer Verantwortung für die Gestaltung des Friedens in organisierter Form gerecht werden können.“²³

Hier befindet sich mit dem Bindeglied zur Sicherheitspolitik der sozial-liberalen Koalition zweifellos die Achillesferse der Konzeption, das Einfallstor für Versuche, von der Friedensbewegung abzurücken und sich wieder mit den Regierungsparteien zu arrangieren. Auch wenn die SPD mehrfach betont, nicht die Schaffung einer neuen militärischen Supermacht anzustreben, bleibt die von den GRÜNEN als „Euromilitarismus“ bezeichnete Gefahr.²⁴ Möglicherweise — jedoch nicht zwangsläufig, wie Norbert Meisner anzunehmen scheint²⁵ — leistet man damit einer Entwicklung Vorschub, die das Ziel Gemeinsamer Sicherheit durch westeuropäische Alleingänge im Rüstungsbereich konterkariert.

Die „Selbstbehauptung (West-)Europas“ kann, muß aber nicht in Widerspruch zu einer wohlverstandenen Sicherheitspartnerschaft mit dem Osten geraten. Resonanz und Akzeptanz des Konzepts resultieren gerade aus seiner Offenheit nach zwei Seiten, die Heinz-Jürgen Axt zu Recht hervorhebt²⁶, wohingegen sie Volker Böge ignoriert, wenn er konstatiert, „daß das Konzept der Selbstbehauptung Europas (ob nun gewollt oder nicht) letztlich zu einer Stärkung der NATO insgesamt führen wird, und langfristig kann selbst die Herausbildung einer eigenständigen militärischen nuklearen Großmacht Westeuropa nicht ausgeschlossen werden.“²⁷

Größere Eigenständigkeit gegenüber den USA bedeutet mitnichten automatisch mehr Sicherheit und Friedensfähigkeit für Westeuropa. So war die Wiederbelebung der WEU ein Versuch, rüstungswirtschaftliche Ressourcen zu bündeln und die Arbeitsteilung im Nordatlantikkpakt zu intensivieren. Was die NATO braucht, um den Herausforderungen der Zukunft zu genügen, ist keine verbesserte interne Arbeitsteilung, sondern der ernsthafte Wille zur Abrüstung. Der gemeinsame Binnenmarkt 1992 wird vermutlich die ökonomisch-politische Hegemonie der Bundesrepublik Deutschland innerhalb Westeuropas bis zur Jahrtausendwende und darüber hinaus zementieren. Die militärische bzw. Rüstungskoooperation zwischen der BRD und Frankreich, aber auch anderen EG-Staaten muß stärker beachtet werden als bisher — das gilt für die Diskussion innerhalb der Friedensbewegung wie der SPD.

23 Frieden und Abrüstung in Europa, a.a.O., S. 4.

24 Vgl. dazu: DIE GRÜNEN (Hg.), Euromilitarismus. Zur Bedeutung der „Europäisierung der Sicherheitspolitik“, Köln/Bonn 1985; DIE GRÜNEN, Bundesvorstand (Hg.), Militärgrößmacht Westeuropa?. Zur Bedeutung der „Europäisierung der Sicherheitspolitik“ und der Belebung der „Westeuropäischen Union“ (WEU), Bonn o.J.

25 Vgl. Norbert Meisner, Europäisierung der NATO bedeutet Aufrüstung. Sozialdemokratische Sicherheitspolitik und europäische Verteidigung, in: spw 29 (1985), S. 492 ff.

26 Vgl. Heinz-Jürgen Axt, „Europäisierung Europas“. Utopien, Visionen und realistische Perspektiven der Kooperation, in: spw 30 (1986), S. 35 ff.

27 Siehe Volker Böge, Selbstbehauptung Europas: (k)ein Weg zu einem friedensfähigen Europa?, Eine Kritik der SPD-Politik aus „grüner“ Sicht, in: antimilitarismus information 6/1988, S. III-87.

2. Einseitige Abrüstung, NATO-Austritt und Soziale Verteidigung — die Vorstellungen der GRÜNEN

Ausgangspunkt grüner Alternativkonzepte zur Sicherheitspolitik war die Krise der kooperativen Rüstungssteuerung gegen Ende der 70er Jahre. Zu jener Zeit verbanden sich in der Öko-Partei unterschiedliche Traditionslinien des Kampfes um Frieden und Abrüstung miteinander. Christlicher Grundsatzpazifismus und ultralinken Antimilitarismus (Antiimperialismus/-sowjetismus) markierten Extrempositionen, die sich in Resolutionen einzelner Parteigliederungen zur Außen- und Militärpolitik manifestierten. Die Supermachttheorie durchzog Stellungnahmen der GRÜNEN zur Raketenrüstung wie ein roter Faden, und der Antikommunismus bestimmte eine Zeitlang die Bündnispolitik ihrer Führungsgremien, bis sich im Kampf gegen den sog. NATO-Doppelbeschluß die Erkenntnis Bahn brach, daß man gemeinsame Ziele nicht durch Ausgrenzung von Kommunisten erreicht. Viele Vorurteile und daraus resultierende Berührungssängste konnten in der praktischen Zusammenarbeit überwunden werden.

Das Streben der USA nach Überlegenheit und Kriegführungsfähigkeit gab grüner Friedenspolitik 1982/83 überdies eine klarere Stoßrichtung. Auftrieb erhielt die Forderung nach dem NATO-Austritt, besonders vehement von Ökosozialisten, Alternativen und Autonomen erhoben. Sie war eingebettet in die Strategie Einseitiger Abrüstung²⁸, basierend auf der frustrierenden Erfahrung eines sich im Rahmen des SALT-Prozesses fortsetzenden Wettrüstens. Das „gouvernementale“ Konzept der Abrüstungsvereinbarungen zwischen zwei Staaten sollte durch ein unilaterales, im Sinne eines „neuen Gradualismus“ von den Reaktionen der Gegenseite weitgehend unabhängiges Projekt ersetzt werden²⁹, das zudem tiefer angesiedelt war: „Träger der einseitigen Abrüstung sollen die Basisbewegungen der Bevölkerung in den einzelnen Staaten sein.“³⁰ Damit ging die Hoffnung einher, den Handlungsspielraum oppositioneller Gruppierungen in den sozialistischen Staaten erweitern und Gesellschaftsveränderungen hier wie dort erreichen zu können.

Mißtrauisch gegenüber beiden „Supermächten“ samt ihren Militärbündnissen, die trotz oder gerade wegen Rüstungskontrolle versuchten, einen strategischen Vorsprung gegenüber der anderen Seite zu erzielen, glaubte man, mit dem Gleichgewichtsparadigma und Verhandlungsprinzip radikal brechen zu müssen. „Wir haben uns lange genug von den Verhandlungen in Genf und an-

28 Vgl. DIE GRÜNEN (Hg.), *Frieden und Freiheit durch einseitige Abrüstung — bei uns anfangen!*, Diskussionsbeiträge zum Ratschlag der Friedensbewegung 1985, Bonn o.J., S. 3 ff.

29 Vgl. hierzu: Volker Böge, *Rüstungssteuerung am Ende — mit einseitig-unabhängiger Abrüstung einen neuen Anfang machen!*, in: Wolfgang Heisenberg/Dieter S. Lutz (Hg.), *Sicherheitspolitik kontrovers. Auf dem Weg in die neunziger Jahre*, Bonn 1987, S. 746 ff.

30 Volker Böge/Peter Wilke, *Sicherheitspolitische Alternativen. Bestandsaufnahme und Vorschläge zur Diskussion*, Baden-Baden 1984, S. 51.

derswo vertrösten lassen, lange genug gehofft, man könne die Betreiber des Wettrüstens mit seiner Beendigung beauftragen.³¹

Unter der Überschrift „Auflösung der Militärblöcke“ wurde die Strategie der Einseitigen Abrüstung im Bundestagswahlprogramm der GRÜNEN 1987 als ein „Prozeß der Herauslösung der Bundesrepublik aus der NATO“ verstanden, was man nicht mit einer gleichgewichtsorientierten und parallel ablaufenden „Blocküberwindung“ verwechseln dürfe. Wenn aufgrund des zu erwartenden Widerstandes der USA gegenüber einseitiger Abrüstung die NATO-Mitgliedschaft der BRD zur Disposition stehe und das westliche Militärbündnis eine Zerreißprobe durchmache, sei dies ganz im Sinne der GRÜNEN. „Wir müssen raus aus der NATO, weil es mit der NATO keinen Frieden geben kann und die Schwächung, Desintegration und schließliche Aufhebung dieses Bündnisses unabdingbar ist, um Frieden zu schaffen. Die NATO ist nicht reformierbar.“³²

Diese Formulierungen beruhten auf einem innerparteilichen Kompromiß, der Raum für zwei Strategievarianten (NATO-Austritt der Bundesrepublik, Auflösung beider Militärblöcke) ließ und es unterschiedlichen Richtungsgruppierungen erlaubte, sich bestätigt zu fühlen.³³ Gegensätze zwischen den Flügeln konnten dadurch allerdings nur verwischt, nicht beseitigt werden.

Mit der Auslegung, die Bundesrepublik solle den Nordatlantikpakt im Alleingang verlassen, korrespondierten ziemlich absurde Vorstellungen, etwa die Vision eines „deutschen Sonderweges außerhalb der Blöcke“, einer Gratwanderung zwischen Ost und West.³⁴ Man löste das Ziel einer Denuklearisierung, Entmilitarisierung und Neutralisierung Deutschlands aus dem historischen Kontext heraus, ignorierte der Wiedervereinigung entgegenstehende Interessen und abstrahierte sowohl von den internationalen Kräfteverhältnissen wie auch von innenpolitischen Machtkonstellationen.

Während sich die Sozialdemokraten an dem ihrer Entspannungspolitik wesensverwandten Begriff „Gemeinsame Sicherheit“ abarbeiteten, bald Einigkeit über „strukturelle Nichtangriffsfähigkeit“ als Zwischenziel der Umstrukturierung von NATO und Warschauer Pakt erzielten und im Laufe dieses Lernprozesses ein tragfähiges Konzept der Friedenssicherung entwickelten, zerstritten sich die GRÜNEN über zunächst für konsensfähig gehaltene Forderungen, wie etwa den NATO-Austritt und die Einseitige Abrüstung. Im Streit um die Koalitionsfrage, Grundlagen der Parteiideologie und Strategie trat das Thema „Frieden“ bei den GRÜNEN in den Hintergrund; beherrschend war der Richtungskampf zwischen „Realos“ und „Fundis“; gleichzeitig zogen sich viele Mitglieder und Funktionäre aus der Friedensbewegung „vor Ort“ zurück,

31 DIE GRÜNEN (Hg.), Bundestagswahlprogramm 1987, Bonn o.J., S. 26.

32 Ebd., S. 31.

33 Vgl. Henning Schierholz, Scheitert ein rot-grünes Bündnis an der NATO-Frage?, Anmerkungen zur Friedenspolitik der Grünen, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 10/1986, S. 1220.

34 Vgl. dazu verschiedene Diskussionsbeiträge in: Rolf Stolz (Hg.), Ein anderes Deutschland. Grün-alternative Bewegung und neue Antworten auf die Deutsche Frage, Berlin (West) 1985.

vernachlässigten die Basis- und Mobilisierungsarbeit zugunsten parlamentarischer Initiativen. Folgen der skizzierten Entwicklung: Impulse für die Debatte über sicherheitspolitische Alternativen blieben aus, Resignation machte sich breit.

Das „neue Denken“ der sowjetischen Partei- und Staatsführung entzog Supermachttheorien die Grundlage, und durch den INF-Vertrag, Ergebnis von Abrüstungsverhandlungen auf höchster Ebene, geriet das Konzept einer gegen die Regierungen in Ost und West gerichteten „Friedenspolitik von unten“, die auf den Druck unabhängiger Basisbewegungen vertraut³⁵, vollends in die Krise. Die Skepsis der GRÜNEN gegenüber „Rüstungskontrollphilosophie“ und Gipfeldiplomatie hatte sich zwar nicht als unberechtigt, jedoch als übertrieben erwiesen.³⁶ Prominente „Realpolitiker“ zogen daraus die Konsequenzen, indem sie den Ansatz der Einseitigen Abrüstung, bis dahin die sicherheitspolitische Klammer zwischen den Parteiflügeln, relativierten und die Forderung nach dem NATO-Austritt revidierten. Joschka Fischer gab zu bedenken, welche Folgen ein NATO-Austritt und der damit verbundene Separatismus hätten: „Ein deutscher Sonderweg heißt die Rückkehr zu der europäischen Unordnung vor dem 8. Mai 1945.“³⁷

Jürgen Schnappertz, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bundestagsfraktion, stellte dem NATO-Austritt die Alternativforderung „Auflösung der Militärbündnisse“ entgegen. Gegenüber dem „moralisch-ethischen Ökopax-Rigorismus“ und dem sicherheitspolitischen Fundamentalismus der grünen Bundesarbeitsgemeinschaft „Frieden“ kritisierte Schnappertz den fehlenden Nachweis ihrer Durchsetzbarkeit. Die NATO-Austrittsforderung sei nicht realistisch, sondern pure Ideologie. „Würde sie die Voraussetzungen und die Konsequenzen einer ernsthaften Politik zur Verwirklichung dieses Austritts formulieren, würde sehr schnell deutlich, daß die Umsetzung einer Politik des NATO-Austritts zu einer Verfestigung der Blöcke, einer Zunahme der Spannungen in Europa, zu einer beispiellosen internationalen Isolierung der Bundesrepublik und im Inneren zu einer nationalistischen Einschnürung der Demokratie führte.“³⁸

Schnappertz warb dafür, die Westintegration der BRD zu „entdämonisieren“, wie er sich ausdrückte³⁹, und warnte vor einem „außenpolitischen Paradigmenwechsel zu nationaler Souveränität“, der die Rechtskräfte stärke und eine reaktionäre Entwicklung begünstige: „Frei von jedem Zwang des nationalen Interessenausgleichs, den die Bündnisintegration immer wieder durchsetzt, zerfiele

35 Siehe DIE GRÜNEN (Hg.), *Frieden und Freiheit durch einseitige Abrüstung — bei uns anfangen!*, a.a.O., S. 5.

36 Vgl. Wolfgang Bruckmann, *Das grüne Abrüstungskonzept in der Krise. Die Militärbündnisse haben gezeigt, daß sie zu Abrüstungsschritten fähig sind*, in: *Süddeutsche Zeitung* v. 6. 5. 1988.

37 Joschka Fischer, *Zwischen Wiedervereinigungssillusion und NATO-Austrittsfiktion*, in: DIE GRÜNEN (Hg.), *Von der Mühsal der Ebenen und der Lust der Höhen ...?*, GRÜNE Perspektiven. Kongreß vom 16. — 19. Juni 1988 in Bornheim-Roisdorf, Bonn 1988, S. 153.

38 Jürgen Schnappertz, *NATO-Austritt oder Auflösung der Militärbündnisse. Wie die NATO-Austrittsforderung populär wurde — eine grüne Karriere*, in: *Kommune* 1/1988, S. 61.

39 Vgl. ders., *Die Westintegration entdämonisieren. Ein nötiger Paradigmenwechsel*, in: *Kommune* 2/1988, S. 35 ff.

Westeuropa wieder in sich selbst als alleiniges Maß setzende Nationalstaaten. Ein national zersplittertes Europa aber würde zu einem nie gekannten Schub der Militarisierung führen, wobei die Kriegsgefahr, bedingt durch die oszillierenden Interessenallianzen, wesentlich höher wäre, als sie heute unter der Bipolarität der beiden Bündnissysteme ist.“⁴⁰

Da die GRÜNEN eine zentrale Aufgabe der Friedensbewegung darin sehen, „die Notwendigkeit des Militärs als solche permanent in Frage zu stellen“, wie Angelika Beer und Reinhard Kaiser unterstreichen⁴¹, kommen für sie Maßnahmen der Umrüstung auf Defensivstrukturen nicht oder nur sehr bedingt in Frage. Ihr Bundesprogramm baut statt dessen auf ein Alternativkonzept, das ohne Waffengewalt auskommt: „Soziale Verteidigung bedeutet, daß sich die Gesellschaft in der Bundesrepublik so organisiert und umorientiert (in Richtung auf Zivilcourage, Widerstand, alternative und dezentrale Strukturen), daß einer aggressiven fremden Macht von vornherein deutlich wird, daß der Versuch der Besetzung und Beherrschung ihr mehr Schwierigkeiten und Belastung als Machtzuwachs und Gewinn bringen würde.“⁴²

Die Grünen beteiligen sich an der Diskussion über Modelle des zivilen Widerstandes, die basisorientiert sind und auf Gewaltanwendung verzichten.⁴³ Zwar hat der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Karsten D. Voigt nicht nur der Parole „Raus aus der NATO!“ und einseitiger Abrüstung, sondern auch Sozialer Verteidigung im Hinblick auf Kooperations- bzw. Koalitionsmöglichkeiten zwischen den Oppositionsparteien eine klare Absage erteilt⁴⁴, doch sind die Grenzen zwischen sozialer und Defensivverteidigung fließend, beide Konzepte von daher in Teilbereichen durchaus miteinander kombinierbar.⁴⁵

3. Versuch einer Zwischenbilanz der Diskussion über sicherheitspolitische Alternativen

Im Kampf gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen auf westdeutschem Boden entstand ein sicherheitspolitisches Theorie- und Utopiedefizit, das die Friedensbewegung nunmehr durch verstärkte Anstrengungen auszugleichen sucht. Der sicherheitspolitische Grundkonsens ist zerbrochen; auf die

40 Ders., *Statt Nationalismus kosmo-politische Integration*, in: *Kommune* 3/1988, S. 34.

41 Siehe Angelika Beer/Reinhard Kaiser, *Ist die Friedensbewegung strukturell nicht angriffsfähig?*, a.a.O., S. 20.

42 Die GRÜNEN (Hg.), *Das Bundesprogramm*, Bonn o.J., S. 19.

43 Vgl. hierzu: Die GRÜNEN im Bundestag (Hg.), *Ohne Waffen, aber nicht wehrlos. Das Konzept der Sozialen Verteidigung*, Bonn 1987; zur wissenschaftlichen Begründung und Diskussion des Modells: Theodor Ebert, *Soziale Verteidigung*, 2 Bde., Waldkirch 1981; Gernot Jochheim, *Soziale Verteidigung — Verteidigung mit einem menschlichen Gesicht*, Eine Handreichung, Düsseldorf 1988; *graswurzelrevolution*, Sonderheft *Soziale Verteidigung* 123/124 (1988).

44 Vgl. Karsten D. Voigt, *Friedenspolitik der Grünen — Versuch einer fairen Auseinandersetzung*, in: *Die Neue Gesellschaft* 4/1983, S. 324 f.; ders., *Die GRÜNEN nach Hannover oder Warum es zwischen ihnen und der SPD keine Koalition geben kann. Eine Polemik mit konstruktiver Absicht*, in: *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, Bonn, 7/1986, S. 644 ff.

45 Vgl. die Beiträge zum Thema „Sind Soziale Verteidigung und militärische Defensivkonzepte miteinander vereinbar?“, in: *gewaltfreie aktion* 75/76 (1988), S. 33 ff.

Frage, was an seine Stelle treten soll, haben die Friedenskräfte gegenwärtig noch keine Antwort. Sie suchen nach einem überzeugenden Alternativkonzept zur Politik der Bundesregierung, die immer weniger Befürworter findet.

Maßgeblich an der Diskussion beteiligt sind die Oppositionsparteien, zwischen denen es große Unterschiede gibt: Die SPD hat nur sechs Jahre nach der Bonner „Wende“ in der Friedenspolitik nicht bloß die während der Schmidt-Ära verlorene Innovations-, Integrations- und Ausstrahlungskraft zurückgewonnen und hierbei erheblich mehr Fortschritte als auf anderen Politikfeldern gemacht, sondern verfügt über ein Alternativkonzept zur Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesregierung, an dem keine Strömung der Friedensbewegung vorbeikommt.

Die Gretchenfrage der sozialdemokratischen Sicherheitspolitik bleibt ihre Glaubwürdigkeit: Was passiert, fragen Kritiker der SPD aufgrund schlechter Erfahrungen, wenn die Partei wieder regiert? Hier ist die Friedensbewegung gefordert: Regt sich außerparlamentarischer Widerstand gegen den Rüstungswahn, bewegt sich die SPD in Richtung Abrüstung, Feindbildabbau und Entmilitarisierung. Friedenspolitische Lernprozesse dürfen nicht mit Opportunismus gleichgesetzt, müssen aber von außen unterstützt werden, sollen sie dauerhaft sein. „Egal welche Positionen die SPD (...) zur Abrüstung einnimmt: die Verantwortung, daß wirklich abgerüstet wird, liegt bei der Friedensbewegung.“⁴⁶ Sobald der Druck außerparlamentarischer Kräfte nachläßt, mehren sich die Tendenzen zu einer Großen Koalition in der Sicherheitspolitik, einem „neuen sicherheitspolitischen Konsens mit den Christdemokraten“, wie das Parteiorgan „Vorwärts“ schreibt.⁴⁷

Die Schwierigkeiten der Umsetzung friedenspolitischer Vorgaben in praktisches Handeln verdeutlicht ein Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion zur Streitkräfte-, Personal-, Rüstungs- und Finanzplanung der Bundeswehr, das die Schlüsselkategorien der „Gemeinsamen Sicherheit“ und der „strukturellen Nichtangriffsfähigkeit“ aufgreift, die Beschaffungsprogramme der CDU/CSU/FDP-Regierung gleichwohl im wesentlichen billigt.⁴⁸ Abrüstung ist nur gegen ganz erheblichen Widerstand der Rüstungsindustrie bzw. des militärisch-industriellen Komplexes zu realisieren. Die SPD nennt den Gegner nicht beim Namen und hat bisher weder ein Konversionsprogramm noch eine Durchsetzungsstrategie entwickelt. Man vermißt die Präzisierung und Operationalisierung ihres Konzepts auf der Ebene konventioneller Waffen. „Überhaupt liegt der Schwerpunkt der sozialdemokratischen Abrüstungsvorschläge auf der atomaren, nicht auf der konventionellen Abrüstung.“⁴⁹ Die Unvereinbarkeit zwischen Abschreckung, nicht nur atomarer Abschreckung, und Friedenssicherung muß viel deutlicher herausgearbeitet, aber auch in der Tagespolitik berücksichtigt werden.

46 Martin Krems, „Der Bundeskanzler, unterstützt von der SPD“. Die SPD-Friedenspolitik droht in die Falle eines „Gemeinsamkeitspathos“ zu gehen, in: Friedensjournal 1/1988, S. 17.

47 Siehe Rot-schwarze Premiere, in: Vorwärts 19/1988, S. II.

48 Vgl. SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Positionspapier zur Streitkräfte-, Personal-, Rüstungs- und Finanzplanung der Bundeswehr, beschlossen am 19. 4. 1988, Bonn 1988.

49 Jürgen Reusch, Gemeinsame Sicherheit (II), in: Marxistische Blätter 11/1988, S. 84.

Auf diesem Gebiet sind die GRÜNEN weiter. Gemeinsam ist allen Parteiflügeln die Kritik an NATO-Hochrüstung, Abschreckungslogik und Rüstungsdynamik. Was an deren Stelle treten und wie eine Friedensordnung für Europa aussehen soll, ist hingegen umstritten. Ein außenpolitisches Gesamtkonzept der GRÜNEN gibt es nicht, nur eine Vorstudie, welche die Logik der Strategie Einseitiger Abrüstung auf die Außenpolitik überträgt.⁵⁰

Einseitige Abrüstungsschritte der NATO-Staaten sind erwünscht, um die militärischen Ungleichgewichte zwischen Ost und West zu verringern; jene „Strategie einseitiger Abrüstung und Blockzersetzung“, die glaubt, den Frieden durch Schwächung des Nordatlantikpakts (Herauslösung der BRD) stärken zu können⁵¹, ist illusionär und letztlich reaktionär. Aus diesem Grund erscheint das Konzept der Einseitigen Abrüstung als zu einseitig, um wirksam zu werden. Positiv daran ist allerdings, daß sein Plädoyer für sofortiges Handeln der dilatorischen Behandlung des Themas „Abrüstung und Rüstungskonversion“ durch die Bundesregierung entgegenwirkt.⁵² Berechtigt erscheint auch die Kritik der GRÜNEN an der NATO, ihrer aggressiven Zielsetzung und Militärdoktrin, die Abrüstung erschweren, wenn nicht gar ausschließen. Die GRÜNEN müßten sie vertiefen und in Richtung einer Strukturreform des Bündnisses, nicht seiner Zerstörung, fortführen.

Um die Kriegsgefahr für immer zu bannen, bedarf es vielfältiger Initiativen auf unterschiedlichen Handlungsebenen: Abrüstungsbemühungen sollten integraler Bestandteil einer „Friedenspolitik von unten und oben“ sein, die an der Basis verwurzelt ist, aber von Regierungen exekutiert wird. Beide Aktionsfelder dürfen nicht gegeneinander ausgespielt, sondern müssen miteinander verknüpft werden.

Eine Schwäche sozialdemokratischer wie grüner Beiträge zur Sicherheitspolitik liegt zweifellos darin, daß man sich entweder gar nicht oder nur negativ aufeinander bezieht⁵³, statt andere Konzepte unvoreingenommen zu prüfen, ihre Vor- und Nachteile abzuwägen und positive Elemente in die eigenen Überlegungen einzubeziehen. Sozialdemokratische und grüne Sicherheitsexperten reden oft aneinander vorbei, weil ihre Denkstrukturen verschieden sind. Und doch ergänzen sich die Grundgedanken beider Konzepte: Wo das eine Schwachstellen und Lücken aufweist, liegen die Stärken des anderen — und vice versa. Um so notwendiger wäre es, das Konzept der Gemeinsamen Sicherheit in einer Vision kollektiver Sicherheit für Europa aufzuheben — in des Wortes dialektischer Doppel- bzw. Dreifachbedeutung. Führende Theoretiker der SPD wie der GRÜNEN lassen nämlich die Bereitschaft erkennen, in Richtung solcher Konfliktre-

50 Vgl. Albert Statz, Von der Strategie einseitiger Abrüstung zu einer Außenpolitik der Selbstbeschränkung. Zur grün-alternativen Debatte über eine neue Außenpolitik der BRD. Arbeitspapier 004 des Instituts für Internationale Politik, Wuppertal 1988.

51 Siehe Volker Böge, „Tabubrecher“ versus „Dogmatiker“?. Grüne Friedenspolitik, in: links 212 (1987), S. 13.

52 Zum „positiven Kern“ der Konzeption einseitiger Abrüstung vgl. Jürgen Reusch, Neue Sicherheitspolitik im Nuklearzeitalter, Köln 1988, S. 157 f.

53 Vgl. z.B. DIE GRÜNEN im Bundestag (Hg.), SPD-Sicherheitspolitik — ein halber Frieden. Was uns von der SPD trennt, Hamburg/Köln/Bonn 1986.

gularungsmechanismen weiterzudenken, wie sie ein System der Kollektiven Sicherheit bietet.⁵⁴ Vor allem linke SozialdemokratInnen versuchen, das Konzept der Gemeinsamen Sicherheit institutionell zu erweitern und für Elemente Kollektiver Sicherheit zu öffnen.⁵⁵ Sie wollen von der Blockkonfrontation über die Blockkooperation zur Blockliquidation (Auflösung der Militärbündnisse) gelangen.

Einigkeit besteht zwischen Sozialdemokraten und GRÜNEN darüber, daß man den militärischen Faktor ab-, das politische Element im Verhältnis zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung aufwerten muß. Dieser „Primat der Politik über das Militär“, den die GRÜNEN einklagen⁵⁶, entspricht dem Postulat sozialdemokratischer Sicherheitsexperten nach einer „Entmilitarisierung der Beziehungen in Europa und Repolitisierung des Ost-West-Konflikts“, die man als zwei Seiten der gleichen Medaille begreift.⁵⁷ Hier dürfte denn auch der Kristallisationskern für eine gemeinsame Grundorientierung liegen, die dazu beitragen kann, daß im Rahmen der Friedensbewegung überzeugende Alternativen, Utopien und Durchsetzungsstrategien entwickelt werden.

54 Vgl. z. B. Dieter S. Lutz, Sicherheit ist „Gemeinsame Sicherheit“. Zur Idee und Entstehung einer neuen sicherheitspolitischen Konzeption, in: *MEDIATUS* 7/1987, S. 5; Volker Böge, Gemeinsame Sicherheit — eine „neue sicherheitspolitische Konzeption“?, a.a.O., S. 13; Wolfgang Bruckmann, Die Strategie „Einseitige Abrüstung“ und der INF-Vertrag — Das grüne Abrüstungskonzept in der Krise?, *Norwendige Nachbetrachtungen und friedenspolitische Perspektiven*, maschinenschriftl. Manuskript, S. 14.

55 Vgl. Katrin Fuchs/Horst Jungmann, Von der gemeinsamen zur Kollektiven Sicherheit, in: Dieter S. Lutz (Hg.), *Kollektive Sicherheit in und für Europa — Eine Alternative?*, a.a.O., S. 115 ff.; Christiane Rix, Plädoyer für ein europäisches System Kollektiver Sicherheit, in: Wolfgang Heisenberg/Dieter S. Lutz (Hg.), *Sicherheitspolitik kontrovers*, a.a.O., S. 697 ff.

56 Siehe *DIE GRÜNEN* (Hg.), *Frieden und Freiheit durch einseitige Abrüstung — bei uns anfangen!*, a.a.O., S. 6.

57 So Karsten D. Voigt, Konventionelle Stabilisierung und strukturelle Nichtangriffsfähigkeit. Ein systematischer Vergleich verschiedener Konzepte, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament* 18/1988, S. 18.

Die Rolle der Bundesregierung im europäischen Abrüstungsprozeß: Handlungsmöglichkeiten der BRD, Ziele und Konzeptionen im Regierungslager

Peter Dietzel/Hans-Jürgen Kawalun

*1. Die bundesdeutsche Sicherheitspolitik vor neuen Herausforderungen —
2. Die Strömungen im Regierungslager — 3. Ansätze für eine neue Sicherheits-
politik*

1. Die bundesdeutsche Sicherheitspolitik vor neuen Herausforderungen

Noch gehört sie zum festen Ritual einer jeden NATO-Tagung: Die Beschwörung der „Atlantischen Partnerschaft“ und das Festhalten an der Doktrin atomarer Abschreckung, an der Strategie der „Flexible Response“. Doch die Kulisse demonstrativer Entschlossenheit kann nicht verdecken, daß sich das westliche Militärbündnis wie schon einmal — damals im Übergang vom kalten Krieg zur ersten Phase der Entspannung — in einem Umbruch befindet.

Während allerdings in den 60er Jahren der Zwang zur Anpassung von Politik und Strategie der NATO von der Durchsetzung des militär-strategischen Gleichgewichts zwischen den Blöcken durch die Staaten des Warschauer Vertrags ausging, sind die Herausforderungen heute wesentlich komplexer und von globalem Charakter. Sie entspringen einer grundlegenden Umgestaltung der Produktivkräfte in den hochindustrialisierten Ländern bei gleichzeitiger Zuspitzung der ökologischen und Verschuldungskrise in der Welt.¹ Mit der wachsenden Verflechtung moderner Industriegesellschaften, der Internationalisierung von Produktionsabläufen, aber auch neuen Erfordernissen an Zusammenarbeit zur Bewältigung der Folgen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts werden alte Bündnisstrukturen mit klaren Hegemonialmächten ebenso obsolet wie starre Block-Abgrenzungen. Auf der Suche nach einer Neugestaltung der internationalen Beziehungen, in Konkurrenz zu neuen Aufsteigern aus den Schwellenländern spielen Fragen der Mittelverteilung, damit auch der hohen Rüstungslasten eine große Rolle. Zugleich wächst die Anforderung, schon aus eigenen Sicherheitsinteressen heraus einer unkontrollierten und unkontrol-

¹ Siehe dazu auch Jörg Huffs Schmid/Heinz Jung, Reformalternative. Ein marxistisches Plädoyer, Frankfurt/M. 1988, sowie die Beiträge von Klaus-Peter Weiner, Jürgen Reusch u.a. in diesem Band.

liebar werdenden Rüstungseskalation und einem „Krieg aus Versehen“ wirksam vorzubeugen.

Auch innerhalb der Allianz haben sich damit die Gewichte deutlich verschoben. Der dramatische Verlust von Weltmarktpositionen der USA an die konkurrierenden ökonomischen Machtzentren Westeuropa und Japan, aber auch deren Vorsprung in der Entwicklung von Kooperationsbeziehungen zu den sozialistischen Staaten sowie eigenständiger formulierte Sicherheitsinteressen bzgl. Europa und der dritten Welt haben beiderseits des Atlantik zu Überlegungen geführt, die Geschäftsgrundlage des Bündnisses den jeweiligen, zunehmend divergierenden Interessen — auch in der Militärpolitik — anzupassen. Während die krisenhaften Prozesse der Neueinstellung auf die veränderte Weltlage bei Teilen der imperialistischen Bourgeoisie, insbesondere in den USA, die Neigung wachsen ließen, das militärische Potential der übrigen NATO-Staaten stärker in ihr weltweites „Krisenmanagement“ einzubeziehen, befürchteten realistischer denkende Kräfte hierzulande zu Recht, auf diesem Wege in militärische Abenteuer der westlichen Großmacht hineingezogen zu werden. Gewannen in den USA vor allem Anfang der achtziger Jahre Vorstellungen von einem auf Europa begrenzten und für die USA gewinnbaren Nuklearkrieg starken Einfluß auf Politik und Militärstrategie, so reagierten die europäischen NATO-Kreise, allen voran die Bundesregierung, mit der lautstarken Äußerung ihrer Befürchtung, der Partner wolle sich vom gemeinsamen Schicksal abkoppeln. Während die Bundesregierung aber in der Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen, die die UdSSR erreichen konnten, primär eine Garantie gegen solche Abkopplungstendenzen erblickte, reagierte die betroffene Bevölkerung auf dem künftigen Schlachtfeld richtiger auf die gewachsene Bedrohung und fand sich in einer bis dahin beispiellosen Friedensbewegung zusammen. Ihr Kampf gegen die US-amerikanischen Erstschlagwaffen führte in der Bundesrepublik und anderen Ländern zu einer von der Bevölkerungsmehrheit getragenen grundsätzlichen Ablehnung der Politik nuklearer Abschreckung, von Kernwaffen und kostspieliger Hochrüstung überhaupt.

Diese Erfahrung und der Wille, die eigenen Interessen in der Allianz nach Reykjavik und einer sich abzeichnenden sowjetisch-amerikanischen Verständigung (zum „stillen Entsetzen der Allianz“, wie die FAZ am 15. 11. 88 rückschauend vermerkte) deutlicher zur Geltung zu bringen, verstärkte seitens der westeuropäischen Regierungen Bestrebungen einer Abstimmung und auch Neuformierung ihrer Sicherheitspolitik. Unter den Stichworten „Wiederbelebung der Westeuropäischen Union“ (WEU) und „deutsch-französische militärische Zusammenarbeit“ sind sie auf eine Stärkung des „europäischen Pfeilers“ in der NATO gerichtet.²

Die Bandbreite unterschiedlicher Vorstellungen über die künftige Strategie und Lastenverteilung im Bündnis ist damit deutlich breiter geworden. Fronten verlaufen zwischen Westeuropa und den USA ebenso wie zwischen unterschiedlichen Flügeln und Strömungen innerhalb der imperialistischen Bourgeoisien.

2 Vgl. dazu die Beiträge von Michel Villon und Klaus-Peter Weiner in: Zentrum für Marxistische Friedensforschung (Hg.), *Betrifft: Rüstung ...88/89*, Frankfurt/M. 1988, S. 163 ff. und 136 ff.

In dieser Situation treten die sozialistischen Staaten mit dem Vorschlag auf, angesichts der globalen Vernichtungsdrohung die Beziehungen zwischen den Blöcken auf eine vollständig neue Grundlage zu stellen: Interessenausgleich und gemeinsame Sicherheit statt Konfrontation, vollständige nukleare Abrüstung, Reduzierung der konventionellen Streitkräfte bis zur Angriffsunfähigkeit, Kooperation bei der Lösung globaler Probleme und regionaler Konflikte. Gorbatschow fordert neues Denken in den internationalen Beziehungen und praktiziert es auch. Die weltweite Friedensbewegung erhält mächtige Impulse: Ihre Forderung nach einer Absage an die Politik der Abschreckung hat die staatliche Ebene erreicht. Mit dem INF-Abkommen wurde ein erster materiel-ler Abrüstungserfolg durchgesetzt. Die Bereitschaft der Sowjetunion zu weitgehenden, einseitigen Reduzierungen im konventionellen Bereich eröffnet die Möglichkeit, auch auf diesem Feld den Einstieg in beiderseitige Abrüstungs-schritte durchzusetzen.

Das antisowjetische Feindbild, wichtigste Legitimationsgrundlage für fortgesetzte Aufrüstung, bröckelt zusehends und weltweit. In der Bevölkerung überflügelt das Vertrauen in die Politik Gorbatschows deutlich die Bereitschaft, dem amerikanischen Verbündeten und seinem Ruf nach immer neuen Rüstungsanstrengungen zu folgen. Auch dies ist Ausdruck des Beginns einer historischen Krise des militärischen Sicherheitsdenkens, das im Bewußtsein einer wachsenden Öffentlichkeit den Herausforderungen unserer Zeit nicht mehr gerecht wird. Besorgt notiert die FAZ am 15. 11. 88: „Jetzt droht der Konsens über jegliche Verteidigung zusammenzubrechen.“

Die Bundesregierung und die NATO insgesamt stehen der neuen Lage bisher ohne Antwort gegenüber. Die insbesondere von Bonn erhobene Forderung nach einem NATO-Gesamtkonzept der Rüstungskontrolle läßt zwar die Absicht erkennen, den Abrüstungsvorschlägen des Warschauer Vertrages seitens der NATO möglichst geschlossen und geschickter als bisher zu begegnen und angesichts eines hohen Erwartungsdrucks der Öffentlichkeit in bezug auf weitere Abrüstungsfortschritte einem zunehmenden Akzeptanzverlust der NATO-Politik vorzubeugen. Inwieweit darin jedoch auch substantielle Abrüstungsbe-reitschaft wiederzufinden sein wird, steht heute noch sehr in Frage.

Das heutige Grunddilemma imperialistischer Politik ist mit Kosmetik jedoch nicht aufzuheben: Obwohl in immer deutlicheren Gegensatz zu den Realitäten unserer Zeit geratend, sind maßgebliche Kräfte der imperialistischen Bour-geoisie nach wie vor bestrebt, an einer wie auch immer gearteten militärischen Option — und sei es im Sinne einer Droh- und Erpressungspolitik oder eines Tauschgeschäfts „Rüstungsbegrenzung gegen politisches Wohlverhalten“ — zur Durchsetzung ihrer Ziele in der Systemauseinandersetzung festzuhalten.³ Diese Ziele sind unverändert — langfristig — auf eine gesellschaftliche Rück-

³ Verlauf und Äußerungen auf der diesjährigen Wehrkunde-Tagung (28./29. 1. 89) bestätigten diese Tendenz. Dort waren es insbesondere US-„Interims“-Verteidigungsminister Tower und Ex-Bundesverteidigungsminister Scholz, die zu forcierter westlicher Aufrüstung auch im Falle weiter-er östlicher Abrüstungsschritte aufriefen. Siehe „Europäische Wehrkunde“ Nr. 3, Herford 1989.

verwandlung bzw. Restauration kapitalistischer Ordnungen in den Ländern des Sozialismus gerichtet. Darin eingebettet sind auch Sonderinteressen und expansive Ziele relevanter, reaktionärer Kräfte des bundesdeutschen Imperialismus zur Rekapitalisierung des sozialistischen deutschen Staates.

Die Auseinandersetzung aber um Mittel, Wege und Fristen zur Erreichung dieser Ziele, um den Stellenwert militärischer Optionen und um Möglichkeiten und Ziele von Koexistenzbeziehungen hat zur Herausbildung unterschiedlicher Strömungen unter den systemtragenden Kräften geführt. Diese Differenzen haben sich mit der prinzipiellen Infragestellung des militärischen Faktors in der Systemauseinandersetzung seit Mitte der 80er Jahre noch vertieft. Inwieweit sie auch zu einer grundlegenden Überwindung *aggressiver* antisozialistischer Zielstellungen in der bundesdeutschen Außenpolitik führen, bleibt abzuwarten. Jedenfalls sollten auch die marxistischen Kräfte sich auf diesem Felde gefordert sehen, entsprechende Alternativen zu entwickeln, die den Besonderheiten der Existenz von zwei deutschen Staaten Rechnung tragen.

2. Die Strömungen im Regierungslager

Bei der Debatte um ein neues NATO-Gesamtkonzept, um die Fortschreibung der atomaren NATO-Abschreckungsstrategie, um die Modernisierung der taktischen Atomwaffen in Europa oder um Umfang, Stärke und Struktur konventioneller Streitkräfte, geht es im Kern um die Neubestimmung des Verhältnisses Bonns zu den Supermächten USA und Sowjetunion, bzw. um die Neubestimmung der eigenen Rolle auf dem europäischen Kontinent. Vor allem in der FDP und mit der Person Außenminister Genschers tritt seit einiger Zeit — deutlicher als in der Regierung insgesamt — die Bereitschaft zutage, militär- und sicherheitspolitische Konzepte vor ihrer weiteren Festschreibung gründlicher mit Blick auf sich abzeichnende neuartige West-Ost-Kooperationsbeziehungen zu untersuchen.⁴

Die FDP-Politikerin Ursula Seiler-Albring brachte einen Teil der Herausforderungen an bundesdeutsche Sicherheits- und Militärpolitik im Zeichen des Umbruchs wie folgt auf den Punkt: „Der enorme Wandel bei den gesellschaftlichen, technologischen und finanziellen Rahmenbedingungen bundesdeutscher Verteidigungspolitik, sowie die sich gegenwärtig vollziehenden Änderungen im Bereich der Außen-, Sicherheits- und Rüstungskontrollpolitik zwingen zu einer Neuformulierung der Verteidigungskonzeption ebenso wie zur Neugestaltung der Wehrstrukturen auf nationaler, aber auch auf europäischer und auf Bündnisebene ... Der Bundeswehr die notwendigen Finanzmittel zur Erfüllung ihres Auftrages zu geben, der Haushaltssituation gerecht zu werden und sparsam zu planen, die Akzeptanz der Bevölkerung für die Notwendigkeit bewaffneter Friedenssicherung für noch unbestimmte Zeit zu erhalten, das alles erscheint einem Haushälter gelegentlich nicht minder problemlos als die Quadratur des Kreises ... Alles wird nicht mehr von allen bezahlt werden kön-

⁴ Siehe Interview des Hessischen Rundfunks mit Bundesaußenminister Genscher (Sendung: „Frankfurter Gespräch“) vom 11. 12. 88, sowie Pressemitteilung Nr. 1244/88 des Außenministeriums, Bonn 1988, S. 11.

nen. Selbst die vergleichsweise reiche Bundesrepublik wird Schwierigkeiten haben, hier mitzuhalten. Der Jäger 90 ist ein beredtes Beispiel dafür.⁵

Bis auf weiteres bleibt jedoch noch offen, welche Elemente sicherheitspolitischer Langzeitabsichten die Bonner Politik in welchem Ausmaß prägen werden: eine eher enge Ankoppelung an die Globalmacht USA, eine primus inter pares-Rolle bei der Formierung einer möglichen Militärgroßmacht Westeuropa oder eine Vorreiterrolle Bonns bei der Entmilitarisierung und Umgestaltung der Ost-West-Beziehungen, was durchaus in ein Konzept politischer Hegemonieabsichten Westeuropas auf dem europäischen Kontinent mittels Zurückdrängung des „sowjetischen Einflusses“, vor allem sowjetischer Streitkräfte paßt.

Deutlich erkennbar ist, daß im Lager der Bonner *Unionsparteien* vor allem jene Kräfte über starken Einfluß verfügen, die ein neues NATO-Gesamtkonzept auf der Basis uneingeschränkter atomarer Abschreckung und eines großen BRD-Militärpotentials erhalten wollen. In jüngster Zeit treten jedoch auch in den Reihen der Union deutlichere Differenzierungen zutage. Denn sie hat bis zum heutigen Tag kein glaubwürdiges Konzept für die neuen Herausforderungen und für eigenständige Beiträge der BRD wie der NATO im Rahmen der neuen Ost-West-Entspannung vorgelegt.⁶ Mit der Ankündigung M. Gorbatschows vor der UNO, die Sowjetunion werde bis Ende 1990 einseitig ihre Streitkräfte um 500000 Soldaten verringern sowie 6 Panzerdivisionen aus der DDR, der CSSR und Ungarn mit 50000 Soldaten und 5000 Panzern abziehen, ist jedoch eine Lage entstanden, die die Legitimierung von Aufrüstung weiter erschwert.⁷ Dieser umfassende, einseitige Abrüstungsschritt nimmt jenen NATO-Militärs und Politikern den Wind aus den Segeln, die der Sowjetunion bis zu diesem Zeitpunkt einen ungebremsen Ausbau der militärischen „Invasionsfähigkeit“ in Europa unterstellten. Auch das NATO-Argument, die taktischen Atomwaffen in West-Europa müsse man „modernisieren“, um damit das erhebliche konventionelle Übergewicht des Warschauer Vertrages auszugleichen, hat damit an Zugkräftigkeit verloren. Wichtiger denn je ist es angesichts solcher Entwicklungen heute, reale konzeptionelle Differenzen im Unions- bzw. Regierungslager zu erfassen, bzw. diese bei der Entwicklung von abrüstungspolitischen Handlungsdruck nutzbar zu machen.

Grob betrachtet lassen sich am Beispiel einiger Unionspolitiker gegenwärtig mindestens drei sicherheits- und militärpolitisch relevante Strömungen in der CDU/CSU ausmachen, die allerdings nicht durch eine chinesische Mauer getrennt sind, sondern deren Zielsetzungen in wichtigen Fragen — z.B. der politischen und ökonomischen Stärkung Westeuropas *im* atlantischen Bündnis, der westeuropäischen Hegemonie in ganz Europa und der Anhebung der bundesdeutschen Rolle in Westeuropa — durchaus übereinstimmen:

5 U. Seiler-Albring, parlamentarische Geschäftsführerin der FDP-Bundestagsfraktion, in: FDP-Tagesdienst, Bonn 19. 12. 1988.

6 Vgl. die Kritik Volker Rühes, stellvertretender Vorsitzender der Unionsfraktion im Bundestag, laut: Die Welt, 13. 1. 1989.

7 M. Gorbatschow in seiner Rede am 8. 12. 1988 vor der UN-Vollversammlung, in: Information (APN-Verlag), Nr. 59, Köln, 8. 12. 1988.

— Da ist einmal die Gruppe um den NATO-Generalsekretär Wörner. Sein „atlantischer“ Kurs steht für die Beibehaltung einer möglichst konfrontativen NATO-Politik und Rüstung in Europa, die auch weiterhin die USA militärisch (atomar/konventionell) an Europa bindet und die USA wie Westeuropa zu erhöhten Militärausgaben zwingt. Wörner wie auch der ehemalige Verteidigungsminister Scholz wollen Abrüstung fast ausschließlich auf den Warschauer Vertrag begrenzen. Umfang, Schlagkraft und Struktur der NATO-Streitkräfte sind aus ihrer Sicht schon heute „... maßgeschneidert für die grenznahe Verteidigung und nur für die Verteidigung, das Prinzip der Hinlänglichkeit ist für die NATO längst verwirklicht.“⁸ Abrüstung der WVO soll allenfalls mit wirtschaftlichem Entgegenkommen „belohnt“ werden, wodurch ein militärisches Ungleichgewicht entstände.

Die Kräfte um Wörner betrachten in diesem Kontext die engere Militärkooperation BRD-Frankreich nicht als ein strategisches Ziel, sondern mehr als ein Druckmittel in Richtung Washington, um dort Ängste vor einer militärischen Abkoppelung Westeuropas von den USA wachzuhalten. Wörner, einer der frühen Vordenker und Verfechter des offensiven NATO-FOFA-Konzepts (siehe die ESECS-Studie von 1982), steht für ein unbedingtes Ja zu den Atomwaffen-Modernisierungsplänen der NATO ebenso wie für die Aufrechterhaltung angriffsfähiger Bundeswehr- und NATO-Streitkräfte auf möglichst hohem Präsenzniveau.

— Alfred Dregger repräsentiert jene Kräfte in der Union, die am vehementesten den Gedanken einer eigenständigen Militärgroßmacht Westeuropa unter bundesdeutsch-französischer Hegemonie und ausgestattet mit eigenem Atomwaffenpotential favorisieren. Er fordert die rasche Stärkung der westeuropäischen Union (WEU), die analog zur NATO über einen ständigen „Ministerrat“ und ein eigenes „Militärkomitee“, bestehend aus den „Generalstabschefs der Partnerarmeen“ Westeuropas, verfügen soll.⁹ Darüber hinaus strebt er ein „... vereinigtes Europa, von der sowjetischen Grenze bis Portugal“ an, das wirtschaftlich und militärisch von den EG-Führungsmächten dominiert ist und das „... es den Weltmächten ersparen (würde, d.V.), ... sich mitten in Europa hochgerüstet gegenüberzustehen“.¹⁰

Einem derartig neugeordneten Europa weist Dregger ausdrücklich auch global-hegemonistische Aufgaben zu: „Die WEU trüge auch die Verantwortung für die Sicherheitsprobleme außerhalb des europäischen Territoriums (out of area) und die Bereitstellung der zur Lösung dieser Probleme notwendigen Mittel“.¹¹ Unter dem Sammelbegriff Atomwaffenmodernisierung versteht Dregger neben europäischem Verfügungsrecht über diese Waffen vor allem luftgestützte Abstandswaffen, mit denen nach seinen Vorstellungen in den 90er Jahren Tornado-Kampfflugzeuge der Bundesluftwaffe ausgerüstet und zum

8 Ex-Verteidigungsminister Scholz (Rede-Manuskript) vor der Bundeswehr-Kommandeurtagung, Würzburg, 14. 12. 1988.

9 A. Dregger, in: Die Welt, 20. 10. 1988.

10 Die Welt, 20. 9. 1988, S. 7.

11 A. Dregger, in: Die Welt, 20. 10. 1988.

atomaren Angriff gegen sowjetische Ziele befähigt werden sollen. Zwar will Dregger auch in einem WEU-dominierten Europa nicht auf moderne US-Atomwaffen verzichten, sein „Modernisierungs“-Credo lautet jedoch: „Die Atomwaffen der USA, Großbritanniens und Frankreichs in Europa ... dürfen sich nicht gegen das Territorium der Bündnispartner (auch nicht gegen solche Gebiete, die einem der Bündnisstaaten rechtlich zugehörig sind, aber unter fremder Vorherrschaft stehen), sondern nur gegen das des potentiellen Angreifers richten.“¹²

Diese beiden Varianten aktueller Unionspolitik deuten wenig Spielraum für neues Denken der BRD in Sicherheits- und militärpolitischen Fragen, bzw. für eine schrittweise Entmilitarisierung der Ost-West-Beziehungen an. Ein Anknüpfungspunkt für Abrüstung ergibt sich hier am ehesten noch aus Dreggers Plädoyer für den Verzicht auf solche taktischen Atomwaffen der NATO, die zwar die unmittelbar benachbarten osteuropäischen Länder, nicht aber die Sowjetunion erreichen können.

— Als Wortführer einer dritten, vorwiegend aus jüngeren Politikern der Union bestehenden Gruppe tritt seit einiger Zeit der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Volker Rühle, in Erscheinung. Er nimmt einerseits die Rolle eines außen- und sicherheitspolitischen Vordenkers im Umfeld von Kanzler Kohl wahr, der der Union den Anschluß an die veränderte außen- und sicherheitspolitische Lage sichern will und — ähnlich wie Genscher — eine Chance zur Durchsetzung politischer und ökonomischer Ziele in Europa in einer Abrüstung nicht ausschließenden Sicherheitspolitik sieht. Zugleich betätigt er sich in die Union hinein als Eisbrecher, der die CDU/CSU vor allzu abrüstungspolitischer Vereisung bewahren und abrüstungspolitisches Drängen der Parteienbasis kanalisieren soll.

Rühle plädiert für eine „umfassende Langzeitstrategie“ des Westens, die sowohl die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen, als auch die Sicherheits- und Abrüstungspolitik umfassen soll. Seiner Meinung nach müssen es Vorschläge sein, „... die es dem Osten schwermachen, sie abzulehnen, in denen die Opfer und Einschnitte auf der eigenen Seite ...“ allerdings auch „... deutlich werden“.¹³ Es sollte daher Beachtung finden, daß Rühle schon drei Monate vor Verkündung der oben erwähnten einseitigen Gorbatschow-Abrüstungsinitiative (im September 88) forderte: „Der Westen braucht den Mut zu einer Offensive in der konventionellen Abrüstung ... es sollte zunächst einmal darum gehen, auf beiden Seiten in der Zentralregion Europas radikale Reduzierungen auf gemeinsame Obergrenzen auf niedrigerem Niveau beim kampffeststellenden Großgerät ... vorzunehmen.“¹⁴ Auch wenn Details des Rühlevorschlages weitgehend identisch mit dem recht halbherzigen NATO-Vorschlag zur konventionellen Abrüstung vom Dezember 88 sind¹⁵ und er für

12 Ebenda.

13 Volker Rühle, in: Süddeutsche Zeitung, 22. 9. 1988.

14 Ebenda.

15 Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 174, Bonn, 13. 12. 1988.

den Fortbestand eines — allerdings geringeren — Atomwaffenpotentials in Europa plädiert, so wird damit noch am ehesten Abrüstungsbereitschaft in der Union sichtbar, die in naher Zukunft auch tiefere Einschnitte in BRD- und NATO-Militärpotential zuläßt.

Rühes Vorschläge sind allerdings ambivalent. Sie deuten einerseits vorsichtig die Bereitschaft zur defensiven Umstrukturierung der eigenen Streitkräfte an, sind andererseits aber keineswegs frei von der Absicht, in einem West-Ost-Abrüstungsprozeß militärische Vorteile für die NATO herauszuschinden. Dies wird vor allem dort deutlich, wo der Sowjetunion mehr als eine Halbierung ihres Panzerpotentials in Europa zugemutet werden soll. Folgte man Rühle, würden die überlegenen taktischen Fliegerkräfte der NATO auf unbestimmte Zeit aus den Abrüstungsverhandlungen ausgeklammert, und der NATO blieben immer noch ca. 85 % ihres heutigen Panzerbestandes erhalten.

— In der gegenwärtigen Situation ist man geneigt, den von Mai 88 bis April 89 auf der Bonner Hardthöhe amtierenden Verteidigungsminister Scholz zu denen in der Union zu zählen, die eine von östlichen Abrüstungsvorschlägen unbeeindruckte NATO-Aufrüstung auf allen wichtigen Feldern propagieren. In der Tat hat sich Scholz in den ersten Amtsmonaten in Schlüsselfragen wie der geplanten Modernisierung taktischer NATO-Atomwaffen, der Tiefflugproblematik, der Bundeswehrstrukturreform, der Wehrdienstverlängerung, des Jäger 90 usw. eher als Hardliner erwiesen. Es fällt jedoch auf, daß er sich zugleich an einigen Punkten als druckempfindlicher — oder flexibler — erwies als sein Amtsvorgänger Wörner. Deutlich wurde dies z.B. in den Anfang 1989 bekannt gemachten Plänen der Hardthöhe, Tiefflüge der Bundesluftwaffe ab 1989 wenigstens teilweise zu vermindern, aber auch in der von Scholz am Rande der NATO-Ministerratstagung (Dezember 88) gemachten Ankündigung, die Manövertätigkeit des BRD-Heeres drastisch zu verringern und Großverbände von der Brigade an aufwärts ab 1990 nicht mehr mit voller Truppe im freien Gelände üben zu lassen.

Auch die noch in der Amtszeit von Ex-Minister Wörner tabuisierte Forderung nach Verminderung der Bundeswehrpräsenzstärke in den 90er Jahren scheint kein Tabu mehr zu sein. Vielsagend sinnierte Scholz auf der Bundeswehr-Kommandeurtagung im Dezember 88 in Würzburg: „Entwürfe zur gegenwärtigen Bundeswehrstruktur — insbesondere zur Heeresstruktur — für die 90er Jahre sind ausdrücklich unter der Prämisse vorgenommen worden, daß eine ganze Reihe günstiger Voraussetzungen erfüllt sein muß. Ob es gelingt, diese Voraussetzungen überall zu erfüllen, ist noch ungewiß ... Wenn wir also bei der Fortschreibung der Bundeswehrplanung feststellen, daß wir eine bestimmte Lösung, eine bestimmte Struktur, eine bestimmte Option nicht so weiter führen können, wie wir dies einmal geplant hatten, so darf das nicht zur Weltuntergangsstimmung führen. Nicht alles, was wir gebrauchen könnten, können wir uns auch leisten.“¹⁶

16 R. Scholz auf der Bundeswehr-Kommandeurtagung, a.a.O.

Schon Scholz war offenbar bemüht, die Legitimierung der Bundeswehr abzukoppeln von den (sowieso nachlassenden) Bedrohungsgefühlen der Bevölkerung. Losgelöst von Zeit und Raum soll der Bundeswehr fortan ein quasi ewiges Existenzrecht zugebilligt werden. Originalton Scholz auf einem sicherheitspolitischen Kongreß der CDU im November 88 in Stuttgart: „Wer den Willen zur äußeren Sicherheit und Landesverteidigung davon abhängig macht, ob und ggf. in welchem Umfang eine bestimmte Bedrohung von außen tatsächlich akut ist, der stellt die eigene Unabhängigkeit und Souveränität letztlich in das Belieben oder in die Disposition anderer Mächte. Dies zu tun, bedeutet in der Konsequenz Aufgabe des eigenen Willens zur Selbstbehauptung, Selbstbestimmung und Souveränität.“¹⁷ Zugleich konstatierte Scholz aber in folgenden wichtigen Punkten für den Fortgang eines abrüstungsorientierten West-Ost-Dialogs schon heute „... scheinbar weitgehende Übereinstimmung mit Gorbatschow ...

1. Die Möglichkeit der Nutzung militärischer Macht als Faktor der Politik ist zuverlässig auszuschließen.
2. Gegen die Anwendung oder Androhung militärischer Gewalt ist gegenseitige Sicherheit zu schaffen.
3. Das militärische Instrumentarium ist sichtbar und überprüfbar auf den Zweck der Erhaltung des Status quo zu beschränken.“¹⁸

Natürlich ist die Nagelprobe für Abrüstungsbereitschaft in der Union und auf der Hardthöhe noch immer die Praxis und nicht irgendeine interpretierbare Bekundung. In der Praxis trat Scholz als einer der eifrigsten Weichensteller für die Fortschreibung der atomaren Abschreckungspolitik, der Modernisierung des taktischen NATO-Atomwaffenarsenals in Europa, des Jäger 90-Projekts und der Formierung von Daimler Benz zu einem westeuropäischen Rüstungsgiganten in Erscheinung.

Dies geschieht vor dem Hintergrund eines offenbar noch immer von der gesamten Union getragenen Willens, auf eine noch unabsehbare Zeit mindestens an einem atomaren „Minimal“-Abschreckungspotential festzuhalten. Dies scheint also auch längerfristig das festeste Bollwerk in den sicherheitspolitischen Zukunftsdispositionen der Union zu sein.¹⁹

Klar ist, daß heute keine der hier angeführten Gruppierungen über den einzig dominanten Einfluß in der Union verfügt. Betrachtet man neuere Stellungnahmen des Kanzlers und seines Verteidigungsministers, findet man dort Elemente aller drei Positionen mit immer wieder wechselnder Hervorhebung wieder. Noch haben diese Elemente mehr den Charakter nebeneinander existierender Zukunftsoptionen. Ihr weiteres Schicksal wird abhängig sein von Faktoren wie:

17 R. Scholz auf dem sicherheitspolitischen Kongreß der CDU Baden-Württemberg (Rede-Manuskript), Stuttgart, 5. 11. 1988.

18 R. Scholz auf der Bundeswehr-Kommandeurtagung, a.a.O.

19 Siehe Beschluß des 36. Bundesparteitages der CDU (12. - 15. 6. 88 in Wiesbaden) „Unsere Verantwortung in der Welt — Christlich-demokratische Perspektiven zur Deutschland-, Außen-, Sicherheits-, Europa- und Entwicklungspolitik, in: CDU-Dokumentation 19, Bonn 1988.

- dem weiteren Fortgang der politisch-ökonomischen Beziehungen zwischen der BRD und der Sowjetunion,
- dem Fortgang des amerikanisch-sowjetischen Dialogs über Abrüstung und politisch-wirtschaftliche Kooperation,
- den Perspektiven des EG-Binnenmarktes,
- der sich verschärfenden Konkurrenz zwischen den imperialistischen Hauptzentren USA, EG-Europa und Japan,
- den Konsequenzen der Verschuldungskrise, auch für die BRD und Westeuropa,
- den Folgen der Umweltkrise für die Prioritäten des Bundeshaushaltes und die Legitimation der derzeitigen Bundeswehr- und NATO-Aufrüstung,
- dem Fortgang der sozialpolitischen Verteilungskämpfe in der Bundesrepublik.

Spielräume für Abrüstung werden in der Union dort sichtbar, wo es um mögliche westliche Abrüstungsschritte im Bereich konventioneller Waffen bzw. defensiver Militärstrukturen als Folge der ab März 89 laufenden Wiener KRK-Verhandlungen (KRK = Konventionelle Rüstungskontrolle) geht.

Dabei reicht es in Zukunft weder aus, die Unionsparteien in ihrer Gänze als zeitlos unbelehrbare Aufrüstungslobby abzuhaken, noch die (mit Verlaub noch) verbalen Entspannungstatements des FDP-Außenministers Genscher als Propagandanebel zu denunzieren. Kürzlich hat Bundespräsident von Weizsäcker eine Kernfrage bundesdeutscher Zukunftspolitik so formuliert: „Sind wir zu schwach, daß wir auf eine systemschwache Sowjetunion angewiesen bleiben?“²⁰ Er verneinte diese Frage unmißverständlich. Um so erfreulicher ist es, wenn dann FDP-Außenminister Genscher als Reaktion auf Gorbatschows Abrüstungsankündigung für eine „... gemeinsame Europäische Zukunft ... , in der es zunehmend zu einer Entmilitarisierung der Beziehungen kommt ...“ plädierte. Er fuhr fort: „Und deshalb wollen wir ja eine aktive Abrüstungspolitik mit dem Ziel, kooperative Strukturen der Sicherheit in Europa zu schaffen, ... so daß jede Form von Krieg in Europa unmöglich wird, ein nuklearer ebenso wie ein konventioneller.“²¹

Dies sind deutliche Worte neuen Denkens, ihnen müssen allerdings noch praktische Taten in der Politik der Bundesregierung folgen. Aktuell sollte man Genscher folgerichtig mit folgender Aussage beim Wort nehmen: „Wir wollen nicht Vorleistungen zu Lasten der eigenen Sicherheit, sondern wir wollen durch Abrüstungsschritte mehr Sicherheit schaffen. Deshalb kommt auch eine Kompensation von Abrüstung an einer Stelle durch neue Aufrüstung an anderer Stelle nicht in Frage. Das würde neue Instabilität schaffen und einen neuen Rüstungswettlauf in Gang setzen. Um ein Beispiel zu nennen: Die doppelte Null-Lösung hat mehr Sicherheit geschaffen. Wollte man nun an an anderer Stelle, wo es durch Abkommen noch nicht untersagt ist, versuchen, einen Ersatz für die nuklearen Mittelstreckenraketen einzuführen, so würde man das

20 Laudatio des Bundespräsidenten aus Anlaß der Verleihung des Aachener Karls-Preises 1988, vom 2. 11. 1988.

21 H.D. Genscher in einem Interview für den Hessischen Rundfunk am 11. 12. 1988.

erste nukleare Abrüstungsabkommen der Geschichte untergraben. Das kommt nicht in Frage. Notwendig ist vielmehr, alle nuklearen Waffen in die Abrüstung einzubeziehen.“²²

Es steht außer Zweifel, daß über den Willen Bonns in Fragen der Abrüstung auch in Zukunft nicht am Bonner Kabinetttisch allein entschieden werden wird. Hier werden die Absichten des Bündnispartners USA zweifellos eine gewichtige, aber auch Pläne Londons und Paris eine ernstzunehmende Rolle spielen. Von weiterer Bedeutung wird allerdings auch sein, wie z.B. die sowjetische Führung — angesichts der von ihr 1986 vorgeschlagenen Vision einer atomwaffenfreien Welt bis zum Jahr 2000 — mit der Unionsformel von der Beibehaltung eines minimalen atomaren Abschreckungspotentials der NATO in Europa mittelfristig umgehen wird. Mit ihrer Ankündigung, nun auch einen Teil ihrer taktischen Atomwaffen aus Osteuropa abzuziehen, bzw. auf eine Modernisierung derartiger Waffen zu verzichten, hat die Sowjetunion allerdings schon jetzt Zeichen gesetzt. Nicht Modernisierung, sondern Verringerung der Atomwaffen in Europa ist das Gebot der Stunde.

Auch die organisierte Friedensbewegung der BRD, will sie ihre Massenverankerung in der bundesdeutschen Bevölkerung revitalisieren, muß Differenzierungen bzw. punktuelle Abrüstungsbereitschaft im Regierungslager aufmerksam zur Kenntnis nehmen. In einer Zeit möglicher Fortschritte bei der konventionellen Abrüstung, der Chemiewaffenabrüstung bzw. der Umstrukturierung von Streitkräften darf sie zwar den Widerstand gegen atomare NATO-Modernisierungspläne nicht vernachlässigen, muß jedoch auch ihre Handlungsfähigkeit auf anderen Feldern erhöhen. Die Problematik der Tiefflüge und der rasante Stimmungsumschwung zu Ungunsten der Militärs selbst bei Teilen der Union war dafür ein Lehrstück.

3. Ansätze für eine neue Sicherheitspolitik

Wo muß eine Neuorientierung bundesdeutscher Sicherheitspolitik ansetzen? Wie kann die Bundesrepublik zu einem aktiven Partner im Abrüstungsprozeß werden? In dem Entwurf „Bundesrepublik Deutschland 2000 — Vorschläge der DKP zu einer friedensorientierten und demokratischen Reformalternative für die 90er Jahre“ heißt es: „Auch wenn völlige Abrüstung in Europa bei Fortbestehen des Systemgegensatzes in den nächsten Jahren kaum durchsetzbar sein dürfte, erfordert die Lage raschen und drastischen Rüstungsabbau.“²³ Dabei werden auch mit Blick auf die nächsten Schritte die Massenvernichtungswaffen im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stehen müssen, da von ihrem Einsatz die potentiell größte Gefahr für das Überleben der Menschheit ausgeht. Gegen sie richtet sich der breiteste militärisch, politisch und moralisch begründete Widerstand.

22 H.D. Genscher, in: Oldenburger Nord-West-Zeitung, 7. 11. 1988.

23 DKP, Entwurf: Bundesrepublik Deutschland 2000. Vorschläge der DKP zu einer friedensorientierten und demokratischen Reformalternative für die 90er Jahre, Düsseldorf 1988.

Für die erfolgreiche Durchsetzung weitergehender Abrüstungsschritte erscheint es sinnvoll, den von der prinzipiellen Ablehnung jeglicher Abschreckungspolitik ausgehenden Druck punktuell dort zu verstärken, wo die Aufrechterhaltung bestehender Rüstungspotentiale auch von den Verfechtern der Abschreckungspolitik nicht zu begründen ist und wo reale — wenn auch anders motivierte — Abrüstungsinteressen bestehen, wo Differenzen in Regierungs- und Kapital-Lager zutage kommen. Dies trifft z. B. auf die mehrfachen „Over-Kill-Kapazitäten“ im strategischen Bereich zu, deren zunächst 50 %ige Reduzierung auch von der jetzigen Bundesregierung befürwortet wird. Die Realisierung dieses Schrittes setzt jedoch voraus, daß alle Versuche aufgegeben werden, durch den Aufbau einer strategischen Verteidigung, sei sie boden- oder weltraumgestützt, die Zweitschlagfähigkeit der anderen Seite zu untergraben. Eine Aufkündigung der Beteiligung der Bundesrepublik am SDI-Projekt der USA wäre ein wichtiges Signal, das dazu beitragen könnte, die Abrüstungsverhandlungen im strategischen Bereich (START) zu einem raschen Erfolg zu führen.

Sogar mit der „Logik“ der Abschreckung unvereinbar sind im Prinzip auch all jene nuklearen Waffensysteme, die als Kurzstrecken- oder Gefechtsfeldwaffen mit geringen Reichweiten wohl in eine Strategie der Kriegsführung, nicht aber in ein vorgebliches Konzept der „Kriegsverhütung durch Abschreckung“ passen, also alle nach Verwirklichung des INF-Abkommens in der BRD noch verbliebenen Kernwaffen. Gerade für sie gilt es jetzt, eine Richtungsentscheidung zu treffen. Werden sie weiter bis auf Null reduziert, ggf. über Zwischenschritte, oder werden sie durch Modernisierung und die Einführung zusätzlicher, neuartiger Kernwaffen zu einem Potential mit eurostrategischen Fähigkeiten aufgezogen? Eine dritte Null-Lösung für alle Kernwaffen mit Reichweiten unter 500 km liegt im vitalen Interesse gerade der Bundesrepublik.

Das gleiche gilt für die Beseitigung der chemischen Waffen, deren Einsatz ausschließlich im frontnahen Bereich vorgesehen ist. Ihre Existenz ist nicht nur wegen ihrer verheerenden Wirkungen, sondern vor allem wegen der Gefahr ihrer unkontrollierten Weiterverbreitung auch in der NATO äußerst umstritten. Die Bereitschaft der Bundesrepublik, Teil einer chemiewaffenfreien Zone zu werden, wie von DDR und CSSR angeboten, könnte die USA veranlassen, auf die jetzt angelaufene Produktion neuartiger chemischer Kampfstoffe zu verzichten.

Ein entscheidender Beitrag wird von der Bundesrepublik im Bereich der konventionellen Abrüstung erwartet. Dies gilt um so mehr nach den einseitigen Reduzierungen der Sowjetunion. Sie unterhält die stärksten konventionellen Streitkräfte des Bündnisses in Europa, für deren weitere Entwicklung gegenwärtig ebenfalls wichtige Weichen gestellt werden. Geplant bzw. bereits in Auftrag gegeben ist die Entwicklung und Einführung einer neuen, „dritten“ Waffengeneration für die Bundeswehr, die sich in das Kriegsführungskonzept FOFA der NATO einordnet. In der Öffentlichkeit umstrittenstes konventionelles Rüstungsprojekt ist heute der „Jäger 90“, dessen Finanzierbarkeit und militärischer Nutzen auch von Militärfachleuten bezweifelt wird.

Ein vollständiger Verzicht auf diese neuen Rüstungsprojekte würde nicht nur den Bundeshaushalt deutlich entlasten und Mittel freimachen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, zur Lösung drängender Umwelt- und Entwicklungsaufgaben. Er wäre auch ein konstruktiver Beitrag für rasche Fortschritte auf der geplanten europäischen Abrüstungskonferenz (KRK) und könnte die Verringerung von Asymmetrien im konventionellen Kräfteverhältnis in Europa voranbringen.

Signale in die gleiche Richtung könnten auch von der Bereitschaft ausgehen, die gegenwärtige Präsenzstärke der Bundeswehr in den 90er Jahren deutlich abzusenken und die beschlossene Wehrdienstverlängerung ganz zurückzunehmen.

Freilich werden sich reale Fortschritte im Abrüstungsprozeß nur dann einstellen, wenn die Bundesregierung ernsthaft bereit ist, an einem System politischer Sicherheit in Europa konstruktiv mitzuarbeiten. Das Bekenntnis von Außenminister Genscher zu einem System „kooperativer Sicherheit“ und die Forderung von Ex-Verteidigungsminister Scholz nach der Herstellung „gegenseitiger Sicherheit“ signalisieren nicht nur konzeptionelle Differenzen, sondern auch Anknüpfungspunkte zu den Vorstellungen großer Teile der Friedensbewegung, der Sozialdemokratie und der sozialistischen Staaten über ein System „Gemeinsamer Sicherheit“ in Europa. Die Bereitschaft, über Fragen der künftigen Sicherheit auf unserem Kontinent in Gespräche und Verhandlungen mit der anderen Seite, auch und gerade mit der DDR einzutreten, wird eine der entscheidenden Nagelproben für die künftige Rolle der Bundesrepublik im europäischen Abrüstungsprozeß sein.

Frieden, Abrüstung und die „deutsche Frage“

Lorenz Knorr

1. Die Konservativen heute: Konfrontation plus Kooperation? — 2. Kontinuität und Erneuerung — 3. Die „Europäisierung der deutschen Frage“ — 4. Alternativen der parlamentarischen Opposition — 5. Schlußfolgerungen — Perspektiven — Verpflichtungen

1. Die Konservativen heute: Konfrontation plus Kooperation?

Zum Abschluß der Gespräche zwischen SED-Generalsekretär Honecker und Bundeskanzler Kohl 1987 in Bonn bestand Übereinstimmung, daß beide deutsche Staaten, ausgehend von ihrer historisch bedingten Verantwortung „besondere Anstrengungen für das friedliche Zusammenleben in Europa unternehmen müssen. Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg, von deutschem Boden muß Frieden ausgehen. Sie betonen, daß das Verhältnis der beiden deutschen Staaten zueinander ein stabilisierender Faktor für konstruktive Ost-West-Beziehungen bleiben muß.“ Sie bekannten sich zu „Ergebnissen von Verhandlungen über wirksame Maßnahmen der Rüstungskontrolle und Abrüstung in allen Bereichen ... auf dem Prinzip der Gleichheit und der Parität“.¹ Diese Festlegungen waren ein Erfolg der politischen Vernunft und des Realismus, ein positiver Beitrag zur kooperativen Friedenssicherung, zur Abrüstung und zur intersystemaren Entspannung.

Zwar beharrte Kohl darauf, die „deutsche Frage“ bleibe „offen“, indem er bei der gleichen Gelegenheit das Streben nach „deutscher Einheit in Freiheit“ unterstrich. Zugleich betonte er jedoch auch, die Lösung der „deutschen Frage“ stehe „zur Zeit nicht auf der Tagesordnung der Weltgeschichte“. Die Bundesrepublik sei an einem gesicherten Frieden interessiert.² Aus diesen widersprüchlichen Formulierungen des CDU-Vorsitzenden und Bundeskanzlers sprach das Bemühen, traditionelle revanchistische Positionen mit einer Politik der Anpassung an die heutigen Realitäten zu verbinden. Es erhebt sich die Frage, in welcher Weise heute das Festhalten an der Wiedervereinigungsforderung die anstehende Modernisierung der außen- und sicherheitspolitischen Konzeption der Konservativen beeinflusst bzw. ob und wie die These vom „Offenhalten der deutschen Frage“ selbst beeinflusst wird.

Seit 1945 waren für die Konservativen die Teilung Deutschlands, die Westintegration der Bundesrepublik und die Anlehnung an die imperialistische Bünd-

1 Gemeinsames Kommuniqué über den Besuch Erich Honeckers in der Bundesrepublik Deutschland, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 10/ 1987, S. 1356 ff.

2 Tischrede von Helmut Kohl anläßlich des Besuchs von Erich Honecker, 7. 9. 1987, Sonderdruck, Bonn 1987, S. 3 f.

nisführungsmacht USA verschiedene Seiten ein und derselben Strategie. Das Bündnis der BRD mit den USA, ihre Remilitarisierung und ihr Eintritt in die NATO waren aus der Sicht Adenauers und seiner Parteifreunde unverzichtbare Voraussetzungen, um die außenpolitische Bewegungsfreiheit des westdeutschen Separatstaates zurückerlangen und gleichzeitig die „deutsche Frage“ offenhalten zu können. Insofern war die aktive Rolle der Bundesrepublik bei Aufrüstung und einer Politik der Konfrontation und des kalten Krieges ein Element der von Adenauer gewünschten „Befreiung der Zone“ und der „Lösung“ der „deutschen Frage“ zu imperialistischen Bedingungen.³

Diese Politik der CDU/CSU war schon seit den sechziger Jahren erkennbar gescheitert. Die DDR erwies sich als stabil und lebensfähig. Die Westintegration der Konservativen und ihre „Deutschlandpolitik“ klappten in wachsendem Maße auseinander. Unfähig, sich auf die veränderten Gegebenheiten einzustellen, verlor die CDU/CSU die Regierungsverantwortung an die sozialdemokratisch geführte Koalition. Auch während der 13 Jahre, in denen sie in der Opposition waren, zeigten sich die Rechtsparteien nicht in der Lage, ihre politische Konzeption umfassend zu erneuern. Dieser Prozeß begann erst mühsam und in kleinen Schritten mit der erneuten Bildung einer CDU/CSU/FDP-Koalition 1982 und dauert heute noch an. Gegenwärtig wird er durch die Umbruchprozesse in den kapitalistischen Ländern und in der Weltpolitik und durch die sich herausbildende neue Dimension der Krieg-Frieden-Frage noch beschleunigt.

2. Kontinuität und Erneuerung

Markige Sprüche zur „deutschen Frage“ gehören auch heute noch zum unverzichtbaren Fundus konservativer Politik. „Wir halten fest an der Einheit der Nation. Deshalb stärken wir das Zusammengehörigkeitsbewußtsein der Deutschen, und deshalb bestehen wir darauf, daß zu den Realitäten der Nachkriegszeit in Deutschland und Europa auch gehört, daß die Teilung Deutschlands ohne Rechtsgrundlage und nur eine vorläufige ist ...“⁴

Nichtsdestoweniger sind die Dinge in Bewegung geraten. Für die Konservativen ist die Frage aktuell geworden, „in welchem Maß sich traditionell-rechte Ausrichtung und modernisierende Öffnung ‚nach links‘ zueinander verhalten. Die CDU müht sich mit dem Problem ab, daß sie sich auf die Dauer nicht mit dem Einsatz herkömmlicher Instrumentarien reaktionärer Politik zur Konservierung bestehender Macht- und Eigentumsverhältnisse begnügen kann, sondern daß sie in den derzeitigen und voraussehbaren wirtschaftlichen, gesellschaftlichen usw. Umbrüchen für den Kapitalismus der Zukunft optimale Kapitalverwertungsbedingungen im Sinne einer antietatistisch-privatmonopolistischen SMK-Variante wiederherstellen und Gegenmachtpositionen der

3 S. dazu u.a. Gustav Heinemann, *Verfehlte Deutschlandpolitik*, Frankfurt/M. 1966; die zitierten Worte Adenauers ebd., S. 126 und 141; s. weiter R. Badstübner/S. Thomas, *Entstehung und Entwicklung der BRD*, Köln 1979, bes. S. 464 und Lorenz Knorr, *NATO — Geschichte, Strategie, Atomkriegsplanung*, Frankfurt/M. 1985.

4 Wolfgang Schäuble, *Die deutsche Frage im europäischen und weltpolitischen Rahmen. Deutschlandpolitik im Kontext der Ost-West-Beziehungen*, Europa-Archiv, 12/1988, S. 58.

Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung auszuschalten versuchen muß und dabei ihre Fähigkeit zur Mehrheitsgewinnung, zur Integration, zur Meinungsführerschaft stets aufs neue unter Beweis zu stellen hat.“⁵

Konservative Modernisierungsbestrebungen äußern sich u.a. in den Konzepten von Biedenkopf, Späth, der „Späth-Kommission“⁶ und auch in einem 1987 von Geißler und seinem Stab ausgearbeiteten Strategiepapier, das den Wähler einfluß der CDU v.a. bei den städtischen Mittelschichten und der Intelligenz ausbauen wollte und von CDU-Politikern wie Späth, Wallmann, Bernhard Vogel, den Sozialausschüssen, der CDU-Frauenvereinigung und der Jungen Union unterstützt wurde.⁷ Dieser ganze Prozeß vollzieht sich äußerst widersprüchlich und gegen den inhaltlichen Widerstand von konservativ-beharrenden Kräften in der Partei. Ein Beispiel dafür sind die aktuellen Diskussionen um die konservative Außen-, Sicherheits-, Europa- und „Deutschlandpolitik“.

In einem ersten Resolutionsentwurf der von Geißler geleiteten Kommission „Außen-, Sicherheits-, Europa- und Deutschlandpolitik“ für den 36. Parteitag der CDU in Wiesbaden (1988) fanden sich bemerkenswerte neue Töne. Dort hieß es: „Die Einheit der deutschen Nation besteht fort. ... Die CDU hält fest an dem Ziel, eine stabile Friedensordnung in Europa zu schaffen, in der das deutsche Volk in freier Ausübung des Selbstbestimmungsrechts die Einheit Deutschlands in Freiheit wiedererlangt. ... *das Ziel der Einheit ist von den Deutschen nur mit Einverständnis ihrer Nachbarn in West und Ost zu erreichen. ... Die Lösung der deutschen Frage ist ... gegenwärtig nicht zu erreichen. ... Nicht Grenzen zu verschieben, sondern sie durchlässig zu machen und sie zu überwinden durch Menschlichkeit und Verständigung mit allen unseren östlichen Nachbarn, das ist der Kern unserer Ost- und Deutschlandpolitik.*“⁸

Trotz der bekannten deutschlandpolitischen Rituale wurde so der Grundsatz „pacta sunt servanda“ programmatisch festgehalten. Angriffe auf die DDR fehlten in dem Papier weitgehend, die Bereitschaft zu Dialog und Kooperation wurde stärker betont. Allgemein wurden diese realistischeren Formulierungen als Beginn einer deutlichen Neuorientierung gewertet.⁹

Allerdings liefen die rechtskonservativ-nationalistischen Kräfte in der CDU, vor allem repräsentiert durch Alfred Dregger, Sturm gegen solche neuen Akzente und kämpften um die erneute Festschreibung bisheriger reaktionärer Positionen.¹⁰ Dabei waren sie auch weitgehend erfolgreich. Die „deutschlandpolitischen“ Passagen des Resolutionsentwurfs wurden neu formuliert. In der vom CDU-Bundesvorstand für den Parteitag vorgelegten Fassung hieß es dann, mit einem Adenauer-Zitat beginnend:

5 Jupp Angenfort/Heinz Jung (Hg.), *Streit um die Zukunft. Positionen und Materialien*, Frankfurt/M. 1988, S. 58.

6 S. ebd., S. 60 ff.

7 Anita Scholze/Manfred Behrendt, *Zur Diskussion in der CDU über Strategien für die 90er Jahre*, in: *IPW-Berichte*, Berlin/DDR, 11/1988, S. 41.

8 CDU-Dokumentation, 6/1988, S. 17f. Hervorhebung — L.K.

9 Scholze/Behrendt, a.a.O., S. 42.

10 Ebenda.

„Die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit war und ist das vordringlichste Ziel unserer Politik ... Auf uns allein gestellt, würden wir nichts erreichen, mit dem Westen vereinigt, würden wir ... unsere Freiheit behalten und die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit im Lauf der Zeit verwirklichen. ... Grenzen zu überwinden durch Menschlichkeit und Verständigung mit allen unseren östlichen Nachbarn, das ist ein friedensfördernder Beitrag unserer Ost- und Deutschlandpolitik.“¹¹ Die vom Bundesvorstand überarbeitete Fassung wurde dann vom Parteitag weitgehend unverändert beschlossen.¹²

Durch den Bezug auf Adenauers Wort, die Wiedervereinigung sei das „vordringlichste Ziel“ der CDU-Politik, durch die Streichung der Formulierungen von der derzeitigen Unlösbarkeit der „deutschen Frage“, die Relativierung der Feststellung, die „Einheit Deutschlands“ sei nur mit Einverständnis sämtlicher Nachbarn zu erreichen und durch die Forderung, die Grenzen „aufzuheben“, statt sie, wie im Entwurf formuliert, „durchlässiger“ zu machen, wurden revanchistische Anschauungen bekräftigt bzw. bewußt toleriert.¹³ Trotz einer gewissen Ambivalenz wirkte der Parteitagbeschuß eher im Sinne der Stahlhelmfraktion. Die Bereitschaft zum Dialog mit der DDR wurde zwar weiterhin ausgesprochen, aber mit Forderungen verknüpft, die eine Einmischung in deren innere Angelegenheit bedeuteten.¹⁴

Gleichzeitig fehlt es aber auch weiterhin nicht an realistischeren Aussagen von Spitzenpolitikern der CDU. Lothar Späth z.B. will „den Staaten des Ostens friedliche Kooperation statt Fortführung des Rüstungswettlaufs anbieten, ... um längerfristig unser wechselseitiges System der Abschreckung in eine durch vielfältige Beziehungen garantierte friedliche Nachbarschaft und Partnerschaft umzugestalten ... Abbau von Vorurteilen und Feindbildern“ soll „selbstverständlich“ werden.¹⁵ Allerdings „geht es nicht nur um die Verbesserung des Handelsvolumens, sondern mindestens gleichwertig um die Förderung des freien Austausches von Gedanken, Meinungen und Erkenntnissen über die Grenzen der gesellschaftlichen Systeme hinweg“.¹⁶ Ein erweiterter partnerschaftlicher Handel und systemübergreifender Gedankenaustausch unterhöhlen jedoch das antikommunistische Feindbild und die Bedrohungslüge¹⁷, ohne die ein überdimensionaler Rüstungsaufwand kaum durchzusetzen ist. Solche und andere eher im Interesse kooperationsinteressierter Wirtschaftskreise getroffenen Aussagen bestätigen wichtige Differenzierungen im konservativen Lager, die für eine zweite Phase der mit Abrüstung verknüpften Entspannung notwendig sind. Realistische Denk- und Politikansätze Kurt H. Biedenkopfs¹⁸, des

11 CDU-Dokumentation, 12/1988, S. 7f.

12 CDU-Dokumentation, 19/1988.

13 S. dazu Scholze/Behrendt, a.a.O., S. 42.

14 Ebenda.

15 CDU-Dokumentation, 14/1988, S. 9f.

16 Ebenda, S. 7.

17 G. Kade, Die Bedrohungslüge — Die Legende von der Gefahr aus dem Osten, Köln 1979; zum Abbau von Feindbildern s. L. Knorr, in: Neue Perspektiven, Helsinki, 3/1988.

18 Kurt H. Biedenkopf, Die neue Sicht der Dinge, München 1985.

ehemaligen Adenauer-Beraters und Architekten des Kalten Krieges W. G. Grewe¹⁹ oder gar des Bundespräsidenten R. v. Weizsäcker²⁰ belegen stellvertretend, daß frühere irrationale Positionen zunehmend abgebaut werden.

3. Die „Europäisierung der deutschen Frage“

In welcher Beziehung steht nun eine solche vorsichtig und widersprüchlich modifizierte und modernisierte konservative Position zur „deutschen Frage“ zu Problemen der Abrüstung und Friedenssicherung?

Auch diesbezüglich sind die konservativen Konzeptionen in einem sich mühsam vollziehenden Anpassungsprozeß begriffen. Der Zusammenhang von ungenügender Abrüstungsbereitschaft und Streben nach „deutscher Einheit in Freiheit“ ist eine der Hauptantriebskräfte für die fortgesetzte Politik militärischer Stärke sowie des anachronistischen Festhaltens am militärischen Faktor als wichtigstem Regulator zwischenstaatlicher Beziehungen. Auch der Stahlhelm-Fraktion der CDU ist zwar bewußt, daß Kriegsverhütung unumgänglich ist. Auf Erpressungsmöglichkeiten und eventuelle Anwendung der „indirekten Strategie“²¹ wird jedoch immer noch spekuliert.

Auch dabei gibt es allerdings Verschiebungen der Akzente. Die Konservativen haben widerstrebend die Umbrüche und die sich verändernden Parameter in der Sicherheitspolitik zur Kenntnis genommen und kommen diesmal nicht mit rein kosmetischen Operationen aus. Einer ihrer wichtigsten geistigen Wortführer betonte, diesmal gehe es um eine „kraftvolle und selbstbewußte Antwort“ vor allem der Westeuropäer.²² So setzt sich die politikbestimmende Strömung innerhalb von CDU und CSU heute zwar von dem Gedanken ab, man könne einen Atomkrieg oder auch einen konventionellen Krieg in Europa führen und überstehen, aber sie hält mit solchen Einschränkungen an Doktrin und Praxis der atomaren Abschreckung fest. Ihr Bestreben läuft darauf hinaus, den Ausbau militärischer Stärke und militärischer Kriegführungsoptionen (z.B. „Modernisierung“) in ein umfassenderes System einzubinden, in dem Abschreckung, Aufrüstung, Rüstungskontrolle und intersystemare Kooperation miteinander verknüpft sind.²³

19 W.G. Grewe, Berater Adenauers im Kalten Krieg, in: Kontinuität und Wandel in den Ost-West-Beziehungen, Köln 1983.

20 S. bes. Weizsäckers vielbeachtete Rede zum 8. Mai 1985, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 6/1985, S. 758 ff.

21 S. dazu O. Lechler, Die strategischen Konzeptionen der westlichen Welt, Düsseldorf 1963; A. Beaufre, Totale Kriegskunst im Frieden, (West-)Berlin 1964; O. Miksche, Kapitulation ohne Krieg, Stuttgart 1965; kritisch dazu E. Weber, Imperialismus in der Anpassung, Frankfurt/M. 1972.

22 M. Stürmer, Abschreckung nach Maß, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21. 3. 1988.

23 S. dazu S. Mehlich, BRD-Konservatismus: Vom Abschreckungsgedanken zur Akzeptanz Gemeinsamer Sicherheit?, in: IPW-Berichte, 2/1988; J. Reusch, Gemeinsame Sicherheit (II), in: Marxistische Blätter, 11/1988.

Selbst F. J. Strauß war der Auffassung: „Die Zeiten, in denen politische Probleme zwischen Staaten durch Krieg gelöst wurden, sind in Europa nach menschlichem Ermessen vorüber“. Nach einem Gespräch mit M. Gorbatschow schrieb Strauß, er halte einen „dauerhaften Frieden“ durch gleichgewichtigen Rüstungsabbau für möglich, der jeder Seite die „Verteidigungsfähigkeit, nicht aber Angriffsmöglichkeit“ lasse. An einer „nuklearen Komponente“ westeuropäischer Militärpotenz halte er jedoch fest.²⁴

Die wichtigste Antwort der Konservativen auf die Herausforderungen, denen sich ihre bisherige Sicherheitspolitik ausgesetzt sieht, ist die Orientierung auf Westeuropa. Sie sind die treibende Kraft zur Bildung des westeuropäischen Binnenmarktes 1992 und zum militärischen Ausbau des westeuropäischen Pfeilers in der NATO, dessen Kern die militärpolitische Kooperation Frankreichs und der BRD sein soll. Dieser Pfeiler soll die NATO in ihrer bisherigen Struktur und das Bündnis mit den USA nicht ersetzen, sondern ergänzen.²⁵

Auf diese Weise stellt sich auch der Zusammenhang zur „deutschen Frage“ her: Das „freie Europa“ muß den „europäischen Pfeiler im Bündnis stärken“; dabei gehört es zu den Zielen dieses „freien Europa“, „die Teilung des Kontinents in einer europäischen Friedensordnung zu überwinden“. In dieser „dauerhaften europäischen Friedensordnung“ geht es gerade nicht um die rückhaltlose Anerkennung der Grenzen, sondern um deren Überwindung. Und schließlich: „Wir brauchen für die Verwirklichung des Rechts unseres Volkes auf Selbstbestimmung das Verständnis und die Unterstützung unserer Nachbarn. Beides werden wir erreichen, wenn die Lösung der deutschen Frage in einen europäischen Rahmen eingebettet ist.“²⁶

So wird die konservative Orientierung auf Westeuropa zunächst zum dynamisierenden Faktor für weitere konventionelle und nukleare Rüstung, und diese wiederum soll in der Perspektive auch als Druckinstrument zur Auflockerung der Grenzen in Europa und zur schließlichen Wiederherstellung der „Einheit in Freiheit“ für alle Deutschen werden.

4. Alternativen der parlamentarischen Opposition

Seit 1969 hatte die von Willy Brandt geführte Bundesregierung den Schwerpunkt ihrer Ostpolitik darauf gelegt, die kooperative Entspannung auszubauen und mit den Ostverträgen²⁷ die Nachkriegsgrenzen zu akzeptieren, die provokatorische Alleinvertretungsanmaßung²⁸ aufzugeben, auf militärische Gewaltandrohung und -anwendung völkerrechtswirksam zu verzichten und gutnach-

24 Bayernkurier, 27. 9. 1987 und 9. 1. 1988.

25 S. dazu den Beschluß des CDU-Parteitag 1988, CDU-Dokumentation, 12 und 19/1988.

26 CDU-Dokumentation, 12/1988, S. 13, 8 und 6.

27 S.K. von Schubert (Hg.), Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland, 2 Bde., Bonn 1977, Bd. 1, S. 224 ff.

28 Vgl. Sachwörterbuch der Geschichte, Berlin/DDR 1969, Bd. 1, S. 36 f. und 763 f. und Kursbuch 4, Katechismus zur deutschen Frage, Frankfurt/M. 1966, S. 15 ff.

barliche Beziehungen mit vielseitiger intersystemarer Zusammenarbeit zu praktizieren — den zwei Jahrzehnte andauernden koexistentiellen Initiativen der sozialistischen Staaten²⁹ entsprechend.

Obwohl Brandt „größere Sicherheit bei geringerer Rüstung“ versprochen hatte³⁰, wuchsen die Rüstungsausgaben überproportional.³¹ Wie in den USA zeigte sich: „Militärische Planung vollzieht sich also weitgehend unabhängig von der außenpolitischen Linie einer Regierung.“³² Sowohl die die Souveränität einschränkende Planung der NATO als auch der Einfluß des MIK der BRD wirkten.

Seit 1982/83 entwickelt die SPD-Führung im Rahmen der NATO und des staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD praktikable sicherheitspolitische Alternativen zur riskanten Regierungspolitik. Anvisiert wird ein neuer Konsens in der NATO, vor allem in Westeuropa. Erfahrungen und Forderungen der Arbeiter- und Friedensbewegung werden ebenso berücksichtigt wie die objektive Notwendigkeit einer strategischen Kurskorrektur: statt feindlicher Konfrontation intersystemare Kooperation. Die beispielgebende Zusammenarbeit mit regierenden kommunistischen Parteien führte zu praktisch-politischen Vorschlägen: es sind wichtige Bausteine für eine solide gesamteuropäische Friedensordnung. Die Schlußakte der KSZE wird konkretisiert und weitergeführt.

Den strengen Erfordernissen des atomaren Zeitalters entsprechend legte sich die SPD programmatisch auf „Gemeinsame Sicherheit“ fest. Erkannt und fixiert ist, daß Sicherheit nicht gegeneinander errüstet werden kann. „Gemeinsame Sicherheit soll in Vereinbarungen zwischen den Bündnissen münden mit dem Ziel, die Blöcke schließlich durch eine europäische Friedensordnung abzulösen.“³³ Jeder Staat ist mitverantwortlich für die Sicherheit des/der anderen. Auf dieser Grundlage hat die SPD auch ihre Vorstellungen zur „deutschen Frage“ weiterentwickelt und auch aus der Opposition außerordentliche politische Aktivitäten entfaltet.

In der Entschließung der SPD-Bundestagsfraktion zur Deutschlandfrage werden gutnachbarliche Beziehungen „ohne die Änderung der Systeme“ betont. „Die beiden deutschen Staaten (dürfen) ihre Existenz gegenseitig nicht in Frage stellen, sondern (müssen) sich als gleichberechtigte Staaten deutscher Nation“ behandeln. Die „Verantwortungsgemeinschaft“ der Deutschen und

29 S. Autorenkollektiv, *Geschichte der sowjetischen Außenpolitik. 1945 bis 1970*, Frankfurt/M. 1971, bes. S. 223 ff., 379 ff. und 561 ff. und P. Klein u.a., *Geschichte der Außenpolitik der DDR*, Berlin/DDR 1968, S. 143 ff.

30 Willy Brandt, Regierungserklärung, 28. 10. 1969, Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung, 30. 10. 1969, S. 1127.

31 Vgl. Bundesministerium der Verteidigung, Weißbuch zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland, 1975/1976, Bonn 1976.

32 B. Greiner, *Politik am Rande des Abgrunds?*, Heilbronn 1986, S. 131.

33 Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm der SPD, Irsee 1986, S. 10.; s. dazu kritisch IMSF, *SPD wohin? Zur Analyse und Kritik des SPD-Grundsatzprogrammentwurfs*, IMSF-Informationsbericht 44, Frankfurt/M. 1987, bes. S. 47 ff.

eine „Sicherheitspartnerschaft zwischen Ost und West“ seien erforderlich für eine „europäische Friedensordnung“. Es werden offizielle parlamentarische Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten gefordert. Die Respektierung der DDR-Staatsbürgerschaft und das Problem der Zentralen Erfassungsstelle in Salzgitter sollen verhandelt werden.³⁴

W. Brandt und E. Bahr gehen zwar davon aus, daß die Geschichte als langfristige Gestaltungsmacht auch „Chancen“ enthalten kann für die „Selbstbestimmung“ der Deutschen. Sie stehen jedoch auch auf dem Boden der Realität. Sie bekunden, daß beide deutschen Staaten vor allem sicherheitspolitische Beiträge leisten sollen.³⁵ Brandt: „Die fruchtlose Diskussion, wie offen wohl die deutsche Frage sei, sollte beendet werden, sie bringt nichts“. Einen bekannten US-Publizisten aus dem Jahr 1953 zitierend: „Die Tore zur deutschen Einheit sind geschlossen“.³⁶

Einer der profiliertesten sozialdemokratischen Beiträge zu diesem Thema stammt von Egon Bahr, der der SPD auf diesem Gebiet seit Jahrzehnten wichtige Impulse gegeben hat.³⁷ Die Zusammengehörigkeit beider deutscher Staaten zu einer Nation ist für den Patrioten Bahr³⁸ über jeden Zweifel erhaben, aber er stellt ähnlich wie Brandt fest: „Wie offen die deutsche Frage ist, darüber ist der Streit politisch sinnlos geworden.“³⁹ Die „staatliche Einheit“ steht für ihn nicht im Vordergrund, vielmehr: „Der europäische Frieden ist wichtiger als die deutsche Einheit. Nicht Einheit, sondern Gemeinsamkeit heißt der Schlüssel der deutschen Chancen. Die Gemeinsamkeit der beiden deutschen Staaten, das Interesse an verlässlicher Sicherheit zu fördern, kann zu einer bedeutenden Kraft im Dienste Europas werden.“⁴⁰

Bahr zieht damit die Konsequenz aus der auch in der sozialdemokratischen Programmatik fixierten Einsicht, daß Frieden und Sicherheit nur noch gemeinsam organisiert werden können und daß dieser Aufgabe Priorität zukommt. Selbst wenn NATO und WVO nach der Herstellung von konventioneller Stabilität vom Atlantik bis zum Ural zugunsten eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems aufgelöst sein sollten, stelle sich die Frage nach der deutschen Einheit noch nicht. Sowohl BRD als auch DDR blieben dann jeweils in EG und RGW integriert, also in unterschiedliche Wirtschaftssysteme, die auch unterschiedliche Ideologien repräsentierten.⁴¹ „Die deutschen Chancen“ seien in „der Teilung zu suchen ..., Gemeinsamkeiten zwischen beiden deutschen Staaten“ vernünftig zu gestalten, sei die Verpflichtung.⁴²

34 Vgl. Bundestagsdrucksache, 10/2917, 27. 2. 1985.

35 Vgl. W. Brandt, Reden über das eigene Land: Deutschland, München 1984, S. 57 ff.; E. Bahr, Mein Deutschland, in: puls Nachrichtenmagazin, 1. 10. 1987, S. 29 f.

36 W. Brandt, a.a.O., S. 60 und 67.

37 E. Bahr, Zum europäischen Frieden. Eine Antwort auf Gorbatschow, (West-)Berlin 1988.

38 Ebenda., S. 44.

39 Ebenda., S. 43.

40 Ebenda., S. 46 und 48.

41 Ebenda., S. 47 f. und ders., in: puls Nachrichtenmagazin, a.a.O., S. 29 f.

42 Ders., in: puls Nachrichtenmagazin, a.a.O.

In dieser Konzeption existiert zwar auch ein Zusammenhang zwischen „deutscher Frage“ und „Europäisierung“, aber ganz anders als bei den Konservativen. Der militärische Faktor wird anders bewertet. Wieder in Worten von Bahr: Die „deutsche Einheit“ kann heute nicht mehr „zur Voraussetzung für europäische Sicherheit durch Abrüstung gemacht werden.“⁴³ Gerade im umgekehrten Verhalten sieht Bahr eine Chance der Deutschen, die „Spaltung“ zu mildern und „für Wandel durch Annäherung im europäischen Interesse tätig zu werden, ohne in ihren jeweiligen Lagern zu schwanken.“⁴⁴ Er sieht eine besondere Verantwortung von BRD und DDR für den Frieden. Beide deutsche Staaten „können aus dem Nachteil der Teilung einen Vorteil im Interesse Europas machen. Sie können etwas tun, damit von der Mitte Frieden ausgeht. Sie haben keine Rolle als Mittler, als Wanderer zwischen den Welten, aber sie haben eine Rolle als Mitte. In dieser europäischen Identität entscheidet sich die Zukunft der Deutschen.“⁴⁵

Die Grünen, die andere wichtige Partei der parlamentarischen Opposition, zeichnen sich friedenspolitisch vor allem durch ein radikales Abrüstungskonzept aus, das mit Vorstellungen der politischen Selbstbeschränkung, der prozeßhaften Herauslösung aus der NATO und der Durchsetzung einer nichtmilitärischen Verteidigung verknüpft ist.⁴⁶

Was die „deutsche Frage“ betrifft, so haben sich bei den Grünen gegenüber früher⁴⁷ realistischere Positionen durchgesetzt. Mit der Realität von zwei deutschen Staaten haben die meisten der Grünen keine Probleme. Wohl aber zeigen sich bei einigen ihrer Strömungen den reaktionären Kräften dienliche Illusionen, wenn gelegentlich eine Herauslösung unserer östlichen Nachbarn aus der sozialistischen Solidarität mit der UdSSR anvisiert wird. Überreste des unstimmgigen Supermacht-Theorems wirken immer noch nach, trotz gelegentlicher Zustimmung zu Gorbatschows sicherheitspolitischen Initiativen.⁴⁸ Positionen dagegen, wonach eine mögliche europäische Abrüstung unrealistische Wiedervereinigungskonzepte beleben könnte, sind auch bei den Grünen kaum noch politikrelevant. Die Vorstellung eines Mitteleuropa als „dritte Kraft“ zwischen den Blöcken oder zwischen der UdSSR und den USA war von Anfang an wirklichkeitsfremd.⁴⁹ Zweifellos könnten die politischen Einflußmöglichkeiten der Grünen sowie ihre Rolle als treibende parlamentarische Kraft für Abrüstung und kooperative Staatsbeziehungen viel stärker sein, wenn es ih-

43 Ders., Zum europäischen Frieden, a.a.O., S. 40.

44 Ebenda., S. 48.

45 Ebenda., S. 46.

46 Vgl. dazu den Beitrag von C. Butterwegge in diesem Band und J. Reusch, Gemeinsame Sicherheit, a.a.O.

47 Vgl. dazu den Beitrag von H. Sittner, Zur Programmdebatte bei den Grünen, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 9, Frankfurt/M. 1985, S. 374 ff.

48 Vgl. J. Schnappertz, in: Kommune, 1, 2 und 3/1988 und W. Bruckmann, in: Süddeutsche Zeitung, 6. 5. 1988 sowie: Die Grünen im Bundestag, Deutsch-deutsch, Bonn o.J. (1987); Erklärung des Fraktionsvorstands der Grünen zum Besuch des DDR-Staatsratsvorsitzenden Honecker, 4. 8. 1987.

49 Zum gegenwärtigen Stand dieser Diskussion bei den Grünen vgl. P. Brandt/R. Stolz, Deutschland und die sicherheitspolitischen Optionen der Grünen, in: Mediatas, 7-8/1988, S. 18 ff.

nen gelänge, ihre inneren Widersprüche zu überwinden oder unterschiedliche Positionen fruchtbar für das Ganze zu gestalten.

5. Schlußfolgerungen — Perspektiven — Verpflichtungen

Das rasante Tempo der rüstungstechnologischen Entwicklung auf der Basis einer stürmischen Entfaltung der Produktivkräfte, die begrenzte und weiter schrumpfende politische Beherrschbarkeit neuartiger, elektronisch gesteuerter Vernichtungspotentiale und das längst drohende Risiko der menschlichen Selbstausrottung hinterlassen nun auch im Bewußtsein konservativer Führungskräfte tiefe Spuren. Der Differenzierungsprozeß im deutschnational-bürgerlichen Lager zeigt einen unterschiedlichen Reflexionsgrad der grundlegend veränderten Situation bei der Handhabung des militärischen Faktors in den internationalen Beziehungen. Die Wirkung der Systemalternative vollzieht sich in diesem Prozeß weniger quantitativ-machtpolitisch, obgleich deren materielle Potenz ein wichtiges friedensstabilisierendes Faktum bleibt. Wichtiger ist das Qualitative: Das neue Denken und Verhalten fördert das Bewußtwerden der Notwendigkeit einer gemeinsam zu realisierenden Überlebensstrategie. Der expandierende Sachzwang, kooperative Sicherheitspolitik zu betreiben und die kräftezehrende Rüstungseskalation gemeinsam zu stoppen und umzukehren, verschiebt die objektive Interessenlage imperialistischer Gruppen.⁵⁰

Dennoch sind Versuche mächtiger Minderheiten immer noch relevant, trotz aller Sachzwänge und trotz zunehmenden politischen Drucks der Öffentlichkeit für Abrüstung ein wirksames Erpressungspotential zu behalten. Spekulationen auf eine Destabilisierung der sozialistischen Allianz oder einzelner Staaten derselben sowie vielfältige Bestrebungen, in dieser Richtung zu wirken, sind nicht zu übersehen. Bestrebungen, aus der historischen Defensive heraus in die politische Offensive zu gelangen, sind nach wie vor stark. Das provokative „Offenhalten der deutschen Frage“ ist ein starkes Indiz für längerfristige Pläne, den sozialen Status quo in Europa im Interesse des Staatsmonopolistischen Kapitalismus auch durch den politischen Einsatz militärischer Stärke zu verändern. Insofern hängen die Widerstände gegen die Abrüstung auch mit dem illusionären Streben nach „deutscher Einheit“ zusammen. Gewiß: bei allen Abrüstungsblockaden wirken auch Sorgen, die dadurch wachsende Attraktivität des Sozialismus könnte Erosionserscheinungen im westlichen System fördern, obwohl doch beide Kontrahenten menschliche und materielle Energien für soziale Investitionen freisetzen könnten. Solche Positionen decken sich mit denen von einflußreichen Führungskräften in den USA und mit Planungen der NATO.

Als beachtliches innenpolitisches Gegengewicht entwickeln sich vielfältige Kräfte in der BRD, die bei Akzeptanz des territorialen Status quo in Europa aus existentiellen, sozialen, wirtschaftlichen und ideologischen Interessen auf

50 S. dazu ausführlicher Max Schmidt, *Wie kann der Abrüstungsprozeß weitergeführt werden?*, in: IPW-Berichte 3 / 1988, S. 1 ff. und L. Maier, *Das Monopolkapital und die Friedensfrage*, in: IPW-Berichte II / 1987; ders., *Internationale Ökonomische Sicherheit — zu ihren Triebkräften und zum Inhalt des Konzepts*, in: ebd., 8 / 1988, S. 1 ff.

zügige kontrollierte Abrüstung drängen. Die angestrebte Veränderung der internationalen Funktion der BRD — statt eines militärischen Brückenkopfes eine verbindende Brücke zu sein⁵¹ — hätte tiefgreifende Wirkungen auf das gesellschaftliche Leben und für die Zukunftsperspektive der Deutschen: abgebaute Militarisierung und zunehmende Demokratisierung, mehr soziale Investitionen zulasten der Rüstung.

Von der weiteren Entfaltung und politischen Einflußnahme realistischer, antimilitaristischer und progressiver Kräfte hängt es ab, ob die offizielle Politik der BRD den ehernen Erfordernissen des Atomzeitalters und den wohlverstandenen nationalen Interessen der Westdeutschen angepaßt wird. Jedes Nachlassen der politischen Aktivität dieser vielfältigen Kapazitäten weiß die Stahlhelmfraktion der CDU zu nutzen; das verstärkte Engagement dieser Gegenkräfte engt den politischen Handlungsspielraum rüstungsinteressierter Minderheiten weiter ein.

Empirische Beobachtungen und sorgfältige Analysen belegen, daß eigenständiger politischer Manövrierradius einer Bundesregierung vorhanden ist. Trotz des Eingebundenseins in die NATO bestanden und bestehen ausreichende Möglichkeiten, nationale und soziale Interessen zu realisieren sowie auf die gesamteuropäische Politik und auf die der USA einzuwirken. Mächtige Kräfte in der NATO konnten zwar in einer besonderen internationalen Konstellation ab 1980 die Entspannung destabilisieren. Aber sie vermochten schon damals nicht mehr, die neue Struktur der intersystemaren Beziehungen, die der KSZE-Prozeß hervorgebracht hatte, zu annullieren. Seit dieser Zeit sind jedoch das politische Gewicht der Öffentlichkeit und ihr Einfluß auf die Sicherheitspolitik enorm gewachsen zugunsten systemübergreifender Zusammenarbeit und Abrüstung. Unter solchen transformierten Bedingungen hätte eine Bonner Regierung weltweite Unterstützung, die — übereinstimmend mit den dringenden Erfordernissen des Atomzeitalters — abgestimmt mit der DDR und gemeinsam mit ihr spezifische deutsch-deutsche Abrüstungsschritte im Rahmen einer Gesamtpolitik plant und verwirklicht, die auf eine atomwaffenfreie Welt im Jahr 2000 ausgerichtet ist. In dieser Hinsicht besteht nicht nur Handlungsbedarf; es ist auch genügend Handlungsspielraum gegeben.

51 L. Knorr, *Brücke oder Brückenkopf*, in: *Marxistische Blätter*, 4/1983.

Die Diskussion über Konversion von Rüstungsproduktion in den Gewerkschaften der Bundesrepublik

Berthold Goergens

1. Anfänge der gewerkschaftlichen Konversionsdiskussion — 2. Die Arbeitsweise der Arbeitskreise „Alternative Fertigung“ und die Reaktion in den Gewerkschaften — 3. Kriterien Alternativer Produktion — 4. Eine Auswahl der wichtigsten Produktvorschläge — 5. Beispiele regionaler Konversion — 6. Die Rolle von Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften — 7. Produktkonversion und -mitbestimmung im Kontext der Zukunftsstrategie der Gewerkschaften — 8. Einschätzung und Perspektiven

In der Bundesrepublik sind etwa 250-300 Tausend Arbeiter und Angestellte unmittelbar in der Produktion von Rüstungsgütern beschäftigt.¹ Die Aufträge der Bundeswehrbeschaffung und für den Rüstungsexport stiegen von Mitte der fünfziger Jahre steil an und unterliegen seither starken Schwankungen, abhängig von staatlichen Planungen und Aufträgen aus den zugelassenen Exportgebieten. Damit verbunden sind ständige Versuche der Rüstungsproduzenten nach Ausweitung der Exportgenehmigungen in Spannungsgebiete und verschiedene Methoden des Umgehens der Exportverbote. Nur in wenigen Produktionsbereichen gibt es eine reine Abhängigkeit von der Rüstungsproduktion, mehrheitlich besteht eine enge Durchdringung von ziviler und militärischer Produktion.

Die bundesdeutsche Rüstungsindustrie ist keine einheitliche Branche, sondern setzt sich aus unterschiedlichen Betrieben zusammen, die hauptsächlich zu fünf Industriezweigen gehören: Maschinenbau, Straßenfahrzeugbau, Schiffbau, Elektrotechnik, Luft- und Raumfahrtindustrie.² Dazu gehören

1 Informationen über die bundesdeutsche Rüstungsindustrie sind u.a. entnommen bei: Klaus Schomacker / Peter Wilke / Herbert Wulf, *Alternative Produktion statt Rüstung. Gewerkschaftliche Initiativen für sinnvolle Arbeit und nützliche Produkte*, Köln 1987, S. 17 ff.; Jörg Huffschnid / Werner Voß / Norbert Zđrowomyslaw, *Neue Rüstung — Neue Armut*, Köln 1986, S. 20 ff. und 83 ff.; IG Metall, Hans-Böckler-Stiftung, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), *Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile Fertigung*, September 1986; Heinz-J. Bontrup / Norbert Zđrowomyslaw, *Die deutsche Rüstungsindustrie. Vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik. Ein Handbuch*, Heilbronn 1988, S. 181 ff.

2 S. Schomacker u.a., *Alternative Produktion statt Rüstung*, a.a.O., S. 20.

Werften wie Blohm & Voss, Luft- und Raumfahrtkonzerne (MBB), Panzerbauer wie Krauss-Maffei, Thyssen-Henschel und Krupp MaK, Elektronikhersteller wie Krupp Atlas Elektronik und die Daimler Benz Holding Tochter AEG usw.

1. Anfänge der gewerkschaftlichen Konversionsdiskussion

Positive Impulse und bittere Erfahrungen begleiten die Herausbildung und den Kampf der Belegschaften und der Betriebsräte um das „wie“ und in neuerer Zeit auch das „was“ der Produktion. Wenn in der letzten Zeit insgesamt die Diskussion um alternative Produktion und Rüstungskonversion zunimmt, dann ist dies Ausdruck dafür, daß über die „Logik betriebswirtschaftlichen Rentabilitätsdenkens“ hinaus Ursachen und gesamtgesellschaftliche Wirkungszusammenhänge von Wirtschaftskrise, Rüstungsproduktion, Massenarbeitslosigkeit und Umweltzerstörung erkannt werden.³

„Diese Ursachen sind insbesondere:

- die Vorgabe von Zielgrößen für technologische Entwicklungen ohne systematische und die Vergangenheit kritisch reflektierende Forschungsplanung sowie eine unzureichende Technologiebewertung und Technologiefolgeabschätzung;
- die unzureichende Mitbestimmung zur sozialen Gestaltung von Produkt- und Prozeßinnovationen;
- die wirtschaftlichen Strukturkrisen verschärfendes Rentabilitätsdenken bei einzelunternehmerischen Entscheidungen (Struktur-/Produktionsbereinigungen, Rationalisierungsinvestitionen, Massenentlassungen usw.);
- volkswirtschaftliche Fehlentwicklungen, z.B. durch versäumten Strukturwandel der Volkswirtschaft, ihre besondere Ausprägung in Strukturkrisen (Kohle, Stahl, Schiff-/Maschinenbau usw.);
- die friedensgefährdende Ausweitung von Rüstungsausgaben mit nachweislich wenig dauerhafter Beschäftigungswirkung in der Rüstungsproduktion;
- die Verschärfung gesellschaftlicher Probleme durch Verschwendung von Energie, Rohstoffen und Umwelt sowie das Festhalten an unzeitgemäßen Ver- und Entsorgungsstrukturen“.⁴

Es gehört zum Selbstverständnis der Gewerkschaften⁵, für Frieden, Abrüstung, Entspannung und gegen Krieg, Rüstungsexporte und Wetttrüsten einzutreten. Gewerkschaftsmitglieder sind aber auch an der Produktion von Waffen beteiligt. Wo das der Fall ist, hängen ihre Arbeitsplätze von Rüstungsaufträgen ab. Es kann daher durchaus zu Spannungen und Konflikten kommen zwischen gewerkschaftlicher Programmatik und konkreten Einzelinteressen von Gewerkschaftsmitgliedern in Rüstungsbetrieben. Die Ge-

3 S.a. Georg Werckmeister, Frieden — Arbeit — Umwelt. Produktionsalternativen zur Beschäftigungssicherung, in: ZMF, Betrifft: Rüstung ... 88/89, Frankfurt/M. 1988, S. 225 ff.

4 J. Dünnwald, Alternative Produktion — eine gewerkschaftliche Perspektive, in: WSI-Mitteilungen, 5/1984.

5 S. dazu auch Schomacker u.a., a.a.O., S. 123 f.

werkschaften verweisen zu Recht auf die antimilitaristischen Traditionen der Arbeiterbewegung; im Grundsatzprogramm des DGB von 1981 wird betont:

„Der Frieden ist elementare Voraussetzung für gewerkschaftliches Wirken und Grundlage für den sozialen und kulturellen Fortschritt und soziale Sicherheit in allen Teilen der Welt. Deshalb ist die umfassende Sicherung des Friedens in der Welt ein zentrales Anliegen der Gewerkschaften.“⁶

Inzwischen hat sich in der gewerkschaftlichen Beschlußlage ein umfassender Begriff von Frieden durchgesetzt. Einbezogen ist darin vor allem das gesamte Konfliktfeld des Sozialabbaus, der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zunehmend auch der Entwicklung der Länder der Dritten Welt. Nötig ist nach gewerkschaftlicher Auffassung dazu eine weltumspannende Konfliktforschung und eine internationale Friedensplanung zum frühzeitigen Erkennen und Abwenden von Spannungen.

So werden in der Ursachenbeschreibung von internationalen Konflikten und Kriegen soziale Spannungen und das Elend der Völker als mitauslösende Faktoren beschrieben und analysiert, d.h. für die Gewerkschaften ist der Kampf um Frieden ein Kampf gegen ungerechte gesellschaftliche Verhältnisse und ungerichtete internationale Konfliktbewältigung; dazu gehören das Selbstbestimmungsrecht, die Unverletzlichkeit der Grenzen und das Lebensrecht aller Nationen.

Anfängliche Distanz der Gewerkschaften zur sich entwickelnden Friedensbewegung Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre wurde durch einen komplizierten Diskussionsprozeß überwunden. Immer noch galt in nicht wenigen Gewerkschafterkreisen die Friedensbewegung als fremdbestimmt und nicht bündnisfähig. So wurde dem Krefelder Appell ein eigener Bielefelder Appell entgegengesetzt, die Teilnahme von Gewerkschaftsgruppen an den beiden großen Friedensdemonstrationen in Bonn war umstritten. Nicht wenige Funktionäre fühlten sich durch den Nachrüstungsbeschluß der sozialliberalen Koalition gebunden. Ein wesentlicher Durchbruch in Richtung Friedensbewegung war der Beschluß des IG Metall-Kongresses 1980 in (West-)Berlin, die Nachrüstung mit Pershing II-Raketen abzulehnen. Die Distanz zwischen Friedensbewegung und Gewerkschaften konnte weitgehend überwunden werden und eröffnete neue Möglichkeiten des Dialogs und der Zusammenarbeit. Das waren Voraussetzungen, um auch die theoretischen und praktischen Fragen der Rüstungskonversion gemeinsam anzugehen.

In den Rüstungsbetrieben sorgen sich Angestellte und Arbeiter um ihre Arbeitsplätze; es gab und gibt gelegentlich immer noch Versuche von Betriebsräten, Rüstungslobbyismus zu betreiben, z.B. durch offene Befürwortung von Rüstungsexporten. Dieser latente Konflikt zwischen Programmatik und einzelbetrieblichen Interessen besteht fort und verlangt nach Weiterentwicklung gewerkschaftlicher Aktionstätigkeit und nach Durchsetzungsstrategien zur Lösung der Probleme von Abrüstung bei gleichzeitiger Sicherung der Arbeitsplätze.

⁶ DGB Grundsatzprogramm, zitiert nach: DGB Programm 81. Untersucht für die Praxis, Frankfurt/M. 1981, S. 212.

Mit dem Erstarren der Friedensbewegung Anfang der achtziger Jahre traten in Rüstungsbetrieben vermehrt Arbeitskreise „Alternative Fertigung“ auf; gleichzeitig bildete sich die spezifische Organisationsform der „Betrieblichen Friedensinitiativen“ heraus. Besonderen Anstoß erhielten diese Aktivitäten durch eine Demonstration von Beschäftigten bei der HDW in Kiel 1981 zugunsten einer Exportgenehmigung für U-Boote nach Chile, mit der Druck auf die Entscheidungsgremien in Bonn ausgeübt werden sollte.

2. Die Arbeitsweise der Arbeitskreise „Alternative Fertigung“ und die Reaktion in den Gewerkschaften

J. Dünwald unterscheidet in seiner Untersuchung für das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut des DGB (WSI) je nach betrieblicher Problemlage folgende Typologien der betrieblichen Arbeitskreise:

- „— Arbeitskreise in Rüstungsbetrieben, bzw. teilweise mit Rüstungsproduktion befaßter Betriebe und dem Anspruch der Ausweitung ziviler zu Lasten militärischer Produktion (Rüstungskonversion).
- Arbeitskreise in Betrieben, die, betroffen von Massenentlassungen bzw. Teilstilllegungen, nach neuen Fertigungsmöglichkeiten suchen bzw. „verschüttete“ Produktideen aus der bisherigen Produktion aufgreifen, um durch Ausweitung der bisherigen Produktpalette des Betriebes zur Beschäftigungssicherung beizutragen.
- Arbeitskreise mehrheitlich in Klein- und Mittelbetrieben, die von angekündigten Betriebsschließungen betroffen sind und einerseits nach Produktion in zukunftsorientierten Wachstumsfeldern bzw. Problemfeldern suchen, andererseits aber auch Organisations-Modelle zur Weiterführung des Betriebes entwickeln“.⁷

In allen diesen Fällen setzt das Handeln der Arbeitskreise am Versagen traditioneller Instrumente der Interessenvertretung an; sie verbinden ihre Arbeit mit Kritik am Handeln des Managements und der Konzernspitzen bzw. der Eigentümer und ihrer bornierten Gewinninteressen. Maximal 25 Arbeitskreise sind bisher insgesamt entstanden, wovon allerdings nur ein Teil längere Zeit aktiv sein konnte. Stetigkeit der Arbeit war nur dort gegeben, wo einzelne Personen oder kleine Gruppen unter beträchtlichem Einsatz und vielfach unter großem Risiko versucht haben, neue Wege zu gehen. Diese persönliche Komponente ist zwar schwer einzuschätzen, aber sie war in allen ersten Arbeitskreisgründungen konstitutives Element.⁸

Hilfreich war das gewachsene gewerkschaftliche Engagement in der Friedens- und Ökologiebewegung und die innergewerkschaftliche Suche nach neuen Handlungskonzepten im Bereich der Mitbestimmungsdiskussion. Dort, wo es gelang, die Arbeit der Arbeitskreise eng mit der der Vertrauensleutkörper-

7 J. Dünwald, a.a.O.

8 Schomacker u.a., *Alternative Produktion statt Rüstung*, a.a.O., S. 128.

per zu verzahnen und aktive Betriebsratsmitglieder einzubeziehen, erlangte die Arbeit Kontinuität. Wichtige Hebel der Verbreiterung der Arbeit waren vor allem die betriebsnahe Bildungsarbeit der IG Metall und die Beratung durch gewerkschaftlich bestimmte Technologieberatungsstellen.

Die besondere Problematik liegt in der Zusammenarbeit mit den Betriebsräten, da diese Institution der betrieblichen Interessenvertretung in erster Linie eingerichtet wurde, um betriebliche Konflikte abzufedern und, möglichst durch sozialpartnerschaftliche Lösungen, zu einem Interessenausgleich zu kommen. Die gesetzlichen Regelungen geben dem Betriebsrat oft auch nicht mehr in die Hand als Informationsrechte und Rechte des reaktiven Handelns, in gar keinem Fall die Möglichkeit, über Produkte mitzubestimmen. Aber auch die vorhandene schlechte Gesetzgebung wurde in der Vergangenheit von aktiven Betriebsräten genutzt, um eigene Vorstellungen der Belegschaften über das „Was“ der Produktion einzubringen und teilweise auch durchzusetzen. Vorstöße der Betriebsräte in Punkto Produktmitbestimmung mußten aber auf den Widerstand des Managements stoßen. Eine Änderung der Produktpalette im großen Stil macht auch das Abfedern der Marktprobleme in der Einführungsphase durch staatliche Aufträge oder staatliche Abstützung des Risikos erforderlich. Die Kompliziertheit dieser Problematik macht es verständlich, daß nur solche Betriebsräte die Konversionsarbeitskreise mittragen konnten und können, die überdurchschnittlich politisiert und in der Lage sind, eine langfristige Strategie der Umstellung mitzugehen. Aus diesen Widersprüchen kann es immer wieder zu erneuten politischen Spannungen kommen, besonders dann, wenn der Betriebsrat gezwungen wird, profitorientierten Unternehmensentscheidungen zu folgen.

Wichtig war daher für die langfristig arbeitenden Konversionsarbeitskreise die Integration in die Vertrauensleutkörper, da diese als Organe der Gewerkschaften nicht den engen Grenzen des Betriebsverfassungs-Gesetzes unterliegen und in der Beschlußlage der IG Metall (und diese Gewerkschaft ist vor allem betroffen) schon seit Mitte der siebziger Jahre ein Wandel weg von dem Warten auf das Handeln des Staates zu erkennen war.

So führt Klaus Mehrens aus: „Schließlich darf die Tatsache nicht gering bewertet werden, daß die Aktivitäten der Arbeitskreise und die damit verbundenen Diskussionen zu erheblich verbesserten Möglichkeiten gewerkschaftspolitischer Bewußtseinsbildung im Betrieb führen. Überlegungen über die langfristige Sicherheit der Arbeitsplätze, über soziale Kriterien bei der Produktauswahl führen unmittelbar auch zu anderen Bereichen gewerkschaftlicher Aktivität, vor allen Dingen im Bereich der Einführung neuer Technologien und der Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Auch in dieser Hinsicht kann das Thema alternative Produktion durchaus geeignet sein, den Mitbestimmungsbemühungen neue Impulse zu geben.“⁹

9 K. Mehrens, *Alternative Produktion. Arbeitnehmerinitiativen für sinnvolle Arbeit*, Köln 1985.

3. Kriterien Alternativer Produktion

Wesentlich für langfristige Perspektive und Erfolgsaussichten der Konflikte um neue Produkte und neue Produktionsverfahren sind die Inhalte, die mit den Vorstellungen der Arbeitskreise „Alternative Produktion“ verbunden sind. Vor dem Hintergrund anhaltender und sich noch zuspitzender ökologischer und anderer Probleme haben sich folgende Kriterien herausgebildet:

„Alternativen haben beizutragen zu:

- einer Sicherung der Beschäftigung im Betrieb und der Schaffung neuer Arbeitsplätze durch eine Umstellung bzw. Diversifikation auf neue (sozial nützliche) Produkte;
- einer Abrüstung und Reduzierung der Rüstungsausgaben;
- einer humanen Gestaltung der betrieblichen Arbeitsabläufe und Arbeitsbedingungen;
- einer Verringerung der betrieblichen Abhängigkeit von der Rüstungsproduktion;
- einer Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmungsmöglichkeiten bis hin zu einem Einfluß auf Investitions- und Produktentscheidungen;
- einer besser ökologisch angepaßten Produktionsweise durch ressourcenschonende Produktionsmethoden und neue Produkte, die ökologischen Kriterien genügen.“¹⁰

4. Eine Auswahl der wichtigsten Produktvorschläge

Die ausgewählten Produktvorschläge der Arbeitskreise „Alternative Produktion“ knüpfen an die Diskussion über globale Bedrohungen an und zielen hauptsächlich auf Gebiete wie Luftreinhaltung, Abluftreinigung, neue, regenerative Energieproduktion, Reduzierung der Abwärme bei industriellen Prozessen, Probleme der Verkehrstechnologie, der Müllentsorgung und der Regeneration bereits verseuchter Bereiche.

Der Arbeitskreis Alternative Fertigung bei *MBB Bremen* forderte von diesem Konzern einen Ausbau der Produktion von Windenergieanlagen, deren Absatzchancen vor allem in Entwicklungsländern auch vom Konzern selbst positiv gesehen werden.

Bei der *Bremer Vulkan-Werft* wurde als Unterauftragnehmer für die Deutsche Babcock eine Rauchgasentschwefelungsanlage gefertigt, bei der die Fähigkeit der Werft, diese Art von Produkten herzustellen, demonstriert wurde.

Zur besseren Nutzung von Niedertemperaturwärme bei der Zuckerproduktion eignen sich Turbo-Kammer-Systeme. Der Arbeitskreis bei *Blohm & Voss* hat diesen Vorschlag gegenüber dem Konzern gemacht, er wurde allerdings abgelehnt.

Bei *MBB München* existiert der Vorschlag für den Bau eines Starrluftschiffes, um damit die Vorteile einer „alten“ Technologie unter heutigen Möglich-

¹⁰ Schomacker u.a., a.a.O., S. 138.

keiten in bezug auf Material und neue Verfahren wieder aufzunehmen und damit ein umweltschonendes Transportsystem herzustellen.

Der Arbeitskreis bei *Krupp MaK Kiel* konzentrierte seine Vorschläge auf neue, kostengünstige Verkehrssysteme für den schienengebundenen Verkehr auf Nebenstrecken der Bundesbahn. Dazu sollen Niederflurwagen hergestellt werden, die die LKW im Huckepack-Verfahren von der Straße auf die Schiene bringen können, neue Umschlagsmöglichkeiten schaffen und damit zur Entlastung der Umwelt beitragen. Ein weiterer Vorschlag waren Umschlagterminals und ein neuer, leichterer Triebwagen für die Bahn.

Weitere Vorschläge beziehen sich auf die Produktion kleiner, wohnraumnaher Blockheizkraftwerke mit hohem Nutzungsgrad und der Möglichkeit, Atomkraftwerke zu ersetzen.¹¹

Horst Klaus, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, führte auf einer Veranstaltung zur Rüstungskonversion im Juni 1986 zu den Chancen der Konversionsarbeitskreise aus:

„Die Beschäftigungsaussichten in den Rüstungsbereichen der deutschen Unternehmen sind alles andere als rosig. Weder der Export noch die neuen Beschaffungsvorhaben im Rahmen der Langzeitplanung der Bundeswehr dürften daran viel ändern. Für letztere gilt das auch deshalb, weil die Realisierung dieser Planung zu einer Steigerung des Verteidigungshaushalts um etwa 50 % und damit zu einer weiteren Kürzung der Sozialausgaben führen würde, was keinesfalls widerstandslos hingenommen würde.

Es führt also kein Weg vorbei an den gewerkschaftlichen Konversions-Arbeitskreisen und ihren Arbeitsergebnissen und Vorschlägen.“¹²

Veränderungen im gesamtgesellschaftlichen Interesse müssen über den begrenzten betrieblichen Rahmen hinausgehen; sie erfordern eine Ausweitung der qualifizierten Mitbestimmung, um damit alternative Vorstellungen aus der Arbeit der Konversions-Arbeitskreise durchzusetzen. Dazu gehören langanhaltende innerbetriebliche und außerbetriebliche politische Aktivitäten, wobei die Gefahr der zu späten Aktion und damit der Erfolglosigkeit besteht.

5. Beispiele regionaler Konversion

Besonders früh und besonders tief wurde die Küstenregion mit den Bereichen um Kiel, Hamburg und Bremen sowohl von der Strukturkrise dieses Raums als auch von den Auftragsschwankungen der Rüstungsproduktion auf den Werften getroffen. Dort setzte auch in der bisher größten Breite die innerbetriebliche Diskussion um Rüstungskonversion ein. Die Schwierigkeit allerdings, unter den gegebenen Machtverhältnissen im Betrieb zu schnellen Lösungen zu kommen, erzwang recht bald den Übergang zur Vernetzung der Aktivitäten und Kämpfe. Staatliche Eingriffe, die dazu erforderliche neue Politik der Stadtstaaten Bremen und Hamburg und die regionale Krise verlangten nach einer gewerkschaftlichen Regionalpolitik, um damit langfristig einzelbetriebli-

¹¹ IG-Metall u.a., Umstellung der Rüstungsindustrie ..., a.a.O.

¹² H. Klaus: Arbeit schaffen ohne Waffen, Redemanuskript, Juni 1986.

che Egoismen zu überwinden und zu abgestimmtem Vorgehen vorzudringen.

Weitere Ansätze gewerkschaftlicher Regionalpolitik sind aus dem Raum Franken/Nordbayern, Nordhessen, Stuttgart und seit neuestem aus dem Ruhrgebiet bekannt; Vorstöße in diese Richtung gibt es auch im Raum München. Spezielle Verknüpfungen mit Fragen der Rüstungskonversion stellen sich aber vor allem im Bereich der Küste, weil gerade dort die regionale Krise eng mit den Problemen der Werften und damit mit dem Bau von Kriegsschiffen und U-Booten verbunden ist. In anderen Bereichen stehen vor allem Probleme strukturschwacher Räume, Krisen der Unterhaltungselektronik und des Kraftwerksbaus und zukünftige Strukturprobleme der Automobilindustrie an.

An der Küste geht es in dem vorgelegten Programm um die Durchsetzung einer anderen Prioritätensetzung staatlichen Handelns, um den nötigen Umbauprozess auch mit Mitteln für staatliche Forschungsförderung und Strukturprogramme abzufedern, zu begleiten und die Marktfähigkeit der Produktalternativen entsprechend lang- und mittelfristig zu erreichen.

Die gewerkschaftlichen Vorstellungen dazu umfassen folgende vier Bereiche:

- Verbesserung der Einkommen der Arbeitnehmer zur Stärkung der Nachfrage,
- Entwicklung von Beschäftigungsprogrammen für qualitatives Wachstum,
- Durchsetzung von Arbeitszeitverkürzungen,
- Demokratisierung wirtschaftlicher Entscheidungen.

Nach einem ersten Versuch im Jahre 1979 entstand seit 1983 als erster, noch unvollständiger Ansatz das „Beschäftigungsprogramm Küste“. Es enthält ein umfassendes Paket von Vorschlägen und Forderungen:

Beschäftigungsprogramm Küste—Übersicht über die Vorschläge: Programmbereich/Projekt

Energieversorgung

1. Ausbau von Fernwärme- und Nahwärmeleitungssystemen
2. Neubau bzw. grundlegende Erneuerung von Heizkraftwerken
3. Bau von Blockheizkraftwerken, Umrüstung von gas- und schwerölbefeuerten Heizwerken
4. Energiesparmaßnahmen und Heizungsumstellungen im Wohnungsbestand und bei öffentlichen Gebäuden
5. Entwicklung regenerativer Energieträger (Windenergie- und Biogasanlagen)
6. Rauchgasreinigungsanlagen für Kraftwerke

Industrieller Bereich

1. Reduzierung der Luftbelastungen durch Industriebetriebe
2. Anlagenbezogene Abwasserreinigungsmaßnahmen in der Industrie
3. Einsatz von Brauchwassersystemen und Reduzierung des Wasserverbrauchs in der Industrie
4. Ersatz von gesundheits- und umweltgefährdenden Arbeitsstoffen und Produkten

5. Austausch von PCB-gekühlten Transformatoren (auch im kommunalen Bereich)

Verkehrsbereich

1. Ausbau des schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in den Ballungszentren der Region
2. Ausbau der ÖPNV-Systeme in den anderen Städten unter Einbeziehung der Umlandsverkehre
3. Entwicklung eines ÖPNV-Angebots in ländlichen Räumen
4. Elektrifizierung der Bundesbahn-Hauptstrecken in der Region
5. Erhalt der Bundesbahn-Nebenstrecken in der Region; Entwicklung und Einsatz energiesparender Triebwagen
6. Ausbau der Kapazitäten im kombinierten Güterverkehr zur Verlagerung von Schwertransporten und Transporten gefährlicher Stoffe auf die Schiene
7. Ausbau der Fahrradwege in den Städten und im ländlichen Raum

Abfallwirtschaft

1. Aufbau von Systemen der Müllsortierung und getrennten Einsammlung (Müllbehälter, Fuhrpark, Zwischenlagerung)
2. Schaffung von Recycling-Anlagen für die verschiedenen Wertstoffe; Kompostierungsanlagen
3. Einrichtungen zur Sondermüllentsorgung (Spezialdeponien, Hochtemperaturverbrennungsanlagen)
4. Modernisierung der vorhandenen Müllverbrennungsanlagen (Emissionsminderung)
5. Altlasten-Sanierungsprogramm (Absicherung, Bodenaustausch, neue Sanierungstechnologien)

*Abwasserbereich**

1. Sanierung der (älteren) Sielsysteme in den Städten
2. Vervollständigung der Kanalisation in Städten und Ortschaften
3. Schaffung dezentraler Kläranlagen in den übrigen Bereichen (z. B. Klärteiche, Wurzelraumkläranlagen)
4. Neubau und Erweiterung von Kläranlagen (zusätzliche Reinigungsstufen)
5. Sanierung von Mischwasserüberläufen durch Bau zusätzlicher Sammler und Rückhaltebecken
6. Erprobung alternativer Rückhaltetechniken bei Mischwasserüberläufen („Moby Dick“), Maßnahmen zur Bodenentsiegelung
7. Kontrollierte Beseitigung oder Verwertung des anfallenden Klärschlammes
8. Entsorgungs- bzw. Verwertungskonzepte für Hafenschlick/Baggergut; evtl. Einsatz der »Metha«-Anlage
9. Renaturierung von Spülfeldern
10. Infrastrukturprogramm „Hafenentsorgung“, Gewässerschutzprogramm Nord-Ostsee-Kanal, Schiffsentsorgungseinrichtungen
11. Verhandlungen mit der DDR über die Lieferung von Abwasserreinigungsanlagen für Elbe und Weser

Stadt- und Dorferneuerung, Landschaftsschutz

1. Wohnumfeldverbesserungsanlage, Anlage von Grünflächen; Dach-/ Fassadenbegrünung
2. Verkehrsberuhigungsmaßnahmen, Ortsumgehungsstraßen; Rückbau von Straßen und Stellflächen
3. Verlagerung störender Betriebe in Gemengelagen bzw. Emissionsschutzmaßnahmen
4. Ökologische Erneuerung von Hochhaus-Großwohnanlagen
5. Entwicklung von Brauchwasserkreisläufen im Wohnungsneubau und im Wohnungsbestand
6. Austausch von Bleirohren im Altbaubestand an Wohnungen
7. Dorferneuerung und -sanierung; Rekonstruktion historischer Bausubstanz
8. Naturnahe Gestaltung von Flußläufen und Binnengewässern
9. Landschaftsschutzpflege, Aufforstung Waldpflege, Rekultivierung von Abbauflächen

* Ohne Maßnahmen im individuellen Bereich.

Quelle: Schomacker/Wilke/Wulf, *Alternative Produktion statt Rüstung*, a.a.O., S. 247 f.

Dieses Beschäftigungsprogramm soll auf drei Ebenen finanziell abgestützt werden:

- durch einen 8-Milliarden-DM-Investitionsfond im Rahmen des 50-Milliarden-DM-Programms, das der DGB auf Bundesebene fordert;
- durch eine Wiederbelebung der kommunalen Investitionstätigkeit;
- durch Steigerung der privaten Investitionen auf der Basis staatlicher Vorgaben und Auflagen.

6. Die Rolle von Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften

Zum Umbau betrieblicher Produktpaletten und zur Bewältigung der Struktur- anpassungen hat die IG Metall in den letzten Jahren das Modell von Beschäftigungsgesellschaften entwickelt und Schritt für Schritt konkretisiert. Mit diesen Gesellschaften sollen bestehende Regelungen und Instrumente sowie finanzielle Mittel gebündelt werden. Damit sollen neue Formen der Mitbestimmung ermöglicht und alle Momente ausgeschöpft werden, um Umstellungsprozesse zeitlich zu strecken. Nach der „Rahmenkonzeption der IG Metall“ sollen damit

- Beschäftigung und Einkommen gesichert,
- neue Arbeitsplätze geschaffen,
- bestehende Produktionslinien ausgebaut,
- neue Produktionslinien aufgebaut,
- beschäftigungsrelevante Projekte von gesellschaftlichem Interesse möglich gemacht,
- andere regionsansässige Unternehmen beraten und
- neue Unternehmen aufgebaut werden.¹³

¹³ GEWOS-Studie: Strukturwandel und Beschäftigungsperspektiven der Metallindustrie an der Ruhr, September 1988.

In diese Umbauvorhaben wird die Auseinandersetzung um Neu- und Zusatzqualifikation eingebunden. Damit soll dem Trend der Qualifikationsentwicklung über den Generationenwechsel entgegengewirkt werden, der zu einem immer stärkeren Anwachsen des fehl- oder nichtqualifizierten Arbeitslosensockels führt. Die Qualifizierungsgesellschaften sollen als Tochtergesellschaften der Konzerne geführt werden, um weiterhin eine enge Abstimmung mit den Anforderungen der Produktion möglich zu machen und die Konzerne nicht aus der Verantwortung zu entlassen. Dazu ist allerdings eine Politik staatlicher Auflagen und Kontrollen für jede subventionierte Mark notwendig. Sinnvoller Einsatz von Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit und aus den Bereichen der Landesprogramme für Weiterbildung und Umschulung, aus Projekten für Forschung und Entwicklung sind dazu denkbar und erforderlich.

7. Produktkonversion und -mitbestimmung im Kontext der Zukunftsstrategie der Gewerkschaften

Die Auseinandersetzung um die Konversion von Rüstungsproduktion kann auf Dauer nur Durchsetzungskraft erlangen, wenn sie eingebettet wird in das gesamte Zukunftsprojekt gewerkschaftlicher Aufgabenstellung der Umgestaltung der Produktion nach Maßstäben einer sozial verträglichen und ökologischen Produktionsweise. Die Gestaltbarkeit moderner Produktionstechniken und neue Möglichkeiten der Bekämpfung der Arbeitsteilung und -zerstückelung kommen einer solchen Herangehensweise entgegen. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, daß damit eine Öffnung und Erneuerung der gewerkschaftlichen Arbeit vor Ort erfolgen muß. Die auf dem Zukunftskongreß der IG Metall im Oktober 1988 geprägte Formel der „neuen Mittel und Methoden gewerkschaftlicher Arbeit“ ist in diesem Zusammenhang anzuwenden. Das bedeutet ein offensives Zugehen auf die Friedens- und Ökologiebewegung und punktuelle Bündnisse über die unmittelbaren betrieblichen Belange hinaus.

Am griffigsten verdeutlichen das Erfahrungen der Zusammenarbeit mit Ingenieuren, Konstrukteuren und Wissenschaftlern, deren Sachverstand und Autorität für den Umbau der Gesellschaft unverzichtbar sind.

Auch mit Universitäten, Forschungseinrichtungen, wissenschaftlichen Instituten und anderen Organisationen der Forschung und Entwicklung wird die Zusammenarbeit zu suchen sein.

8. Einschätzung und Perspektiven

Den Kampf um Alternativen zur Rüstungsproduktion und die Konversion der Rüstungs- zur Friedensproduktion als Teil der Auseinandersetzung der Gewerkschaften mit ihrem Klassengegner fügt sich ein in die beginnende Auseinandersetzung um soziale Gestaltung des technischen Wandels und die Projekte des ökologischen Umbaus. Gleichzeitig werden in umfassendem Sinne Alternativen der Gewerkschaften für weitere gesellschaftliche Großsysteme gefordert sein. So stehen der Umbau des Verkehrssystems, der chemischen Indu-

strie, des gesamten Energiesystems mit dem Ausstieg aus der Kernenergie als Energieform, die Forderungen an Datensysteme und Kriterien an ein demokratisch strukturiertes Telekommunikationssystem an. Erst diese Verallgemeinerung der Umbauproblematik kann Bestandteil der Alternative einer Produktionsweise in gesellschaftlicher, ökologischer und sozialer Verantwortung sein. Bisherige Erfahrungen mit Kämpfen in Krisenbereichen zeigen, daß die Alternativen meist zu spät kamen und die Breite der gesellschaftlichen Auseinandersetzung nicht ausreichte, Niederlagen zu vermeiden. Nötig wäre ein ausgebaut Instrumentarium von Mitbestimmungsrechten und Kontrollmöglichkeiten für die Betriebsräte und die Gewerkschaften. Wege dazu könnten auf der Ebene von Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen aufgezeigt und erkämpft werden. Wissenschaftlicher Einfluß auf Normengebung und Ansprüche der Arbeitssicherheit wären hilfreich.

Somit werden auf diesem Feld des Klassenkampfes Schritte der konkreten Auseinandersetzung gegangen, die zunächst auf eine weniger sozialreaktionäre und militaristische, eine zivilere, sozial verträglichere und ökologischere Variante kapitalistischer Produktivkraftentwicklung zielen und die über die Arbeiterbewegung hinaus die Erfahrung vermitteln, daß grundsätzliche Alternativen zur profitgesteuerten Produktivkraftentwicklung möglich sind.

In dieser konkreten Dialektik zwischen wissenschaftlicher Vorausschau, der Entwicklung von Konzepten gebrauchswertorientierter Produktion und ersten Schritten praktischer Erprobung liegt ein weiterer wesentlicher Weg, längerfristig die Überlebtheit und Menschenfeindlichkeit der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse und der Gesetze der Profitmaximierung aufzuzeigen. Die Wirksamkeit der konkreten Vorschläge hängt auch davon ab, in welchem Maß sie zur Lösung globaler Probleme beitragen und gleichzeitig die sozialen Bedürfnisse der Arbeiter und Angestellten aufnehmen. Eine Verstärkung dieses Prozesses ist möglich, wenn das Angebot des Generalsekretärs der KPdSU, Michail Gorbatschow aufgegriffen wird. Er schlug der internationalen Öffentlichkeit vor, den in der UdSSR mit den weitreichenden Abbauplänen des Militärs und der Umstellung der Rüstungsproduktion auf Konsumgüterproduktion anstehenden Konversions-Prozeß beobachtend zu begleiten und die dort gemachten Erfahrungen international zugänglich zu machen.

Auch für die Ebene der EG steht das Problem der Internationalisierung der Rüstungsproduktion, insbesondere im Luft- und Raumfahrtbereich; Fragen der Rüstungskonversion erfordern also auch auf dieser Ebene die internationale Kooperation und Zusammenarbeit der Gewerkschaften.

Wenn es gelingt, auf diesem Kampffeld die Klassen- und Menschheitsinteressen wirklich zusammenzuführen, dann entstehen neue Möglichkeiten von Bündnissen. Der von der IG Metall schon thematisierte „Kampf um die Hegemoniefähigkeit“ der Arbeiterklasse erhalte auf diese Weise neue Impulse.

Einige technologiepolitische Voraussetzungen der Rüstungskonversion

Hans Jürgen Krysmanski

1. Rüstungskonversion: Fragen und Herangehensweisen — 2. Exkurs: Thomas Alva Edison — 3. Forschung und Entwicklung im globalen Industrialisierungsprozeß — 4. Varianten demokratischer Technologiepolitik

1. Rüstungskonversion: Fragen und Herangehensweisen

Wir befinden uns gegenwärtig in einer Phase der Auswertung der vielfältigen, aber nicht zahlreichen praktisch-politischen Versuche, „alternative Produktion statt Rüstung“¹ durchzusetzen. Die bisherigen Erfolge vor Ort, also in der Rüstungsindustrie selbst, sind gering. Das politische, das abrüstungspolitische Umfeld dagegen ist in Bewegung wie lange nicht mehr.

Die folgenden Überlegungen basieren nicht auf besonderem Expertenwissen in Sachen Rüstungskonversion; sie wollen vielmehr in dieses spezielle und zentrale Feld der Abrüstungspolitik einige Einfälle und Perspektiven einschleusen, die aus einem allgemeineren friedenspolitischen und insbesondere auch industriepolitischen Interesse stammen.

So gesehen, wirft das Problem der Rüstungskonversion eine Reihe von grundsätzlichen Fragen auf, zum Beispiel:

- die Frage nach der Mitbestimmung am Arbeitsplatz, also im Grunde die Kernfrage einer der Kapitallogik radikal entgegengesetzten Produktionspolitik (Mitentscheidungen darüber, was wie wofür produziert wird);
- die Frage des sozialen Charakters von Produktivkraftentwicklung überhaupt: wie Neuerung, wissenschaftlich-technischer Fortschritt zu organisieren ist und welches demokratische Potential in der Technik/Technologie selbst steckt;²
- die Frage — vielleicht die wichtigste —, wie klassentheoretisch und -politisch mit dem Subjekt demokratischer Technologiepolitik (und Rüstungskonversion) umgegangen werden muß: ob tatsächlich nur die „klassische“ Ebene der Betriebsräte weiterhilft oder ob sich hier nicht zentral das Problem der „wissenschaftlich-technischen Intellektuellen“ (i.S. Gramscis) und ihrer Mobilisierung stellt;

1 Vgl. K. Schomacker, P. Wilke, H. Wulf, *Alternative Produktion statt Rüstung. Gewerkschaftliche Initiativen für sinnvolle Arbeit und sozial nützliche Produkte*, Köln 1987; dort auch eine umfangreiche Bibliographie.

2 Vgl. Gerhard Wöhlend, *Das demokratische Potential der Computer-Technik. Technische Grundlagen einer demokratischen Technologiepolitik*, Forum Wissenschaft, Marburg, 4/87.

— schließlich die Frage, ob — angesichts der industriepolitischen Offensive in der Sowjetunion — gerade eine Technologiepolitik der Rüstungskonversion nicht das Problem der „Globalität“ des industriellen Prozesses auf die Tagesordnung setzt. (Eine demokratische Beschleunigung der sozialistischen Industrialisierung, unter Einbeziehung aller Lehren aus der allgemeinen Produktivkraftentwicklung der letzten 200 Jahre, wäre ja nicht das Schlechteste.)

Die wirtschaftspolitische Strategie der Rüstungskonversion, zumal, wenn sie mit historischen Umstellungserfahrungen nach Kriegen in Verbindung gebracht wird, erweckt große Hoffnungen. Sie wirkt fast wie ein Patentrezept: könnte durch sie nicht mit einem Schlag erstens durch den Aufbau neuer und erweiterter Produktionsbereiche die Arbeitslosigkeit angegangen, zweitens der Bedarf an *sozialen* Gütern, Dienstleistungen usw. befriedigt und drittens noch das Entscheidende für den Frieden getan werden?

Doch: diese Strategie hat bislang, wie gesagt, „wenige Anhänger und wenige Erfolge“ (Hildebrandt). Offensichtlich kann sich die Mehrzahl der Beschäftigten unter Produktionskonversion wenig vorstellen. Sie und auch die Gewerkschaften sind es gerade an diesem Punkt gewohnt, sich der Tatsache zu unterwerfen, daß das Management das Wie und Was der Produktion bestimmt. Schließlich ist dies die funktionale Seite des Produktionsmitteleigentums.

So ergibt sich *systemimmanent* zunächst einmal als einziger Anknüpfungspunkt für Produktionskonversion (oder -diversifikation) das Marktargument: das Argument der Erschließung neuer Märkte und das Argument der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit.

Für die „einfachen Beschäftigten“ bietet die Rüstungsindustrie auf den ersten Blick ebenso gute oder schlechte Arbeitsplätze wie andere Industrien. Den „gewöhnlichen Kapitalisten“ lockt der ungewöhnliche Profit, in der BRD nicht zuletzt im Rüstungsexportgeschäft. Etwas anders scheint es für die Beschäftigtengruppe der *Entwicklungsingenieure und Techniker* auszusehen. Sie haben „starke Verbindungen zur Funktionsfähigkeit des Produkts“ und zu den „gesellschaftlichen Folgen“ seiner Nutzung. Daß hier ein Anknüpfungspunkt für die Entwicklung gesellschafts- und friedenspolitischer Verantwortung besteht, zeigt die „starke Präsenz von Technikern und Ingenieuren in einigen der Konversions-Arbeitskreise und die wachsende Zahl von Ingenieurs-Arbeitskreisen in der IG-Metall (TINA's)“.³

In dieser Gruppe der „wissenschaftlich-technischen Intellektuellen“ werden die Beschäftigungsrisiken durch Rüstungszyklen deutlicher gesehen und zum Teil auch schon bewußter angegangen. Diese Gruppe ist von ihren Funktionen her auf Produktionsneuerung und auf Diversifikationsmöglichkeiten ange-

3 Eckart Hildebrandt, Rüstungskonversion, alternative Produktion und Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Forschungsschwerpunkt Arbeitspolitik, November 1987, S. 17; vgl. Ingenieure, Gewerkschaften und Gesellschaft, in: Duhm u.a., Wachstum alternativ, (West-)Berlin 1983, S. 79-110.

setzt. Sie ist wohl auch diejenige, über die bestimmte Bewußtseinsprozesse in den Gewerkschaften angelaufen sind:

- das Bewußtsein von der *ökologischen „Krise der industriellen Produktionspalette“*,⁴
- das Bewußtsein von der *Regionalisierung der industriellen Krise*, also von der regionalen Ungleichzeitigkeit und Ungleichmäßigkeit von Krisenerscheinungen;
- die Reflexion auf das Faktum des Entstehens *zweiter und dritter Arbeitsmärkte* (auf denen Möglichkeiten alternativer Produktion bereits ansatzweise realisiert werden).

Nach wie vor scheint sich aber die Notwendigkeit von Rüstungskonversion vor allem in enger und funktionaler Bindung an die Erhaltung der Arbeitsplätze plausibel machen zu lassen und auch dann nur, wenn traditionelle Lösungen des Arbeitsplatzproblems nicht greifen. Andere, eine andere Produktionslogik ansprechende Dimensionen der Rüstungskonversion können offensichtlich nur im mühsamen politischen Kampf herausgearbeitet werden. Hildebrandt nennt hier folgende Dimensionen:

- „Rüstungskonversion baut auf das unmittelbare Wissen und die Erfahrung der Beschäftigten, versteht diese als Experten ihrer Arbeit“;
- „Rüstungskonversion beruht auf der betrieblichen Kooperation zwischen den verschiedenen betrieblichen Funktionsträgern“;
- „Rüstungskonversion orientiert sich unmittelbar an den gesellschaftlichen Bedürfnissen“;
- „Konversionsinitiativen nehmen in der Regel selbständig Kontakt zu Bürgerinitiativen und politischen Instanzen auf... Damit durchbrechen sie sowohl das unternehmerische als auch das gewerkschaftliche Vertretungsmonopol.“⁵

So ist jede politische Bemühung um Rüstungskonversion letztlich in den allgemeinen „Kampf um die Köpfe“ einbezogen — in die neuen und notwendigen Formen des Klassenkampfes, die man mit dem Stichwort „Intellektuellenpolitik“⁶ umschreiben kann, und die sich hier vor allem auf die naturwissenschaftlich-technische Intelligenz und nicht zuletzt auf die Hochschulen, auf das Bildungssystem beziehen. Zu diesem Zweck ist es unabdingbar, sich dem *Verhältnis von Wissenschaft und Industrie* zuzuwenden.

Industriepolitisch geht es bei der Rüstungskonversion um das Allgemeinste und Grundsätzlichste. Der Kernprozeß — neue Produkte herauszufinden, diese Produkte bis zur Fertigungs- und Marktreife zu entwickeln und diese Produkte auch auf dem Markt abzusetzen — wird hier in ganz besonderer Weise herausgefordert: Einerseits wird Rüstungskonversion so besonders schwierig, weil

4 Vgl. Hildebrandt, Schmidt, Sperling (Hg.), *Arbeit zwischen Gift und Grün*, Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1985, (West-)Berlin 1985.

5 Hildebrandt, a.a.O., S. 32f.

6 Vgl. dazu H.J. Krysmanski, *Entwicklung und Stand der klassentheoretischen Diskussion*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Jg. 41, 1989, H. 1.

sie eingefahrenen Praktiken gegenübersteht; andererseits ist Konversion in diesem Sinne Teil des ganz normalen Prozesses der erweiterten Reproduktion der Produktion, der als ganzer verstärkt Gegenstand von Friedens-, Abrüstungs- und Entspannungspolitik sein kann und muß.

Erfinden, Entwickeln und Absetzen sind schließlich Aufgaben, welche die kapitalistische Industriepolitik in historisch bislang einmaliger Weise gelöst hat — und zwar gerade durch die kluge und einfallsreiche Verwertung von wissenschaftlicher Forschung. Von diesen Erfolgen muß lernen, diese Wege muß studieren, wer eine demokratische Technologiepolitik durchsetzen will.

Produktentwicklung unter kapitalistischen Bedingungen ist eben nicht nur durch „Wissenschaft und Forschung auf bestimmte Produktentwicklungslinien festgelegt und institutionell eingebunden“⁷, sie ist vielmehr, vor allem unter Druck, in hohem Maße flexibel. Außerdem, und das ist meine zentrale These, haben sich im Schoße des kapitalistischen Industrialisierungsprozesses seit langem Formen des Erfindens, Entwickelns und sogar des Absetzens (Genossenschaften) herausgebildet, die durchaus einer anderen, einer künftigen Produktionslogik folgen.

An solche Formen, insbesondere im Forschungs- und Entwicklungsmilieu, soll mit dem folgenden Exkurs erinnert werden. Die Historisierung der Debatte um Rüstungskonversion kann nämlich nicht beim Verweis auf Nachkriegszeiten stehenbleiben. Mindestens ebenso wichtig ist eine historische Analyse des Forschungs- und Entwicklungsmilieus in der großen Industrie, das zwar immer vom kapitalistischen Verwertungsinteresse eingeschnürt war, aber auch eine über den Kapitalismus hinausweisende Eigendynamik besitzt.

2. Exkurs: Thomas Alva Edison

Es gab und es gibt zwei Haupttypen von Wissenschaft in der großen Industrie: die kleine „handwerkliche“ und die große „industrielle“ Wissenschaft. Beide Arten, nützliche Wissenschaft zu treiben, sind hochvergesellschaftet, das heißt, sie spielen sich in einem komplexen Geflecht sozialer, politischer, ökonomischer und kultureller Beziehungen und Institutionen ab. In unseren Universitäten fand und findet man beide Typen nebeneinander: das kleine Institut, in dem jeder jeden kennt, und den wissenschaftlichen Großbetrieb. Auch die große Industrie hat sich der „kleinen“ und der „großen“ Wissenschaft bedient und sie, nach ihren Bedürfnissen, in je besonderer Form entwickelt. Aus der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft wurden Max-Planck-Gesellschaft, Deutsche Forschungsgemeinschaft, Forschungs- und Technologieministerien usw.; aus ersten Betriebslabors wurden riesige F&E-Abteilungen der Konzerne. So basiert die Großindustrie heute fast ausschließlich auf den Know-How-Apparaten der Großwissenschaft.

Zugleich aber erscheint Wissenschaft in der großen Industrie (und um sie herum) auch in anderen, eigentümlichen Formen. Die Zeit, in der, wie Bernal einmal schrieb, „die Wissenschaft mehr von der Industrie zu lernen hatte, als

⁷ Hildebrandt, a.a.O., S. 35.

sie ihr geben konnte“, ist noch längst nicht vorbei.⁸ Es gibt noch immer Gruppen am Rande des großen Forschungs- und Entwicklungstreibens, die den Gruppen bastelnder Handwerker und naturwissenschaftlich dilettierender Pfarrer und Fabrikanten im Nordengland des ausgehenden 18. Jahrhunderts ähneln, mit denen die Industrialisierung begann. Diese Tüftler und Bastler sind heute wie damals erstaunlich jung, wenn sie in ihre Art des Erfindens, Entwickelns, Erforschens hineinwachsen. Heute heißen sie Stephen Wosniak und Steve Jobs und haben als Zwanzigjährige mit ihrem Apple die PC-Revolution in Gang gesetzt. Und natürlich gibt es heute tausende von Sechzehn- bis Siebzehnjährigen, welche die Anregungen der großen Industrie, deren Material und Gerät in ganz eigensinniger, meist gegen das formale Bildungssystem gerichteter Weise aufnehmen und als Hacker, als technisch versierte adoleszente Neuerer aktiv werden.

Diese Spezies hat sicher nur ein müdes Lächeln für Programme wie „Jugend forscht“ übrig. Aber sie sind zugleich keineswegs „Systemgegner“, sondern sie rechnen sich sehr wohl eine Zukunft aus, die mit den Kräften der real existierenden Wirtschaft geht. Sie ahnen oder wissen, daß es unter den verwertungshungrigen Kapitalsorten auch Risikokapital gibt. Auf das gehen sie ein, weil es den Erfindungsreichsten unter ihnen größtmöglichen Freiraum verschaffen kann — auf Zeit, versteht sich, und letztlich unter voller Kontrolle.

Diese „individualistische“ Wissenschaftsform samt ihrer Geschichte des immer wieder Verschlucktwerdens durch das Großkapital (vgl. Apple und seine Erzeuger) läßt sich besonders gut in einer der Schlüsselperioden der großen Industrie, im Elektrozeitalter, studieren, und dort am Beispiel von Edison.

Thomas Alva Edison, geboren 1847, gestorben 1931, war zweiundzwanzig Jahre alt, als er seine erste Firma — für Telegraphenausrüstungen — gründete. Mit sechzehneinhalb hatte er — als Telegraphist bei der Grand Trunk Railroad in Stratford, Ontario — seine Karriere begonnen. Mit gleichaltrigen Freunden explorierte er, unbefangener als die Älteren, die in der neuen Technik steckenden Möglichkeiten; mit ihren erworbenen Fertigkeiten starteten sie kleine Nebenerwerbe. Mit achtzehn war er durch sein Experimentieren so weit, daß er sich an der allgemeinen Suche nach leistungsfähigeren telegraphischen Übertragungsapparaten (Duplex) beteiligen konnte. Er erwarb Patente für ein solches Gerät und für einen „elektrographischen Wahlstimmen-Rekorder“. Fast seinen ganzen kargen Lohn steckte er in Bücher, Chemikalien und elektrische Ausrüstungen. Noch immer einer unter vielen „Hackern“ des Elektrozeitalters, tat er sich dann mit einem gewissen Pope, zuständig fürs Geschäftliche, und einem gewissen Ashley, zuständig für Publicity, zu besagtem Anfang zusammen.

Der Erfolg von Edison, seine unglaubliche Kreativität beruhen darauf, daß er dem begierig auf die meisten seiner Erfindungen zugreifenden zeitgenössischen Risikokapital eine mit großer Konsequenz durchgehaltene *Selbstorganisation seiner Erfindertätigkeit* — die immer auch eine kollektive Tätigkeit war — entgegengesetzt hat. Das heißt, er hat sich ein Leben lang geweigert, bei-

⁸ J.D. Bernal, Wissenschaft, Science in History, Reinbek 1970, S. 496.

spielsweise Chef eines der damals erstmals entstehenden industriellen Großlabors zu werden. Er brauchte seinen eigenen Laden, seinen eigenen „Wissenschafsladen“. So ist der Erfinder-Typus Edison im wesentlichen durch die Ausschöpfung des in den neuen Technologien steckenden „handwerklichen Handlungsreservoirs“ gekennzeichnet. Das Kognitive entfaltet sich über die Hand, über das Ausprobieren und über das „Drauflos“ in überschaubaren sozialen Bezügen.

Es gibt bemerkenswerte Ausführungen des zeitgenössischen amerikanischen Soziologen Thorstein Veblen über den „instinct of workmanship“ im industriellen Zeitalter, die sicher auch in Kenntnis der Edisonschen Arbeitsweise (deren damaligen populären „Vorbildcharakter“ man sich heute kaum mehr vorstellen kann) entstanden sind.⁹ „Der Instinkt des sorgfältigen handwerklichen Arbeitens konzentriert sich auf praktische Lösungen, auf effiziente und ökonomische Methoden, Geräte und Vorrichtungen, auf Geschicklichkeit, Kreativität und technologische Beherrschung der Tatsachen. Ein wesentlicher Bestandteil dieses Instinkts ist die Bereitschaft zu äußerster, mühevoller Genauigkeit. Die besten und vollkommensten Ergebnisse einer solchen Arbeitseinstellung lassen sich nicht unter Streß oder unter extremem Zeitdruck erzielen, die sich aus inneren Tendenzen der Arbeitsbedingungen oder Arbeitsziele ergeben können. Der Instinkt des sorgfältigen handwerklichen Arbeitens kommt vielmehr — sowohl beim einzelnen Arbeiter als auch im Wachstum der technologischen und kognitiven Fähigkeiten der Gemeinschaft insgesamt — am besten unter Umständen zur Geltung, in denen nur mäßiger Druck herrscht, wo Arbeit ansteht und mehr Arbeit geruhsam wartet. Denn letztlich geht es um die Einstellung, die jeweils nächste Aufgabe so gut wie möglich zu lösen...“¹⁰

Und so beschreibt ein Biograph die Arbeitsweise Edisons und seiner Mitarbeiter an einem konkreten Beispiel: „Es blieb dabei, daß Edison, Batchelor und Adams von der Abenddämmerung bis zum Morgengrauen arbeiteten und dann Kruesi beauftragten, tagsüber die Vorrichtungen für die Tests der nächsten Nacht herzustellen. Der Lautsprecher, den sie entworfen hatten, bestand aus einem gebogenen Rohr mit Mundstück an dem einen und einer justierbaren Membrane an dem anderen Ende. Die Membrane vibrierte gegen eine oder mehrere Scheiben aus Graphit und veränderte so den Stromwiderstand. Nacht um Nacht vermischten sie den Graphit mit zig verschiedenen Substanzen — Gips, Möbelpolitur, Mehl, Pfeilwurzel, Klebstoff usw. —, um die Kombination mit den besten Resultaten herauszufinden. Manchmal vergaßen sie die Zusammensetzung. So schrieb Batchelor am 13. Juni: ‚Eine unbekannte Graphitmischung war einfach elegant — jetzt muß man herausfinden, woraus sie besteht. Wir glauben, daß es sich um Graphit mit einem großen Anteil an einem glasähnlichen Stoff oder Gelatine handelt.‘“¹¹ Dabei gab es in diesen Arbeitsperioden nie äußeren Zeitdruck oder „Fremdbestimmung“, sondern viel Flakerei, und auch Bier floß nicht selten.

9 The Instinct of Workmanship and the Industrial Arts, 1914.

10 Max Lerner, The Portable Veblen, New York 1948, S. 320.

11 Robert Conot, A Streak of Luck, 1979, S. 113.

Edison und seine Freunde/Mitarbeiter waren mit diesem ihrem Arbeitsstil praktisch von Anfang an Objekt der öffentlichen Neugier und Phantasie. Nach der Etablierung als eines der auch ökonomisch interessantesten Erfinderteams riß das damalige Risikokapital diesen Leuten jeden Einfall praktisch aus der Hand. Die gesellschaftliche Bewegungsform dieses „Neuerer-Kollektivs“ — in seinem Kern erstaunlich stabil und in seinen Kontakten außerordentlich flexibel — führte zu einem komplexen Geflecht von „Projekten“ und Geschäftsgründungen.

Edison hat einen „Arbeitsstil des Erfindens“ ausgestalten können, über den zwar später — wie über den Produktionsstil seines Freundes Henry Ford — der kapitalistische Verwertungsprozeß scheinbar hinweggerollt ist, der aber strukturell weiterlebt (selbst in den Lawrence Livermore Laboratories der Rüstungsindustrie) und auch in der nicht-kapitalistischen großen Industrie wiederbelebt werden könnte.

3. Forschung und Entwicklung im globalen Industrialisierungsprozeß

Das führt zurück zu allgemeinen industriepolitischen Fragen und auch zur Frage, ob an bestimmte Formen praktischer Wissenschaft, „fröhlicher Wissenschaft“, „unordentlicher Wissenschaft“ nicht gerade dort erinnert werden muß, wo eingefahrene Bahnen der Forschung und Entwicklung aufgelockert, verändert werden müssen: in der grundsätzlichen Diskussion um Rüstungskonversion — und eben auch in der Diskussion um nicht der Kapitallogik unterworfenen, sozialistische industriepolitische Perspektiven.

Gerade im Zusammenhang mit der Rüstungskonversion kann man sich um den letzten Aspekt nicht herumdrücken. Schließlich steht in der Sowjetunion heute ein schon revolutionär zu nennender „einseitiger“ Konversionsschub an. Und er hängt zweifellos mit der *Entdeckung des Sozialen* in der Wirtschaft zusammen.

Tatjana Saslawskaja beispielsweise weist darauf hin, daß „gerade im ‚rein menschlichen‘ Faktor die akutesten Probleme der Ökonomie“ wurzeln und daß mit „dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt... die Rolle dieses Faktors in der Wirtschaft entscheidend“ wird. Es geht um die „Entfesselung des subjektiven Faktors“, um die Entfaltung aller gesellschaftlichen Kräfte, die „prinzipiell“ durch die Umwälzung der Produktionsverhältnisse, der Eigentumsformen befreit worden sind. Bekämpft werden verengte Vorstellungen vom Verhältnis zwischen Theorie und Praxis: Vorstellungen wie die, daß „die wirtschaftliche Tätigkeit der Menschen sich vollständig planen und leiten“ lasse, daß „die Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft unabhängig von der sozialen Struktur der Gesellschaft, von ihrer Teilung in Klassen, Schichten und Gruppen“ sei, daß die Leitung der Wirtschaft „gewissermaßen automatisch, ohne Kampf der Interessen von Menschen“ erfolgen könne.¹²

¹² Tatjana Saslawskaja, *Der soziale Mechanismus der Wirtschaft*, in: *Gesellschaftswissenschaften*, Moskau, 1986, S. 155 ff.

In der UdSSR scheint sich gegenwärtig die Auffassung durchzusetzen, man müsse vor allem die Formen der Wirtschaftsleitung dezentralisieren und vielfältiger gestalten, die Marktbeziehungen ausbauen, sogar Bedingungen für Konkurrenz schaffen, dann würden sich die Produktivkräfte schon von allein entwickeln. Dagegen ist man wohl in der DDR der Auffassung, daß die Entwicklung der Produktivkräfte, also die Ausschöpfung aller technischen Möglichkeiten und aller menschlichen Fähigkeiten, der Ausgangspunkt sein müsse, von dem aus dann auch Verbesserungen und Umgestaltungen des gesellschaftlichen Lebens, der Formen der Leitung und Planung usw. möglich würden. Nur wenn man sozusagen die Quellen der Produktivität entwickle, könne der wissenschaftliche Fortschritt nicht aus dem Ruder und gar dem sozialen Fortschritt zuwider laufen.¹³

Das ist sicher richtig. Aber wird dieser Weg von der Neugier zum Nutzen in all seiner Vielfalt in der sozialistischen Produktion tatsächlich schon gegangen?¹⁴ Es ist jedenfalls gegenwärtig ein *allgemeines* Problem, daß die besonders unzureichende Berücksichtigung der in der Geschichte der industriellen Wissenschaften erschlossenen Möglichkeiten durch die sozialistischen Länder zu ihrer teilweise dramatischen technologischen Rückständigkeit geführt hat. Und so muß sich hier ein *globales* Interesse daran artikulieren, daß weltweit eine *gleichmäßige* wissenschaftlich-technische Entwicklung zustande kommt, damit nicht kapitalistische Begehrlichkeit und imperialistisches Dominanzstreben die Oberhand gewinnen.

Die Entfaltung von wissenschaftlich-technischer Kreativität funktioniert unter kapitalistischen Bedingungen erstaunlich gut. Allerdings ist es auch richtig, daß dies nur dort wirklich gut funktioniert, wo im kapitalistischen System „Freiräume“ entstehen (und mittlerweile geplant werden), die in ihrer sozialen Qualität, als „Erfinder-Milieus“, schon auf eine Gesellschaft weisen, in welcher nicht der Profit, sondern der erfinderische, der neugierige Mensch im Mittelpunkt steht.

Freiräume, Flexibilität in den Strukturen, „erfinderisches laissez-faire“ sind also nicht nur kopierbar für eine beschleunigte Wissenschafts- und Technikentwicklung in sozialistischen Weltteilen, sie gehören historisch eigentlich dorthin. Das spürte auch Edison: Er hatte, trotz seiner ihm zufliegenden finanziellen Erfolge, ein Leben lang Probleme, „richtig mit Geld umzugehen“. Kapitalismus war ihm eine (lästige) historische Form, nicht mehr; dem amerikanischen Bankier Bernard Baruch schrieb er: „Freund Baruch, Sie sind der erste Mann mit genug Einbildungskraft, um die Fesseln der Geld-Religion abzuwerfen und das vorgeschlagene Projekt wie ein Ingenieur zu analysieren.“¹⁵

13 Otto Reinhold, nach Frankfurter Rundschau v. 17. 10. 88.

14 Subtiler schlägt in diese Kerbe auch R. Mocek, Neugier und Nutzen. Blicke in die Wissenschaftsgeschichte, Berlin/DDR 1988.

15 Conot, S. 519.

4. Varianten demokratischer Technologiepolitik

Die beträchtlichen Lernprozesse, die heute der Arbeiterbewegung in Sachen WTR und Technologiepolitik abverlangt werden¹⁶, sind nur durch die aktive Suche nach keineswegs schon auf der Hand liegenden Alternativen einzuleiten. Das Pochen darauf, daß neue, alternative Technologiepolitik mit der gewerkschaftlichen Betriebsarbeit zu beginnen habe, ist kein schlechter Anfang. „Betriebliche Arbeitskreise ‚Alternative Fertigung‘ haben kaum eine Überlebenschance, wenn sie nicht zumindest passiv vom Betriebsrat geduldet werden. In der Praxis ist sogar eine zumindest teilweise Unterstützung der Arbeitskreise durch den Betriebsrat bzw. durch einzelne seiner (freigestellten) Mitglieder notwendig. Das heißt nicht, daß das Verhältnis zwischen Betriebsrat und Arbeitskreis immer harmonisch ist oder sein muß. Im Gegenteil, es sprechen viele Gründe dafür, daß ein politisches Spannungsverhältnis zwischen beiden auftreten kann.“¹⁷

Aber gerade Bemühungen um Anschluß an die „eigentlichen Erfindermilieus“ der Großindustrie verlangen, daß über das, was gemeinhin unter „Betriebsarbeit“ verstanden wird, weit hinausgegangen werden muß. „Die Machtressourcen, die einem Betriebsrat oder auch einem Arbeitskreis ‚Alternative Fertigung‘ zur Verfügung stehen, sind die für eine Idee oder Forderung mobilisierbaren Beschäftigten und — in geringerem Maße — die öffentliche Meinung. Nur politischer Druck — innerbetrieblich oder auch außerbetrieblich — kann zu einer Änderung von Unternehmenspolitiken führen, solange keine betriebliche Mitbestimmung über Produkt- und Investitionsentscheidungen existiert.“¹⁸

Wenn letzteres das Hauptziel bleibt, dürfen moralische, emotionale, kulturelle Aspekte nicht vernachlässigt werden, aus denen sich allmählich ein „Vertrauen in die eigene Kraft“ entwickeln kann. Und es sind Formen der Selbstorganisation von Erfindertätigkeit á la Edison, etwa Anschlüsse an die Hacker-Szene im weitesten Sinne, ebenso gefragt wie die Ausschöpfung von Möglichkeiten, die sich etwa im Verhältnis von Zulieferern (unter denen sich gerade im High-Tech-Bereich auch „Wissenschaftsladen“-ähnliche Unternehmen befinden) und Konzernen ergeben.

„Grundvoraussetzung demokratischer Alternativen ist der Anspruch auf ein reicheres Leben, auf schöpferischere, vielseitigere Arbeit, auf freiere persönliche Entfaltung. Nichts wäre unsinniger, als nur nach abstrakten ‚Erfordernissen der WTR‘ zu suchen und sich daran anzupassen.“¹⁹ Wer wollte daran zweifeln. So verweist der subjektive Anknüpfungspunkt für die Durchsetzung der Rüstungskonversion auf im bestehenden System von Forschung und Entwicklung „aufgehobene“ soziale, demokratische, selbstbestimmte Möglich-

16 Stephan Voets, Werner Stürmann, Politik und Technologie. Zu Ausgangspunkten technologiepolitischer Alternativen und Strategien der Arbeiterbewegung, in: Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 13/II, Frankfurt 1987, S. 261 ff.

17 Schomacker et al., a.a.O., S. 147.

18 Ebenda, S. 144.

19 Voets/Stürmann, a.a.O., S. 264.

keiten, die Thorstein Veblen, wie gesagt, auf die geniale produktionspolitische Formel vom „instinct of workmanship“ gebracht hat. Noch einmal: Das heißt ja so viel wie Sinn für sorgfältige, genußvolle Arbeit.

Eine Eigenart der Rüstungsindustrie — man sieht es z.B. an den jüngsten Problemen des Pentagon mit seinen Lieferanten — ist ihre Schwierigkeit mit der Qualitätskontrolle. Den „menschlichen Faktor“ dahinter hat man schon entdeckt. Aber wie will man hier den „instinct of workmanship“ motivieren, wenn erst einmal ein Bewußtsein von den inhumanen Folgen der Funktionsfähigkeit dieser Produkte erzeugt worden ist?

Natürlich ist Schlamperei — diese subversive Variante von „Rüstungskonversion“ — volkswirtschaftlich viel zu teuer, erhöht möglicherweise sogar die Profitrate. Aber sie verweist auf die Tatsache, daß Menschen in Forschungslabors, Entwicklungsabteilungen, Montagestraßen letztlich nur auf menschenfreundlichere Produktsortimente positiv eingestellt werden können. Das ist dann auch ein „Vorschein“ jener „Zivilisierung“ der industriellen Produktion, die Lenin meinte, als er davon sprach, daß Sozialismus eigentlich das Wirtschaften von zivilisierten Genossenschaftlern bedeute.²⁰

Die mit den neuen Technologien notwendig einhergehende Flexibilisierung des Verhältnisses von Mensch und Technik hat immer zwei Seiten. Neben die Kapitallogik tritt eine „historische Lockerung“ des Produktionsprozesses, welche den Boden abgibt für zentrale Forderungen der alternativen Technologiepolitik wie die nach kürzerer, belastungsärmerer Arbeit, nach Aufgabenerweiterung und mehr sozialer Qualität der Arbeit. (Wobei eine ketzerische, mit dem bisherigen *ökonomischen* Kampf der Arbeiterklasse nicht unmittelbar vereinbare Bemerkung gestattet sei: Der „instinct of workmanship“ verlangt nicht unbedingt nach Arbeitszeitverkürzung. Das tage- und nächtelange Verquicken von Arbeit und „Spiel“, wie etwa das Edison-Kollektiv es betrieb, gehört durchaus zur konkreten Utopie einer demokratischen Industriepolitik.)

Nur auf dieser Grundlage wird aus dem Wie der Produktion auch die umfassende gesellschaftliche, ja globale Suche nach dem Was der Produktion entstehen können, welche die historische Dimension der Diskussion um Rüstungskonversion ist.

Und eines ist klar: So lange das Konzept der gewerkschaftlichen und politischen „Betriebsarbeit“ nicht auf die Füße, die vielen Füße, gestellt wird, die der industriellen Produktion historisch gewachsen sind, so lange werden alle Forderungen einer demokratischen Technologiepolitik nicht zu laufen anfangen können. Der „neue Belegschaftstypus“, der gewohnt ist, „im Team zu arbeiten, sich auch ständig mit verschiedenen Lösungswegen auseinanderzusetzen“, ist für seine politische Entwicklung auch auf historische Informationen angewiesen.²¹

20 IMSF (Hg.), *Perestroika und die Linke in der Bundesrepublik*, Arbeitsmaterialien des IMSF 25, Frankfurt 1988, S. 67.

21 K. Zwickel, 15. ord. Gewerkschaftstag der IG Metall, Protokoll d. 3. Tages, Frankfurt 1986, S. 279, zit. bei Voets/Stürmann, a.a.O.

Hinzu kommt, daß die enorme soziale Differenzierung der unmittelbar Produzierenden — Forscher, Erfinder, Entwickler, Techniker, Facharbeiter usw. — neue Chancen der Kooperation gerade dann eröffnet, wenn durch „betriebsfremde“ Themen wie etwa der Ökologie oder der Abrüstung die Segmentierung der betrieblichen Bewußtseinsprozesse überwunden werden kann. Das schafft ein Klima der Einfälle, in dem sich alternative Gehalte, Nutzungsmöglichkeiten aus der Technik, aus den Geräteparks usw. herauslocken lassen.

Wer unmittelbar produziert, wer spezialisiert produziert, dem fehlt die Distanz zur Technik, der kann mit den in den Geräten schlummernden „ganz anderen“ Möglichkeiten nichts anfangen. Deshalb ist der „instinct of workmanship“, der zunächst einmal das kapitalistische Zeitregime bricht, so wichtig. Davon ausgehend und durch gesellschaftliche Probleme sensibilisiert, können die Produzierenden damit beginnen, Geräte und Systeme auf Gebrauchs- und Veränderungsmöglichkeiten über den unmittelbaren Betriebszweck hinaus — sozusagen mit der Methode des Interviews — zu befragen.

Man kann sich vorstellen, was in einer solchen einfachen „Objektbefragung“ ein Panzer, eine Gefechts elektronik usw. „antworten“ würden. Sozial sind Widerstand und Konversion vorprogrammiert.

Abrüstung in der Bundesrepublik — politische und ökonomische Aspekte

Am 10. 12. 1988 veranstaltete das Zentrum für marxistische Friedensforschung eine Expertendiskussion zum Thema „Abrüstung in der Bundesrepublik — politische und ökonomische Aspekte; Möglichkeiten, Realisierungsbedingungen, Hindernisse; Anforderungen an Politik und Wissenschaft“.

Wir dokumentieren aus dieser Diskussionsrunde die vier vorbereiteten Statements von Jürgen Reusch (ZMF), Georg Grasnick (IPW, Berlin, DDR), Gerd Matzke (ZMF) und Wolfgang Schwarz (IPW) sowie eine Auswahl von Diskussionsbeiträgen in der von den Autoren überarbeiteten Fassung. Sie wurden zu zusammenhängenden Beiträgen verarbeitet und nach inhaltlichen Themenstellungen sortiert, erscheinen hier also nicht unbedingt in der tatsächlichen Reihenfolge der Wortmeldungen.

Hindernisse und Chancen für Abrüstung

Jürgen Reusch

Meine Grundthese lautet: in Fragen der Abrüstung ist eine neue Situation entstanden. Sie wurde durch den INF-Vertrag geschaffen und durch die von Gorbatschow im Dezember 1988 angekündigten massiven einseitigen Reduzierungen der konventionellen Rüstungen noch verstärkt. Es gibt nun erste substantielle Abrüstungsschritte, die Geist und Praxis der Abschreckung durchbrechen und nach Fortsetzung verlangen. Der davon ausgehenden Dynamik wird sich auch die NATO kaum entziehen können.

In der NATO sind Differenzierungen entstanden, die allerdings auch eine Mobilisierung derjenigen Kräfte mit sich bringen, die die Dynamik der Aufrüstung wiederherstellen wollen. Diese Dynamik wirkt weiter und ist im höchsten Maße besorgniserregend; sie vollzieht sich aber in einem Feld wachsender Widersprüche, die auch wieder neue Ansätze und Chancen für Abrüstung hervorbringen. Wir haben es auf absehbare Zeit mit einer *offenen Situation* zu tun, in der — auch für die BRD und Westeuropa — verschiedene Entwicklungsvarianten möglich sind.

Die Betrachtung konzentriert sich hier auf den nationalen Rahmen der BRD. Da dieser aber natürlich auch durch internationale Bedingungen geprägt und beeinflusst wird, muß die internationale Widerspruchskonstellation in groben Zügen mitgedacht werden.

1. *USA* Die Konzeption der Neokonservativen unter Reagan ist gescheitert. Ihr Ziel war, militärische Überlegenheit über die UdSSR zu erringen und die

USA politisch, ökonomisch und militärisch in die Position völliger Unabhängigkeit zu bringen. Dem lag die Illusion zugrunde, der relative Hegemonieverlust der USA sei auf politische Fehler (z. B. die *détente*) zurückzuführen und könne durch energische Politik rückgängig gemacht werden. Diese Politik ist an objektiven nationalen und internationalen ökonomisch-sozialen, politischen und militärischen Faktoren gescheitert. Heute haben wir es mit einer Anpassung, Flexibilisierung und Ausdifferenzierung der konservativen Politik zu tun.

Der Dialog USA — UdSSR ist wieder in Gang gekommen und könnte ein dauerhaftes Element der internationalen Beziehungen bleiben. Der INF-Vertrag ist Realität. Beide Großmächte haben sich allgemein für die 50prozentige Reduzierung der strategischen Atomwaffen erklärt und streben Verhandlungen über konventionelle Rüstungsbegrenzung in Europa an. Das SDI-Projekt wird modifiziert und reduziert. Die Bereitschaft der USA zur nichtmilitärischen Beilegung regionaler Konflikte hat zugenommen.

Andererseits baut die US-Regierung für die START-Verhandlungen künstliche Hindernisse auf. Die Zahl der nuklearen Sprengköpfe ist weiter gewachsen. Ein umfangreiches Programm zur Kompensation der durch INF entstehenden Lücke wird in Gang gesetzt. Die Produktion neuer chemischer Waffen hat begonnen. Ein C-Waffenabkommen ist in weitere Ferne gerückt. Die Erprobung von SDI-Komponenten beginnt jetzt. Die Zukunft des ABM-Vertrags ist weiterhin unklar.

Die USA bleiben auf militärische Stärke und die Frontstellung gegen den Sozialismus fixiert. Eine unilateralistische Tendenz der Definition und Durchsetzung ihrer Interessen bleibt vorherrschend.

2. *NATO* Die NATO befindet sich in einer sicherheitspolitischen Umbruchsituation. Es handelt sich um eine auf objektiven Faktoren beruhende Strategie-debatte mit offenem Ausgang. Aus dem einstigen Juniorpartner Westeuropa ist eine wirtschaftliche Großmacht und ernsthafte Konkurrenz für die USA geworden — mit eigenen strategischen Interessen als imperialistisches Zentrum. Westeuropa hat die neokonservative Politik der USA nie voll mitgetragen und hat Anteil an deren Scheitern. Man kann heute von einer Krise der NATO und ihres strategischen Grundkonsenses sprechen. Sowohl über die Teilung der aus der nuklearen Abschreckung resultierenden Risiken, als auch über die Politik gegenüber den sozialistischen Ländern ist der Dissens größer geworden. Westeuropa ist aus Sicht der USA in seiner strategischen Bedeutung rückläufig, die USA wachsen aus ihrer bisherigen Beschützerrolle heraus.

Das führt zu einer z.T. kontroversen Neuorientierung in Grundsatzfragen wie z.B.: Fragen nach dem Sinn der Abschreckung und nach der Funktion von Atomwaffen; Fragen nach der Verteilung der Rüstungslasten (*burden sharing*); Fragen nach dem Inhalt von Sicherheit und nach dem diesbezüglichen Verhältnis von Mitteln und Zielen.

In Westeuropa setzt sich weiter die Erkenntnis durch, daß politische und ökonomische Ziele immer weniger oder gar nicht mehr mit militärischen Mitteln zu erreichen sind. Das führt aber nicht zum Abschied von der Abschreckung, sondern zu Versuchen, sie zu entschärfen, zu flexibilisieren und

mit zusätzlichen „Sicherheits“-strukturen zu überlagern. Gleichzeitig gibt es weiter Spekulationen, man könne erwartete politische Instabilitäten in sozialistischen Ländern mit Hilfe militärischer Stärke ausnutzen.

Auf der Grundlage solcher Entwicklungen ist die „Europäisierung“ Westeuropas in Gang gekommen, einschließlich der Stärkung des westeuropäischen Pfeilers in der NATO. Daraus erwachsen einerseits die Gefahr einer neuen Rüstungsdynamik, einer Verdoppelung der Abschreckungs- und Aufrüstungsmechanismen für Europa, andererseits aber auch, falls der militärische Faktor zurückgedrängt werden kann, neue Chancen für europäische Sicherheit.

3. *Die sozialistischen Länder* Die sozialistischen Länder haben mehrheitlich, hauptsächlich die UdSSR als einzige Nuklear- und militärische Führungsmacht der WVO, eine längere Phase der Stagnation ihrer Friedens- und Abrüstungspolitik überwunden, die auch durch ein Überziehen der militärischen (Re-)Aktionen, eine — wenn auch strategisch defensiv gemeinte — Überschätzung des militärischen Faktors und eine Vernachlässigung politischer Handlungsmöglichkeiten gekennzeichnet war und die der in den 70er Jahren aufkeimenden US-Überlegenheitspolitik keine ausreichende friedens- und abrüstungsorientierte Gegenkonzeption entgegensetzte. Das betrifft v.a. die UdSSR.

Gegenwärtig spielen die sozialistischen Länder eine wichtige und sehr wirksame Rolle nicht nur zur Eindämmung imperialistischer Politik der Stärke, sondern auch als Katalysator für die Herausbildung und Entfaltung keimhafter eigener imperialistischer Friedens- und Überlebensinteressen.

Das tun sie v.a. auf drei Ebenen:

- indem sie eine flexible, initiativreiche und sehr wirksame Friedens- und Abrüstungspolitik betreiben;
- indem sie den imperialistischen Ländern glaubhaft und dauerhaft die Aussicht auf einen militärischen Sieg nehmen (Prinzip der vernünftigen Hinlänglichkeit);
- indem sie eine aktive Rolle beim Ausbau intersystemarer, ökonomischer und wissenschaftlich-technischer Kooperation spielen.

4. *Veränderte Interessenlage* Es existiert heute eine veränderte objektive Interessenlage der imperialistischen Staaten gegenüber Rüstung und Krieg. Diese ist generell durch einen Bedeutungsrückgang des militärischen Faktors gekennzeichnet. Es gibt immer weniger rationale Legitimation für Rüstung und Krieg als Mittel imperialistischer Politik. Im einzelnen heißt das:

— Die atomare Rüstung hat auch für den Imperialismus die Gefahr der Selbstvernichtung erzeugt. Sie steht damit im Mittelpunkt eines Problembündels, das in seinem Zusammenhang das Überlebensproblem der Menschheit ist. Die heutige Monopolbourgeoisie ist zur ersten herrschenden Klasse einer Ausbeutergesellschaft in der Geschichte geworden, die zum Krieg keine prinzipiell positive Einstellung mehr haben kann. Das ist *die* entscheidende Zäsur in ihrer Interessenlage.

— Die entwickelten kapitalistischen Länder sind sowohl untereinander als auch gegenüber den sozialistischen Ländern, v.a. in Europa, nicht mehr kriegsfähig. Damit verliert auch der konventionelle Krieg an Bedeutung als Mittel von Politik. Das gilt auch für den Fall, daß die nukleare Abschreckung (in Europa)

überwunden wird, d.h. es gilt auch nach eventueller Abschaffung der Atomwaffen.

— Die ökonomischen Spielräume für Rüstung werden tendenziell geringer, belasten den Gesamtprozeß der kapitalistischen Reproduktion negativ und treten in schärfere Konkurrenz zu anderen, notwendigen Staatsausgaben.

— Die kooperativen Interessen gegenüber dem Sozialismus nehmen zu, v.a. auf wirtschaftlich-technologischem Gebiet, und stehen konfrontativen Interessen entgegen.

— Die politische Legitimation von Rüstung läßt nach. Bedrohungsvorstellungen, Feindbilder und der allgemeine Konsens zur Abschreckung werden immer brüchiger — bis in herrschende Eliten hinein. Gleichzeitig verliert in den entwickelten kapitalistischen Ländern der Militarismus als Unterdrückungs- und Integrationsinstrument an Bedeutung.

Das alles verleiht zivilen Kapitalinteressen größeres Gewicht. Das kapitalistische System ist offenbar in der Lage, aus sich heraus nicht nur aggressive Politik, sondern unter konkreten Bedingungen auch rationale Verhaltensweisen gegenüber existentiellen Gefährdungslagen, also auch zur Frage von Frieden und Abrüstung zu entwickeln.

Allerdings ist die imperialistische Realität davon heute noch weit entfernt. Es überwiegen Rüstungsinteressen und Denken und Handeln in den Kategorien militärischer Stärke. Die veränderte objektive Interessenverlagerung widerspiegelt sich noch ungenügend in imperialistischer Politik. Derzeit wächst sogar eine Tendenz, den durch INF gemachten ersten Schritt zu überkompensieren. Noch extremere, irrationale Reaktionen bis hin zu einer erneuten Konfrontationspolitik des „Sieg ist möglich“ sind zwar akut nicht zu erwarten, aber grundsätzlich nicht auszuschließen. Wo es Differenzierungen und realistische Ansatzpunkte gibt, entwickelt sich aus ihnen bisher noch keine durchsetzungs- und mehrheitsfähige politische Konzeption.

Die Hauptgefahr ist derzeit nicht, daß sich eine selbstmörderische nukleare Sieg-Strategie durchsetzt, sondern daß auch unter einer pragmatischer angelegten imperialistischen Politik der Stärke eine substantielle Wende zum Besseren ausbleibt und Rüstungsdynamik und die „Sachzwänge“ der Abschreckungslogik weiter den Vorrang behalten. Damit würde wertvolle Zeit verloren gehen.

5. *Dritte Welt — Imperialismus* Die Militarisierung der Dritten Welt schreitet rasch voran und ist überproportional groß. Durch horizontale Proliferation entstehen neue „kleine“ Atommächte. Die Zahl der Staaten, die im militärisch-politischen Sinn risikofreudig sind, steigt. Damit steigt auch das Risiko, daß lokale Konflikte in einen globalen eskalieren.

Die Kriegsbereitschaft imperialistischer Länder gegenüber der Dritten Welt ist unverändert groß und wird täglich praktiziert. Sie ist eine ernste Gefahr nicht nur für diese Länder, sondern auch für die ganze Menschheit v.a. wegen der Gefahr der Eskalation in einen Weltkrieg. Aber auch die Durchsetzung hegemonialer imperialistischer und neokolonialistischer Interessen gegenüber der Dritten Welt verliert tendenziell an Bedeutung gegenüber ökonomischen und politischen Mitteln. Selbst progressive Regimes in der Dritten Welt können mit ökonomischen Mitteln relativ leicht unter Druck gesetzt werden.

Die Zahl der Konflikte, die auf militärische Weise in dem einen oder anderen Sinne gelöst werden konnten, hat in den vergangenen 10 Jahren deutlich abgenommen zugunsten politischer Lösungen. Auch das bedeutet eine Entwertung des militärischen Faktors.

Trotzdem gibt es, z.B. in den USA, auch in Großbritannien und Frankreich, Versuche, Positionen militärischer Stärke gegenüber der Dritten Welt auszubauen. Der Rüstungsexport wird aus wirtschaftlichen und politisch-strategischen Gesichtspunkten intensiviert. Daran hat auch die BRD Anteil. Es gibt weiterhin direkte und indirekte Interventionen und ein Spekulieren auf Ausnutzung von Instabilitäten in diesen Ländern.

Dennoch ist bemerkenswert, daß sich aus diesen Entwicklungen kaum noch zusätzliche Legitimation für das enorme Ausmaß der Rüstungen in Europa gewinnen läßt.

6. *Militär-Industrie-Komplex* Für den MIK der BRD setzte mit dem Beginn der CDU-geführten Koalition eine qualitativ neue, expansive Entwicklungsphase ein. Mit der bevorstehenden Fusion von Daimler-Benz und MBB entsteht ein Rüstungsgigant, wie ihn die BRD noch nicht gekannt hat. Das verleiht vor allem der *Rüstungsindustrie* größeres Durchsetzungsvermögen. Wichtige Motive für diese Macht- und Kapitalzusammenballung sind die Vorbereitung auf die 3. Waffengeneration der Bundeswehr mit dem „Jäger 90“ im Mittelpunkt — mehrheitlich Projekte, die im Hochtechnologiebereich liegen, und die Vorbereitung auf eine intensivere westeuropäische Rüstungsoperation (auch in Großbritannien und Frankreich gibt es vergleichbare Entwicklungen) im Zuge der Bildung des westeuropäischen Binnenmarkts und der Stärkung des westeuropäischen militärischen Pfeilers der NATO.

Allerdings muß man auch sehen, daß nach dieser Fusion der Rüstungsanteil des neuen Konzerns bei ca. 15 Prozent liegen wird, daß also 85 Prozent zivile Produktion sind. Der rüstungsorientierte Teil des Industriekapitals wird dann ca. 3-4 Prozent des gesamten Industriekapitals ausmachen. Trotzdem ist es eine beunruhigende Tatsache, daß die — wenn auch begrenzten — Rüstungsinteressen z.B. von Daimler erheblich größere Durchsetzungskraft bekommen, wenn dieser Riesenkonzern sein ganzes Gewicht dafür in die Waagschale wirft. Die Steigerung des Rüstungsanteils ist in erster Linie wirtschaftlich begründet: es geht um hohe Profite und darum, daß die aus dem Einzelplan 14 mobilisierten Mittel eine Hilfsfunktion zur Finanzierung auch zivil verwendungsfähiger Produktlinien erfüllen und absehbaren Krisenerscheinungen in anderen Branchen vorbeugen sollen. Es handelt sich also eher um eine Anpassung des monopolistischen Rüstungskapitals an schwierigere Verwertungsbedingungen.

Allerdings weist die Interessenlage zwischen *Rüstungskapital* und *staatlichen Stellen* neben vielen grundsätzlichen Übereinstimmungen auch wachsende Widersprüche auf. Seit 1985 konnten die staatlichen Militärausgaben nicht im gewünschten Maß gesteigert werden, 1987 und 1988 gab es sogar einen deutlichen Knick. Zivile Staatsausgaben fielen dagegen höher aus als ursprünglich geplant. Projekte wie „Jäger 90“ finden keine ungeteilte politische und militärstrategische Unterstützung. Dieser Trend wird auch 1989 trotz mas-

siven Gegendrucks nicht eindeutig durchbrochen. Die finanziellen Spielräume für Rüstungsausgaben bleiben begrenzt.

Auch *sicherheitspolitisch* ist das Interesse an (konventioneller) Aufrüstung seitens der konservativen Koalition nicht widerspruchsfrei. Es gibt ein prinzipielles Ja zur Aufrüstung und zur militärischen Stärke, auch im Rahmen der Westeuropäisierung der Sicherheitspolitik, aber es gibt auch die Sorge, im Zuge des burden-sharing könnten auf die BRD zu viele Lasten abgewälzt werden, und sie könne von den USA eindeutiger als bisher die Funktion der rein konventionellen Abschreckung und Verteidigung zugeschoben bekommen und damit noch ein weiteres Stück der US-Nukleargarantie verlieren. Dagegen stehen Interessen der Bundesrepublik an Rüstungskontrolle und strategischer Stabilität auch in Europa. *Rüstungswirtschaftliche und sicherheitspolitische Interessen sind nicht kongruent. Fazit: Der MIK der BRD ist ein starker ökonomischer und politischer Machtfaktor, dessen Gewicht sogar noch zunehmen wird. Aber er übt bei der Bestimmung der ökonomischen und politisch-strategischen Grundlinien des SMK auch in der konservativ-reaktionären Variante nicht die führende Rolle aus.*

7. Die Regierungskoalition Die Konservativen sind z.Zt. auch in Fragen ihrer Rüstungs-, Militär- und Sicherheitspolitik in einem Anpassungsprozeß begriffen, der sich nicht in kosmetischen Operationen erschöpft.

Die Hauptströmung der Konservativen grenzt sich heute deutlicher als früher vom militärischen Kriegsführungsdenken ab. Sie hält aber am Gewaltdenken, v.a. an Doktrin und Praxis der atomaren Abschreckung fest. Mit dem Wegrutschen bisheriger Feindbilder und Bedrohungslegenden kommt sogar der harte Kern ihres Abschreckungs- und Aufrüstungsdenkens deutlicher zum Vorschein: Abschreckung wird offen zum friedens- und sicherheitsstiftenden Prinzip erklärt, das trotz aller Abrüstungschancen zur Not auch einseitig erhalten werden muß und nicht wegverhandelbar sein soll. Dies ist die Basis z.B. für die im Prinzip positive Haltung zur sog. nuklearen „Modernisierung“ und für den harten Widerstand gegen jede Tendenz der Denuklearisierung Westeuropas.

Gleichzeitig mehren sich aber auch Verunsicherung, Differenzierungen und Widersprüchlichkeiten innerhalb der Koalition und innerhalb von CDU/CSU. Wer den Beschluß des CDU-Parteitags 1988 zur Sicherheitspolitik aufmerksam liest, findet neben altem Denken in Blockstrukturen und Kategorien einseitiger Sicherheit auch neue Töne: Gemeinsame Sicherheit wird abgelehnt, es wird aber anerkannt, daß auch die Gegenseite legitime Sicherheitsinteressen hat, die in einem System „gegenseitiger Sicherheit“ Anerkennung finden müßten. Daraus spricht der Wunsch, die atomare Abschreckung zwar beizubehalten, ihre Risiken aber möglichst einzudämmen.

Auf der Basis solch widersprüchlicher Positionen reicht in der Regierungskoalition das Spektrum heute von ultrakonservativen Hardlinern, die Beschränkungen militärischer Stärke generell ablehnen, bis zu realistischeren Kräften z.B. um Genscher, die gegen „Modernisierung“ und für konventionelle Abrüstung sind und die sich mit Forderungen nach „Kooperativen Sicherheitsstrukturen“ der SPD-Konzeption der Gemeinsamen Sicherheit annähern.

Fazit: Die Haupttendenz in Sachen Rüstung und militärische Stärke ist immer noch *negativ*, aber nicht mehr auf völlig gleiche Weise. Sie bewegt sich in einem Feld *wachsender Widersprüche* und wird davon beeinflusst. Insofern ist die *Situation* in gewisser Weise *offen*. Sie bietet *Ansatzpunkte auch für Abrüstung*. Es gibt große Gefahren und auch Chancen. Es kommt alles darauf an, die Konfliktfelder, auf denen sich der Kampf um Frieden und Abrüstung am meisten erfolgversprechend entwickeln kann, konkret zu bestimmen und den *subjektiven Faktor* dafür zu mobilisieren.

Chancen der Abrüstung und die politische Realität

Georg Grasnick

Zunächst einige Bemerkungen zur internationalen Lage. Ich stimme mit Jürgen Reusch überein, daß die gegenwärtige Entwicklung widersprüchlich verläuft. Zweifellos vollzieht sich — im Vergleich zur ersten Hälfte der 80er Jahre — eine Wende von der Konfrontation zur Entspannung. Zweifellos vollzieht sich aber auch eine Verhärtung des Widerstandes einflußreicher militaristischer Kreise im Imperialismus gegen diesen Prozeß.

Die akute Gefahr eines alles vernichtenden Krieges ist gebannt. Aber die Hochrüstung ist noch nicht gestoppt. Und die Gefahr des Ausbruchs eines nuklearen Infernos infolge technischen oder menschlichen Versagens ist keineswegs ausgeschlossen.

Der Einstieg in die nukleare Abrüstung ist vollzogen. Aber die Abrüstungsgegner wollen die Ergebnisse des INF-Vertrages durch „Modernisierung“ und Kompensierung paralisieren. Ihr Sinnen geht dahin zu verhindern, daß der eingeleitete Abrüstungsprozeß unumkehrbar wird. Mit einem neuen Wetttrüsten möchten sie den Sozialismus zermürben.

Hinsichtlich der regionalen Konflikte zeichnet sich die Tendenz politischer Lösungen ab. (Waffenstillstand Iran-Irak; Ansätze für eine Lösung des Nahost-Problems; schrittweise Regelung der Afghanistan- wie auch der Kampuchea-Frage; Schritte zur Beseitigung des Konflikts in Namibia). Aber die Anti-Kräfte ruhen nicht; sie sind bestrebt, ihre reaktionären Absichten zum Zuge zu bringen.

Die Rolle der UNO wird deutlich aktiviert; die Weltorganisation als Instrument der Vermittlung und Friedensstiftung wird aufgewertet. Aber auch hier sind — beispielsweise mit der Verweigerung der Einreise Yasser Arafats in die USA zur UNO-Tagung — Störfaktoren nicht zu übersehen.

Der Dialog hat sich als politische Institution im internationalen Leben — gegenüber Sprachlosigkeit bzw. ideologischem Krieg während der Konfrontation — durchgesetzt. Er ist schon nicht mehr aus den zwischenstaatlichen Bezie-

hungen wegzudenken. Von besonderem Gewicht ist dabei ganz sicher die Verstärkung und Befestigung des Dialogs zwischen der UdSSR und den USA.

Mit einem Satz: Die objektiven Bedingungen für eine Gesundung der internationalen Lage sind heute günstiger als in den Jahren zuvor.

Große Abrüstungsinitiative der UdSSR

Von dieser Warte aus — einige Bemerkungen zu den Chancen der Abrüstung heute. Diese Chancen erhalten einen außerordentlichen Auftrieb durch die eben bekanntgewordene hervorragende Initiative der UdSSR für eine einseitige radikale Reduzierung ihrer Streitkräfte um 500000 Mann, 10000 Panzer, 8500 Artilleriesysteme und 800 Kampfflugzeuge.

Mit dieser „Großen Initiative“ — um einen Begriff Lenins auf die Abrüstungsproblematik anzuwenden — demonstriert die Sowjetunion neues Handeln im Interesse des Friedens und der Sicherheit der Völker. „Die Initiative bleibt bei Moskau“, kommentieren heute bürgerliche Zeitungen.

Was zeigt diese Initiative?

Einmal den Weg und das Beispiel, wie das von der UdSSR der Welt dargelegte Friedensprogramm zielstrebig verwirklicht werden kann. Wie wird die NATO reagieren?

Weiter offenbart dieser Schritt, welche Chancen die Menschheit, besonders Europa, hat, um sich von Rüstungen und Waffen zu befreien. Wie werden jene antworten, die so oft von einer „europäischen Friedensordnung“ gesprochen haben?

Und schließlich eröffnet sich mit der Reduzierung von Waffen und Streitkräften die Chance, beträchtliche Mittel einzusparen, die für die Lösung globaler Menschheitsprobleme (Ökologikrise, Unterentwicklung usw.) sinnvoll eingesetzt werden könnten.

Wird man also über den Hunger hunderter Millionen weiter debattieren oder der Unterentwicklung generell und in systemübergreifender Kooperation den Kampf ansagen?

Für unser Ringen in einer Region, in der die Konzentration von Massenvernichtungswaffen besonders extrem ist, vermittelt die jüngste UdSSR-Initiative wichtige Impulse. Einige Aspekte:

Erstens steuert diese Initiative Kurs auf den Einstieg auch in die konventionelle Abrüstung. Schon in quantitativer Hinsicht bedeutet das einen bahnbrechenden Schritt.

Zweitens leitet sie in qualitativer Hinsicht seitens der sowjetischen Streitkräfte eine Wende vom — wie Michail Gorbatschow sagt — „Prinzip der Überrüstung zum Prinzip der vernünftigen Hinlänglichkeit der Verteidigung“, — zur strukturellen Angriffsunfähigkeit ein. Die Sowjetunion hat zu diesem Problem nicht viele Worte gemacht; sie handelt.

Drittens bedeutet diese Initiative eine wesentliche Unterstützung, ja eine Herausforderung für die bevorstehenden Wiener Verhandlungen der 23er Gruppe, also der Mitgliedsstaaten des Warschauer Vertrages bzw. der NATO im KSZE-Prozeß.

Viertens wird diese Abrüstungsinitiative die Akzeptanzkrise der Doktrin der nuklearen Abschreckung vertiefen, einer Doktrin, die sich mit Hilfe des Arguments von einer „konventionellen Überlegenheit des Ostens“ zu legitimieren versucht. Es ist auch damit zu rechnen, daß die Erosion der antikommunistischen Bedrohungslegende weiter befördert wird.

Fünftens bietet diese Abrüstungsinitiative eine günstige Gelegenheit, die als „Modernisierung“ bezeichneten weiteren Aufrüstungsabsichten der NATO zu entschleiern. Für Mitte des Jahres 1989 ist das NATO-Gesamtkonzept zur Abrüstungsfrage angekündigt. Sein Inhalt wird an der neuen sowjetischen Initiative gemessen werden: Berücksichtigt es die Lebensinteressen der Völker oder ist es ein Schlag gegen die Überlebensinteressen und -erfordernisse der Menschheit.

Verantwortung der beiden deutschen Staaten

Für mich, der ich aus der DDR komme, verbinden sich damit eine Reihe zusätzlicher Fragen.

Bekanntlich enthält das anlässlich des offiziellen BRD-Besuchs Erich Honeckers am 8. September 1987 in Bonn unterzeichnete Gemeinsame Kommuniqué die Festlegung, daß die beiden deutschen Staaten „angesichts einer sich aus der gemeinsamen Geschichte ergebenden Verantwortung besondere Anstrengungen für das friedliche Zusammenleben in Europa unternehmen müssen.“

Aber — wie vereinbaren sich die darin formulierten „besonderen Anstrengungen“ mit dem Einschwenken der Bundesregierung auf das NATO-Konzept einer „Modernisierung“ von Nuklearwaffen? Wie vereinbart sich die erklärte Absicht, „für das friedliche Zusammenleben in Europa“ zu wirken, mit dem ebenfalls erklärten Standpunkt, an der Doktrin der „nuklearen Abschreckung“ und damit — und das bedeutet es doch — am Feindbild festhalten zu wollen?

Im erwähnten Kommuniqué wird von der Übereinstimmung beider Seiten gesprochen, „daß Fortschritte bei der nuklearen Abrüstung die konventionelle Abrüstung mit dem Ziel größerer Sicherheit und Stabilität in Europa vom Atlantik bis zum Ural besonders dringlich machen.“

Bedauerlicherweise ist festzustellen, daß die Bundesregierung in der ersten Reaktion auf die einseitige sowjetische Abrüstungsinitiative ein „Ja — aber“ vernehmen läßt und im gleichen Atemzug verkündet, daß eine dritte Null-Lösung bei nuklearen Kurzstreckenwaffen ebensowenig in Betracht käme wie eine Denuklearisierung Europas.

Das Festhalten der Bundesregierung an der Abschreckungsdoktrin ist für jegliche Abrüstung zutiefst kontraproduktiv. Das schließt logischerweise die Mithilfe bei der „Modernisierung“ atomarer Waffen — der Einführung neuer atomarer Kurzstreckenwaffen, der Einführung einer sogenannten Kurzstreckenwaffe mit einer Reichweite von 500 Kilometern, der Stationierung neuer atomarer Abstandswaffen, der Stationierung luft- und seegestützter Cruise Missiles usw. — ein.

Wenn sich hierhinter die Absicht verbirgt, dem Sozialismus mit einer Politik der Stärke gegenüberzutreten, ihn unter Druck setzen, ihn gar unter kapitalistischen Reformdruck setzen zu wollen, so ist das nicht nur eine Bedrohung der Völker in den sozialistischen Ländern.

Die Variante, einen neuen Schub des Wettrüstens in Bewegung zu setzen, ist ein Spiel mit dem atomaren Feuer, das jene, die es legen, mit versengen würde.

Die DDR wird, daran sollte kein Zweifel bestehen, entsprechend Geist und Buchstaben des Gemeinsamen Kommuniqués vom 8. September 1987 auf Fortschritte und Ergebnisse in den Abrüstungsverhandlungen hinarbeiten. Beide deutsche Staaten, die DDR und die BRD, stehen gemäß diesem Kommuniqué in der Pflicht, „bei den bilateralen Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und den USA konstruktiven Einfluß aus(zu)üben.“ Das ist für die DDR verbindlich. Es entspricht ihrem ganzen bisherigen Weg in den vergangenen 40 Jahren. Für die BRD wäre die Treue gegenüber offiziell erklärter Absicht nützlich, um nicht erst später unter dem Druck der weiter an Stärke gewinnenden friedliebenden Öffentlichkeit zu einem Einschwenken auf Positionen des Realismus veranlaßt zu werden.

Die Chancen für Abrüstung jetzt zu nutzen erfordert, daß beide deutsche Regierungen sich für den baldigen Abschluß eines Vertrages über die 50 %ige Reduzierung der strategischen Offensivwaffen und die Festigung des ABM-Vertrages einsetzen. Das erfordert weiter, einen Modernisierungsverzicht für Kernwaffen und die schrittweise Beseitigung der nuklearen Kurzstreckenwaffen zu erreichen. Das erfordert ferner den Abbau der Asymmetrien auch seitens der NATO, wie es die Warschauer Vertragsstaaten vorgeschlagen haben. Schließlich wäre es eine große Initiative der Regierung der BRD, wenn sie den Vorschlag von SED und SPD für die Schaffung einer Zone der Sicherheit und des Vertrauens aufgriffe und konstruktiv beantwortete. Wenn sie also dafür einträte, besonders offensivfähige Waffensysteme aus einem zu vereinbarenden Streifen entlang der Berührungslinie von NATO und WVO zu entfernen, die Zahl der an Manövern teilnehmenden Soldaten rapide zu reduzieren und dazu getroffene Vereinbarungen einer strengen Kontrolle zu unterziehen.

So könnte das im Gemeinsamen Kommuniqué formulierte Credo „Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg, von deutschem Boden muß Frieden ausgehen“ durch praktische Politik mit Leben erfüllt und dem Leben der Menschen dienstbar gemacht werden.

Wachsende Rolle der Öffentlichkeit

Wenn es jetzt darum geht, im Abrüstungsprozeß keine Pause zuzulassen, dann ist das nicht allein unter dem Gesichtspunkt der Verhandlungen zwischen den Staaten zu sehen. Außer dem staatlichen Bereich sind die Aktivitäten der gesellschaftlichen Kräfte, der Friedensbewegung gefragt. Immer höheres Gewicht erhält die Rolle der internationalen Öffentlichkeit. Dieses Gewicht kann, wie die Erfahrungen lehren, fördernd auf den Verlauf der Verhandlungen einwirken.

In unserer Zeit gewinnt die Rolle der Öffentlichkeit aus mehreren Gründen einen höheren Stellenwert.

Erstens üben gesamtgesellschaftliche Interessen zunehmend Einfluß auf das Massenbewußtsein aus: die qualitativ neue Dimension der Friedensfrage, die ökologische Krise, die Unterentwicklung in der „Dritten Welt“. Die Sensibilisierung zu diesen globalen Menschheitsproblemen oder gesamtgesellschaftlichen Interessen hat sich ausgeprägt. Den Menschen wird die Wendesituation, vor der sie stehen, mehr und mehr bewußt, weil gegenständlich.

Zweitens verstärken sich gruppenübergreifende Komponenten im Massenbewußtsein. Die durch die wissenschaftlich-technische Revolution herbeigeführten Veränderungen in der sozialen Struktur der kapitalistischen Gesellschaft führen zum Abbau früherer Abgrenzungen zwischen sozialen Schichten und Gruppen. Das bedeutet keine Einebnung oder Überwindung der Klassen. Es bewirkt jedoch tendenziell — von unterschiedlichen sozialen Interessen her — ein stärkeres Bewußtwerden vor allen von Überlebenserfordernissen. Auch dieser Prozeß reflektiert sich in der Öffentlichkeit.

Drittens ist das Bildungsniveau der Menschen gegenüber der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts gewachsen. Die Entwicklung moderner Produktivkräfte verlangt dies und hat dies zugleich zum Ergebnis. Damit hat sich aber die Möglichkeit und die Fähigkeit von mehr und mehr Menschen erhöht, die Situation in der Gesellschaft, die sie bedrohenden Gefahren sachlicher und sachkundiger einzuschätzen.

Viertens tragen auch die Massenmedien objektiv dazu bei, die Vielfalt von Fragen der Entwicklung der Gesellschaft zu erkennen bzw. zu „durchschauen“. Natürlich werden imperialistische Medien ihre klassenmäßige Darstellung von politischen Entwicklungen, Ereignissen und ihren Zusammenhängen geben. Selbstverständlich werden sie stets ihre Aufgabe darin sehen, den einzelnen für ihre klassenmäßige Darstellung einzunehmen und in das System zu integrieren. Zugleich sehen auch diese Medien, wesentlich aus Gründen der Selbsterhaltung ihres Systems, sich veranlaßt, diese Grundfragen tangierenden Probleme aufzuwerfen und zu behandeln. Insofern werden globale Menschheitsprobleme transparent.

Für die Verteidigung humanistischer Werte und Ideale — Frieden, internationale Solidarität, Reduzierung der Rüstungen, Welt ohne Krieg — entstehen günstigere Bedingungen. Die Friedensbewegung hat mit ihren Aktionen diese Werte für Millionen und aber Millionen bewußt gemacht.

Was sich in der Entwicklung eines qualitativ neuen Problembewußtseins in der Bevölkerung der BRD herausgebildet hat, ist wohl am besten durch Vergleiche mit der Situation vor zehn oder 30 Jahren zu begreifen.

Sicher — es hat in den 50er oder 70er Jahren machtvolle Aktionen gegeben: gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr, für die auf Entspannung orientierte Politik der SPD-geführten Bundesregierung. Und dennoch haben wir es heute mit einer neuen Qualität zu tun: mit dem Engagement der SPD und der Gewerkschaften in der Friedensbewegung; mit dem Wirken berufsspezifischer Friedensgruppen der Naturwissenschaftler, der Pädagogen, der Sportler, der Juristen; mit der Sachkunde, dem Sachverstand in der Friedensbewegung; mit Positionsgewinnen nicht zuletzt in elektronischen Massenmedien in Form der Darstellung der Friedensproblematik.

Vorbei sind die Zeiten, da die Friedensbewegung als „Filiale Moskaus“ und ihre Anhänger als „nützliche Ideologen“ verleumdet worden sind. Die Artikulierung von Überlebenswillen hat im Bewußtsein vieler Menschen tiefe Spuren hinterlassen, hat ein stabiles Friedensbewußtsein erzeugt.

Die Ergebnisse von Umfragen bürgerlicher Meinungsforschungsinstitute zu Problemen wie Abrüstung, Bedrohungslegende, Frieden über mehrere Jahrzehnte verglichen, offenbaren, daß sich in dieser Hinsicht außerordentlich positive Entwicklungen vollzogen haben.

Wenn heute in der Auseinandersetzung um die Grundfrage Krieg-Frieden immer wieder die internationale Öffentlichkeit als Faktor zitiert und in Rechnung gestellt werden muß, so haben die hier dargelegten Momente und Prozesse zweifellos wesentlichen Anteil an dieser Tatsache.

Anmerkung in der Diskussion: Zu den Motiven sowjetischen Abrüstungswillens

Läßt sich der Sozialismus, lassen sich die Sowjetunion und die anderen Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrages bei ihren Abrüstungsinitiativen von ökonomischen Zwängen leiten?

Es wäre falsch, diesen Aspekt zu verabsolutieren. Es liefe darauf hin, den Zusammenhang von Sozialismus und Frieden zu vergessen.

Der sozialistische Staat ist natürlich von Beginn einer Existenz an daran interessiert, die Ausgaben für Zwecke der Rüstung, für die Verteidigung so gering wie möglich zu halten. Der Aufbau der neuen Gesellschaft, die Erfüllung des Sinns des Sozialismus braucht alle verfügbaren Ressourcen und Mittel. Und er braucht günstige äußere Bedingungen. Deshalb ist das Wirken Lenins gegenüber den imperialistischen Staaten von Anfang an mit der Idee und Politik der friedlichen Koexistenz und der allgemeinen Abrüstung verbunden.

Vor allem resultieren die Abrüstungsinitiativen des Sozialismus heute wie in den vergangenen Jahrzehnten aus dem humanistischen Wesen des Sozialismus und der Arbeiterklasse. Anknüpfend an Marx formulierte Lenin das Ideal des Sozialismus — die Abrüstung, die Entwaffnung. Mit der Sozialistischen Oktoberrevolution wurde, wie Lenin feststellte, auch im Kampf um den Frieden eine neue Epoche eingeleitet. Die historische Mission der Arbeiterklasse, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu beseitigen, erweitert sich in dem Sinne, auch der Ausrottung des Menschen durch den Menschen in verheerenden imperialistischen Kriegen ein Ende zu bereiten. Heute, unter den Bedingungen des Nuklearzeitalters, ist der letztgenannte Aspekt dieser Mission besonders akut. Und sie ist zu erfüllen bei weiterer Existenz des kapitalistischen Systems.

Der antimilitaristischen Tradition getreu hat die revolutionäre Arbeiterbewegung und ihre Vorhut den Kampf gegen die vom deutschen Imperialismus angezettelten beiden Weltkriege in unserem Jahrhundert geführt. Das Kräfteverhältnis war noch nicht so, um die aggressiven Kräfte des Imperialismus zurückzudrängen. Heute ist mit der von der Sowjetunion bzw. dem Warschauer Pakt erzwungenen militärstrategischen Parität eine qualitativ neue Lage gegeben. Das erwähnte Leninsche Ideal wird heute von der KPdSU, wie M. Gorba-

tschow betonte, in der Gestaltung einer Welt ohne Gewalt und Krieg gesehen.

Dabei übersieht wohl niemand, daß maßgebliche Kreise des Imperialismus von einer Welt ohne Sozialismus oder, anders ausgedrückt, von sozialer Revanche gegen den Sozialismus träumen. Manche leiten sogar aus den Problemen, die sich für den Umgestaltungsprozeß in der UdSSR ergeben, die spekulative Schlußfolgerung ab, daß die Zeit günstig sei, um so oder so — mit erpresserischen Forderungen oder militärischem Druck — soziale Revanche in Angriff zu nehmen.

Bekanntlich hat die Sowjetunion ungleich härtere Prüfungen bestehen müssen: den Interventionskrieg von 14 imperialistischen Mächten, den faschistischen Überfall bzw. Vernichtungskrieg. Wie oft wurde das Schicksal des realen Sozialismus von seinen Feinden in den düstersten Farben gemalt.

Die große historische Aufgabe des Umgestaltungsprozesses in der Sowjetunion wird eine Stärkung des Sozialismus und des Friedenspotentials zum Ergebnis haben. Die Sicherung dieses Prozesses und des Friedens nicht nur für die Völker der sozialistischen Staaten hat die militärstrategische Parität zum Unterpfand. Sie ernüchtert militaristische Heißsporne. Sie wird als Faktor von den Gegnern des Sozialismus akzeptiert.

Die NATO rüstet weiter — Atomwaffenprogramme der neunziger Jahre

Wolfgang Bartels

Ich halte die bisherige Diskussion des Themas nukleare Abrüstung auf seiten der NATO leider für viel zu optimistisch. Es mag sein, daß sich die Bourgeoisie ändert — aber das Militär ändert sich nicht. Es hat sich noch nicht geändert, und auch das Denken des Militärs, das militärische Denken, hat sich noch lange nicht geändert.

Wenn hier schon Formulierungen gebraucht werden, wie: „Was machen wir nach der Abrüstung der NATO?“, dann möchte ich darauf aufmerksam machen, daß die NATO mit der Abrüstung nicht einmal wirklich begonnen hat. Vielleicht abgesehen von den hundert Flugzeugen, die die NATO in den letzten zwölf Monaten verloren hat, aber nicht durch Abrüstung, sondern durch Abstürze. Vor allem hat die NATO noch nicht begonnen, wirklich atomar abzurüsten. Auch diese Formulierung habe ich heute schon einige Male gehört. Das ist eine der größten Illusionen, die gerade in der Friedensforschung nicht auftauchen sollte. Und es ist leider auch nicht so, daß wir uns jetzt mehr auf die sogenannte „konventionelle“ Rüstung konzentrieren könnten.

Die NATO hat zwar zähneknirschend auf die Cruise Missiles und die PERSHING II verzichtet (deren Abzug übrigens erst begonnen hat), nicht aber auf ihre Strategie. Die Strategie der NATO ist gleich geblieben. Ihr Kernstück lautet: Der Gegner muß nuklear bedroht und muß notfalls auch nuklear angegriffen werden.

Die NATO und die USA wollen nach wie vor Nuklearwaffen, mit denen von westeuropäischem Boden aus strategische Ziele in der Sowjetunion erreicht werden können. Die nun zur Verschrottung anstehenden landgestützten Nuklearsysteme mittlerer Reichweite sollen daher ersetzt werden durch luft- und see-gestützte Systeme bzw. durch „modernisierte“ Kurzstreckensysteme. Das wird für die nächsten Auseinandersetzungen um Abrüstung oder Aufrüstung eines der großen Themen sein.

Ich möchte dazu etwas zitieren aus einer „Konzeption für eine strategisch gedeckte Sicherheitspolitik“, die Staatssekretär Dr. Lothar Rühl seinem Verteidigungsminister vorgelegt hat. Rühl hat seinem Minister empfohlen, die NATO müsse „Mittel der flexiblen Nuklearreaktion behalten, mit denen sie von Europa aus militärische Ziele von Bedeutung auf sowjetischem Gebiet eindringlich und wirksam bekämpfen könnte“. Es handele sich dabei nicht um einen Ersatz der LRINF-Systeme (weitreichende Mittelstreckensysteme) oder um eine Kompensation, die das INF-Abkommen aushöhlen soll, sondern „um die Nutzung der von diesem Abkommen freigelassenen Möglichkeiten, flexible und selektive Nuklearoptionen für die Eskalation mit regionalen Nuklearstreitkräften bereitzuhalten“. Dafür seien „neben see- und luftgestützten Marschflugkörpern ausreichender Reichweite auch Kampfflugzeuge mit Luft-Boden-Abstandswaffen vorzusehen“.

Soweit diese Vorstellungen von Staatssekretär Rühl zu einer Konzeption für eine „strategisch gedeckte Sicherheitspolitik“. Von Abrüstung oder auch nur nuklearer Abrüstung ist da natürlich überhaupt keine Rede. Ich möchte auf einige dieser Systeme, die in Frage kommen und gegenwärtig in der NATO diskutiert werden, oder mit deren Stationierung schon begonnen wurde, eingehen.

Der US-Kongreß hat mit dem Verteidigungshaushalt 1989 ausdrücklich beschlossen: „Die Modernisierung der Nuklearwaffen mit kürzerer Reichweite ist ein fortlaufender Prozeß ... Dieses Programm, das vor der Ratifizierung des INF-Vertrages für die NATO eine hohe Priorität hatte, ist nun nach der Ratifizierung genauso wichtig.“

Zur Zeit am meisten im Zentrum der Diskussion steht die LANCE-Nachfolge. LANCE ist eine Kurzstreckenrakete mit einer Reichweite von rund 120 Kilometern. Meistens wird gesagt, in Westeuropa stehen 88 dieser Raketen. Diese Angabe ist jedoch irreführend. Es stehen 88 Werfer in Westeuropa, für die 695 Raketen vorhanden sind, und zwar bei den US-Streitkräften, bei der Bundeswehr sowie bei den britischen, belgischen, niederländischen und italienischen Streitkräften. Für die LANCE-Raketen wurden übrigens auch Neutronensprengköpfe produziert, die in den USA eingelagert sind. Nun soll LANCE ersetzt werden durch ein Nachfolgesystem, dessen Reichweite bis un-mittelbar an die untere Grenze des INF-Vertrages herangeht, also knapp 500 Kilometer betragen wird.

Im US-Haushalt 1989 wurden die ersten 15 Millionen Dollar für die Entwicklung bereitgestellt. Interessant ist, daß der Senat diesen Haushaltsposten zur Hälfte gesperrt hat, und zwar mit folgender Begründung: Der Senat unterstütze zwar die vorgesehene Modernisierung der landgestützten Nuklearwaffen

kurzer Reichweite der NATO. Jedoch stelle er auch fest, daß es bei den NATO-Partnern Unsicherheiten über die Zeitplanung und die Zusammensetzung des Modernisierungsprogramms gäbe. Daher sei es notwendig, die Alliierten zu binden und zur Finanzierung heranzuziehen. Dementsprechend forderten die US-Vertreter bei der Tagung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO Ende Oktober 1988, die Europäer sollten 50 Prozent der Kosten der LANCE-„Modernisierung“ übernehmen. Mit anderen Worten: Die Bundesrepublik soll sich an den Kosten der neuen Nuklearrakete beteiligen. Damit besteht die Gefahr, daß die Bundesrepublik Deutschland als treuester NATO-Partner unmittelbare Mitverantwortung für eine neue Runde der atomaren Hochrüstung übernimmt.

Die größten Chancen für die LANCE-Nachfolge hat das „Army Tactical Missile System“ (ATACMS), das bereits in einer konventionellen Variante entwickelt ist. Betrieben werden könnte dieses System auf der Grundlage des MLRS-Raketenwerfers, der ebenfalls bereits eingeführt ist.

In diesem Zusammenhang möchte ich anmerken, daß wir es hier generell mit Waffensystemen zu tun haben, die sowohl „konventionell“ wie auch nuklear und chemisch einsetzbar sind. Von daher halte ich das Gerede von der „Konventionalisierung“, den Glauben, daß „konventionelle“ Waffen weniger schlimm seien als nukleare, die feinsinnige Differenzierung von nuklearen und „konventionellen“ Waffen oder von nuklearer und „konventioneller“ Rüstung für einen der gefährlichsten Irrtümer, den sich auch große Teile der Friedensbewegung haben aufschwätzen lassen. Es wird ganz einfach verwischt, daß es hier um Waffensysteme geht, die für alle Möglichkeiten einsetzbar sind: Konventionell, nuklear und chemisch. Man kann mit Artilleriehaubitzen auch nuklear schießen, man kann mit Flugzeugen „konventionelle“ Bomben und eben auch Atombomben fliegen. Ich plädiere dafür, daß wir dieses Verwirrungsmanöver nicht mitmachen.

Die nukleare Artillerie — das wäre das nächste Beispiel für die nukleare Aufrüstung — wird ebenfalls modernisiert. Für die Haubitzen vom Kaliber 155 und 203 Millimeter werden zur Zeit neue Atomgranaten mit einer auf 30 Kilometer vergrößerten Reichweite eingeführt. Die neuen Sprengköpfe haben es jedoch auch in anderer Hinsicht in sich: Durch Einschieben eines Tritium-Moduls lassen sie sich zu Neutronen-Sprengköpfen umwandeln. Für die 203-Millimeter-Artillerie lagern die entsprechenden Granaten bereits in den Depots in der Bundesrepublik — und für alle wurden die Tritium-Module gleich mitproduziert. Während wir also vor zehn Jahren eine große Auseinandersetzung um die Neutronenwaffe hatten, sind diese Waffen inzwischen ohne große öffentliche Thematisierung stationiert worden — und diese Stationierung soll in den nächsten Jahren weitergehen.

Eine weitere Möglichkeit, den INF-Vertrag zu umgehen, wird die Stationierung zusätzlicher Nuklear-Bomber sein. Der britische Verteidigungsminister George Younger empfahl bereits unmittelbar nach Unterzeichnung des INF-Vertrages, in Großbritannien zusätzliche F-111-Bomber zu stationieren, um die Mittelstreckenraketen zu kompensieren. Die F-111 ist ein strategischer Bomber mit einer Reichweite bis zu 5000 Kilometern. Bereits jetzt sind F-111-Bomber der US-Luftwaffe auf britischen Flugplätzen stationiert, ausgerüstet mit Atom-

bomben. In Zukunft soll dieses Flugzeug mit nuklearen Luft-Boden-Raketen kürzerer Reichweite ausgestattet werden, sogenannten SRAM-Raketen. Sechzig dieser FB-111-Bomber mit je sechs SRAM-Raketen hat die US-Luftwaffe bereits.

Eine weitere Variante ist die „Kampfwertsteigerung“ des alten B-52-Bombers. Dieses Flugzeug hat eine Reichweite von 20000 Kilometern. Jeder dieser Bomber kann umgerüstet werden, zwölf luftgestützte Marschflugkörper, sogenannte „Air-Launched Cruise Missiles“ (ALCM), zu tragen. Und auch der neue B-1B-Bomber, der jetzt in die militärische Verwendung geht, obwohl schon drei abgestürzt sind, ist als Träger für je 22 luftgestützte Marschflugkörper vorgesehen. Im Einsatzfall würden diese Flugzeuge im Tiefflug an die Grenzen des Warschauer Paktes heranfliegen, dort würden sie ihre Flugkörper abwerfen, die dann mit einer zusätzlichen Reichweite bis zu 2500 Kilometern ihre strategischen Ziele im Innern der Sowjetunion punktgenau finden könnten. Insgesamt sollen 3300 dieser ALCM an die US-Luftwaffe ausgeliefert werden. Bis 1990 soll die Beschaffung abgeschlossen sein. Das heißt: Es werden rund 600 landgestützte Systeme abgezogen, aber dafür 3300 neue luftgestützte beschafft. Das hat die NATO zwar noch nicht offiziell beschlossen, aber die Beschaffung bei den US-Streitkräften läuft bereits auf Hochtouren. Es kommt dazu, daß seit einem Jahr die B-52-Bomber ständig über dem Gebiet der Bundesrepublik üben. Sie fliegen über Ramstein ein, bleiben drei Wochen dort und unternehmen von da aus ihre Übungsflüge.

Eine weitere Variante ist die Stationierung eines weiterentwickelten F-15-Bombers, der F-15E-„Strike Eagle“. Die F-15, wie sie heute in Bitburg stationiert ist, hat eine Reichweite von 2000 Kilometern und dient vor allem als Jäger, kann jedoch auch als Bomber eingesetzt werden, angeblich nur in „konventioneller“ Rolle, aber natürlich kann dieses Flugzeug auch mit Atombomben eingesetzt werden. Die US-Luftwaffe will 392 nukleare „Strike Eagle“ beschaffen. Jedes Flugzeug soll fünf freifallende Atombomben vom Typ B-61 tragen, die es auch im Überschallflug absetzen kann. Rund 3000 dieser Bomben hat die US-Luftwaffe in ihre Arsenale aufgenommen. Eine der ersten Reaktionen des Pentagon auf die Unterzeichnung des INF-Vertrages war, daß die Fertigstellung und Stationierung der ersten F-15E von 1991 auf 1989 vorgezogen wurde. Als Stationierungsorte werden ein Flugplatz in Großbritannien und ein Flugplatz in der Bundesrepublik genannt. Letzterer wird aller Voraussicht nach Bitburg sein, weil dort die Infrastruktur für diesen Flugzeugtyp bereits vorhanden ist.

Zusätzlich zu den bereits vorhandenen Atombomben und luftgestützten Marschflugkörpern werden sogenannte „Abstandsflugkörper“ kürzerer Reichweite entwickelt. Das ist ein Feld, das noch relativ offen ist und auf dem auch einige westeuropäische NATO-Partner Entwicklungen betreiben. Ein Gemeinschaftsprojekt westeuropäischer und amerikanischer Firmen ist die „Modulare Abstandswaffe“ (MSOW), die mit ihrer nuklearen Version eine Reichweite von 600 Kilometern erreichen könnte. In britisch-französischer Kooperation wird ein luftgestützter Marschflugkörper entwickelt mit einer Reichweite von 500 Kilometern, der für den TORNADO und die MIRAGE verwendet werden

könnte. Dann hätten wir also eine französisch-deutsch-britische Militär-Kooperation in einer weiteren Dimension. Hierher gehört auch die SRAM für den B-1B-Bomber, die ich bereits erwähnte.

Zu dieser nuklearen Aufrüstung auf dem Land und in der Luft kommt noch alles, was sich auf dem Wasser abspielt. Für die U-Boote und die Schlachtschiffe der US-Navy werden Marschflugkörper entwickelt. Die US-Navy plant, 4068 seegestützte Cruise Missiles (SLCM) zu beschaffen, rund 1000 davon in einer nuklearen Version. Die Stationierung dieser Waffen hat bereits 1984 begonnen. Das Pentagon plant, einige dieser Schiffe, die bisher dem NATO-Bereich Atlantik unterstellt sind, dem NATO-Bereich Europa zuzuordnen, damit diese seegestützten Marschflugkörper auf dem europäischen Kriegsschauplatz zur Verfügung stehen.

Alles deutet darauf hin, daß die nukleare Aufrüstung der NATO ungebrochen weitergeht. Der britische Friedensforscher Dan Plesch hat einmal zusammengerechnet, wie groß das Nuklearwaffenarsenal der NATO in den neunziger Jahren sein wird, wenn diese Pläne verwirklicht werden. Das wären also 1300 neue luftgestützte Marschflugkörper, 600 neue bodengestützte Raketen (LANCE-Nachfolger), 400 neue Artilleriegranaten (neutronenfähig) vom Kaliber 155 Millimeter. Zusammen sind das 2300 neue Nuklearwaffen. An „modernisiertem“ Arsenal sind bereits vorhanden: 800 Atombomben, 190 atomare Wasserbomben und 200 Artilleriegranaten vom Kaliber 203 Millimeter (letztere ebenfalls neutronenfähig). Dazu kommen noch 380 seegestützte Cruise Missiles für den NATO-Bereich Europa. Zusammengezählt sind das fast 4000 neue Nuklearwaffen in Westeuropa. Wir haben nicht den geringsten Anlaß, dem Gerede von der nuklearen Abrüstung bei der NATO Glauben zu schenken. Dieses Ziel hat die weltweite Friedensbewegung noch nicht erreicht. Wer sich darüber Illusionen macht, wird dieses Ziel auch nicht erreichen können.

Zitierte Quellen:

Staatssekretär Dr. Lothar Rühl, *Stabilität und konstruktive Beziehungen in Europa — Konzeption für eine strategisch gedeckte Sicherheitspolitik*, Manuskript, März 1988.

National Defense Authorization Act, Fiscal Year 1989, House of Representatives, Report 100-753, July 7, 1988, Chapter 6.

Department of Defense Appropriation Bill, Senate, Report 100-402, June 24, 1988, p. 232.

Dan Plesch, *NATO's New Nuclear Weapons*, The British-American Security Information Council, BASIC-Report 88-1, London/Washington, January 1988.

Zeitalter des Überlebens

Karlheinz Koppe

Ich habe einen Hauch von jener „Bourgeoisie“ an mir, von der eben die Rede war. Dennoch stelle ich mich gern dieser Debatte.

Ich glaube, daß wir uns mit einer so isolierten Betrachtung des Rüstungsgeschehens, wie sie Wolfgang Bartels hier vortrug, und der ganzen damit verbun-

denen Belastung der Gesellschaft, die ich keineswegs leugne, keinen Gefallen tun. Ich könnte selbst diese Zahlen, diese erschreckende Bilanz noch ergänzen, etwa mit dem Hinweis, daß schätzungsweise 10 bis 12 Prozent des erwirtschafteten Sozialprodukts der ganzen Welt in die Rüstung fließen. Das ist bei den verschiedenen Staaten unterschiedlich und reicht von 3,5 Prozent bei den einen bis zu über 25 Prozent in extremen Fällen. Wenn wir das auf die Verfügungsmittel der öffentlichen Hände umrechnen, dann kommen wir in Einzelfällen auf bis zu 50 Prozent der Staatshaushalte, und zwar gerade in den allerärmsten Ländern.

Nun könnte ich eine ganz ähnliche Argumentationskette für eine ganz andere Bedrohung der Zivilisation entwickeln, die für mich mindestens ebenso erschreckend, wenn nicht noch erschreckender ist: bereits heute müssen allein für die nötigsten Reparaturen in der Umwelt 10 bis 12 Prozent der wirtschaftlichen Leistung aufgewandt werden. Das grenzt an Wahnsinn. Das ist etwa der gleiche Betrag, der für militärische Rüstung ausgegeben wird. Mit anderen Worten, und das ist für mich der entscheidende Gesichtspunkt: Die Summe, die wir für Rüstung aufwenden, ist die letzte und einzige große Ressource, aus der wir für das Überleben der Menschheit, also für die Bewahrung beziehungsweise Wiederherstellung der natürlichen Umwelt schöpfen können.

Das klingt so einfach dahergesagt. Dennoch scheint mir das der Punkt zu sein, an dem wir ansetzen müssen. Ich möchte meine Überlegung einmal historisch und gesellschaftlich verorten, denn in der Bewertung der Fakten unterscheide ich mich von den hier Anwesenden ja nicht. Dazu fällt mir auf, bisher keinen Kommentar darüber gesehen zu haben, daß am 11. November es genau siebzig Jahre her ist, daß der Erste Weltkrieg sein Ende fand. Mit ihm ging das *Zeitalter der europäischen Nationalstaatlichkeit* zu Ende. Es wurde abgelöst vom *Zeitalter der Ideologien* (für das die Grundlagen natürlich schon sehr viel früher gelegt worden waren): vom Sozialismus auf der einen Seite und dem Hochkapitalismus mit seinen imperialistischen Tendenzen auf der anderen. Tödlicher Höhepunkt dieses Zeitalters war der Zweite Weltkrieg, an dessen Ende zwei Supermächte als Führungsmächte der beiden gesellschaftlichen Systeme übrig blieben, die sich wechselseitig mit Atomwaffen im Schach hielten, die — und das ist das Neue — in der Lage sind, die ganze Menschheit und ihre Zivilisation zu vernichten.

Obwohl wir uns noch mitten im ideologischen Zeitalter zu befinden scheinen, glaube ich, daß es bereits überholt ist. Das braucht kein Widerspruch zu sein, denn viele Hochzivilisationen in der Geschichte waren bereits vom Verfall gekennzeichnet, noch ehe sie ihren Höhepunkt erreicht hatten. Für mich sind wir bereits in das *Zeitalter des Überlebens* eingetreten, das weder durch einen späten Hochkapitalismus noch durch Kommunismus geprägt ist, auch wenn es sicherlich weiterhin konkurrierende Wege der gesellschaftlichen Ordnungsgestaltung geben wird.

Der entscheidende Anstoß, aus der alles blockierenden ideologischen Konfrontation herauszukommen, ist dabei nicht aus dem Westen gekommen, wie die aufgeklärte Bourgeoisie das seit langem fordert, sondern aus dem Osten, aus der Welt des Sozialismus, dem schon viele keine Wandlungsfähigkeit mehr

zugetraut hatten. Für mich ist das Positive der letzten Zeit darin zu sehen, daß der Sozialismus beweist, daß er aus humanistischem Gut schöpft. Angesichts der Entscheidung, ob ideologische Prinzipien durchgehalten werden sollen, komme was wolle, oder ob das humanistische Erbe höher zu bewerten sei, hat er für den humanistischen Ansatz optiert. Gerade weil im Sozialismus die Entscheidung fällt, daß das Überleben wichtiger als die Durchsetzung ideologischer Prinzipien ist, hat er sich qualitativ — jedenfalls für mich — weiterentwickelt und kann sich heute nach innen und außen besser rechtfertigen, als dies ihm in den letzten Jahrzehnten gelungen war.

Die Antwort des Westens auf diese Entscheidung steht noch aus. Es gibt keinen Zweifel, daß unsere (westliche) Öffentlichkeit ähnlich denkt. Aber noch wirken hier die alten Strukturen weiter. Die gewinnträchtige Verwertung des Kapitals soll unter allen Umständen abgesichert werden, und Hochrüstung wird als die vermeintliche Voraussetzung einer solchen Absicherung angesehen. An diesem Punkt stimmen unsere Analysen wieder überein. Wie können wir mit einer solchen Situation fertig werden, wie können wir Strukturen verändern, die weiter wirken? Wie können wir diesem Denken die Grundlage entziehen? Sicher nicht allein dadurch, daß wir auf die potentiellen Folgen eines unverminderten Rüstungswettlaufs und eines atomaren oder auch nur konventionellen Krieges hinweisen, sondern vor allem dadurch, daß wir auf die Notwendigkeit des ökonomischen und ökologischen Überlebens der Menschheit hinweisen.

Das mindert in keiner Weise die Bedeutung des INF-Abkommens. Wenn auch nur lächerliche drei Prozent der vorhandenen Atomwaffen abgebaut werden, so beweist das Abkommen dennoch, daß Abrüstung möglich ist. Dabei war natürlich die Erfahrung Tschernobyl äußerst nützlich. Sie hat verdeutlicht, was der Einsatz auch nur einer Atomrakete für Folgen haben dürfte. Ich weiß aber auch von sowjetischen Kollegen, daß es zwar einfach ist, sich auf die Halbierung der Atomwaffen zu einigen, daß aber bislang noch nicht die Frage geklärt werden konnte, wohin denn nun mit dem spaltbaren Material. Dies wird kein unüberwindbares Hindernis sein, wohl aber eine schwierige, langwierige und teure Angelegenheit.

Das alles scheint mir auf zwei Prioritäten hinzudeuten: erstens, der Rüstungspolitik die Legitimation zu entziehen, und zweitens, durch Zusammenarbeit auf allen Ebenen und unter allen Regionen das Überleben zu organisieren.

Für konkrete Analyse, gegen Wunschenken

Bernd Greiner

Jürgen Reusch hat in seinem einleitenden Beitrag m.E. zu Recht den augenblicklichen Zustand der internationalen Beziehungen als „offene Situation“ beschrieben. Ich denke, die bisherigen Diskussionsbeiträge gingen allzu flott über diese Beobachtung hinweg. Also möchte ich Widerspruch anmelden, Wi-

derspruch gegen eine Sicht der Dinge, in der Konflikte und Ungereimtes, die Offenheit der Situation also, nicht ausreichend berücksichtigt werden.

Dazu vier Einwände. Der erste Punkt: Was die UdSSR wünscht und vorschlägt, ist eine Sache. Ob und wie diese Vorschläge realisiert werden, steht auf einem ganz anderen Blatt. Hier möchte ich nachdrücklich vor Wunschdenken warnen. Für viele scheint festzustehen, daß die NATO oder einzelne kapitalistische Staaten jetzt endlich zu einer dauerhaften Friedenspolitik gezwungen seien. Mancher Zeitgenosse sieht schon den großen Quantensprung in der Politik. Demnach macht die Bourgeoisie sozusagen eine zweite politische Sozialisation durch, wird nämlich friedensfähig. Ich denke, derlei Einschätzungen stehen auf sehr schwachen Füßen, sind analytisch ebenso fehlerhaft wie jene Urteile, die in der Friedensbewegung zu Beginn der 80er Jahre über die USA vertreten wurden. Damals waren viele schnell dabei, aus jedem neuen Waffenprogramm, aus jeder Schraube, die das Pentagon anforderte, einen „Willen zum Krieg“ herauszulesen. Ohne die Schlachten von gestern noch einmal zu schlagen, möchte ich festhalten: genausowenig wie die USA 1980 „kriegswillig“ waren, sind sie 1988 „dauerhaft friedensfähig“. „Friedensfähigkeit“ ist keine analytische Kategorie, sondern die Beschreibung einer konkreten historischen Situation. Ja aber, wird eingewendet, sind die USA nicht bereits in einer solchen Situation, hat es sich nicht gezeigt, daß ihre Führung lernwillig und lernfähig ist? Die Antwort ist ein entschiedenes „Jein“. Natürlich — es wurde ein Abrüstungsvertrag unterschrieben, der erste seiner Art. Auch die Militärausgaben stagnieren in Prozentpunkten des Bruttosozialprodukts, sind sogar rückläufig, gemessen am Gesamthaushalt. Und trotzdem ist die amerikanische Ökonomie augenblicklich stärker militarisiert als jemals zuvor in Friedenszeiten. Seit Jahren beobachten wir eine signifikante Militarisierung. Der Anteil der rüstungsbezogenen Güter an der gesamten Güterproduktion stieg innerhalb von acht Jahren um knapp 10 % auf weit über 20 % der industriell gefertigten Waren. Ähnliche Beobachtungen lassen sich auch in anderen Bereichen machen, z.B. der Forschungs- und Entwicklungspolitik. Die Bilanz ist deutlich. Wir haben es mit einer progressiven Militarisierung der Ökonomie und Forschung zu tun. Das wird für die Formulierung von Politik nicht ohne Folgen bleiben. Es wird sich erst noch zeigen müssen, wieweit sich eine Bereitschaft und ein Wille zum Frieden unter diesen Bedingungen entfalten können. Manche Beiträge aus der UdSSR und der DDR scheinen mir da allzu optimistisch zu sein, bisweilen sogar grundlos optimistisch. Wunschdenken scheint mir manchmal die Analyse zu verdrängen.

Der zweite Punkt: das Neue Denken in der UdSSR und seine Attraktivität. Sicherlich gibt es globale Probleme, qualitativ neue Probleme, die ein neues politisches Denken notwendig machen. Aber ich erhebe Einspruch dagegen, dieses Neue Denken immer nur mit globalen Problemen oder qualitativen Veränderungen der jüngsten Zeit in Verbindung zu bringen. Vieles im Neuen Denken ist uralt. Einstein wußte schon 1945, daß die Atombombe alles verändert hat, außer eben dem politischen Denken. Und daß man mit Atomwaffen einen Krieg weder führen noch gewinnen kann, wissen wir ebenfalls seit langem, spätestens seit Ende der 60er Jahre, als die SALT-Verhandlungen begannen.

Mir geht es hier nicht darum, das Neue Denken zu denunzieren. Ich will nur gegen jene polemisieren, die nur noch Globales und Abstraktes, aber keine Klasse und keine Geschichte mehr kennen. Und zur Geschichte des Neuen Denkens gehört m.E. ganz konkret die ökonomische Misere in den sozialistischen Ländern. Jahrzehntlang wurde über das Teufelszeug Atombombe debattiert, immer wieder gesagt, ihr Einsatz bedeute den Untergang. Aber erst Mitte der 80er Jahre kommt es zum Neuen Denken — in einer Situation nämlich, als die UdSSR ökonomisch mit dem Rücken zur Wand steht. Glaube doch keiner, daß die Bourgeoisie diese Schwäche nicht zur Kenntnis nimmt. So gesehen, ergibt sich eine ganz neuer Blickwinkel. Gorbatschow findet nicht Anklang, weil er ideologisch überzeugt, weil man im Westen die Einsicht in die Notwendigkeit des Neuen Denkens teilt, sondern weil der Umgang mit einer schwachen und problembeladenen UdSSR wesentlich einfacher ist. Auch dies ist selbstverständlich kein geradliniger oder unwiderruflicher Prozeß. Aber ich sehe die Gefahr, daß interessierte Kreise im Westen aus dem Neuen Denken in der UdSSR ganz andere Schlußfolgerungen ziehen, als wir dies augenblicklich erwarten oder für möglich halten. Die Schlußfolgerung nämlich, gegen eine schwache UdSSR wieder einmal eine offensive Politik, eine Politik der Stärke auflegen zu können. Günther Gaus hat diese Überlegung neulich bei einer Podiumsdiskussion in Hamburg prägnant herausgearbeitet. Er sieht, m.E. zu Recht, die Gefahr, daß einflußreiche Kreise jetzt erst recht glauben, wieder „siegen“ zu können. Gewollt haben sie das schon immer, aber lange nicht mehr daran geglaubt. „Neues Denken“ und Perestroika läßt sie wieder hoffen, eben weil die Schwächen der Gegenseite so offen zutage liegen. Wie gesagt — auch dies ist kein Automatismus. Aber man sollte über das Problem nachdenken, anstatt voreilig zu behaupten, niemand könne sich der Attraktivität des Neuen Denkens verschließen. Manche können schon. Und sie wollen es auch.

Der dritte Punkt: Auch viele Überlegungen zur Bündnispolitik und zum Verhältnis USA-Westeuropa regen mich eher auf als an. Sicher gibt es innerhalb der NATO viele Widersprüche, sicherlich sind die politischen Konflikte in den letzten Jahren zahlreicher geworden. Und zweifellos hängt dies auch mit den ökonomischen Einbußen der USA zusammen. Sie sind eben nicht mehr die hegemoniale Führungsmacht wie in den 50er und 60er Jahren. Aber nur noch ein „Amerika in der Defensive“ oder gar im „Abstieg“ sehen zu wollen, halte ich für maßlos übertrieben. Es ist analytisch falsch und politisch irreführend. Ich sehe im Fall der USA vielmehr eine merkwürdige Mischung aus Stärke und Schwäche. Ich will und kann das hier im einzelnen nicht ausführen. Nur ein Beispiel: landauf, landab wird die Auslandsverschuldung der USA als schlagender Beweis der Schwäche gewertet. Übersehen wird dabei, daß sich die USA wohl als einzige Nation dieser Welt von einem Tag auf den anderen entschulden können — wenn sie es politisch wollen. Die US-Schulden sind nämlich, ein einzigartiger Vorgang, auf Dollarbasis gezogen. Eine signifikante Abwertung des Dollar würde das Problem demnach lösen. Ich will mit diesem Beispiel nur sagen, daß im Falle der USA Schulden noch lange nicht politische Abhängigkeit bedeuten, wie bei den meisten anderen Ländern. Niemand wird wegen dieser US-Schulden in Washington politisch Dampf machen können,

weil alle den Preis eines allgemeinen Dollarverfalls kennen. Infolge dieser ambivalenten Mischung von Stärke und Schwäche scheint es daher völlig offen, wer künftig in der atlantischen Allianz die politischen Akzente setzen wird.

Viertens: Ich habe vor übertriebenen Hoffnungen in die „neue Friedensfähigkeit“ der NATO gewarnt. Aber ebenso warne ich davor, nur noch die fortlaufende Aufrüstung und Modernisierung im Blick zu haben. Die Entscheidung über Waffensystem X oder die Lagerung des Kampfstoffs Y besagt für sich genommen noch herzlich wenig. Die Frage sollte immer sein: Welche Rückwirkungen haben solche Waffen auf die Politik? Und, noch wichtiger: Wie wirken sich neue Waffen auf die politische und militärische Stabilität aus? Tragen sie dazu bei, daß Krisen aus dem Ruder laufen — z.B. deshalb, weil es keine Vorwarnzeiten mehr gibt, z.B. weil das Mißtrauen in Absicht und Politik der anderen Seite zunimmt? Die Pershing-II war zweifellos ein solches destabilisierendes Waffensystem — und deshalb haben wir dagegen gekämpft. Krisen in der Weltpolitik gibt es aber nicht, weil neue Waffensysteme eingeführt werden, sondern sie entstehen in der Regel aus politischen und ökonomischen Konflikten zwischen Staaten. Erst vor diesem Hintergrund werden die Atomwaffen der NATO und des Warschauer Paktes relevant. Mithin ist die Analyse von Konfliktformationen und Krisen politisch wichtiger und ertragreicher als waffentechnische Erbsenzählerei. Über Konflikte und Krisen in unserer Zeit zu reden, heißt über die Dritte Welt zu reden. Eine phasenweise Beruhigung im Nahen Osten oder in Afrika ist noch lange kein Grund, diese Regionen aus dem Blick zu verlieren. Friedensforschung wird stets Dritte-Welt-Forschung sein müssen. Gerade Gorbatschows Neues Denken pocht auf diesen Zusammenhang. Kurz: trotz Modernisierung des NATO-Arsenals, trotz neuer Waffenprogramme sollte der Blick für übergeordnete Zusammenhänge nicht getrübt werden.

Wie gesagt, wir haben es mit einer offenen Situation zu tun. In welche Richtung die Entwicklung gehen wird, ist augenblicklich noch nicht zu erkennen. Wenn wir die Richtung erkennen wollen, müssen wir uns vor Wunschdenken hüten. Und dürfen keineswegs selbstgewiß davon ausgehen, die aus der UdSSR kommenden Anstöße würden eine Dynamik entfalten, der sich der Westen zwangsläufig anschließen muß. Noch nie ergab sich aus schlechter Analyse eine gute Politik.

Friedenswissenschaft und Friedensbewegung müssen Neu(es) Denken

Peter Brollik

Ich bin etwas verwundert ob der bisherigen Diskussion heute. Diese Veranstaltung findet nur zwei Tage, nachdem Michael Gorbatschow mit seiner UNO-Rede einen weitreichenden einseitigen (!) Abrüstungsschritt ankündigte, statt. Wenn man das Thema: „Chancen, Möglichkeiten und Probleme der Abrüstung heute“ wirklich ernst nimmt, dann muß hier auch über diese Initiative von

durchaus historischer Dimension gesprochen werden. Mit ihr erfolgt in qualitativ und quantitativ neuer Form ein Abrüstungsschritt, der von einem Denken geprägt ist, das wir noch lange nicht voll realisiert haben. Wenn nun friedensbewegte Wissenschaftler, Polit-Profis usw. hier zusammensitzen, die über lange Zeit Konzepte einseitiger Abrüstung, unilaterale Vorleistungsangebote etc. im wesentlichen als im Prinzip nicht tragbar, ja unmöglich bezeichnet und begründet haben, dann sehe ich uns alle — Karlheinz Koppe vielleicht ausgenommen — doch vor die Frage gestellt, nun genau zu klären, warum Faszination und Logik dieses Vorschlages so evident sind und welche Konsequenzen daraus für unsere analytische und politisch-konzeptionelle Diskussion entstehen.

In diesem Zusammenhang ist mir heute — wie übrigens in Diskussionen mit friedensbewegten Menschen und in der Friedensbewegung generell — aufgefallen, daß unentschlossen von einer merkwürdigen Vermischung positiver und negativer Aspekte, von neuen Chancen und großen Risiken für Abrüstung die Rede ist und diese einfach nebeneinandergestellt werden. Ein solches Herangehen birgt aber wieder die Gefahr des Abwartens, des Zulange-Zögerns, ja des Rückfalls in das alte Denken in sich. Gegen Neues Denken und Neues Herangehen kommt bisweilen der Einwand, die Umstände seien nicht günstig genug. Gehört nicht zu dem Herangehen, daß Gorbatschow vor der UNO in einer qualitativ neuen Form vorgeführt hat, auch, den Akzent auf die Chancen und eben nicht auf die (sattsam bekannten) Risiken in einem Prozeß der Abrüstung, der friedlichen Konfliktlösung und internationalen Zusammenarbeit zu legen?

Ich habe heute wieder unendlich viele Argumente zu den Risiken gehört. Diese sind vorhanden, aber ich glaube, wir verstellen uns schon von der Logik des Denkens her unsere politischen Handlungsmöglichkeiten in ihrem ganzen Potential, wenn wir nicht auch die Chancen bewußter wahrnehmen. Vor dem Hintergrund ist es zunehmend wichtiger, konzeptionell und analytisch an folgenden Fragen zu arbeiten: Was sind die adäquaten Abrüstungsschritte, die aus diesem Land in Antwort auf die historische Initiative angeboten werden können? In welches Gesamtkonzept sollen diese Vorschläge sowie die berechtigten Einzelkampagnen und Aktionen der Friedensbewegungen, z.B. gegen Waffensysteme oder für die Aufnahme eines Atomwaffenverzichts ins Grundgesetz, eingebettet werden? Wir mokieren uns immer wieder über das fehlende Gesamtkonzept oder genauer: Abrüstungskonzept der NATO. Ich meine, von unserem Anspruch her gehört zur Forcierung eines solchen Konzepts die analytische und phantasievolle Debatte darüber auf seiten der Friedensbewegung und friedensbewegter WissenschaftlerInnen. In die Richtung, finde ich, müssen wir, wenn wir das Thema ernst nehmen, stärker diskutieren. Die Diskussion darüber, was es alles an alten und neuen „Bedrohungs-Altlasten“, an Risiken usw. gibt, ist notwendig, aber darin haben wir weniger Nachholbedarf, die Argumente können wir seit einem Jahrzehnt aus dem FF. Wir haben aber noch große Schwierigkeiten beim konzeptionellen Herangehen, was Neues Denken denn nun abrüstungspolitisch bedeutet.

In der Bundesrepublik geht es dabei weniger um Glaubens-Debatten, z.B. ob 10 oder 20 Prozent Militärhaushaltskürzungen die richtige Antwort seien,

es geht vielmehr um das grundsätzliche Signal „Stop, Aufhören, Zurückfahren“, es geht darum, eine Wende real einzuleiten! Dazu fehlen mir (immer noch) die Konzepte aus und in der Friedensbewegung, die ja das, was an Stimmungen und Meinungsmehrheiten vorhanden ist, in Politik umwandeln will. Dazu gehört mehr als nur die Analyse und das Aufzeigen der Gefahren aus einzelnen Waffensystemen, Beschaffungsprogrammen, Strategieoptionen. Vielmehr muß z.B. erarbeitet werden, was Rüstungsstop in der Bundesrepublik an konkreten konventionellen und nuklearen Einschnitten oder für den Personalbereich insgesamt bedeuten muß. Wir sitzen hier in einer Runde, die jedes Jahr Statements zum Rüstungshaushalt liefert, wie andere auch. Ich frage schlicht, warum es trotz eines Vorgehens wie der Sowjetunion nicht eine breitere Diskussion gibt, hier nun endlich zu kategorischen und qualitativen Einschnitten zu kommen und diese Diskussion in Bewegungen, in politische Aktionen umzusetzen und auszuprägen?

Ich frage weiter: brauchen wir nicht eine neue, d.h. operationalisierbare Verbindung von wissenschaftlicher Analyse und politischem Handeln in der Bewegung, eine gründlichere Selbstkritik und Retrospektive, die kritische Beschäftigung mit der bisherigen Bewegungsgeschichte und Entwicklung? Wenn wir z.B. von der Notwendigkeit der Entmilitarisierung sprechen und völlig zu recht darauf hinweisen, daß eine der Hauptaufgaben des Sozialismus und damit von SozialistInnen, seitdem es diese Weltanschauung gibt, das Erreichen einer waffenfreien Gesellschaft ist, dürfen wir nicht über unangenehme Tatsachen hinwegsehen: Es ist doch über Jahrzehnte — und ich würde selbstkritisch zugeben, nicht nur automatisch und aufgezwungenermaßen — auch zu einer Militarisierung eigenen Gedankenguts gekommen, ein immer stärker automatisches Denken in den Kategorien des eigentlich zu bekämpfenden Denkens auch auf der Linken. Dies geht bis in die Begriffe („Friedenskampf“), bis in linke Folklore hinein („Auf den Trümmern der alten Gesellschaft“ usw.), wir alle kennen die Vorstellungen einer am Ende militärischen Auseinandersetzung, auf der die neue Gesellschaft dann aufgebaut werden kann.

Ich brauche es kaum zu wiederholen: wir wissen alle, daß das heute nicht mehr vorstellbar ist. Ja, daß die erkannte potentielle Endlichkeit menschlicher Geschichte jenseits der Klassenkategorien zu den Schlüsseltatsachen unseres Zeitalters zählt. Aber die Frage bleibt, inwieweit diese Art Denken immer noch in vielerlei Hinsicht bis in die Kampagnen und die Art und Weise, wie wir formulieren, hinein ein wichtiges, ja nicht erledigtes Thema für uns ist. Es ist meines Erachtens keine exotische oder esoterische Angelegenheit, darüber nachzudenken; denn wenn wir den Militärs zu Recht vorwerfen, daß sie in einer bestimmten Logik gefangen sind, müssen wir uns auch damit befassen, daß zumindest Spurenelemente dieser Logik auch in die Friedensbewegung und in die Linke hineingewirkt haben.

Ich erinnere an die Debatten, als es um die Stationierung der Pershing II und Cruise Missiles ging. Da haben wir uns — z.T. notwendigerweise, aber auch in einem gewissen Selbstlauf — alle als kleine Militärtheoretiker, Waffenanalytiker, Systemexperten für Reichweiten etc. qualifiziert und identifiziert. Das war aber auch verbunden mit einer gewissen Beliebigkeit des Herausgreifens

einzelner Fakten. Ein Sammelband, den z.B. damals Greiner/Steinhaus über amerikanische Atomkriegspläne in den 40er Jahren herausgaben, wurde in direkter Fortsetzung — nach dem Motto: das gibt es auch heute in Zitaten — dazu benutzt, als Grundeinschätzung amerikanischer Außenpolitik oder der Militärpolitik der NATO zu dienen. Das war in manchen Aspekten auch richtig, und es war wichtig, gegen die dargelegten Gefahren aufzutreten, „Expertentum von unten“ zu entwickeln. Nur sind wir längst an dem Punkt angelangt, wo wir von solchen Verkürzungen wegkommen müssen. Gerade die sowjetischen Friedensinitiativen und Abrüstungsvorschläge der letzten Jahre, die mittlerweile mit unausweichlicher Regelmäßigkeit weiterentwickelt und ausgebaut werden, prägen Vorstellung und Bild vom Sozialismus als einer Gesellschaft mit zivilisatorisch positivem Charakter völlig neu. Sie sind praktische, weil realisierte Selbstkritik an der sowjetischen Außen- und Militärpolitik, damit auch an früheren Fehlern in der Militärpolitik in anderen sozialistischen Ländern. Dieses Aussteigen aus einer Logik, die als zwingend galt, ist etwas, was wir für unsere Seite noch viel stärker wahrnehmen und aufgreifen müssen. Wir haben unheimlich viele „Schiedsrichter“, die gegenüber den außenpolitischen Veränderungen der UdSSR sagen, da müsse man vorsichtig abwarten, statt auf der hiesigen Seite den „Ball“ aufzugreifen und „mitzuspielen“.

Der sich gegenwärtig vollziehende Umbruch wird den Sozialismus auch theoretisch völlig erneuern, meinethalben kann man sagen „revolutionieren“. Moralische Kategorien als Grundlagen des politischen Handelns werden neu entdeckt und genutzt. Auch in dieser Hinsicht fehlt mir noch ein adäquates Aufgreifen der neuen Möglichkeiten auf unserer Seite. Eine letzte Anmerkung: Wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Sowjetunion in der frühesten Phase ihrer Existenz, nämlich während der blutigen Interventionskriege, trotzdem in einer Lage gewesen ist, durch ein Dekret Lenins Wehrdienstverweigerung für bestimmte religiöse Minderheiten zuzulassen, dann ist die Spanne dessen, was heute in der Sowjetunion und den sozialistischen Ländern weiter getan werden kann und soll, noch recht weitreichend. In diesem Sinne ist auch ein produktives Aufgreifen anderer Denkströmungen notwendig — auch hier ist Selbstkritik von SozialistInnen/MarxistInnen angesagt, ich nenne nur das Stichwort Pazifismus —, die zwar über längere Zeit vielleicht als taktische Bündnisgesossen, aber nicht als intellektuelle Herausforderungen wahrgenommen wurden, die man aufgreifen und in eigene Denkprozesse einarbeiten muß. Hierin steckt, ohne einer Konvergenztheorie im altertümliche Sinne das Wort zu reden, ein potentielles Ineinandergreifen und Aufgreifen von Denkmöglichkeiten, von Denkprozessen unterschiedlicher geistiger Richtungen, das in neuer Art produktiv sein kann. Ich meine, daß eine neue Offenheit hierfür notwendig ist und daß wir dies endlich auch als politische und wissenschaftliche Chance der Erneuerung linker Strategie und Praxis wahrnehmen sollten.

Veränderungen im internationalen Beziehungsgeflecht und die Chancen für Abrüstung in Europa

Klaus-Peter Weiner

Um die Perspektiven des Abrüstungsprozesses in Europa einzuschätzen, muß man sich erstens über die Ansatzebene der Diskussion verständigen. Zweitens erscheint es mir notwendig, sich über die internationalen Beziehungsstrukturen, in die Westeuropa und die Bundesrepublik eingebettet sind, Aufschluß zu verschaffen. Schließlich muß dann die Frage beantwortet werden, welche dieser Strukturen in der offiziellen Sicherheitspolitik der Bundesrepublik relevant werden. Alle drei Momente sind m.E. in die weiteren Überlegungen zur Abrüstung einzubeziehen.

Der erste Punkt läßt sich in die Frage nach zu differenzierenden Ebenen der Sicherheitspolitik fassen. Legt man ein einfaches Schema zugrunde, lassen sich vier Ebenen benennen. Als oberste oder „Metaebene“ fungiert die Ebene der „nationalen Sicherheit“, die im Kern das Interesse an systemarer und territorialer Selbsterhaltung zum Ausdruck bringt. Dieses Interesse ist oft überstrapaziert worden, weil es sich mit politischen und ökonomischen Interessen außerhalb der nationalen Grenzen verwoben hat. Betrachtet man aber die letzten vierzig Jahre, so stellt man fest, daß in den kapitalistischen Hauptländern auf dieser Ebene in bezug auf Europa und das Verhältnis zur UdSSR die Politik eher vorsichtig entwickelt worden ist — gerade auch in den USA. Dabei handelt es sich m.E. um einen Grundzug, d.h. es gibt auf dieser Ebene relativ wenig von dem, was man als „Irrationalismus“ oder „Abenteurertum“ bezeichnen könnte.

Die zweite Ebene, die m.E. relevant ist, ist die der militärischen Sicherheitspolitik bzw. der Militärpolitik. Auf dieser Ebene geht es um Probleme der Militärdoktrin, der Streitkräfte- und Bündnisstruktur und ihrer strategischen Ausrichtung. Auch auf dieser Ebene hat sich in den letzten vier Jahrzehnten relativ wenig verändert; man denke nur an die noch dominierende Doktrin der nuklearen Abschreckung mit der zentralen Rolle der strategischen Nuklearwaffen. Auf der dritten Ebene ist die militär-strategische Konzeption angesiedelt. Mit ihr werden die von militärischer Doktrin und militärischen Strukturen über die Strategie vermittelten politischen Vorgaben in operative Konzepte umgesetzt. Auf dieser Ebene hat sich in den letzten vierzig Jahren durch wechselnde militärische Kräfteverhältnisse und Technologieschübe, verglichen mit den ersten beiden Ebenen, relativ viel verändert, wenn man z.B. an die operative Umsetzung der „Vorneverteidigung“ denkt. Die vierte Ebene kann schließlich als operativ-taktische bezeichnet werden, die alle Fragen der militärischen Ausfüllung und der Instrumentierung der jeweils gültigen Militärkonzeption umfaßt.

Dabei ist es wichtig zu erkennen, daß sich sicherheitspolitische Umbrüche und Neuorientierungen über alle vier genannten Ebenen vermitteln müssen und daß die verschiedenen Ebenen von Sicherheitspolitik zwar komplex und interaktiv verkoppelt, aber hierarchisch strukturiert sind. Daraus ergibt sich

ein Primat des Politischen. Deshalb kann man m.E. die gegenwärtige Situation nicht ausreichend erfassen, wenn man nur auf die beiden letzten Ebenen, also auf die Ebene der militärstrategischen Konzeption und die operativ-taktische Ebene mit all ihren Konsequenzen für die Waffenbeschaffungspolitik abhebt. Anders ausgedrückt: Was sich hier an Aufrüstung und operativer Innovation vollzieht, muß nicht die aktuellen Veränderungsprozesse auf den beiden anderen, letztlich übergeordneten Ebenen widerspiegeln. Aber gerade diese Ebenen sind für eine Antwort auf die Frage nach den Perspektiven von Abrüstung von zentraler Bedeutung.

Der zweite eingangs angesprochene Punkt kann in der Frage formuliert werden: Wie sehen eigentlich heutzutage die Konfliktformationen im internationalen System aus? Wir diskutieren zumeist auf der Folie eines alle internationalen Prozesse überlagernden Ost-West-Konflikts mit der Konsequenz, die Abrüstungsproblematik fast ausschließlich auf diesen Konflikt zu beziehen. M.E. trägt dieser Bezugsrahmen zunehmend weniger. Vielmehr müssen die Nord-Süd-Problematik und die zwischenstaatlichen Konflikte in der sich ausdifferenzierenden Dritten Welt heute einen wesentlich höheren Stellenwert in der Analyse von Sicherheitspolitik und der Formulierung von Abrüstungspolitischen Alternativen einnehmen.

Eine zweite Konfliktformation, die m.E. zu wenig Berücksichtigung findet, ist das West-West-Verhältnis selbst, also die Beziehungen zwischen den USA und Westeuropa. So läßt sich z.B. das Projekt „Jäger 90“ nicht ausschließlich vor dem Hintergrund der Interessen eines Militär-Industrie-Komplexes einerseits und einer konfrontativen NATO-Strategie andererseits beurteilen. M.E. muß man zur Kenntnis nehmen, daß es zwischen den USA und Westeuropa ökonomische Rivalitäten um die Frage gibt, wer in Zukunft den zivilen Luftverkehrsmarkt bedienen wird. Die USA subventionieren ihre Luftfahrtindustrie über militärische Beschaffungsprojekte, die westeuropäischen Staaten haben Subventionen bisher ohne diesen kostspieligen Umweg direkt aus der Staatskasse bezahlt. Vor dem Hintergrund der Auseinandersetzungen mit den USA über die Subventionspolitik stellt der „Jäger 90“ auch den Versuch dar, die Subventionspraxis politisch weniger angreifbar zu gestalten und die zivile westeuropäische Luftfahrtindustrie gegenüber dem Weltmarktkonkurrenten USA zu behaupten. Die Verknüpfung von Rüstungs- und Industriepolitik trägt dazu bei, Projekte wie den „Jäger 90“ politisch zu stabilisieren. Daraus folgt m.E. die Notwendigkeit, in die Kritik von Sicherheits- und Rüstungspolitik und in die Entwicklung von Gegenstrategien das Konkurrenzverhältnis zwischen den USA und Westeuropa stärker miteinzubeziehen.

In der Diskussion ist einerseits auf die offene Situation in der Frage Auf- oder Abrüstung verwiesen worden. Andererseits wurde betont, daß nach wie vor eine konfrontative Strategie überwiegt und die Zeichen weiter auf Aufrüstung stehen. Letztere Position bezog sich v.a. auf die empirisch zu konstatierenden aktuellen Aufrüstungsprozesse, also auf die beiden unteren Ebenen von Sicherheitspolitik. Ich möchte dagegen die Prognose wagen, daß zumindest in den Ost-West-Beziehungen weitere Abrüstungsschritte zu erwarten sind. Diese Perspektive ergibt sich schon aus der zwar nicht gleichgelagerten, aber ähnli-

chen Problemstruktur (Defizite, Produktivität, Infrastruktur), denen sich beide Großmächte gegenübergestellt sehen und die — zunächst auf der „Metaebene“ — auch Eingang in die jeweiligen sicherheitspolitischen Überlegungen finden. Abrüstung wird damit politisch „möglich“. Die Rücknahme des militärischen Faktors in der Systemauseinandersetzung, wie sie in dem INF-Abkommen, den START-Verhandlungen und den einseitigen Abrüstungsschritten der sozialistischen Staaten deutlich wird, eröffnet auch im für Europa wichtigen konventionellen Bereich neue Chancen.

Zugleich zeigt sich aber, daß das Verhältnis zu anderen Weltregionen in der Bundesrepublik wie auch in anderen westeuropäischen Staaten sicherheitspolitisch neu bestimmt wird. Angesichts der nachlassenden Fähigkeit der USA, den Bestand des kapitalistischen Systems zu sichern, formieren sich in Westeuropa Kräfte, die internationale Ordnungsfunktionen wahrnehmen und für diese globale Rolle Westeuropas auch das geeignete militärische Instrumentarium in die Hand bekommen wollen. Die Situation in der Dritten Welt wird in der herrschenden Sicherheitspolitik als zunehmend instabil und als eine nicht zu unterschätzende Bedrohung rezipiert, die zu vom Ost-West-Konflikt abgelösten, aber auch Westeuropa berührenden militärischen Konflikten führen kann. Die Aufrüstungsprozesse in Westeuropa sind daher nicht nur vor dem Hintergrund des Ost-West-Konflikts, sondern auch vor dem Hintergrund der Nord-Süd-Auseinandersetzung und der Versuche in Westeuropa zu sehen, den weltpolitischen Abstieg der USA für sich zu nutzen. Für die Frage nach den Perspektiven der Abrüstung liegt hier ein noch zu wenig bearbeitetes Feld.

Den gesellschaftlichen Bewußtseinswandel aufgreifen!

Gregor Witt

Bernd Greiner hat zu Recht die Frage aufgeworfen, ob es durch die veränderte sowjetische Politik eine neue Dynamik für eine andere internationale Politik geben kann. Ich denke, wenn man sich hier im wesentlichen auf die herrschende Politik konzentriert und analysiert, welche Widersprüche und widersprüchlichen Tendenzen eigentlich in ihr enthalten sind, wird man sehen, daß das einfach nicht ausreicht. Aus meinem Empfinden, aus meinem historischen Wissen war der Widerstreit zwischen öffentlicher Meinung und herrschender Politik in den imperialistischen Ländern noch nie so stark wie zur Zeit. Ich vertrete die These, daß die konservative Politik heute in wesentlichen Fragen um die geistig-ideologische Hegemonie kämpfen muß.

Ich will das an einem Beispiel erläutern, es ist angesprochen worden: öffentliches Bewußtsein und Entwicklung der Kriegsdienstverweigerung. Wenn man hier die Meinungsbefragungen — ohne sie jetzt überzubewerten — als Indikator nimmt für das, was sich verändert hat, dann stellt man fest, daß es viel tiefergehend ist, als daß es nur bei einzelnen Rüstungsmaßnahmen eine Ableh-

nung gibt, obwohl das schon überraschend genug ist. 51 % sind für einseitige Abrüstung, 51 % für eine Verkürzung der Verteidigungsausgaben usw. Und gleichzeitig gibt es ja auch Befragungen, wo festgestellt wird, daß militärische Bedrohung in der Rangordnung der als zentral empfundenen Probleme ganz am Schluß steht. Es überwiegt die Meinung, die gäbe es nicht, und es gäbe andere drängende Probleme, ökologische Probleme, soziale Probleme, Arbeitslosigkeit usw., die wesentlich und dringend seien. Es gibt Untersuchungen unter Wehrpflichtigen, die feststellen, daß 80 % und mehr dieser jungen Menschen, Jugendliche, die sich noch nicht endgültig entschieden haben, ob sie zur Bundeswehr gehen oder verweigern, daß von diesen Jugendlichen 80 % und mehr der Ansicht sind, Krieg sei ein Verbrechen an der Menschheit. Etwa dieselbe Zahl ergibt sich für die Aussage: Krieg darf nicht mehr sein, weil er nur zur Vernichtung der Zivilbevölkerung und des eigenen Landes führen kann. Ich denke, daß das ein Ausdruck des Bewußtseinswandels ist, und daß auch die sprunghafte Entwicklung der Kriegsdienstverweigerungen davon zeugt. Im Jahr 1988 liegt die Zahl der Kriegsdienstverweigerer bei 77044, das ist eine Steigerung um 22 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Ich denke, daß wir an diesem gewandelten öffentlichen Bewußtsein mit unserer Politik anknüpfen müssen.

Ich möchte in einem weiteren Punkt an Karlheinz Koppe anknüpfen. Ich denke auch, daß es ganz wesentlich ist, die Sicherheitspolitik nicht zu isolieren, sondern im Sinne unserer eigenen Alternativen in den Zusammenhang mit den anderen Problemen, die ja ganz viele Menschen sehen, zu stellen. Ein Beispiel ist die internationale Kooperation, das was sich auch auf internationaler Ebene gerade bei den WissenschaftlerInnen an Zusammenarbeit bei der Entwicklung von Alternativen getan hat: Saubere Ostsee, andere Probleme, die ja tatsächlich nicht mehr national von einem Staat alleine gelöst werden können.

Man sollte also über Sicherheitspolitik im engen Sinne informieren und Informationen verfügbar haben; aber hier existiert ein Problembewußtsein, mit dem wir noch wesentlich mehr Politik entwickeln können, als es gegenwärtig der Fall ist. Ich denke, daß es wichtig ist, in die politische Diskussion und in die Darstellung von Möglichkeiten für politisches Handeln mit hineinzunehmen, was der Einzelne an Verantwortung hat und was er aus dieser Verantwortung heraus tun kann.

Ich will das nur in Stichworten sagen, aber ich vermisse gerade in der marxistischen Diskussion und Friedensforschung ein bißchen die Verbreitung solcher ethischen Diskussionen unter NaturwissenschaftlerInnen bis hin zu Gedanken wie: Wir müssen uns verweigern, wir brauchen eine Berufsordnung, die es möglich macht, daß man sich an Rüstungsforschung nicht mehr beteiligt. Wir müssen auch die Auseinandersetzung mit der Kriegsdienstverweigerung und den moralisch motivierten Reaktionen führen, wie sie jetzt z.B. aufgebrochen sind an dem Urteil „Soldaten sind potentielle Mörder“ in Frankfurt, das auf ein Zitat eines IPPNW-Arzttes zurückgeht. Ich denke, daß wir nicht nur mit der Rüstungskonversion, die traditionell eher auf Rüstungsbetriebe bezogen diskutiert wird, sondern auch mit verschiedenen anderen Problemfeldern wie Kommunalpolitik, Zivilschutz usw. Ansatzpunkte haben,

die jedem Menschen, der etwas für den Frieden tun will, Handlungsmöglichkeiten bieten.

Es ist doch bemerkenswert, daß in einer Situation, in der die Friedensbewegung nicht zu den großen Aktionen früherer Jahre fähig ist, das Lavieren, die widersprüchliche Politik der Bundesregierung in der Frage der „Modernisierung“ der Atomwaffen damit zu tun hat, daß sie hier gezwungen ist, tendenziell gegen eine in der Öffentlichkeit vorherrschende Meinung Politik zu machen. Vielleicht bin ich auch zu optimistisch, aber ich denke, daß es ein Bedürfnis von Menschen gibt, Ansatzpunkte zum Handeln zu finden, Beispiele zu geben, wie man aus Verantwortung und aus dem Wunsch nicht nur nach Frieden, sondern auch nach ökologischer Politik, nach gerechten Beziehungen zur Dritten Welt etwas tun kann. Das vermisse ich bei uns.

Man muß das auch im Verhältnis zur sowjetischen Politik sehen. Sie bedeutet doch eine große Ermutigung. Hier gibt es neues Hoffen auf eine reale Wende zur Abrüstung. Das ist für mich eigentlich der entscheidende Punkt in dieser neuen sowjetischen Politik; nicht zuallererst, daß von außen der Zwang auf die imperialistischen Staaten entsteht, der äußere Druck, eine andere Politik zu machen, nein, es ist für mich zuallererst eine innenpolitische Auseinandersetzung, die eine sehr weitreichende positive Wirkung haben kann, was Perspektiven angeht, was radikale Möglichkeiten angeht, bis hin zur einseitigen Abrüstung. Ohne Möglichkeiten und Gefahren gegeneinanderzustellen, denke ich, daß man in der Praxis den Bewußtseinswandel aufgreifen und zeigen muß, welche andere Politik möglich und durchsetzbar ist.

Bedingungsfaktoren der Militär-Doktrinen und deren Transformierbarkeit

Lorenz Knorr

Ein Hindernis auf dem Weg zur Gemeinsamen Sicherheit durch intersystemare Zusammenarbeit und Abrüstung ist die NATO-Militär-Doktrin der „Abschreckung“. Die Kritik an letzterer ist qualifiziert und weit verbreitet. Aber die Bedingungsfaktoren von Militär-Doktrinen, aus denen sich ihre Substanz ergibt, wurden bislang auf ihre Veränderungsfähigkeit noch zu wenig überprüft.

Militär-Doktrinen (MD) sind keine isolierten Produkte generalstäblerischen Denkens. Obwohl die MD von NATO und WVO substantiell kaum zu vergleichen sind, hängen alle MD ab von

1. polit-strategischen Zielsetzungen und definierten politökonomischen Interessen der jeweils herrschenden Klasse;
2. richtigen oder falschen Einschätzungen der Absichten und Möglichkeiten des potentiellen Gegners;
3. eigenen politischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und rüstungstechnologischen Potenzen;

4. der Bewertung des militärischen Faktors in den internationalen Beziehungen sowie
 5. der Akzeptanz oder Nichtakzeptanz aktiver gesellschaftlicher Kräfte bzw. der Öffentlichkeit schlechthin.
- * Früher spielten geographische Faktoren, die mit Zeit und Raum zusammenhängen, eine wichtige Rolle. Das ist heute anders.

Alle Bedingungsfaktoren wirken komplex und aufeinander. Im Unterschied zu den Bedingungen des Kalten Krieges in den 50er Jahren stützen sie heute nicht mehr insgesamt die feindliche Konfrontation. Der Bumerang-Effekt z.B. der Praxis des „Totrüstens der UdSSR“ modifiziert einige der Faktoren. Faktor 5 wirkt spätestens seit 1980 massiv gegen die feindliche Konfrontation.

Zu 1.: Im Vergleich zu den 50er Jahren ist eine deutliche Modifizierung oder Verschiebung der objektiven Interessenlage festzustellen. Damals, auch unter Reagan seit 1980, gingen die in USA und NATO dominierenden Kräfte davon aus, daß ein Atomkrieg zu führen, zu begrenzen und zu gewinnen sei. Es existierten detaillierte Atomkriegspläne gegen die UdSSR; optimale Voraussetzungen dafür wurden erwartet. In der gemeinsamen Erklärung von Gorbatschow und Reagan 1985 beim Gipfeltreffen in Genf wurde dagegen festgestellt, „daß ein Atomkrieg nicht gewonnen werden kann und niemals geführt werden darf“. In der Mitte der 70er Jahre, angesichts des globalstrategischen Patts, kam US-Außenminister Kissinger zu demselben Ergebnis. Heute häufen sich Statements westlicher Politiker und Experten, daß — zumindest zwischen USA und UdSSR, sowie in Europa — infolge des Risikos der Menschheitsvernichtung der Krieg nicht mehr Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sein darf. Das muß noch keine prinzipielle Wesensveränderung der auf aggressive Expansion angelegten NATO bedeuten. Rüstungstechnologische Entwicklungen und veränderte globale Kräfteverhältnisse führten jedoch zu einer objektiv bedingten und subjektiv wohlverstandenen Zurückhaltung, internationale Streitfragen auf traditionelle Weise zu lösen: mit dem „Schwert als Schiedsrichter“.

Der Konsensbruch in der NATO sowie der Differenzierungsprozeß im konservativen Lager relativiert die früher klaren Positionen der Faktoren 1, 2 und 4 zusätzlich. Der Konsensbruch erstreckt sich also nicht nur auf die Ziele, sondern auch auf die Mittel.

Eine perspektivische weitere Veränderung von Interessen und Zielen hängt nicht nur von der materiellen Kapazität der Systemalternative und vom Nutzen intersystemarer Kooperation ab. Es ist primär ein Prozeß bewußter Verarbeitung der qualitativ veränderten Existenzbedingungen des Imperialismus. Dazu leistet das neue Denken und Verhalten der UdSSR unter Gorbatschow einen wesentlichen Beitrag. Auch das intensive Wirken der Friedenskräfte innerhalb der NATO beeinflusst diesen Prozeß, wobei dieses Wirken kräftig zu verstärken und auf weitere Politikfelder auszudehnen ist.

Zu 2.: Die *politische* Infragestellung des Stamokap durch die Systemalternative hält an. Die Vorordnung der Gattungsfrage vor die Klassenfrage ändert daran nichts. Für die künstliche Produktion eines „Feindbildes“ dürfte der

friedliche Systemwettstreit mit beiderseits vorteilhafter Zusammenarbeit nichts mehr hergeben.

Es ist kaum anzunehmen, daß die herrschende Klasse in den Stamokap-Ländern jemals eine *militärische* Bedrohung durch die UdSSR einkalkulierten. Eher ist zu konstatieren, daß die Atomkriegspläne der USA auf einer Unterschätzung der militärischen Potenz der UdSSR und ihrer Verbündeten sowie auf der Überbewertung eigener Möglichkeiten beruhten. Die angemessene Weltgendarmrolle der USA verweist darauf, daß man das „Recht des Stärkeren“ auch gegenüber der Systemalternative anwenden könne. Ihr Hinterland in der „Dritten Welt“ mochten sie militärisch bedroht sehen. Einige von der UdSSR jetzt benannte eigene Fehler von 1945 bis 1982 dürften dabei eine Rolle spielen.

Die insgesamt vorsätzlichen Fehlinterpretationen der militärischen Pläne und der Rüstungskapazität der UdSSR oder die „Bedrohungslüge“ dienten nicht nur der eigenen Rüstungseskalation und damit der Profitmaximierung des MIK. Sie erfüllten auch wichtige innenpolitisch-systemstabilisierende Funktionen.

Weil die Bedrohungslüge in der alten Form immer weniger wirkt, verlagert man den Schwerpunkt auf „die anhaltende Gefahr der politischen Erpressung“ durch die UdSSR mittels ihrer militärischen Stärke. Ob dies zur Rechtfertigung des überproportionierten eigenen Rüstungsaufwandes dienen kann, hängt primär vom Agieren der Friedenskräfte innerhalb der NATO ab.

Vernichtungsrisiko und die daraus resultierende Gemeinsame Sicherheit verlangen gegenseitige Berechenbarkeit, die vorsätzliche Fehlinterpretationen der Haltung der anderen Seite und „Feindbilder“ ausschließen zugunsten eines realistischen Bildes voneinander.

Zu 3.: Im Vergleich zu den 50er Jahren ist die Gesamtpotenz der Stamokap-Staaten erheblich reduziert, während die der sozialistischen Staaten kräftig zugenommen hat. Auch innerhalb des imperialistischen Lagers verschoben sich die Machtrelationen: zu Lasten der USA und zugunsten Westeuropas und Japans. Innerhalb der NATO wächst der Widerstand gegen Rüstungsaufwand und feindliche Konfrontation bis in konservative und herrschende Kreise. Die ökonomische Kraft, insbesondere die der USA, ist den total überzogenen militärischen Anforderungen nicht mehr gewachsen, in Westeuropa kaum noch. Längst ist von der „ausgelaugten Gesellschaft“ die Rede (S. Melman). „Kanonen und Butter“ sind nicht mehr gleichzeitig zu haben. Ein Aktivposten für die führenden NATO-Staaten sind dagegen die wissenschaftlich-technischen Fortschritte, deren Bedeutung allgemein, aber auch im Systemwettstreit weiter zunimmt. Ob dieser Aktivposten rüstungstechnologisch und damit politisch gegen die Systemalternative auszunutzen ist, kann bezweifelt werden: SDI beweist, falls es realisierbar wäre, daß solche Pläne mit einem Bruchteil der dafür aufgewendeten Mittel zu durchkreuzen sind.

Die Durchsetzung einer finanzpolitischen Prioritätenänderung in den Staatshaushalten zugunsten produktiver Sozialaufwendungen könnte diesen Bedingungsfaktor der „Abschreckung“ weiter schwächen. Das Zusammenwirken aller Teile der Friedensbewegung könnte hier den sozialen Fortschritt zu Lasten des militärischen Faktors begünstigen.

Zu 4.: Der militärische Faktor wird von den in der NATO maßgeblichen Kräften nach wie vor als Hauptregulator der internationalen Beziehungen maßlos überbewertet. Selbst jene, die den Krieg zwischen technisch hochentwickelten Staaten ausschließen, setzen auf militärische Macht als potentielles Instrument politischer Erpressung. Damit bleibt das Risiko eines durch Computerfehler ausgelösten atomaren Infernos. Obwohl eine technologische Superrüstung spätestens seit dem Erreichen und Stabilisieren des globalstrategischen Patts keinen politischen und wirtschaftlichen Nutzen bringt, sondern eher das Gegenteil, wird an ihr festgehalten: alle vorliegenden Fortschreibungen der Rüstungsplanung der NATO belegen dies. Was durch politischen Druck an militärischer Quantität eventuell abgebaut wird, versucht man durch „Modernisierung“, also durch qualitative Steigerung zu kompensieren.

Die andauernde Überbewertung des militärischen Faktors kann mit fortdauernden expansiven Bestrebungen zusammenhängen. Führende Kreise der USA erklärten, daß die Ergebnisse von Jalta zu korrigieren sind; die Bonner Rechtskoalition hält konform dazu an der „Einheit der Deutschen“ zu westlichen Bedingungen fest (vgl. die programmatische Erklärung der CDU auf dem Parteitag 1988). Nach wie vor gilt die im Harmel-Bericht fixierte politische Doktrin der NATO, wonach ein „dauerhafter Friede in Europa“ die deutsche „Wiedervereinigung“ voraussetze.

Aber auch Profitmaximierung im Rüstungssektor — selbst wenn sie zu Lasten des Gesamtsystems und anderer imperialistischer Monopole wirkt — kann eine künstlich gesteigerte Bewertung des militärischen Faktors hervorbringen. Bekanntlich setzt man Teile des Rüstungsprofits dafür ein, die Bevorzugung militärischer Macht zur Regulierung internationaler Probleme und Streitfragen zu rechtfertigen; dies geschieht mit immer neuen Methoden und Scheinargumenten. Ist die maßlose Überschätzung des militärischen Faktors eine Existenzgarantie des MIKs?

Bei Faktor 4 besteht gesteigerter Aufklärungsbedarf, zumal im historischen Entwicklungsprozeß die sozialen Faktoren stets über militärische Macht ob siegten. Gerade hier könnte der Konsensbruch und der Differenzierungsprozeß vertieft werden.

Zu 5.: Während des kalten Krieges war das gesellschaftliche Bewußtsein großer Teile des Volkes manipuliert. Zugleich fanden aber argumentativ starke Massenkundgebungen gegen Remilitarisierung, den NATO-Beitritt der BRD und den Bonner „Griff nach der A-Bombe“ statt. Die MD der NATO war kaum bekannt; ihre katastrophenträchtigen Wirkungen zeigten sich erst mit ihrer weiteren Entwicklung zusammen mit rigoroser Rüstungseskalation, fortschreitender Militarisierung der Gesellschaft und wachsenden sozialen Defiziten.

In der 1. Phase der Entspannung und danach steigerte man zwar die Rüstung und bereitete die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles vor. Aber die neue koexistentielle Struktur der internationalen Beziehungen (KSZE-Prozeß mit Folgekonferenzen), Basis-Demokratisierung, Relativierung des Feindbildes und Bewußtwerden der globalen Risiken der „Abschreckung“ veränderten die Grundeinstellung vieler Menschen. Der Protest gegen den „antikommunistischen Kreuzzug“ und gegen „Euroshima“ führten zum Mas-

senwiderstand der nun primär von jungen Menschen getragenen Friedensbewegung. Deren mit Aufklärung und Aktionen produzierter politischer Druck bewirkte den Konsensbruch in der NATO, Akzeptanz alternativer Sicherheitspolitik und Krise der „Abschreckung“.

Nach dem INF-Vertrag bestehen zwar keine Voraussetzungen für neue Massenaktionen — obwohl sie nötig wären, wenn die Welt im Jahr 2000 frei von Atomwaffen sein soll. Aber die friedenspolitische Vernetzung der BRD durch berufsspezifische Initiativen und neue basisorientierte Aktionen führten dazu, daß heute selbst konservative Kreise in den Friedenskampf einbezogen sind. Jüngst sprachen sich 79 % der Bevölkerung für ein atomwaffenfreies Europa aus. Dies war 1982/83 noch nicht möglich; Gorbatschows Initiativen wirken sich aus.

Friedensbewegung und Friedensforschung stehen heute vor der Aufgabe, neben ihren sonstigen Zielsetzungen die Hauptstützen der „Abschreckung“ weiter zu schwächen und die fehlende Akzeptanz der NATO-MD stärker als bisher zu verdeutlichen. Für diesen Zweck sind nicht nur Faktenvermittlung und Aufzeigen von Zusammenhängen, sondern auch Engagement in reflektierten Aktionen nötig. Die bereits wirksame „Volks-Diplomatie“ verlangt engere und effektivere Kooperation von Friedensbewegung und Friedensforschung.

Aufrüstung und Konfrontation sind die Haupttendenz

Fred Schmid

„Abrüstungsgierig“, wie meine Vorredner, bin ich auch. Zu 100 Prozent weniger Rüstung — dazu gehören jedoch zwei. Wir müssen zunächst versuchen, eine nüchterne Bestandsaufnahme zu machen und die gegenwärtigen Kräftekonstellationen und Tendenzen analysieren. Ich stimme Jürgen Reusch zu, daß wir uns in einer offenen Situation befinden, die durch große Widersprüchlichkeiten gekennzeichnet ist. Es gibt wirklich neue Chancen, vor allem die der nachlassenden Legitimation in der Bevölkerung gegenüber der Rüstung. Meines Erachtens ist das einer der entscheidenden Faktoren, bei dem Abrüstungskonzepte ansetzen können. Die Hauptsorge auf NATO-Tagungen ist das nachlassende Bedrohungsbewußtsein in der Bevölkerung. Bei der NATO-Parlamentariertagung im November 1988 in Hamburg hat man den Begriff „Gorbi-Manie“ geprägt; ein General sagte, Gorbatschow sei so etwas wie AIDS für die NATO, weil er das Abwehrsystem zerstöre.

Was die Legitimation für eine weitere atomare Aufrüstung betrifft, so in der Frage der Modernisierung atomarer Raketen im Kurzstreckenbereich, wird die Bundesregierung durch die bevorstehenden Wahlen gebremst. Andererseits ist es beängstigend, mit welchem Tempo der „Jäger 90“ im Verteidigungsausschuß des Bundestags verabschiedet wurde: in 30 Minuten. Die Aktionen der Friedensbewegung in den vergangenen Jahren konzentrierten sich auf den ato-

maren Bereich. Deshalb gibt es hier ein anderes Bewußtsein der Bevölkerung als für den konventionellen Bereich, wobei wir positive neue Ansätze nicht übersehen dürfen. Selbst innerhalb der Rüstungsindustrie gibt es Veränderungen. So läßt die Akzeptanz bei den dort Beschäftigten nach, es entsteht ein anderes Problembewußtsein gegenüber militärischer Produktion.

Andere Akzente als Jürgen Reusch setze ich, was die Konzentration der Rüstungsindustrie betrifft und die Bewertung des Militär-Industrie-Komplexes. Wir marxistischen Friedensforscher müssen doch die Frage stellen, warum sich gerade dort ein Konzentrationsprozeß mit einem atemberaubenden Tempo vollzieht. Warum steigt ein Konzern wie Daimler in die Rüstungsproduktion ein, der noch vor vier Jahren ausschließlich Autos herstellte? Die Ursache dafür ist die verschärfte Situation am Weltmarkt. Daimler-Benz und die Deutsche Bank entwickelten eine „Geschäftsfeldstrategie“, in der sie auf die konventionelle Rüstung setzen als Ausgleich zur atomaren Abrüstung. Es bleibt ja nicht bei der Neuordnung der deutschen Rüstungsindustrie, die Perspektiven gehen in Richtung Neuordnung der europäischen Rüstungsindustrie. Der Begriff „Neuordnung“ erweckt bei mir unselige Erinnerungen.

Beim Kampf um Weltmarktanteile geht es ums Überleben auch von großen Konzernen, da sind die Rüstungsprofite eine hervorragende Finanzquelle. 14 Prozent Rüstungsanteil am Gesamtumsatz von Daimler-Benz werden etwa 25 Prozent Anteil beim Profit bringen, eine hervorragende Kapitalverwertung! Im Hinblick auf sich abzeichnende Strukturkrisen in der Automobil- und Elektroindustrie trägt somit die Rüstung dazu bei, daß bei Daimler-Benz die Kassen voll sind. Andere Konzerne, die wie VW oder BMW eine Monostruktur haben, tun sich schwerer. Konzerne mit gefüllten Kassen können weniger potente Konkurrenten eher aus dem Feld schlagen. So ist der „Krieg der Konzerne“ heute zu verstehen.

Daimler Benz als führender deutscher Industriekonzern schluckt MBB, Siemens versucht, sich den britischen Konzern Plessey einzuverleiben, um so die Bereiche Rüstung und Telekommunikation auszuweiten. Im Hintergrund zieht die Deutsche Bank die Fäden. Das Rüstungskapital hat sich ins Zentrum des Finanzkapitals verlagert. Es ist von anderem Gewicht, wenn statt MBB das Machtkartell Daimler-Benz, Siemens und die Deutsche Bank nach Rüstungsaufträgen gieren. Vor dieser politischen Machtzusammenballung können wir nicht die Augen verschließen, mit ihr müssen wir uns auseinandersetzen.

Ein paar Sätze zur NATO-Strategie. Meiner Meinung nach ist die konfrontative Variante immer noch dominierend. Festzumachen ist das an den Versuchen, den INF-Vertrag zu unterlaufen, die Strategie der Kriegsführungsbereitschaft zu verfeinern, am Festhalten an FOFA und Air-Land-Battle. Ist es so, wie hier gesagt wurde, daß sich die NATO-Strategie verlagert von einer eurozentristischen Ebene auf die Dritte Welt? Und ist es wirklich so, daß dann die ökonomische Macht kapitalistischer Länder ausreicht, in dieser sogenannten Dritten Welt ihren Willen durchzusetzen? Ich halte beide Meinungen für nicht stichhaltig. Da braucht man sich nur Nicaragua anzusehen, da wendet der Imperialismus militärische Mittel massiv an, auch in einigen Ländern Afrikas. Für Europa sehe ich eine Weiterentwicklung der Kriegsführungs- und Erst-

schlagskonzeption; das Pentagon-Leitliniendokument hat weiter Gültigkeit. Damit unterstelle ich der NATO keine ernsthaften Absichten, jetzt in Europa Krieg führen zu wollen. Aber die NATO legt sich in Europa eine Erstschlagskapazität zu, unter deren Schirm sie rund um die Welt mit militärischen Mitteln ihre politischen Ziele durchsetzen kann.

Jürgen Reusch hat das Problem der gegenwärtigen Instabilität sozialistischer Länder angeschnitten, z.B. in Ungarn, der Sowjetunion, auch der DDR. Das sind ja Faktoren, die den Kräften im Westen, die für eine konfrontative Variante sind, Oberwasser verleihen. Die FAZ schreibt, man brauche auch weiterhin Atomwaffen, damit unter dem Gewölbe der atomaren Abschreckung in den sozialistischen Ländern eine andere Ordnung heranwachsen kann. Ich frage mich weiter, warum geben die USA solche Irrsinnssummen aus, wie für den Stealth-Bomber? Diese Waffen bestellt man doch nicht nur aus Liebe zur Rüstungsindustrie. Dahinter stehen militärische Konzeptionen, wie die Erstschlagsoption, oder die des Colin S. Gray, die Sowjetunion totzurüsten. Wie aktuell dieses Konzept ist, bekräftigte jetzt der US-Senator Nunn bei der Vorstellung des Stealth-Bombers: Das ganze Luftabwehrsystem der Sowjetunion, das hunderte von Millionen Dollars kostete, sei damit nutzlos, die Sowjetunion könne sich überlegen, ob sie ein völlig neues Luftabwehrsystem aufbaut oder ob sie die damit entstehende Verwundbarkeit in Kauf nehme.

Alternativen entwickeln und die Bewegungen vernetzen

Armin Cullmann

Die Frage, ob aus militärischen Gründen gerüstet wird oder denen des Profits, läßt sich nicht trennen. Ich bin skeptisch, wenn die ökonomische Bedeutung der Rüstung so hervorgehoben wird, wie in den Beiträgen von Jürgen Reusch und Klaus-Peter Weiner. Ginge es vorrangig nach der Verwertbarkeit rüstungstechnischer Erkenntnisse für den zivilen Bereich, gäbe es für manches militärische Projekt keine Erklärung. Welchen Effekt hätte der „unsichtbare“ Stealth-Bomber für den zivilen Luftverkehr?

Waffensysteme wie der „Jäger 90“ oder der „Tornado“-Bomber haben einen ausgeprägten militärstrategischen Charakter, und sie haben einen horrenden Preis. Es geht immer um bestimmte militärische Optionen, die Waffensysteme ermöglichen sollen, und es geht zugleich um den Profit mit der Rüstung. Genauso verhält es sich mit den Zielen des Militär-Industrie-Komplexes. Jürgen Reusch kritisiert, daß wir in unserem Beitrag in den Marxistischen Blättern die Rolle des Staates innerhalb des MIK nicht richtig werten (vgl. die Beiträge von Armin Cullman/Fred Schmid und Jürgen Reusch in Marxistische Blätter 11 und 12/88). Ich befürchte, es gibt Illusionen bei Jürgen Reusch über die Rolle des Staates. Noch vor einem Jahr wurde eine Fusion von Daimler-Benz und

MBB für unwahrscheinlich, gar unmöglich gehalten. Der Staat hat eine aktive Rolle beim Zustandekommen dieser Rüstungskonzentration gespielt. In der Diskussion gab es die wiederholte Meinung, die Risiken der Hochrüstung seien allgemein bekannt, man müsse sie nicht mehr aufzählen. Jetzt gelte es, mit Phantasie und Kreativität die Abrüstung voranzubringen. Dem stimme ich zu, nur darf man nicht eine Analyse des Kräfteverhältnisses mit der Aufzählung von Risiken verwechseln. Entfällt diese Analyse, können sehr schnell anstelle der Risiken Illusionen über die Möglichkeiten der Abrüstung stehen.

Dieter Klein fordert in seinem Buch „Chancen für einen friedensfähigen Kapitalismus“ (Berlin/DDR 1988) eine sorgfältige Analyse des Militär-Industrie-Komplexes als erste Voraussetzung von Abrüstungsstrategien. Er warnt vor Illusionen, die sonst entstehen können. Mir scheint, eine der Illusionen, die es heute gibt, betrifft den Grad der Veränderungen innerhalb der Bourgeoisie hinsichtlich ihres Abrüstungswillens. Es wäre schlimm, diese Veränderungen nicht zur Kenntnis zu nehmen. Da kann ein starkes Pfund auf die Seite der Friedenskräfte dazukommen, nur dürfen wir nicht so tun, als ob sich dieses Gewicht schon mächtig auswirkt. Es gibt umgekehrt Freunde in der Friedensbewegung, die es ausschließen, daß solche Veränderungen und Differenzierungen wirksam werden. Das halte ich auch für falsch! Mir waren heute einige Beiträge zu stark darauf gerichtet, herauszufinden, was sich jetzt innerhalb der Bourgeoisie verändert, hinsichtlich neuer Möglichkeiten der Friedensbewegung. Meines Erachtens stand zu wenig die Frage im Mittelpunkt, was wir als Marxisten zur Gewinnung der Bevölkerung beitragen können. Fehlt die Analyse oder ist diese fehlerhaft, wachsen die Illusionen über die Möglichkeiten der Friedensbewegung. Realismus heißt für mich: weg vom umfangreichen Katalog guter Wünsche, hin zu ein, zwei Schlüsselforderungen, wie: keine Modernisierung der Kurzstreckenwaffen; Senkung des Rüstungsetats, verbunden mit Rüstungskonversion. Damit könnte man die Vorstellungen der nationalen und internationalen Friedensbewegung verbinden. Wir sollten kontinuierlich mit den Vorschlägen und realen Abrüstungsmaßnahmen Gorbatschows und der Warschauer-Vertragsstaaten arbeiten, z.B. die freiwerdenden Mittel durch Abrüstung für Umweltschutz zu verwenden.

Ende November gab es in München eine Friedenskonferenz. Dort sagte Prof. Hans-Peter Dürr u.a., ihn deprimiere es, daß er immer bloß sagen solle, wogegen er sei; wir müßten mehr sagen, wofür wir sind. Dazu gehört es, mehr reale Utopie und Phantasie aufzubringen für die Alternativen zur Hochrüstung. Prof. Dürr warb dann für das Projekt „Saubere Ostsee“, das im Rahmen von „Global Challenges Network“ entstand. Viele Wissenschaftler neigen dazu, alles in kleine Einheiten zu zerteilen und dann punktuelle Lösungen vorzuschlagen. Dürr betonte dagegen die Erkenntnis, die Probleme seien so vernetzt, daß es ein Unding sei, sie in kleine Einheiten aufzuteilen und forderte, wir müßten unbedingt die Probleme im Zusammenhang sehen und deshalb zu einer Vernetzung der Bewegungen kommen.

Die Meinung von einigen Vorrednern, die Bedrohung der Menschheit durch Umweltzerstörung sei heute größer als die durch Atomrüstung, halte ich in dieser Gegenüberstellung für falsch. Beides bedroht uns. Die Kriegsgefahr nimmt

doch nicht dadurch ab, daß die Umweltzerstörung zugenommen hat. Sowohl Michail Gorbatschow wie auch Erich Honecker gehen in ihren Reden von einer unverminderten Kriegsgefahr aus. Die Gefahr eines Atomkrieges aus Irrtum oder durch technisches Versagen ist aufgrund der immer kürzeren Vorwarnzeiten gestiegen.

In Anbetracht der anstehenden Rüstungsprojekte und der dringend zu lösenden sozialen und ökologischen Probleme ist die Rüstungskonversion von überragender Bedeutung. Auf dem Zukunftskongreß der IG Metall kamen viele Probleme zur Sprache, die bislang nicht im Mittelpunkt gewerkschaftlicher Arbeit standen. Nur die Frage der Abrüstung ist dort noch viel zu kurz gekommen, wenn man sie an ihrem tatsächlichen Stellenwert mißt. Trotzdem, es verändert sich etwas bei den Gewerkschaften. In München war es jahrelang unmöglich, bei der IG Metall über Rüstungskonversion auch nur zu reden. Vor einigen Wochen nahm die Vertreterversammlung der IG Metall in München einen Beschluß gegen den „Jäger 90“ an, für ein Beschäftigungsprogramm und für Arbeitskreise zur Rüstungskonversion in den Rüstungsbetrieben. Um meinerseits keine Illusionen zu schüren: Die Vertreter aus den rüstungsorientierten Betrieben stimmten dagegen. Das ist ein Hinweis darauf, wieviel an Aufklärungsarbeit noch zu leisten ist.

Die vorrangige Argumentation bei der Frage der Rüstungskonversion war bisher der Nachweis der technischen Möglichkeiten für die alternative Produktion. Hunderte von Beispielen erarbeiteten inzwischen gewerkschaftliche Arbeitskreise. Wir brauchen politische Handlungskonzepte zur Durchsetzung dieser Vorschläge. Dazu gehören „ganzheitliche Konzepte“ zur Lösung sozialer und ökologischer Probleme und die „Vernetzung verschiedener Bewegungen“. Zwischen Kommunalpolitik, Ökologiepolitik, Friedens- und Abrüstungspolitik gilt es einen logischen Zusammenhang herzustellen. Ausgangspunkt sind die realen Bedürfnisse der Bevölkerung. Wir, die Marxisten, die wir ein Denken und Handeln im Zusammenhang beherrschen sollten, müssen unseren Beitrag für die politischen Handlungskonzepte und die Vernetzung der Bewegungen leisten. Bleibt die Forderung nach Rüstungskonversion allein auf die Beschäftigten der Rüstungsindustrie beschränkt, wird es unmöglich sein, den nötigen Druck auf den Staat zu entwickeln, damit er seine Nachfragepolitik entsprechend ändert.

Alternativen zum Jäger-90 hier und jetzt!

Winfried Schwarz

Ich stimme Fred Schmid zu, daß von der Daimler/MBB-Fusion große politische Gefahren ausgehen, zumal Daimler staatlich garantierte Profite aus der Rüstung ziehen will, die höher als diejenigen aus dem Airbus liegen — auch wenn beides High-Tech-Bereiche sind. Allerdings sollten wir uns vor zweierlei Reaktionen auf den Machtzuwachs des MIK infolge des Einstiegs Daimlers

und der Deutschen Bank hüten: Vor der resignativen Haltung, daß nun gar nichts mehr zu machen sei. Aber auch vor der radikal klingenden Position, daß jetzt nichts mehr helfe, als die Eigentumsfrage zu stellen. Beide sind für mich Reaktionen der praktischen Hilflosigkeit — eine nicht wirkungsvoller als die andere.

Was also tun? Zunächst sollten wir nicht vergessen, daß Rüstung ein hochgradig politisch vermitteltes Geschäft ist. Daimlers „Deutsche Aerospace“ will zwar durch Staatsaufträge fette Gewinne machen. Aber der Staat, das ist mehr als die Rüstungsvergabe innerhalb des MIK. Der Staat ist in erster Linie Organ zur Sicherung des Gesamtsystems. Als solches muß er auch die Interessen des zivil orientierten Monopolkapitals berücksichtigen (übrigens die große Mehrheit), die sich mit Aufrüstungszielen keineswegs immer decken — und gegenwärtig noch weniger als noch vor einigen Jahren (siehe Rüstungshaushalt). Und außer dem zivil orientierten Monopolkapital muß der Staat auch Kompromisse mit der Arbeiter- und Friedensbewegung machen, sobald sich diese als politische Massenkraft entfaltet. Daimlers Staatsabhängigkeit im Maße seiner Rüstungsabhängigkeit hat auch diese Kehrseite, daß nämlich hier ein „Einfallstor“ für Abrüstungsinteressen geöffnet werden könnte.

Ich will an dieser Stelle nichts zu der westeuropäischen Dimension der bundesdeutschen Rüstungskonzentration ausführen, außer daß meiner Meinung nach die Stärkung des westeuropäischen NATO-Blocks einen leistungsfähigen bundesdeutschen Kooperationspartner für die starken französischen und britischen Rüstungskonzerne braucht, um langfristig von US-Rüstungstechnologie unabhängig zu werden. Dieser Partner aus der Bundesrepublik soll von Daimler geführt werden.

Der zweite Punkt betrifft das, was Armin Cullmann angesprochen hat, nämlich die Rüstungskonversion. Ich kenne die Vorschläge und ausgezeichneten Aktionen zur Konversion bei Krauss-Maffei, die von der Münchener DKP, von Fred Schmid und Armin Cullmann entwickelt und getragen wurden. Ich finde diese Ansätze beispielhaft für die Bundesrepublik, besonders wo von konkreten Alternativen an Ort und Stelle, im Betrieb und in der Kommune die Rede ist. Allerdings kann ich mich nicht des Eindrucks erwehren, daß die Forderung nach Abrüstung und Konversion mitunter ausschließlich Bewußtsein bilden soll, ausschließlich der kritischen Einsicht in die Monopolwurzeln von Rüstung dienen soll. Nach dem Motto: Was könnten wir alles so Schönes haben, wenn wir den Kapitalismus los wären!

Nichts gegen die Notwendigkeit marxistischer Aufklärung! Aber ich denke, die Abrüstung ist die drängendste *praktische* Frage der Gegenwart, die uns nicht die Zeit läßt, mit ihr real erst nach der Abschaffung des Kapitalismus anzufangen.

Was das heißt? Es heißt, alle möglichen gesellschaftlichen Kräfte auf dieses Ziel hin zu orientieren, und zwar gegen das Rüstungsprojekt, dem eine Schlüsselrolle für Auf- oder Abrüstung zukommt: gegen den Jäger-90. Die Hauptprofiteure des Jägerbaus sind MBB, Dornier, AEG und MTU, also gerade die Vier, die sich Daimler gekauft hat. Halten wir uns die Anti-Daimler-Stimmung der letzten Monate vor Augen, so bestehen Chancen, aus dieser amorphen Ablehnungsfront ein starkes Anti-Jäger-Bündnis zu schaffen.

Hierbei sollten die Friedenskräfte durchaus auch unkonventionell vorgehen. Wir sollten nicht nur immer anklägerisch aufweisen, wieviele Schulen und Kindergärten von einem Militärflugzeug gefressen werden, sondern einmal überlegen, ob wir Daimler nicht attraktive Produktalternativen anbieten sollten, die er mit Gewinn produzieren kann — mit der entscheidenden Auflage: das Produkt darf nicht der Jäger-90, sondern muß, sagen wir: zivil und ökologisch sinnvoll sein. Und zwar durchaus hochkomplex und technisch anspruchsvoll.

Warum sollte MTU-München nicht den Wasserstoffantrieb für Flugzeuge zur Serienreife bringen, der die Umweltbelastung durch das Kerosin beendet? Das Schwergewicht der Konversionsforderung sollte m.E. nicht die Abschaffung des Profitmotivs, sondern die Abschaffung der Waffensysteme sein.

Bei der Konversion kann es natürlich nicht darum gehen, daß das von der Bevölkerung unseres Landes abgehobene Bundeswehrbeschaffungssamt statt Rüstungsaufträgen nunmehr irgendwelche Ökologieaufträge vergibt. Was anstelle von Rüstung produziert werden soll, muß Ergebnis eines breiten demokratischen Prozesses sein — angefangen vom Betrieb über die Regionen bis zu den Entscheidungsstellen über die Staatsfinanzen. Unter diesen Voraussetzungen trägt Abrüstung durch Konversion durchaus antikapitalistische Züge, so daß niemand Angst zu haben braucht, hier würde der Abschied von der Eigentumsfrage verkündet. Im Gegenteil.

Militarisierung ist nicht das vorrangige Ziel bundesdeutscher Konzernstrategien

Jörg Huffschild

Natürlich darf man bei der Beurteilung der aktuellen Lage nicht den Fehler begehen, politische Programmklärungen für die Wirklichkeit zu nehmen. Aber ebenso muß man sich davor hüten, einzelne noch so spektakuläre Ereignisse oder Aktionen für das Ganze der Realität oder einer Strategie zu halten. In der Regel sind die Dinge vielseitiger und komplizierter. Das läßt sich gut an der Daimler-MBB-Fusion zeigen, die ich vor einem Jahr vor allem aus politischen Gründen für unwahrscheinlich gehalten habe.

Einerseits hat sich das Finanzkapital in Gestalt der Deutschen Bank mit dieser Fusion vollends ins Zentrum der Rüstungswirtschaft begeben. Andererseits sollte das nicht zu der Aussage verführen, das Rüstungskapital mache nun das Zentrum des Finanzkapitals aus. Eine solche Behauptung hielte ich für schlicht falsch. Sie würde ja nahelegen, daß mit dieser Fusion eine Entscheidung für die Entwicklung des bundesdeutschen Kapitalismus in Richtung Rüstungskapitalismus gefällt worden sei, was ich ebenfalls für eine unrichtige Aussage halte.

Ich bin der letzte, der die Gefahren, die von der Verbindung Deutsche Bank — Daimler-Benz — MBB ausgehen — und in dem Projekt des „Jäger 90“ ihren

krassesten Ausdruck finden — verkennen oder verharmlosen würde. Wir müssen uns aber trotzdem die Mühe machen, zu klären, welchen Stellenwert diese Fusion in der Gesamtstrategie des Finanzkapitals, hat. Und — das ist meine These — in dieser Gesamtstrategie spielt nicht die Militarisierung und der Aufbau eines militärischen Drohpotentials, sondern die internationale Expansion die vorrangige Rolle.

Diese Internationalisierung wird auf vielen Bereichen betrieben. Sie erfolgt auch in der Rüstung — allerdings in einem vergleichsweise geringen Umfang. Wenn man sich internationale Verflechtungs- und Kooperationsaktivitäten der Deutschen Bank oder von Daimler-Benz anschaut, ist es völlig offensichtlich, daß sie auf dem zivilen Sektor um ein Vielfaches zahlreicher und gewichtiger sind als auf dem militärischen.

Man muß auch zur Kenntnis nehmen, daß es nicht nur die erklärte, sondern zum Teil auch die tatsächlich betriebene Politik der großen Rüstungskonzerne ist, den militärischen Teil des Umsatzes zu verringern. Selbst Hanns Arndt Vogels hat dies als Teil der Unternehmenspolitik von MBB verkündet.

Natürlich darf man auch dies jetzt nicht als das Ganze der Konzernpolitik nehmen. Die politische Gefahr, die von der Fusion und dem Projekt „Jäger 90“ ausgeht, darf nicht unterschätzt werden. Es gibt aber auch reale Tendenzen und Interessen bei den Konzernen, die einer weiteren Militarisierung der bundesdeutschen Wirtschaft zuwiderlaufen. Da ist z.B. das lebhafteste Interesse der Deutschen Bank, von Siemens, Daimler, MBB und anderen an der Intensivierung des Kooperationsprozesses mit der Sowjetunion, wo — wohl zu Recht — erhebliche Geschäftsmöglichkeiten für eine sehr lange Zeit vermutet werden, sofern die Politik des ökonomischen Umbaus dort greift. Dies dürfte eine wahrscheinlich längerfristig viel attraktivere Expansionsoption für bundesdeutsches Kapital sein als die einseitige Fixierung auf weitere Militarisierung.

Insgesamt ist die Lage dadurch gekennzeichnet, daß es eine Reihe unterschiedlicher Expansions- und Verwertungsmöglichkeiten gibt, und für die Konzerne überhaupt keine Veranlassung besteht, sich auf eine davon festzulegen. Ihr gemeinsamer Nenner ist die internationale Expansion.

Diese Hauptlinie wird auch von der staatlichen Politik unterstützt und verfolgt: Die gesamte Forschungs- und Technologiepolitik steht unter dem Imperativ der internationalen Wettbewerbsfähigkeit; enorme Konzentrations- und Zentralisationsprozesse finden staatlichen Segen und Unterstützung, weil das die Konkurrenzposition auf den Weltmärkten stärke. Sozialleistungen und Umweltschutz werden zurückgedrängt, weil sie diese Position schwächen. Die Angebotspolitik läuft auf nichts anderes heraus als darauf, optimale Rahmenbedingungen für die internationale Expansion der führenden Konzerne zu schaffen und liegt daher voll in deren Interesse. Rüstungspolitik kann Teil dieser Strategie sein, ist aber auf keinen Fall unverzichtbar für sie oder gar ihr eigentlich wesentlicher Kern.

Gerade ein solches Nebeneinander von Optionen bietet aber Ansatzpunkte für das Eingreifen der Friedensbewegung. Sie liegen darin, daß die mit der Modernisierungskampagne und den Planungen für die dritte Waffengeneration anvisierte stärkere Betonung der militaristischen Option verstärkt thematisiert

und zurückgewiesen wird. In diesem Zusammenhang halte ich eine „Anti-Jäger 90-Kampagne“ für außerordentlich bedeutsam. Denn in der Auseinandersetzung mit diesem Irrsinnprojekt lassen sich nicht nur allgemein militär- und sicherheitspolitische Kritikpunkte mobilisieren. Der Jäger ist zugleich ein konkreter Kristallisationspunkt der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Schäden, die mit der Rüstung auch im konventionellen Bereich verbunden sind und — wenn die geplanten Projekte der dritten Waffengeneration verwirklicht würden — Dimensionen annehmen würden, im Vergleich zu denen alles, was wir bisher erlebt haben, relativ harmloses Vorgeplänkel gewesen wäre. Wenn es gelingt, dies klarzumachen, könnte sich daraus eine sehr breite Mobilisierung ergeben, deren Chancen zur Verhinderung des Gesamtprojektes ich angesichts der Umstrittenheit des Projektes auch im Lager der Regierung und bei den Konzernen für relativ gut halte.

Hier zeigt sich übrigens auch, daß trotz unterschiedlicher Einschätzungen des Stellenwertes der Fusion Daimler-MBB die konkreten Aktionskonzeptionen und -vorschläge wohl kaum nennenswert auseinandergehen dürften. Von beiden hier diskutierten Gesamtbeurteilungen her kann man folgern, daß man den unmittelbaren politischen Schwerpunkt auf eine Anti-Jäger-Kampagne legen und in diese regional- und umweltpolitische Umstellungs- und Entwicklungsperspektiven einbringen sollte. Ich würde sogar soweit gehen zu sagen, daß man von hier aus die Argumentation und Mobilisierung für eine grundlegend andere Entwicklungsrichtung des Kapitalismus — eine Reformalternative — entwickeln kann, in der die militaristische Option keine Rolle mehr spielt und die aggressive Orientierung auf die internationale Expansion durch eine stärkere Binnenorientierung abgelöst ist. Aber in dieser Frage gibt es offensichtlich unterschiedliche Meinungen, die hier nicht ausdiskutiert werden können.

Der subjektive Faktor als Bestandteil der neuen Situation

Heinz Jung

Ich möchte mich zu drei Diskussionsfragen äußern.

1. Bernd Greiner meinte, daß es gegenüber 1946, als Albert Einstein schon von der Notwendigkeit neuen Denkens und Handelns sprach, keine qualitativ neue Lage gäbe. Aus meiner Sicht gehört zur Analyse konkret-historischer Situationen jedoch immer auch die Berücksichtigung und Bewertung des subjektiven Faktors. Und indem das neue Denken seit 1985 zum Politikansatz der UdSSR und der sozialistischen Staaten geworden ist und nicht mehr nur von einzelnen Wissenschaftlern und Persönlichkeiten entwickelt und gefordert wird, erhält die historische Lage und Situation eine neue Dimension.

Vielleicht ist es nicht überflüssig, sich zu vergegenwärtigen, was man etwa noch Mitte der 70er Jahre in bezug auf die Friedensfrage gedacht und geschrie-

ben hat. Nicht zu Unrecht war man als Marxist davon ausgegangen, das errungene militärstrategische Gleichgewicht als Errungenschaft zur Sicherung und Durchsetzung gesellschaftlichen Fortschritts und des Friedens anzusehen. Wie wir aber heute wissen, war dies keine ausreichende Voraussetzung, unter der die Friedensbewegung hätte eine solche Dynamik erreichen können, um grundlegende Abrüstungsschritte, eine Umkehr der Rüstungsspirale durchsetzen zu können. Dies konnten auch die sozialistischen Länder dem Imperialismus nicht aufzwingen.

Ferner hat sich herausgestellt, daß selbst unter diesen Bedingungen die Option für einen nichtkapitalistischen Entwicklungsweg in den Ländern der Dritten Welt nicht die Hauptstraße der Entwicklung werden konnte. Dabei spielte offenkundig auch die Anpassung der imperialistischen Strategie an die neuen Bedingungen eine Rolle und insbesondere auch die neuen Eingriffs- und Infiltrationsmöglichkeiten, die mit der Revolution im Militärwesen realisiert werden konnten. Gerade dies sind ja die Hauptoptionen des Imperialismus gegen fortschrittliche Änderungen in diesen Ländern. Insofern hat sich die amerikanische Lehre aus Vietnam erst später realisiert und materialisiert. Vor allem die 80er Jahre zeigen, daß die antiimperialistischen Befreiungsbewegungen an die Grenzen der internationalen Kräfteverhältnisse stoßen.

Offenkundig setzten sich diese und andere Erfahrungen in der Bestandsaufnahme der heutigen Weltsituation in der sowjetischen Politik Mitte der 80er Jahre durch. Auf dieser Grundlage wird mit dem neuen politischen Denken ein neuer Politikansatz gewonnen, der die Mobilisierung der Menschheitsinteressen zur Lösung der Probleme in den Mittelpunkt rückt und nun die Chance eröffnet, aus der bisherigen Konfrontationslogik auszusteigen, eine neue Logik in Gang zu setzen und damit neuen politischen Handlungsraum zu erringen. Dies zeigt sich zuerst auf der Ebene der Friedens- und Abrüstungspolitik. Aber mehr und mehr sind darin auch die Fragen der Dritten Welt, der neuen Weltwirtschaftsordnung, der Ökologie und Demokratisierung einbezogen. Die Verflechtung mit innergesellschaftlichen Prozessen ist dabei ebenfalls evident.

Insofern gehört zur Analyse der heutigen historischen Situation — methodisch und materiell — unbedingt der subjektive Faktor. Nicht zuletzt ergeben sich hieraus die großen Chancen, auf die sich die Friedensbewegung orientieren kann. Über die Rückwirkung der sowjetischen Friedensinitiativen auf die innergesellschaftliche Situation der Bundesrepublik wurde schon gesprochen. Die Akzeptanzschwelle für die Bürden und Belästigungen der Militarisierung ist eine andere geworden. Siehe die breite Stimmung gegen die Tiefflüge über unser Land.

2. Die Münchener Kollegen, die hier gesprochen haben, haben Friedens- und Abrüstungskonzeptionen bis zu den Problemen vor Ort vorangetrieben. Das ist eine zentrale und wichtige Sache. Aber ich bin der Ansicht, daß man die Änderung der Entwicklungsrichtung des Kapitalismus nicht reduktionistisch nur auf die Friedensfrage beziehen sollte. Ich teile die Meinung, daß die Vermittlung der Friedens-, Abrüstungs- und Konversionsfrage in die demokratischen und sozialen Bewegungen eine zentrale Angelegenheit ist. Insofern

steht Vernetzung der Bewegungen auch unter diesen Fragestellungen auf der Tagesordnung. Aber dies ist keine Einbahnstraße. Dies hat, glaube ich, die Anti-AKW-Bewegung gut gezeigt.

Jörg Huffschmid hat schon auf die Gesamtproblematik aufmerksam gemacht und faktisch auch gegen die reduktionistische Verengung der Reformalternative auf die Friedens- und Abrüstungsfrage Stellung bezogen.

Handlungsstrategien können nicht am grünen Tisch geboren werden. Man muß hier genau auf die Bewegungen selbst schauen. Aus ihrer Analyse muß man Ansätze gewinnen. Dabei muß man auch die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse, der Interessen und Motivationen im Auge behalten. Hieraus ergeben sich neue Zugänge auch für die Friedensbewegung.

3. In jüngster Zeit gibt es eine polemische Debatte darüber, wie die Fusion Daimler-MBB und die Herausbildung dieses High-Tech- und Rüstungskonzerns zu beurteilen ist. Ich möchte zu den schon vorgetragenen Argumenten nur einen kleinen Zusatz anfügen.

Man kann, denke ich feststellen, daß unter den heutigen und mehr noch unter den zukünftigen Bedingungen nicht nur für die Rüstungsproduktion, sondern generell für die industrielle Großproduktion die gesellschaftliche und politische Akzeptanz immer mehr in den Vordergrund rückt. Die Produktions- und Produktivkraftentwicklung erhält damit unmittelbar eine ideologisch-politische Dimension. Damit sind auch für die kapitalistische Profitproduktion neue Bedingungen gesetzt. In diesem Zusammenhang werden notwendigerweise Konzerne wie Daimler-Benz in höherem Maße druckempfindlich als dies bei der früheren Rüstungsindustrie der Fall gewesen ist. Und sie werden umso mehr druckempfindlich, je stärker ihr Produktionsprogramm diversifiziert ist. Nach wie vor ist für den Mercedes-Stern die Autoproduktion das Flaggschiff. Ich denke, die Konzernchefs werden interessiert sein müssen, daß — symbolisch gesprochen — für die Öffentlichkeit vom Mercedes-Stern nicht das Blut der Rüstungsproduktion trieft. Deshalb kann die antimilitaristische und Antirüstungsagitation auch eine größere Stoßkraft erlangen. Den Managern und Profiteuren des Rüstungsgeschäfts darf in dieser Hinsicht nichts geschenkt werden.

Antimilitarismus und Abrüstungsbewegung können heute in einem bedeutend breiteren Kontext definiert und gesehen werden. Wenn wir die Qualität der heutigen Situation beurteilen wollen, dann dürfen wir als Indikator nicht nur die Massenbeteiligung an Friedensmanifestationen heranziehen. Wir müssen auch sehen, wie sich die verschiedenen sozialen und politischen Kräfte umorientiert haben. Vielleicht zeigt sich die Veränderung am Vergleich von dem, was die CDU Anfang der 80er Jahre zum Problem Frieden und Abrüstung gesagt hat und was sie heute sagt oder sagen muß, deutlicher als an vielem anderen.

Ein „deutschlandpolitischer“ Aspekt der neuen Raketen-Pläne?

Wolf-Dieter Gudopp

Eine Anmerkung zu Wolfgang Bartels: Die geplante Ersetzung der Lance-Raketen durch Raketen mit größerer, aber unterhalb der 500 km-Marke liegender Reichweite könnte auch eine spezifische „deutschlandpolitische“ Komponente haben. Vor längerer Zeit hat Helmut Kohl gesagt, daß der nach seiner Meinung im Grundgesetz verankerte Auftrag, für die „Landsleute in der DDR“ mitzuregieren, sich auch auf den Bereich von Militär- und Sicherheitspolitik erstreckte, daß also Bonn für die potentiellen BRD-Staatsbürger östlich der Grenze militärisch mitzudenken und mitzuhandeln habe. Diese originelle Auffassung schließt zum einen aus, das „eigene“ Territorium, nämlich die DDR, zum Zielgebiet von Kurzstreckenwaffen zu machen. Zum anderen liegt in der Konsequenz des Gedankens, die Bundesrepublik jenseits der Oder „verteidigen“ zu wollen und die DDR unter den Raketenschirm der BRD und ihrer Verbündeten zu nehmen, sie somit in der Perspektive von ihren sozialistischen Verbündeten abzuschotten. Ich denke, hier zeigt sich der abenteuerliche Wunsch nach einer Option vielleicht nicht unmittelbar militärischer Art, aber mit dem Charakter einer politischen Erpressung mittels militärischer Instrumente.

Ob man diese Komplexität auch bei dem im Prinzip ja richtigen Satz von Dregger — je kürzer die Reichweite, desto deutscher die Toten — mithören muß? Also verlängern wir die Reichweite, das könnte man aus diesem Wort doch auch schlußfolgern. Weiter ist unter diesem Gesichtspunkt die duale Einsatzfähigkeit der vorgesehenen Waffen interessant, ferner vermutlich mancher Aspekt des Umgangs mit kritischen Prozessen in Polen von Seiten der BRD.

Eine Anmerkung zu Karlheinz Koppe, der Widerspruch gefordert hat und erwartet. Daß ich seine geschichtliche Periodisierung so nicht mitvollziehen kann, ist klar. Darüber hinaus bin ich aber auch nicht der Auffassung, daß angesichts der großen Menschheitsprobleme die Bedeutung von Ideologien zurücktreten würde. Im Gegenteil, mir scheint, daß Ideologien gerade heute besonders gefragt sind. Uninteressant werden Ideologien erst dann, wenn es im wesentlichen keine Klassen und Klasseninteressen mehr gibt, das aber ist ferne Zukunftsmusik. Wahrscheinlich haben wir unterschiedliche Auffassungen darüber, was Ideologien sind — ich sehe, Karlheinz Koppe stimmt dem zu. In der Sache argumentiert Koppe in die gleiche Richtung. Auf lange Sicht wird es darauf ankommen, die Ideologien praktisch zu prüfen und sie zu befragen, was sie jeweils zur Meisterung der großen Probleme zu leisten imstande sind, und in diesem Sinne in einen fruchtbaren Wettbewerb einzutreten, der zwar einen ideologieübergreifenden Nenner hat, sich aber als Leistung und Streit von *Ideologien* und nicht an ihnen vorbei vollzieht. Ein Beispiel für das Herangehen ist sicher das SED-SPD-Papier über den Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit. (Einwurf Koppe: Ich habe gesagt, daß beide Ideologien konkurrierend weiterbestehen müssen.)

Können in den nächsten 5—7 Jahren wirksame Abrüstungsschritte in Europa durchgesetzt werden?

Gerd Matzke

Ich möchte zunächst auf die Bedeutung der willkürlich anmutenden Fragestellung eingehen. 5 bis 7 Jahre, also der Zeitraum bis etwa 1993/1995, ist die Spanne, in der sich zum einen der Erfolg oder Mißerfolg der konventionellen Abrüstungsverhandlungen herausstellen muß. Es ist die Zeitspanne, in der über die Modernisierung der Lance-Raketen und die Einführung neuer Waffensysteme der „3. Generation“ zu entscheiden ist, in der aber auch die bisher von den USA in Verhandlungen angedeutete Frist zur Einhaltung des ABM-Vertrags abläuft. Zugleich handelt es sich um die Zeitspanne, in der aller Voraussicht nach (zumindest muß eine ernsthafte Untersuchung von diesem ungünstigeren Fall ausgehen) konservative Regierungen die Politik zumindest der USA, Großbritanniens und der BRD bestimmen werden. Die Frage könnte also auch lauten: Was ist in diesem kleinen, aber entscheidenden Zeitraum mit Bush, Thatcher und Kohl an Abrüstung zu erreichen?

Dabei muß eine verantwortliche, materialistisch begründete Untersuchung von folgenden Prämissen ausgehen:

Erstens: In der gegenwärtigen Situation, wo es entscheidend auf Durchbrüche zu neuem Denken, Abrüstung und gemeinsamer Lösung der globalen Probleme ankommt, kann marxistische Wissenschaft nicht beim *Aufzeigen von Bedrohungen* für den Abrüstungsprozeß stehenbleiben, ebenso wie andererseits rein propagandistische, *nur auf „Entlarvung“ angelegte Forderungen* nicht weiterhelfen. Hauptinhalt von Friedensforschung — bezogen auf die Abrüstungsproblematik — muß das Aufspüren von *heute gangbaren, realisierbaren Wegen* hin zu einer entmilitarisierten, atomwaffenfreien Welt sein.

Zweitens: Dabei reicht es nicht mehr aus, alle Prozesse, Probleme und Widersprüche allein aus dem Ost-West-Gegensatz, der Systemauseinandersetzung abzuleiten. Eine solche verkürzte, überholte Sichtweise würde völlig die tatsächlichen Auseinandersetzungsfelder europäischer Politik aus dem Auge lassen: das Entstehen einer multipolaren Welt, die Anpassungsversuche des europäischen und US-Imperialismus an die globalen Herausforderungen, die wachsende technologische und ökonomische Konkurrenz zwischen den imperialistischen Zentren, politische Hegemoniefragen im NATO-Bündnis, Ressourcenkonzentrationen und vieles mehr. *Diese Auseinandersetzungen* stehen bereits heute in der politischen Agenda weit vor etwaigen Kriegführungs-Szenarien gegen den Sozialismus, zumal selbst F.J. Strauß im Januar 1988 Kriege in Europa als „unführbar“ bezeichnet hat.

Mehrere Indikatoren deuten unter diesen Bedingungen darauf hin, daß die Entscheidung für oder gegen Abrüstung *im politischen Überbau* gefällt wird, zunächst sogar ohne einschneidende Veränderungen an der ökonomischen Basis vorauszusetzen: Die zwei Phasen der Reagan-Amtszeit, das Ausscheiden von Weinberger, Iklé, Gray etc., die Hinwendung der USA zu Vereinbarungen

mit der Sowjetunion bei im wesentlichen gleichen innenpolitischen Parametern belegen das ebenso wie die nach anfänglicher Ablehnung erfolgte Zustimmung der BRD zum INF-Vertrag und die jüngsten NATO-Debatten, auf die ich gleich zu sprechen komme. Jedenfalls scheinen Rüstungsprofite nicht das *ausschlaggebende* Maß für die politischen Grundsatzentscheidungen zu sein: dafür spricht die anhaltende Auseinandersetzung um das *burden sharing* (niemand reißt sich in der NATO um die höheren Rüstungslasten), die Konzentration auf einen konkurrenzfähigen EG-Binnenmarkt (wo Rüstungsgüter am wenigsten für den freien Markt verwendbar sind), aber auch der Versuch, von maßgeblich auf Rüstung angewiesenen Großkonzernen (MBB) wegzukommen (zugunsten einer „Doppelbeinigkeit“ im zivilen und Rüstungssektor).

Der zentrale Widerspruch, der heute in der BRD auch das konservativ-liberale Lager durchzieht (ohne hier tieferegehende Analysen ersetzen zu wollen), liegt — bezogen auf die Abrüstungsfrage — zwischen Vertretern der Linie: Rüstungskontrolle als Verhandlungsschritt, als Druckmittel für „östliches Entgegenkommen“ in anderen Fragen bei minimalen eigenen Zuleistungen (dazu zählen z.B. Wörner, Wellershoff, Scholz; die „Logik“ dieses Ansatzes schließt übrigens neue Aufrüstung nicht aus!) und der Linie: Abrüstung aus Eigeninteresse (ökonomisch, politisch, militärisch), was beiderseitige Schritte, wenn auch mit dem Versuch der Übervorteilung der WVO-Staaten, einschließt (z.B. Genscher, Rühle). Beide Haltungen vermischen sich auch, am auffälligsten z.B. in der Person des Bundeskanzlers und seines Beraters Teltschik.

Erwähnt werden soll neben diesem Widerspruch aber auch, daß nicht nur in den USA gravierende sicherheitspolitische Veränderungen stattgefunden haben, sondern auch bei uns in der BRD: dafür spricht z.B. die veränderte Bewertung Gorbatschows durch den Kanzler und am deutlichsten die allmähliche Hinwendung auch zu eigenen Abrüstungsschritten (Verschrottung der Pershing IA, Begrenzung von Großmanövern, jüngster NATO-Vorschlag zur 10 %-igen Reduzierung der eigenen Panzerbestände, Rühes Erklärung zu möglichen einseitigen Antworten des Westens bei nuklearer Artillerie und Streitkräfteumfang — auf die jüngsten sowjetischen Abrüstungserklärungen).

Welche Widersprüche werden nun in bezug auf die zentralen Auseinandersetzungspunkte im konservativ-liberalen Bereich erkennbar?

Die thesenhafte Beantwortung dieser Frage soll sich dabei der eingangs erwähnten Chancen widmen, ohne daß Illusionen über Gegen-Tendenzen gehegt werden, ganz im Sinne des Beitrags von J. Reusch.

1. Nukleare Abschreckung:

An dieser (gefährlichen und überholten) Doktrin halten kurz- und mittelfristig faktisch alle Vertreter des Regierungslagers sowie die Militärs fest. Genscher und mit ihm die FDP will sie langfristig durch ein „zweites Netz“ politischer Zusammenarbeit ersetzen, auf dem CDU-Parteitag 1988 wurde die langfristige „Suche nach Alternativen“, allerdings bei aktuellem Festhalten an der Abschreckung, beschlossen. Atomwaffenfreie Korridore, eine Denuklearisierung der BRD oder gar Europas lehnen Konservative und Liberale unisono ab. — Rühle hält aber z.B. eine Halbierung der westlichen Nuklearsysteme (auf ca. 2000) für möglich, ebenso wie Kohl und Dregger bisher nicht grundsätzlich

gegen eine Null-Lösung für nukleare Artillerie oder gegen eine Reduzierung der Kurzstreckenraketen eingetreten sind. Eine Null-Lösung für nuklearbestückte Flugzeuge und Kurzstreckenraketen lehnen jedoch in der CDU/CSU alle relevanten Kräfte ab. Dies gilt auch für die FDP, jedoch muß die Präsidiumserklärung vom 5. 12. 88 zur Lance-Modernisierung (als Verhandlungsgegenstand) Anlaß zu Untersuchungen geben, ob das evtl. eine Null-Lösung für bodengestützte Systeme kurzer Reichweite einschließt. Die Atomwaffenpräsenz in der BRD wird allerdings sowohl von den westlichen NATO-Partnern als Ankopplungsmechanismus erwünscht (gegen „Neutralismustendenzen“, für „Risikoverteilung im Bündnis“), als auch von der Bundesregierung (als Garantie für die US-Ankopplung im Konfliktfall). Schließlich tritt die Bundesregierung für eine Begrenzung von Atomtests, den START-Vertrag und die Einhaltung des ABM-Vertrags ein.

2. Chemische Waffen:

Hier tritt die Bundesregierung zwar für das vollständige Verbot und deshalb gegen C-waffenfreie Zonen auf, Kohl hat aber als Tausch für die Reagan-Zusage, ab 1992 keine C-Waffen mehr in der BRD zu lagern, einer Produktion von C-Waffen in den USA nicht widersprochen. Die neuerdings etwas flexiblere Haltung Frankreichs, das sich lange gegen ein C-Waffen-Verbot sperrte, könnte zumindest die Eliminierung aller bereits verifizierbar vernichtbaren C-Waffen möglich machen.

3. Konventionelle Rüstungen und Streitkräfte:

Im bereits konsensualen Teil des KRK-Mandats wird die Beseitigung von Fähigkeiten zu raumgreifender Offensive und zu Überraschungsangriffen zum erklärten Ziel erhoben. Dem versucht der Ansatz der *konventionellen* Angriffsunfähigkeit (nicht zu verwechseln mit einer atomaren Angriffsunfähigkeit, die wohl erst mit Beseitigung der Atomwaffen gegeben ist) gerecht zu werden. Zwar wurde der Begriff selbst bisher im konservativ-liberalen Lager weder positiv noch negativ kommentiert, doch wurde von bundesdeutschen Regierungsvertretern aller Koalitionsparteien das westliche Potential als bereits „angriffsunfähig“ erklärt, wurde Invasionsfähigkeit allein den Landstreitkräften zugeordnet, wo in *Zentraleuropa* Asymmetrien (quantitativ) zugunsten der WVO bestehen. Damit ist ein politischer Nenner gefunden worden, der im *einen* Extrem ausschließlich die Forderung nach sowjetischem Panzerabbau zur Herstellung von Angriffsunfähigkeit beinhaltet (Wörner-Linie), im *anderen* Extrem aber offen für Abrüstung auch der NATO auf allen konventionellen Ebenen ist.

Beweglichkeit besteht im Regierungslager dabei vor allem: in der Reduzierung der *Truppenstärke* (Bertrams 20 %-Reduzierungsvorschlag für die Bundeswehrstärke wurde von Rühle positiv aufgegriffen, die Heeresstruktur 2000 ist zur Überarbeitung wieder freigegeben worden); im *Teilabzug* von US-Streitkräften bei Gesamtreduzierungen in Europa (den Kohl im Rahmen einer Verhandlungslösung nicht ausschließt); bei der *Panzer- und Artillerieausrüstung* (Genschers 95 %-Grenze wurde durch die jüngste NATO-Konferenz jetzt auf 90 % des NATO-Bestands, nämlich 20000 Panzer, heruntersetzt; ob als Zwischen- oder Endziel, wird jedoch wohl noch umstritten bleiben). Über die

Einbeziehung der „Flanken“ in Europa und die Einbeziehung der Luftwaffe besteht jedoch nur Einigkeit darin, daß ihre Ausklammerung auf Dauer nicht durchzuhalten ist. Die generell nicht ablehnende Haltung auf den sowjetischen Drei-Stufen-Plan bedeutet jedoch zumindest im Grundsatz Verhandlungsbereitschaft über zumindest 25 %-ige Reduzierungen unter das Niveau des jeweils Schwächeren (= Stufe 2). Inwieweit unter diesen Prämissen alle auf Abruf liegenden neuen Rüstungsprojekte der 90er Jahre realisiert werden, ist daher noch unklar. Moratorien beim Rüstungs-Haushalt wurden bisher von den Regierungsparteien jedoch einhellig als zu pauschal abgelehnt, vielmehr sind — ohne drastische Anhebungen — kontinuierliche Steigerungen des ohnehin schon hohen Etats vorgesehen.

4. Vertrauensbildende Maßnahmen/Blockstrukturen:

Die ablehnende Haltung der Regierung zu atom- und chemiewaffenfreien Korridoren und militärisch verdünnten Zonen ist bekannt. Doch was den konventionellen Bereich betrifft, besteht allgemein verbreitetes Interesse an regionalen Obergrenzen im Rahmen der KRK-Verhandlungen und damit möglicherweise auch eine Offenheit für Vertrauenszonen im Rahmen eines *Gesamtkonzepts*. Dafür spricht indirekt auch die Forderung nach Abzug von Pionier- und Luftlandverbänden auf Seiten der WVO-Staaten. Eine Reduzierung von Großmanövern scheint auch der jüngste Scholz-Vorschlag nicht mehr generell auszuschließen. Eine Rücknahme des FOFA-Konzepts, was zwangsläufig dem Erreichen von Angriffsunfähigkeit vorausgehen müßte, ist bisher jedoch in der Bundesregierung noch gar nicht erörtert worden. Inwieweit für Datenaustausch tatsächlich Offenheit besteht, wird sich konkret erweisen, wenn die WVO-Staaten ihre angekündigten Daten vorgelegt haben. Die NATO als Bündnis insgesamt steht schließlich für die Konservativen ebensowenig zur Disposition wie eine verstärkte westeuropäische Militärkooperation (WEU, gemeinsame Brigaden, gemeinsame Rüstungsprojekte). Es ist davon auszugehen, daß diese *unabhängig vom Abrüstungsprozeß*, auch in Konkurrenz zu den USA, ausgebaut werden soll.

Welche Perspektiven ergeben sich aus dieser für Erfolg wie Mißerfolg von Abrüstung offenen Situation?

Im *positivsten Fall* ergibt sich daraus: Umstellung der Militärdoktrin auf hinlängliche Verteidigung unter dem Konzept „Gegenseitiger Sicherheit“; Kurs auf eine atomare Minimalabschreckung (z.B. im Sinne vom McNamara) mit einigen Dutzend bodengestützten Kurzstreckenraketen (die nicht unbedingt in der BRD stehen) und einigen Hundert Atomwaffen auf Flugzeugen; Verzicht auf atomare Artillerie, Atomminen usw. bei perspektivisch weiterer Reduzierung der strategischen Atomwaffen (so wenig das alles erscheint, wären das ca. 90 % weniger Atomwaffen in der BRD noch in diesem Jahrtausend); Senkung des Rüstungsbestands um 25-50 % („Einmottungs“-Vorschlag von Rühle) im Zuge von KRK; Absenkung der Streitkräfte auf zunächst 400000 und Verzicht auf W18; Verzicht auf eine Reihe von neuen Beschaffungsprogrammen (aber wohl nicht auf alle) und vielleicht effektive Haushaltseinsparungen. Das alles — wohlgermerkt — unter konservativen Vorzeichen, wenn sich unter dem Eindruck der Friedensbewegung die realistischen Kräfte in den Regierungspar-

teilen a) durchsetzen und b) mit so umfassenden, bislang nicht abgelehnten Positionen *in so kurzer Zeit anfreunden* können. — Im *negativen* Fall der Stagnation und neuer Rüstungsprojekte kann natürlich auch die historisch einmalige Chance vertan werden. Wie schon erwähnt, ist aber noch völlig offen, ob die abrüstungsbereiten Kräfte sich werden durchsetzen können.

Zentrale Bedeutung kommt m.E. daher zu, für folgende Entwicklungen politischen Druck zu entfalten:

- * Verzicht auf neue Aufrüstungsprojekte (wie Lance-Nachfolge, Jäger 90, neue Waffensysteme), zumindest während der Verhandlungen in Wien;
- * stattdessen: konkrete Schritte zur drastischen Reduzierung aller konventionellen Streitkräfte und Rüstungen (um 50 %), Abbau und Verzicht auf Atomwaffen (Artillerie etc.) und damit
- * deutliche Senkung des Rüstungsetats (v.a. bei Forschung und Entwicklung, Beschaffungen und Personal), zusammen mit Vorlage von staatlichen und regionalen Konversionsplänen.

Das soll aber nicht als Vorlage für eine Kampagne verstanden werden, sondern mehr als Orientierungspunkt für die zentralen Auseinandersetzungen in der nächsten Zeit zur Erreichung von Abrüstung und Angriffsunfähigkeit.

Strukturelle Angriffsunfähigkeit — zu Zielstellung und Inhalt von Abrüstung zwischen NATO und Warschauer Vertragsorganisation (WVO) in Europa

Wolfgang Schwarz

Es besteht heute eine sehr breite Übereinstimmung in Ost und West darüber, daß mit dem Beginn nuklearer Abrüstungsschritte im Ergebnis des sowjetisch-amerikanischen Abkommens von Washington vom 8. Dezember 1987 Fragen der weiteren Entwicklung im Bereich der konventionellen Streitkräfte und Rüstungen der NATO und der WVO einen spürbar höheren Stellenwert bekommen bzw. daß ein schrittweiser Prozeß umfassender nuklearer Abrüstung der parallelen Flankierung durch entsprechende Maßnahmen im konventionellen Bereich bedarf. Insbesondere muß man dabei, wie E. Honecker mit aller Klarheit feststellte, davon ausgehen, daß es in „der Logik der Dinge liegt ... , daß mit dem Verschwinden der Mittelstreckenraketen der UdSSR und der USA die konventionelle Abrüstung in den Vordergrund der europäischen Sicherheit rückt“.¹

In diesem Zusammenhang stellt sich aus heutiger Sicht als eine kardinale Frage z.B. das Problem, daß verhindert werden muß, mit dem nunmehr einsetzenden Prozeß nuklearer Abrüstung die Illusion — wo auch immer — keimen

¹ Neues Deutschland, Berlin/DDR, 12./13. 12. 1987.

zu lassen, daß dieser Prozeß eine Rückkehr in die Vergangenheit brächte — in die Ära der Führbarkeit und Gewinnbarkeit konventioneller Kriege.

Der Begriff *Illusion* wird dabei bewußt gesetzt, weil eine solche Rückkehr in die Vergangenheit *objektiv*, d.h. unter rationalen Gesichtspunkten, bereits ausgeschlossen ist. In Europa hat seit dem Ende des II. Weltkrieges die äußerst rasche und sich weiter beschleunigende Entwicklung der wissenschaftlich-technischen Revolution sowohl im Bereich der zivilen Produktivkräfte als auch im Militärwesen zu einem ebenso *grundlegenden* wie *irreversiblen* Umschwung im Hinblick auf die zu erwartenden Folgen und damit zwangsläufig auf die Führbarkeit eines erneuten raumgreifenden konventionellen Krieges in den Dimensionen der vorangegangenen beiden Weltkriege geführt: Ein derartiger Krieg würde heute die Vernichtung der europäischen Zivilisationen nach sich ziehen. Das wäre wahrscheinlich bereits das Ergebnis der unvermeidlichen Zerstörung von Kernkraftwerken sowie von anderen kerntechnischen Einrichtungen und von großen Chemieanlagen, die in Europa jeweils nach Hunderten zählen und die aus unserem Kontinent eine atomar und chemisch verseuchte Wüste machen könnten, ohne daß überhaupt nukleare und chemische Waffen eingesetzt werden müßten. Ein eher noch gravierenderer Sachverhalt liegt aber auch in der existentiellen Abhängigkeit der modernen Industriestaaten in Europa von der Versorgung mit Elektroenergie. Fiele diese in einem Land wie der DDR oder der BRD weitgehend aus, was für den Kriegsfall sehr wahrscheinlich wäre, da es dazu nicht einmal der Zerstörung von Kraftwerken, sondern nur von relativ wenigen zentralen Umspannstationen der nationalen Fernübertragungssysteme bedürfte, dann wären nicht nur nahezu die gesamte Industrie und Landwirtschaft lahmgelegt, sondern ebenso die Strom-, Trinkwasser- und Fernwärmeversorgung aller an entsprechende Netze angeschlossenen privaten Haushalte und gesellschaftlichen wie sozialen Einrichtungen (Gesundheits- und Bildungswesen, administrative Behörden u.a.m.), die nationalen Fernsprech- und sonstigen Nachrichtenverbindungen einschließlich Rundfunk und Fernsehen, der gesamte Luft- und der größte Teil des Schienen- und Straßenverkehrs usw. Die Folge davon wären ein nationales Chaos und die vollständige Desorganisation der Gesellschaft. Allein dies genügt, um die Schlußfolgerung zu ziehen, daß moderne Industriegesellschaften im Krieg nicht überlebensfähig, d.h. kriegsuntauglich sind (und bleiben werden!) und daß daher nicht nur der nukleare, sondern auch der konventionelle Krieg zwischen NATO und WVO nicht mehr führbar ist.

Dennoch sind Befürchtungen im Hinblick auf ein mögliches erneutes Anwachsen der Gefahr eines konventionellen Krieges in Europa im Zuge nuklearer Abrüstung berechtigt, solange konventionelle militärische Potentiale existieren, die — basierend auf Erfahrungen der Kriegsgeschichte, insbesondere des II. Weltkrieges — auf eine raumgreifende offensive Kampfführung im Konfliktfall hin optimiert sind. Solche Potentiale gibt es derzeit, vor allem in der Zentralregion, auf beiden Seiten; sowohl im Bereich der NATO als auch der WVO. Obwohl heute, wie der SPD-Sicherheitsexperte Karsten Voigt aus der BRD zutreffend feststellte, „jede Seite weiß, daß die andere Seite keine An-

griffsabsichten hegt², sind diese *Potentiale* und die sich aus ihnen ergebenden *Optionen* (im Sinne von Handlungsmöglichkeiten) eine permanente Quelle gegenseitigen Mißtrauens zwischen beiden Seiten, das auch durch die Herstellung und Gewährleistung eines weitgehenden konventionellen Gleichgewichts zwischen WVO und NATO in der *heutigen* Struktur der konventionellen Streitkräfte und Rüstungen allein nicht zu beseitigen wäre. Horst Afheldt entwickelte dazu folgenden, sehr zutreffenden Gedankengang: „Verhinderte militärisches Gleichgewicht im Sinne von gleichen militärischen Fähigkeiten nach geschichtlicher Erfahrung den Krieg, müßten militärisches Gleichgewicht und Krieg sich in der Geschichte ... ausschließen. Doch das ist absolut nicht der Fall. Wir finden vielmehr militärisches Gleichgewicht eng verkuppelt mit den längsten, schwersten und diese Welt am entscheidendsten prägenden Kriegen.“³ In einer ganzen Reihe historischer Beispiele findet sich bei Afheldt dann der Verweis auf den I. Weltkrieg: „4 Jahre und 3 Monate Krieg, der in entsetzlichen Materialschlachten Millionen Menschen ... buchstäblich vernichtete, und der Eintritt einer außereuropäischen Macht (Amerika) waren nötig, um endlich 1918 eine Entscheidung herbeizuführen. Ist ein ‚besseres militärisches Gleichgewicht‘ als das im jahrelangen Grabenkrieg demonstrierte überhaupt vorstellbar?“⁴, fragt Afheldt und gelangt zu folgender, bedenkenswerter Schlußfolgerung: „Besteht ein echtes militärisches Gleichgewicht und kommt es zum Kriege, dann sind die Zerstörungen besonders schwer, bis der Krieg endlich beendet werden kann.“⁵

Um einen entscheidenden Sachverhalt allerdings muß Afheldt meiner Auffassung nach ergänzt werden. In allen historischen Fällen handelte es sich nämlich um militärische Gleichgewichte in sich *angriffsfähiger* konventioneller Potentiale, wodurch den jeweiligen politisch-militärischen Führungen die Option der Entscheidung zum Krieg überhaupt erst gegeben wurde. Geschichtlich ist diese Entscheidung ja bekanntlich nicht selten sogar aus einer Situation numerischer konventioneller Unterlegenheit des Angreifers gefällt worden, wie z.B. beim deutschen Überfall auf die UdSSR 1941.

Für den Fortgang des Abrüstungsprozesses im europäischen Raum ist daraus die doppelte Schlußfolgerung zu ziehen, daß *erstens* — konventionelle Rüstungsbegrenzung und Abrüstung ein Schlüsselproblem dieses Prozesses sind und *zweitens* — Rüstungsbegrenzung und Abrüstung im konventionellen Bereich auf eine Art und Weise realisiert werden müssen, daß dies zum beiderseitigen Abbau der vorhandenen Offensivpotentiale und -optionen führt. Die Zielprojektion muß Stabilität auf der Basis *struktureller Angriffsunfähigkeit* sein, wie es in dem kürzlich gemeinsam von SED und SPD unterbreiteten Vorschlag für eine „Zone des Vertrauens und der Sicherheit in Zentraleuropa“ formuliert wurde.⁶

2 SPD-Pressedienst, Bonn, 22. 12. 1987 (Hervorhebung — W.S.).

3 H. Afheldt, Atomkrieg. Das Verhängnis einer Politik mit militärischen Mitteln, München — Wien 1984, S. 27.

4 Ebenda, S. 28.

5 Ebenda.

6 Vgl.: Neues Deutschland, a.a.O., 8. 7. 1988.

Damit stellt sich die in politik- und zunehmend auch in militärwissenschaftlichen Kreisen in Ost und West mit wachsender Intensität diskutierte Frage, wie der Begriff *strukturelle Angriffsunfähigkeit* zu definieren ist bzw. welche Kriterien ein entsprechendes militärisches Potential zu erfüllen hätte.

Im Hinblick auf eine Definition muß meines Erachtens davon ausgegangen werden, daß in der Militärtheorie im Bereich der WVO wie auch der NATO bezüglich der Ausdehnung und Bewertung von Angriffshandlungen drei Ebenen unterschieden werden — es gibt den *strategischen* Angriff, den *operativen* und den *taktischen*. Die *strategische* Angriffsart soll den Krieg entscheiden; sie zielt auf die Zerschlagung der kriegswichtigen Potentiale des Gegners und die vollständige Eroberung seines Territoriums. Der Angriff der *operativen* Größenordnung erfaßt demgegenüber in einem Kriegsgeschehen lediglich einen größeren Teil einer Front. Das gilt, allerdings in sehr viel kleinerem, im Verhältnis zum Gesamtgeschehen eher marginalen Maßstab, auch für den taktischen Angriff. Diese Klassifizierung gilt im übrigen sowohl für Angriffs- als auch für Gegenangriffsoperationen. Für die Herstellung gegenseitiger struktureller Angriffsunfähigkeit von NATO und WVO sind die beiden oberen Ebenen relevant, — weil *Angriffs- oder Gegenangriffsfähigkeit im strategischen Bereich* die andere Seite in ihrer Gesamtsubstanz als Militärkoalitionen bedroht bzw. — nach den militärgeschichtlichen Erfahrungen — sie für den Kriegsfall eine Zerschlagung, d.h. Niederlage, zu gewärtigen hätte und

— weil durch *Angriffs- oder Gegenangriffsfähigkeit im operativen Bereich* zwar nicht das gegenüberstehende Bündnis als Ganzes, aber doch dessen „Frontstaaten“ einer schwerwiegenden, u.U. existentiellen Gefährdung ausgesetzt sind.

Die Bedeutung des zweiten Aspekts tritt besonders scharf am Beispiel der DDR hervor. Die NATO behauptet von sich offiziell, auf „die Fähigkeit zur strategischen Offensive und die entsprechenden Planungen“ verzichtet zu haben und lediglich „zum taktischen und operativen Gegenangriff fähig“ zu sein.⁷ Obwohl die Richtigkeit des ersten Teils dieser Aussage angesichts des Umfangs, der Ausrüstung und der Struktur der NATO-Streitkräfte vor allem in Zentraleuropa aus Sicht der WVO grundsätzlich in Frage zu stellen ist, muß für die DDR die Feststellung getroffen werden, daß allein eine Fähigkeit zum Angriff oder Gegenangriff auf der *operativen* Ebene, die heute für Landstreitkräfte eine Tiefe von 80 bis 100 km und für Luftstreitkräfte von einigen hundert Kilometern umfaßt, gegenüber der DDR praktisch auf eine Invasionsfähigkeit und eine *strategische* Bedrohung für den Fall eines militärischen Konflikts hinausläuft. Wenn die BRD-Regierung für die Bundesrepublik zu recht eine besondere Verwundbarkeit im Kriegsfall reklamiert, weil 30 Prozent der Bevölkerung und 25 Prozent ihres Industriepotentials in einem Streifen von nur 100 km entlang der Grenze zur DDR und CSSR angesiedelt sind⁸, so gilt das für die DDR in noch weit größerem Umfang, weil die entsprechenden Angaben für die DDR — angesichts eines um zwei Drittel kleineren Territoriums — noch entschieden höher liegen.

7 Weißbuch 1985. Zur Lage und Entwicklung der Bundeswehr (Hg.: Bundesminister der Verteidigung), Bonn 1985, S. 28.

8 Vgl.: Weißbuch 1983. Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland (Hg.: Bundesminister der Verteidigung), Bonn 1983, S. 146.

Überlegungen, Vorschläge und Maßnahmen für die Herstellung von struktureller Angriffsunfähigkeit von NATO und WVO müssen daher die Unfähigkeit der militärischen *Gesamtpotentiale* auf beiden Seiten in Europa, vor allem der sich unmittelbar gegenüberstehenden Kräfte, zum Angriff bzw. Gegenangriff auf diesen beiden Ebenen — strategisch und operativ — meinen bzw. herzustellen trachten. Angriffsunfähigkeit, so verstanden, wäre letztlich gegeben, wenn bestehende Streitkräfte weder überraschend noch massiv grenzüberschreitend eingesetzt werden könnten. Drei Kriterien sind meines Erachtens dafür von besonderer Bedeutung:

Erstens — Die Grundvoraussetzung sind militärisch strikt defensive Konzeptionen, die auf Kriegsverhütung und für den Fall, daß es dennoch zu einem militärischen Konflikt kommt, auf das doppelte Ziel einer Abwehr des Gegners und einer schnellstmöglichen *politischen* Beendigung des Konfliktes zielen. Dies muß sich sowohl in der *Militärdoktrin* als auch in der *Militärstrategie* nachweislich und für die andere Seite nachvollziehbar niederschlagen.

Zweitens — Im Hinblick auf das militärische Arsenal muß dies seine Entsprechung im weitgehenden Fehlen besonders offensivfähiger Komponenten finden, wie sie für strategische und operative Angriffsführung erforderlich sind, sowie in der Dislozierung und den Friedensaktivitäten (insbesondere in der Manövergestaltung und in der Beschränkung von Mobilmachungsübungen) der Streitkräfte. Der Abbau von strategischer und operativer Angriffsfähigkeit erfordert dabei perspektivisch eine vollständige Beseitigung der taktischen Kernwaffen kürzerer und mittlerer Reichweite sowie der chemischen Massenvernichtungsmittel in Europa. Im Hinblick auf die konventionellen Streitkräfte und Rüstungen erfordert ein derartiger Abbau nicht unbedingt Null-Lösungen für besonders offensivfähige Waffensysteme (wie taktische Angriffsflyer- und Raketenkräfte; Kampfhubschrauber; Panzer- und schwere mechanisierte Verbände; weitreichende Rohr- und Raketenartillerie; Pioniereinheiten mit mobilem Brückenlegegerät u.a.m.), obwohl Null-Lösungen das Problem natürlich am gründlichsten lösen würden. Da die meisten dieser Waffen jedoch zugleich eine erhebliche Rolle in der militärischen Verteidigung spielen (z. B. Panzer und Artillerie), wäre es auch denkbar, die entsprechenden Potentiale auf beiden Seiten soweit zu reduzieren, daß die für strategische und operative Angriffe notwendige „kritische Masse“ unterschritten wird. Wo eine solche Grenze läge, wäre im einzelnen von Militärs der WVO und der NATO gemeinsam zu klären.

Drittens — Die beiden zuvor genannten Aspekte müssen für die jeweils andere Seite transparent und, was die militärischen Arsenale anbetrifft, im notwendigen Umfang nachprüfbar sein — in Verdachtsfällen auch innerhalb kürzester Zeit, etwa nach dem im Abschlußdokument der Stockholmer Konferenz KVAE gefundenen Modus bzw., wie die Mitgliedsländer der WVO kürzlich vorgeschlagen haben, durch „Inspektionen vor Ort ohne das Recht auf Verweigerung“.⁹

9 Erklärung der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages zu den Verhandlungen über die Reduzierung der Streitkräfte und konventioneller Rüstungen in Europa, in: Neues Deutschland, a.a.O., 18. 7. 1988.

Die Mitgliedsländer der WVO haben diese Gesamtproblematik bereits vor einiger Zeit zum Gegenstand ihrer praktischen Politik, insbesondere ihrer Abrüstungsinitiativen, gemacht — beginnend mit der Veröffentlichung eines Grundsatzdokuments über die Militärdoktrin der WVO im Mai 1987. Deren abrüstungspolitische Inhalt wurde durch den Drei-Phasen-Plan der WVO zur konventionellen Abrüstung vom Juli 1988 weiter konkretisiert. Und schließlich hat die weitgehende einseitige Abrüstungsinitiative der UdSSR vom Dezember 1988 ebenfalls nachhaltig unterstrichen, daß die Herstellung gegenseitiger struktureller Angriffsunfähigkeit von NATO und WVO ein Ziel der sozialistischen Staaten ist.

Abschließend sei an dieser Stelle noch auf einige übergreifende Probleme verwiesen.

Die Notwendigkeit der Herstellung von struktureller Angriffsunfähigkeit besteht angesichts des heute gegebenen Umfangs, der Ausrüstung, Dislozierung sowie der militärstrategischen Grundsätze und operativen Konzepte auf *beiden* Seiten, d.h. sowohl im Bereich der WVO als auch der NATO. Versuche maßgeblicher westlicher Kreise, den Eindruck zu vermitteln, als sei „die NATO schon jetzt zu raumgreifenden Angriffen ins Gebiet des Gegners außerstande“¹⁰ und als stelle sich die Frage nach Angriffsunfähigkeit nur für die sozialistische Militärkoalition, stehen in einem eklatanten Widerspruch zur auch von militärischen Experten im NATO-Bereich nachdrücklich bestätigten Realität. So hat z.B. die BRD, um eine Einschätzung zu zitieren, die Franz Uhle-Wettler schon vor Jahren traf, von 1955 an „mit zunehmender Ausschließlichkeit ein Heer entwickelt, das am besten für weitreichende Angriffsoperationen in offenem Gelände geeignet wäre“.¹¹

Die Herstellung von gegenseitiger struktureller Angriffsunfähigkeit von NATO und WVO in Europa erfordert einen Abbau vorhandener Asymmetrien in militärischen Teilbereichen, die historisch entstanden sind, seit langem jedoch Mißtrauen erzeugen bzw. überzogene Bedrohtheitsvorstellungen nähren. Dieser Abbau könnte z.B. über die gemeinsame Definition von gleichen Obergrenzen auf niedrigerem Niveau für konventionelles Großgerät erfolgen. Dazu ist gemeinsam vom Außen- und vom Verteidigungsministerium der BRD eine Position entwickelt worden, die zur gemeinsamen Position der NATO für künftige Verhandlungen mit der WVO über konventionelle Stabilität in Europa gemacht werden soll und die als Richtmaß für derartige Obergrenzen ein Niveau von 95 Prozent des derzeitigen NATO-Standes ansetzt, sich jedoch gleichzeitig auf Landstreitkräfte beschränkt.¹² Praktisch läuft dies auf die Vorstellung hinaus, im Bereich der NATO nichts zu verändern, von den Staaten der WVO jedoch massive einseitige Abrüstung zu fordern. Das machen vor allem die geradezu grotesk anmutenden Zahlenangaben deutlich, mit denen dies untersetzt

10 So der seinerzeitige BRD-Verteidigungsminister und jetzige NATO-Generalsekretär M. Wörner in einem Interview, in: *Die Welt*, Bonn, 18. 2. 1987.

11 F. Uhle-Wettler, *Gefechtsfeld Mitteleuropa. Gefahr der Übertechnisierung von Streitkräften*, München 1980, S. 75.

12 Siehe z. B.: L. Rühl, *Zählbar, meßbar, wiegbar — Rüstungskontrolle muß sich weiter an die festen Größen halten*, in: *Die Welt*, a.a.O., 16. 3. 1988.

wird: „Was aber heißt das in Großwaffensystemen? Der Warschauer Pakt müßte verschrotten: 25 000 Kampfpanzer, 11 000 Schützenpanzer sowie 22 000 Artilleriegeschütze, die NATO hingegen nur 800 Kampfpanzer, 400 Schützenpanzer und 400 Artilleriestücke.“¹³ Ein solches Ansinnen kann schwerlich als kompromißorientiert eingestuft werden!

Produktiv könnte demgegenüber die Idee sein, auch im konventionellen Bereich die Methodologie des sowjetisch-amerikanischen Abkommens über die Beseitigung der landgestützten nuklearen Mittelstreckenraketen anzuwenden, die einige wichtige prinzipielle Ansätze wirkungsvoll miteinander verband: — den Abbau einer Disparität, indem derjenige, der über mehr der betreffenden Waffen verfügt, auch mehr abbaut; — zugleich aber tiefe Einschnitte in die betreffende Waffenkategorie auf *beiden* Seiten (gleiche Obergrenzen auf niedrigerem Niveau — im Idealfall bis Null auf beiden Seiten) und — zeitgleichen Beginn der Waffenreduzierungen auf beiden Seiten.

Durch ein derartiges Herangehen kann gesichert werden, daß entsprechende Vereinbarungen zum einen die Sicherheit beider Verhandlungspartner verbessern und daß zum anderen der Asymmetrieabbau nicht zu unakzeptabler einseitiger Abrüstung degeneriert. Was schließlich einen vorstellbaren Richtwert für gleiche Obergrenzen auf niedrigerem Niveau anbetrifft, so stammt ein interessanter neuerer Vorschlag dazu vom früheren stellvertretenden NATO-Oberbefehlshaber Europa, Gerd Schmückle, und dem Politologen Albrecht von Müller — „deutlich unterhalb der heutigen NATO-Bestände, etwa bei der Hälfte davon“.¹⁴

Gegenseitige strukturelle Angriffsunfähigkeit muß nicht zuletzt im Rahmen der militärischen *Gesamtpotentiale* von NATO und WVO in und für Europa, d.h. vor allem im Verbund der konventionellen Land- und Luftstreitkräfte sowie der in sie integrierten taktischen Nuklearwaffen, aber auch der für kontinentale Kriegführung relevanten Komponenten der Seestreitkräfte geschaffen werden. Eine einseitige Konzentration auf einzelne Komponenten der Landstreitkräfte, wie sie die NATO derzeit favorisiert, würde jene Komponente ausklammern, die im Hinblick auf die verbal auch von der NATO verfochtene Zielstellung einer Reduzierung der Gefahr von Überraschungsangriffen von viel entscheidenderer Bedeutung ist — die Luftangriffskräfte. So ist die folgende, z.B. von BRD-Außenminister Hans-Dietrich Genscher vertretene Auffassung höchst unlogisch: „Um die Fähigkeit zu Überraschungsangriffen und raumgreifend angelegter Offensive zu beseitigen, sollten Reduzierungsbemühungen zunächst das bodengestützte, kampfbestimmende Großgerät, vor allem Panzer und Artillerie, erfassen.“¹⁵

13 R. Moniac, Moskau müßte 25 000 Panzer verschrotten, in: Die Welt a.a.O., 21. 3. 1988.

14 G. Schmückle / A. v. Müller, „Stabile Abhaltung“ soll Abschreckungsspirale ersetzen, in: Frankfurter Rundschau, Frankfurt/M., 4. 8. 1988.

15 H.-D. Genscher, Chancen für neue Formen einer kooperativen Sicherheitspolitik, in: Bulletin. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn, 23/1988, S. 194.

Gerade mit den gegenüber den relativ langsamen Verbänden der Landstreitkräfte sehr schnellen Luftangriffskräften (vor allem mit Bombern, Jagdbombern und taktischen Raketen) wären gegebenenfalls *Überraschungsschläge* zu führen. Damit sind in der jüngsten Vergangenheit schon kriegsentscheidende Wirkungen in den ersten Stunden eines Konflikts erzielt worden — wie beim israelischen Überfall auf arabische Staaten 1967, der mit einem Überraschungsschlag der Luftwaffe gegen die gegnerischen Luftstreitkräfte eingeleitet wurde. Das schuf eine entscheidende Voraussetzung für den nachfolgenden raschen Erfolg der Landstreitkräfte des Aggressors.

Die Herstellung struktureller Angriffsunfähigkeit von NATO und WVO als mögliches Ziel sowie möglicher Inhalt des weiteren Abrüstungsprozesses in Europa stellt sich also als eine sehr komplexe Problemstellung dar, die zahlreiche grundlegende Fragen aufwirft. Praktikable Antworten darauf werden letzten Endes nur im direkten Dialog zwischen den Kräften in Ost und West, die Träger eines solchen Prozesses sein können, d.h. in zwischenstaatlichen Verhandlungen auf der Ebene von NATO und WVO zu finden sein. Das Leitmotiv muß dabei meiner Auffassung nach sein, das Beziehungsverhältnis zwischen den beiden Militärkoalitionen aus einer Quelle internationaler, über Europa hinauswirkender Spannungen, was es in den vergangenen Jahrzehnten war, schrittweise in eine Quelle der Stabilität und des Friedens zu verwandeln.

Zur politischen Geschichte der Friedensforschung in der BRD: Bedingungen, Entwicklung und Perspektiven

Ingo Arend

1. Entstehungsbedingungen der Friedensforschung — 2. Friedensforschung im Spannungsfeld von Anspruch und Realität — 3. Die Entwicklung der DGFK — 4. DGFK-Programmatik — 5. Praxisverständnis der Friedensforschung — 6. Das Scheitern der DGFK — 7. Die Entwicklung nach 1983

In der Bundesrepublik kann die Friedensforschung auf eine gut zwanzigjährige Geschichte zurückblicken und mithin für sich beanspruchen, mehr als eine Modeerscheinung zu sein.¹ Sie erlebte einen ihrer Höhepunkte mit dem Modell einer herausgehobenen, staatlich forcierten Förderung in den 70er Jahren, die politischem Druck von rechts zum Opfer fiel.

Angesichts dieser Erfahrungen und der Notwendigkeit einer Neuorientierung der Friedensforschung, die sich zum einen aus den möglichen Optionen eines Umbruchs in der Weltpolitik und zum anderen aus der jetzigen, krisenhaften Zuspitzung seit langem sich abzeichnender globaler Probleme ergibt, erscheint es angebracht, nach den Schlussfolgerungen zu fragen, die daraus für die Zukunft zu ziehen sind, kurz: nach ihrer politischen Geschichte.

1. Entstehungsbedingungen der Friedensforschung

In der Analyse der Geschichte der organisierten Friedensforschung in der Bundesrepublik lassen sich zwei Entwicklungsstränge herauskristallisieren:

Da ist zum einen die inhaltliche und organisatorische Entwicklung der zunächst friedensrelevanten, später auch explizit als Friedensforschung verstandenen Wissenschaft zu nennen, die sich als „progressives gesellschaftliches Bewußtseinsmoment“² herausbildete. Der Einstein-Russell-Appell von 1955, die Pugwash-Konferenz von 1957, die Gründung der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW), die Einrichtung der Forschungsstätte der Evangeli-

¹ Bernhard Moltmann, Perspektiven der Friedensforschung, in: ders. (Hrsg.), Perspektiven der Friedensforschung. Schriftenreihe der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung e.V. (AFK), Band XV, Baden-Baden 1988, S. 21; Jürgen Reusch, Friedensforschung in der Bundesrepublik. Entwicklung — Positionen — Perspektiven, Informationsberichte des IMSF, 40, Frankfurt/M. 1986.

² Volker Rittberger, Frieden ist mehr als kein Krieg, in: aus politik und zeitgeschichte B/20/1977, 27. Jahrgang, S. 20.

schen Studiengemeinschaft (FEST) 1958, die Erklärung der „Göttinger Achtzehn“ und die Gründung erster Friedenserziehungs- und Zukunftsforschungsgesellschaften in München und Hannover kennzeichnen Stationen dieser Entwicklung.

Die Entwicklung in der Bundesrepublik erfolgte verspätet: In den USA nannte sich die neue Wissenschaftsrichtung schon seit Mitte der 50er Jahre „peace research“. In Westeuropa, vor allem in den Niederlanden und in Skandinavien, kam es zu analogen Institutsgründungen: In Norwegen wurde, hauptsächlich auf Initiative Johan Galtungs, 1959 das International Peace Research Institute Oslo“ (PRIO) gegründet, in Groningen/Niederlande 1961 das „Polemologisch Institut“ unter der Leitung von Bert Röling, in Schweden auf Initiative von Alva und Gunnar Myrdal 1966 das „Stockholm International Peace Research Institute“ (SIPRI). 1964 entstand mit der „International Peace Research Association“ (IPRA) erstmals eine internationale Organisation der Friedensforscher.

Zum anderen, und in der Regel weniger genau beachtet, geht die Herausbildung der Friedensforschung wesentlich auf politische Entwicklungen und Denkprozesse im Bereich der Internationalen Beziehungen zurück. Spätestens seit der vom US-Präsidenten Kennedy 1963 eingeläuteten Phase der begrenzten Entspannung, die das Interesse der beiden Großmächte nach einem *modus vivendi* auf der Grundlage des *status quo* in Europa und nach einer kooperativen Rüstungssteuerung ausdrückte, kam die Bundesrepublik unter den Druck, „Kurskorrekturen“ ihrer bisherigen Deutschland- und Sicherheitspolitik vorzunehmen.

1961 wurde das heutige Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (BIOS) gegründet. Ebenfalls 1961 setzte die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) eine Studiengruppe für Rüstungskontrolle und internationale Sicherheit ein. Mit ihr sollte Anschluß an die internationale Diskussion über die Fragen der Abrüstung, der Strukturprobleme des westlichen Bündnisses und die Folgen für die Bundesrepublik gewonnen werden.³

Im Mittelpunkt der Diskussion ab Mitte der 60er Jahre über neue Methoden der gesellschaftlichen Planung und der Nutzung der Sozialwissenschaften für die Rationalisierung und Legitimierung staatlicher Politik stand dabei immer mehr das Interesse, die notwendig gewordene Umorientierung der bundesdeutschen Außenpolitik unter dem Primat der Friedenswahrung wissenschaftlich abzusichern. Einem Bundestagsbeschluß entsprechend kam es im Januar 1965 zur Errichtung eines Forschungsinstituts für Fragen der Strategie und Abrüstung in Ebenhausen bei München. Durch Kabinettsbeschluß vom Mai 1966 wurde das von der neuen „Stiftung Wissenschaft und Politik“ gebildete Forschungsinstitut für Fragen der internationalen Politik und Sicherheit mit der Wahrnehmung der Aufgaben der vom Bundestag im Januar 1965 beschlossenen unabhängigen Forschungsstelle beauftragt. Der neu installierte Abrü-

3 Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (Hrsg.), *Internationale Rüstungslage und Bündnispolitik 1965*, Bonn 1965, S. 165-176.

stungsbeauftragte der Bundesregierung bedient sich seither im Rahmen seiner Zuständigkeit der Mithilfe dieses Institutes.⁴ Verstärkt wurde diese staatliche Planungstätigkeit insbesondere mit dem Amtsantritt der sozialliberalen Koalition 1969, die nach neuen Methoden und Instrumenten zur Modernisierung der zentralen staatlichen Leitungsstrukturen und zur Verwissenschaftlichung und Rationalisierung neuer politischer Zieldefinitionen suchte. Zu diesen Instrumenten wurde neben der aufkommenden „Zukunftsforschung“ auch die Friedensforschung gezählt.⁵ Eines der wichtigsten staatlichen Ziele, das es abzusichern galt, war der von der veränderten internationalen Lage her notwendig gewordene Wandel hin zur neuen Ost- und Entspannungspolitik, zum „friedlichen Wandel“ und zur „gesamteuropäischen Sicherheit“.

Die Ursachen dieses gesteigerten staatlichen Interesses, das eine neue gesamtgesellschaftlich angelegte Forschungs-, Wissenschafts- und Bildungspolitik hervorbrachte, werden aber auch vor wirtschaftlichem Hintergrund interpretiert. Seit 1966 sieht Rilling eine „Neue Forschungspolitik“, die im Rahmen einer „forschungspolitischen Gesamtprogrammierung“ eine Schwerpunktverlagerung zur zivilen, unmittelbar ökonomisch verwertbaren Forschung und Entwicklung vorgenommen habe, um die technologische Lücke gegenüber der US-Wirtschaft zu schließen, die besonders von staatlich finanzierten Kriegs- und Rüstungsforschungsprogrammen profitiert habe.⁶

Aus dieser Entwicklung, so wird argumentiert, sei die Friedensforschung als ein „ziviles Abfallprodukt“⁷ hervorgegangen, die eine „Nische“ im System der staatlich geförderten Forschung und Entwicklung (FuE) gewesen sei und eine spezifische Seite sozialdemokratischer Konsensbeschaffung dargestellt habe.⁸

Der Wandel der internationalen Rahmenbedingungen hat also die herausgehobene Implementierung der Friedensforschung in der Bundesrepublik wesentlich mit befördert und stellte den Hintergrund für die Konstellation dar, in der schließlich Bundespräsident Heinemann das gesellschaftliche Bedürfnis nach einer Friedensforschung artikuliert hat. Hierin besteht der inhaltliche Kern des sozialdemokratischen Entstehungszusammenhanges, mit dem die Friedensforschung in der Regel identifiziert wird.⁹

4 Peter Menke-Glückert, Frieden kann geplant werden, in: *Offene Welt*, Nr. 95/96, 1967, S. 177f.

5 Ebda.

6 Rainer Rilling, Kriegsforschung und Vernichtungswissenschaft in der BRD, Köln 1970, S. 112, 219, 232.

7 Joachim Hirsch, Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und politisches System, Frankfurt am Main 1973(3), S. 80f.

8 Vgl. auch: Joachim Hirsch, *Staatsapparat und Reproduktion des Kapitals*, Frankfurt am Main 1974, S. 359 sowie: Wolfgang van den Daele, Peter Weingart, *Die Anwendung der Sozialwissenschaften in der Politik. Faktoren der Resistenz und Rezeptivität der Wissenschaft*, in: Hermann Strasser, Karin B. Knorr (Hrsg.), *Wissenschaftssteuerung*, Frankfurt/M. 1976, S. 110f.; Peter Weingart, *Selbststeuerung der Wissenschaft und staatliche Wissenschaftspolitik*, in: *KZfSS*, 1970, 22. Jg., Heft 3, S. 347; Peter Weingart, *Friedensforschung und Futurologie. Wege zur heimlichen Programmierung der Wissenschaftspolitik*, in: *furum*, 3. Jg., 1970, Nr. 3, S. 394-398.

9 Ernst-Otto Czempel, Vorwort, in: *Vorstand der DGFK (Hrsg.): Forschung für den Frieden, Fünf Jahre DGFK, eine Zwischenbilanz*, Boppard am Rhein 1975, S. 7.

In der Schnittlinie dieser Interessen und vor dem Hintergrund dieser Rahmenbedingungen gelang dann 1968 mit der Gründung der Arbeitsgemeinschaft Friedens- und Konfliktforschung (AFK) ein erster institutioneller Durchbruch hin zu einer organisierten Friedensforschung. Die AFK, der die FEST und eine Reihe von Universitätsinstituten und sonstigen Forschungseinrichtungen angehörten, sollte allgemein das Problembewußtsein für die neue Disziplin unter den Forschern und in der Öffentlichkeit wecken. Sie verstand sich als koordinierende Stelle für alle Vorhaben der Friedensforschung in der Bundesrepublik und als institutioneller Rahmen für die erforderliche wissenschaftstheoretische und methodische Reflexion. Ferner sah sie ihre Aufgabe darin, Forschung zu initiieren, ein Informations- und Dokumentationszentrum für die Wissenschaft zu errichten und wirksame Formen des Kontaktes zwischen Wissenschaft und Praxis zu entwickeln.

2. Friedensforschung im Spannungsfeld von Anspruch und Realität

So unterschiedlich wie die wissenschaftlichen und politischen Hintergründe, vor denen sich die Friedensforschung in den 50er und 60er Jahren zu entwickeln begann, so unterschiedlich und konträr entwickelte sich auch das inhaltliche Spannungsfeld der Ansprüche, die sich an die neue „Disziplin“ artikulierten. Sie prägten die kognitiven und organisatorischen Durchsetzungsbedingungen der Friedensforschung nachhaltig.

Das Interesse an der wissenschaftlichen Abstützung der im Harmel-Bericht der NATO von 1967 festgelegten Grundsätze europäischer Entspannungspolitik der NATO-Staaten¹⁰ und der Entwicklung der „Praxeologie der kleinen Schritte“ (Willy Brandt)¹¹ stellte sich als staatliche Anforderung an die beginnende Friedensforschung. Sie sollte finanziell unterstützt werden, insofern „Vorhaben für die politische Tätigkeit der Bundesregierung in diesem Bereich konkreten Nutzen versprechen“.¹² Diese Zielrichtung machten auch nachdrücklich der damalige Verteidigungsminister Helmut Schmidt und der neuernannte Beauftragte der SPD-Bundestagsfraktion für Friedensforschung, Karl Wienand, klar. Für Helmut Schmidt war Friedensforschung nichts weiter als „außenpolitische Evolution strategischer Analyse“.¹³

Wissenschaftlich gesehen mußte eine solche Erwartungshaltung eine indirekte Aufwertung der „traditionellen Schule“ der Friedensforschung bedeuten

10 Der Harmel-Bericht der NATO formuliert neben der militärischen Stärke und der ständig zu sichernden Drohkapazität die gleichzeitige Notwendigkeit von politischer Kooperation und Rüstungskontrolle zwischen den europäischen Staaten.

11 Piotr Dobrowolski, Friedensforschung in der Bundesrepublik, Hektographiertes Manuskript, Katowice 1973, S. 12.; Willy Brandt vor dem Deutschen Bundestag, 6. Wahlperiode, 51. Sitzung, 8. 5. 1970, Stenographischer Bericht, S. 2565 B/C, 2567 A.

12 Wortlaut in: Karl Kaiser, Friedensforschung in der Bundesrepublik, Göttingen 1970, S. 248 ff.

13 Vgl. die Funktionszuweisung für die Friedensforschung durch Helmut Schmidt, in: ders., Strategie des Gleichgewichts, Stuttgart-Degerloch 1969, S. 16.

(z.B. Karl Kaiser), die sich vordringlich mit Gleichgewichtsanalysen und Rüstungskontrolle beschäftigte.

Als Abgrenzung zu dieser „traditionellen Schule“ kann die gegen Ende der 60er Jahre vor allem in den Sozial- und Naturwissenschaften entwickelte und systematisierte „Kritik der Abschreckung“ gelten, die aus der Kritik des sich herausbildenden Militär-Industrie-Komplexes in den USA und der Untersuchung der Bedingungen und Folgen etwaiger atomarer Kriegsführung in Mitteleuropa ein weites Feld sozial- und militärkritischer Fragestellungen eröffnete.¹⁴ Die politisch-wissenschaftlichen Zielvorstellungen dieser kritischen Friedensforschung entwickelten sich konträr zu den in der etablierten Politik formulierten Positionen. Beim Einsatz lediglich eines Teils der in Europa stationierten Kernwaffen, so wies Carl Friedrich von Weizsäcker in seiner Anfang der 70er Jahre fertiggestellten Studie „Kriegsfolgen — Kriegsverhütung“ nach, werde die Bundesrepublik zu einem menschenleeren Gebiet. Sie habe keine hinreichende Aussicht, einen Krieg auszuhalten, ja nur zu überleben. Sie sei darauf angewiesen, ihn zu verhindern. Der Frieden jenseits der Abschreckung müsse geplant werden. Die Abschreckung als Kern- und Angelpunkt westlicher Sicherheitspolitik und als Hauptmerkmal der internationalen Herrschaftsverhältnisse unter der Hegemonie der USA stelle nur eine „Atempause“ auf dem schwierigen Weg zum Frieden dar. Diese „Atempause“ müsse die Friedensforschung nutzen.¹⁵

Die Kritische Friedensforschung entwickelte auch weitergehende gesellschaftliche Vorstellungen. Ekkehart Krippendorff definierte, die Friedensforschung müsse es sich zur notwendigen Aufgabe machen, „legitime, d.h. nicht total zerstörerische Formen von gesellschaftlich-politischer Gewaltanwendung zur Durchsetzung sozialen Wandels und sozialer Revolution zu erkunden, zu analysieren und implizit auch zu legitimieren“, also die gesellschaftlichen Voraussetzungen zu ändern, die bisher immer zu Krieg geführt hätten.¹⁶

Die Wissenschaftler, so formulierte es die „Wannsee-Erklärung“ der kritischen Friedensforscher 1971, müßten sich zum „Parteigänger“ der sozial und ökonomisch Unterdrückten generell machen, um gegen den Widerstand der Herrschenden praktische Programme durchsetzen zu können. Damit wurde die Erweiterung der Friedensforschung zur praxisrelevanten Demokratieforschung thematisiert.¹⁷

In klassisch sozialdemokratischer, integrationistischer Weise suchte Karl Kaiser diese divergierenden Zielbestimmungen der traditionellen und der kritischen Friedensforschung zu einer Standortbestimmung zu bündeln. In seiner grundlegenden Studie „Friedensforschung in der Bundesrepublik“ (1970) be-

14 Dieter Senghaas, Zur Pathologie des Rüstungswettlaufs, Freiburg 1970 sowie: ders., Abschreckung und Frieden, Frankfurt am Main 1981 (3), Erstauflage 1969.

15 Carl Friedrich von Weizsäcker, Kriegsfolgen — Kriegsverhütung, München 1971, S. 3-12.

16 Ekkehart Krippendorff (Hrsg.), Friedensforschung, Köln 1968, S. 22.

17 Erklärung der Kritischen Friedensforschung auf der Wannsee-Konferenz 1971, in: Dieter Senghaas (Hrsg.), Kritische Friedensforschung, Frankfurt am Main 1972, S. 418f.

fand der kompetent zunächst zum 1. AFK-Vorsitzenden, später zum 1. DGFK-Kuratoriumsvorsitzenden und schließlich zum DGAP-Forschungsinstituts-Chef aufgestiegene Saarbrücker Politologe: Friedensforschung müsse sich der „Entwicklung einer Übergangsstrategie zu einer friedlicheren Welt, bei der gleichzeitig das prekäre militärische Gleichgewicht der nuklearen Gegenwart (= Abschreckung, I.A.) erhalten bleibt“¹⁸ verschreiben. Die Spaltung in die „feindlichen Richtungen“ innerhalb der Friedensforschung müsse im Interesse der Behebung der dringlichen Politikdilemmata institutionell überwunden werden. Der Weg zur Gründung der späteren Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (DGFK) war mit diesem für die „Stiftung Volkswagenwerk“ angefertigten Gutachten vorgezeichnet — trotz erheblicher politischer Differenzen über den Inhalt der zu entwickelnden Friedenspolitik, trotz völlig ungesicherter methodischer Grundlagen der „Disziplin“. Hinzu kam, daß die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung mit Bundeskanzler Willy Brandt an der Spitze den Gründungsprozeß von staatlicher Seite enorm forcierte und in Verhandlungen mit den Wissenschaftlern der VDW und der AFK eintrat. Die am 8. Juni 1970 von Brandt eröffnete Gründungsdebatte trug deutliche Züge eines harten Ringens zwischen dem Anliegen der Wissenschaftler nach möglichst großer wissenschaftlicher Autonomie einerseits und staatlichem Einflußstreben andererseits.¹⁹

3. Die Entwicklung der DGFK

Die DGFK-Gründung als Beginn der organisierten Friedensforschung symbolisierte hauptsächlich eine von staatlicher Aktivität induzierte Wissenschaftsentwicklung neuen Typs, die bei einer starken Dominanz außerwissenschaftlicher, staatlich-politischer, wie aber auch gesellschaftlicher Interessen in Gang gebracht wurde. Der von dieser Seite wirkende Druck konkretisierte sich in der festen Anbindung der DGFK an die „Deutsche Forschungsgemeinschaft“ (DFG) und damit in ein staatlich dominiertes System der Wissenschaftspolitik. Insofern scheint bei einem genauen Blick auf die allgemeinen Durchsetzungsbedingungen der organisierten Friedensforschung, deren wichtigster Ausdruck neben der DGFK-Gründung die Etablierung gleichgerichteter Institute in Frankfurt 1970 (Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, HSFK) und Hamburg 1971 (Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, IFSH) sowie die 1970 erfolgte Gründung des ad personam Carl Friedrich von Weizsäcker eingerichteten Max-Planck-Instituts zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt und 1972 die Gründung der Arbeitsgemeinschaft Friedensforschung Tübingen (AGFF) war, die Wertung angemessen, daß „die Herausbildung ihrer weltanschaulichen und

¹⁸ Karl Kaiser, Anm. 12, S. 44.

¹⁹ Vgl. Claus Koch, *Friedensforschung — eine politische Wissenschaft*, in: Dieter Senghaas (Hrsg.), *Friedensforschung und Gesellschaftskritik*, München 1970, S. 76; vgl. auch die Nachzeichnung des Gründungsprozesses in meiner Arbeit: *Die Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (DGFK), Genesis — Programmatik — Scheitern*, Magister-Arbeit, Bonn 1986, S. 79-104.

theoretischen Grundlagen unter klarer sozialdemokratischer Hegemonie²⁰ erfolgte. Sie wurde sozusagen förderungspolitisch „überwältigt“ und stand von Anfang an unter erhöhtem gesellschaftlichem Rechtfertigungs- und Erwartungsdruck.

Gleichwohl bedeutete diese Institutionalisierung in Form der DGFK als in Europa einmaliges Experiment der Verknüpfung von Forschungsförderung und Verbreitung von Forschungsergebnissen für die bis dahin der internationalen Entwicklung hinterherhinkende bundesdeutsche Friedensforschung einen qualitativen Sprung nach vorn. Sie war wissenschafts- und gesellschaftspolitisch ein Wagnis und barg in ihrer proklamierten Ausrichtung auf die gesellschaftliche Praxis ein hohes wissenschaftliches und politisches Innovationspotential.

Die DGFK wurde am 28. 10. 1970 unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten Heinemann in der Villa Hammerschmidt feierlich aus der Taufe gehoben. An ihrer Struktur fällt zunächst auf, daß Friedensforscher und Wissenschaftler überhaupt nicht Mitglieder der DGFK sein konnten, sondern nur der Bund, die Länder und die gesellschaftlichen Gruppen. Die Forscher selbst konnten nur von außen, vermittelt durch ihr nicht formelles und gleichberechtigt neben den anderen Organen existierendes Bezugsorgan der DGFK, das „Konzil der Friedensforscher“, auf die Arbeit der Gesellschaft Einfluß nehmen. Das eigentliche Entscheidungszentrum, die „Kommission für Friedens- und Konfliktforschung“ war durch einen separaten Vertrag an die DFG gebunden.

Von den 15 Mitgliedern der Förderkommission wurden eines vom Bund, zwei von den Ländern, sechs vom Senat der DFG und sechs vom Kuratorium der DGFK benannt, also nicht gewählt. Ihre Aufgabe war die Entscheidung über die Forschungsanträge.

Auf diese Weise war die mögliche Unterordnung friedensorientierter Wissenschaftsförderung unter die herrschenden politisch-administrativen Interessen schon institutionell angelegt und zumindest eine Gefährdung der Autonomie der Wissenschaft von vornherein impliziert. Hans-Jürgen Krysmanski warnte schon früh, „daß jede ihrer Förderungsentscheidungen das Ergebnis eines politischen Kompromisses, d.h. eine Abbildung der jeweiligen Machtverhältnisse“ sein werde.²¹

1973 intervenierte die Bürokratie des Bundesministeriums für Forschung und Technologie (BMFT). Durch die seit Beginn von seiten der CDU/CSU betriebene Kampagne gegen die DGFK bedrängt, forderte das BMFT eine „Standortbestimmung“ der organisierten Friedensforschung und eine Revision der bewußt breit und alle Ansätze der Friedensforschung berücksichtigenden Förderprogrammatis der Anfangszeit. Die Ausarbeitung eines Schwerpunktprogramms durch die DGFK, so wurde vom BMFT angekündigt, werde in Zusammenhang mit der Mittelvergabe für die DGFK im Haushaltsausschuß des

20 Peter Weingart, Selbststeuerung der Wissenschaft und staatliche Wissenschaftspolitik, in: KZfSS, 22. Jg., Heft 3, S. 347.

21 Hans Jürgen Krysmanski, Soziologie des Konflikts, Reinbek bei Hamburg 1971, S. 207.

Deutschen Bundestages gesetzt. Gleichzeitig legten die BMFT-Beamten ein im Ministerium selbst ausgearbeitetes Programm vor, das im wesentlichen identisch war mit der später erfolgten Schwerpunktsetzung auf die an aktuellen politischen Bedürfnissen ausgerichtete Ost-West- und Nord-Süd-Programmatik.²²

Diese klare Interessenlage der Bundesregierung an einer politischen Vorgaben folgenden Prioritätenfestlegung und einer Rollenzuweisung an die Friedensforschung, die auf „Zuarbeit“²³ für die Entspannungspolitik hinauslief, wurde auch durch die Reden von Kanzler Brandt und SPD-MdB Horst Kern vor der UN-Generalversammlung im Herbst 1973 bekräftigt, die dort die Stichworte von der „vorbeugenden Friedensforschung“ als Voraussetzung der „präventiven Diplomatie“ prägten und ihr die Aufgabe zuwiesen, Modelle gewaltfreier Kooperation in den internationalen Beziehungen zu entwerfen.²⁴

1978 wurde unter dem Druck der CDU durch die Ministerpräsidentenkonferenz die bisherige Trennung von Geldgeber und Bewilligungsinstanz weiter aufgehoben: die staatlichen Vertreter in der bislang auf zwölf rein wissenschaftliche Vertreter beschränkten Förderkommission erhielten volles Stimmrecht, nun konnten die Wissenschaftsvertreter überstimmt werden.²⁵ Die Warnung der Forscher vor der Verfestigung der politischen Kontrolle und der weiteren Festlegung hin zu einer „Legitimationsforschung“ verhallen ungehört.²⁶ Schrittweise war die Autonomie der wissenschaftlichen Gremien auch formal stärker in einen politischen Rahmen mit festgelegten Inhalten gepreßt worden.

4. DGFK-Programmatik

Zu Beginn der Fördertätigkeit der DGFK stand noch ein offener, die bestehende gesellschaftliche Ordnung durchaus transzendierender Friedensbegriff mit weit gefaßtem Themenspektrum und mit einem deutlich emanzipatorischen, der kritischen Friedensforschung entlehnten Grundgedanken, der imperialismustheoretische und politökonomische Ansätze bzw. Systemkritik einschloß. Mit der BMFT-Intervention 1973 wurde diese Programmatik auf die dann folgenden Schwerpunktprogramme „Friedenswahrung und Übergangs-

22 Vgl. den ausführlichen Bericht bei: Wolf-Dieter Eberwein / Peter Reichel, *Friedens- und Konfliktforschung*, München 1976, S. 60 ff.; auch: Protokoll der Kuratoriumssitzung und Extraprotokoll zur Aussprache zum Bericht der Förderkommission vom 15. 2. 1973, S. 1-5, DGFK-Informationen 1-2/1973, S. 3 f., 19 f.

23 Vgl. Matthöfer/Haunschild (Hrsg.), *Forschung in der Bundesrepublik Deutschland*, Stuttgart 1976, S. 277; auch: Matthöfers Ansprache in der Festversammlung der Max-Planck-Gesellschaft am 21. 6. 1974, in: DGFK-Informationen 1-2/1974, S. 9.

24 Auszüge der Ansprache von Brandt und Kern in: DGFK-Informationen Nr. 3/1973.

25 Vgl. DGFK-Informationen Nr. 1 und 2/1979, sowie Karlheinz Koppe, *Zur Entwicklung der DGFK*, in: DGFK-Jahrbuch 1979/80, Baden-Baden 1980.

26 Vgl. den Brief von Vorstand und Kuratoriumsvorsitzendem an Ministerialdirektor Lehr (BMFT) vom 7. 3. 1979 sowie Protokoll der Kuratoriumssitzung vom 8. 12. 1978.

strategien in Europa“ und „Konflikte zwischen westeuropäischen Industriestaaten und Entwicklungsländern und deren friedliche Überwindung“ eingeeignet. 75 Prozent der Fördermittel wurden ab jetzt für diese Programme bereitgestellt.²⁷

Die Konzentration auf die Schwerpunktprogramme hatte vor allem Auswirkung auf all die Forschungsvorhaben, die sich aufgrund ihrer Kritik der Abschreckung innergesellschaftlichen Ursachen von Rüstungsdynamik, Konflikten und Kriegsursachen widmeten. Sie wurden immer stärker marginalisiert.²⁸

Diese Beurteilung soll die insgesamt als fortschrittlich einzuschätzende Bedeutung der DGFK und ihre positive Würdigung nicht schmälern. Sie wurde mit einer intensiven Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, zahlreichen Publikationen und einer umfangreichen wissenschaftlichen Tätigkeit (ca. 300 Projekte wurden bis zur Auflösung 1983 gefördert) zu dem organisatorischen Anlaufzentrum und wissenschaftlichen Kristallisationspunkt für die Friedensforschung in der Bundesrepublik. Sie unterhielt darüber hinaus wichtige Kontakte auf internationaler Ebene, etwa mit der UN und der UNESCO in Fragen der Abrüstung, Rüstungskontrolle und Friedenserziehung.

Die langsame, aber stetige Anpassung der in der DGFK geförderten Friedensforschung an die eher pragmatisch-systemstabilisierenden Interessen von Politik, Administration, Eliten und Verbänden wurde auch in inhaltlicher Sicht deutlich. Hatte am Beginn der DGFK-Arbeit noch der explizite Wille gestanden, das System der Abschreckung langfristig zu überwinden und die „tieferliegenden Gründe für gewaltsame Konflikte durch Entwicklung neuer Formen menschlichen Zusammenlebens und Ordnungen“ aufzuheben²⁹ und hierfür gesamtgesellschaftliche Strategien zu entwickeln, so zeichnete sich im Verlauf des Wirkens der Gesellschaft ab, daß dieses Ziel in weite Ferne gerückt war. Die Tätigkeit der DGFK erschöpfte sich mehr und mehr in pragmatischer Zusammenarbeit für die Politikberatung. Das war aber nicht ihre Schuld allein.

Die Sozialdemokraten blieben in ihrer Mehrheit inhaltlich auf Distanz gegenüber den kritischen Potenzen der Friedensforschung, die auch in der DGFK durchaus noch zum Zuge kamen. Am Grundkonzept des Prinzips der Abschreckung und einer Entspannung auf starker militärischer Grundlage im Sinne der NATO sollte nicht gerüttelt werden. Ansätze der Friedensforschung für eine Übergangstrategie zur Überwindung der Abschreckung wurden von ihr nicht angenommen. Auch aufgrund der der SPD eigenen ambivalenten und unentschiedenen Haltung gegenüber einer die bestehenden Strukturen in Frage stellenden Kritik („Radikalerlaß“), sowie durch die öffentliche Kampagne

27 DGFK-Informationen 1-2/1973.

28 H. E. Bahr/Marianne und Reimer Gronemeyer, Gesellschaftliche Bedingungen des Friedens, in: DGFK (Hrsg.), *Forschung für den Frieden*, Boppard 1975; auch: Hans-Günter Brauch, *Entwicklung und Ergebnisse der Friedensforschung*, Frankfurt 1979, S. 11.; Jürgen Reusch, *Friedensforschung in der Bundesrepublik*, a.a.O., S. 55.

29 Gutachten des Wissenschaftsrates: *Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Förderung der Friedens- und Konfliktforschung*, Drucksache 1688/70, (West)Berlin 30. 5. 1970.

gegen die angeblich staatzersetzende und mit Bedacht in die Nähe des Terrorismus gerückte Forschung bedrängt, engte die sozialliberale Koalition ihren Bewegungsspielraum nach links immer stärker in Richtung auf eine prinzipielle Staatsloyalität ein und war so natürlich nicht in der Lage, den zunehmenden Druck auf eine inhaltlich „ausgewogene“ Friedensforschung zu verringern. Im Gegenteil: Sie verstärkte ihn zunächst noch.

Insofern entwickelte sich die Friedensforschung weniger als Legitimations- oder Steuerungsdisziplin. Sie nahm nach anfänglicher starker Interessenidentität mit der sozialliberalen Politik (ohne sich dieser inhaltlich voll anzupassen) vielmehr immer stärker Alibicharakter an.³⁰

5. Praxisverständnis der Friedensforschung

In der Frage des Praxisverständnisses orientierte sich die DGFK mehr und mehr an der traditionellen Eliten- und Politikberatung. Sie wurde bedrängt durch den starken konservativen Druck in der Öffentlichkeit und die Forderung der Parlamentarier nach „greifbaren“ und „aufbereiteten“ Ergebnissen.

Unter solchem Druck reagierte die von den politischen Rahmenbedingungen extrem abhängige DGFK mit einem verstärkten Zugehen auf die konservative Politik und das staatlich-administrative System. Sie nahm damit eine schleichende Einengung ihres Praxisverständnisses in Richtung Elitenorientierung in Kauf und isolierte sich gleichzeitig von der Gesellschaft. Mit der damit einhergehenden begrenzten „Halböffentlichkeit“ (Habermas), die sich z.B. in Diskussionen mit der Führung des Militärs und der Ministerien über Projektergebnisse ausdrückte, konnte sie — trotz reichlich vorhandener kritischer Potenzen — nur sehr bedingt als „Gegenexpertise“ (Rittberger) gegenüber staatlichem Herrschaftswissen in das soziale Feld hinein fungieren, das ihr eher mit Mißtrauen gegenüberstand. Sie geriet zwischen die „Mühlsteine des Pragmatismus“³¹, blieb innenpolitisch unverbindlich, vertraute auf die Korrekturen durch das politische System und verzichtete auf die parallele, massen- und aktionsorientierte „Übergangsstrategie“.

Die „wissenschaftlichen Parteigänger“ der Ausgebeuteten und Diskriminierten, wie es die Erklärung der Kritischen Friedensforschung von 1971 formuliert hatte, mußten immer mehr als Zuarbeiter für die herrschende Politik erscheinen. Ihr gesellschaftskritischer Impuls verebbte oder verlagerte sich außerhalb der etablierten Friedensforschung in die aufkommende Friedensbewegung und die dort entwickelte Expertise.

Eine beträchtliche Breitenwirkung erzielte die DGFK mit ihrer allerdings erst zu Beginn der achtziger Jahre angelaufenen „Verbreitungsarbeit“. Bereits 1972 wurde die „Carl-von-Ossietzky-Professur“ der DGFK einmal jährlich an herausragende Friedensforscher vergeben und ab 1980 ein Gustav-Heinemann-

30 Brauch, Anm. 44.

31 Reusch, Anm. 1. S. 34; vgl. auch die Kritik von Martin Niemöller, abgedruckt bei: Egbert Jahn, *Friedensforschung und Friedensbewegung*, in: *Friedensanalysen* Nr. 16, Frankfurt am Main 1982.

Jugendbuchpreis für friedensfördernde und antimilitaristische Jugendliteratur gestiftet. Vorbildlich waren in diesem Rahmen z.B. gemeinsame Projekte mit der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, die die Friedenswochen in einer Kleinstadt wissenschaftlich auswerten und dokumentierten, oder auch die Behandlung des Themas Krieg und Frieden in den Medien auf einer Tagung der Deutschen Journalisten Union. Diese positiven Ansätze wären jedoch kaum auf Dauer zugelassen worden und konnten den Anpassungsprozeß der organisierten Friedensforschung an die herrschenden politischen Bedingungen nicht umkehren.

6. Das Scheitern der DGFK

Das Scheitern der DGFK war, wenn man so will, schon im sozialliberalen Entstehungs- und Verwertungszusammenhang der Gesellschaft mit angelegt und wurde spätestens seit der Auflösung des innenpolitischen Reformkonsenses im Zeichen der „Tendenzwende“ 1973, also wenige Jahre nach der Gründung, virulent. Für die konservative Politik mußte eine bestandskritische Friedens- und Konfliktforschung eine stetige Provokation darstellen. Ihre bloße Existenz stellte deren a-priori-Annahme eines offensichtlich nur antikommunistisch, mit militärischer Stärke zu sichernden Friedenszustandes, der mit einer unverrückbar positiv-normativen Bezugnahme auf das politische System der Bundesrepublik einherging, in Frage.³² Der Bogen der Attacken reichte von der Beantragung der Streichung von Haushaltsmitteln im Bundestag und in einigen Landtagen bis zu einer sich überschlagenden politischen Kampagne, die die DGFK und indirekt auch den Altbundespräsidenten Heinemann (ab 1974 Ehrenvorsitzender des DGFK-Kuratoriums) in die Nähe des politischen Feldes der Baader-Meinhof-Gruppe rückte und die Streichung der Fördermittel verlangte.³³

Die „Kriegserklärung“ der Unionsparteien gegen die DGFK wurde überdeutlich, als das Bundesland Bayern 1976 in der Ministerpräsidentenkonferenz eine Untersuchung der DGFK-Arbeit durchsetzte, die dann 1978 in der Formel von der Notwendigkeit der Gewährleistung des „politischen Pluralismus“ ihren adäquaten Ausdruck fand. Trotz des akribischen Eingehens der DGFK auch auf die unberechtigtesten Forderungen und Vorwürfe verstummte die Kritik nicht. Vielmehr traten trotz der Bemühungen der DGFK zur Umsetzung der Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz nacheinander Bayern, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg aus der DGFK aus, ob-

32 Z.B. Walter Althammer, Selbstzerstörung finanziert mit Steuergeldern, in: Informationen der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag vom 28. 1. 1972.

33 F. Tenbruck, Frieden durch Friedensforschung? (FAZ, 22. 12. 1973); Heinrich End, Utopische Elemente in der Friedensforschung, in: Zeitschrift für Politik, 20. Jahrgang, Nr. 2/1973; Helmut Schelsky, Die Arbeit tun die anderen, Opladen 1975, S. 109-119; Kurt Sontheimer, Das Elend der Intellektuellen, Hamburg 1976, S. 224; s. dazu auch: Klaus Horn/Reiner Steinweg, Politische Angriffe auf die Friedensforschung, in: Jahrbuch für Friedens- und Konfliktforschung, Rüstung und Militär in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1977, S. 4, 26.

wohl deren Vertreter in den DGFK-Gremien zuvor den eingeleiteten „Verbesserungsmaßnahmen“ zugestimmt hatten. Ministerpräsident Strauß (CSU) versuchte, den Austritt Bayerns nachträglich mit einem unwissenschaftlichen Gutachten des deutschnationalen Heidelberger Politologen Hans-Joachim Arndt zu rechtfertigen.³⁴

Das Ende der Gesellschaft kündigte sich an. Auch der Versuch einer neuen gesellschaftlichen Legitimierung der DGFK ab 1980 unter dem neuen, eher liberal-pragmatisch orientierten Kuratoriumsvorsitzenden und Bonner Politologen Prof. Hans-Adolf Jacobsen scheiterte.

Mit dem Regierungswechsel 1982 war das letzte Zeichen für die Hatz auf die unbequem gewordene DGFK gegeben. Die Ablehnung einer kritischeren Friedensforschung wurde zur regierungsoffiziellen Position erhoben. Zwar erklärte der neue Forschungsminister Riesenhuber (CDU), die Förderung der Friedens- und Konfliktforschung sei unverzichtbar; die inhaltliche Wende machte er jedoch deutlich, als er erklärte, die Bundesregierung halte es für wissenschaftspolitisch bedenklich, daß in der Fördertätigkeit der DGFK solche Vorhaben mitunter eine zu starke Berücksichtigung fänden, deren wissenschaftliches Vorverständnis eher umstritten und deren Theoreme und Denkfiguren „zum Teil suggestiv“ wirkten. Damit waren insbesondere die Theoreme von der „strukturellen Gewalt“ und vom „positiven Frieden“ (Galtung) gemeint.³⁵

Den endgültigen Ausschlag gab ein erneutes Gutachten des Wissenschaftsrates. In seiner am 6. Mai 1983 verabschiedeten Stellungnahme bescheinigte er der DGFK, eine wissenschaftlich unanfechtbare Arbeit geleistet zu haben und wies damit indirekt die konservativen Angriffe zurück. Er empfahl jedoch im Interesse eines breiten politischen Konsenses die Überführung der bislang pro Jahr rund drei Millionen DM umfassenden Förderung an eine neuzubildende Senatskommission der DFG und eine inhaltliche Konzentration auf die Kriegsursachenforschung.

Die „Verbreitung des Friedensgedankens“ wurde an die Bundeszentrale und die staatlichen Landeszentralen für politische Bildung delegiert. Die Geschäftsstelle der DGFK wurde als „Arbeitsstelle Friedensforschung Bonn“ (AFB) an die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung“ (HSFK) angegliedert.

Am 31. 12. 1983 beendete die DGFK ihre Arbeit — nahezu unbeachtet von der Öffentlichkeit, die noch 13 Jahre zuvor so hohe Erwartungen in sie gesetzt hatte, und auch nahezu unbeachtet von der damals im Aufwind befindlichen Friedensbewegung.

Unter dem Eindruck des Aufbrechens und des Scheiterns der Politik der sozialliberalen Ära bildete der konzentrierte Angriff auf die DGFK einen der

34 Hans-Joachim Arndt: Die staatlich geförderte Friedens- und Konfliktforschung in der Bundesrepublik Deutschland von 1970 bis 1979. Wissenschaftliches Gutachten über die Förderungstätigkeit der DGFK. Hrsg. v. d. Bayerischen Staatskanzlei, o.O. (Schriesheim 1981).

35 Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der SPD-Fraktion, BT-Drucksache 9/2301 vom 19. 12. 1982, in: DGFK-Informationen Nr. 1/1983.

Schauplätze, auf dem die konservative Hegemonie insbesondere im Bereich Frieden und Sicherheit mit dem langfristigen Ziel des politischen Machtwechsels errichtet wurde. Eng mit der Sozialdemokratie verbunden, teilte die Gesellschaft schließlich mehr oder weniger direkt deren Schicksal.

7. Die Entwicklung nach 1983

Das Ende der DGFK bedeutete nicht gleichzeitig das Ende der organisierten Friedensforschung in der Bundesrepublik. Ihre Auflösung aber hatte erhebliche materielle Auswirkungen auf die einzelnen weiterbestehenden Institute (im wesentlichen HSFK und IFSH), die sich zum Teil aus Mitteln der DGFK finanzierten. Die dadurch mögliche Ausdünnung und Marginalisierung kritischer Fragestellungen zeigte sich auch an dem Beschluß der neugebildeten DFG-Senatskommission für Friedens- und Konfliktforschung, die Schwerpunktprogramme auf die eher traditionelle Fragestellung der Rüstungskontrolle und der transatlantischen Beziehungen sowie auf institutionalisierte Methoden des „peace-keeping“ in der internationalen Politik einzugrenzen. Gesellschaftskritische Fragestellungen wie die lange vernachlässigten, innergesellschaftlichen Bedingungen von Krieg und Frieden, die Friedenspädagogik und eine Orientierung auf gesellschaftlich engagierte Forschung mit Bezug zur Praxis bleiben ihr bislang eher fremd.³⁶

Was die „Verbreitung des Friedensgedankens“ angeht, so liegen die begrenzten Möglichkeiten der der Bundesregierung unterstellten und auf „Ausgewogenheit“ verpflichteten Bundeszentrale für politische Bildung offen zutage. Sie fördert weder regionale Projekte, noch verfügt sie über institutionalisierte Praxiskontakte zu allen, eben auch kritischen und engagierten Gruppen neben den etablierten gesellschaftlichen Großgruppen und Parteien.³⁷

Für die Verbreitungsarbeit der Friedensforschung standen 1983 500000 DM, ab 1984 nur noch 250000 DM zur Verfügung. Das ist ungefähr die Hälfte der Summe, die 1984 vom Bundesinnenministerium aufgewendet wurde, um bei der Bevölkerung mit einer farbigen Broschüre in einer neuen „Aktion Eichhörnchen“ für das Einlagern von Nahrungsmitteln einschließlich Hundefutter für 14 Tage zu werben, die das Überleben im Atomkrieg sichern soll.³⁸

1988 standen der Friedensforschung, ähnlich wie in den vergangenen Jahren, Fördermittel aus dem Haushalt des Bundesministeriums für Forschung und Technologie (BMFT) in Höhe von 2,9 Millionen DM zur Verfügung, die durch die DFG vergeben werden. Addiert man die Beiträge der Bundesländer Nordrhein-Westfalen/Hessen/Hamburg zur Förderung der Friedens- und Konfliktforschung, die kirchlichen Zuschüsse und private Mittel (Berghof-Stiftung, Stiftung Volkswagenwerk), so ergibt sich eine Gesamtsumme von ca. 6-7 Mil-

36 Vorwärts Nr. 45/1985, S. 19; AFB-Info Nr. 1/86.

37 Ebda.

38 Christiane Rajewsky, Friedensforschung — die unbequeme Wissenschaft, in: Ringvorlesung Kölner Wissenschaftler, Köln 1985, S. 55-81.

tionen DM jährlich an öffentlichen Aufwendungen für diese Forschungsrichtung, was gerade dem Gegenwert eines modernen Kampfpanzers entspricht. Dem stehen Aufwendungen für die Rüstungsforschung in Höhe von knapp 6 Milliarden DM gegenüber.³⁹

Weltweit arbeiten ca. 3000 Friedensforscher⁴⁰, in der Bundesrepublik sind es ungefähr 200, was etwa der Mitgliederzahl der Berufsorganisation der Friedensforschung, der „Arbeitsgemeinschaft Friedens- und Konfliktforschung“ (AFK, Vorsitz: Prof. Dr. K.J. Gantzel aus Hamburg) entspricht. Die mangelnden Berufsperspektiven angesichts nur weniger Institute und Projekte mit ungesicherter organisatorischer und finanzieller Basis, fehlende akademische und gesellschaftliche Laufbahnen für die Friedensforschung, kurzfristige Projektorientierung und das in der Schwebelage gebliebene Selbstverständnis der Friedensforschung zwischen integrierender Fragestellung und Universalwissenschaft haben bisher ihre Konstituierung als eigenständige, große Wissenschaftsdisziplin verhindert.

Gleichwohl arbeiten im Umfeld von Organisationen der Friedensbewegung, der Parteien, der Gewerkschaften, insbesondere aber im immer dichter vernetzten Bereich neu entwickelter Friedenswissenschaft an den Hochschulen heute immerhin insgesamt ca. 700 Personen mit — je nach Fachdisziplin unterschiedlicher — „friedenswissenschaftlicher Expertise“.⁴¹

Trotz dieser mehr als miserablen Rahmenbedingungen ist die Friedensforschung also keineswegs tot. Neben der staatlichen „Befriedung“ der Friedensforschung hat sich eine gesellschaftlich-wissenschaftlich induzierte Rekonstituierung von Friedensforschung und Friedenswissenschaft von erstaunlicher Reichweite vollzogen. Ihr ursprünglicher herrschaftskritischer Impuls ließ sich nicht einfach administrativ wegdrücken. Er erfuhr seit dem immensen Aufschwung der Friedensbewegung kräftig Auftrieb.

Aus der Reflexion über die bisherige Abhängigkeit der Friedensforschung von staatlichem Interesse vollzog sich ein Übergang zur Neuorientierung und Neugründung von Friedensforschungsinstituten mit einer basisorientierten, gesellschaftlich-kritischen und emanzipativen Bezugslinie und einem umfassenden Themenspektrum. Als Beispiele dafür können die Gründung des Forschungsinstituts für handlungsorientierte Friedensforschung e.V. in Starnberg, die Gründung einer Stiftung „Entwicklung und Frieden“ in Nordrhein-Westfalen auf Vorschlag Willy Brandts, die bevorstehende Gründung eines friedenswissenschaftlich orientierten Institutes an der Technischen Universität Berlin und eine ganze Reihe weiterer Initiativen „von unten“ stehen, die in deutlicher Distanz zu der etablierten bzw. institutionalisierten Friedensfor-

39 Stellungnahme zum Rüstungshaushalt 1985, in: Schriftenreihe Wissenschaft und Frieden, Nr. 3, Marburg 1984.

40 Moltmann, Anm. 1, S. 20.

41 Siehe dazu: Die Expertenkarrei. Beiträge der Wissenschaft zu Frieden und Abrüstung, in: Schriftenreihe Wissenschaft und Frieden, Nr. 9, Marburg 1987. S.a. den Beitrag von Corinna Hauswede in diesem Band.

schung stehen und von dieser auch als publizitätssüchtige, unakademische „Friedenswissenschaft“ abgekanzelt wurden.⁴²

Etwas an dieser Entwicklung ist auffällig, ja geradezu merkwürdig: Während eine ständig wachsende Mehrheit der Gesellschaft unter dem Einfluß der Friedensbewegung und der neuen sowjetischen Außenpolitik sämtliche Aspekte von Frieden und Sicherheit im Nuklearzeitalter neu diskutiert und die gesamte Sicherheits- und Militärpolitik eine umfassende Akzeptanzkrise durchmacht⁴³, scheint die akademische Friedensforschung ziemlich unberührt von diesem Boom geblieben zu sein.

Allererstes Indiz für die oben beschriebene Aufwärtsentwicklung ist die starke Bewegung der organisierten Wissenschaftler-Initiativen für den Frieden. Dazu zählen vor allem die Naturwissenschaftler-Initiative „Verantwortung für den Frieden“, das Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung (FIFF) und die „Internationalen Ärzte zur Verhütung eines Atomkrieges“ (IPPNW)-Sektion Bundesrepublik mit ihren zahlreichen örtlichen Initiativen und den jährlichen Kongressen, in die sie sowohl hochspezialisiertes Fachwissen (Verifikationsproblematik bei Abrüstung und Atomteststopp, Lasertechnik, bei chemischen und biologischen Waffen, Rüstungskonversion usw.) einbringen als auch immer stärker Fragen der gesellschaftlichen Verantwortung, insbesondere der Naturwissenschaftler, thematisieren. Angesichts der globalen Probleme in Bereichen wie Frieden, Ökologie, Entwicklung und Ressourcen sehen sie die Wissenschaft insgesamt vor einer neuen Herausforderung, nämlich ihre spezifischen Kapazitäten direkt gestalterisch für friedenssichernde und globale, humane Zwecke einzusetzen. Darüber hinaus strebt die Wissenschaftlerbewegung die Überwindung des herkömmlichen Dualismus von Theorie und Praxis an und knüpft damit an ursprüngliche Zielvorstellungen gesellschaftsverändernder Praxis der kritischen sozialwissenschaftlichen Friedensforschung an.⁴⁴ Ausdruck dieses international und global gedachten Herangehens ist auch das von dem Münchener Atomphysiker Prof. Hans-Peter Dürr initiierte Projekt „Global Challenges Network“.

Gleichwohl bietet die Vielfalt von Initiativen einen Eindruck von zu starker Zersplitterung und Auffächerung. Es fehlen Möglichkeiten der zielgerichteten Koordination und wissenschaftsinternen Planung durch ein innovatives und von der Wissenschaft selbst verwaltetes Programm, das einen organisatorischen Kristallisationspunkt bietet, interdisziplinären Austausch ermöglicht, entsprechende Forschungs- und Förderungsmöglichkeiten anbietet und aufbereitet, gemeinsame Forschungsinteressen bündelt, neue Fragestellungen erarbeitet, für ihre öffentliche Verbreitung sorgt und den öffentlichen Diskurs um die Friedensforschung und ihre gesellschaftliche Relevanz organisiert.

42 Siehe dazu: Egbert Jahn, Von der internationalen Friedensforschung zur nationalen Sicherheitsforschung, in: Moltmann, Anm. 1.

43 Thomas Risse-Kappen, Die Krise der Sicherheitspolitik, München-Mainz 1988.

44 Werner Buckel, Wissen, Macht und Verantwortung, in: Deutsche Volkszeitung/die tat, Nr. 2, 6. 1. 1989.

Die älteste Standesorganisation der Friedensforschung, die sich zugleich als autonomes wissenschaftliches Zentrum der Friedensforschung versteht, die AFK, ist in ihrer Mehrheit an der Spannweite von sozialliberal-entspannungs-politischen bis pazifistischen Positionen orientiert und scheint sich mit ihren bisherigen Skrupeln vor zu eindeutiger aktuell-politischer Vereinnahmung, auch von seiten der Friedensbewegung und mit ihrer strikten Beschränkung auf die Funktion des innerwissenschaftlichen Austausches in die Sackgasse eines „stillschweigenden Kommunikationszirkels“ (Egbert Jahn) entwickelt zu haben. Die AFK läuft Gefahr, sich von der durch die Friedensbewegung und die Rezeption globaler Problemlagen neu entstandenen dynamischeren Struktur von Friedenswissenschaft außerhalb der etablierten Bahnen institutionalisierter Friedensforschung abzuschotten, wengleich die meisten Forscher, die Mitglieder der AFK sind, durchaus auch in einzelnen Strängen solcher friedenspolitischer Betätigung zu finden sind. Jedenfalls repräsentiert die AFK nicht mehr *die* Friedensforschung in der Bundesrepublik.

Neben der „Arbeitsstelle Friedensforschung“ (AFB) versucht in kleinerem Umfang die 1988 neu gegründete „Informationsstelle Wissenschaft und Frieden e.V.“ (IWIF), die neuen Anforderungen an friedenswissenschaftliche Arbeit im weitesten Sinne an der Schnittstelle von Friedenspolitik/Friedenswissenschaft und Friedensbewegung zu vermitteln. Damit setzt sie zum Teil an den Defiziten der nicht entfalteten „Verbreitungsarbeit“ der gescheiterten DGFK an.

Trotzdem bleibt es wichtig, daß die Friedensforschung weiter als vorrangige, gesellschaftspolitische Aufgabe erkannt und der Staat nicht aus seiner weitergehenden Verantwortung zu ihrer Förderung entlassen wird.

Dafür gibt es zunehmend mehr gesellschaftlich-politische Resonanz. „Die Friedensforschung muß finanziell und ideell stärker unterstützt werden. Die Friedenserziehung an den Schulen muß konsequent ausgebaut werden“, fordern DGB und Gewerkschaftsjugend in ihren Aufrufen zum Antikriegstag.⁴⁵ Der Partei „Die Grünen“ ist die Förderung der Friedens- und Konfliktforschung im Bundestagswahlprogramm von 1987 unter der Rubrik „Internationales“ und die Forderung nach ihrem strikt staatsunabhängigen Charakter einen eigenen Programmpunkt wert.⁴⁶ Die AL Berlin fordert für Westberlin den Aufbau eines internationalen Friedensinstitutes.⁴⁷ Die SPD forderte auf dem Parteitag von Nürnberg gar die Wiedererrichtung der DGFK.⁴⁸

Die im Verbund mit den neuen sozialen Bewegungen entstandene friedenswissenschaftliche Betätigung hat also insgesamt Grundsatzfragen der Abschreckungskritik und die Erörterung der Möglichkeiten positiver Friedensgestaltung jenseits des Systems wechselseitiger Vernichtungsandrohung wieder

45 DGB, Für eine Welt des Friedens, in: druck und papier, Nr. 17/1986.

46 Die Grünen, Farbe bekennen, Bundestagswahlprogramm 1987, Bonn 1987.

47 FAZ vom 24. 11. 1986.

48 Parteitag der SPD in Nürnberg, 25.-29. 8. 1986. Beschlüsse, hrsg. v. Vorstand der SPD, Bonn o.J., S. 872.

aufgenommen und stellt inzwischen die Frage nach der „zivilen Verwundbarkeit und strukturellen Kriegsunfähigkeit moderner Industriegesellschaften.“⁴⁹

Damit hat sie sich der nach wie vor bestehenden Grundherausforderung der Friedensforschung, nämlich eine umfassende „politische (...) Alternative zur Sicherheitspolitik mit militärischen Mitteln“⁵⁰ zu erarbeiten, wieder zugewandt. Dabei entsteht ein neuer, erweiterter Sicherheitsbegriff, der ökologische, soziale, kulturelle und ökonomische Aspekte einschließt. Insofern zielen das „notwendige Umdenken und die Neubestimmung der Forschungsprioritäten“⁵¹ auf die Umriss der Utopie einer „friedensfähigen zivilisatorischen Alternative“, auf einen „gleichen, gerechten und ungeteilten Frieden“ im globalen Gesamtzusammenhang von Frieden, Gerechtigkeit und Naturbewahrung, die sich an den Eckpunkten „Entmilitarisierung, Kooperation, demokratische Konfliktlösung“⁵² orientiert und diese in den Gesamtzusammenhang einer unabdingbaren, generellen gesellschaftlichen Erneuerung stellt.

Eine so verstandene Friedensforschung wird sich auch in Zukunft der „Entlegitimierung historisch-konkreter staatlicher Herrschaftsinteressen“ (Rittberger), der Durchbrechung der „Pathologie der Staatsräson“ (Krippendorff) und der hartnäckigen Überwindung der „Schwerkraft des historisch gewachsenen (militärischen) Sicherheitsdenkens“ (Wette) widmen und dabei auch gegen Widerstände ankämpfen müssen.

Denn Frieden darf ja nie bloß außenpolitisch verstanden werden, sondern ist, wenn er nicht nur als zwar wichtiges, aber im Endeffekt labiles Kriegsverhütungskonstrukt gedacht sein will, nur als Inhalt einer friedensfähigen sozialen und politischen Ordnung denkbar.

Die Möglichkeiten und Bedingungen einer solchen Ordnung muß die Friedensforschung durch Bezug auf ihren gesellschaftskritischen und antimilitaristischen Impuls zu erkunden helfen, mithin also in der systematischen Wiederbelebung von sozioökonomischer Herrschaftsanalyse und Herrschaftskritik (Ursula Schmiederer) auch und gerade im Hinblick auf die genannten, neuen Fragestellungen.

Forschungstheoretische und forschungspraktische Defizite gibt es hier besonders im Bereich der Friedenspädagogik, der Nord-Süd-Problematik, der historischen und der feministischen Friedensforschung und bei den immer wichtiger werdenden sozialpsychologischen Fragestellungen, die neuerdings auch auf den Bereich der internationalen Beziehungen angewandt werden.⁵³

49 Weiter abrüsten — Friedliche Wege in die Zukunft. Kongreß, Tübingen, 2.-4. Dezember 1988, hrsg. v.d. Naturwissenschaftler-Initiative e.V. „Verantwortung für den Frieden“, S. 15. Mit diesem Thema befaßte sich eine Arbeitsgruppe.

50 Karlheinz Koppe, Auf der Suche nach einer politischen Alternative zur Sicherheitspolitik mit militärischen Mitteln, in: Dieter S. Lutz (Hrsg.), Im Dienst für Frieden und Sicherheit, Festschrift für Wolf Graf von Baudissin, Baden-Baden 1985, S. 325-337.

51 Vgl. Jahn, Anm. 42, S. 88.

52 Siehe dazu: Mechthild Jansen, Möglichkeiten und Alternativen der Friedensbewegung in einer Umbruchsituation. Unveröffentlichtes Manuskript, o.O. 1988; sowie Moltmann, Anm. 1, S. 33.

53 Eva Senghaas-Knobloch, Zur politischen Psychologie internationaler Politik, in: aus politik und zeitgeschichte, B 52-53/88 v. 23. 12. 1988, S. 14-23.

Auch die Fragen der gesellschaftlichen Verantwortung von Wissenschaft und einer neuen wissenschaftlichen Ethik im Atomzeitalter gehören hierzu.

Freilich darf man sich, was die Realisierungsmöglichkeiten solcher oft zu Unrecht belächelter „Friedensutopien“ angeht, keinen Illusionen hingeben:

„Von der Delegitimierung des Militärischen im Atomzeitalter bis zur Schaffung neuer, primär nicht-militärischer Instrumente von Friedenspolitik ist ein weiter Weg zurückzulegen.“⁵⁴

Vor diesem Hintergrund wird die — unerledigte — Aufgabe, die der organisierten Friedensforschung zu Beginn ihrer Entwicklung auferlegt war, nämlich als Vermittlungsorgan der diversen friedenswissenschaftlichen Stränge und Ansätze eine theoretische und praktische „Übergangsstrategie zu einer friedlichen Welt“⁵⁵ auszuarbeiten und mit gesamtgesellschaftlichen Alternativmodellen zu deren Durchsetzung beizutragen, wieder aktuell und verlangt auch nach wissenschaftsorganisatorischen Konsequenzen.

Dabei zeichnet sich ab, daß die Friedensforschung nicht — wie manchmal in ihren Anfangszeiten mißverständlich formuliert — *die* neue, umfassende Grundlagen- und Universalwissenschaft mit eigener Methodologie ist. Vielmehr erscheint die immer genauere und spezifischere Anwendung und Verbesserung der vorhandenen methodologischen und theoretischen Möglichkeiten in einem gemeinsamen, stärker aufeinander bezogenen Lernprozeß von Wissenschaft und Gesellschaft als adäquate Antwort auf die Frage nach der Durchleuchtung des Komplexes von Krieg — Frieden und Gesellschaft.

Zu den Lehren aus der Vergangenheit gehört dabei die Erkenntnis, daß es notwendig ist, durch eine Neubestimmung des Verhältnisses und bessere Verzahnung von institutionalisierter Friedensforschung, Friedenswissenschaft und Friedensbewegung eine noch breitere gesellschaftliche Massenverankerung der Friedensforschung und eine Verstärkung ihrer gesellschaftspolitischen Wirksamkeit zu erreichen und so dafür zu sorgen, daß die Diskussion um ihre herausgehobene gesellschaftliche Bedeutung wieder neu konsensfähig und inhaltlich belebt wird, ohne jedesmal aufs Neue auf die Regierungsfähigkeit der Sozialdemokratie oder eines anderen politischen Reformblocks angewiesen zu sein. Das dazu erforderliche gesellschaftliche Potential existiert. Die Friedensbewegung als soziale Massenbewegung, die starke Resonanz auf die Verbreitungsarbeit der DGFK und die Ausbreitung friedenswissenschaftlicher Arbeit an den Hochschulen belegen das. Es wird darauf ankommen, es zu mobilisieren.

54 Wolfram Wette, *Geschichte und Frieden: Aufgaben historischer Friedensforschung*, AFB-Texte, Mai 1987, S. 3.

55 So der Wissenschaftsrat in seinem Gutachten von 1970, Anm. 45.

Friedensforschung und Friedenswissenschaft an den Hochschulen

Neue Entwicklungstendenzen und Perspektiven

Corinna Hauswedell

1. Zum Gegenstand — 2. Veränderte Bedingungen für die Friedenswissenschaft — 3. Themen und Tendenzen friedenswissenschaftlicher Arbeit an den Hochschulen — 3.1. Ringvorlesungen/Vorlesungsreihen — 3.2. Andere Lehrveranstaltungen — 3.3. Exkurs zu den Trägern und Strukturen der Friedenswissenschaft — 3.4. Forschungsprojekte — 3.5. Hochschul- und wissenschaftspolitische Aktivitäten — 4. Schlußfolgerungen für die Profilierung der Friedenswissenschaft

1. Zum Gegenstand

Der langwierige Streit über Inhalt und Begriff der Friedensforschung, die fortgesetzten Abgrenzungen zwischen Friedensforschung und Friedenswissenschaft sollen hier nicht um weitere Varianten bereichert werden.¹ Die Aufnahme *beider* Begriffe in den Titel trägt der Realität Rechnung: die Friedensforschung als vorwiegend sozialwissenschaftliche, politologisch geprägte *Richtung* bzw. Disziplin, im folgenden als institutionalisierte Friedensforschung bezeichnet, steht gegenwärtig vor den gleichen, inhaltlich neuen Anforderungen wie die — erst im Zuge dieser Anforderungen sich entwickelnde — Friedenswissenschaft *in* den verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen, vor allem den Naturwissenschaften. Plädiert werden soll hier für die Rekonstituierung des Begriffs einer Friedenswissenschaft als disziplinenübergreifendem wissenschaftlichen Ansatz, in dem auch die institutionalisierte Friedensforschung ihren Platz einnimmt. Friedenswissenschaft in diesem Sinne ist die kritisch-emanzipatorische Beschäftigung mit allen Fragen der Friedenssicherung und Konfliktlösung, wie sie sich unter den Bedingungen neuer internationaler und globaler Herausforderungen an die Wissenschaft und ihre Ethik stellen. Dies schließt den „Praxisbezug“ der Friedenswissenschaft, ihre Orientierung auf politisch und gesellschaftlich veränderndes Handeln ein.

¹ Vgl. hierzu u.a. E. Krippendorff, Einleitung, in: ders. (Hrsg.), *Friedensforschung*, Köln/(West)-Berlin 1970; E. Jahn, *Entwicklung und Schwerpunkte der Friedensforschung in Nordamerika und Westeuropa*, in: *Friedensanalysen 1*, Frankfurt/M. 1975; K. Kaiser, *Friedensforschung in der Bundesrepublik*, Göttingen 1970; J. Reusch, *Friedensforschung in der Bundesrepublik*, Frankfurt/M. 1986.

Es geht im folgenden um Annäherungen an die neuen Prozesse auf dem Gebiet friedenswissenschaftlicher Tätigkeit an den Hochschulen der Bundesrepublik.

Ein umfassender Überblick im Sinne von „Forschungsstand“ wird nicht gegeben; vieles wird exemplarisch und damit ausschnitthaft gezeigt. Der untersuchte Zeitraum umfaßt im wesentlichen die beiden letzten Jahre.²

2. Veränderte Bedingungen für die Friedenswissenschaft

In dieser Zeit fallen zusammen: die Zuspitzung der sogenannten globalen Problemstellungen, der Beginn einer Neuorientierung in den internationalen Politikbeziehungen, sowie die intensivere Reflexion dieser Tatsachen in Öffentlichkeit und Wissenschaft.

Der (Wieder-)Beginn eines ernsthaften Ost-West-Dialoges, der mit dem INF-Vertrag auch das erste substantielle Abrüstungsabkommen seit 1945 erbrachte, fordert die Wissenschaft, die sich mit Friedenssicherung befaßt, auf neue Weise und auf unterschiedlichen Ebenen heraus, ihre Kompetenz zu entfalten und einzubringen:

Im Bereich von Frieden und Abrüstung im engeren Sinne geht es um die Auslotung der wirklichen Chancen, die militärische Konfrontation zu beenden. Dazu gehört der verantwortliche, gegen einen weiteren Rüstungswettlauf gerichtete Umgang mit den neuen naturwissenschaftlich-technologischen Erkenntnissen, etwa bei der Offenlegung der Gefahren der Lasertechnik, aber auch bei der Suche nach neuen Verifikations- und Abrüstungstechniken. Dazu gehört gleichermaßen die Entwicklung weitreichender politischer Konzeptionen zur Entmilitarisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen sowie der gesellschaftlichen Binnenstrukturen. Der Abbau von Feindbildern, die Entwicklung neuer politischer Normen des Zusammenlebens fordert Beiträge der Geschichtswissenschaft, der Politologie, des Völkerrechts, der Psychologie, um nur einige zu nennen.

Eine auf umfassende Friedenssicherung gerichtete Forschung und Wissenschaft muß sich heute aber der Gesamtheit der Fragen des (Zusammen- und Über-)Lebens auf der Erde stellen: Wie können Ressourcen und Natur vor der Zerstörung bewahrt werden? Wie sollen Gerechtigkeit und Entwicklung in allen Teilen der Welt gesichert werden? Welche neuen Formen der Demokratie braucht eine mündige selbstverantwortliche Menschheit?

Die Politik ist in immer höherem Maße auf die Expertise der Produktivkraft Wissenschaft zur Lösung dieser Fragen angewiesen. Dies gilt auch für die kritische Öffentlichkeit, für soziale Bewegungen, Initiativen, gesellschaftliche Institutionen. Die Kategorie der Verantwortung der Wissenschaft hat eine neue Dimension erhalten.

Die gewachsene Rolle der Wissenschaft in der Gesellschaft kann eine Ursache dafür sein, daß sich gerade die Wissenschaftler-Friedensinitiativen — fast

² Eine Übersicht über die neueren Entwicklungstendenzen von 1980-85 findet sich u.a. bei J. Reusch, a.a.O., S. 128 ff.

unabhängig von der politischen Konjunktur der Friedensbewegung in ihrer Gesamtheit — im wesentlichen konsolidiert haben. Die Zahl der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die sich ausgehend von ihren Fachgebieten für Frieden und Abrüstung engagieren, ist seit 1983 kontinuierlich gewachsen. Die NaturwissenschaftlerInnen haben im Februar 1988 ihre bundesweite Initiative „Verantwortung für den Frieden“ als Verein konstituiert; die Mitgliederzahlen der Internationalen Ärzte zur Verhinderung eines Atomkrieges (IPPNW), des Forums Informatiker für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung (FIFF) wachsen. Wissenschaftliche Friedenskonferenzen und Kongresse wurden in den letzten Jahren zu einer wichtigen Form des Gedankenaustausches zwischen Friedenswissenschaft, Bewegung und Politik.

Die Diskussion über die neuen längerfristigen Aufgaben der Friedenswissenschaft führt seit etwa drei Jahren zur Entstehung lokaler und überregionaler Arbeitszusammenhänge und Projekte auch an den Hochschulen. Bestrebungen, gemeinsam mit friedenswissenschaftlich engagierten KollegInnen anderer Disziplinen Lehrveranstaltungen und Forschungsvorhaben durchzuführen, nehmen zu.

Die institutionalisierte Friedensforschung — an den politikwissenschaftlichen Fachbereichen der Hochschulen ebenso wie an den außerhochschulischen Friedensforschungsinstituten — hat ebenfalls begonnen, die neuen Anforderungen aufzunehmen. Eine stärkere Bereitschaft zur Einmischung in die neu entstandene politische Situation signalisiert das im zweiten Jahr erscheinende „Friedensgutachten“ von drei Friedens-Forschungsinstituten³ und die Teilnahme an den vorwiegend von den Wissenschaftler-Initiativen organisierten Kongressen.⁴

3. Themen und Tendenzen friedenswissenschaftlicher Arbeit an den Hochschulen

1983 begannen — als Reflex auf den Höhepunkt der friedenspolitischen Auseinandersetzung — eine quantitative Ausweitung friedenswissenschaftlicher Arbeit an den Hochschulen über die bisherigen Hauptorte institutionalisierter Friedensforschung hinaus, eine thematische Auffächerung, die sich stärker aus den aktuellen politischen Diskussionen speist, sowie Ansätze einer neuen Struktur der Friedenswissenschaft.

Die Infragestellung des sicherheitspolitischen Konsenses der ersten drei Jahrzehnte der Bundesrepublik wurde zum deutlichen Impuls für die wissenschaftliche Beschäftigung mit Alternativen.

3 „Friedensgutachten 1987“ und „Friedensgutachten 1988“, herausgegeben von: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Forschungsstätte der evangelischen Studiengemeinschaft (FEST), Hamburg, Frankfurt, Heidelberg 1987 und 1988.

4 Seit dem ersten internationalen Kongreß der Naturwissenschaftler „Wege aus dem Wettrüsten“ in Hamburg, im Dezember 1986, gibt es Anätze zu einer umfänglicheren Zusammenarbeit; in Hamburg seitens des IFSH.

Der Bereich der *institutionalisierten Friedensforschung* soll vorab nur kurz behandelt werden. Die interessanten Anfänge einer Kooperation zwischen diesem Sektor der Friedenswissenschaft und den jüngeren Initiativen der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler werden weiter unten berücksichtigt.

Der sich als kritisch verstehende Teil der Friedensforschung hat bereits in den 70er Jahren begonnen, u.a. alternative sicherheitspolitische Konzeptionen zu diskutieren. Diese Arbeit blieb jedoch weitgehend im akademischen Raum, nicht zuletzt wegen der politischen und materiellen Restriktionen, der sich diese Friedensforschung von staatlicher Seite zunehmend ausgesetzt sah. Seit einiger Zeit finden diese Konzeptionen wieder Eingang in die Diskussion etwa um gemeinsame Sicherheit, strukturelle Nichtangriffsfähigkeit etc.

Bis heute sind es im wesentlichen die Hochschulen und Universitäten in *Berlin, Bonn, Frankfurt, Hamburg, Tübingen, und zum Teil auch Heidelberg, Marburg, München*, wo institutionalisierte Friedensforschung vorwiegend an einzelnen Lehrstühlen der politikwissenschaftlichen Institute und Fachbereiche betrieben wird. An fast allen diesen Orten wirkt sich die Existenz außerhochschulischer Friedensforschungsinstitute förderlich für die Hochschulfriedensforschung aus. Ein Blick auf die Forschungsvorhaben der letzten Jahre zeigt eine gewisse quantitative Ausweitung. Folgende Themenschwerpunkte werden von der institutionalisierten Friedensforschung vorrangig bearbeitet: Rüstungskontrolle und Abrüstung unter den Paradigmen der 80er Jahre, neue Momente westlicher Bündnispolitik (u.a. Europäisierung der Sicherheitspolitik), Untersuchungen zum Feindbildabbau, Projekte der Friedenserziehung, Nord-Süd-Konflikte (u.a. Waffenexporte in die 3. Welt), die Rolle neuer Technologien im Rüstungswettlauf sowie eine Vielzahl von Untersuchungen, die die Friedensbewegung selbst zum Gegenstand machen.⁵

Die *neueren Tendenzen der Friedenswissenschaft* sind dadurch geprägt, daß diese und andere Themen inzwischen in nahezu allen Disziplinen bearbeitet werden. Einen gewissen Schwerpunkt bilden die Naturwissenschaften (Physik, Chemie, Mathematik, Biologie) und die Informationswissenschaften. Aber auch in der Pädagogik, Psychologie und Medizin existiert eine kontinuierliche friedenswissenschaftliche Arbeit.

Gegenwärtig finden an etwa 35 bis 40 Hochschulen — also an ca. 25 % der Hochschulen der Bundesrepublik — mehr oder weniger regelmäßig, (jedes Semester oder jedes 2. Semester) friedenswissenschaftliche Veranstaltungen und Aktivitäten statt. Es handelt sich um die Hochschulorte: *Aachen, Augsburg, Berlin, Bielefeld, Bochum, Bonn, Braunschweig, Bremen, Clausthal-Zellerfeld, Darmstadt, Duisburg, Frankfurt, Freiburg, Fulda, Gießen, Göttingen, Hamburg, Hannover, Kaiserslautern, Karlsruhe, Kassel, Kiel, Köln, Konstanz, Lüneburg, Marburg, Mainz, München, Münster, Oldenburg, Stuttgart, Tübingen.*⁶

5 Vgl. Forschungsnachweise bei: Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst, Friedens- und Konfliktforschung/Militärsoziologie, Informationszentrum Sozialwissenschaften, Bonn 1987 und 1988.

6 Eine gute Übersicht über die Friedenswissenschaft an diesen Hochschulen in den Jahren 1987 und 1988 gibt der Informationsdienst Wissenschaft und Frieden, Bonn/Marburg, Verlag BdWi, (im folgenden: Info-Dienst) Nr. 2/1987 und Nr. 2/1988.

Im folgenden sollen die vier relevanten Felder friedenswissenschaftlicher Arbeit an den Hochschulen, ihre Strukturen und Träger untersucht werden: Ringvorlesungen/Vorlesungsreihen, andere Lehrveranstaltungen, Forschungsprojekte und schließlich hochschul- bzw. wissenschaftspolitische Aktivitäten.

3.1. Ringvorlesungen/Vorlesungsreihen

An 15 bis 20 Hochschulen der genannten Orte finden unregelmäßig Ringvorlesungen bzw. interdisziplinäre Vorlesungsreihen statt. Es ist eine leicht rückläufige Tendenz zu verzeichnen. Die „Hochburgen“ mit bis zu 10 Semestern aufeinanderfolgenden Ringvorlesungen sind: *RWTH Aachen, Ruhruniversität Bochum, Universität Augsburg, FU Berlin, TH Darmstadt, GH Duisburg, Universität Frankfurt, Universität Köln, Universität Münster.*⁷

Die Ringvorlesungen bzw. Vorlesungsreihen können hinsichtlich ihrer Entstehung und Verbreitung als die „traditionelle“ Form neuer interdisziplinärer Friedenswissenschaft an den Hochschulen bezeichnet werden — mit den Vorzügen und Grenzen einer Tradition. Viele der Vorlesungen sind in Sammelbänden der Veranstalter veröffentlicht worden. Die ersten Ringvorlesungen wurden 1983 veranstaltet — auf dem Höhepunkt der INF-Auseinandersetzungen und oft in direkter Zusammenarbeit mit der örtlichen Friedensbewegung. Sie waren im Sinne der Verantwortungsdiskussion in der Wissenschaft in erster Linie ein Angebot engagierter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zur Information, Qualifizierung und „Aufklärung“ einer interessierten Hochschul- und außeruniversitären Öffentlichkeit. Oft waren und sind GastreferentInnen aus anderen Hochschulen, aus der Friedensbewegung und Politik beteiligt. Diese zeitgemäße Form eines „studium generale“ wurde und wird bis heute auch von vielen Nicht-Hochschulangehörigen wahrgenommen. Die Teilnehmerzahlen schwanken: waren es in Hochzeiten und bei besonders interessanten Themen bis zu 1000, liegt die heute normale Beteiligung im Durchschnitt zwischen 50 und 200 TeilnehmerInnen.

Die Themen der Ringvorlesungen haben sich vor allem in den letzten beiden Jahren — als Reflex auf die eingangs beschriebenen globalen Anforderungen an die Friedenssicherung — sichtbar verändert. Fragen der Ökologie, der Entwicklung, aber auch der Technikfolgenabschätzung wurden aufgenommen, entweder neben der Friedensthematik oder in einer inhaltlichen Verknüpfung mit Friedens- und Abrüstungsfragen. Beispielhaft für diese Tendenz ist das Programm der 10. Ringvorlesung „Verantwortung für den Frieden“ an der Universität Köln im Wintersemester 1988/89:

Köln und der Frieden

17. 10. 88, Pater Dr. Paulus Engelhardt OP, Walberberg: *Thomas von Aquin, ein Schüler der Kölner Dominikaner-Hochschule. Wirkungen und Wirkungslosigkeit einer politischen Philosophie* — 24. 10. 88, Minister a. D. Dr. Diether Posser, Essen: *Friedrich von Spee. Ein Kölner Theologieprofessor gegen den Hexenwahn* — 31. 10. 88, Prof. Dr. Manfred Wichelhaus, Köln: *Keine Reforma-*

⁷ Die Programme der Ringvorlesungen, siehe ebda.

tion für Köln 1543 — 7. II. 88, Günther Bernd Ginzel, Köln: *Jüdische Existenz nach Auschwitz* — 14. II. 88, Jürgen Kramer, Bonn: *Die außenpolitische Richtung des neuen US-Präsidenten*.

Energie und Frieden

21. II. 88, Prof. Dr. Hubert Kneser, Köln: *Schneller Brüter und Hochtemperaturreaktor* — 28. II. 88, Dipl.-Biol. Christine von Weizsäcker und Prof. Dr. Ernst Ulrich v. Weizsäcker, Bonn: *Kernenergie, Fehlerfreundlichkeit und die Evolutionsfähigkeit der Technik* — 5. 12. 88, Prof. Dr. Bernhard Gonsior, Bochum: *Plutonium. Wiederaufarbeitung und Proliferation* — 12. 12. 88, Prof. Dr. Günter Altner, Heidelberg: *Der alternative Energieweg. Phasen und Perspektiven eines öffentlichen Technologiebewertungsprozesses*.

Entwicklung und Frieden

19. 12. 88, Prof. Dr. Ernst Otto Czempel, Frankfurt: *Strategien des Friedens* — 9. 1. 89, Prof. Dr. Alexander Roßnagel, Darmstadt: *Gesetzliche Kontrollen für Atomtechnik. Möglichkeiten und Folgen* — 16. 1. 89, Bundesminister a.D. Dr. Erhard Eppler, Dornstetten: *Entwicklungs- und friedenspolitisches Engagement im Nord-Süd-Konflikt* — 23. 1. 89, Prälat Dr. J. Aigener, Bonn: *Hilfe für Entwicklung und sozialen Ausgleich durch die katholische Kirche* — 30. 1. 89, Prof. Dr. Wolfgang Huber, Heidelberg: *Gewaltverzicht und Gerechtigkeit. Forderungen an die ökumenische Friedensversammlung*.⁸

Ein anderes Beispiel für die thematische und auch strukturelle Erweiterung der Ringvorlesungskonzeption ist das Projekt „*Sicherheitspolitischer Austausch — Ringvorlesung Hamburg-Berlin (DDR): Gemeinsame Sicherheit — Universitäten im Friedensdialog*“, das vom Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) und der Humboldt-Universität in Berlin (DDR) im Sommersemester 1988 begonnen wurde:

In Hamburg:

13. 4. 88: *Neues politisches Denken und Entwicklungen in der marxistisch-leninistischen Theorie — Ökonomische Grundlagen friedlicher Koexistenz* (Prof. Dr. Dieter Klein, Prorektor für Gesellschaftswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin) — 27. 4. 88: *Zusammenarbeit von Marxisten und Christen in der Friedensbewegung der DDR als Beitrag zur Weiterhaltung* (Prof. Dr. Heinrich Fink, Direktor der Sektion Theologie der Humboldt-Universität zu Berlin) — 11. 5. 88: *Die politische Kultur der gemeinsamen Sicherheit* (Dr. Bernd P. Löwe, Sektion Marxismus-Leninismus der Humboldt-Universität zu Berlin).

In Berlin (DDR):

17. 3. 88: *Gemeinsame Sicherheit und Strukturelle Angriffsunfähigkeit* (Dr. Dieter S. Lutz, IFSH, Hamburg) — 31. 3. 88: *Bedrohungsanalysen und vertrau-*

⁸ Kontakt der Kölner Ringvorlesung: Prof. Dr. H. Kneser, Institut für Genetik, Weyertal 121, 5 Köln.

ensbildende Maßnahmen (Dr. Erwin Müller, IFSH, Hamburg) — 14. 4. 88: Europäische Sicherheit jenseits der Abschreckung (Dr. Reinhard Mutz, ISFH, Hamburg).⁹

Neben diesen „extensiven“ Entwicklungstendenzen der Ringvorlesungen (thematisch und die Struktur der ReferentInnen betreffend) gibt es auch die seltenere Tendenz zur „Intensivierung“, d.h. zur Vertiefung der Themen in die einzelnen Wissenschaftsdisziplinen hinein und damit verbunden meist die Gewinnung eines größeren Teils der am jeweiligen Fachbereich arbeitenden WissenschaftlerInnen. Ein — vielleicht etwas exotisch anmutendes — Beispiel hierfür ist die „*Altertumswissenschaftliche Ringvorlesung an der Ruhruniversität Bochum im Sommersemester 1988: Krieg und Frieden im Altertum*“:

18. 4. 88: *Krieg und Frieden in der griechischen Literatur. Das Beispiel der Ilias* (B. Effe) — 25. 4. 88: *Krieg und Frieden im Altertum: Historisch vergleichende Überlegungen zur Semantik eines Wortfeldes* (M. Job) — 2. 5. 88: *Erfahrungen und Bilder von Krieg und Frieden in der Offenbarung des Johannes* (K. Wengst) — 9. 5. 88: *Krieg und Frieden als Themen antiker Kunst* (P. Kranz) — 16. 5. 88: „*Si vis pacem para bellum*“ — *eine Maxime römischer Politik?* (K.-W. Welwei) — 30. 5. 88: *Das Thema „Frieden“ im Alten Testament* (H. Graf Reventlow) — 6. 6. 88: *Krieg und Frieden. Weisungen und Erwartungen im Judentum der talmudischen Zeit* (D. Vetter) — 13. 6. 88: *Theorien des Heiligen Krieges im klassischen Islam* (H.H. Biesterfeldt) — 20. 6. 88: *Krieg und Frieden in der Sicht des Dichters Vergil* (R. Glei) — 27. 6. 88: *Augustinus und der antike Friedensgedanke* (W. Geerlings) — 4. 7. 88: *Krieg und Frieden bei den alten Germanen* (H.-P. Hasenfratz).¹⁰

Alle Veranstalter dieser Ringvorlesung, die auch für BürgerInnen der Stadt Bochum öffentlich ist, stammen aus den unterschiedlichen Fachbereichen der Altertumswissenschaften an der Ruhr-Universität Bochum. Hier hat also ein Prozeß der Vertiefung und Verbreiterung der Thematik in den akademischen Betrieb hinein stattgefunden, der wie in einigen wenigen anderen Fällen zu einer offiziellen Aufnahme in das Lehrangebot geführt hat. Dieser Grad der Institutionalisierung von Friedenswissenschaft wurde bei den Ringvorlesungen mit allgemeiner interdisziplinärer Anlage — soweit bekannt — in der Regel nicht erreicht, zum Teil aber auch nicht angestrebt. Häufig enthalten die offiziellen Vorlesungsverzeichnisse der Hochschulen allerdings Hinweise auf die Ringvorlesungen.

Damit ist am Beispiel der Ringvorlesungen das Spannungsfeld für die neue Friedenswissenschaft umrissen: zwischen einer kritisch-wissenschaftlichen Aufklärungsfunktion gegenüber der Öffentlichkeit und der Politik und dem An-

⁹ Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, IFSH, März 1988.

¹⁰ Aus dem Vorlesungsverzeichnis „Altertumswissenschaften an der Ruhr-Universität Bochum“, Sommersemester 1988.

spruch auf institutionelle Verankerung der Friedensthematik im Wissenschaftsbetrieb der Hochschulen wird ein Weg beschritten, der versucht, beides zu ermöglichen.

3.2. Andere Lehrveranstaltungen

Eine im Vergleich zu den Ringvorlesungen eher zunehmende Tendenz verzeichnen allerdings einzelne Lehrveranstaltungen und Seminare der unterschiedlichen Disziplinen zu Friedensthemen. Seit mehreren Semestern gibt es u.a. an den Universitäten *Münster, Marburg, Mainz, Hamburg* in den naturwissenschaftlichen Fachbereichen Seminare mit Titeln wie „Physik und Rüstung“, „Mathematik und Rüstung“ u.ä., für die die Studierenden in der Regel auch Leistungsnachweise erhalten.

Das Seminar „Physik und Rüstung“ in Mainz im Wintersemester 1986/87 behandelte beispielsweise folgende Themen: SDI-Waffentechnik, strategische und vertragliche Implikationen von SDI, Reaktion der physikalischen Fachwelt auf SDI, Entwicklung der Kernenergie zur militärischen Nutzung, Einzelpersönlichkeiten im Spannungsfeld, Wissenschaft und Technik in kritischer Reflexion.¹¹

An der *Gesamthochschule Kassel* gibt es seit Sommersemester 1988 ein „Vorlesungsverzeichnis für den Frieden“, mit einer Übersicht über Seminare und Projekte, die sich mit Fragen des Friedens, der Konfliktgenese und -lösung befassen; u.a. wurde angeboten: FB Psychologie, Sportwissenschaft, Musik: Zur Theorie der Endzeitstimmung (Krieg und Frieden in psychoanalytischer Sicht), FB Gesellschaftswissenschaften: Kecker Spatz was nun? Perspektiven der deutsch-französischen militärischen Zusammenarbeit, US-Globalstrategie und Rolle des pazifischen Raumes; FB Stadtplanung, Landschaftsplanung: Kommunen als Objekt und Subjekt von Militärplanung; FB Sozialwesen: Der militärisch-industrielle Komplex in der kapitalistischen Krise.¹²

Die Aufnahme einzelner Veranstaltungen in das Vorlesungsverzeichnis gibt es auch an der *Universität Bielefeld*; im Wintersemester 1987/88 u.a.: Soziologie: Wissenschaft — Militär — Industrie (Seminar), Zukunftsperspektiven gesellschaftlicher Entwicklung (Seminar), Planungs- und Entscheidungstheorie am Beispiel SDI (Grundkurs); Pädagogik: Friedenslernen und ökologisches Lernen (Seminar), Schulalltag im Nationalsozialismus (Seminar), Rambo, Raid of Moscow, Syntaction — Spielfilme, Computerspiele, strategische Spiele in der Friedenserziehung (Seminar), Friedenspädagogik am Beispiel Ostwestfalens (Seminar).¹³

An der *TH Darmstadt* werden seit einigen Semestern thematische Seminare zur Nutzung der Kernenergie, Problemen der Proliferation, der Plutoniumwirtschaft sowie zur Atomwaffenoption der Bundesrepublik durchgeführt.¹⁴

11 Aus: Info-Dienst 2/87, S. 37, Kontakt: Henning Salie, Pegasusstr. 6, 6500 Mainz.

12 Aus: Info-Dienst 2/88, S. 36.

13 Ausführlicher in: Info-Dienst 2/87, S. 35.

14 Kontakt: THD-Initiative für Abrüstung, Dr. W. Mohr, Fachbereich 3, Institut für Psychologie, TH Darmstadt, Hochschulstr. 1.

An der *Universität Tübingen* liegen Seminarschwerpunkte der Friedenswissenschaft an den Fachbereichen Erziehungswissenschaft, Psychologie und Politikwissenschaft.¹⁵ Die Aufzählung ließe sich fortsetzen.

Diese friedenswissenschaftlichen Formen von Lehrveranstaltungen, Seminaren, Projekten sind inzwischen ein relativ anerkannter, zum Teil mit Leistungsnachweisen versehener Teil des Lehrbetriebes. Soweit bekannt, gibt es jedoch noch an keiner Hochschule die offizielle Aufnahme dieser Themen und Strukturen in die Lehrpläne bzw. Curricula. Die Diskussion hierüber wird gegenwärtig intensiviert. Verschiedene Konzeptionen werden z.B. an der *Universität Hamburg* erörtert: Dort reichen die Überlegungen von der Forderung nach Einrichtung je einer „Friedensprofessur“ an den naturwissenschaftlichen Fachbereichen, die interdisziplinär zusammengefaßt werden sollen, bis zur Planung eines gemeinsamen Studienganges zwischen den naturwissenschaftlichen Fachbereichen und dem Institut für Politikwissenschaft. An diesen Diskussionen waren und sind die Hamburger Naturwissenschaftler-Initiative „Verantwortung für den Frieden“, WissenschaftlerInnen aus der institutionalisierten Friedensforschung, sowie studentische Organe, die Fachschaften der Naturwissenschaften, beteiligt. Wissenschaftliche Hilfestellung für diese Diskussion kommt in Hamburg, wie auch an manchen anderen Orten, auch von den Interdisziplinären Zentren für Hochschuldidaktik.¹⁶

Die zum Teil durchaus positive Entwicklung in diesem Bereich macht aber zugleich die Defizite und Desiderate der neuen Friedenswissenschaft sehr offensichtlich. Solange keine institutionelle Aufnahme dieser Lehrveranstaltungsthemen und -strukturen in die Curricula erfolgt, solange z.B. keine Lehrbücher für die Friedenswissenschaft entstehen, wird die Existenz ungesichert, beliebig bzw. abhängig vom Engagement einzelner WissenschaftlerInnen bleiben. Andererseits ist die Institutionalisierung weder Selbstzweck noch Garantie, weil gerade die Friedenswissenschaft von der kritischen Reflexion, dem Engagement und der ständigen Innovation der sie tragenden Personen lebt.

Bereits jetzt allerdings ist erkennbar, daß sich neue Denkweisen in der Wissenschaft sowie neue Fachkompetenz etwa bei einem breiteren friedenswissenschaftlichen Nachwuchs, nur durch eine gewisse Form von Institutionalisierung erreichen lassen werden.

3.3. Exkurs zu den Trägern und Strukturen der Friedenswissenschaft

Von der Art und Weise, wie die Friedenswissenschaft mit diesem „klassischen“ Konflikt zwischen Institution und Initiative umgehen lernt, wird ihre Zukunft wesentlich abhängen.

Zur Zeit existieren an den Hochschulen der Bundesrepublik — auf der Ebene der Fachbereiche oder als hochschulweite interdisziplinäre Zusammenschlüsse — *zwischen 40 und 50 wissenschaftliche Arbeitskreise*, die in der Regel die Ringvorlesungen organisieren, Lehrveranstaltungen durchführen, Öff-

¹⁵ Ausführlicher in: Info-Dienst 2/87, S. 35.

¹⁶ Eine Übersicht über die in Hamburg geführte Diskussion vermittelt u.a. die Dokumentation „Wissenschaft — quo vadis?“, Hamburg 1988, Kontakt: Kai Bester, Langenfelder Str. 55, 2 Hamburg 50.

fentlichkeitsarbeit betreiben etc.¹⁷ In ihnen arbeiten in der Regel die örtlichen Gliederungen der großen bundesweiten WissenschaftlerInnen-Initiativen mit, vor allem der NaturwissenschaftlerInnen und der InformatikerInnen. Insgesamt kann man davon ausgehen, daß an den Hochschulen gegenwärtig *zwischen 1 500 und 2 000 WissenschaftlerInnen* mehr oder weniger kontinuierlich und in entsprechenden Zusammenhängen zu Themen der Friedenswissenschaft arbeiten.¹⁸ Davon sind etwa ein Drittel bis die Hälfte LehrstuhlinhaberInnen, eine geringere Zahl ist in den Leitungen der Fachbereiche und Hochschulen tätig. Unterstützung findet die neuere Friedenswissenschaft an einigen Hochschulen durch studentische Selbstverwaltungsorgane und Arbeitskreise, außerhalb der Hochschulen zum Teil von den örtlichen Organen der Friedensbewegung, neuerdings auch aus den Reihen der Gewerkschaften.¹⁹

Insofern kann die begonnene *Kooperation zwischen institutionalisierter Friedensforschung und Friedenswissenschaft* vor allem in Hamburg, Darmstadt, Bochum, Berlin, Frankfurt, München²⁰ wichtige Erfahrungen für die Verankerung der Friedenswissenschaft innerhalb der Hochschule beisteuern.

Hilfreich für den Erfahrungsaustausch sowohl über die Inhalte der Friedenswissenschaft wie über Durchsetzungsstrategien gegenüber der staatlichen Hochschulpolitik können auch die neueren *hochschularten-spezifischen bzw. regionalen Zusammenschlüsse der Friedenswissenschaft* sein: So existiert seit 1987 ein *Arbeitskreis Frieden in Forschung und Lehre an Fachhochschulen*²¹, ein *Arbeitskreis Sicherheits- und Friedensforschung an hessischen Hochschulen*²², für Nordrhein-Westfalen ist vergleichbares im Gespräch.

3.4. Forschungsprojekte

Auf diesem Sektor werden gegenwärtig, wenn auch erst in „Keimform“ an zwei Hochschulen, die weitestgehenden Ansätze zur Verankerung der neuen friedenswissenschaftlichen Richtung im Wissenschaftsbetrieb erprobt. Die *Anlage der beiden Forschungsprojekte an der Ruhr-Universität Bochum und an der TH Darmstadt* ist in mehrererlei Hinsicht beispielhaft für die Inhalte und Zielstellungen der Friedenswissenschaft. Dies gilt vor allem für

17 Eine Übersicht aus 1987 in: „Die Expertenkartei“ — Beiträge der Wissenschaft zu Frieden und Abrüstung, Schriftenreihe Wissenschaft und Frieden Nr. 9, Hrsg.: Informationsstelle Wissenschaft und Frieden, Bonn, 1987.

18 „Die Expertenkartei“, a.a.O., enthält die bisher umfassendste Übersicht über Namen, Themenfelder, Anschriften aus der Friedenswissenschaft. Über umfangreiches Informationsmaterial, auch internationaler Friedensforschung und -wissenschaft verfügt die Arbeitsstelle Friedensforschung Bonn (AFB), Beethovenallee 4, 5300 Bonn 2.

19 Der erste gemeinsame Kongreß unter dem Titel „Verantwortung für Frieden und Arbeit“ wurde am 16./17. 4. 1988 in Hamburg durchgeführt von der Hamburger Naturwissenschaftler-Initiative, dem IFSH, sowie dem DGB Hamburg.

20 Das „Forschungsinstitut für Friedenspolitik (Starnberg) (FF)“ das viele Aktivitäten u.a. in München unterstützt, kann zwar als „institutionalisierte“ Friedensforschung bezeichnet werden, bezieht sein Selbstverständnis einer „handlungsorientierten Friedensforschung“ allerdings vorwiegend aus der Friedensbewegung.

21 Kontakt: Prof. Dr. J. Esser, FH Lüneburg, Heinrich-Heine-Str. 5, 2120 Lüneburg.

22 Koordination: Dr. J.M. Becker, Neuhöfe 7, 355 Marburg.

- die Interdisziplinarität, d.h. hier die bewußte Herstellung thematisch gemeinsamer Aufgaben für die beteiligten Natur- und GesellschaftswissenschaftlerInnen
- die auf Beeinflussung der Öffentlichkeit und Veränderung von Politik angelegte Arbeit
- die Zielstellung, aus den Forschungsvorhaben auch Konsequenzen für eine friedenswissenschaftliche Lehre abzuleiten.

Wegen der exemplarischen Bedeutung dieser Forschungsprojekte für die Weiterentwicklung der Friedenswissenschaft sollen ihre Konzeptionen etwas ausführlicher dargestellt werden.

Das Projekt an der Ruhr-Universität Bochum

„Die Ruhr-Universität Bochum möchte auf dem Gebiet der Friedenssicherung, Abrüstung, Rüstungskontrolle und des bewaffneten Konflikts neue Formen der integrierten Forschung und Lehre einführen, die durch ein neu zu gründendes Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht koordiniert werden und verschiedene Fakultäten einbeziehen.

Im Bereich des *Völkerrechts* (1 Stelle) soll das Thema ‚Waffenwirkung und Umwelt‘ bearbeitet werden. Angesichts der neuen naturwissenschaftlichen Forschungsergebnisse über die Umweltfolgen eines Nuklearkrieges sowie der aktuellen Kriegsereignisse mit Einsatz chemischer Waffen, Bombardierung eines Kernkraftwerkes und Angriffen gegen Tanker stellt sich die Frage, ob die bereits existierenden Völkerrechtsnormen anwendbar und geeignet sind. Ein zweites Problem betrifft die Unterscheidung zwischen am Konflikt beteiligten und neutralen Staaten, wenn Waffeneinsatz großräumige oder sogar globale Auswirkungen nach sich zieht. Die Untersuchung soll — auf naturwissenschaftlichen Vorgaben aufbauend — den Anwendungsbereich und die Struktur der völkerrechtlichen Vorschriften herausarbeiten, die Waffen und Kampfmethoden mit Auswirkungen auf die natürliche Umwelt betreffen; sie soll Verbindungen zwischen dem Friedensvölkerrecht und dem Recht des bewaffneten Konflikts untersuchen, die Geeignetheit der existierenden Vorschriften überprüfen und gegebenenfalls Verbesserungsvorschläge machen.

In der *Physik* (2 Stellen) geht es um ‚Neue technische Mittel für kooperative Verifikation in Europa‘. Bei der Begrenzung und Reduzierung konventioneller Rüstungen reichen nationale technische Mittel (vor allem Satelliten) nicht mehr aus. Die notwendigen Vor-Ort-Inspektionen müssen von den beteiligten Staaten so organisiert werden, daß Vertragsverletzungen (z.B. Eindringen von Panzern in einen Reduzierungsraum) mit genügender Sicherheit nachgewiesen werden. (...) Der Schwerpunkt der Arbeiten liegt auf schwerem Kampfgerät für den Land- und Luftkrieg: Panzer, schwere Artillerie, Brückenlegegerät, Flugzeuge, Hubschrauber. (...) Im Projekt soll untersucht werden, welche neuen technischen Mittel (vor allem Sensoren) für kooperative Verifikation eingesetzt werden können. (...) Die Arbeitsmethoden sind solche der Angewandten Physik, von theoretischen Berechnungen über Laborexperimente bis

hin zu Feldmessungen. Für den Projektteil über Verifikationssysteme und -prozeduren soll mit Völkerrechtlern und Politikwissenschaftlern zusammengearbeitet sowie Kontakt zu Politikern, Militärs und Diplomaten hergestellt werden“.²³

Das Projekt an der TH Darmstadt

An der TH Darmstadt hat sich eine Gruppe von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, schwerpunktmäßig aus dem natur- und ingenieurwissenschaftlichen Bereich unter Beteiligung von GesellschaftswissenschaftlerInnen zusammengefunden, die sich mit der Früherkennung neuer naturwissenschaftlich-technischer Entwicklungen mit militärischer Bedeutung befaßt. Der neue Projektverbund will zur Integration naturwissenschaftlicher und ingenieurwissenschaftlicher Expertise einerseits und gesellschaftswissenschaftlichen Fachwissens andererseits in der friedens- und sicherheitspolitischen Forschung beitragen. Unter Berücksichtigung der Erfahrungen, die mit naturwissenschaftlich geprägter Friedensforschung in den USA gemacht wurden, will das Forschungsprojekt, in Zusammenarbeit mit der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) u.a. folgende Aufgaben wahrnehmen:

- „— Beobachtung aktueller naturwissenschaftlich-technischer Entwicklungen mit möglicher rüstungstechnologischer Relevanz, sammeln entsprechender Informationen und Abschätzung möglicher Weiterentwicklungen,
- Abschätzung jetziger und zukünftiger militärischer und nichtmilitärischer Anwendungsmöglichkeiten,
- Abschätzung der Auswirkungen solcher Entwicklungen auf die Sicherheitspolitik, insbesondere die Rüstungsdynamik, das militärisch-politische Kräfteverhältnis sowie die Rüstungskontrolle,
- Erarbeitung von Handlungsvorschlägen, die der Verbesserung der Sicherheitslage und der Abrüstung sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene dienen,
- Erarbeitung eines systematischen Verständnisses der Zusammenhänge zwischen technologischen Entwicklungen und sicherheitspolitischen Veränderungen.

Den Kern der ersten Forschungsphase bilden sechs Einzelprojekte, die der zentralen Fragestellung, der Früherkennung und Folgenabschätzung neuer Technologien zuzuordnen sind.“²⁴

Die Themen der sechs Projekte sind: „Kernwaffen der 3. Generation“, „Alternativen zu nachweisbaren unterirdischen Tests für Forschung und Entwicklung von Kernwaffen“, „Komplexität und Stabilität von Rüstungstechnologien“, „Prüfbare Software“, „Untersuchungen zur militärischen Nutzung der Gen-Technologie“, „Mathematische Konfliktmodelle zur Beschreibung rüstungsdynamischer Phänomene“.

23 Auszüge aus einem Projektbericht der Träger. Weitere Informationen: J. Altmann, Institut für Experimentalphysik III, Ruhr-Universität Bochum, Postfach 102148, 463 Bochum.

24 Aus einer Projektinformation der Träger. Weitere Informationen: A. Schaper, Institut für Kernphysik, Schloßgartenstr. 9, 61 Darmstadt.

Beteiligt sind 14 WissenschaftlerInnen aus den Instituten und Fachgebieten Kernphysik, Praktische Informatik, Mikrobiologie, Mathematik, Datenverwaltungssysteme, Politikwissenschaft, Politische Ökonomie.

Beide Projekte — in Darmstadt und in Bochum — mit zunächst je drei hauptamtlichen Stellen für drei Jahre werden zum größten Teil von der Stiftung Volkswagenwerk, der seit Jahren wichtigsten Geldgeberin für Friedensforschung/Friedenswissenschaft, finanziert. Der Rest der Finanzierung erfolgt aus Mitteln der Hochschule, in Darmstadt mit Hilfe des neugegründeten Zentrums für interdisziplinäre Technikforschung.

Beide Projekte wurden möglich durch das jahrelange Engagement einzelner WissenschaftlerInnen, vor allem an den Fachbereichen Physik bzw. durch interdisziplinäre WissenschaftlerInnen-Initiativen an den Hochschulen. Das Engagement zielte bewußt auf die Institutionalisierung von Friedenswissenschaft. Das schloß öffentliche Diskussionen an der Hochschule, vorbereitende Lehrveranstaltungen, geduldige Vorarbeit in den Hochschulgremien ein. In beiden Fällen konnte Wohlwollen bzw. eigenes Interesse an einer qualifizierten Beschäftigung mit Friedenswissenschaft bei den Hochschulleitungen entwickelt bzw. weiterentwickelt werden. Die Hochschulen identifizieren sich weitgehend mit „ihren“ Projekten, was nicht bedeutet, daß die Auseinandersetzungen konfliktfrei und ohne Kontroversen waren.

An Hochschulen, wo es bisher überhaupt gelang, vergleichbare Schritte wie in Bochum und Darmstadt einzuleiten, waren entsprechende Ergebnisse bisher jedoch nicht zu erreichen. Die Auseinandersetzung etwa an der *TU Berlin* über die Einrichtung eines Instituts, an dem auch friedenswissenschaftliche Projekte durchgeführt werden können, dauert inzwischen mehrere Jahre an; Voraussetzungen in einem noch zu schaffenden „Zentrum für Technik und Gesellschaft“ sollen jetzt entstehen.

Gerade die Diskussion um das „Friedensinstitut“ an der *TU Berlin* zeigt, wie belastet von konservativer Seite das Thema Friedensforschung nach wie vor ist: ganz gegen den allgemeinen Trend eines entspannteren Ost-West-Dialoges konnte in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung noch im November 1988 ein offensichtlich aus der Feder des Verfassungsschutzes stammender Artikel gegen die jetzt bevorstehende Einrichtung des neuen, auch mit Friedensforschung befaßten Zentrums an der *TU Berlin* erscheinen.²⁵ Diesem Atavismus aus der Zeit des Kalten Krieges steht insgesamt aber eine politische Klima-Veränderung gegenüber, die auch die Chancen für eine Verstärkung von Friedenswissenschaft an den Hochschulen verbessern wird.

3.5. Hochschul- und wissenschaftspolitische Aktivitäten

Das Selbstverständnis einer auf gesellschaftliche Veränderungen zielenden, handlungsorientierten Friedenswissenschaft sowie die Tatsache einer völlig am Anfang stehenden Integration dieser Friedenswissenschaft in die vorhandenen

25 „Der Preis einer Wiederwahl — Wie an der technischen Universität ein ‚Friedensinstitut‘ durchgesetzt wird“, von Ralf Georg Reuth, FAZ von 22. II. 1988.

Hochschulstrukturen schließen ein und erfordern eine friedenswissenschaftliche Arbeit an den Hochschulen auch jenseits der unmittelbaren Forschung und Lehre. Es hängt unmittelbar mit den Gegenständen der Friedenswissenschaft zusammen, daß nur mit einem Mehr an Öffentlichkeit und Demokratie die relativ große Resistenz der Hochschulstrukturen gegenüber wissenschaftlichen Innovationen wie der Friedenswissenschaft abgebaut werden kann.

Noch weniger als oben kann hier Vollständigkeit geboten werden; einige Einzelbeispiele können einen Einblick in die Probleme der friedenswissenschaftlichen Tätigkeit geben, die jenseits unmittelbarer Lehre- und Forschungspraxis auf die grundlegendere Veränderung des politischen und wissenschaftlichen Klimas und Selbstverständnisses an den Hochschulen abzielt.

Die Durchführung von bisher *drei Friedenswochen* — jeweils im Wintersemester — an den Hochschulen der Bundesrepublik, zum Teil zeitgleich mit anderen westeuropäischen Ländern und den USA, war der Versuch der WissenschaftlerInnen-Initiativen, wissenschaftliche Themen zu verstetigen, das „Aufklärungs“angebot der Wissenschaft an die interessierte Bevölkerung zu verbessern und gleichzeitig positivere Ausgangsbedingungen für die Implementierung der Friedensfrage an den Hochschulen zu schaffen.²⁶ Eine ähnliche Funktion haben die inzwischen an vielen Hochschulen stattfindenden „*Dies Academici*“, für deren thematische Entwicklung und Erweiterung ähnliches gilt, wie oben für die Ringvorlesungen gesagt wurde. Die Durchführung eines „Dies“ setzt in der Regel eine Beschlußfassung in den leitenden Hochschulgremien voraus. Die dabei geführten öffentlichen Diskussionen bewirken meist eine Bewußtseinsänderung zugunsten der Friedenswissenschaft.

Im Zuge dieser Erfahrungen ist an zahlreichen Fachbereichen und an einigen Hochschulen als Ganzes (z.B. FH Aachen, GH Kassel) die Initiative ergriffen worden, in den Leitungsgremien (Fachbereichsräten, Senaten, Konzilien) die Grundordnungen der Hochschulen dahingehend zu verändern bzw. Beschlüsse zu fassen, die die Verantwortung der Wissenschaft für die Sicherung des Friedens explizit formulieren. Daraus sollen Konsequenzen abzuleiten sein, sei es hinsichtlich der Offenlegung bzw. des Verbotes von Rüstungsforschung an diesen Fachbereichen und Hochschulen, sei es hinsichtlich der Einführung friedenswissenschaftlicher Lehre und Forschung.

Die jüngsten Erfahrungen dieser Art an der *Universität Hannover* verweisen auf die Möglichkeiten in diesem Bereich: nach einer etwa zweijährigen Auseinandersetzung wurde die Grundordnung der Universität wie folgt geändert (und vom Minister genehmigt): „Die Universität hat die Aufgabe, Wissenschaft und Kunst in freier Forschung, freier Lehre und freiem Studium zu pflegen. Sie versteht sich als Gemeinschaft von Personen, die im Bewußtsein der Verantwortung vor Verfassung und Gesellschaft für die Folgen ihres Tuns und im Geiste des Friedens forschen, lehren, lernen und hierzu beitragen.“ (Die beschlossene Ergänzung ist hervorgehoben). Voraussetzung für diese Beschluß-

26 Einbezogen waren mehr oder weniger die o.g. Hochschulen; eine detaillierte Auswertung der Friedenswochen liegt bei der NaturwissenschaftlerInnen-Initiative „Verantwortung für den Frieden“, Prof. Dr. H. Kneser, Institut für Genetik, Weyertal 121, 5000 Köln, vor.

fassung war ein sehr viel weitergehender Antrag der Hochschulfriedensinitiative gewesen sowie eine ausführliche Diskussion über das Verhältnis von „Verantwortung“ und „Freiheit“ der Wissenschaften, vor allem bezogen auf die Bewertung der Grundlagenforschung.²⁷ An der Universität Hannover befaßt sich jetzt eine Arbeitsgruppe des Konzils mit der Umsetzung der Veränderungen in der Grundordnung. In der Diskussion ist die feste Einrichtung eines „Dies“, die Einsetzung eines/einer Friedensbeauftragten im Range eines/einer VizepräsidentIn, der Entwurf einer Selbstverpflichtung der Hochschulangehörigen zum Thema „Verantwortung und Rüstungsforschung“; auch der weitestgehende Vorschlag der Einrichtung eines Instituts für Konflikt- und Friedensforschung wird erwogen.

An ihre Grenzen stoßen friedenswissenschaftliche Aktivitäten an der Hochschule immer wieder in der Konfrontation mit ihrem substantiellen Widerpart, *der Rüstungsforschung*.²⁸ Bisher scheiterten fast alle Versuche, vermutete, aber geheimgehaltene Rüstungsforschungsprojekte an Fachbereichen und Hochschulen offenzulegen und für ihre Beendigung einzutreten. Mehr als die Entstehung von demokratisch-kritischem Bewußtsein und größerer Wachsamkeit konnte in der Regel nicht erreicht werden. In einigen Fällen wurden den WissenschaftlerInnen sogar „Dienstpflichtverletzungen“ im Zusammenhang mit ihrer Kritik an Rüstungsforschung vorgeworfen.²⁹ Gegen eine Beteiligung der Hochschulen beispielsweise am SDI-Forschungsprogramm wurden von FriedenswissenschaftlerInnen an mehreren Hochschulen Unterschriftensammlungen durchgeführt, u.a. an der TU Braunschweig und an der RWTH Aachen.

Solche zum Selbstverständnis der Friedenswissenschaft gehörende aktive Wahrnehmung von Verantwortung — in den USA seit Jahren sehr viel selbstverständlicher — ruft in der bundesdeutschen Akademikergemeinschaft immer noch Befremden und Ablehnung hervor.

4. Schlußfolgerungen für die Profilierung der Friedenswissenschaft

Die Friedensforschung der letzten beiden Jahrzehnte hat viele problematische Erfahrungen mit ihrer politischen Wirksamkeit und der Entfaltung ihrer Potenzen, mit dem komplizierten Wechselverhältnis von Wissenschaft und Politik in diesem Lande gemacht. Die jüngeren Ansätze einer interdisziplinären Friedenswissenschaft hatten den Vorteil, sehr unmittelbar durch neu aufbre-

27 Eine ausführliche Bewertung der Hannoveraner Erfahrungen in: Info-Dienst 4/88; H. Mählick/D. Reymann, *Die Verantwortung der Wissenschaft*, S. 37 ff.

28 Eine erste Bestandsaufnahme der Probleme und Alternativen im Bereich Rüstungsforschung erfolgte auf einer Tagung der NaturwissenschaftlerInnen-Initiative „Verantwortung für den Frieden“ in Karlsruhe am 27./28. Juni 1987. Die Ergebnisse der Tagung sind erschienen in: Schriftenreihe *Wissenschaft und Frieden* Nr. 10, Rüstungsforschung, Marburg 1988. Dort auch eine Liste der Hochschulauftragnehmer des Bundesministeriums für Verteidigung in den 80er Jahren, in: R. Rilling, *Militärische Forschung in der Bundesrepublik Deutschland*, ebenda, S. 91 ff.

29 Vgl. Info-Dienst Nr. 2/87, S. 34.

chende politische Entwicklungen und Bewegungen angestoßen worden zu sein. Diese Wissenschaft hat heute Mitverantwortung übernommen für die Rettung der Welt vor selbstverschuldeter Vernichtung. Darin liegt zugleich eine große Herausforderung für die Hochschulen, ob sie den unaufschiebbar gewordenen Aufgaben der Wissenschaft mehr Raum als bisher einräumen wollen. Die Zusammenarbeit von Naturwissenschaften und Gesellschaftswissenschaften entspricht als Postulat schon seit Jahrzehnten einem demokratischen Wissenschaftsverständnis. Heute wird ohne eine neue Qualität disziplinenübergreifenden Arbeitens das komplexe Verhältnis zwischen wissenschaftlich-technischer Entwicklung, Gefährdung von Mensch und Natur und politischer Regelung des Zusammenlebens nicht mehr zu lösen sein.

Das Bewußtsein über diese Herausforderung beginnt sich in der Bundesrepublik — spät — Bahn zu brechen. Größere Erfahrungen gibt es in den USA, wo Friedensforschung gerade auch an den technischen Hochschulen seit Jahren einen festen Platz einnimmt, wo StudentInnen in diesen Themenfeldern auch Diplom- bzw. Doktorarbeiten schreiben können und auf diesem Wege der Kreis der Friedenswissenschaft vergrößert wird.³⁰ Auch in Europa gibt es positive Tendenzen. Die neuen Entwicklungen in der Sowjetunion richten sich gerade auch auf die Mobilisierung einer auf die Lösung der globalen Probleme gerichteten (Friedens-)Wissenschaft. In Österreich wird mit Unterstützung der UNESCO das Projekt „Europäische Friedensuniversität“ entwickelt.³¹ In der Deutschen Demokratischen Republik wurde im Januar 1988 ein „Wissenschaftlicher Rat für Friedensforschung“ mit interdisziplinären Aufgabenstellungen gegründet.³²

Die politischen Rahmenbedingungen sind zwar besser geworden, aber gemessen an den Erfordernissen steht die neue Friedenswissenschaft noch am Anfang.

Folgende Überlegungen verstehen sich als Anregung in der weiteren Diskussion um die Verbreitung der Friedenswissenschaft an den Hochschulen:

1. Die Friedenswissenschaft sollte auf die Durchführung von *Ringvorlesungen bzw. thematischen Einzelvorträgen*, auch bei zum Teil modifizierter Thematik und „Normalisierung“ der TeilnehmerInnenzahl, *nicht verzichten*. In besonderer Weise entspricht diese Form der Vermittlung zwischen engagierter Wissenschaft und interessierter (auch außerhochschulischer) Öffentlichkeit dem inhaltlichen Anliegen der Friedenswissenschaft.

30 Vgl. U. Albrecht, Friedensforschung an technischen Hochschulen in Amerika, Februar 1987, Arbeitspapiere aus dem Berliner Projektverbund der Berghof-Stiftung für Konfliktforschung. Eine regelmäßige Übersicht u.a. über Friedenswissenschaft an den Hochschulen der USA bietet das Peace resource book. A comprehensive guide to issues, groups and literature, Editor: Institute for Defense and Disarmament Studies, Cambridge, Mass./USA, 1988.

31 Projekt „Europäische Friedensuniversität“, Österreichisches Institut für Friedensforschung und Friedenserziehung, Österreichische UNESCO-Kommission, 7461 Burg Schlaining, Österreich 1988.

32 Der „Wissenschaftliche Rat für Friedensforschung“ ist bei der Akademie der Wissenschaften der DDR, 1086 Berlin, Leipziger Str. 3-4, angesiedelt und hat in diesem Jahr die ersten Arbeitsmaterialien veröffentlicht sowie den ersten nationalen Kongreß für Friedensforschung in der DDR im November 1988 organisiert.

2. Der Schwerpunkt der friedenswissenschaftlichen Aktivitäten sollte auf der *Entwicklung von Forschung und Lehre* in den einzelnen Fachwissenschaften, vor allem *den naturwissenschaftlich-technischen Fächern* liegen.

3. *Die interdisziplinäre Anlage der Friedenswissenschaft* muß bei jeder Projektplanung konstituierendes inhaltliches und strukturelles Moment sein: Beim gegenwärtigen Stand der Wissenschaftsorganisation an den Hochschulen sollten eigene Formen/Strukturen der Zusammenarbeit zwischen den Naturwissenschaften und Gesellschaftswissenschaften angestrebt werden (gemeinsame Forschungsgruppen, Veranstaltungsreihen, Studiengänge etc.). Die Weiterentwicklung der Kooperation mit der schon institutionalisierten Friedensforschung ist hierfür von Bedeutung.

4. Ein völlig eigenständiges Gewicht muß auf die *Vergrößerung des Kreises der in der Friedenswissenschaft engagierten WissenschaftlerInnen* gelegt werden. Es bedarf — im Kontext mit 2. und 3. — eigener Überlegungen zur Aufnahme friedenswissenschaftlicher Themen in die Curricula, zur Vergabe von Leistungsnachweisen, Diplom- und Doktorarbeiten. Initiativen zur Erarbeitung von Materialien und Lehrbüchern müssen weiterentwickelt werden.

5. Alle bisherigen Erfahrungen zeigen, daß im Gefolge von Institutionalisierung von Friedenswissenschaft immer ein Stück alte Hochschulwirklichkeit verändert werden mußte und konnte. *Die öffentliche Diskussion friedenswissenschaftlicher Vorhaben, die Entwicklung demokratischer Formen der Auseinandersetzung* an den Hochschulen und in den Gremien über die Themen und Anliegen der Friedenswissenschaft ist deshalb integraler Bestandteil friedenswissenschaftlicher Arbeit. Jede strukturelle Veränderung (feste Einrichtung von „Dies“, Einstellung einer/s Friedensbeauftragten) kann die Arbeitsbedingungen, auch die materiellen Voraussetzungen, verbessern helfen.

6. Eine spezifische Quelle der Friedenswissenschaft, *ihr Kontakt und ihre Zusammenarbeit mit friedenspolitisch engagierten Initiativen, Einrichtungen und Personen außerhalb der Hochschule* (Friedensbewegung, Politik, Gewerkschaften, Bildungseinrichtungen etc.) darf im Zuge eines weiteren Eindringens in den Wissenschaftsbetrieb nicht verlorengehen.

7. *Der Erfahrungsaustausch innerhalb der Friedenswissenschaft selbst* muß qualifiziert werden. Anstrebenswert sind alle Formen eines kommunikativen Netzwerkes, in denen Forschungsschwerpunkte, Themen von Lehrveranstaltungen, Strukturen und Erfahrungen im Wissenschaftsbetrieb vermittelt werden können.

Das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)

Margret Johannsen

1. Entspannungspolitik und Friedensforschung — 2. Von der Rüstungskontrolle zur Gemeinsamen Sicherheit — 3. Die Alternative: Gemeinsame Sicherheit — 4. Gemeinsame Sicherheit, Strukturelle Angriffsunfähigkeit, Konventionelle Stabilität — 5. Kooperationsbeziehungen des IFSH — 6. Gemeinsame Sicherheit im 21. Jahrhundert?

1. Entspannungspolitik und Friedensforschung

Als „Kind“ der Atombombe und des Kalten Krieges Mitte der 50er Jahre in Nordamerika entstanden, hat sich Friedensforschung in der Bundesrepublik Deutschland erst vergleichsweise spät etablieren können. Zwar wurde der Boden für ihre Aufnahme als sozialwissenschaftliche Disziplin — interdisziplinär angelegt, aber mit eigenständiger Problemstellung versehen — an den Universitäten bereits seit Mitte der 60er Jahre bereitet: einerseits durch die Rezeption der amerikanischen „arms control“-Schule, die an die Stelle des konfrontativen Umgangs mit dem Systemgegner kooperative Verhaltensformen zu entwickeln suchte; andererseits durch die Beachtung, die die Theorie der „strukturellen Gewalt“ im Zusammenhang mit der Kritik an „Spätkapitalismus“ und „Neokolonialismus“ fand. Doch in dem Land, das sich seit seiner Wiederbewaffnung als „Bollwerk“ gegen den Weltkommunismus verstanden hatte, war erst im politischen Klima der Ost- und Entspannungspolitik der sozialliberalen Koalition eine Institutionalisierung der Friedensforschung möglich — wenn von „der“ Friedensforschung in der Bundesrepublik angesichts ihrer auf diese beiden Wurzeln zurückführbaren „Spaltung“ und der Verbissenheit, mit der um die Angemessenheit entweder eines „negativen“ oder eines „positiven“ Friedensbegriffes gestritten wurde, überhaupt die Rede sein konnte.

Die Konstituierung der „Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung“ (AFK) signalisierte, daß — nach Institutsgründungen in Norwegen, in den Niederlanden und in Dänemark — die problemorientierten Fragestellungen der Friedensforschung Ende der 60er Jahre auch an den Universitäten der Bundesrepublik wachsende Aufmerksamkeit innerhalb der Sozialwissenschaften fanden. Einen wichtigen Anstoß für die Institutionalisierung der Friedensforschung in der Bundesrepublik gab die Ansprache des damaligen Bundespräsidenten Gustav Heinemann zum 30. Jahrestag des Beginns des 2. Weltkrieges, in der dieser feststellte:

„Der Krieg wurzelt offensichtlich weniger ... in den Gesinnungen der einzelnen, als vielmehr in den Ordnungen und Unordnungen der Gemeinschaften. Seine Ursachen sind trotz der jeweiligen Kriegsgewinnler nicht privater, sondern politischer Natur. Sie erwachsen aus Gewohnheiten, Vorurteilen, Sozialordnungen und Herrschaftsformen. Deshalb brauchen wir eine Erforschung dieser Zusammenhänge. Wir brauchen eine Friedensforschung. Deshalb brauchen wir neue Ordnungen und neue Gewohnheiten, neue Spielregeln und neue Verhaltensweisen.“¹

Zu Beginn der 70er Jahre schließlich wurde der Friedensforschung auch die staatliche „Anerkennung“ als wissenschaftliche Disziplin zuteil: in der Gründung der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (DGFK), einer Forschungsförderungseinrichtung, sowie einer Reihe von Forschungsinstituten manifestierte sich die Sensibilisierung der „Politik“ für die Notwendigkeit an „wissenschaftlicher Begleitung“ — sei es Reflexion, Beratung oder Legitimierung — des neuen Kurses in der Gestaltung der Ost-West-Beziehungen.

In diesen Zusammenhang gehört auch die Gründung des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) im Sommer 1971.

Zum ersten Wissenschaftlichen Direktor des IFSH wurde General a.D. Wolf Graf von Baudissin ernannt. Sein Nachfolger wurde 1984 Bundesminister a.D. Egon Bahr. Dem Direktor zur Seite steht seit 1976 der Stellvertretende Wissenschaftliche Direktor Dieter S. Lutz.

2. Von der Rüstungskontrolle zur Gemeinsamen Sicherheit

Die Satzung des IFSH nennt als Schwerpunkt der Institutsarbeit friedenswissenschaftliche Fragestellungen mit sicherheitspolitischen Bezügen. Die Projekte des Instituts spiegeln einerseits die Vielfalt der Ansätze und Themen der Friedensforschung: Neben Fragestellungen, die Probleme des Ost-West-Verhältnisses aufgreifen — wie militärische Kräftevergleiche, Bedrohungsanalysen, Rüstungsdynamik und -kontrolle, Konfliktstrategien, deutsch-deutsche Beziehungen, Ost-West-Handel, Reform der westeuropäischen Sicherheitspolitik — widmen sich andere den Differenzierungsprozessen in den Ost-Ost-Beziehungen, der Kultur des politischen Streits, dem Zusammenhang von Rüstung/Rüstungshandel und Untereentwicklung, der Rüstungskonversion u.a.m. Mit dem Schwerpunkt, so wie ihn die Satzung formuliert (er findet im Namen des Instituts eine Entsprechung), ist andererseits dem Institut bevorzugt die wissenschaftliche Erforschung dessen aufgegeben, was — um die oben angesprochene Kontroverse noch einmal aufzunehmen — unter den Begriff des „negativen Friedens“ fällt; im Mittelpunkt der Projekte standen denn auch vorrangig, wenn gleich keineswegs ausschließlich, Fragestellungen, die sich systematisch den Problemen der Kriegsverhütung subsumieren lassen. Aus der kritischen Bestandsaufnahme der herrschenden Sicherheitspolitik und ihrer Entwicklungsten-

¹ Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. III, 2. September 1969, in: Europa-Archiv, Folge 18/1969, S. 424.

denzen folgte die Suche nach sicherheitspolitischen Alternativen, die seit Mitte der 80er Jahre in die Arbeit an einer Konkretisierung des Konzeptes Gemeinsamer Sicherheit mündete.

3. Die Alternative: Gemeinsame Sicherheit

1982 formulierte — zum ersten Mal derart prägnant — die Unabhängige Kommission für Sicherheit und Abrüstung (besser bekannt unter dem Namen „Palme-Kommission“) als sicherheitspolitische Erkenntnis des nuklearen Zeitalters:

„Die Kernwaffen haben nicht nur den Umfang der Kriegsanstrengungen, sondern auch das Wesen des Krieges selber verändert. Im Atomzeitalter kann der Krieg nicht länger ein Mittel der Politik, sondern nur noch ein Anlaß zu Zerstörungen in nie gekanntem Ausmaß sein. Die Staaten können für ihre Sicherheit nicht mehr auf Kosten anderer Staaten sorgen — das ist nur noch durch Zusammenarbeit möglich. Sicherheit im Kernwaffenzeitalter heißt gemeinsame Sicherheit. Sogar ideologische und politische Gegner haben ein gemeinsames Interesse am Überleben. Es erfordert Waffenbruderschaft gegen den Krieg selbst. Die Bemühungen um Rüstungskontrolle und Abrüstung müssen vom Streben nach gemeinsamem Nutzen und nicht vom Vorteil für die eigene Sache bestimmt sein. *Ein Konzept der gemeinsamen Sicherheit muß an die Stelle der bisherigen Abschreckung durch Hochrüstung treten. Der Frieden in der Welt muß sich auf ein Engagement für das gemeinsame Überleben statt auf die Drohung gegenseitiger Auslöschung gründen.*“²

Sicherheit, das kann als Ergebnis dieser Überlegungen festgehalten werden, ist nicht länger ein „Nullsummenspiel“, d.h. die eigene Sicherheit wird nicht dadurch erhöht, daß die Unsicherheit der Gegenseite steigt. Sicherheit kann nicht mehr gegeneinander, sondern nur noch gemeinsam mit dem potentiellen Gegner — der im Frieden zum Partner wird — gewonnen werden.

Dieser radikalen Umkehr im sicherheitspolitischen Denken — ob sie zum „Paradigmawechsel“ in der Sicherheitspolitik wird, ist allerdings weniger eine Frage der wissenschaftlichen Orientierung als eine der politischen Konstellationen — trägt das Institut insofern Rechnung, als es seit Ende 1984, seit Egon Bahr, bundesdeutsches Mitglied der „Palme-Kommission“, zum Direktor des IFSH bestellt wurde, die wissenschaftliche Kritik an einer destabilisierenden und friedensgefährdenden Sicherheitspolitik in den Dienst der Entwicklung eines sicherheitspolitischen Konzepts stellt, das die Abschreckungspolitik überwinden will und damit den Anspruch erhebt, eine Alternative zur herkömmlichen Politik der Friedenssicherung durch die Drohung mit der nuklearen Apokalypse anzubieten.

2 Der Palme-Bericht, Bericht der unabhängigen Kommission für Abrüstung und Sicherheit ‚Common Security‘, (West-)Berlin 1982, S. 155 f.

4. Gemeinsame Sicherheit, Strukturelle Angriffsunfähigkeit, Konventionelle Stabilität

Nach der Wahl des neuen Schwerpunktthemas wurde der Leitgedanke der „Gemeinsamen Sicherheit“ zunächst zu einer sicherheitspolitischen Konzeption entwickelt; darauf folgte eine Überprüfung der Ergebnisse aus der Sicht verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen. Nach der logisch-theoretischen Begründung des Konzeptes konzentrierte sich in den letzten beiden Jahren die Arbeit an einer Konkretisierung des Konzeptes der „Gemeinsamen Sicherheit“ auf seine Operationalisierung und Instrumentierung: dies führte zur Untersuchung der verteidigungspolitischen und militärischen Komponenten Gemeinsamer Sicherheit, die unter den Begriffen Strukturelle Angriffsunfähigkeit und Konventionelle Stabilität nicht nur in Fachkreisen diskutiert werden, sondern inzwischen auch Eingang in die öffentliche sicherheitspolitische Debatte gefunden haben.

Für die Arbeit an der Ausgestaltung des militärischen Teilkonzeptes der Gemeinsamen Sicherheit hat sich das IFSH seiner vielfältigen Kontakte auf verschiedenen Ebenen der sogenannten sicherheitspolitischen Elite bedienen können. Auf zwei Klausurtagungen im Jahre 1986 und 1987 führte es Anhörungen mit Experten aus Wissenschaft, Politik und Militär durch, die in den letzten Jahren mit grundlegenden Studien zu den Möglichkeiten des Aufbaus angriffsuntauglicher Verteidigungsstrukturen hervorgetreten sind.

Den Ertrag der Untersuchungen auf dem Gebiet der Konzeptionalisierung Gemeinsamer Sicherheit, der Auswertung der oben genannten Anhörungen und der Forschungsarbeiten, die von Wissenschaftlern des IFSH zur theoretischen Begründung sowie zur Operationalisierung und Instrumentierung von Struktureller Angriffsunfähigkeit und Konventioneller Stabilität vorgelegt wurden, enthalten fünf im Nomos-Verlag erschienene Sammelbände: Gemeinsame Sicherheit — Idee und Konzept (1986), Gemeinsame Sicherheit — Dimensionen und Disziplinen (1987), Gemeinsame Sicherheit — Konventionelle Stabilität (1988), Gemeinsame Sicherheit — Defensive Abhaltung (1989 — i.V.) und Gemeinsame Sicherheit — Internationale Stimmen (1989 — i.V.).

Die Verständigung auf den Forschungsschwerpunkt Gemeinsame Sicherheit hat nicht nur die wissenschaftlichen Einzelprojekte der Mitarbeiter des IFSH unter eine einheitliche Frageperspektive stellen und ihre wissenschaftliche Kooperation befördern können, sie hat darüber hinaus das IFSH in die Lage versetzt, konzentriert und unüberhörbar in die aktuelle sicherheitspolitische Debatte einzugreifen. Strukturelle Angriffsunfähigkeit und Konventionelle Stabilität sind zu Schlüsselbegriffen der wissenschaftlichen Kommentierung und — explizit oder implizit — zu Leitkriterien der anstehenden Ost-West-Verhandlungen über einen Abbau der konventionellen Rüstung in Europa geworden — Verhandlungen, in die auch die Rolle der Nuklearwaffen in Europa wird eingehen müssen. Die längerfristig unumgängliche Verknüpfung der konventionellen mit der nuklearen Abrüstung in Europa kommt auch in den jüngsten Vorschlägen zur Schaffung von defensiven Zonen bzw. Zonen der Sicherheit und des Vertrauens zum Ausdruck, die teilweise auf Forschungsarbeiten am

IFSH basieren. Sein in den letzten Jahren geschaffenes Forschungsprofil auf diesen Problemfeldern hat das IFSH in die Lage versetzt, an der Debatte über die zukünftige Sicherheit Europas mit sachlicher Kompetenz, sowohl initiativ als auch kritisch, teilzunehmen.

5. Kooperationsbeziehungen des IFSH

Aus den vielfältigen Kooperationsbeziehungen des IFSH sollen vier herausgegriffen werden, die als signifikant für die Bemühungen des Instituts gelten können, die Gültigkeit des Konzeptes der Gemeinsamen Sicherheit im wissenschaftlichen Dialog zu überprüfen und es darüber hinaus einer breiten sicherheitspolitisch interessierten Öffentlichkeit bekannt zu machen.

Seit über zehn Jahren pflegt das IFSH mit dem Institut für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW) der DDR auf gemeinsamen Tagungen den wissenschaftlichen Meinungsaustausch. In den letzten drei Jahren stand in seinem Mittelpunkt das Konzept der Gemeinsamen Sicherheit in seinen politischen, ökonomischen, militärischen und ideologischen Aspekten. Wenngleich der Dialog zwischen den beiden Instituten vorrangig der wissenschaftlichen Kommunikation dient, so ist er dennoch auch Teil des politischen und wissenschaftlichen Öffnungsprozesses im Verhältnis zwischen Ost und West. Erstmals haben 1988 die beiden Institute einen gemeinsamen Report über ihre wissenschaftlichen Tagungen zur Gemeinsamen Sicherheit verfaßt, dessen (wissenschafts)politische Bedeutung durch die Resonanz in der Presse unterstrichen wurde.

Eine solche Bedeutung kommt auch der Austausch-Ringvorlesung zu, die das IFSH 1988 in Kooperation mit der Humboldt-Universität zu Berlin/DDR veranstaltet hat. Als erste bundesdeutsche Institution hat das IFSH dort Vorlesungen zu sicherheitspolitischen Themen halten können; „im Gegenzug“ haben Wissenschaftler der Humboldt-Universität an der Universität Hamburg zur Thematik „Krieg und Frieden“ gelesen. In der abschließenden Podiumsdiskussion in Berlin/DDR im Dezember 1988 wurde eine erste Bilanz dieser Vorlesungsreihe mit dem programmatischen Titel „Gemeinsame Sicherheit — Universitäten im Friedensdialog“ gezogen; die Mitglieder des Leitungsgremiums des „Wissenschaftlichen Rats für Friedensforschung“ der DDR, Max Schmidt und Dieter Klein, der Präsident der Universität Hamburg, Peter Fischer-Appelt, und der Wissenschaftliche Direktor des IFSH, Egon Bahr, unterstrichen die wissenschafts- und friedenspolitische Bedeutung einer solchen Kooperation — in dieser institutionalisierten Form ein Novum in den Beziehungen zwischen wissenschaftlichen Institutionen der Bundesrepublik und der DDR.

Ein wissenschaftlicher workshop „Common Security“ gab Nachwuchswissenschaftlern aus Ost und West, aus den USA, der UdSSR, aus Ungarn, Polen, Dänemark, Großbritannien, der DDR und der Bundesrepublik, eine Plattform für die Untersuchung des Konzeptes der Gemeinsamen Sicherheit, in der auch ökologische Fragen und die Nord-Süd-Dimension zur Sprache kamen. Der workshop, vom amerikanischen Institute for Peace and International Security

in Cambridge, Massachusetts, der sowjetischen USA-USSR-Society in Moskau und dem IFSH „gesponsort“ und organisiert, ist zunächst für drei Jahre geplant. Er fand erstmalig 1988 in den USA statt; bei den dortigen wissenschaftlichen, politischen und Medien-Kontakten wurde deutlich, daß das Konzept der Gemeinsamen Sicherheit in den USA nur vage, wenn überhaupt, bekannt ist. Der workshop dient neben der wissenschaftlichen Kooperation auch dem Zweck, das Konzept im außereuropäischen Raum bekannt zumachen. 1989 wird der workshop voraussichtlich in der Bundesrepublik und der DDR, 1990 in der Sowjetunion stattfinden.

Die Gefährdung des Friedens und die Gefährdung der Arbeitsplätze sowie der Zusammenhang zwischen diesen beiden bedrohlichen Tendenzen standen im Mittelpunkt einer Konferenz, die das IFSH gemeinsam mit der Hamburger Naturwissenschaftler-Initiative „Verantwortung für den Frieden“, dem DGB-Landesbezirk Nordmark und seinen Gewerkschaften sowie der Hans-Böckler-Stiftung und der DGB Kooperationsstelle Hochschule/Gewerkschaften im April 1988 in Hamburg unter dem Titel „Verantwortung für Frieden und Arbeit“ veranstaltete. Die Kooperation zwischen den genannten Institutionen hatte einen Vorlauf: Ende 1986 hatten erstmals bei dem in Hamburg durchgeführten Internationalen Naturwissenschaftler-Friedenskongreß „Wege aus dem Wettrüsten“ das IFSH und die Naturwissenschaftler-Friedensinitiative zusammengearbeitet; 1986 und 1987 untersuchte mit finanzieller Unterstützung der Hans-Böckler-Stiftung und in Kooperation mit der IG Metall eine Forschungsgruppe am IFSH das Problem der Umstellung der Rüstungsindustrie auf die Produktion ziviler Güter. Rund 600 Teilnehmer aus Betrieben, Gewerkschaften und Wissenschaft untersuchten in siebzehn Arbeitskreisen verschiedene Aspekte der zentralen Frage der Konferenz: Wie können die Ziele der Friedenssicherung und Abrüstung, also der Erhalt des äußeren Friedens, erreicht werden, ohne daß die Kosten dieses Prozesses den Beschäftigten in der Rüstungsindustrie aufgebürdet werden und der soziale Frieden gefährdet wird?

Die Antworten, die die Arbeitskreise und das Plenum erarbeiteten, aber auch die offengebliebenen und weiterführenden Fragen sind in einer Dokumentation der Konferenz festgehalten, die von den Veranstaltern angefordert werden kann.

6. Gemeinsame Sicherheit im 21. Jahrhundert?

In die internationalen Sicherheitsbeziehungen ist in den letzten Jahren Bewegung gekommen, die zu — vorsichtigem — Optimismus Anlaß gibt. Mehr als irgendein anderer Vorgang der letzten Jahre bestätigen der Abschluß und die Implementierung des amerikanisch-sowjetischen Mittelstreckenabkommens vom 8. Dezember 1987 die Grundidee der Gemeinsamen Sicherheit. Damit wird die ständige Bemühung um die weitere Konkretisierung und politische Realisierung des Konzeptes zwar keineswegs bedeutungslos; dennoch kann sich, wenn der wissenschaftliche Ertrag der Friedensforschung zunehmend in die Sicherheitspolitik Eingang findet (es bleibt zu hoffen, daß dieser Prozeß durch seine gesellschaftliche Verankerung irgendwann unumkehrbar wird),

das wissenschaftliche Interesse der Friedensforschung der Untersuchung neuer Dimensionen des Friedens und der Sicherheit bzw. neuen Gefahren für Frieden und Sicherheit zuwenden. Das IFSH wird sich voraussichtlich in den nächsten Jahren verstärkt den Problemen grenzüberschreitender Gefahren zuwenden. Neben die militärische Dimension des Friedens und seiner Gefährdung tritt die ökologische, neben der Friedensverträglichkeit von Verteidigungsstrategien und -strukturen gewinnt die neuer Technologien an Bedeutung. Die Vision einer europäischen Friedensordnung im 21. Jahrhundert, die nicht nur Frieden zwischen Staaten und Menschen, sondern auch zwischen Mensch, Natur und Technik stiftet, bedarf daher einer neuartigen wissenschaftlichen Begründung: Friedensforschung wird neben ihrer sozialwissenschaftlichen Ausrichtung zunehmend mit Natur- und Ingenieurwissenschaften kooperieren (müssen). Die ersten Schritte hierzu hat das IFSH bereits getan; in einigen neuen Forschungsprojekten wird der Beitrag naturwissenschaftlicher und mathematischer Verfahren für „klassische“ Probleme der Friedensforschung wie Verifikation oder Stabilität untersucht, werden neue Technologien (wie Gentechnologie oder neue Medien) auf ihre Friedensverträglichkeit befragt.

Frieden, oben in seiner engen Bedeutung des „negativen Friedens“ als das dem IFSH zugewiesene Forschungsfeld bezeichnet, erhält durch diese neuartigen zukunftsweisenden Untersuchungsansätze nun allerdings doch die weitere Bedeutung des „positiven Friedens“. Es ist möglich, daß sich der alte Streit in der Friedensforschung über ihr genuines Betätigungsfeld als obsolet erweisen wird: Wenn Frieden die Voraussetzung für die Sicherung der physischen Existenz des zivilisierten Menschen ist, dann wird es sinnvoll sein, die neuartigen Bedrohungen, deren existenzgefährdende Qualität inzwischen teilweise mit der Dimension der atomaren Apokalypse vergleichbar ist, in das Themenspektrum der Friedensforschung aufzunehmen.

Das Forschungsinstitut für Friedenspolitik in Starnberg

Gegenexperten arbeiten für den Frieden

Peter Barth

*„Man kann nicht gleichzeitig den Krieg vorbereiten und ihn verhindern.“
(Albert Einstein)*

Die Friedens- und Konfliktforschung hat in den demokratischen Gesellschaften Nordamerikas und Westeuropas ihre wesentlichen Anstöße aus der Auseinandersetzung mit den friedensgefährdenden Bedingungen des Kalten Krieges erhalten. Sie stellt somit das wissenschaftliche Bemühen verschiedener Fachdisziplinen dar, Möglichkeiten der Konflikt- und Spannungsminderung, der Gewaltbegrenzung, der friedlichen Konfliktlösung und der Zusammenarbeit zu erforschen, und zwar in einer Staatenwelt, die nach wie vor grundsätzlich als anarchisches Selbsthilfesystem souveräner Staaten gekennzeichnet werden muß. In seiner Antrittsrede am 1. Juli 1969 sagte Bundespräsident Gustav Heinemann:

„Hilfreich wäre es, wenn auch wir der Friedensforschung, das heißt einer wissenschaftlichen Ermittlung nicht nur der militärischen Zusammenhänge zwischen Rüstung, Abrüstung und Friedenssicherung, sondern zwischen allen Faktoren, also zum Beispiel auch den sozialen, wirtschaftlichen und psychologischen, die gebührende Aufmerksamkeit zuwenden würden“.

Wie nun in der heutigen Welt das Macht- und Sicherheitsdilemma der Staaten verringert und ein Prozeß eingeleitet werden kann, der schrittweise Voraussetzungen dafür schafft, daß sich „keine Handlungseinheit soweit benachteiligt sieht, daß sie die Möglichkeit der militärischen Gewaltanwendung wieder in Betracht zieht“ (E.O. Czempel) — dies sind die zentralen Fragen der Friedens- und Konfliktforschung und damit auch der Wissenschaftler am Forschungsinstitut für Friedenspolitik.

Oft beginnen Forscher mit ihrer Arbeit an Problemen in der realen Welt, verlassen sie dann, weil sie zu mühsam ist, weil sich vielleicht zu wenig bewegt, treten in die Bücherwelt ein und verbleiben fortan darin. Nicht so das Forschungsinstitut für Friedenspolitik. Von ihrem Selbstverständnis her haben die Wissenschaftler nicht die Möglichkeit, nur in der Welt der Bücher zu leben und auf das zu reagieren, was andere Forscher reden und schreiben. Sie arbeiten in einer Welt der Wirklichkeit und versuchen, so direkt wie möglich aus eigener Anschauung auf Entwicklungen, Erkenntnisse etc. zu reagieren.

Am Anfang der Institutsgeschichte stand daher nicht zufällig der Widerstand gegen die Mittelstreckenraketen, gegen die Nachrüstung im Vordergrund. Um

den oft emotionalen Protest der Friedensbewegung argumentativ zu untermauern, wurden „Gegenexperten“ benötigt. So wurde parallel zur Entstehung der neuen Friedensbewegung das Institut aufgebaut, unterstützt von Impulsen aus der Friedensbewegung und dem von ihr ausgehenden Bedarf nach mehr und besseren Informationen. Weil die Regierung und die NATO überlebenswichtige Informationen geheim hielten und die etablierte Friedensforschung in der Bundesrepublik nicht in der Lage war, in den siebziger Jahren ihre Ergebnisse und Analysen sinnvoll zu vermitteln, wurde das Starnberger Institut als eines der wenigen neugegründeten Friedensforschungsinstitute schnell akzeptiert — ja es wurde ein wichtiger Teil der Friedensbewegung.

Gegründet im Dezember 1981 von ehemaligen Mitarbeitern des „Max-Planck-Instituts für Sozialwissenschaften (Arbeitsgruppe Afheldt)“ war es zunächst noch im Starnberger Max-Planck-Institut untergebracht, bevor es 1983 im Frühjahr eigene Räume bezog. Die Initiative zur Gründung ging von dem ehemaligen CSU-Mitglied Dr. Alfred Mechtersheimer aus, der 1979 als Oberstleutnant bei der Bundeswehr kündigte und als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Max-Planck-Institut in Starnberg an Modellen einer alternativen Sicherheitspolitik mitarbeitete. Das Institut hat die Rechtsform eines eingetragenen Vereins und ist als gemeinnützig anerkannt. Das Forschungsinstitut für Friedenspolitik ist in der Bundesrepublik die einzige selbstorganisierte Einrichtung der Friedensforschung von Bedeutung. Derzeit über 3200 Mitglieder ermöglichen mit ihren Beiträgen und Spenden die einzigartige politische Unabhängigkeit und wissenschaftliche Arbeit. Weil das Institut kein Geld vom Staat, von Parteien, Gewerkschaften, Kirchen oder anderen bedeutenden gesellschaftlichen Gruppen erhält, ist es völlig unabhängig und kann kritische Positionen vertreten, die sonst kaum ohne Existenzrisiko geäußert werden könnten. Der Wissenschaftsbegriff der Starnberger Forscher ist davon bestimmt, daß die Menschen Informationen über die Kriegsgefahr und deren Ursachen benötigen, um zu handeln. Ziel der Arbeit ist es, zur Förderung und Verbreitung des Friedensgedankens beizutragen. Durch Forschung, Dokumentation und Information sollen Impulse gegeben werden, die die Kontinuität der Friedensdiskussion gewährleisten und das neue „friedenspolitische Denken von unten“ unterstützen.

Mit ihrem spezifischen Wissenschaftsverständnis, das die Theorie, die Praxisorientierung und das politische Engagement umfaßt, wollen die Wissenschaftler zur Entwicklung einer Friedenskultur beitragen, die unverzichtbare Voraussetzung für wirkliche Friedenspolitik ist. Friedenswille allein bleibt wirkungslos, wenn er nicht durch wissenschaftliche Fundierung und demokratische Partizipation politisch wirksam gemacht wird.

In Starnberg werden also nicht Studien für Herrschaftseliten oder für den Bücherschrank geschrieben, sondern die Friedensbewegung wird mit den Informationen versorgt, die von der Regierung und der NATO geheimgehalten werden.

Ihre Aufgabe sehen die Mitarbeiter des Instituts vor allem darin, das rüstungsträchtige Bedrohungsdenken aufzulösen und entgegen der weitgehenden offiziellen Geheimhaltungspolitik die Bürger zu informieren. Weite Teile der Bevölkerung mißtrauen zunehmend der amtlichen und offiziellen Sicherheits-

politik, sie wollen die Friedenssicherung nicht mehr allein dem Kalkül einiger Militär-Experten und Politiker überlassen, das gigantische Wettrüsten nicht mehr einfach hinnehmen.

Aus der Nähe zur Friedensbewegung wird im Starnberger Institut kein Hehl gemacht, ganz im Gegenteil: „Aus dem Protest gegen Raketen muß Politik für den Frieden werden“ und „die Überwindung der Teilung Europas kann, wie jede historische Veränderung, nur von unten und nicht von den Regierenden in Gang gesetzt werden. Deswegen muß sich aus dem friedenspolitischen Denken eine Friedenskultur entwickeln, ohne die es keine wirkliche Friedenspolitik geben kann“, heißt es in einem Faltblatt aus dem Forschungsinstitut.

Um diese neue Friedenspolitik wirksam und dauerhaft zu fördern, will das Institut „auf der Basis klarer Analysen der sicherheits- und rüstungspolitischen Situation politisch verantwortbare und durchsetzbare Alternativmodelle“ entwickeln und vor allem die Forschungsergebnisse nicht nur den politischen Entscheidungsträgern, sondern auch und vor allem der interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung stellen.

Ziel dieser Tätigkeit ist es also, das neue friedenspolitische Denken von unten mit Hilfe klarer Analysen der sicherheits- und rüstungspolitischen Situation und der Entwicklung von politisch verantwortbaren und durchsetzbaren Alternativmodellen zu unterstützen und damit vor allem zur Überwindung der Blockbildung in Europa beizutragen. Es wäre nun ein tragischer Irrtum anzunehmen, daß mit dem Doppel-Null-Abkommen vom Dezember 1987 (INF-Vertrag) und den derzeit laufenden Abrüstungsverhandlungen die selbstgestellte Aufgabe schon erfüllt ist. Die Regierungen müssen zur Abrüstung gezwungen werden. Das aber setzt eine aufgeklärte und auf Abrüstung drängende Wählerschaft voraus. Aufgabe des Instituts ist es daher, als „Friedenspioniere“ den weiteren Weg für Abrüstung und Entmilitarisierung aufzuzeigen. „Wir müssen“, so Alfred Mechtersheimer in einem Rundschreiben, „den ökonomischen und ideologischen Kräften des Weiterrüstens einen rationalen Pazifismus entgegenstellen“. Dazu liefert das neue Forschungsprojekt „Strukturelle Nichtkriegführbarkeit in hochindustrialisierten Staaten“ einen wichtigen Beitrag. Weitere Forschungsvorhaben befassen sich zur Zeit mit Entwicklungen der Militärstrategien in West und Ost, den politischen Voraussetzungen und sozioökonomischen Folgen von Abrüstung in der Bundesrepublik und mit regionalen Militäranalysen. Ein weiterer Schwerpunkt ist der Aufbau eines Waffen-, Rüstungsfirmen- und Standortarchivs (WRSA). Die Datei der Rüstungsfirmen umfaßt zur Zeit die Namen, Anschriften und Hinweise zu Produkten von ca. 2000 Firmen, von denen inzwischen etwa 600 mit detaillierten Angaben zu Kapitalausstattung, Umsätzen, Beschäftigten, Produktionsstätten, einzelnen Produkten usf. erfaßt sind. In der Standortdatei sind momentan ca. 12000 militärische Einrichtungen der nationalen und ausländischen Streitkräfte in der Bundesrepublik und der DDR mit Ortsangaben und Namen der stationierten Einheiten verzeichnet. In der Literaturdatei sind etwa 1000 Zeitschriften- und Buchaufsätze, Reports, Monographien usw. zum gesamten Bereich der Rüstungswirtschaft und der Organisation des Beschaffungswesens der BRD — zum größten Teil durch Annotationen erschlossen — erfaßt.

Neben der Forschungstätigkeit, die sich auch in einer ganzen Reihe von Instituts-Veröffentlichungen niederschlägt, nimmt vor allem die Öffentlichkeitsarbeit einen wichtigen Platz ein. Für viele Journalisten ist das Institut zu einer beliebten, weil schnell und ohne Kosten Auskunft gebenden Anlaufstelle geworden. Das Institut veranstaltet zudem regelmäßig Kolloquien, wirkt an Kongressen und Tagungen mit und bearbeitet Anfragen der Mitglieder.

Das Starnberger Institut hat sich somit zum Knotenpunkt der kritischen Sicherheitsdebatte entwickelt und versorgt die Öffentlichkeit, die Medien, die Wissenschaft und die Politik mit Fakten und Analysen, wobei es sich auf intensive internationale Kontakte stützen kann.

Das Institut ist eine Clearing-Stelle, die Friedensforscher und Aktive der Friedensbewegung in einem Kommunikationsprozeß hält.

Der monatlich in einer Auflage von über 6000 Exemplaren erscheinende *MEDIATUS* berichtet kontinuierlich über die Ergebnisse der Friedensforschung sowie über friedenspolitisch relevante Entwicklungen.

Er wird in Wissenschaft und Öffentlichkeit des In- und Auslandes als wichtige Informationsquelle über die Friedensforschung und die Themen der Friedensbewegung im deutschsprachigen Raum verwendet.

Die finanzielle Basis des Instituts setzt sich zusammen aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Mitteln der allgemeinen Wissenschaftsförderung. Sowohl die Max-Planck-Gesellschaft als auch die Berghof-Stiftung haben in der Anfangsphase Personalkosten für Institutsmitarbeiter aufgebracht. Diese Zeit ist allerdings lange vorbei. Der monatliche Mitgliedsbeitrag der Mitglieder beträgt DM 10,—, jährlich mindestens DM 100,—. Der laufende Haushaltsetat für das Jahr 1988 lag bei einer Größenordnung von ca. DM 600 000,—. Neben fünf Wissenschaftlern arbeiten im Institut mehrere Verwaltungskräfte (Buchhaltung, Bücherei, Sekretariat, Archiv), die allerdings von zahlreichen ehrenamtlichen Mitarbeitern engagiert und intensiv unterstützt werden.

Zur Unterstützung der Informationsarbeit des Forschungsinstituts für Friedenspolitik wurde im Dezember 1982 das „Informationsbüro für Friedenspolitik“ (ibf) gegründet. Es leistet einen wichtigen Beitrag zur friedenspolitischen Öffentlichkeitsarbeit und zur Kommunikation zwischen den verschiedenen Gruppen der Friedensbewegung im In- und Ausland. Das ibf organisiert Aktionen, verschickt den englischsprachigen „Friedens-Brief“ mit Berichten über die Friedensbewegung in zahlreiche Länder und gibt den „Friedenspolitischen Kurier“ (fpk) heraus, der alle zwei Wochen aktuelle Themen für die Friedensbewegung aufgreift, Hilfen für die Basisarbeit liefert, aber auch für Journalisten eine wichtige Informationsquelle ist.

Im März 1984 wurde der Verein „Rechtshilfe für den Frieden“ gegründet, der es sich zur Aufgabe gesetzt hat, über die demokratischen Grundrechte zu informieren sowie Teilnehmern an friedenspolitischen Aktivitäten finanzielle Hilfe für die Wahrnehmung ihrer Rechte zu gewähren. Vorsitzender des Vereins ist RA Dr. Ferdinand Dietz, ehrenamtliche Geschäftsführerin Dr. Barbara Schubert. Dem Beirat gehören Inge Aicher-Scholl, Luise Rinser, Heinrich Böll (†), Günter Grass und Professor Ulrich Klug an.

Die Aussicht auf eine umfassende nukleare Abrüstung in Europa wirft heute

neue Fragen im Hinblick auf die Strategie und Konzeption europäischer Sicherheitspolitik auf. Mit dem INF-Vertrag vom Dezember 1987, mit seinen Regelungen für eine umfassende Überprüfung und Inspektion findet erstmals in der Geschichte wirkliche Abrüstung statt.

Es stellt sich die Frage: Wie kann es weiter gehen? Wenn es das Ziel des Instituts war, die Stationierung der Nachrüstungswaffen Pershing II und Cruise Missiles zu verhindern — was zwar nicht gelungen ist, aber durch das INF-Abkommen doch erreicht wurde —, wenn die Akzeptanz der Überlegungen aus Starnberg in der Bevölkerung immer größer wird — 89 % der Bundesbürger sind gegen Tiefflug, 63 % lehnen Atomwaffen ab —, braucht man sie dann überhaupt noch, die Starnberger?

Betreiben die Regierungen nun tatsächlich Abrüstung von selbst? Es wäre ein tragischer Irrtum, letzteres anzunehmen. Wenn jetzt der Druck der Medien und der Bevölkerung nachläßt, würden die Regierungen die alte Aufrüstungspolitik lediglich in friedlicherem Gewande als sogenannte Abrüstungspolitik fortsetzen. Dort, wo Waffen wegverhandelt werden, würde man sie durch andere ersetzen. Es würde nicht Abrüstung, sondern Umrüstung stattfinden. Dies zeigen bereits jetzt die US-Pläne für einen Pershing-II-Ersatz und das größte Rüstungsprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, der Jäger 90. In dieser Phase darf sich die Bevölkerung nicht damit begnügen, weitere Null-Lösungen oder das Einfrieren des Militärhaushalts zu fordern, sondern es geht darum, weitere Wege für echte Abrüstung und Entmilitarisierung aufzuzeigen. Deshalb braucht man sie weiter — die Gegenexperten.

Oder ist es niemandem mehr geläufig, was Bertolt Brecht 1938 schrieb, als die Nazis nur noch vom Frieden redeten und das Münchner Abkommen mit Engländern und Franzosen zuwege brachten: „Wenn die Oberen vom Frieden reden, weiß das gemeine Volk, daß es Krieg gibt“. Ein Jahr später war es soweit.

Arbeitsstelle Friedensforschung Bonn (AFB)

Karlheinz Koppe

Die 1984 eingerichtete ARBEITSSTELLE FRIEDENSFORSCHUNG BONN nimmt entsprechend den Empfehlungen des Wissenschaftsrates vom 6. Mai 1983 „Auskunfts-, Beratungs- und Vermittlungsfunktionen“ auf nationaler und internationaler Ebene wahr, um eine Lücke zu schließen, die durch die Auflösung der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (DGFK) entstanden war. In den dreizehn Jahren ihres Bestehens (1970-1983) war die DGFK zu einer Anlaufstelle für Friedensforscher aus dem In- und Ausland geworden und zugleich zu einem Forum der Begegnung und Vermittlung zwischen Forschern und interessierten Vertretern der politischen und gesellschaftlichen Praxis. Daran anknüpfend gehören zu den Aufgaben der neuen Arbeitsstelle, die finanziell von der Bundesregierung (vertreten durch den Bundesminister für Forschung und Technologie) sowie den Bundesländern Hessen und Nordrhein-Westfalen unterhalten wird:

- die Pflege von Kontakten zu deutschen, ausländischen und internationalen Einrichtungen der Friedens- und Konfliktforschung;
- die Vermittlung von Kontakten zwischen Friedensforschern und Wissenschaftlern anderer Disziplinen, insbesondere zwischen deutschen Friedensforschern und ausländischen Kollegen;
- die Auskunft über Organisation und Tätigkeit der Friedens- und Konfliktforschung im In- und Ausland;
- die Beratung in Fragen der Friedens- und Konfliktforschung;
- die Organisation themenspezifischer Gesprächsrunden zwischen Wissenschaftlern und Praktikern (Politik, Verwaltung, gesellschaftliche Kräfte, Medien u.a.) sowie unter Wissenschaftlern;
- Hilfestellung bei der Präsentation von Forschungsergebnissen der Friedens- und Konfliktforschung in Bonn.

Außer den oben genannten Punkten ihrer Tätigkeit hat die AFB im Laufe der Jahre ein Forschungsinstitutionenregister aufgebaut, das ständig erneuert und ergänzt wird. Die Kontakte zu den nationalen, europäischen und internationalen Wissenschaftlern und wissenschaftlichen Einrichtungen dienen als Grundlage für die Informationen in den zweimal im Jahr herauskommenden Mitteilungen. Sie informieren über Einrichtungen der Friedensforschung, über Forschungsförderung national und international, über Tagungen und die Friedensforschung interessierende Meldungen aus dem In- und Ausland. Eine nach Themen aufgegliederte Literaturliste gibt einen Einblick in die in dem jeweils laufenden Jahr eingegangenen Publikationen in der Bibliothek der AFB.

Die AFB steht in Kontakt mit den wichtigsten Forschungsförderungseinrichtungen in der Bundesrepublik (Deutsche Forschungsgemeinschaft, Stiftung Volkswagenwerk u.a.), der Bundeszentrale und einigen Landeszentralen für politische Bildung, sowie anderen Einrichtungen der Vermittlung von Ergebnissen der Friedensforschung und interessierten Medien. Sie unterhält in der Geschäftsstelle eine Präsenzbibliothek, die laufend um die wichtigsten Publikationen im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung ergänzt wird. Sie beobachtet Kongresse zu friedensrelevanten Themen und einschlägige wissenschaftliche Konferenzen im In- und Ausland.

Die AFB ist eine eigenständige Institution in Trägerschaft der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) in Frankfurt am Main. Ihre Dienstleistungen stehen interessierten WissenschaftlerInnen und allen Einrichtungen der Friedens- und Konfliktforschung sowie verwandter wissenschaftlicher Disziplinen zur Verfügung. Sie ist Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Friedens- und Konfliktforschung (AFK), der International Peace Research Association (IPRA) und des International Institute for Strategic Studies (IISS) und von Consortium on Peace Research, Education and Development (COPRED).

Die AFB bietet an:

- einen regelmäßig erscheinenden Informationsdienst; er erscheint seit 1986 zweimal jährlich in deutscher und seit 1989 in englischer Sprache. Mit diesem AFB-Info wendet sich die Arbeitsstelle an alle ihr bekannten FriedensforscherInnen und Einrichtungen der Friedensforschung im In- und Ausland (Lehrstühle, Institute, wissenschaftliche Vereinigungen) sowie an Personen und Einrichtungen, die sich für Fragen der Friedensforschung interessieren;
- AFB-Texte zu grundsätzlichen Themen aus dem Bereich Friedens- und Konfliktforschung;
- abrufbare Informationen über Organisation und Tätigkeit von Institutionen der Friedens- und Konfliktforschung national und international;
- Kontakte zu Wissenschaft und Praxis.

Der Leiter der AFB ist seit ihrem Bestehen Karlheinz Koppe. Die AFB ist an Anregungen und Informationen aus der Friedens- und Konfliktforschung interessiert und greift sie gerne auf.

Die AFB ist unter folgender Anschrift zu erreichen: Arbeitsstelle Friedensforschung Bonn (Außenstelle der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung), Beethovenallee 4, 5300 Bonn 2; Telefon: 0228-35 60 32.

Friedensforschung in der DDR

Klaus Benjowski

Am 26. Oktober 1987 wurde der Wissenschaftliche Rat für Friedensforschung der Akademie der Wissenschaften der DDR gegründet. Zu seinem Vorsitzenden wurde Prof. Max Schmidt, Direktor des Instituts für Internationale Politik und Wirtschaft, berufen.

Mit seiner Konstituierung wurde in der DDR eine neue Etappe bei der Nutzung wissenschaftlicher Forschungen und Erkenntnisse für die Durchsetzung sozialistischer Friedenspolitik, für die weitere Intensivierung des Dialogs mit allen Kräften der Vernunft und des Realismus — also für die Realisierung des Konzepts der friedlichen Koexistenz, der Sicherung des Friedens durch Abrüstung eingeleitet. Es wäre jedoch falsch, die Bildung dieses Wissenschaftlichen Rates mit dem Beginn der Friedensforschung in der DDR gleichzusetzen. Ganz im Gegenteil: Forschungsarbeiten über die Ursachen und Gefahren des Krieges sowie über die Möglichkeiten und Formen der Gestaltung eines stabilen Friedens sind von DDR-Wissenschaftlern bereits lange vor der Gründung des Wissenschaftlichen Rates für Friedensforschung vorgelegt worden und haben zum Teil beträchtliche internationale Beachtung erfahren. Es war also die Breite und Substanz langjähriger Forschungen zu diesen Fragen, die die Grundlage für die Bildung des Wissenschaftlichen Rates für Friedensforschung schuf. Gerade aus der Vielfalt und Komplexität der wissenschaftlichen Arbeiten in diesem Bereich erwuchs in zunehmendem Maße die Notwendigkeit einer Koordinierung, Abstimmung und Orientierung auf Schwerpunktprobleme.

Eine solche Koordinierung und Abstimmung soll keinesfalls bedeuten, daß eine Einengung der Friedensforschung erfolgt oder eine bestimmte Forschungsrichtung nur an einer einzigen Institution wahrgenommen werden soll. Es liegt durchaus im Interesse einer effektiven Forschung für den Frieden, unterschiedliche wissenschaftliche Ansätze zu nutzen, aus dem Vergleich wissenschaftlicher Ergebnisse für die Forschung stimulierende Elemente abzuleiten und subjektiven Elementen geschuldete Fehlerquellen einzugrenzen. Zugleich aber ist naturgemäß das zur Verfügung stehende Forschungspotential begrenzt. Deshalb kommt es darauf an, unnötige und unproduktive Doppelungen in der Forschungsarbeit zu vermeiden und die Bearbeitung wichtiger Problemstellungen zu gewährleisten.

Weiter ist es das Anliegen des Wissenschaftlichen Rates für Friedensforschung, nicht einen „geschlossenen Kreislauf“ der wissenschaftlichen Diskussion zu unterhalten. Es kommt für die Friedensforschung der DDR vielmehr darauf an, einen ständigen Praxisbezug zu sichern und so Ergebnisse des Entspannungs- und Abrüstungsprozesses zugleich zum Kriterium für den Wert der eigenen Forschungen, für ihre Politikwirksamkeit und Brauchbarkeit zu

machen. Man kann davon ausgehen, daß Arbeitsergebnisse der Friedensforschung vor allem in vier Bereichen gefordert sind:

- bei der theoretischen und prognostischen Untersuchung sicherheitspolitischer Probleme zur strategischen, langfristigen Orientierung der Außen-, Sicherheits- und Abrüstungspolitik der DDR und der mit ihr verbündeten Staaten;
- bei der Politikberatung und Entscheidungsfindung in aktuellen praktischen Belangen, zum Beispiel bei der Zielstellung und dem Inhalt von Verträgen und Abkommen, im Bereich konkreter Fragen der Dialogpolitik;
- bei der Erarbeitung wissenschaftlicher Problemlösungen, etwa hinsichtlich von Verfahrens- und Prozedurfragen im Völkerrecht, bei Verifikationsproblemen, bei der Untersuchung alternativer Entwicklungsvarianten für bisher militärisch orientierten Einsatz von Wissenschaft und Technik;
- bei der Information der Öffentlichkeit über Ursachen und Folgen des Krieges, über die Gefahren einer Politik der Konfrontation und der Hochrüstung, zugleich aber auch über mögliche Wege aus dem Wettrüsten hin zur Sicherung einer friedlichen Zukunft für die Menschheit, über die Möglichkeiten der politischen und gesellschaftlichen Kräfte, ihren Friedenswillen zu akzentuieren und wissenschaftliche Ergebnisse der Friedensforschung zur Orientierung und Mobilisierung der weltweiten Friedensbewegung zu nutzen.

Es ist das Bestreben des Wissenschaftlichen Rates für Friedensforschung, eine aktive und praxiswirksame Forschungsarbeit zu fördern, die das neue Herangehen an internationale Sicherheit und Abrüstung ebenso wie die Möglichkeiten zu einer Neugestaltung der internationalen Beziehungen auf der Basis einer Politik der Vernunft und des Realismus erforscht und unterstützt. Damit bewegt sich die Arbeit des Wissenschaftlichen Rates für Friedensforschung ganz bewußt in jenem Spannungsfeld zwischen langfristig angelegter Grundlagenforschung und den Erfordernissen einer schnellen, an den unmittelbaren Bedürfnissen der Praxis orientierten wissenschaftlichen Leistung. Die Mitwirkung an der Umsetzung sozialistischer Friedenspolitik — das bedeutet für den Wissenschaftlichen Rat zugleich eine konsequente Auseinandersetzung mit jenen Kräften, die dem Prozeß der Abrüstung und Entspannung erbitterten Widerstand entgegensetzen und noch nicht bereit sind, Positionen einer gefährlichen Konfrontationspolitik zu verlassen und einen realistischeren Kurs einzuschlagen. Wenn die Möglichkeiten für die Gestaltung einer aktiven Friedenspolitik illusionslos analysiert werden, so bedingt das zugleich, auch die Gefahren und Hemmnisse für einen sicheren Frieden zu erkennen und Wege zu deren Beseitigung zu finden. In diesem Sinne führt der Wissenschaftliche Rat für Friedensforschung die Forschungspotentiale aus unterschiedlichen Wissenschaftsdisziplinen zusammen. Wir gehen davon aus, daß Friedensforschung in ihrer Gesamtheit einen ausgesprochen interdisziplinären Charakter trägt und damit die Komplexität und die umfassende Dimension des modernen Sicherheitsbegriffs, der heute nicht mehr allein militärisch zu definieren ist, reflektiert.

Friedensforschung — das ist aus der Sicht der DDR-Wissenschaftler in erster Linie ein Bereich, der die Gestaltung von Staatenbeziehungen berührt, ohne sich darin zu erschöpfen. Frieden wird also als ein zwischenstaatliches Phänomen aufgefaßt.

Von diesem grundsätzlichen methodologischen Ansatz ausgehend wird sich die Friedensforschung der DDR langfristig auf 10 Forschungsrichtungen konzentrieren:

1. Grundprobleme der Geschichte, Theorie und Praxis des Kampfes für den Frieden und die friedliche Koexistenz;
2. Wesenseinheit von Sozialismus und Frieden; die Entwicklung sozialistischer Friedens- und Sicherheitspolitik als Ausdruck neuen Herangehens an die Entwicklung der internationalen Beziehungen und die Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus;
3. politische, strategische, ökonomische und soziale Aspekte von Rüstungsbegrenzung und Abrüstung, also z.B. Fragen nach Wesen, Ursachen und Entwicklungsrichtungen imperialistischer Hochrüstung ebenso wie theoretische und praktische Probleme im Hinblick auf Verhandlungen (Gegenstände und Elemente);
4. Grundfragen der Schaffung eines umfassenden Systems des Friedens und der internationalen Sicherheit; Möglichkeiten, Notwendigkeit, Elemente, Triebkräfte und Hindernisse;
5. Naturwissenschaftlich-technische Aspekte von Rüstungsbegrenzung, Abrüstung und internationaler Sicherheit, darunter z.B. so aktuelle Fragen wie
 - naturwissenschaftlich-technische Fragen der Entwicklung, des Einsatzes und der Wirkung thermonuklearer Waffen sowie Probleme der Verifikation von Teststoppabkommen,
 - naturwissenschaftlich-technische Aspekte eines umfassenden Verbotes chemischer Waffen oder
 - die Rolle des wissenschaftlich-technischen Fortschritts bei der Entwicklung friedlicher Alternativen und der Lösung globaler Probleme;
6. militärpolitische und -wissenschaftliche Fragen der Friedenssicherung, darunter z.B. solcher Probleme wie
 - theoretische und politische Fragen der Rolle von Krieg und Politik, von politischen und militärischen Mitteln und Friedenssicherung unter den Bedingungen des Nuklearzeitalters und
 - die Rolle von Militärdoktrinen, Militärstrategien und Streitkräftestrukturen angesichts neuer Dimensionen der Krieg-Frieden-Frage, das Verhältnis von Offensiv- und Defensivkonzeptionen; Probleme der Nichtangriffsfähigkeit;
7. die Rolle alternativer Friedens-, Sicherheits- und Abrüstungskonzeptionen in nichtsozialistischen Ländern für den Kampf um Friedenssicherung und Abrüstung, insbesondere die
 - Analyse demokratischer alternativer Sicherheitskonzeptionen unterschiedlicher sozialer und politischer Kräfte in kapitalistischen Ländern; Einschätzung ihrer politischen Relevanz oder

- Friedens-, Sicherheits- und Abrüstungspolitische Konzeptionen kommunistischer und Arbeiterparteien in den kapitalistischen Ländern; strategische Konsequenzen aus der Konzeption der friedlichen Koexistenz für den Kampf der revolutionären Arbeiterbewegung um Sozialismus und sozialen Fortschritt; die Beziehungen zwischen Friedenskampf und sozialem Kampf der Arbeiterbewegung;
- 8. Geschichte, Entwicklung, Lage und Perspektive der internationalen Friedensbewegung, darunter z.B.
 - Stellenwert und Veränderungen hinsichtlich des Problems von Krieg und Frieden im Massenbewußtsein imperialistischer Länder,
 - die quantitative und qualitative Entwicklung der Friedensbewegung in den imperialistischen Ländern; Engagement verschiedener Klassen und Schichten sowie politischer Kräfte in der Friedensbewegung, Verhältnis politischer Parteien, Gewerkschaften und neuer sozialer Bewegungen zur und in der Friedensbewegung,
 - die Rolle sozialistischer Friedenspolitik für die Entwicklung der internationalen Friedensbewegung;
- 9. Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, eine Thematik, die einschließt die Untersuchung von
 - Möglichkeiten und Perspektiven des Prozesses europäischer Sicherheit und Zusammenarbeit auf politischem, militärischem, ökonomischem und humanitärem Gebiet sowie
 - Grundprobleme der Entwicklung einer europäischen Friedensordnung; Perspektiven für das „gemeinsame Haus Europa“;
- 10. Fragen der Abrüstung und Entwicklung, also die Betrachtung von Friedenssicherung, Abrüstung und Überwindung der Unterentwicklung als zusammenhängende globale Probleme; ihre Bedeutung als Programmatik und das Wirken der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung; der Kampf um die Lösung dieser globalen Probleme als Feld von Massenbewegungen.

Der Wissenschaftliche Rat für Friedensforschung — das macht die Vielfalt der Forschungsrichtungen deutlich — hat im Gegensatz zu den meisten anderen wissenschaftlichen Räten in der DDR die Arbeit von Wissenschaftlern ganz unterschiedlicher Forschungsgebiete zu koordinieren. Naturwissenschaftler und Gesellschaftswissenschaftler, Mediziner, Militärwissenschaftler, Psychologen und Pädagogen sind in ihrem Engagement und in ihrer Bereitschaft, für den Frieden zu forschen, gefordert. Sie kommen von Hochschulen und Universitäten — also wissenschaftlichen Institutionen, die Lehre und Forschung miteinander vereinen — ebenso wie aus Akademieinstituten und anderen Forschungseinrichtungen, die keine Lehrverpflichtungen, sondern ausschließlich Forschungsaufgaben wahrzunehmen haben. Daraus erwachsen für die Flexibilität und das Organisationsvermögen der Leitung des Wissenschaftlichen Rates nicht geringe Anforderungen. Zugleich aber manifestieren sich hier auch vielfältige Möglichkeiten, von einer multidisziplinären Forschung, d.h. der Forschung für den Frieden innerhalb unterschiedlicher Disziplinen, zu einer interdisziplinären Forschung, also zur Zusammenführung und Inte-

gration der Forschungsergebnisse und Forschungsprozesse unterschiedlicher wissenschaftlicher Disziplinen überzugehen. Zugleich geben die Humboldt-Universität, Berlin und die Karl-Marx-Universität, Leipzig, neben anderen Einrichtungen des Hochschulwesens ein hervorragendes Beispiel dafür, wie Anliegen und Ergebnisse der Friedensforschung den Studenten nahe gebracht und zu einem Bestandteil ihrer Ausbildung gemacht werden können.

Den Problemen der Friedensforschung wird in der DDR von breiten Bevölkerungskreisen ebenso wie von zahlreichen Wissenschaftlern, gesellschaftlichen Organisationen und Institutionen hohe Aufmerksamkeit entgegengebracht. Das wurde besonders während des ersten Nationalen Friedenskongresses der Wissenschaftler der DDR deutlich, den der Wissenschaftliche Rat für Friedensforschung etwa ein Jahr nach seiner Gründung, am 25. und 26. November 1988 gemeinsam mit dem DDR-Komitee für wissenschaftliche Fragen der Sicherung des Friedens und der Abrüstung bei der Akademie der Wissenschaften der DDR in Berlin durchführte. An diesem Kongreß nahmen etwa 300 Wissenschaftler aus der DDR und einige ausländische Gäste teil. Sie repräsentierten die Friedensforschung im Bereich der Natur-, Technik-, Militär- und Gesellschaftswissenschaften an den Hochschulen und Universitäten, in Akademieinstituten und zentralen Forschungseinrichtungen. Darüber hinaus beteiligten sich aktiv Vertreter von Ministerien und staatlichen Dienststellen, gesellschaftlichen Organisationen und Kombinat. Dieser Kongreß, der nicht zufällig am Vorabend des zweiten Internationalen Friedenskongresses der Naturwissenschaftler in London stattfand, dokumentierte den Kurs der Friedensforschung der DDR auf die Schaffung interdisziplinärer wissenschaftlicher Ergebnisse. Er leitete in diesem Sinne eine neue Etappe der Friedensforschung in der DDR ein. Auf der Grundlage einer vorliegenden Projektskizze soll langfristig, d.h. unter Einbeziehung des nächsten Forschungsplanungszeitraumes von 1991—95, die Problematik „Europa und die Entwicklung moderner Produktivkräfte — neue Bedingungen und Herausforderungen für Friedenssicherung und Zusammenarbeit“ untersucht werden.

In diesem interdisziplinären Forschungsprojekt soll es darum gehen,

- Konzeptionen und Vorschläge für die Sicherung des Friedens und das friedliche Zusammenleben der Staaten in einem „gemeinsamen Haus Europa“ als Beitrag für die Lösung globaler Probleme zu entwickeln und zu diskutieren, insbesondere auf dem Gebiet nuklearer und konventioneller Abrüstung;
- die Erkenntnis zu verbreiten, daß in Europa weder ein nuklear noch ein konventionell geführter Krieg ohne schwerste Schäden für die Existenzgrundlagen menschlicher Zivilisation in dieser Region denkbar ist und deshalb alle Anstrengungen zur Verhinderung eines jeden Krieges unternommen werden müssen;
- die Auseinandersetzung mit Denken und Handeln in Kategorien nuklearer und konventioneller Abschreckung zu führen, deren Überwindung als Voraussetzung für eine Neugestaltung der internationalen Beziehungen und die Sicherung einer friedlichen Zukunft für die Menschheit zu betrachten ist.

Diese komplexe Orientierung wird sich auch in den wesentlichen Aufgabenstellungen der Friedensforschung der DDR für die nächsten Jahre — also langfristig — niederschlagen. Damit sind zugleich auch Hauptfelder für eine internationale Zusammenarbeit mit den Friedensforschern sozialistischer und kapitalistischer Länder umrissen. In diesem Sinne wird die Friedensforschung der DDR nicht nur die bewährten Formen internationaler Zusammenarbeit fortführen, sondern auch neue Bereiche und Methoden erschließen, in internationalen Gremien und Organisationen stärker mitwirken sowie die bereits langjährigen bilateralen Arbeitskontakte zu Einrichtungen der Friedensforschung anderer Länder ausbauen.

Die Zielstellung wird auch durch die Publikationstätigkeit des Wissenschaftlichen Rates unterstützt. Vierteljährlich erscheint in deutscher und künftig auch in englischer Sprache die Publikation „Forschung für den Frieden“.

Sie informiert über wichtige Ergebnisse aus der Arbeit des Wissenschaftlichen Rates und der in ihm vertretenen Institutionen, über wesentliche Forschungsergebnisse, Forschungsprojekte und Arbeitshypothesen. Daneben sollen auch Probleme und Beiträge aus der Friedensforschung anderer Länder wiedergegeben werden, die der internationalen Diskussion zu wichtigen Fragen Rechnung tragen. „Forschung für den Frieden“ soll in diesem Sinne einen Beitrag zu jenem weltweiten Dialog leisten, auf den wir bei der Gestaltung der Zukunft der Menschheit nicht verzichten können. Eine kleinere, ebenfalls vierteljährlich erscheinende dokumentarische Informationsschrift unter dem Titel „Daten — Fakten — Publikationen“ ist vor allem der Vermittlung sachbezogener Informationen über Neuerscheinungen, Institutionen der Friedensforschung und Veranstaltungen gewidmet. Diese Publikation wird zunächst nur in deutscher Sprache erscheinen.

Es bleibt abschließend zu erwähnen, daß der Wissenschaftliche Rat für Friedensforschung nicht über ein eigenes Forschungspotential verfügt, also nicht etwa mit einem Institut für Friedensforschung gleichzusetzen ist. Die Arbeit des Rates ist durch etwa vierteljährlich stattfindende Leitungssitzungen und in gleichem Rhythmus durchgeführte Ratstagungen gekennzeichnet. Die laufenden Aufgaben werden von einem Sekretariat wahrgenommen, das seinen Sitz im Gebäude des Instituts für Internationale Politik und Wirtschaft hat und unter der Adresse Wissenschaftlicher Rat für Friedensforschung, Breite Str. 11, DDR-1020 Berlin, Telefon: 233 2700, zu erreichen ist.

Die „Interdisziplinäre Arbeitsgruppe: Naturwissenschaft, Technik und Sicherheitspolitik (IANUS)“ an der Technischen Hochschule Darmstadt

*Jürgen Scheffran**

In der Forschung zu sicherheitspolitischen Fragen ist in der Bundesrepublik Deutschland der Beitrag der naturwissenschaftlichen und technischen Disziplinen bisher gering geblieben. Es bestehen große Unsicherheiten und Meinungsverschiedenheiten darüber, wie die jetzigen und zukünftigen Leistungen und Anwendungsmöglichkeiten neuer Technologien einzuschätzen sind; ihre Auswirkungen auf die Entwicklungen der sicherheitspolitischen Gesamtlage werden in der Regel erst im Nachhinein und dann noch unzureichend erfaßt. Die Beurteilung bleibt häufig auch bei solchen Problemen, die die europäische Sicherheit unmittelbar berühren, auf den Informationsfluß aus den USA angewiesen. Dort ist die Bedeutung der interdisziplinären Zusammenführung naturwissenschaftlicher und ingenieurwissenschaftlicher Expertise und sozialwissenschaftlichen Fachwissens frühzeitig erkannt worden. Sie zeigt sich bei halbamtlichen Einrichtungen genauso wie bei privaten „Think Tanks“, bei den Universitäten wie bei „Public Interest Groups“. In der Bundesrepublik ist dieser Verbund die Ausnahme.

An der Technischen Hochschule Darmstadt hat sich seit Ende 1987 eine Gruppe von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen zusammengefunden, schwerpunktmäßig aus dem natur- und ingenieurwissenschaftlichen Bereich unter Beteiligung von Gesellschaftswissenschaftlern, um diesem Defizit entgegenzuwirken. Bisher beteiligt sind Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aus folgenden Bereichen: Institut für Kernphysik, Fachbereich Praktische Informatik, Institut für Mikrobiologie, Fachbereich Mathematik, Institut für Politikwissenschaft, Fachgebiet Politische Ökonomie, Fachgebiet Ethik und Theologie. Der größte Teil der Finanzierung der Gruppe, u.a. mit drei hauptamtlichen Stellen, ist von April 1988 ab für zunächst drei Jahre von der Stiftung Volkswagenwerk übernommen worden. Der Rest der Finanzierung erfolgt aus Mitteln der Hochschule, unter anderem aus Mitteln des neugegründeten „Zentrums für Interdisziplinäre Technikforschung“ (ZIT).

Thematischer Kernpunkt der Forschungsgruppe ist die Früherkennung neuer naturwissenschaftlich-technischer Entwicklungen mit militärischer Be-

* Der Beitrag basiert auf einer Projektskizze von Mitarbeitern des Darmstädter Projekts, die von Jürgen Scheffran für diesen Band überarbeitet wurde.

deutung, um mit geeigneten Rüstungskontroll-Vorschlägen frühzeitig in destabilisierende Entwicklungen politisch eingreifen zu können. Der Projektverbund will zur Integration naturwissenschaftlicher und ingenieurwissenschaftlicher Expertise einerseits und gesellschaftswissenschaftlichen Fachwissens andererseits in der friedens- und sicherheitspolitischen Forschung beitragen. Er will die Qualifikation von Natur- und Ingenieurwissenschaftlern für Problemstellungen innerhalb von Friedensforschung und Sicherheitspolitik in enger Zusammenarbeit mit den anderen beteiligten Disziplinen verbessern und die Fähigkeit der in der Bundesrepublik mit diesen Fragen befaßten Experten zur Früherkennung der sicherheitspolitischen Bedeutung wissenschaftlicher, insbesondere rüstungstechnologischer Entwicklungen ausbauen.

Neben Kontakten zu den beiden anderen primär naturwissenschaftlich orientierten Gruppen in Bochum und Hamburg besteht eine Zusammenarbeit mit der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) sowie, vermittelt einer Gastprofessur von Professor Ulrich Albrecht, zur Berghof-Stiftung in Berlin. Darüber hinaus ergeben sich im konkreten Fall und auf der Projektebene weitere Verbindungen zu anderen Einrichtungen im In- und Ausland.

Folgende Aufgaben sollen von der Gruppe wahrgenommen werden:

- Beobachtung aktueller naturwissenschaftlich-technischer Entwicklungen mit möglicher rüstungstechnologischer Relevanz, Sammeln entsprechender Informationen und Abschätzung möglicher Weiterentwicklungen;
- Abschätzung jetziger und zukünftiger militärischer und nichtmilitärischer Anwendungsmöglichkeiten;
- Abschätzung der Auswirkungen solcher Entwicklungen auf die Sicherheitspolitik, insbesondere die Rüstungsdynamik, das militärische und politische Kräfteverhältnis sowie die Rüstungskontrolle;
- Erarbeitung von Handlungsvorschlägen, die der Verbesserung der Sicherheitslage und der Abrüstung sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene dienen;
- Erarbeitung eines systematischeren Verständnisses der Zusammenhänge zwischen technologischen Entwicklungen und sicherheitspolitischen Veränderungen;

In den verschiedenen Einzelprojekten wird die Problematik von mehreren Aspekten beleuchtet, die nach folgenden Begriffen strukturiert werden können:

- Ambivalenz und Dynamik militärisch relevanter Forschung & Entwicklung;
- Sicherheit, Stabilität und Komplexität neuartiger Rüstungstechnologien;
- Nukleare Abrüstung, Rüstungskontrolle und Verifikation;
- Frühwarnung und Verantwortung.

Im einzelnen werden bislang folgende Projekte verfolgt:

1. Im Projekt „Kernwaffen der dritten Generation“ sollen anhand grundlegender physikalischer Überlegungen Aussagen über den möglichen Aufbau und die Wirkungsweise verschiedener Konzepte von Kernwaffen der dritten Generation gemacht werden, insbesondere von Röntgenlasern, EMP-Waffen, Mikrowellenwaffen und Stoßwaffen mit kinetischer Energie. Die Untersuchung

beschäftigt sich mit den verschiedenen Möglichkeiten der Energieumformung bzw. -bündelung und mit möglichen militärischen Nutzungen der so erzeugten Wirkungen. Die möglichen Konsequenzen solcher Waffen für die Sicherheitslage und für Risiken und Chancen der Rüstungssteuerung sollen interdisziplinär erarbeitet werden.

2. Im Projekt „Alternativen zu nachweisbaren unterirdischen Tests für Forschung und Entwicklung von Kernwaffen“ geht es darum festzustellen, in welchem Maße Forschung und Entwicklung von Kernwaffen, insbesondere solcher der dritten Generation, auf nachweisbare unterirdische Tests angewiesen sind. Damit sollen — in Zusammenarbeit mit dem ersten Projekt — die Kriterien für die Einschätzung der Leistungsfähigkeit und der Defizite eines umfassenden Testverbots von Kernsprengsätzen verbessert werden. Anhand des Beispiels „Trägheitseinschlußfusion“ sollen Kriterien für eine allgemeine Methodik zur Früherkennung militärisch relevanter Technologien aufgestellt werden.

3. Das Projekt „Komplexität und Stabilität von Rüstungstechnologien“ untersucht die Risiken, die von der Verwendung neuer komplexer Waffensysteme ausgehen. Der Schwerpunkt des Projekts liegt auf der Struktur, der Zuverlässigkeit und Verwundbarkeit von C3I-Systemen (C3I = Command, Control, Communication and Intelligence). Die Auswirkungen von Funktionsstörungen, Unfällen, elektronischer Kriegführung und Angriffen, insbesondere die Problematik der Mensch-Maschine-Interaktion, sollen mit systemtheoretischen Methoden untersucht werden. Daraus sollen Kriterien für die Kontrolle, Begrenzung und Reduzierung komplexer und riskanter Rüstungstechnologien abgeleitet werden.

4. Das Projekt „Prüfbare Software“ widmet sich der Rolle der Datenverarbeitung in der Entwicklung der Rüstungstechnik. Insbesondere geht es um die Frage, ob die Qualität der eingesetzten Hard- und Softwarekomponenten überhaupt mit der wachsenden Komplexität der Waffensysteme in ihrem militärischen Verbund sowie mit den erweiterten Einsatzmöglichkeiten Schritt halten kann. Geprüft werden soll erstens, wie die Zuverlässigkeit der Datenverarbeitung verbessert werden kann, so daß unbeabsichtigte Katastrophen vermieden werden können; im interdisziplinären Dialog ist dann zweitens zu klären, welche sicherheitspolitischen Risiken trotz solcher möglichen Verbesserungen bestehen bleiben und daher einer politischen Bearbeitung bedürfen.

5. Im Projekt „Untersuchung der Entwicklung von Forschungsaktivitäten im Rahmen der militärischen Nutzung der Gentechnologie: Beitrag zum Technologie-Frühwarnsystem“ soll die Dynamik der Forschungsaktivitäten auf dem Gebiet der Gentechnologie daraufhin überprüft werden, welche dieser Arbeiten militärisches Interesse erwecken bzw. militärische Relevanz haben könnten. Insbesondere soll geprüft werden, welcher Stellenwert der B-Waffen-Konvention von 1972 (auch im Lichte der Ergebnisse der zweiten Überprüfungskonferenz von 1986) im Kontext dieser Forschungsaktivitäten noch zukommt.

6. Die Reichweite mathematischer Konfliktmodelle und ihre praktische Nutzenanwendung zur Beschreibung rüstungsdynamischer Phänomene sollen in einem weiteren Projekt untersucht werden. Dabei interessiert vor allem, in-

wieweit solche Modelle in der Rüstungskontrolldiskussion praktisch anwendbar sind, d.h. welche Stabilitätsbedingungen sich aus solchen Modellen ableiten lassen, wie sich aus den Modellen abgeleitete (theoretische) Konsequenzen mit den (praktischen) Konsequenzen der abgebildeten Wirklichkeit in Bezug setzen lassen und wie flexibel die Modelle hinsichtlich Veränderungen der Ausgangsparameter sind.

7. Das Anfang 1989 begonnene Projekt „Folgenabschätzung einer internationalen Tritiumüberwachung“ beschäftigt sich mit den Möglichkeiten und Auswirkungen einer Begrenzung des in Kernwaffen verwendeten Tritiums, insbesondere für Abrüstung und Proliferation. Dabei geht es u.a. um die Frage, ob der natürliche Zerfall des Tritiums (Halbwertszeit etwa 12 Jahre) für die Abrüstung genutzt werden kann, indem vorhandene Kernwaffen mit der Zeit „von selbst“ unwirksam und militärisch unbrauchbar werden. Um eine vertragliche Vereinbarung zur Kontrolle der bislang begrenzten Vorräte an Tritium (insbesondere der Produktion) zu verifizieren, müßte ein internationales Safeguardsystem ähnlich wie beim Nichtweiterverbreitungsvertrag entwickelt werden. Die damit verbundenen Fragen sollen in Teilprojekten unter politikwissenschaftlichen, ökonomischen und physikalisch-technischen Aspekten behandelt werden, die den Charakter von Promotionsstipendien haben.

8. In der weiteren Planung sollen zusätzliche Promotionsstipendien aus dem sozial- und gesellschaftswissenschaftlichen Bereich einbezogen werden.

Weiterhin wird eine Bibliothek zu naturwissenschaftlich-technischen Aspekten von Sicherheitspolitik und Friedensforschung aufgebaut. Langfristig ist beabsichtigt, ein Literatur-Informationssystem „Technologische Entwicklungen und ihre Konsequenzen für die Sicherheitspolitik“ aufzubauen. Dabei sollen bereits vorhandene Datensätze, die für die Forschungsgruppe insgesamt relevant sind, in das System übernommen und für alle Beteiligten verfügbar gemacht werden (zentrale Literaturverwaltung, Sammlung von in anderen Instituten laufend erfaßten Datenbeständen).

Das gemeinsame Konzept beinhaltet sowohl Forschung als auch Lehre. Die Möglichkeiten, die die Einbindung in die Hochschule bietet, sollen entsprechend genutzt werden. Die Lehrtätigkeit soll Grundlagen naturwissenschaftlich-technischer Probleme von Sicherheitspolitik fächerübergreifend sowohl aus der Sicht der Natur- und Ingenieurwissenschaften als auch der Gesellschaftswissenschaften vermitteln. Angestrebt ist neben der Behandlung der spezifischen Thematik die Vermittlung einer problemorientierten und interdisziplinären Arbeitsweise. Diese Lehrtätigkeit soll mit einer ständigen Reflexion der Methodik der Gruppe einhergehen und systematisch in den Rahmen des Schwerpunktthemas eingepaßt werden.

Angesichts der verschiedenen beteiligten Disziplinen und der Vielfalt der vorgestellten Themen dürfte der Erfolg des Gesamtprojekts mit davon abhängen, inwieweit eine Verbindung der projektbezogenen Einzelleistung, die innerhalb der jeweiligen Disziplin Anerkennung finden muß, mit der fachübergreifenden Problemlösung, die nur gemeinsam erfolgen kann, gelingt. Erste Erfahrungen mit interdisziplinärer Arbeit wurden bereits gesammelt, insbesondere mit der in den Einzeldisziplinen sehr unterschiedlichen Sprache, die

eine kollektive Klärung zentraler Begriffe erforderlich machte. Somit stellt die Darmstädter Forschungsgruppe, neben der eigentlichen Aufgabe, die Friedensforschung um naturwissenschaftlich-technische Aspekte zu bereichern, auch den Versuch dar, die überkommenen Grenzen der Disziplinarität zu überschreiten. Die dabei gemachten Erfahrungen könnten einer hierzulande erst in Ansätzen vorhandenen Technologiefolgen-Abschätzung bei nichtmilitärischen Technologien zugute kommen.

Friedenswissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum

**Interview mit Jürgen Altmann, Institut für Experimentalphysik der
Ruhr-Universität Bochum**

1. Die Losung „Wissenschaft für den Frieden“ soll an der Ruhr-Universität Bochum eine neue — jedenfalls größere — Bedeutung bekommen. Mit der Gründung eines Instituts für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht soll eine interdisziplinäre, Forschung und Lehre umfassende Arbeit koordiniert werden, die Wissenschaft ganz offiziell für Frieden und Abrüstung einzusetzen sucht. Sie haben in der Fakultät für Physik ein Forschungsprojekt begonnen, das mit dem neuen Institut kooperiert. Worum handelt es sich dabei? Wer trägt das Projekt, wie wurde es in Zeiten großer Mittelknappheit an den Hochschulen realisierbar?

Seit April 1988 läuft unser Projekt „Neue technische Mittel für kooperative Verifikation in Europa“. Wir wollen mit Methoden der Angewandten Physik untersuchen, welche Sensortechniken bei der Überprüfung von Abrüstungsmaßnahmen bei der konventionellen Rüstung eingesetzt werden könnten. Wir denken z.B. daran, daß man Panzer, die illegal die Begrenzung eines Reduzierungsraumes überschreiten würden, durch die Messung ihrer Schallemission sowie anhand von Bodenvibration nachweisen könnte. Ähnliche Techniken könnten helfen, den Bestand an Flugzeugen auf einem Militärflugplatz zu erfassen. Die Überprüfung von Beschränkungen der konventionellen Rüstung wird sicher mit einer ganzen Reihe weiterer Methoden erfolgen, von der kooperativen Inspektion vor Ort bis hin zu den aufwendigen unilateralen, sog. nationalen technischen Überprüfungsmitteln (v.a. Satelliten), die nur den USA und der UdSSR zur Verfügung stehen. Wir wollen uns spezifisch den kooperativen Techniken zuwenden und uns da auf die Sensoren im mittleren Entfernungsbereich, zwischen 20 Meter und vielleicht 2 km, konzentrieren.

Das Projekt wird völlig von der Stiftung Volkswagenwerk finanziert, und zwar im Rahmen ihres Schwerpunkts „Forschung und Ausbildung im Bereich der Sicherheitspolitik“. Der Antrag der Ruhr-Universität umfaßte weiterhin ein völkerrechtliches Projekt zu „Waffenwirkung und Umwelt“, das im neuen Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht durchgeführt wird. Der Antrag wurde auf drei Jahre bewilligt; ein Verlängerungsantrag um weitere zwei Jahre kann später gestellt werden.

2. Wie gehen Sie an die nicht-naturwissenschaftlichen, speziell die politischen Fragen heran?

Was völkerrechtliche Aspekte angeht, haben wir direkt an der RUB Kooperationspartner im neuen Institut. Politikwissenschaftliche Fragen wollen wir z.B.

durch Zusammenarbeit mit Instituten der Friedensforschung angehen, etwa der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung in Frankfurt, wo ich vor diesem Projekt zwei Jahre lang beschäftigt war. Was unsere eigentliche naturwissenschaftliche Arbeit angeht, gehen wir von der Arbeitshypothese aus, daß beide Bündnisse an Begrenzung, defensiver Umstrukturierung und Abbau der konventionellen Rüstung interessiert sind. Spezifische politische oder militärische Anforderungen an die Zuverlässigkeit der Überprüfung, an das tolerierbare Maß an Einsichtnahme in die je eigene Militärstruktur sowie an die Kosten eines Verifikationssystems wollen wir projektbegleitend aufnehmen, sobald sie Gestalt annehmen.

3. Sind Ihrerseits Gastvorträge, Kooperationsprojekte etc. mit Instituten im In- und Ausland vorgesehen? Und: können andere Hochschulen von Ihren Kenntnissen beim Aufbau ähnlicher Projekte einige Erfahrungen mit auf den Weg bekommen?

Wir haben das Projekt von Anfang an so angelegt, daß internationale Kooperation dazugehört. Bei unserem Thema bietet es sich vor allem an, auch mit Naturwissenschaftler(innen) und Techniker(inne)n aus den Ländern der Warschauer Vertragsorganisation (WVO) zusammenzuarbeiten. Im Bereich der Teststopp-Überprüfung gibt es ja ein gutes Vorbild durch die Zusammenarbeit des National Resources Defense Council in den USA mit der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. Ihr haben sich jetzt auch britische Geophysiker/innen angeschlossen. Warum soll ein ähnliches Vordenken und Ausprobieren möglicher technischer Lösungen nicht auch bei der konventionellen Abrüstung möglich sein? Ich kann mir vorstellen, daß gemeinsame Experimente sowie gemeinsam erarbeitete Kenntnisse und Vorschläge auf der Ebene der Naturwissenschaft dazu beitragen können, den Einigungsprozeß der beteiligten Staaten und Bündnisse über Verifikationsmethoden voranzubringen.

Was andere Hochschulen unseres Landes angeht, wollen wir fachlich mit den Hamburger Kolleg(inn)en zusammenarbeiten, die sich mehr den Fernsensoren (an Bord von Satelliten und vor allem Flugzeugen) zuwenden wollen. Wir sind gerne bereit, bei der Konzipierung und Beantragung ähnlicher Projekte an anderen Hochschulen mit Rat und Tat zu helfen.

4. Welche Verantwortung sehen Sie heute für den einzelnen Wissenschaftler im Zusammenhang mit der Rüstungsforschung? Ergeben sich aus dem oft auch militärischen Gebrauch wissenschaftlicher Erkenntnisse nicht Konflikte, selbst für die am Projekt aktiv Beteiligten?

Dies Thema ist zu breit, als daß ich es hier angemessen darstellen kann. Generell denke ich, daß Abrüstung einhergehen muß mit einem Abbau der Rüstungsforschung und -entwicklung sowie mit deren Umstrukturierung auf zivile, gesellschaftlich nützliche Projekte. Das ist nicht zuletzt deshalb erforderlich, damit nicht mühsam abgeschlossene Begrenzungsverträge durch neue, destabilisierende Waffentechniken unterlaufen werden.

Was uns betrifft, so wissen wir, daß in der Rüstungsforschung und -entwicklung an verwandten Themen gearbeitet wird — etwa an der Ortung von Panzern

durch Schall und Bodenvibration, um sie effektiver bekämpfen zu können. Diese Arbeit geschieht allerdings in der Regel geheim. Daher müssen wir auch Basisdaten neu messen — ein Problem, das hier nicht zum erstenmal auftritt. Unsere Forschung unterscheidet sich von Waffenforschung durch ihre Zielstellung und den späteren Einsatzkontext, der ein langfristiger, kooperativer ist. Insbesondere müssen Verifikationsgeräte und -systeme so ausgelegt werden, daß sie keine umfassende Ortsinformation über die beweglichen Systeme der anderen Seite geben. Andernfalls könnten diese Zielkoordinaten Überraschungsangriffe erleichtern und würden dadurch in einer Krise destabilisierend wirken. Ein weiterer Unterschied ist, daß unsere Ergebnisse veröffentlicht werden und somit weltweit zur Verfügung stehen.

5. Halten Sie es für möglich, das Projekt auch zum festen Bestandteil der Studienordnungen werden zu lassen, es dauerhaft zu verankern und so auch Nachwuchs-Naturwissenschaftler mit dem Spezialgebiet Abrüstung/Verifikation auszubilden?

Konkret bei uns haben gerade zwei Physiker Arbeiten begonnen, die zu Dissertationen führen sollen. Generell möchte ich sagen, daß bei der Bedeutung, die Wissenschaft und Technik heute für die Rüstung haben, entsprechender Sachverstand ebenso für Rüstungsbegrenzung und Abrüstung erforderlich ist. Bei der Ausbildung solcher Naturwissenschaftler/innen hat die Bundesrepublik — wie auch viele andere Länder — einen großen Nachholbedarf.

Ich halte eine Verankerung einer naturwissenschaftlich-technisch orientierten Friedens- und Abrüstungsforschung und entsprechender Lehre an Universitäten unseres Landes für nötig — und auch für möglich. Im Rahmen eines zeitlich begrenzten Projekts kann man nicht viel mehr als ein Beispiel geben. Dauerhafte Verankerung ist möglich, wenn bei vielen Beteiligten — der Fakultät, der Universität, dem Bundesland — genügend guter Wille vorhanden ist.

6. Letzte Frage: Glauben Sie, daß die Ergebnisse Ihrer Arbeit Wirkung auf den Entspannungs- und Abrüstungsprozeß haben werden?

Wir sind uns darüber im klaren, daß der Übergang der NATO- und WVO-Staaten von Konfrontation und Hochrüstung zu Kooperation und Abrüstung zuallererst eine politische Frage ist, und beim grundlegenden Ändern einer politischen Orientierung spielen sicherlich andere Faktoren eine erheblich wichtigere Rolle als naturwissenschaftlich-technische Ergebnisse — nehmen sie z.B. den Abschluß des INF-Vertrags. Andererseits könnte es sein, daß eines nicht zu fernem Tages die Existenz ausgefeilter, zuverlässiger, nicht zu stark spionageverdächtiger und nicht zu teurer Überprüfungsverfahren den Verhandlungspartnern in Wien eine schnellere Einigung erlaubt. Und schließlich kann man sich vorstellen, daß der Verweis auf solche Methoden ein wenig dazu beitragen kann, bei Entscheidungsträgern und allgemeiner Öffentlichkeit das politische Klima in Richtung auf Abrüstung zu verstärken.

IMSF 1988

Publikationen, Veranstaltungen, wissenschaftliche Beiräte

(Ohne Veröffentlichungen des IMSF oder seiner Mitarbeiter in Zeitschriften, in von Dritten herausgegebenen Sammelbänden usw. Dieser Bericht setzt die Übersicht aus Bd. 13, 1987, S. 415-420, der „Marxistischen Studien“ fort. Hinzuweisen ist auf die Gesamtbibliographie der IMSF-Publikationen: „IMSF 1968-1988. Arbeitsgebiete — Bibliographie — Veranstaltungsübersicht. Herausgegeben vom IMSF“, Frankfurt/M. 1988. Der Berichtszeitraum dieser Übersicht reicht von September 1987 bis Dezember 1988.)

Wissenschaftlicher Beirat des IMSF

Dem wissenschaftlichen Beirat des IMSF gehören an: *Dr. Hermann Bömer, Dortmund; Prof. Dr. Dieter Boris, Marburg; Dr. Christoph Butterwegge, Bremen; Prof. Dr. Frank Deppe, Marburg; Dr. Heike Fießner, Oldenburg; Prof. Dr. Georg Fülberth, Marburg; Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Bremen; Johanna Hund, Hamburg; Prof. Dr. Hans Jürgen Krysmanski, Münster; Dr. Martin Kutscha, Hamburg; Prof. Dr. Lothar Peter, Bremen; Prof. Dr. Jan Prieue, Darmstadt; Prof. Dr. Hans Jörg Sandkühler, Bremen; Prof. Dr. Josef Schleifstein, Frankfurt/M.; Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling, Frankfurt/M.; Dr. Angelina Sörgel, Bremen; Dr. Robert Steigerwald, Eschborn.*

Zentrum für Marxistische Friedensforschung beim IMSF (ZMF) — Wissenschaftliches Kuratorium

Wolfgang Bartels, Trier; Dr. Christoph Butterwegge, Bremen; Peter Dietzel, Bonn; Helga Genrich, Königswinter; Prof. Dr. Georg Grasnack, Berlin/DDR; Dr. Bernd Greiner, Hamburg; Karl-Heinz Hansen, Berg-Freisheim; Dr. Wolfgang Hofkirchner, Wien/Österreich; Prof. Dr. Hans Heinz Holz, Groningen/Niederlande; Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Bremen; Jürgen Jürgens, Köln; Prof. Dr. Gerhard Kade, Berlin (West); Lorenz Knorr, Frankfurt/M.; Prof. Dr. Hans Jürgen Krysmanski, Münster; Kurt Lund, Kopenhagen/Dänemark; Werner Pfennig, Stuttgart; Dr. Wladimir W. Rasmerow, Moskau/UdSSR; Dr. Fred Schmid, München.

I. Publikationen und Veranstaltungen des IMSF

I.A Publikationen des IMSF

1. Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 14, 1988: Die Französische Revolution 1789-1989. Revolutionstheorie heute. Themen: Die Französische Revolution im Lichte der vergleichenden Revolutionsforschung — Hauptprobleme der Französischen Revolution in der heutigen Diskussion der internationalen Forschung: Bewegungen und Strukturen/Ideologisch-politischer Überbau/Rezeption bei Marx, Engels, Lenin — Die Auswirkung: die deutschen Länder — Französische Revolution und Revolutionstheorie heute — Aspekte. Frankfurt/M. 1988, 530 S. ISBN 3-88807-055-4.
2. Arbeitsmaterialien des IMSF Band 21: Die Zukunft der Städte und Regionen — Kämpfe und Kampffelder einer alternativen Kommunalpolitik. Materialien eines kommunalpolitischen Kolloquiums des IMSF am 27./28. September 1986 in Gladbeck. Frankfurt/M. 1988, 252 S. ISBN 3-88807-045-7.
3. Arbeitsmaterialien des IMSF Band 22: „Vernunft wird Unsinn, Wohltat Plage ...“. Die Linke und der Fortschritt. Frankfurt/M. 1987, 162 S. ISBN 3-88807-048-1.
4. Arbeitsmaterialien des IMSF Band 23: Wissenschaftlich-technische Revolution und Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Materialien einer gemeinsamen Tagung des Instituts für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR (IMEMO), Moskau, des Instituts für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR (IPW), Berlin/DDR, und des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/M., am 2. und 3. Juni 1987 in Frankfurt/M. Frankfurt/M. 1988, 230 S. ISBN 3-88807-050-3.
5. Arbeitsmaterialien des IMSF Band 24: Alltag — Lebensweise — Kultur. Kulturwissenschaftliche Beiträge aus der Ungarischen Volksrepublik und der Bundesrepublik Deutschland. Herausgegeben vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen. Frankfurt/M. 1988, 201 S. ISBN 3-88807-051-1.
6. Arbeitsmaterialien des IMSF Band 25: Perestroika und die Linke in der Bundesrepublik. Zu den aktuellen Umgestaltungsprozessen in der UdSSR. Herausgegeben vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen und der Zeitschrift „sozialismus“. Beiträge der gemeinsamen Tagung „Umbruch in der Sowjetunion?“, Frankfurt/M., 5. September 1987, veranstaltet vom Institut für Internationale Arbeiterbewegung der AdW der UdSSR (IMRD), Moskau, der Zeitschrift „sozialismus“, Hamburg, und dem Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/M. Frankfurt/M. 1988, 129 S. ISBN 3-88807-052-X.
7. Arbeitsmaterialien des IMSF Band 26: Zukunft von Technik und Arbeit — Alternativen und Strategien der Arbeiterbewegung. Materialien einer Diskussionstagung des IMSF am 21. und 22. November 1987 in Frankfurt/M. Herausgegeben vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen. Frankfurt/M. 1988, 270 S. ISBN 3-88807-053-8.

8. Arbeitsmaterialien des IMSF Band 27: Die Politische Ökonomie des Lohnverzichts. Oskar Lafontaine und die linke Zukunftsdiskussion. Eine kritische Auseinandersetzung. VerfasserInnen: Autorengruppe. Frankfurt/M. 1988, 71 S. ISBN 3-88807-054-6.
9. Arbeitsmaterialien des IMSF Band 28: Reformalternative. Ein marxistisches Plädoyer. Verfasser: J. Huffschnid, H. Jung. Frankfurt/M. 1988, 155 S. ISBN 3-88807-056-2.
10. Arbeitsmaterialien des IMSF Band 30: Vom Widerstand zur Reformbewegung? Soziale Bewegungen in Krisenregionen und -branchen. Rheinhausen — Hattingen — Maxhütte — Werften. VerfasserInnen: H. v. Bargen, R. Behrendt, U. Bohnenkamp, F. Fiehler, A. Haage, K. Pickshaus, G. v. Randow, R. Schlitt. Frankfurt/M. 1988, 161 S. ISBN 3-88807-058-9.
11. IMSF 1968-1988. Arbeitsgebiete — Bibliographie — Veranstaltungsübersicht. Herausgegeben vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen. Frankfurt/M. 1988, 119 S. ISBN 3-88807-062-7.
12. Broschürenreihe „Durchblick“, hrsg. vom IMSF, Heft 9: Zukunft der Arbeit. Verfasser: G. v. Randow. Edition Marxistische Blätter c/o Plambeck & Co., Neuß 1988, 16. S.
13. IMSF (Hrsg.), Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse. Vierteljährliche Konjunkturübersicht. Beilage zur Zeitschrift „Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik“. Verfasser: J. Goldberg, K. Pickshaus u.a. Nachrichten-Verlag, Frankfurt/M. 1988, vier Ausgaben, jeweils 12 S.
14. Jörg Goldberg, Von Krise zu Krise. Die Wirtschaft der Bundesrepublik im Umbruch. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1988, 272 S.
15. Hochschule — Wissenschaft — Gesellschaft im Jahr 2000. Materialien einer Konferenz des MSB-Spartakus unter Beteiligung des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF, Frankfurt/M.) am 7./8. Mai 1988 in Marburg/Lahn. Hrsg.: Bundesvorstand des MSB Spartakus. Neuß 1988, 308 S.

1988 erschienen in Nachauflagen:

1. Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 13, II/1987. Umbrüche: Beherrschbarkeit der Technik — Rationalisierungstyp und Technologiepolitik — Tendenzen politischer Kultur. Frankfurt/M. 1987, 429 S.; 2. A. 1988. ISBN: 3-88807-049-X.
2. Theorie und Methode Band 8: Matriarchat und Patriarchat. Zur Entstehung der Familie. Ethnographische Forschung/theoretische Diskussion: Beiträge aus der UdSSR, den USA, der DDR. Frankfurt/M. 1986, 201 S.; 2. A. 1987; 3. A. 1988. ISBN: 3-88807-002-3.
3. Theorie und Methode Band 9: Herrschaftselite. Politisches Verhalten. Politische Kultur. Zur politischen Soziologie des heutigen Kapitalismus. Verfasser: A.A. Galkin. Frankfurt/M. 1986, 243 S.; 2. A. 1988. ISBN 3-88807-039-2.

4. Informationsberichte des IMSF Nr. 41: Große Krisen des Kapitalismus — Lange Wellen der Konjunktur? Frankfurt/M. 1985, 173 S.; 2. A. 1988. ISBN: 3-88807-006-6.
5. Arbeitsmaterialien des IMSF Band 19: Die Dritte Welt in der Schuldenkrise — Rolle der Bundesrepublik — Diskussionen und Alternativen. Frankfurt/M. 1986, 295 S.; 2. A. 1988. ISBN 3-88807-043-0.

I.B Konferenzen, Seminare, Veranstaltungen des IMSF

1. „Zukunft von Technik und Arbeit — Alternativen und Strategien der Arbeiterbewegung“. Tagung des IMSF, 21./22. November 1987, Frankfurt/M., 700 TeilnehmerInnen. Vorträge und Diskussionsrunden im Plenum und in 10 Arbeitsgruppen. Einleitende Beiträge: A. Leisewitz, W.J. Röder, H. Lange, L. Peter, G. Werckmeister, St. Voets, H. Karl, G. v. Randow, R. Ullrich, R. Einkenel, G. Schmidt, H. Bethge, U. Schumm-Garling, M. Wellmann, P. Zimmermann, H. Pfäfflin. Podiumsdiskussion „Modernisierungsschub, neue Technik, gesellschaftlicher Umbruch: Braucht die Arbeiterbewegung eine neue Strategie?“ mit: U. Briefs, F. Deppe, E. Fehrmann, W. Petschick, M. Schlecht, W. Stürmann, M. Wendel. Konferenzmaterialien: Zukunft von Technik und Arbeit — Alternativen und Strategien der Arbeiterbewegung, Arbeitsmaterialien des IMSF, Bd. 26, Frankfurt/Main 1988, 270 S.; Berichte und Auszüge in: Nachrichten 1/88; Marxistische Blätter 12/87.
2. „Klasse & Geschlecht“. Frauenkonferenz des IMSF, 17./18. Sept. 1988, Frankfurt/M., 300 TeilnehmerInnen. Vorträge und Diskussionen im Plenum und in acht Arbeitsgruppen. Vorträge und einleitende Beiträge: A. Steinberg, Prof. Dr. U. Osterkamp, M. Friese, M. Konze/I. Nödinger, V. Kissel, R. Lück, Prof. Dr. H. Kuhrig (Berlin/DDR), M. Schütte. Plenumsdiskussion „Klassenwiderspruch/Geschlechterwiderspruch in der Politik von Frauenbewegung und Arbeiterbewegung“ mit Prof. Dr. U. Beer, M. Jansen, H. Knake-Werner und C. Pust. Plenumsdiskussion „Zukunftsentwürfe — Stellenwert — Ziele und Strategien von Gleichstellung“ mit B. Landefeld, K. Bergdoll und C. Vocke. Konferenzmaterialien: Klasse und Geschlecht, Frankfurt/M. 1989.
3. „1789-1989: Französische Revolution und Revolutionsdiskussion heute“. Kolloquium des IMSF, Frankfurt/M., 8. Okt. 1988, 130 TeilnehmerInnen. Einleitende Beiträge: Prof. Dr. M. Kossok (Leipzig), Dr. S. Petersen (Hamburg), Prof. Dr. M. Vovelle (Paris), Dr. J.H. v. Heiseler. Konferenzmaterialien: Einleitende Beiträge in Marxistische Blätter 3/1989; Bericht in: Marxistische Blätter 1/1989; Das Argument 172 (1988).
4. „Perestroika und Sozialismuskonzeption“. Gemeinsame Tagung des IMSF und der Zeitschrift „Marxistische Blätter“, 22. Oktober 1988, Frankfurt/M., 180 TeilnehmerInnen. Einleitende Beiträge: Prof. Dr. J.A. Krasin (Moskau), Prof. Dr. W.P. Jerusalimskij (Moskau). Diskussion „Perestroika und die Linke im Westen“ mit Prof. Dr. J.A. Krassin, Dr. K. Neumann, K. Roth, F. Sommerfeld, Dr. R. Steigerwald, Prof. Dr. J. Woltenberg. Konferenzmaterialien: Einleitende Beiträge in Marxistische

- Blätter 12/1988 und 1/1989; Bericht in: *Konsequent* (West-Berlin) 4/1988; *Das Argument* 172 (1988).
5. „Wissenschaft, demokratische und Arbeiterbewegung heute“. Kolloquium aus Anlaß des zwanzigjährigen Bestehens des IMSF, Frankfurt/M., 19. November 1988, 60 TeilnehmerInnen. Einleitende Beiträge: Prof. Dr. J. Schleifstein, Prof. Dr. U. Schumm-Garling, Prof. Dr. F. Deppe, G. Deumlich, Dr. U. Briefs, Prof. Dr. J. Huffschild, Dr. H. Jung.
 6. „Kulturhistorische Proletariatsforschung“. Diskussionsrunde des IMSF-Arbeitskreises „Lebensweise der Arbeiterklasse“, Frankfurt/M., 10. Oktober 1987, 30 TeilnehmerInnen. Einleitender Beitrag: Prof. Dr. D. Mühlberg (Humboldt-Universität, Berlin/DDR).
 7. Arbeitskreis „Marx-Engels-Forschung“ beim IMSF in Verbindung mit der Marx-Engels-Stiftung (Wuppertal). Konstituierende Sitzung, Frankfurt/M., 24. Oktober 1987, 20 TeilnehmerInnen. Einleitende Beiträge: Dr. W. Schwarz, Prof. Dr. H.J. Sandkühler, Dr. L. Lambrecht.
 8. „Niccolò Machiavelli — Zur Kritik der reinen Politik“. Öffentlicher Vortrag von Prof. Dr. F. Deppe (Marburg) im Rahmen der Reihe „IMSF-Vorträge“, 4. Nov. 1987.
 9. „Konturen und Widersprüche des konservativen Blocks heute in der BRD“. Diskussionsrunde des IMSF-Arbeitskreises „Analyse und Kritik des Konservatismus“, Frankfurt/M., 7. Nov. 1987, 15 TeilnehmerInnen. Einleitende Beiträge: K. Wanner, Dr. K. Naumann, Dr. M. Weingarten, J. Kaiser, K. Faller.
 10. „Entwicklungstendenzen des Arbeitsrechts in Westeuropa“. Werkstattgespräch des IMSF-Arbeitskreises „Marxistische Staats- und Rechtstheorie“, Frankfurt/M., 5. Dez. 1987. Einleitender Beitrag: Prof. Dr. M. Premßler (Karl-Marx-Universität Leipzig).
 11. „Soziale Bewegungen in Krisenbranchen und -regionen“. IMSF-Diskussionsrunde, Essen, 9. Jan. 1988, 15 TeilnehmerInnen. Einleitende Beiträge: G. v. Randow, K. Pickshaus.
 12. „Neuer Rationalisierungstyp und Probleme betrieblicher Politik: Neue Technik — Demokratisierung — Kontrollforderungen und -rechte“. Diskussionsrunde des IMSF-Arbeitskreises „Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und soziale Folgen“, Frankfurt/M., 20. Febr. 1988, 40 TeilnehmerInnen. Einleitende Beiträge: E. Becker-Töpfer, Dr. J.H. v. Heiseler, Prof. Dr. L. Peter, G. Trautwein-Kalms. Bericht in: *Marxistische Blätter* 4/1988.
 13. „Gewerkschaften — Lebensweise — Kultur(arbeit)“. Diskussionsrunde des IMSF-Arbeitskreises „Lebensweise der Arbeiterklasse“, Frankfurt/M., 28. Mai 1988, 65 TeilnehmerInnen. Einleitende Beiträge: Dr. K. Johansson, A. Keller, Dr. K. Maase. Konferenzmaterialien: *Lebensweise und Organisationskultur. Neue Fragen gewerkschaftlicher Kulturarbeit, Arbeitsmaterialien des IMSF, Bd. 29, Frankfurt/Main 1989.*
 14. „Recht und Justiz bei der Entwicklung der sozialistischen Demokratie“. Diskussionsrunde des IMSF-Arbeitskreises „Marxistische Staats- und Rechtstheorie“, Frankfurt/M., 2. Juni 1988, 25 TeilnehmerInnen. Einleitende Beiträge: Prof. Dr. J.U. Heuer (Berlin/DDR), Prof. Dr. J. Perels.

15. „Voraussetzungen und Probleme der Marx-Engels-Forschung“. Diskusstagung der Arbeitsgemeinschaft „Marx-Engels-Forschung“ beim IMSF in Verbindung mit der Marx-Engels-Stiftung (Wuppertal), Frankfurt/M., 11./12. Juni 1988, 40 TeilnehmerInnen. Einleitende Beiträge: Dr. W. Schwarz, Dr. W. Goldschmidt, Prof. Dr. E. Kundel (Institut für Marxismus-Leninismus, Berlin/DDR), Dr. A. Tschepurenko (Institut für Marxismus-Leninismus, Moskau), A. Otto, Dr. H.-G. Backhaus, Dr. L. Lambrecht, Prof. Dr. A. Mazzone (Siena). Konferenzmaterialien: Rundbrief 2 der AG Marx-Engels-Forschung. Veröffentlichung des Protokollbandes in der „Schriftenreihe der Marx-Engels-Stiftung“ in Vorbereitung.
16. „SMK-Theorie — Entwicklungswege und -varianten — Reformalternative“. IMSF-Diskussionsrunde zu „Grundfragen einer friedensorientierten und demokratischen Reformalternative“, Frankfurt/M., 24. September 1988, 30 TeilnehmerInnen. Einleitende Beiträge: Dr. J. Goldberg, Dr. H. Jung, W. Stürmann, A. Engelhardt.
17. „Kommunale, regionale, betriebs- und branchenbezogene Zukunfts- und Reformprogramme — Konzeptionen, Erfahrungen, theoretische Fragen“. IMSF-Diskussionsrunde zu „Grundfragen einer friedensorientierten und demokratischen Reformalternative“, Frankfurt/M., 14. Okt. 1988, 70 TeilnehmerInnen. Einleitende Beiträge: R. Hamel, St. Lehdorff, S. Rutz, M. Zachmann.
18. „Gattungs- und Klassenfragen und sozialer Fortschritt heute“. IMSF-Diskussionsrunde, Frankfurt/M., 21. Okt. 1988, 50 TeilnehmerInnen. Einleitender Beitrag: Prof. Dr. J.A. Krassin (Moskau).
19. „Kulturtheoretische Analyse der Geschlechterbeziehungen“. Diskussionsrunde des Frauenarbeitskreises beim IMSF, Frankfurt/M., 5. Nov. 1988, 20 TeilnehmerInnen. Einleitender Beitrag: Prof. Dr. I. Dölling (Berlin/DDR).
20. „Individuum und Kultur“. Diskussionsrunde des IMSF-Arbeitskreises „Lebensweise der Arbeiterklasse“, Frankfurt/M., 6. November 1988, 20 TeilnehmerInnen. Einleitender Beitrag: Prof. Dr. I. Dölling (Berlin/DDR). Bericht in: Marxistische Blätter 12/1988.
21. „Strukturkrise des Kapitalismus — Neue Technologien — Lange Wellen der Konjunktur“. Vortragsreihe mit Prof. Dr. S. Menschikow (Moskau/Prag) im Wintersemester 1987/88, organisiert in Zusammenarbeit mit Hochschullehrern bzw. Gruppen des MSB Spartakus. Vorträge in Frankfurt, Bremen, Hamburg und Marburg.
22. „Hochschule — Wissenschaft — Gesellschaft im Jahr 2000“. Konferenz des MSB Spartakus unter Beteiligung des IMSF, Marburg, 7./8. Mai 1988, 400 TeilnehmerInnen. Materialien: Hochschule — Wissenschaft — Gesellschaft im Jahr 2000, Neuß 1988, 320 S. Bericht in: rote blätter 6/1988.
23. „Das Seminar“ für Studierende aus DKP-Hochschulgruppen und MSB-Gruppen an hessischen Hochschulen, 3. Okt. bis 8. Okt. 1988, Frankfurt/M. Veranstalter: DKP Hessen in Zusammenarbeit mit dem IMSF.

II. Publikationen und Veranstaltungen des ZMF

II.A Publikationen des ZMF

1. ZMF-Diskussionsbeiträge Band 2: US-Politik im Wandel? Strategische Abrüstung, ABM-Vertrag und die Zukunft von SDI. Verfasser: J. Sommer. Frankfurt/Main 1988, 80 S. ISBN 3-88807-702-8.
2. ZMF-Diskussionsbeiträge Band 3: Neues Denken im Nuklearzeitalter. Frieden und gesellschaftlicher Fortschritt. Beiträge von: I. Bestushew-Lada, G. Grasnick, H.H. Holz, H. Bömer, B.P. Löwe, J. Reusch, J. Schleifstein, K. Lund, A. Engelhardt, G. Matzke, W.-D. Gudopp, W. Hofkirchner, J. Huffs Schmid, W. Pfennig, W. Bartels, Chr. Butterwegge, W. Rasmerow, H.J. Krysmanski. Frankfurt/M. 1988, 127 S. ISBN 3-88807-703-6.
3. Betrifft: Rüstung ... 88/89. BRD-Militärausgaben: Ausmaß — Grenzen — Zukunftstrends. Sicherheitspolitik im Wandel. Abrüstungsalternativen. Verfasser: W. Bartels, E. Dähne, U. Dolata, D. Engels, A. Gottschalk, W.-D. Gudopp, K. Hug, H.-J. Kawalun, G. Matzke, H. Reichel, J. Reusch, K. Seidel, D. Schulze-Marmeling, W. Schwarz, M. Villon, K.-P. Weiner, G. Werckmeister, H. Werner. Frankfurt/M. 1988, 264 S. ISBN 3-88807-704-4.
4. ZMF-Arbeitsmaterialien Nr. 1/1988: Mindestens 90 Milliarden DM zuviel. Analyse und Abrüstungsvorschläge zum Regierungsentwurf des Einzelplanes 14. Frankfurt/M. 1988, 29 S. ISBN 3-88807-706-0.
5. ZMF-Arbeitspapiere Nr. 2/1988: J. Reusch, Gemeinsame Sicherheit; G. Matzke, Auf der Suche nach Abrüstung. Frankfurt/M. 1988, 31 S. ISBN 3-88807-707-9.
6. J. Reusch, Neue Sicherheitspolitik im Nuklearzeitalter. Köln 1988, Pahl-Rugenstein Verlag, 348 S. ISBN 3-7609-1111-0.

II.B Veranstaltungen des ZMF

1. „Neues Denken im Nuklearzeitalter“. Wissenschaftliches Kolloquium des ZMF, Frankfurt/M., 24. Oktober 1987, 80 TeilnehmerInnen. Einleitende Beiträge: Prof. Dr. I. Bestushew-Lada, Prof. Dr. G. Grasnick, Prof. Dr. H.H. Holz. Konferenzmaterialien: ZMF (Hrsg.), Neues Denken im Nuklearzeitalter, Frankfurt/M. 1988.
2. „Ziviler Kapitalismus? Zur Frage der Abrüstungs- und Friedensfähigkeit des staatsmonopolistischen Kapitalismus“. IMSF-Diskussionsrunde zu „Grundfragen einer friedensorientierten Reformalternative“. Frankfurt/M., 10. Sept. 1988, 40 TeilnehmerInnen. Einleitende Beiträge: Dr. J. Reusch, P. Dietzel.
3. „Abrüstung in der Bundesrepublik — politische und ökonomische Aspekte; Möglichkeiten, Realisierungsbedingungen, Hindernisse. Anforderungen an Politik und Wissenschaft“. ZMF-Diskussionsrunde, Frankfurt/M., 10. Dez. 1988, 35 TeilnehmerInnen. Einleitende Beiträge: Dr. J. Reusch, Prof. Dr. G. Grasnick (Berlin/DDR), G. Matzke, Dr. W. Schwarz (Berlin/DDR).

Autorinnen und Autoren

Dr. Jürgen Altmann, Essen, geb. 1949, Physiker; Arbeitsgebiet: Naturwissenschaftlich-technisch orientierte Abrüstungsforschung.

Ingo Arend, M. A., Bonn, Politologe, Journalist, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Informationsstelle Wissenschaft und Frieden e.V. (IWIF), Bonn, Redakteur des „Informationsdienst Wissenschaft und Frieden“, Mitglied im Bundesvorstand der Jungsozialisten in der SPD.

Wolfgang Bartels, Igel bei Trier, geb. 1949, Publizist; Arbeitsgebiete: Militär- und Rüstungspolitik, NATO-Fragen, US-Streitkräfte, Bundeswehr.

Peter Barth, Starnberg, geb. 1947, Dipl.-Ing. (FH), Dipl.-Politologe, wissenschaftlicher Koordinator beim Forschungsinstitut für Friedenspolitik, Redakteur der Monatsschrift MEDIATUS.

Klaus Benjowski, Berlin/DDR, geb. 1935, Sekretär des Wissenschaftlichen Rates für Friedensforschung an der Akademie der Wissenschaften der DDR.

Peter Brollik, Düsseldorf, geb. 1952, Buchhändler/Verlagslektor, 1984 Geschäftsführer der Friedensliste, Koordinator des Diskussionskreises „Initiative Dialog Europa“ (I:DE).

Dr. Christoph Butterwegge, Bremen, geb. 1951, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Fachbereich Erziehungs- und Sozialwissenschaften der Universität Bremen, Lehrbeauftragter an der Universität/GHS Duisburg; Arbeitsgebiete: Friedensforschung, Staatstheorie und Geschichte der Sozialdemokratie.

Armin Cullmann, München, geb. 1944, Schriftsetzer, Mitglied des Bezirkssekretariats der DKP Südbayern; Arbeitsgebiete: Rüstungskonversion, betriebliche Friedensarbeit.

Peter Dietzel, Duisburg, geb. 1947, Dipl.-Soziologe, Abteilungsleiter beim Parteivorstand der DKP; Arbeitsgebiete: Internationale Politik und Friedenspolitik.

Ulrich Dolata, Bremen, geb. 1959, Ökonom, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Bremen; Arbeitsgebiete: Neue Technologien, Krisen- und Regulierungstheorie.

Rainer Falk, Hamburg, geb. 1952, Dipl.-Soziologe, Publizist; Arbeitsgebiete: Entwicklungspolitik und Nord-Süd-Beziehungen, Außenpolitik und -wirtschaft der BRD, politische und soziale Strukturen und Bewegungen Afrikas.

Berthold Goergens, Frankfurt/M., geb. 1948, Dipl.-Ing. (FH), Redakteur der Zeitschrift „Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik“; Arbeitsgebiete: Jugend- und Bildungspolitik, Technologiepolitik.

Prof. Dr. Georg Grasnick, Berlin/DDR, geb. 1927, stellvertretender Direktor des Instituts für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW) der DDR.

Dr. Bernd Greiner, Hamburg, geb. 1952, Mitarbeiter am Hamburger Institut für Sozialforschung; Arbeitsgebiete: Amerikanistik unter besonderer Berücksichtigung der Außenpolitik, Theorie internationaler Beziehungen.

Dr. Wolf-Dieter Gudopp, Frankfurt/M. geb. 1941, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Zentrums für Marxistische Friedensforschung beim IMSF; Arbeitsgebiete: Friedensbewegung, Neues Denken.

Corinna Hauswedell, Bonn, geb. 1953, Historikerin, Wissenschaftsjournalistin; Arbeitsgebiete: Kriegszielpolitik im 1. und 2. Weltkrieg, Europapolitik, Wissenschaft und Friedensbewegung, Friedenswissenschaft an den Hochschulen.

Prof. Dr. Horst Heininger, Berlin/DDR, geb. 1928, Leiter der Hauptabteilung Ökonomie des Instituts für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW) der DDR.

Prof. Dr. Jörg Huffschnid, Bremen, geb. 1940, Hochschullehrer an der Universität Bremen; Arbeitsgebiete: Politische Ökonomie, Monopolfragen, ökonomische und soziale Probleme von Rüstung.

Margret Johannsen, Hamburg, geb. 1946, Studienrätin, wissenschaftliche Mitarbeiterin des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg; Arbeitsgebiete: Alternative Sicherheitskonzepte und Gemeinsame Sicherheit in der Friedenserziehung.

Dr. sc.oec. Heinz Jung, Frankfurt/M., geb. 1935, Wirtschaftswissenschaftler, Leiter des IMSF; Arbeitsgebiete: zeitgenössische Kapitalismustheorie und -analyse.

Hans-Jürgen Kawalun, Köln, geb. 1951, Referent beim Parteivorstand der DKP; Arbeitsgebiete: Militär- und Sicherheitspolitik, Mitarbeit in friedenspolitischen Bündnissen.

Prof. Dr. Dieter Klein, Berlin/DDR, geb. 1931, Wirtschaftswissenschaftler, Prorektor für Gesellschaftswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin.

Lorenz Knorr, Frankfurt, geb. 1921, Publizist, Vizepräsident des Internationalen Verbindungsforums der Friedenskräfte; Arbeitsgebiete: Internationale Beziehungen, Sicherheitspolitik, Friedensbewegung.

Karlheinz Koppe, Bonn, geb. 1929, Leiter der Arbeitsstelle Friedensforschung Bonn (ABF).

Prof. Dr. sc. phil. Juri A. Krassin, Moskau, Rektor des Instituts für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der KPdSU.

Prof. Dr. Hans Jürgen Krysmanski, Münster, geb. 1935; Direktor des Instituts für Soziologie der Universität Münster; Arbeitsgebiete: Wissenschaftssoziologie, Friedens- und Konfliktforschung, Sozialstrukturanalyse.

Gerd Matzke, Frankfurt, geb. 1958, Dipl.-Physiker, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Zentrums für Marxistische Friedensforschung beim IMSF; Arbeits-

gebiete: staatliche Militär- und Beschaffungspolitik, abrüstungspolitische Alternativen (beides im Rahmen des MIK-Forschungsprojektes).

Dr. phil. Jürgen Reusch, Bad Homburg, geb. 1947, stellv. Leiter des IMSF, Leiter des ZMF, Politikwissenschaftler; Arbeitsgebiete: Neues Denken und Friedensfrage, Kapitalismus und Militarismus, alternative Sicherheitspolitik.

Dr. Rainer Rilling, Marburg, geb. 1945, Privatdozent für Soziologie an der Universität Marburg, Geschäftsführer des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler; Arbeitsgebiete: Wissenschaftssoziologie, Friedensforschung.

Jürgen Scheffran, Marburg, geb. 1957, Physiker; Arbeitsgebiet: naturwissenschaftlich orientierte Friedensforschung.

Dr. Fred Schmid, München, geb. 1938, Kreisvorsitzender der DKP München; Arbeitsgebiete: Erforschung des Militär-Industrie-Komplexes, regionale Rüstungsproblematik.

Prof. Dr. sc.pol. Max Schmidt, Berlin/DDR, geb. 1932, Direktor des Instituts für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR (IPW), korrespondierendes Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Rates für Friedensforschung bei der Akademie der Wissenschaften der DDR.

Dr. Winfried Schwarz, Frankfurt/M., geb. 1948, Dipl.-Soziologe, wiss. Mitarbeiter des IMSF; Arbeitsgebiete: politische Ökonomie, Militär-Industrie-Komplex, Marx-Forschung.

Dr. rer.pol. Wolfgang Schwarz, Berlin/DDR, geb. 1952, wiss. Mitarbeiter des Instituts für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW) der DDR.

Jürgen Wayand, Bremen, geb. 1953, Dipl.-Ökonom; Arbeitsgebiet: Transnationalisierung in der westeuropäischen Rüstungsproduktion.

Dr. Ellen Weber, Frankfurt, geb. 1930, Sozialarbeiterin, stellv. Vorsitzende der DKP; Arbeitsgebiete: Imperialismusstrategie, Friedenspolitik, demokratische Bewegungen.

Klaus-Peter Weiner, Marburg, geb. 1957, Politikwissenschaftler; Arbeitsgebiete: Sicherheitspolitik, Westeuropäische Integration.

Gregor Witt, Köln, geb. 1956, Journalist, Bundessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK); Arbeitsgebiete: Fragen der politischen Friedenssicherung, inneren Militarisierung und der Kriegsdienstverweigerung bzw. Ethik der Verantwortung.

Zusammenfassungen

Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 15, 1989, S. 11 - 54

Jürgen Reusch

Neues Denken und die marxistische Wissenschaft vom Frieden

Die Umbruchperiode wirft auch für die marxistische Wissenschaft vom Frieden viele neue theoretische Fragen auf und erfordert die Überwindung veralteter Denkmuster. Die globalen Probleme und die Herausbildung eines realen Überlebensinteresses der Menschheit geben der Koexistenz den Rang eines universalen Prinzips und einer objektiven Existenzbedingung für alle sozialen Systeme. Das führt zu Fragen nach den offenbar noch nicht ausgeschöpften Problemlösungskapazitäten in beiden antagonistischen Systemen, also nach der Friedens- und Reformfähigkeit des Kapitalismus und nach dem Verhältnis von Sozialismus und Frieden. In der Umbruchperiode geht es in erster Linie nicht um Systemüberwindung, sondern um Reformen zur Lösung der globalen Probleme, also auch um einen wirksamen marxistischen Beitrag dazu. Abrüstung und Rüstungskonversion sind insofern Elemente einer Reformalternative, die zunächst auf eine zivilere, ökologischere, demokratischere und sozialere Entwicklungsrichtung im Kapitalismus abzielt. Demokratisierung ist dabei der Schlüsselbegriff zur Radikalisierung der Reformkämpfe bis hin zur sozialistischen Perspektive.

Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 15, 1989, S. 55 - 69

Juri Krassin

Das Neue Denken: Der internationale und der innere Aspekt

Das neue Denken geht von der Einsicht aus, daß die Erhaltung der Zivilisation zur unbedingten Voraussetzung für die Lösung jeglicher anderer, auch klassenbezogener Aufgaben geworden ist. Die heutige Welt ist, obwohl durch tiefe Gegensätze geprägt, ganzheitlich und interdependent. Neues Denken meint daher auch den Vorrang intersystemarer Kooperation. Ein von dogmatischen und sektiererischen Wucherungen befreiter Marxismus kann und muß zu diesem neuen Denken beitragen. Neues Denken bedeutet auch die Abkehr von bisherigen militärischen Sicherheitsvorstellungen und die Hinwendung zu einem umfassenden System internationaler Sicherheit. In bezug auf die revolutionäre Erneuerung der Welt bedeutet neues Denken, daß zukünftig der Kampf darum geht, welche sozialen Kräfte und Systeme die besten Beiträge zur Überwindung der Krise der Zivilisation leisten können. Das erfordert auch die Abkehr von überholten Schemata, die die Welt nur im Sinne einer starren Bipolarität interpretieren.

Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 15, 1989, S. 70 - 82

Dieter Klein

Beiträge marxistisch-leninistischer Theorieentwicklung zur Friedenssicherung

Die heutige Umbruchperiode stellt den Marxismus vor die Notwendigkeit und die Chance, zu einem systemüberschreitenden Vernunftdenken beizutragen. Die friedensorientierte marxistisch-leninistische Theorieentwicklung erhält dadurch auf vielen Feldern neue Impulse. Das ergibt eine tiefgreifende Veränderung der marxistisch-leninistischen Epochenkonzeption, in der der sehr langfristige Übergang zum Sozialismus mit der Menschheitsaufgabe kooperativer Koexistenz zur Lösung der globalen Probleme zusammengedacht werden muß. In der marxistisch-leninistischen Kapitalismustheorie ergeben sich neue Überlegungen, deren Kern darin besteht, neben den Grenzen des Kapitalismus auch die objektiven Möglichkeiten für seine friedensfähige und zumindest Teillösungen auch anderer globaler Probleme einschließende Entwicklungsvariante zu erforschen und politisch zu nutzen.

Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 15, 1989, S. 83-103

Jörg Huffschmid

Friedensfähigkeit des Kapitalismus und Imperialismustheorie

Eine Überprüfung und Weiterentwicklung der marxistischen Kapitalismus- und Imperialismustheorie ist angesichts der Veränderungen und Herausforderungen unserer Zeit dringend erforderlich. Aus dieser Sicht ist das Konzept eines im umfassenden Sinne friedens- und reformfähigen Kapitalismus theoretisch gut begründbar und begründet und drückt eine notwendige Fragestellung aus. Friedensfähigkeit meint dabei heute nicht ein gegen die eigentliche Natur des Kapitalismus durchgesetztes, erzwungenes Stück Antikapitalismus, sondern die Freisetzung einer möglichen Entwicklungsrichtung im Kapitalismus, das Vorhandensein und die Entfaltung von Friedenspotentialen, immer allerdings durch politischen Druck und demokratische Gegenmacht. Dieser realen Möglichkeit liegt das wachsende Gewicht des subjektiven Faktors für die Gestaltung und Regulierung der ökonomischen Strukturen und seine Beeinflussbarkeit zugrunde. Vor dem Hintergrund der veränderten objektiven Interessenlage des Kapitalismus zu Rüstung und Krieg kann daher auch eine zivile Kapitalismusvariante erkämpft werden. Die akuten Probleme der Gegenwart machen es notwendig, diese Perspektive theoretisch weiter auszuarbeiten und zur strategischen Richtschnur praktischen Handelns zu machen.

Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 15, 1989, S. 104-115

Horst Heininger

Aggressivität und Friedensfähigkeit des heutigen Kapitalismus

Die These von der Friedensfähigkeit des Kapitalismus wirft die Frage nach Gültigkeit und Aktualität der Leninschen Imperialismustheorie auf. Eine Analyse des Zusammenhangs von ökonomischem Monopol, Gewalt und Aggressivität zeigt, daß das Monopol zwar stets nach Gewalt, nicht zwangsläufig aber nach militärischer Gewalt drängt. Aggressivität kennzeichnet insofern eine konkrete Politik des Imperialismus, die nicht die einzig mögliche ist. Der Imperialismus kann ökonomisch auch ohne Militarismus funktionieren; es kommt darauf an, die politischen Bedingungen und Möglichkeiten zur Zurückdrängung des Militarismus genauer zu erfassen. Wichtig ist hier die grundsätzlich veränderte Interessenlage des Kapitalismus. Angesichts der globalen Probleme bilden sich auch innerhalb dieses Systems keimhaft eigene Überlebensinteressen. Sie kommen nicht im Selbstlauf zur Geltung, sondern im Klassenkampf und durch demokratischen Druck.

Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 15, 1989, S. 116-132

Rainer Falk

Entwicklungsprobleme der Dritten Welt und internationale Solidarität im Zeichen neuen Denkens. Zur Herausbildung eines „neuen Internationalismus“

Ausgehend von neueren Strängen der entwicklungstheoretischen Diskussion wird die aktuelle Krise der Dritten Welt im Kontext der globalen Probleme und der Erschöpfung des Nachkriegsmodells der internationalen kapitalistischen Akkumulation analysiert. Vor dem Hintergrund der die Dritte Welt einbeziehenden Internationalisierungsprozesse und ihrer Rückwirkungen auf die kapitalistischen Zentren wird die Notwendigkeit eines „neuen Internationalismus“ für die metropolitane Linke begründet. Besondere Bedeutung mißt der Verfasser in diesem Zusammenhang der Neubewertung der Rolle der Dritten Welt in Theorie und Praxis der sowjetischen Außenpolitik und der Debatte um eine demokratische Alternative zur herrschenden „Nord-Süd-Politik“ innerhalb der bundesdeutschen Solidaritätsbewegung bei.

Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 15, 1989, S. 133-156

Winfried Schwarz

Strukturwandel und Konzentrationsprozesse im militärisch-industriellen Komplex

In der Rüstungsindustrie verschieben sich die Umsätze zugunsten der Fluggeräte (MBB) und der militärischen Elektronik (AEG). Bei den großen Mischkonzernen liegt die Verwertung der Rüstungsunternehmen deutlich höher als diejenige der zivilen Unternehmen, da der Staat langfristig Produktion und Absatz garantiert. Die Konzentrationen an der Spitze der Rüstungsindustrie, insbesondere die Fusionen von Daimler, dienen der rüstungswirtschaftlichen Stärkung des bundesdeutschen Partners für westeuropäische Rüstungsprojekte: Eine den überlegenen Franzosen und Briten gleichwertige Macht ist Voraussetzung effektiverer westeuropäischer Rüstungskooperation gegenüber der militär-technologischen US-Vorherrschaft. Gegen diesen imperialistischen Westeuropakurs erfordern die wirklichen Sicherheitsinteressen Abrüstung und den Verzicht auf militärische Gemeinschaftsprojekte. Eine Schlüsselrolle spielt der Kampf gegen den Jäger 90. Er hat — flankiert durch entsprechende staatliche Konversionsförderung — durchaus Erfolgchancen.

Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 15, 1989, S. 157-171

Ulrich Dolata

Neue Technik — Modernisierungspolitik — Staatsmonopolistische Komplexe

Staatsmonopolistische Komplexe sind nicht erst Produkt des wissenschaftlich-technischen Umbruchs unserer Tage. Ihre Herausbildung — zumeist in den 50er und 60er Jahren — stellt *keinen* verallgemeinerbaren Trend in Richtung einer neuen Stufe kapitalistischer Vergesellschaftung dar, etwa als vergleichbarer Prozeß mit der Herausbildung des Monopols. Vielmehr ist der staatsmonopolistische Komplex weder die *einzig* noch die *hauptsächliche* Form, in der sich der wissenschaftlich-technische Umbruch durchsetzt, noch besitzen solche Komplexe in unterschiedlichen Produktionszweigen und unterschiedlichen Staaten gleiche Ausprägungen und Geschichte. Im Spannungsfeld rasanter Internationalisierung der Produktions- und Verwertungsbedingungen einerseits und versuchtem Festhalten an exponierten nationalen Marktpositionen ist privatmonopolistische Rückbindung/Entflechtung ebensowenig ausgeschlossen wie die Straffung/Effektivierung bestehender Komplexe.

Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 15, 1989, S. 172-194

Rainer Rilling

„Die Wissenschaft als Dienerin des Krieges“

Die Militarisierung der Wissenschaft war eine zentrale, zeitweise sogar dominierende Entwicklungsform der großen Prozesse eingreifender Strukturveränderungen der Wissenschaft seit Ende des 19. Jahrhunderts. Bis Mitte der 60er Jahre dominierte nach dem Krieg weltweit die militärische Forschung die Wissenschaftspolitik, bevor sich das Spektrum forschungspolitischer Staatsintervention auffächerte, allerdings nur für wenige Jahre mit größerer Prioritätensetzung auf infrastrukturelle und zivilindustrielle Bereiche. Die massive Remilitarisierung der US-Forschungspolitik seit Mitte der 70er Jahre reflektierte aber nicht mehr den Aufstieg der USA zum ökonomischen Hegemon.

Entgegen der „Entdifferenzierungstheorie“ werden auch heute wesentliche Unterschiede zwischen militärischer, pseudoziviler und ziviler Forschung deutlich, wenn allgemeine, gesamtgesellschaftliche Sachverhalte und nicht nur der einzelne Forschungsprozeß betrachtet werden. — Während die Anwendungsspezifika der militärischen und quasizivilen Produkte mit steigender Produkthierarchie (bis zum hochintegrierten technischen Supersystem) zunimmt, nähern sich die Methoden der Produktion bzw. Organisation dieser Systeme an. Übergänge von quasiziviler Entwicklung militärischer Systeme zur Entwicklung/Produktion von Waren für zivile Massenmärkte sind wegen der spe-

zifischen Forschungs- und Produktionsbedingungen feststellbar. Auch kann die strukturell ressourcen- und kapitalintensive Rüstungstechnologie nicht bedenkenlos als Muster in die Welt ziviler Technologie transferiert werden.

Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 15, 1989, S. 195-211

Jürgen Wayand

Internationalisierung der Rüstungsproduktion oder wachsender Konkurrenzkampf zwischen den kapitalistischen Rüstungszentren?

Die objektive Tendenz zur Internationalisierung der Rüstungsproduktion im westeuropäischen und transatlantischen Rahmen führte nicht zur Abschwächung des Konkurrenzkampfes zwischen den kapitalistischen Rüstungszentren. Die besonders enge Verbindung von Rüstungskapitalen und Nationalstaaten ließ die Internationalisierung nur als Transnationalisierungstendenz zum Ausdruck kommen, und zwar nur in solchen Formen, die die vom Staat protektionierte nationale Verankerung der Rüstungsindustrie bewahrte. Eine Verschmelzung der Rüstungskapitale zu multinationalen Konzernen konnte so ebensowenig stattfinden wie eine Übertragung nationaler Kompetenzen an eine multinationale Beschaffungsbehörde. Vor diesem Hintergrund kann auch nicht von der Existenz eines westeuropäischen Militär-Industrie-Komplexes ausgegangen werden.

Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 15, 1989, S. 212-223

Klaus-Peter Weiner

Die „Europäisierung“ der Sicherheitspolitik — Tendenzen, Probleme, Perspektiven

Die Motive, die zur Gründung der NATO geführt haben, verlieren zunehmend ihre Bindekraft. Während die USA versuchen, ihre weltpolitischen Handlungsmöglichkeiten durch eine Reduzierung ihrer militärischen Bindungen an Westeuropa wieder zu vergrößern, versuchen die westeuropäischen Staaten ihre Interessen durch eine engere sicherheitspolitische Kooperation zu wahren. Bisher in die NATO eingebundene Interessensunterschiede zwischen den westeuropäischen Staaten stehen jedoch einem „Sprung“ in eine „Europäische Sicherheitsunion“ entgegen. Muster nationaler Machtpolitik, die auch in der Bundesrepublik an Bedeutung gewinnen, können aber nur über die westeuropäische Integration verfolgt werden. Die „Europäisierung“ zieht nicht zwangsläufig weitere Rüstungsschübe nach sich. Ressourcenprobleme, das Interesse an Selbsterhaltung und die Politik der UdSSR können der Abrüstung in Europa neue Perspektiven eröffnen.

Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 15, 1989, S. 224-247

Gerd Matzke

Ende der Eiszeit? Chancen und Probleme für Abrüstung in Europa

Vor dem Hintergrund eines umfassenden Umbruchs in den internationalen Beziehungen muß die Rolle des militärischen Faktors neu bewertet werden. Objektiv — d. h. unabhängig von den aktuellen strategischen und politischen Präferenzen — ist eine Entwertung des militärischen Faktors als Mittel zur internationalen Konfliktbewältigung oder gar Interessendurchsetzung festzustellen. Dies betrifft nicht nur das Verhältnis zwischen kapitalistischen Staaten oder zwischen Kapitalismus und Sozialismus, sondern auch das Verhältnis zu und zwischen den Ländern der 3. Welt.

Abrüstung in Europa muß in ein globales Entmilitarisierungskonzept eingebettet werden, woraus durchaus spezifische Aufgabenstellungen entstehen. Relativ eigenständig müssen Durchbrüche auf wissenschaftlich-technischer, militärstrategisch-militärdoktrinärer und auf politisch-ökonomischer Ebene erzielt werden, deren Voraussetzungen im Artikel untersucht werden. Darauf aufbauend werden erste Konturen eines — real möglichen — Abrüstungsprozesses in den 90er Jahren und Möglichkeiten zur Durchsetzung einer friedensorientierten Reformalternative sichtbar.

Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 15, 1989, S. 248-267

Max Schmidt / Wolfgang Schwarz

Herausforderungen und Perspektiven für Gemeinsame Sicherheit und das gemeinsame Haus Europa

Geographie, gesamteuropäische Erfahrungen mit Krieg und Frieden, ein historisch gewachsener Wirtschaftsraum, Kulturgeschichte und gemeinsame ideengeschichtliche Entwicklung sind elementare, gewachsene Aspekte einer europäischen Identität, zu der in den letzten Jahrzehnten einige grundlegende Herausforderungen (europäische Ausprägung von übergreifenden Überlebens- und anderen globalen Problemen) hinzukamen. Die heutige Spaltung Europas liegt nicht im Nebeneinander unterschiedlicher sozialer Systeme, sondern in jahrzehntelanger Fixierung auf unversöhnliche Feindschaft zwischen diesen begründet.

Angesichts friedenspolitischer, ökologischer und ökonomischer Herausforderungen, die nur staaten- und systemübergreifend gelöst werden können, sowie damit verbundener humanitärer Anforderungen müssen bisher intra-systemare Erfahrungen / Errungenschaften inter-systemar produktiv gemacht werden. Neue politische Strukturen auf gesamteuropäischer Ebene, militärische Angriffsfähigkeit, ein europäisches Umweltschutzprogramm mit Schwerpunkt auf Schadens-Prävention, Lösungen für Energie, Verkehr, Information, industrielle und technologische Arbeitsteilung müssen gefunden werden. Auch im humanitären Bereich sind wesentliche, für den einzelnen Menschen spürbare Fortschritte notwendig, damit die zur Schaffung eines europäischen Hauses erforderliche Veränderung im politischen Bewußtsein erreicht wird.

Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 15, 1989, S. 268-277

Ellen Weber

Vorschläge für ein Friedens-, Abrüstungs- und Sicherheitskonzept aus marxistischer Sicht

Sicherheit kann nicht gegeneinander errüstet werden. Bis diese Erkenntnis reife und ausgesprochen werden konnte, wurde ein langer Weg zurückgelegt. Die Koalition des Realismus und der Vernunft, um die heute weltweit gerungen wird, hat ihre Vorläuferin in der Antihitlerkoalition. Die Ansätze dieses großen Bündnisses versandeten in den Strategien des kalten Krieges. Heute existiert eine qualitativ neue Lage. Hochrüstung und Krieg hören in der Tendenz auf, dem Gesamtinteresse der Monopolbourgeoisie zu entsprechen.

Auch wenn imperialistische Aggressivität nicht einfach aufhört, sind doch die Möglichkeiten, breiteste Bündnisse zur Sicherung von Frieden und Abrüstung herzustellen, größer als jemals zuvor in der Geschichte. Kommunistische Politik muß sich diesen Herausforderungen stellen. Nichts wird sich im Selbstlauf durchsetzen: es bedarf der Massenbewegungen, die der neuen Lage entsprechend handeln.

Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 15, 1989, S. 278-291

Christoph Butterwegge

Die Opposition auf der Suche nach einer friedenspolitischen Konzeption. Sozialdemokratische und grüne Alternativen zur Sicherheitspolitik der Bundesregierung

Nach der Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen bzw. Marschflugkörper und dem Abschluß des INF-Abkommens im Dezember 1987 begann für die Friedensbewegung eine Zeit gründlicherer Beschäftigung mit Alternativen zur Politik und Logik der Abschreckung. Der Beitrag zieht eine Zwischenbilanz dieses Diskussionsprozesses, wobei das Hauptaugenmerk auf Positionen und friedenspolitischen Konzeptionen der Oppositionsparteien im Bundestag liegt. Die SPD hat ein Konzept der Gemeinsamen Sicherheit und Struktureller Nichtangriffsfähigkeit entwickelt, das innerparteilich wenig umstritten, obwohl nicht frei von Brüchen und Widersprüchen ist. Kontroverser erscheinen die

Vorstellungen der GRÜNEN: Einseitige Abrüstung, NATO-Austritt und Soziale Verteidigung müssen präzisiert und modifiziert werden, damit sie in der Diskussion über friedenspolitische Alternativen bestehen können. Gemeinsamer Kristallisationspunkt dieser Überlegungen sollte ein System der Kollektiven Sicherheit für Europa sein.

Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 15, 1989, S. 292-304

Peter Dietzel/Hans-Jürgen Kawalun

Die Rolle der Bundesregierung im europäischen Abrüstungsprozeß: Handlungsmöglichkeiten der BRD, Ziele und Konzeptionen im Regierungslager

Am Ende der 80er Jahre befindet sich die NATO, und mit ihr die BRD-Sicherheits- und Militärpolitik, inmitten eines einschneidenden Umbruchprozesses. Die Bandbreite unterschiedlicher Vorstellungen über die künftige Strategie und Lastenteilung im Bündnis ist deutlich größer geworden. Fronten verlaufen zwischen Westeuropa und den USA ebenso, wie zwischen unterschiedlichen Flügeln und Strömungen innerhalb der imperialistischen Bourgeoisien. Innerhalb der die gegenwärtige Bundesregierung dominierenden Unionsparteien sind grob betrachtet drei sicherheits- und militärpolitisch relevante Strömungen auszumachen. Der Artikel unternimmt den Versuch, diese Strömungen näher zu betrachten, bzw. vor dem Hintergrund realer Differenzen im Kapital- und Regierungslager aktuelle Handlungsorientierungen für eine friedensorientierte BRD-Perspektive der 90er Jahre abzuleiten.

Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 15, 1989, S. 305-315

Lorenz Knorr

Frieden, Abrüstung und die „deutsche Frage“

Die Grundfrage des Beitrags ist, ob und auf welche Weise das Festhalten der Konservativen an der revanchistischen Wiedervereinigungsforderung die anstehende Modernisierung ihrer außen- und sicherheitspolitischen Konzeption beeinflusst, und wie es dabei selbst modifiziert wird. Gegenwärtig findet bei CDU und CSU als Teil einer umfassenderen Modernisierungs- und Zukunftsdiskussion eine kontrovers verlaufende Debatte statt, in der es um die Anpassung der traditionellen Wiedervereinigungsforderung an die aktuellen Bedingungen geht. Die Konservativen wollen die „deutsche Frage“ offenhalten, sehen allerdings auch, daß ihre „Lösung“ nicht auf der Tagesordnung der Weltgeschichte steht. Als treibende Kraft des westeuropäischen Integrationsprozesses setzen sie heute auf die „Europäisierung der deutschen Frage“. Diese Position bildet ein direktes Hindernis für Abrüstung und Frieden. Die parlamentarische Opposition bietet in Ansätzen Alternativen, denen es jedoch an Konsequenz fehlt. Dazu bedarf es des Drucks der außerparlamentarischen Bewegungen.

Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 15, 1989, S. 316-327

Berthold Goergens

Die Diskussion über Konversion von Rüstungsproduktion in den Gewerkschaften der Bundesrepublik

Seit Ende der 70er Jahre entwickelt sich in den Gewerkschaften und in der Friedensbewegung der Bundesrepublik die Diskussion um den Umbau der Rüstungsproduktion zur Friedensproduktion. Ausgehend von dem Konflikt um Rüstungsexporte und Strukturkrisen, vor allem im Bereich der Küste (Werften), überschreiten die Konzepte den Bereich des Einzelbetriebs zur Forderung nach einer Einbettung des Umbauprozesses in Regional- und Strukturpolitik, Entwicklung von Beschäftigungsgesellschaften und Qualifizierungsprogrammen. Begleitet werden die Forderungen von der Auseinandersetzung um eine andere, an Gebrauchswerten orientierte Wissenschafts-, Technologie-, Wirtschafts- und Sozialpolitik und ein anderes Handeln des Staates.

Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 15, 1989, S. 328-338

Hans Jürgen Krysmanski

Einige technologischpolitische Voraussetzungen der Rüstungskonversion

Das Problem der Rüstungskonversion wirft grundsätzliche industrie- und produktionspolitische Fragen, auch einer heutigen sozialistischen Perspektive, auf. Die Strategie der Rüstungskonversion ist politisch nicht weit vorangekommen. Das liegt möglicherweise an einer verengten, auf traditionelle gewerkschaftliche Betriebsarbeit setzenden Konzeption. Notwendig sind eine historische Analyse kapitalistischer Forschungs- und Entwicklungspraxis, mehr Aufmerksamkeit für den allgemeinen „Kampf um die Köpfe“ der wissenschaftlich-technischen Intellektuellen, Überwindung der betrieblichen Segmentierung der Beschäftigten durch die Einführung überbetrieblicher Thematiken.

Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 15, 1989, S. 396-413

Ingo Arend

Zur politischen Geschichte der Friedensforschung in der BRD

Die Friedensforschung entfaltete sich in der BRD, an verschiedene Wurzeln und Traditionslinien anknüpfend, im wesentlichen in der Phase der sozialliberalen Koalition als staatlich (bescheiden) geförderter Wissenschaftszweig. Ihre wichtigste Förderungs- und Koordinierungsinstitution war die DGFK, die 1983 auf konservativen Druck aufgelöst wurde. Von Anfang an gab es in der Friedensforschung eine pragmatischere, am „negativen Frieden“, d.h. an der Abwesenheit von Krieg orientierte Richtung, und eine kritischere Strömung („kritische Friedensforschung“), die aus der prinzipiellen Kritik von Abschreckung und „struktureller Gewalt“ ein am „positiven Frieden“ orientiertes soziales Fortschrittsverständnis entwickelte. Die Friedensforschung stand permanent unter starkem Anpassungsdruck v.a. von staatlicher Seite; deren Interesse zielte auf eine Hilfswissenschaft zur entspannungs- und rüstungskontrollpolitisch orientierten Regulierung der Ost-West- und Nord-Süd-Beziehungen. Diesem Druck gab die Friedensforschung im wesentlichen nach. Dennoch gingen von ihr auch viele beachtliche Impulse aus. Nach 1983 ist die Lage der Friedensforschung zum einen durch knappe Mittel, fehlende Koordinierungsmöglichkeiten und pragmatische, weiter verengte staatliche Förderungspraxis gekennzeichnet, andererseits hat sie durch den Aufschwung der Friedensbewegung und der Wissenschaftlerbewegung für den Frieden spürbare neue Impulse im universitären und außeruniversitären Bereich erfahren.

Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 15, 1989, S. 414-430

Corinna Hauswedell

Friedensforschung und Friedenswissenschaft an den Hochschulen

Die Politik ist in immer höherem Maße auf die Ergebnisse der Produktivkraft Wissenschaft zur Lösung der globalen Probleme angewiesen. In der gewachsenen Rolle der Wissenschaft kann eine Ursache für die Konsolidierung von Wissenschaftler-Friedensinitiativen und für die stärkere Bereitschaft zur Einmischung in die neu entstandene politische Situation liegen. Neben einer quantitativen Ausweitung friedenswissenschaftlicher Arbeit an den Hochschulen sind eine thematische Auffächerung und neue Strukturen (intra- und interdisziplinär) festzustellen. Friedenswissenschaftliche Aktivitäten umfassen heute die Felder Ringvorlesungen/Vorlesungsreihen, einzelne Lehrveranstaltungen, umfassende Forschungsprojekte und wissenschaftspolitische Aktivitäten. Im Spannungsfeld von angestrebter Institutionalisierung und innovativer, kritischer Aufklärungsfunktion sind neue Erfahrungen auszuwerten. Problematisch ist dennoch die unzureichende Unterstützung von Aktivitäten gegen Rüstungsforschungs-Projekte durch die daran Beteiligten. Mehr Transparenz, Demokratie, Interdisziplinarität, Erfahrungsaustausch und Kooperation inner- wie außerhalb der Hochschulen bleiben zentrale Herausforderungen für Hochschul-Friedenswissenschaft.

40 Jahre Bundesrepublik Die andere Geschichte



Hermanns Pfeiffer (Hrsg.)
DIE FAZ
Nachforschungen über ein Zentralorgan
Kleine Bibliothek 489
205 Seiten, DM 14,80
ISBN 3-7609-1201-8
Mit Beiträgen von K. J. Brandstetter, A. Gottschalk, Ch. Gotthardt, E. Henscheid, O. Köhler, H. Schui, J. Niemeyer u.a.

Helmut Wolfgang Kahn
Der Kalte Krieg
Band 1:
Spaltung und Wahn der Stärke
1945 - 1955
Kleine Bibliothek 377,
416 S., DM 19,80
ISBN 3-7609-0989-2
Band 2:
Alibi für das Rüstungsgeschäft
1955 - 73
Kleine Bibliothek 378,
407 S., DM 19,80
ISBN 3-7609-0990-6
Band 3:
Die Nemesis des Kalten Krieges.
1973 bis heute
Kleine Bibliothek 379,
343 S., DM 19,80
ISBN 3-7609-0991-4

Karl J. Brandstetter
Allianz des Mißtrauens
Sicherheitspolitik und deutsch-amerikanische Beziehungen in der Nachkriegszeit. Mit einem Nachwort von Helmut Ridder
Kleine Bibliothek 496
493 Seiten, DM 27,80
ISBN 3-7609-1213-3



Karl A. Otto
APO
Die außerparlamentarische Opposition in Quellen und Dokumenten (1960 - 1970)
Kleine Bibliothek 506
450 Seiten, DM 24,80
ISBN 3-7609-1237-0

Georg Fülberth (Hrsg.)
Geschichte der Bundesrepublik in Quellen und Dokumenten
2. durchges. und erweiterte Auflage
Kleine Bibliothek 268,
450 S., DM 14,80
ISBN 3-7609-0785-7

Georg Fülberth
Leitfaden durch die Geschichte der Bundesrepublik
2. Auflage, Kleine Bibliothek 310
149 S.; DM 9,80
ISBN 3-7609-0841-1

Reinhold Billstein (Hrsg.)
Neubeginn ohne Neuordnung
Dokumente und Materialien zur Weichenstellung in den Westzonen nach 1945
Kleine Bibliothek 319,
351 S. mit 170, z. T. bisher unveröffentlichten Dokumenten,
DM 16,80
ISBN 3-7609-0861-6



Michael Schornstheimer
BOMBENSTIMMUNG UND KATZENJAMMER
Vergangenheitsbewältigung: Quick und Stern in den 50er Jahren
Kleine Bibliothek 530
384 Seiten, DM 19,80
ISBN 3-7609-1278-8

Rolf Bodstübner / Siegfried Thomas
Entstehung und Entwicklung der BRD
Restauration und Spaltung
2. überarb. Auflage,
Kleine Bibliothek 73,
512 S., DM 16,80
ISBN 3-7609-0156-5

Hans Karl Rupp
Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer
Der Kampf gegen die Atombewaffnung. Dokumente und Materialien.
3. Auflage
Kleine Bibliothek 201
331 S., DM 14,80
ISBN 3-7609-0904-3
„Liest sich wie eine fesselnde Reportage.“
Die Zeit

Reinhard Kühnl (Hrsg.)
Streit ums Geschichtsbild
„Die Historiker-Debatte“
Darstellung, Dokumentation, Kritik
2. Auflage
Kleine Bibliothek 434
330 S., DM 16,80
ISBN 3-7609-1188-9



Matthias von Hellfeld (Hrsg.)
DEM HAß KEINE CHANCE
Der neue rechte Fundamentalismus. Republikaner, DVU/NPD...
Kleine Bibliothek 537
180 Seiten, DM 12,80
ISBN 3-7609-1301-6
Mit Beiträgen von Bernd Gäbler, Arno Klönne, Reinhard Kühnl, Klaus Naumann
Außerdem dokumentiert der Band Stellungnahmen u. a. von Ernst Breit, Kurt Faller, Heiner Geißler, Peter Glotz, Hildegard Hambrücher, Oskar Lafontaine, Manfred Rommel, Gertrud Schilling, Franz Steinkühler, Rita Süßmuth, Bernd Ulrich/ Antje Vollmer, Günter Verheugen.

Martin Bennhold (Hrsg.)
Spuren des Unrechts
Recht und Nationalsozialismus
Beiträge zur historischen Kontinuität
Kleine Bibliothek 517
200 S., DM 14,80
ISBN 3-7609-1254-0

Reinhard Opitz
Faschismus und Neofaschismus
Zwei Bände; jeweils mit Personenverzeichnis
Band 1: Der deutsche Faschismus bis 1945
Kleine Bibliothek 442/1
362 Seiten, DM 16,80
Band 2: Neofaschismus in der Bundesrepublik
Kleine Bibliothek 442/2
212 Seiten, DM 14,80
Beide Bände zus. DM 26,-

PAHL-RUGENSTEIN

*»Ich und meine Öffentlichkeit
verstehen uns sehr gut: sie hört
nicht, was ich sage, und ich
sage nicht, was sie hören will«
Karl Kraus*

Es gibt keine einträglichere Beschäftigung als die Herstellung und keine nutzlosere als die Lektüre einer Zeitschrift, die es darauf anlegt, dem Leser zu gefallen und nur in flotte Verpackung zu wickeln, was der sich ohnehin schon gedacht hat. **konkret** versucht, der Versuchung zu widerstehen. In dieser Zeitschrift werden die großen Fragen dieser Jahre in offenem Streit diskutiert — ohne linienrichterliche Enge und doch fern von modischer Beliebigkeit. Das ist manchmal schwer zu ertragen, für die Leser von **konkret** wie für die Redaktion. Denn Aufklärung, die not tut, tut auch weh, sie verlangt nach Prüfung der eigenen (Vor-)Urteile und oft auch den Abschied von ihnen.

In

konkret

schreiben:

Hermann L. **Gremliza**, Günter **Amendt**, Oliver **Tolmein**, Rolf **Gössner**, Hermann Peter **Piwitt**, Hans **Wollschläger**, Eckhard **Henscheid**, Jan Philipp **Reemtsma**, Corinne **Schelbert**, Diedrich **Diederichsen**, Matthias **Altenburg**, Ingrid **Strobl**, Horst **Tomayer**, Thomas **Ebermann**, Erich **Kuby**, Walter **Boehlich**, Klaus **Roehler**, Georg **Fülberth**, Arno **Klönne**, Gerd **Fuchs**, F.W. **Bernstein**, Otto **Köhler**, Katja **Leyrer**, Michael **Scharang**, Ellis E. **Huber**, Karl-Heinz **Hansen**, Michael **Stamm**, Karl Heinz **Roth**

Kostenloses Probeheft bei

Neuer Konkret Verlag, Osterstraße 124, 2000 Hamburg 20

(im Abonnement 12 Hefte jährlich DM 72.—)

JEDE WOCHE

I N T E L L I G E N T E

DAS PLUS

ZU IHREM BUCH

E S I S T Z E I T D I E

▼ *Volkszeitung*

Z U L E S E N

I M H A N D E L D M 2,-

3-Wochen-Test **kostenlos**. Tag und Nacht

02 11 / 16 00 10

oder Postkarte an **Postfach 2726, 4000 Düsseldorf 1**

Die Französische Revolution 1789–1989

Revolutionstheorie heute

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 14, 1988

Walter Markov
Kleines Geleitwort

Johannes Henrich von Heiseler/Heinz Jung
Die Große Französische Revolution und die bundesdeutsche Gegenwart – Reflexionen

**Die Französische Revolution im Lichte der vergleichenden
Revolutionforschung**

Manfred Kossok
1789 – Versuch einer Positionsbestimmung

Michel Vovelle
Die Historiographie der Französischen Revolution am Vorabend der Zweihundertjahrfeier

Walter Markov
1789 – Legende und Wirklichkeit einer großen Revolution

Bewegungen und Strukturen

Claude Meaurio
Einige Überlegungen zur Französischen Revolution und zur Konstituierung der herrschenden Klasse

Anatolij Vasil'evič Ado
Zur Frage der Ergebnisse der Französischen Revolution auf dem Lande

Susanne Petersen
Die Versorgungsfrage und die Französische Revolution

Dominique Godineau
Freiheit, Gleichheit und die Frauen

Eberhard Dähne
Die Armee der Revolution und die Entstehung des modernen Krieges

Hans Heinz Holz
Tugend und Terror – Notizen zur sogenannten Schreckensherrschaft

Ideologisch-politischer Aufbau

Kurt Holzapfel/Michael Zeuske
Die heroische Illusion und das 19. Jahrhundert. Größe und Begrenztheit der bürgerlichen Revolution in Frankreich

Joachim Kehl
Religionskritik und Toleranzidee – geistige Hebel der Revolution. Eine historisch-systematische Skizze

Hartwig Zander
Anstaltszucht als pädagogischer Partisan. Die »Société des jeunes Français« und die Anfänge experimenteller Sozialpädagogik in der ersten französischen Republik

Rolf Reichardt
Politische Druckgraphik in der Französischen Revolution. Die Bildwelt der Bastille als Beispiel

Rezeption bei Marx, Engels, Lenin

Domenico Losurdo
Der Begriff „bürgerliche Revolution“ bei Marx und Engels

Harry Schmidtgal
Welche Bibliothek benutzte Marx für seine „Kreuznacher Exzerpte“?

Werner Goldschmidt
Die Rezeption von Marx und Engels in der Debatte um die Französische Revolution

Josef Schleifstein
Reflexionen zur Französischen Revolution im politischen Denken Lenins

Die Auswirkung: die deutschen Länder

Walter Grab
Die Jakobinerbewegung in den deutschen Teilstaaten

Heinrich Scheel
Die Mainzer Republik 1792/93, ein deutsch-französisches Phänomen

Franz Dumont
Wandel von Außen. Zur Rezeption der Französischen Revolution im Linksrheinischen

Hans Bert Reuvers
Philosophie und Revolution. Eine Revolution der Denkart macht noch keine Denkart der Revolution

Robert Steigerwald
Goethe und die Große Französische Revolution

Hermann Kerner
Frankreichs Revolution und Deutschlands Konservatismus

Johannes Henrich von Heiseler
Modell der Revolutionen oder besonderer französischer Weg? Die Französische Revolution im Urteil der deutschen Zeitgenossen

Gard Sammer/Dieter Süverkrüp
Die Lieder der Französischen Revolution

Französische Revolution und Revolutionstheorie heute – Aspekte

Jürgen Reusch
Krieg – Frieden – Revolution im Nuklearzeitalter

Dieter Boris
„Jakobinische Situationen“ in der Dritten Welt. Eine Skizze

Willi Gerns
Revolution und revolutionäre Situation heute

Heinz Jung
Eigentum und Hegemonie

530 Seiten, 31 Abbildungen, Zelttafel, fester Einband mit Schutzumschlag, DM 48,--
Marxistische Studien im Dauerbezug: Preisnachlaß 20% und portofreier Versand

Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF)
Oberlindau 15, 6000 Frankfurt am Main 1

VORANKÜNDIGUNG

Betrifft: Rüstung ... 89/90

NATO: Nächster Rüstungsschub geplant
NEUES VOM MILITÄR-INDUSTRIE-
KOMPLEX

JÄGER-90: noch zu verhindern?

Streitpunkt „MODERNISIERUNG“

ca. 200 Seiten ca. 18,— DM

Themen:

Zum Stand von Rüstung und Rüstungskontrolle · Analyse Einzelplan 14 · Atomare und konventionelle Rüstung in Europa · Jäger 90 · MİK: Fusion Daimler-MBB · Die Sicherheitspolitik der Konservativen · Die Politik der USA nach Reagan · Vorschläge zur Abrüstung · KDV als Element des Kampfes um Abrüstung · Aufgaben der Friedensbewegung · Bundeswehrstruktur der 90er Jahre · Rezension Friedensgutachten 88 · Chronologie zur Abrüstung.

LIEFERBARE TITEL DES ZMF



BRD-MILITÄR-
AUSGABEN:
Ausmaß - Grenzen -
Zukunftstrends

SICHERHEITSPOLITIK
IM WANDEL

ABRÜSTUNGS-
ALTERNATIVEN

Zentrum für Marxistische Friedensforschung

Auf dem Weg in den Rüstungsstaat?

Zur Kritik der BRD Rüstungsausgaben und der CDU-Militärpolitik

Frankfurt 1987, 67 Seiten, 8,— DM

ZMF-Diskussionsbeiträge 1
Jürgen Reusch/Nora Wolf

Null-Lösung

Zwischenbilanz und Perspektiven Europäischer Sicherheit

Frankfurt 1987, 56 Seiten, 6,— DM

ZMF-Diskussionsbeiträge 2
Jerry Sommer

US-Politik im Wandel?

Strategische Abrüstung, ABM-Vertrag und die Zukunft von SDI

Frankfurt 1988, 80 Seiten, 8,— DM

ZMF-Diskussionsbeiträge 3

Neues Denken im Nuklearzeitalter

Frieden und gesellschaftlicher Fortschritt

Frankfurt 1988, 127 Seiten, 12,— DM

Betrifft: Rüstung ... 88/89

BRD-Militärausgaben:
Ausmaß Grenzen Zukunftstrends
Sicherheitspolitik im Wandel
Abrüstungsalternativen

Frankfurt 1988, 264 Seiten, 17,80 DM

Bestellungen an Ihre Buchhandlung oder direkt an:

IMSF-Vertrieb · Oberlindau 15 · 6000 Frankfurt/Main 1 · Telefon 069/724914

ISBN 3-88807-064-3